

**40. PARTEITAG**  
DER  
**SOZIALDEMOKRATISCHEN**  
**PARTEI**  
**DEUTSCHLANDS**

AM 19. UND 20. APRIL 1946  
IN BERLIN



VORWARTS-VERLAG GMBH · BERLIN

**D**AS BEISPIEL  
UNSERER TOTEN GENOSSEN  
LEUCHTET MAHNEND IN UNS HINEIN  
UND LÄSST UNS EHRFÜRCHTIG  
ZU JEDER STUNDE  
DIE GRÖSSE IHRES WIRKENS  
ERKENNEN  
—  
**U**NSERE GERICHTETEN  
SIND UNS IMMER NAHE  
UND VERBUNDEN —  
IHR OPFER IST UNS QUELL  
ZU NEUEN LEBENSTATUEN

P R O G R A M M D E S P A R T E I T A G E S

\* E R S T E R T A G \*

TAGESORDNUNG

*Freitag, den 19. April 1946, 11 Uhr vormittags*

\*

1. Eröffnung des Parteitages
2. Konstituierung des Büros des Parteitages
3. Wahl der Kommissionen
4. Bericht des Zentralaussschusses *Max Fechner*
  - a) Aus der Kulturarbeit *Richard Weimann*
  - b) Aus der Frauenarbeit *Käthe Kern*
  - c) Aus der Jugendarbeit *Fritz Schreiber*
5. Bericht über das Pressewesen *E. W. Gniffke*
6. Kassenbericht *August Karsten*
  - a) Bericht der Revisoren *Karl Litke*

\*

P R O G R A M M D E S P A R T E I T A G E S

\* Z W E I T E R T A G \*

TAGESORDNUNG

*Sonnabend, den 20. April 1946, 10 Uhr vormittags*

\*

1. Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse .. *Otto Grotewohl*
2. Bericht der Statutenberatungskommission
3. Beschlußfassung über
  - a) die Statuten der Sozialistischen Einheitspartei
  - b) die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei
  - c) die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien
4. Wahl der Vorstandes
5. Schlußansprache

\*

## ERSTER VERHANDLUNGSTAG

Freitag, 19. April 1946

Eröffnung: 10 Uhr

### Präsidium

Max Fechner, Erich W. Gniffke, Karl Litke

### Ehrengäste

Wilhelm Baganz, Alwin Brandes, Otto Büchner, Rudolf Budde, Eugen Ernst, Luise Kähler, Theodor Leipart, Anna Nemitz, Paul Neumann, Elfriede Ryneck, Georg Schöpflin, Georg Werner, Adolf Wuschick

### Schriftführer

Annemarie Pröschel, Richard Engelmann, Ernst Tschickert

### Mandatsprüfungskommission

Lehmann, Karsten, Rüdiger, Bauer, Stoeffen, Kamerahl, Blassert, Sacherts, Horn, Wetteborn, Buch, Hauser

### Statutenkommission

Lehmann, Karsten, Wendt (Groß-Berlin), Szillat (Brandenburg), Riehl (Sachsen), Prübenaу (Provinz Sachsen), Wagner (Thüringen), Karl (Mecklenburg), Breck (Kiel), Braun (Hildesheim)

### Redaktionskommission

Bernhard Göring (Zentralausschuß), Helmut Lehmann (Zentralausschuß), Karl Brandt (Berlin), Hermann Kade (Brandenburg), Arno Wend (Sachsen), Ernst Thape (Sachsen), Emma Sachse (Thüringen), Erich Schulz (Mecklenburg), Karl Fiebig (Ruhrgebiet), Ernst Behrens (Rheinland), Yella Schaar (Heidelberg)

### Wahlkommission

Karl Brandt, Alice Bayer, Hans Stang, Willi Sclaff, Hanna Pohle, Paul Krakau, Hermann Grünewald, Max Fank, Wilhelm Hauth, Willy Birk

### Programmkommission

Otto Grotewohl - Berlin, Max Fechner - Berlin, E. W. Gniffke - Berlin, August Karsten-Berlin, Otto Meier-Berlin, Helmut Lehmann-Berlin, Käthe Kern-Berlin, Richard Weimann-Berlin, Bernhard Göring-Berlin, Karl Litke-Berlin, Toni Wohlgenuth-Berlin, Karl Hauser-Frankfurt/M., Willi Buch-Braunschweig, Erich Braun-Hildesheim, E. Heilmann-Kiel, Yella Schaar-Heidelberg, Hans Breck-Kiel, Gustav Müller-Rheinland, G. Tschert-Essen, Ernst Hoffmann-Berlin, Erich Lübke-Berlin, Hermann Schlimme-Berlin, Edith Baumann-Berlin, Friedrich Ebert-Potsdam, Paul Szillat-Rathenow, Oskar Wegener-Frankfurt/O., Bruno Böttge-Halle, Hermann Prübenaу-Magdeburg, Fritz Jungmann-Dessau, Otto Buchwitz-Dresden, Stanislav Trabalski-Leipzig, Albert-Meier-Dresden, August Friedel-Chemnitz, Gertrud Hentsch-Zwickau, Heinrich Hoffmann-Weimar, Erna Sachse-Altenburg, Fritz Wagner-Meiningen, Karl Moltmann-Schwerin, Willy Jesse-Schwerin, Max Fank-Stralsund

Am 19. April, kurz nach 10.30 Uhr, erfolgte die Eröffnung des 40. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin, im Theater am Schiffbauerdamm, feierlich eingeleitet durch Gesangsvorträge des Gemischten Chors Prenzlauer Berg und eine Rezitation, vorgetragen von Wulf Trutz, Deutsches Theater.

Dann ergreift das Wort Genosse Otto Grotewohl (stürmisch begrüßt).

Der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist eröffnet.

Im Auftrage des Zentralausschusses begrüße ich die Herren Offiziere der Besatzungsmächte, begrüße ich die Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands, Vertreter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, begrüße den Vertreter des Magistrats der Stadt Berlin, des Berliner Rundfunks, und ich begrüße die hier anwesende Presse, die als Chronist und Mittler zwischen Ereignis und Volk tritt. Ich begrüße insbesondere heute hier in unseren Reihen die über einhundert Delegierten, die aus dem Westen herbeigeceilt sind (Bravo und Beifallskundgebungen), um trotz aller Ausschlußdrohungen im Westen in unseren Reihen mitzuwirken und mitzuhelfen an dem großen Werk der Einheit, das wir begehren wollen. Ebenso herzlich begrüße ich alle Delegierten, die hier versammelt sind, aber mein besonderer Gruß gilt den alten Veteranen unserer Partei, die es sich nicht haben nehmen lassen, trotz großer Schwierigkeiten sich hierher zu bemühen, um als Ehrengäste an unserer Tagung teilzunehmen. (Händeklatschen.)

Ich begrüße die alten Genossen Wilhelm Baganz, Alwin Brandes (Beifall), Otto Büchner, Rudolf Budde, Eugen Ernst (Beifall), Luise Kähler (Beifall), Anna Nemitz (Beifall), Paul Neumann, Elfriede Ryneck (Beifall), Georg Schöpflin, Georg Werner und Adolf Wuschick, alles Namen, Genossinnen und Genossen, die in unserer Bewegung aus langen Jahrzehnten einen guten Klang haben.

Wir haben uns versammelt zum bedeutsamen Tag. Wenn man das große Wort von einer geschichtlichen Stunde aussprechen darf, dann darf man es sicher für diese Tage aussprechen, die uns hier in Berlin versammelt haben. Es handelt sich nicht nur darum, über das Geschick der deutschen Arbeiterbewegung Entscheidungen zu treffen, sondern mit dem Geschick der deutschen Arbeiterbewegung bestimmen wir große Teile des deutschen Schicksals. (Händeklatschen.)

Vor einem Jahr, Genossinnen und Genossen, begann der große militärische Kampf um Berlin. Wir lebten hier im Bombenhagel der Flugzeuggeschwader, die Artillerie trommelte auf diese Stadt, die Menschen saßen in tiefster Verzweiflung in den Kellern, ratlos, und wußten nicht, was kommen soll, Not und Tod waren überall. Die Straßen waren ein Flammenmeer. Die furchtbaren Straßenkämpfe besäten die Straßen mit Leichen und Verwundeten. Aber langsam stieg auch dieses Berliner Volk wieder aus seinen Kellern heraus, rieb sich die Augen und trat ins neue Tageslicht.

Als der Kampflärm verschwunden war, konnten wir dank des Vertrauens der sowjetischen Besatzungsmacht am 17. Juni 1945 zur Gründung der Partei wieder übergehen. Nach langen Jahren heftigsten Kampfes, nach langen Jahren schwerster und brutalster Unterdrückung versammelten sich 1700 Berliner Funktionäre, unter denen sich 300 Genossinnen und Genossen aus dem Reich befanden, die aus den umliegenden Konzentrationslagern entlassen waren, und beschlossen die Wiedereinsetzung unserer Sozialdemokratischen Partei. (Beifall.) Dieser Beschluß führte dazu, eine politische Initiative auszulösen, die uns gemeinsam mit unseren kommunistischen Freunden in den Stand setzte, die erste Wiederaufbauarbeit in Berlin und damit für Deutschland zu leisten. Je tiefer aber die Einsicht von dem Aufkommen und der Verbreitung unserer Aufgaben bei uns wuchs, desto tiefer setzte sich auch in uns allen die Erkenntnis und der Wille fest, daß die Bewältigung dieser Aufgaben von uns höchste Leistungen verlangt, deren Lösung uns nur durch die Zusammenfassung aller Kräfte möglich sei. Die Erkenntnis der notwendigen Einheit in unserer Arbeit setzte sich von Tag zu Tag mehr in uns durch. Die Konzentration unserer Kräfte schien uns allen eine Notwendigkeit, an der wir nicht vorbeigehen durften. Die Partei liebten und ehrten wir, aber wir waren uns dessen bewußt, daß wir auf den ungeheuren Trümmerhaufen Deutschlands nicht zuerst an die Partei denken durften, sondern an Deutschland und an das deutsche Volk. (Bravo und Händeklatschen.)

Die Partei ist uns darum niemals Selbstzweck gewesen, sondern sie war uns nur Mittel zum Zweck. Wir sahen unsere Aufgabe darin, durch dieses Instrument der Partei Initiative zu entwickeln, Freude und Begeisterung für die notwendigen Aufbauarbeiten auszulösen. Nun, Genossinnen und Genossen, wir brauchen uns selbst keine Lorbeeren zu flechten; wir wollen das auch nicht, weil unsere Verpflichtung zum Werk uns in menschliche Bescheidenheit drängt. Aber eines ist sicher: Wenn überhaupt aus diesem Chaos Deutschlands sich wieder Kräfte emporragen, die die ersten Aufbauarbeiten einleiteten, dann waren es die Kommunisten und Sozialdemokraten. (Starker Beifall.) Wir standen vor einem Trümmerhaufen, dessen Beseitigung uns schier unmöglich erschien. Und dennoch haben wir das Werk begonnen! Wir haben es begonnen mit all den Schwierigkeiten, die aus diesem Chaos abzuleiten sind. Wir haben unverdrossen unsere Körnerarbeit geleistet, um überhaupt wieder einen Ansatz für den Aufbau unserer Lebensexistenz zu gewinnen. Und, Genossinnen und Genossen, wir haben ihn mit Hilfe

der Besatzungsmächte gefunden. Wir wissen heute, wenn der Verkehr wieder läuft, wenn die Trümmer bewegt werden, wenn die Wirtschaft wieder anfängt sich zu rühren, wenn die Schornsteine wieder rauchen, daß es letzten Endes unserer Initiative, unserer Arbeitsfreude und unserer inneren Verpflichtung zum Wiederaufbau zu danken ist. Wir wissen, daß große Aufgaben noch vor uns liegen, weit größere, als sie hinter uns liegen. Vieles ist getan, aber viel mehr muß noch getan werden. Und wer nur eine Ahnung von der Größe dieser Aufgabe hat, der muß mir zustimmen, daß diese Verhältnisse nicht zu meistern sind durch eine rückwärts gerichtete Phraseologie, wie sie uns aus dem Westen aus weiten Teilen entgegenströmt, sondern nur durch eine vorwärts gerichtete Initiative. Was heißt es, wenn man unsere Vereinigung dadurch glaubt verunglimpfen zu können, daß man davon spricht, wir seien die Blutspender der Kommunistischen Partei? Genossinnen und Genossen, so wenig wie wir die Blutspender der Kommunistischen Partei sind, so wenig ist die Kommunistische Partei der Blutspender für unsere Partei. Wir wollen Blutspender sein, Blutspender für Deutschland und für das deutsche Volk. (Beifall.) Und damit erhebt sich unsere Pflicht, und damit erhebt sich unsere Aufgabe weit über kleinliche Parteistreitigkeiten hinaus. Die Gegner dieser Einheit glauben alle an das wahre A und O der zukünftigen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung.

Wir wissen, daß wir diesen Weg unbeirrt gehen müssen, und wir wissen auch, daß auf diesem Weg die Entwicklung mit uns geht. Erst gestern versammelte der Genosse Dr. Schumacher aus Hannover hier in Berlin wieder einen Kreis um sich, und ich frage Euch: Warum hat Dr. Schumacher seinen Weg nicht nach Berlin gefunden in jenen Monaten, in denen es galt, die Frage der Einheit der Arbeiterklasse und die Frage der Einheit Deutschlands zu klären? (Sehr wahr!) Jetzt, wo es gilt zu spalten, ist er bereits zum dritten Male in sechs Wochen hier. Und seine Erwartungen werden sicher durch die Entwicklung ihre richtige Antwort erfahren. Und wenn er gestern abend nach eindreiviertelstündigem Warten schließlich doch 40 seiner Schäfchen versammelt hatte (Lachen), so wurde in der Beratung durch einen der Redner festgestellt: „Ich glaube, daß wir in den nächsten Tagen darüber Klarheit haben werden, daß auch diejenigen, die schwer begreifen, wissen, daß es eine alte Sozialdemokratische Partei und einen kleinen Haufen gibt, der sich mit der Kommunistischen Partei vereinigt.“ — Der kleine Haufen sind wir. (Gelächter.) Aber die Erkenntnisse greifen auch dort um sich, denn dieser selbe Redner erklärte weiter folgendes: „Wir wollen nunmehr versuchen, daß wir schnellstens auch die Möglichkeit der Beeinflussung unserer Mitglieder haben. Vorläufig haben die anderen gewonnen. Sie haben den ‚Vorwärts‘ geschaffen. Allerdings muß ich sagen, daß sie nun tatsächlich die besseren Verbindungen haben. Der ‚Vorwärts‘ ist da. Der Neid muß es ihnen lassen, daß sie am ersten Tage ein Geschäft damit gemacht haben wie kaum eine andere Zeitung. Die Zeitung wurde den Händlern aus den Händen gerissen.“ (Beifall.) Ja, Genossinnen und Genossen, der Neid wird uns noch mehr lassen müssen. (Sehr

gut!) — Der Neid soll aber nicht Leitmotiv unseres Denkens und Handelns sein, sondern wir wissen es genau, daß auf der Gegenseite, der Oppositionsgruppe, die natürlichen Empfindungen des proletarischen Blutes die Entscheidungen zu treffen haben, und daß diese Entscheidung nur lauten kann: für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse. (Bravo und Beifall.)

Und nun, Genossinnen und Genossen, noch einen Blick nach rückwärts, in das Reich der Schatten, in das Reich des Todes.

Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Wir gedenken in Ehrung und Ehrfurcht all der vielen, vielen Genossen, die als Opfer des nazistischen Bluterrors von uns gegangen sind. Wir gedenken in tiefer Ehrfurcht aller jener Männer und Frauen, die die größten Leiden, das größte Opfer getragen haben, ihr Leben hingaben in der tiefen Erkenntnis, daß Einheit die einzige Brücke zum Leben der deutschen Arbeiterklasse sein könne. Jener Begriff, der für uns alle in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern in zwölf Jahren Selbstverständlichkeit war, darf im Andenken an alle diese teuren Toten niemals vergessen werden. Ich gedenke nur weniger mit Namen. Ich denke an die ermordeten Genossen Ernst Heilmann, Rudolf Hilferding, Johannes Lohmeier, Dr. Julius Moses, Johannes Stelling, Dr. Heinrich Jasper; ich gedenke einiger der Hingerichteten: Ernst von Harnack, Dr. Theodor Haubach, Dr. Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Hermann Maaß, Carl Micrendorff, Professor Reichwein, Eduard Zachert; ich gedenke der in der Haft Verstorbenen und Gemordeten: Rudolf Breitscheid, Hermann Liebmann. Ich gedenke der in der Heimat Gestorbenen und derer, die aus Verzweiflung selbst Hand an sich legten, weil sie glaubten, die barbarischen Zustände der Hitler-Zeit nicht überleben zu können: Minna Bollmann, Clara Bohm-Schuch, Heinrich Fleißner, Julius Gehl, Alfred Henke, des Bergarbeiterführers Fritz Husemann, an Franz Künstler, an Richard Lepinski, an Toni Pfüllf, an den Landarbeiterführer Georg Schmidt, an Max Westphal.

Ich gedenke derer, die in der Emigration fern von der Heimat verstorben sind: Hans Vogel, Otto Wels, Paul Jung und vieler und aller, die ich hier nicht mit Namen nennen kann. Ich gedenke aber auch Ernst Thälmanns, des Kommunistenführers, und aller anderen kommunistischen Freunde, die in gleicher Not und in gleichem Leid mit uns die Opfer trugen.

Ich danke Euch und bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Und nun, Genossinnen und Genossen, den Blick auf die Arbeit. Wir müssen zunächst eine Feststellung machen: Ich stelle fest, daß dies hier der satzungsgemäß einberufene 40. ordentliche Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, und frage, ob sich gegen diese Feststellung ein Widerspruch erhebt. — Es ist nicht der Fall. — Somit wird die von mir gemachte Feststellung protokollarisch festgelegt werden.

Wir haben zunächst die Wahl der Leitung des Parteitages vorzunehmen. Wir schlagen vor, drei Vorsitzende für die Leitung des Parteitages zu wählen. Ich bitte

um Vorschläge! (Zuruf: Otto Grotewohl!) Genossinnen und Genossen! Ich schlage vor, zu Vorsitzenden des 40. Parteitages zu wählen den Genossen Max Fechner, den Genossen Erich W. Grifflke und als Vertreter des Bezirksverbandes Berlin den Genossen Karl Litke.

Genosse Grotewohl (fortfahrend): Ich bitte diejenigen, die mit diesen Vorschlägen einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß einstimmige Wahl erfolgt ist.

Nummehr bitte ich den Genossen Fechner, die Leitung des Parteitages zu übernehmen. (Beifall.)

Genosse Fechner: Parteigenossinnen und -genossen! Ich darf namens meiner Kollegen, denen Sie eben mit mir das Vertrauen geschenkt haben, die Leitung des Parteitages zu übernehmen, unseren Dank abstaten.

Genossinnen und Genossen! Der Genosse Grotewohl nannte unter den Toten auch die Genossen Otto Wels, Hans Vogel und Franz Künstler. Sie weilen nicht mehr unter uns. Aber, Genossen, ihr Geist weilt unter uns, und in Ihrem Geiste wollen wir auch unsere Arbeit auf dem Parteitag erledigen. Otto Wels, Hans Vogel und Franz Künstler würden sicherlich heute an dieser Stelle stehen, an dem Platze, den wir nun einnehmen dürfen.

Genossinnen und Genossen! Parteitage sind Marksteine in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Wir wissen, daß von 1863 bis 1875 ebenfalls zwei Parteien getrennt marschiert sind, daß aber 1875 die Vereinigung vollzogen wurde. Und als ich heute mit meinem alten Freunde Schöpflin hierher kam, da kam mir der Gedanke an die Auseinandersetzungen jener Zeit, als man August Bebel den Vorwurf machte, daß er die Partei, die Sozialistische Arbeiterpartei, wie sie sich nannte, spalten würde. August Bebel hat geantwortet: „Ich spalte nicht die Partei, sondern ich einige die Arbeiterbewegung.“ Und, Genossinnen und Genossen, das ist die große Aufgabe, die nach den vielen Nächten der Finsternis auch uns wieder zufällt. Ich sagte, Parteitage sind Marksteine in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Wir wissen: 1875 die Vereinigung Erfurt, 1891 ein Programm, das zum großen Teil wieder von uns übernommen werden soll. Dresden 1903 der große Kampf August Bebels gegen den Revisionismus, 1919 die Auseinandersetzung über die Stellung der Partei zur Republik, und weiter Leipzig 1932 die große Auseinandersetzung über den Faschismus. Sie hat leider nichts mehr genutzt.

Und daraus, Genossinnen und Genossen, haben wir die Schlußfolgerung zu ziehen, und die soll jetzt gezogen werden. Und so wird der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei unter dem Motto stehen: „Die Einheit der Arbeiterklasse!“ (Bravo und Händeklatschen.)

Genossinnen und Genossen! Ich bitte, nun zu bezeugen oder damit einverstanden zu sein, daß das Büro sich ergänzt durch drei Schriftführer, und ich bitte, wenn sich kein Widerspruch dagegen erhebt, um Vorschläge dafür.

Genosse Buchwitz, bitte!

Genosse Buchwitz: Ich schlage vor die Genossin Annetta Pröschel-Halle, den Genossen Richard Engelmann-Chemnitz und den Genossen Ernst Tschickert-  
Provinz Brandenburg.

Genosse Fechner: Erhebt sich Widerspruch gegen die drei vorgeschlagenen Genossen? — Das ist nicht der Fall! Dann bitte ich diese Genossen, den Platz hier oben einzunehmen.

Ich habe weiter vorzuschlagen namens der Leitung, daß wir das Präsidium des Parteitages erweitern durch die Zentralausschuß-Mitglieder Otto Grotewohl, August Karsten, Otto Meier, Helmut Lehmann, Käthe Kern, Richard Weimann, Bernhard Göring, Toni Wohlgemuth, Hermann Harnisch und als Vertreter der Bezirke Friedrich Ebert-Brandenburg, Max Rausch, Land Sachsen, Bruno Böttge, Provinz Sachsen, Heinrich Hoffmann, Thüringen, Alfred Starossen, Mecklenburg-Pommern, und als Vertreter aus dem Westen Wilhelm Buch-Bayern, und Ernst Heilmann-Kiel. (Beifall.)

Ich sehe aus Ihrem Beifall, daß Sie dagegen keinen Einspruch einlegen.

Außerdem, Genossen, machen wir den Vorschlag, aus den Reihen unserer Parteiveteranen Eugen Ernst, Anna Nemitz, Elfriede Ryneck, Georg Schöpflin und Otto Büchner ins Präsidium zu berufen. (Beifall.)

Ich darf auch hier Ihren Beifall als Zustimmung annehmen. — Oder erhebt sich Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich auch diese Genossen, ihre Plätze einzunehmen.

Der Genosse Grotewohl hat mehrere Ehrengäste begrüßt, und diese haben den Wunsch, einige Worte an den Parteitag zu richten.

Ich habe den Auftrag, Genossinnen und Genossen, Euch die Grüße der Berliner Parteiorganisation zu übermitteln. Die Berliner Parteiorganisation, die am letzten Sonntag, man muß sagen nach vorangegangenen schweren Kämpfen und Auseinandersetzungen, einstimmig die Vereinigung beschlossen hat. (Händeklatschen.) Diese Veranstaltung am vorigen Sonntag stand unter der Leitung unseres Zentralausschußmitgliedes, des Genossen Harnisch, der seinerzeit auf unseren Vorschlag die Parteiführung in Berlin übernommen hatte, da statutenmäßig auch der Zentralausschuß die Leitung der Berliner Organisation übertragen bekam.

Genossen, wir sind dem Genossen Harnisch zu Dank verpflichtet, daß er diesen Auftrag in so glänzender Art gelöst hat, daß er die Parteiorganisation, ich glaube, auch bald ganz geschlossen in die Einigungspartei herüberführen wird. (Lebhafter Beifall.) Wenn auch zur Zeit noch einige Zweifeln, vielleicht auch Unbelehrbare dasein mögen, eines Tages werden auch sie mitgerissen sein von der Begeisterung um die Lösung der Einheitsfrage. Ich sage, Dank gebührt dem Genossen Harnisch wie auch den anderen Berliner Funktionären dafür.

Und nunmehr bitte ich als Vertreter des Magistrats den Stellvertretenden Bürgermeister, unseren Genossen Orlopp, das Wort zu nehmen.

Genosse Orlopp (freudig begrüßt): Meine Herren Offiziere der alliierten Besatzungsmächte, Genossinnen und Genossen! Im Namen des Magistrats der Stadt

Beifall. Ich Sie in unserer Stadt herzlich willkommen und wünsche dieser Tagung den besten Erfolg. Zwischen Ruinen und Trümmern wird der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei tagen als größtes geschichtliches Ereignis der deutschen Sozialdemokratischen Partei. Die Einigkeit der beiden Arbeiterparteien ist auch eine Voraussetzung von ausschlaggebender Bedeutung für die kommunale Politik der deutschen Städte überhaupt. Als wir in Berlin nach dem Zusammenbruch des Nazismus die Leitung der Stadt, in Brand und Rauchwolken gehüllt, übernahmen, war die Stadt ohne Lebensmittel, ohne Verkehrsmittel, ohne Wasser, ohne Gas und ohne Energie. Es war für uns wirklich keine vorlockende Aufgabe, diese Arbeit zu übernehmen, da diesmal im Gegensatz zu 1918 keinerlei Auffangorganisationen zur Verfügung standen, sondern wir waren in den ersten Tagen und Wochen vollkommen auf uns selbst gestellt. Monatelang arbeiteten Arbeiter und Angestellte oft ohne Lohn und Gehalt und gaben ihr Bestes, um die Betriebe wieder in Gang zu bringen. Häufig waren wir uns darüber im Zweifel, ob wir überhaupt jemals wieder in der Lage sein würden, aus Berlin das zu machen, was es war. Ja, wir waren häufig im Zweifel in den ersten Wochen, ob es überhaupt möglich wäre, die 3 1/2 Millionen Bevölkerung aus diesem Chaos lebend hindurchzubringen. Dabei muß festgestellt werden, daß die Einwohner unserer Stadt ohne die Hilfe der Roten Armee in den Maitagen verhungert wären. Wir waren von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten. Alle Eisenbahnverbindungen um Berlin und alle Brücken um Berlin waren durch Kampfhandlungen zerstört. Die aufopferungsvollste Arbeit aller aktiven Antifaschisten in den Mai- und Junitagen des Jahres 1945 und die selbstlose Zurverfügungstellung der Arbeit der Roten Armee wird für alle Zeit ehrend in der Geschichte Berlins festgehalten werden.

In der Vergangenheit hat sich die Uneinigkeit der Arbeiterschaft in der kommunalen Politik besonders nachteilig ausgewirkt. Zur Freude der Reaktion zerfleischten sich in den Jahren nach 1918 in Tausenden von kommunalen Parlamenten die beiden Arbeiterparteien. Eine Arbeiterpartei ging in Koalition mit den bürgerlichen Parteien und zwang so die andere Arbeiterpartei in Opposition, die zur weiteren Zerfleischung der Arbeiterschaft beitragen mußte. So war es auch in Berlin zum Schaden aller schaffenden Menschen. Der Unheil stiftende Bruderstreit soll durch diese Tagung sein Ende finden. Die Vertreter der Kommunisten und der Sozialdemokratischen Partei haben mit dem Berliner Magistrat vom ersten Tage nach dem Zusammenbruch des Nazisystems brüderlich zusammengearbeitet, und ich darf sagen: mit gutem Erfolg. In Berlin pulsiert jetzt wieder Leben, Handel und Wandel ist in Gang, der Verkehr rollt wieder, die Versorgungsbetriebe sind voll in Betrieb, das Handwerk hat beste Leistungen aufzuweisen. Krankenhäuser, Schulen und rund 50 000 Wohnungen sind wiederhergestellt worden. Aber Unendliches bleibt noch zu tun. Der kommunalen Tätigkeit sind für die kommenden Monate und Jahre Probleme gestellt, die eine Zusammenfassung und Ausrichtung aller Kräfte dringend erforderlich machen. Diese

Aufgaben sind: Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Massen an Wohnung, Kleidung und Heizung, Wiederaufbau unserer fast zu Tode getroffenen Wirtschaft unter Kontrolle und Mitarbeit der kommunalen Verwaltung, beschleunigte Wiederherstellung und Ausbau sämtlicher Verkehrsmittel. Die Beschaffung der Rohstoffe ist zur Zeit das dringendste Gebot der Stunde. Gelingt es uns nicht, in einigen Wochen und Monaten diesen Engpaß zu beseitigen, dann steht alles bis jetzt Erreichte in neuer Gefahr. Neuaufbau des Geldwesens und der kommunalen Kredite für Handel und Gewerbe, Vereinfachung des kommunalen Steuerwesens unter stärkster Berücksichtigung des wirtschaftlich Schwachen, volkstümlicher Kulturaufbau, Erziehung der Jugend zum sozialistisch-demokratischen Denken, Förderung des genossenschaftlichen Siedlungswesens und des Genossenschaftsgedankens überhaupt, Übernahme aller lebenswichtigen Betriebe in die Hand der Gemeinde und vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle bei den kommunalen Betrieben und Verwaltungen tätigen Arbeiter und Angestellten werden weitere Aufgaben unserer Arbeit in den nächsten Monaten und Jahren sein. Es ist also noch eine große Aufbauarbeit, die geleistet werden muß, um auch Berlin wieder zu Deutschlands Hauptstadt zu machen und den zurückkehrenden Kriegsgefangenen wieder Arbeit und Brot in ihrer Vaterstadt zu geben. Die Einigkeit der beiden Arbeiterparteien wird uns allen die notwendige Sicherheit geben, um diese von mir kurz skizzierten schweren Aufgaben durchzuführen. Von diesem Geiste beseelt, fruchtbare Arbeit zu leisten, dem ganzen Volke zu dienen, möge auch diese Tagung getragen sein zum Wohle des gesamten deutschen Volkes. In diesem Sinne heißt Deutschlands Hauptstadt Berlin alle Delegierten herzlich willkommen und wünscht dieser Tagung den besten Erfolg. (Starker Beifall.)

Genosse Fechner: Als Vertreter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht der Genosse Bernhard Göring.

Genosse Göring (mit Beifall empfangen): Genossinnen und Genossen! Es gereicht mir zu einer ganz besonderen Freude, die Delegierten des 40. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei begrüßen zu dürfen und ihnen die Grüße des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zu übermitteln. Dieser Parteitag und der daran anschließende gemeinsame Parteitag beider Arbeiterparteien wird eine für die gesamte Arbeiterbewegung Deutschlands historische Entscheidung zu treffen haben. Für die Zukunft werden nach dem Willen von Millionen deutscher Arbeiter die Interessen der Werktätigen durch eine einheitliche sozialistische Arbeiterbewegung vertreten werden. Damit wird ein politisches Kraftfeld geschaffen, das Gewähr bietet, daß die vor den Werktätigen Deutschlands stehenden gewaltigen Aufgaben des Wiederaufbaus im Sinne des demokratischen Fortschritts und der Sicherung der Grundsätze der Freiheit gemeistert werden können. Die Delegierten dieser Parteitage sind sich bewußt, daß sie eine der bedeutendsten Entscheidungen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu treffen haben. Sie tragen nicht nur die Verantwortung gegenüber der Sozialdemokra-

tischen Partei oder der Kommunistischen Partei, sondern ihre Entscheidung wird die Lage der deutschen Werktätigen für die Zukunft grundsätzlich beeinflussen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird die Arbeiterpartei sein, die in ihre Grundsätze die Lehre von Marx und Engels, die Auffassung von der geistigen Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Theorie des Sozialismus über Lenin zu Stalin in die Dynamik der Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft stellt. Aus den inneren Kräften der sozialdemokratischen Bewegung, aus den inneren Kräften der kommunistischen Bewegung Deutschlands wird sich die Synthese dieses Prozesses vollziehen. Die politische Einheit der deutschen Arbeiterbewegung ist auch für die freien Gewerkschaften Deutschlands von allergrößter Bedeutung. In einer Periode des Umbaus der Wirtschaft im Weltmaßstab, die eine Neuordnung der Gesellschaft zur Folge haben wird, werden die neuen Gewerkschaften als Träger der Massenorganisation der Werktätigen verpflichtet sein, an den Voraussetzungen mitzuarbeiten, die am Ende der Entwicklung die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische Wirtschaft ermöglichen. Dieser Umwandlungsprozeß kann längere oder kürzere Zeit dauern. Während seiner Dauer aber werden zweifellos die in der Gesellschaft und im Staat vorhandenen Kräfte aufeinander und gegeneinander wirken. Die freien Gewerkschaften sind deshalb gezwungen, in dieser Phase der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in stärkerem Maße, als das früher der Fall war, auch politischer Willensträger zu sein. Gewiß steht für die Gewerkschaften an erster Stelle die Verpflichtung, den deutschen Arbeitern das Recht auf Arbeit, auf auskömmliche Löhne und Gehälter, den Schutz der Arbeitskraft, die Sicherungen in allen Wechselfällen des Lebens und die maßgebliche Mitwirkung in der Wirtschaft zu gewährleisten. In diesen schon vor 1933 aufgestellten Grundsätzen der Gewerkschaftsbewegung erschöpft sich jedoch die Aufgabenstellung der neuen freien Gewerkschaften nicht. Dieser Rahmen alter Gewerkschaftsarbeit darf und muß heute als gesprengt betrachtet werden. Der politische Wille des gesamten Volkes konzentriert sich in den politischen Parteien. Aber nicht nur bei diesen, auch in der Gewerkschaftsbewegung. So werden die Gewerkschaften für die Zukunft zur Durchsetzung ihrer Forderungen, zur Verstärkung ihres Einflusses in dem wirtschaftlichen und sozialen Leben der Zusammenarbeit mit den politischen Parteien bedürfen. Diese Zusammenarbeit mit den politischen Parteien wird sich um so intensiver gestalten, je wesensverwandter Parteien und Gewerkschaften sind. Gewiß, die freien Gewerkschaften unterscheiden sich in bezug auf ihre Mitgliedschaften von den politischen Parteien. Mitglied der freien Gewerkschaften kann jeder Arbeiter und Angestellte werden ohne Unterschied seiner parteipolitischen Zugehörigkeit. Damit nehmen die Gewerkschaften zu der politischen Haltung des einzelnen Mitgliedes eine neutrale Haltung ein. Das, Genossinnen und Genossen, bedeutet aber nicht, daß sie die grundsätzlichen Zusammenhänge ihrer Bewegung mit der großen politischen Bewegung der Arbeiterklasse dabei verkennen. (Bravol) Die Gewerkschaften von

heute werden bei den von mir kurz skizzierten auch politischen Aufgaben nicht in einem luftleeren Raum arbeiten können. Sie benötigen die Zusammenarbeit mit einer großen, starken sozialistischen Partei. (Bravorufe und Händeklatschen.)

So sind die Gewerkschaften daran interessiert, daß eine solche starke politische Bewegung der Arbeiterklasse Staat und Gesellschaft führt. In der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sehen sie den stärksten Willensträger der künftigen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens.

Genossinnen und Genossen! In diesen Tagen, in diesen Osterfeiertagen des Jahres 1946 werden Millionen Gewerkschaftler, die bereits praktische Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands leisten, ihren Blick auf diesen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, ihren Blick auf den ersten Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands richten. Die Beschlüsse dieses Parteitages, beider Parteitage, sie werden die Arbeiter der Betriebe, die Männer der Faust und des Geistes in ihrer schweren Arbeit stärken und zuversichtlich stimmen. In diesem Sinne begrüße ich als Beauftragter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes von ganzem Herzen den heutigen 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, begrüßen wir von ganzem Herzen die kommende Sozialistische Einheitspartei. In diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, wünschen wir Eurer Beratung hier den besten Erfolg. (Beifall.)

Genosse Fechner: Es sollte nunmehr der Genosse Dahlem von der KPD zur Begrüßung das Wort nehmen. Er ist zur Zeit noch verhindert durch den Kommunistischen Parteitag. Ich schlage vor, daß er dann bei seinem Erscheinen das Wort bekommt, und bitte nunmehr, kurze Worte entgegenzunehmen von den Bezirksvertretern des Westens. (Bravol)

Es hat zuerst der Genosse Hauser-Frankfurt/M. das Wort. Es folgt dann Genossin Schaar-Heidelberg, Genosse Braun-Hildesheim, Genosse Berner-Hamburg, Genosse Spiegelmacher-Aachen, Genosse Hufe-Braunschweig und Heilmann-Kiel, Genosse Sorhage-Dortmund.

Der Genosse Hauser hat das Wort.

Genosse Hauser: Liebe Parteifreunde, Euer Beifall freut uns Delegierte aus dem Westen außerordentlich, und ebenso freuen wir uns wie Sie, daß wir endlich nach vielen Jahren der Trennung wieder gegenseitig uns begrüßen dürfen.

Wir sind nun leider verhindert, hier hochpolitische Erklärungen abzugeben. Das ist auch gar nicht der Zweck. Ich bin von meinen Freunden beauftragt, eine Erklärung zu verlesen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die klassenbewußten Sozialdemokraten der westlichen Gebiete Deutschlands, die sich nicht nur als Glied irgendeines Ortsvereins oder einer Landesorganisation fühlen, sondern in erster Linie als Zugehörige der Gesamtpartei Deutschlands, verfolgen mit tiefstem Bedauern die seit Monaten fortschreitenden Bestrebungen einzelner zur Zeit führender Genossen aus dem Westen, die von jedem Sozialisten erhoffte Einigung der beiden Arbeiterparteien zu verhindern. Wichtigste Forderungen und Aufgaben der Werktätigen wurden durch diese rückschrittliche und

Kräfte verzehrende Arbeit vernachlässigt. Die Einigungsgegner übersehen nicht nur die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, sondern auch die bereits deutlich erkennbaren Ansätze der innerdeutschen Reaktion, die ebenfalls mit unbdenklichsten Mitteln die gefürchtete Einheit der Sozialisten zu hintertreiben versucht; und auf sogenannten Zonenkonferenzen, die bisher durchweg einseitig und keineswegs demokratisch zusammengesetzt waren (hört, hört!), lassen die führenden Einigungsgegner Beschlüsse fassen, die den Unwillen der breiten Mitgliedschaft erregen.

Die Referenten auf diesen Konferenzen legten die wahren Zusammenhänge größtenteils irrig dar und scheuten sich nicht, die peinlichsten Verdächtigungen gegen den Berliner Zentralausschuß der SPD und die kommunistische Bruderpartei auszusprechen. Mit allen Mitteln wollen die führenden Einigungsgegner verhindern, daß sich die Sozialdemokraten des Westens über die wahren Zusammenhänge unterrichten. Dieser Absicht entsprach auch der Beschluß der Offenbacher Funktionärkonferenz der SP, wonach die an dem Parteitag teilnehmenden SPD-Genossen automatisch ihren Austritt aus der Partei erklären würden. (Hört, hört!) Dieser beispiellose und undemokratische Beschluß, der sehr an verflissene Methoden erinnert, hat weder eine statutenmäßige Grundlage noch eine rechtliche Bedeutung, was sogar durch die neue Parteiverordnung der zuständigen Besatzungsarmee erhärtet wurde. Es ist nicht das erste Mal, daß sich führende SP-Leute des Westens von außen her auf den richtigen Weg verweisen lassen mußten. Überall macht sich eine zunehmende Unsicherheit und eine völlig unklare sozialistische Zielsetzung bemerkbar. Das höchste Ziel des derzeitigen Führers der SP Hessen ist, die SP zum Zünglein an der Waage werden zu lassen. Die Tatsache, daß der sogenannte Beauftragte der SPD für die Westzone und die von ihm abhängigen Landespräsidenten der SP den Zentralausschuß nicht anerkennen, ist für die Mitglieder der SPD ohne rechtliche und bindende Bedeutung. Der Arbeiterschaft sind die Grundelstellung aller Genossen des Zentralausschusses sowohl hinsichtlich ihrer sozialistischen Einstellung als auch ihre antifaschistische Tätigkeit während der Nazizeit viel bekannter als die Einheitsgegner der westlichen Zone, deren Mandate sehr umstritten sind.

An dieser Stelle sei den amerikanischen und russischen Besatzungsbehörden Dank dafür ausgesprochen, daß sie unter Hochhaltung der demokratischen Grundrechte die Reisegenehmigung erteilt haben. (Bravo! Hände klatschen.)

Die Mehrheit der westlichen Sozialdemokraten steht freudigen Herzens auf dem Boden der sozialistischen Einheit. Aus den Betrieben und Verwaltungen werden laufend Stimmen und Forderungen nach Unterbindung des bereits beginnenden Bruderkampfes laut. Dem Wegbereiter der Einigung, dem Zentralausschuß, wird größtes Vertrauen entgegengebracht. Die Genossen begrüßen das Zustandekommen des Parteitages und empfinden mit Genugtuung, daß es einigen Einheitsfreunden trotz aller Widerstände ermöglicht wurde, an dem geschichtlichen Einigungsparteitag teilzunehmen. Wenn wir auch nicht als ordentliche Delegierte auftreten

können, so soll unsere Anwesenheit dennoch beweisen, daß wir die Einheit der Sozialisten höherstellen als den föderalistischen Partegoismus. In diesem Sinne entbieten wir dem Parteitag unsere brüderlichen Grüße, und wir wünschen dem Parteitag im Interesse der sozialistischen Einheit und der Völkerverständigung vollen Erfolg.“ (Starker Beifall.)

Genosse Fechner: Es spricht nun Genossin Schaar-Heidelberg; ihr folgt dann Genosse Braun-Hildesheim.

Genossin Schaar-Heidelberg: Genossen und Genossinnen! Es ist eine wunderbare und festliche Stunde, in der wir Euch hier zum Reichsparteitag begrüßen dürfen im Namen der Arbeiterschaft von Baden. Wir sind mit großen Schwierigkeiten zu Euch gekommen, aber wir sind gern gekommen. Wir sind getragen von der hohen Mission, Zeugnis abzulegen dafür, daß die Politik der Sozialdemokratischen Partei in Baden nicht den Willen der Arbeiterschaft ausdrückt. Die sozialdemokratische Führung des Westens hat unter dem Diktat von Schunacher einen gefährlichen Weg eingeschlagen.

Wir alle, die für die Einheit drüben eintreten, stehen unter einem schweren Druck. Unsere Genossen, die in prominenten Stellungen sitzen, leiden sogar unter beruflichem Boykott. (Hört, hört!) Jawohl, Genossen! Und trotzdem, wir als Hand- und Kopfarbeiter, die in den deutschen Betrieben zusammenstehen, kennen unsere Pflicht. Wir wissen, dies ist der Augenblick, in dem es für jeden von uns heißt: Entscheide dich und verantworte, was du tust!

Die Arbeiterschaft weiß, daß der politische und wirtschaftliche Aufbau unseres Landes abhängig ist von der Schaffung einer einheitlichen und aktiven Parteiformation. Wir aus Baden fordern ebenfalls den sofortigen Zusammenschluß mit der sozialistischen Bruderpartei, wenn notwendig, auch unter Beiseiteschiebung der Führerschaft. (Beifall.) Wir werden auch über unsere Führerschaft hinweggehen und uns mit Euch vereinigen. (Bravo! Beifall.)

Wir haben bereits in verschiedenen Bezirken Einheitsgruppen oder stehen kurz vor der Einigung. Wir haben z. B. im Wahlbezirk Moosbach bereits die sozialistische Vereinigung, die schon seit November lizenziert ist.

Genossen! Wir können es gar nicht laut und deutlich genug aussprechen: Wir leben seit dreißig Jahren in einer Spaltung. Wir wollen sie beendet sehen — wir wollen es! In diesem Augenblick, in dem sich die Sozialistische Einheitspartei stabilisiert, hat die Spaltung für uns aufgehört zu existieren. Es ist zum Sammeln gerufen worden um die Fahne des sozialistischen Programms, wie es Karl Marx in unsere Hand gelegt hat. Wer den Sozialismus will, ist heute bei uns und mit uns, und der Rest, der draußen bleibt, mag sich statt Sozialisten Demokraten nennen.

Genossen! Wir erklären feierlich, daß jeder einzelne von uns seine Kraft einsetzen wird zum Kampf gegen die Reaktion, für die proletarische Einheit und damit zur Verwirklichung des Sozialismus. (Lebh. Beifall.)

Genosse Fechner: Das Wort hat der Genosse Braun-Hildesheim. Ihm folgt Genosse Berner-Hamburg.

Genosse Braun-Hildesheim (lebhaft begrüßt): Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der hier anwesenden Genossen des Bezirks Hannover-Braunschweig möchte ich die allerherzlichsten Grüße überbringen, getragen von dem heißen Wunsch, daß die Gestaltung der sozialistischen Einheit, die sich in diesen Tagen hier vollziehen wird, als Auftakt zu einer ungeahnten Aufwärtsentwicklung der deutschen Arbeiterklasse sich auswirken möge. Das Ergebnis des Ringens um die neuen Formen unseres politischen Seins muß der Niederschlag einer geschichtlichen Auswertung der Vergangenheit sein, und wir haben darüber zu wachen, daß die Partei niemals wieder zum Selbstzweck wird, sondern nur Mittel zum Zweck. Und dieser Zweck, Genossen, heißt: Sozialismus!

Heute weilen wir unter Ihnen als Gäste. Wir kommen aus einer Zone, wo wir nur unter besonderen Schwierigkeiten die Frage der Einheit aufrollen können. Und trotzdem verfolgen in dieser Stunde unzählige der Genossen in unserer Heimat das größte geschichtliche Ereignis der deutschen Arbeiterklasse, in der Geschichte der deutschen Arbeiterschaft. Und wenn wir nach Abschluß dieser Tagung wieder zurückkehren an unsere Arbeit, dann werden wir in unserer Zone die Voraussetzung schaffen, daß wir auf dem nächsten Parteitag der sozialistischen Einheit aus dem Westen nicht mehr als Gäste, sondern als die gewählten Delegierten der Großorganisation aller Sozialisten vertreten sein werden. (Bravo und stürmisches Händeklatschen.) Wir kehren aber auch zurück mit dem fanatischen Willen, im Kampf um Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterklasse die Form zu finden, mit deren Hilfe wir das neue demokratisch-sozialistische Deutschland aufbauen. (Bravo und Händeklatschen.)

Genosse Fechner: Es spricht Genosse Berner-Hamburg. Ihm folgt Genosse Spiegelmacher-Aachen.

Genosse Berner-Hamburg (mit Beifall begrüßt): Die dringende Notwendigkeit der Einheit der deutschen Arbeiterschaft hat mich und viele andere Genossen aus Hamburg bewogen, hierher nach Berlin zu kommen, um den Einheitsparteitag zu erleben. Trotz aller Schikanen und eventuellen Parteiausschlusses fühlen wir uns verpflichtet, unsere Verbundenheit mit den Genossen der Ostzone vor aller Welt zum Ausdruck zu bringen. (Bravo! Händeklatschen.) Wir wissen ganz genau, daß nur die Einheit der Arbeiterschaft ein Garant dafür ist, die Fehler, die nach 1918 gemacht wurden, nie zu wiederholen! Stellt Euch bitte vor, man hätte das schon vor zwanzig Jahren erkannt, was uns und der Welt so erspart geblieben wäre. (Sehr richtig!) Wir sehen es gerade bei uns in Hamburg, daß die Reaktion noch lange nicht geschlagen ist. Genau wie 1919 kommen jetzt die Faschisten wieder ganz offen aus ihren Mauselöchern heraus. Genossen, glaubt ja nicht, daß wir in der westlichen Zone demokratische Verhältnisse haben, wie Ihr es Euch hier wahrscheinlich immer vorstellt. Im Gegenteil, wir haben dort eine Diktatur des Kapitals, wie Ihr sie Euch gar nicht schlimmer

vorstellen könnt. (Hört, hört!) Seid gewiß, Genossen, daß wir nun im Westen alle Kräfte der Einheit sammeln, um mit aller Energie und Kraft auch bei uns die heiß ersehnte Einheit zu schaffen. Wir wissen heute schon, daß nicht Schumacher und Konsorten, sondern daß nur die Politik der Einheit vor der Geschichte der Arbeiterklasse bestehen kann. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Fechner: Es spricht der Genosse Spiegelmacher-Aachen. Ihm folgt Genosse Sorhage-Dortmund.

Genosse Spiegelmacher-Aachen: Genossinnen und Genossen! Wenn wir aus dem äußersten Westen des Reiches zu Euch geeilt sind, so sind wir in dem wahrhaften Bewußtsein gekommen als Blutspender, aber nicht als Blutspender für die KPD, wie unser Zonenhauptling meint, sondern als Blutspender am sicken Körper Deutschlands. Wir wollen gemeinsam mit den Kameraden der KPD wieder mal Blut spenden, um Deutschland aufzurichten und eine Wirtschaft sozialistischer Struktur zu bilden. Wenn im Westen unseres Reiches sich schon wieder Separatismus und der Zonenseparatismus breitmachen, dann ist es vor allen Dingen ein Verschulden unserer Langschläfer, die auch heute wieder die Stunde verschlafen wollen. Wir bedauern es vor allen Dingen als Delegierte des Westens, daß wir Ihnen nicht die Grüße aller übermitteln können, sondern nur derjenigen, die uns momentan gleichgesinnt sind. Aber wir hoffen, beim nächsten Mal diese Grüße vertausendfachen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Leider hat sich in unserem Gebiet der wirtschaftliche Aufbau genau so schlecht vollzogen wie im Westen der Parteiaufbau. Ich bedauere, das sagen zu müssen. Es ist tatsächlich so. Ich kann versichern, daß wir in der Gewerkschaftsarbeit eine sehr gute Einheit haben und wir auch hoffen, zu einer Einheit der politischen Parteien zu kommen. Wir betrachten nicht das Rheinland oder irgendeine andere Zone als diejenige Zone, die entscheidend ist, sondern wir betrachten uns nach wie vor als Deutsche, die eine Hauptstadt Berlin haben. (Lebhafter Beifall.) Wir lehnen konsequent jede Zonenpolitik ab. Wir sind auch keine Pessimisten. Wir sind hergekommen als sozialistische Optimisten, um unser Wort einzulösen, das wir uns gaben hinter Gittern und Stacheldraht: Vereint zu arbeiten und vereint zu siegen! (Bravo! Händeklatschen.)

Genosse Fechner: Es spricht Genosse Sorhage-Dortmund; ihm folgt dann Ernst Heilmann-Kiel.

Genosse Sorhage (mit Beifall empfangen): Verehrte Genossinnen und Genossen! Wenn ich von meinen Freunden des Ruhrgebietes als ihr Sprecher bestimmt wurde, dann ist das für mich insofern eine besondere Ehre, als es mir, persönlich gesehen, vergönt war, auch den letzten Parteitag im Jahre 1931 unserer Partei als Gast mitzerleben und jetzt wiederum die Ehre haben darf, diesem Parteitag die Begrüßung des Ruhrgebietes zu übermitteln, des Gebietes, das in der gegenwärtigen Situation ein in der politischen Bewertung scharf unbrandetetes Gebiet ist, ein Gebiet, das so bedeutsam ist für uns Deutsche. Denn ich berufe mich jetzt in diesem Moment darauf, daß wir auch letzten Endes Deutsche

sind, die ein Recht haben, zu loben (Beifall), auch trotz des verlorenen Krieges, der ohne unseren Willen, ohne unsere Schuld geführt wurde. Das haben wir eindeutig festzustellen entgegen den Behauptungen, die immer wieder summarisch das ganze deutsche Volk als schuldig erklären wollen. (Bravo! Sehr richtig! Händeklatschen!)

Und wenn ich in diesem Sinne darauf hinweise, daß wir das größte Interesse daran haben, daß das Ruhrgebiet ein deutsches Gebiet bleibt, darum, weil es die Voraussetzung dafür ist, daß das deutsche Volk überhaupt noch lebensfähig bleibt (anhaltender Beifall unterbricht den Redner), weil wir neben der Tatsache, daß wir als Sozialisten gewillt sind, Deutschland wieder aufzubauen, auch daran denken, daß wir unsere Arbeit nicht nur für uns leisten, sondern für das gesamte deutsche Volk. (Beifall.)

In diesem Sinne, meine verehrten Genossinnen und Genossen, begrüße ich Sie als Vertreter dieses Gebietes, das in der Zukunft noch einen sehr schwierigen Kampf zu führen haben wird, insbesondere darum, weil wir leider noch mit einer Reihe Genossen einen Kampf führen müssen, die in unverständlicher Weise die Zeichen der Zeit glauben nicht erkennen zu können und es mit unverständlichen Begründungen als nicht zeitgemäß ablehnen, jetzt eine unbedingt notwendige Einigung der sozialistischen Massen durchführen zu müssen, und die sich immer wieder darauf berufen — ich erinnere nur an das Wort „Blutspender“, das Genosse Schumacher zum geflügelten Wort gemacht hat —, daß es das Ehrgefühl nicht zulasse, jetzt eine Verschmelzung mit der kommunistischen Partei zu vollziehen. Man solle doch lieber erst einmal eine Kraftprobe bei einer Wahl vorangehen lassen. Damit sind eindeutig durch diese Genossen Worte zum Ausdruck gebracht, daß man nicht im primären Sinne erst einmal an die notwendige Idee der Verschmelzung, der Zusammenschweißung der sozialistischen Massen denkt, die in langen Jahren durch die Zersplitterung nur Mißerfolg über Mißerfolg ernten konnten, sondern sie denken immer nur in solchen Momenten daran, daß ihr parteiisches Prestige vor allen Dingen gewahrt bleiben müsse, selbst wenn man dafür die Einheits- und Zukunftsideale der sozialistischen Bewegung opfern muß. (Sehr richtig!) Daß wir das nicht haben machen können, Genossen, das ist klar für uns, die wir vom ersten Tage an die Einheit erstrebt haben. Ich habe vom ersten Tage an wie alle meine Genossen dafür gearbeitet. Als wir dafür eintraten, haben wir das nur mit der Absicht getan, zu arbeiten, daß die sozialistischen Massen in kürzester Frist zusammengebracht wurden.

Und wenn wir in diesem Sinne Sie begrüßen und uns freuen, an dieser Tagung teilnehmen zu können und desgleichen auch in den Ostertagen an der geeinten Tagung der Kommunisten und unserer Partei, dann freut es uns besonders deswegen, weil es unsere Absicht ist, in aller kürzester Frist, so schnell es denkbar ist, Ihnen zu folgen. (Händeklatschen.)

Wenn ich allerdings den Optimismus etwas abdämpfen muß mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten, die wir in der Westzone noch auszufechten und zu über-

winden haben, dann darum, weil ich schon auf einige Momente hinwies. Ich weiß nicht, wenn wir zurückkommen, ob wir nicht mit einem aus dem Nazismus etwa übriggebliebenen autoritären Bestimmungsgefühl einiger prominenter Genossen zu rechnen haben werden, die dann glauben, das Recht zu haben, uns deswegen ausschließen zu dürfen, weil wir Parteischädlinge seien. Genossen, daß wir das nicht so geduldig hinnehmen werden, darauf können Sie sich verlassen, denn ich bin und bleibe das, was ich immer gewesen bin: ein unentwegter und unerbittlicher Kämpfer für die sozialistische Idee. (Bravo! Händeklatschen.) Ich werde, wie schon vom Genossen Grotewohl in seiner Einleitungsrede gesagt wurde, auch weiterhin die gesamte Parteibewegung ebenso als das notwendige Übel ansehen und erkennen als das, was eben lediglich als Instrument gebraucht werden muß, um den Sozialismus zu erringen. Es ist nicht unsere Absicht, eine Partei großzuziehen, die persönliche Belange deckt und befriedigt und die dafür sorgt, daß eine Reihe von Genossen ihr persönliches Prestige unter Druck gesetzt bekommt. Ich habe insbesondere die Beobachtung gemacht, und darauf möchte ich auch besonders hinweisen, daß eine ganze Reihe prominenter Genossen, mit denen ich über die Dinge gesprochen habe, selbst schon Bedenken haben; die aber doch immer wieder noch das Bauchgrimmen haben über die Frage: Ist es denn nun wirklich notwendig, sich mit den Kommunisten zu verschmelzen, von denen man noch eine so üble Erinnerung hat und die man glaubt, immer noch weiter tragen zu müssen?

Wenn wir in Zukunft diese Genossen belehren werden, dann dürfen Sie sich darauf verlassen, daß ich die Hoffnung aussprechen darf, daß es uns in aller kürzester Frist gelingen wird und muß, nach all dem, was wir schon empfunden haben, daß wir in der nächsten Zeit Ihnen folgen können und wir, wie schon von den vorigen Genossen gesagt wurde, auf dem nächsten Parteitag geeint in der gesamtsozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammenkommen werden. (Bravo! Beifall.) Denn die Zeit drängt, Genossen. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Die Reaktion liegt auf der Lauer, besonders in den Westgebieten. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, das werdet Ihr alle schon durch die Zeitungen erfahren haben. Wir wissen, daß das, was hier im Osten nicht möglich ist, im Westen heute schon in allerfrechster und dreistester Form wiederum zur Schau tritt, daß man dort schon wieder mit „Heil Hitler!“ grüßt, daß man dort schon wieder frech auftritt und sagt: „Unsere Zeit kommt auch noch einmal!“

Genossen, das muß unmöglich gemacht werden, indem wir eine einheitliche sozialistische Bewegung schaffen, die wie ein Prellbock, wie eine Mauer dasteht, die nicht umzurammen ist, nicht einmal durch die Atombombe des Nationalsozialismus. (Händeklatschen.) Die Zeit drängt, ich sage es noch einmal! Darum rufe ich, nicht etwa nur um Worte zu sagen, das, was schon immer von unserem Genossen Karl Marx und von unserem großen Vorkämpfer August Bebel und allen anderen großen Persönlichkeiten als Kampfpparole hinausgeworfen und als die einzige und richtige Idee erkannt wurde: „Proletarier aller Länder, vereinigt

Euch!“ Und in diesem Moment haben wir hinzuzusetzen vor allem als die zeitgemäß notwendige: Deutsche Sozialisten, vereinigt Euch! (Langer Beifall.)

Genosse Fechner: Genossinnen und Genossen! Wir haben zu Beginn unserer Tagung auch den Tod des gemordeten Ernst Heilmann beklagt. Ernst Heilmann wurde am 17. Mai in der Reichstagsfraktionssitzung nahegelegt, Deutschland zu verlassen. Wörtlich hat er damals geantwortet: „Ich bleibe in Deutschland, was auch kommen mag. Ihr kennt mich! Ich könnte behaglich im Auslande leben. Mein Platz aber ist bei der deutschen Arbeiterklasse, zu der ich ein Menschenalter gestanden habe.“ Genossinnen und Genossen, und in seiner letzten Rede im Preußischen Landtag sagte er am Schluß den Nationalsozialisten und für die Öffentlichkeit: „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet, zu unserer Fahne steh' zuhauf!“

Ernst Heilmann kann nicht mehr bei uns sein. Aber, Genossinnen und Genossen, wir grüßen in dem nächsten Diskussionsredner als Sohn des Genossen Ernst Heilmann unseren Ernst Heilmann, unseren letzten Führer in Preußen und im Reich.

Ich bitte Ernst Heilmann, das Wort zu nehmen.

Ernst Heilmann (stürmisch begrüßt): Genossinnen und Genossen! Vor mir als 30 Jahren hat mein Vater einmal gesagt, es ist schön und vernünftig, für eine Idee zu leben, aber größer, für sie zu sterben. Mein Vater starb für den Sozialismus. Ich bin stolz darauf. Aber trotzdem kann ich mich der Tragik seines Geschicks nicht entziehen, denn sein Tod war unnötig. Hätte die deutsche Arbeiterschaft vor 1933 einig zusammengestanden, dann wäre Vater heute noch zum Nutzen der Arbeiterschaft Deutschlands am Leben. (Sehr richtig und Zustimmung.) In der Konsequenz aus dieser Tatsache stellt sich jeder, der heute die Einheit der Arbeiterklasse konsequent ablehnt, sich weigert, mit uns in Diskussion zur Klärung der ideologischen Verschiedenheiten oder anderer Fragen einzutreten, auf eine Stufe mit den Mördern meines Vaters. Das Leben meines Vaters und das Leben meiner Mutter, die in treuer Fürsorge uns die letzten zwölf Jahre erzogen und ernährt hat, als man uns selbst Schule und Beruf verbot, lassen mich heute überall da, wo ich bin, für den Sozialismus und für die Einheit der Arbeiterklasse eintreten. Und so kommt es, daß ich auf unserem Versuchsgut für den landwirtschaftlichen Berufsnachwuchs in Schleswig-Holstein im Laufe des letzten halben Jahres mit mehr als 600 jungen deutschen Arbeitersöhnen, Landwirtsöhnen und Bürgersöhnen gesprochen habe, und alle danken uns, wenn sie ihren Vier-Wochen-Lehrgang beendet haben, und sind von der Idee des Sozialismus begeistert. Ich will hier nur einen anführen. Er gehört an sich nicht zu uns, es ist ein junger Bürgersohn, der mir wörtlich folgendes sagte: „Die Einheit der Arbeiterklasse ist der einzige vernünftige Gedanke, den ich in dem heutigen Chaos der Politik feststellen kann. Wird die Einheit der Arbeiterklasse für Deutschland eine Tatsache, dann glaube ich bestimmt, daß es mit Deutschland wieder vorwärts und aufwärts geht!“

Und, Genossinnen und Genossen, so denkt heute nicht nur dieser eine, sondern Tausende von jungen Arbeitern und jungen Bauern in Schleswig-Holstein, die tagtäglich erleben müssen, daß die Reaktion sich dort drüben anschickt, den Arbeitern die Zukunftsmöglichkeiten und den Bauern ihre Höfe zu ruinieren.

Ich kann leider keine Namen nennen von meinen Kameraden und kann nicht sagen, wo und wie wir uns getroffen haben, weil man dort drüben alles, was für Einheit und Sozialismus ist, mit Hilfe der Reaktion rücksichtslos niederknüpelt. (Hört, hört! Zuruf: Auch Demokraten!)

Aber ich bitte Euch, die drei Bitten anzuhören, die ich Euch im Auftrage meiner Freunde zu sagen habe: Helft uns im Kampf gegen die Reaktion, hört gelegentlich auch einmal die Meinung der Jugend und schafft die Einheit der Arbeiterklasse sobald wie möglich für das gesamte Deutsche Reich! (Bravo und anhaltender Beifall.)

Genosse Fechner: Genossinnen und Genossen! Ich glaube in Ihrem Namen zu handeln, wenn ich den Vertretern aus dem Westen und auch den Vertretern, die Begrüßungsworte an uns gerichtet haben, den Dank des Parteitages abstatte. Genossen, die Vertreter aus dem Westen haben uns gesagt, daß sie in unserem Sinne, nämlich der Schaffung der Einheit, auch in den Westzonen schaffen wollen. Genossen, das ist ein Schwur, daß wir durchführen, was wir im Westen bereits festgestellt haben, das, was wir ersehnen, das, was kommen muß auch in den Westzonen: die Sozialistische Einheitspartei.

Genossen, es liegen dann einige Begrüßungstelegramme vor; so von der Betriebsgruppenleitung aus Böhlen, der Belegschaft der Braunkohlen AG., Werk Böhlen, dann, Genossen, ein Schreiben, das ich auch dem Parteitag nicht vorzuenthalten will, das folgenden Wortlaut hat:

„Liebe Genossen, die Einladung zum Parteitag hat mich hoch erfreut, und ich danke dafür vielfach. So gern und freudig ich ihr gefolgt wäre, macht mein gegenwärtiger Gesundheitszustand es mir leider unmöglich. Allerlei ernste Defekte des alten Körpers zwingen zu sorgsamer Ruhestellung, um noch einige Zeit das Leben zu wahren. So muß ich mich damit begnügen, nur im Geiste an diesem letzten Parteitag unserer alten ruhmgekrönten Partei teilzunehmen und mit diesen geschriebenen Worten der neuen Einheitspartei meine tiefempfundenen Glückwünsche darbringen. Mit parteigenössischem Gruß an alle Teilnehmer bin ich in alter Verbundenheit Euer Theodor Leipart.“ (Bravo! Langer Beifall.)

Das Büro wird dem Genossen Leipart den Dank für seinen Gruß abstatte. Ich glaube, dagegen wird kein Widerspruch seitens des Parteitages erhoben.

Dann, Genossinnen und Genossen, haben alle Delegierte in ihrer Mappe die Tagesordnung bekommen. Ich glaube, ich brauche sie im einzelnen nicht noch einmal verlesen. Ich bitte, falls Einwendungen erhoben werden, dies jetzt zu tun. — Ich höre keinen Widerspruch! — Dann ist diese Tagesordnung so genehmigt!

Das Wort zu einer kurzen Geschäftsordnungsbemerkung hat der Genosse Otto Buchwitz.

Genosse Buchwitz: Genossen, ich möchte den Antrag stellen dahingehend, der Parteitag möge beschließen, daß den Genossinnen und Genossen, die als Gäste zu uns aus dem Westen gekommen sind, Sitz und Stimme auf unserem Parteitag gegeben wird. (Bravol Händeklatschen.)

Genosse Fechner (fortfahrend): Sie haben den Vorschlag des Genossen Buchwitz gehört. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, daß den Genossen aus dem Westen das Delegationsrecht, das Abstimmungsrecht, zugesprochen wird, ihre Delegiertenkarte erheben.

Ich danke.

Ich bitte die Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen. (Beifall.)

Wir kommen nunmehr zum dritten Punkt der Tagesordnung: Wahl der Kommissionen. — Es liegen in Ihrer Mappe Vorschläge des Parteiausschusses für die Besetzung der Kommissionen.

Mandatsprüfungskommission: Genossen Lehmann, Karsten, Rüdiger, Bauer, Stoeffen, Kamerahl, Blassert, Sacherts, Horn, Wetteborn, Buch und Hauser.

Ich bitte die Genossen, die dafür sind, daß diese Mandatsprüfungskommission amtieren soll, ihre Hand zu erheben. Oder werden andere Vorschläge gemacht? — Dann bitte ich die Delegiertenkarte zu erheben.

Bitte die Gegenprobe.

Die Mandatsprüfungskommission ist gewählt.

Statutenkommission: Lehmann (Zentralausschuß), Karsten (Zentralausschuß), Wendt (Groß-Berlin), Szillat (Brandenburg), Richl (Sachsen), Prübenau (Provinz Sachsen), Wagner (Thüringen), Karl (Mecklenburg), Breck (Kiel), Braun (Hildesheim).

Wird gegen einen Genossen Einspruch erhoben? — Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall!

Dann darf ich konstatieren, daß der Parteitag mit der Statutenkommission einverstanden ist. — Ich höre keinen Widerspruch.

Redaktionskommission: Bernhard Göring (Zentralausschuß), Helmut Lehmann (Zentralausschuß), Karl Brandt (Berlin), Hermann Kade (Brandenburg), Arno Wend (Sachsen), Ernst Thape (Sachsen), Emma Sachse (Thüringen), Erich Schulz (Mecklenburg), Karl Fiebig (Ruhrgebiet), Ernst Behrens (Rheinland).

Werden hier weitere Vorschläge gemacht? (Zuruf: Schaar-Heidelberg) — Ich bitte, daß der Parteitag sich einverstanden erklärt, daß die Genossin Schaar-Heidelberg noch hinzugewählt wird, also daß wir die Redaktionskommission dann so zusammensetzen, wie ich sie eben verlesen habe einschließlich der Genossin Schaar aus Heidelberg. — Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die Redaktionskommission gewählt.

Dann, Genossen, eine Wahlkommission.

Es werden vorgeschlagen: Karl Brandt, Alice Bayer, Hans Stang, Willi Sielaff, Hanna Pohle, Paul Krakau, Hermann Grünwald, Max Fank, Wilhelm Hauth, Willy Birk.

Auch hier sind die Genossen aus dem Westen berücksichtigt. Weitere Vorschläge höre ich nicht. — Darf ich konstatieren, daß der Parteitag auch mit der Wahlkommission einverstanden ist? — Ich stelle das fest. Die Kommission ist gewählt.

Ich bitte, daß die Redaktionskommission sofort vorn im Vestibül sich zusammenfindet.

Die Mandatsprüfungskommission muß im Laufe des Tages auch ihre Arbeit beginnen. Es wird noch bekanntgegeben, wann sie zusammentreten soll. — Damit, Genossen, ist auch der Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Genosse Gniffke: Genossinnen und Genossen! Es steht nun noch die Wahl der Programmkommission offen; die werden wir dann eben später vornehmen.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, daß wir nicht mit einer Pause tagen und zwischendurch das Essen einnehmen, sondern daß wir durchtagen und im Anschluß daran zum Essen kommen. Sind Sie dagegen oder damit einverstanden? (Zwischenruf: Einverstanden!)

Einverstanden! — Schön. Wir denken, daß wir so gegen 15 bis 16 Uhr fertig sein werden, um uns dann auf morgen zu vertagen.

Soeben ist der Veteran unserer Partei, der Genosse Eugen Ernst, eingetroffen. (Beifall.) Ich begrüße ihn.

Wir nehmen jetzt also die Berichte entgegen. Als erster Bericht ist der des Genossen Fechner vorgesehen, der den Bericht für den Zentralausschuß gibt. Ich erteile Genossen Fechner das Wort.

Genosse Fechner: Verehrte Genossinnen und Genossen! Ich habe Ihnen den Bericht über die vom Zentralausschuß geleistete organisatorische Arbeit zu geben. Über die politische Arbeit des Zentralausschusses wird mein Freund Grotewold morgen in seinem Referat über die Einheit der deutschen Arbeiterklasse sprechen.

Genossen, nach der Zulassung der politischen Parteien im russischen Okkupationsgebiet versammelten sich am 17. Juni 1945 im Luckauer Hof zu Berlin 1500 Funktionäre aus Berlin und 300 Delegierte aus den übrigen Bezirken einschließlich der westlichen Zonen. Mit dieser denkwürdigen ersten Funktionärversammlung begann nach 13 Jahren der politischen Unterdrückung unsere Parteiarbeit. Auf dieser Funktionärversammlung wurde das Parteitstatut beschlossen und die programmatische Erklärung in Form eines Aufrufes der Sozialdemokratischen Partei an das deutsche Volk einstimmig angenommen.

In dieser ersten politischen Willenskundgebung unserer Partei wurde der Kampf um die Schaffung einer lebensvollen Demokratie in Deutschland und die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien als unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufbau als Hauptforderung aufgestellt. In Anlehnung an den früheren Organisationsaufbau sah das neu aufgestellte und beschlossene Statut den Wieder-

aufbau unserer Partei für das ganze Reich vor. Im Hinblick auf die politische Entwicklung in den hinter uns liegenden zehn Monaten erscheint es mir wichtig, diese zwei Tatsachen noch einmal klar herauszustellen, die in der ersten Funktionärversammlung als Grundlage für unsere künftige politische Arbeit festgelegt waren. Ich meine die Schaffung einer deutschen Arbeiterpartei und die Organisation der Partei im Reichsausmaß als erstrebenswertes Ziel.

Der Zentralausschuß hat seine politische Arbeit ausschließlich nach diesen von den Funktionären beschlossenen Zielsetzungen ausgerichtet. Der in der illegalen Arbeit bereits tätige Zentralausschuß wurde durch die Funktionärversammlung vom 17. Juni 1945 nach Auffüllung seines Personalbestandes, wenn ich mich so ausdrücken darf, gewählt. Dem Zentralausschuß gehörten am Tage der Wahl folgende Genossen an: Fechner, Weimann, Grotewohl, Gniffke, Dahrendorf, Lehmann, Meier, Harnisch, Neubecker, Orlopp, Göring, Schlimme und Germer.

Die Funktionärversammlung beauftragte den Zentralausschuß, drei Frauen in diese Körperschaft zu wählen. Unter Mitwirkung des Bezirksvorstandes wurden die Genossinnen Toni Wohlgemuth, Annedore Leher und Käthe Kern hinzugewählt.

Ferner wurde auf Beschluß des Zentralausschusses August Karsten als Kassierer gewählt.

Statuten und programmatische Erklärungen wie auch die durch die Funktionärversammlung gewählten Mitglieder des Zentralausschusses wurden von den Besatzungsmächten bestätigt und anerkannt. (Bravo!)

Es sind in letzter Zeit Behauptungen laut geworden, die die Berechtigung des Zentralausschusses glauben bezweifeln zu müssen. Besonders aus der westlichen Zone drängen Stimmen zu uns, die in mehr oder minder sachlicher Form dem Zentralausschuß das Führungsrecht der Partei absprechen wollten. Der Wortführer dieses Angriffes auf den durch den illegalen Ausschuß und durch die Wahl von seiten der Funktionäre hinreichend legitimierten Zentralausschuß ist der Genosse Erich Ollenhauer. Ich habe den Genossen Ollenhauer im Auftrag des Zentralausschusses zu unserem heutigen Parteitag eingeladen und ihn gebeten, auf dem 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei über die Tätigkeit des Parteivorstandes in der Emigration zu berichten. Genosse Ollenhauer hat es leider nicht für nötig befunden, auf diese Bitte zu antworten. Statt unserer Aufforderung nachzukommen, hat er kürzlich auf einer Versammlung in Berlin Vorwürfe gegen den Genossen Weimann und mich und auch gegen den Zentralausschuß erhoben. Da Ollenhauer sogar die illegale Arbeit von Weimann und mir anzweifelt (hört, hört!) und sie sogar bestreitet, um dadurch den Rechtsanspruch des Zentralausschusses auf Führung der Partei zu entkräften, erscheint es mir notwendig, noch einmal vor der Öffentlichkeit des Parteitages den wahren Sachverhalt darzulegen. Fest steht, daß Genosse Weimann und ich die letzten Überlebenden des von dem emigrierten Parteivorstand ernannten illegalen Ausschusses in Deutschland sind. Diesem illegalen Ausschuß gehörten folgende Genossen an: Max Westphal, Johannes Stelling, Franz Künstler, Franz Kläß,

Otto Frank, Karl Hilgenbrandt, Gustav Eckardt, Fritz Thurm, meine Wenigkeit und Richard Weimann. Dr. Herz und Dr. Rinner, die dem Ausschuß angehörten, fielen bald aus, weil sie ebenfalls ins Ausland gingen. Der Ausschuß wurde durch Fritz Neubecker und Wilhelm Krüger daraufhin ergänzt. Genosse Kläß hat in unserem Auftrage die letzten Verhandlungen mit dem in Prag lebenden Parteivorstand geführt.

Wir haben über diesen Sachverhalt erst kürzlich eine Klarstellung in der Presse gegeben und glaubten damit, diese Frage genügend geklärt zu haben. Wenn Genosse Ollenhauer diese durch uns vollends klargestellten Zusammenhänge bestreitet und in wenig geschmackvoller Art von Spiegelfechtereien spricht, so ist dies eine Verkennung der Tatsachen. Sie ist dadurch zu erklären, daß er sich zu der Zeit schon im Auslande befand, als die Bildung des illegalen Ausschusses vollzogen wurde und seine Tätigkeit begann. Nur so ist es zu erklären, daß ihm der Fehler unterläuft, zwei Dinge durcheinanderzubringen, nämlich den illegalen Zentralausschuß und den Parteivorstand, der sich in Deutschland neu etablierte und unter Paul Löbes Führung sich von dem Prager Vorstand lossagte. Mit diesem Parteivorstand aber hatte der illegale Ausschuß, dem Weimann und ich angehörten, nichts zu tun.

Der illegale Ausschuß hat seine Arbeiten ununterbrochen durchgeführt. Wenn wir vorübergehend unsere Tätigkeit unterbrechen mußten, hatte das seinen Grund darin, daß alle zwölf Genossen verhaftet waren und zum großen Teil viele Jahre in Gefängnissen oder KZ-Lagern zubringen mußten. Daß unter diesen Umständen die illegale Arbeit unseres Ausschusses zeitweilig aussetzen mußte und dadurch die Verbindung zu den in der Emigration lebenden Genossen leider abbrach, kann sicherlich nur der voll verstehen, der die Verhältnisse in Deutschland von 1933 bis 1945 am eigenen Leibe erfahren hat. (Sehr richtig! Hände klatschen.)

Ich darf in diesem Zusammenhang ein Schreiben verlesen, das der Genosse Richard Barth, der ebenfalls viele Jahre hinter Gefängnismauern verbringen mußte, zur Klarstellung über diesen müßigen Streit um das rechtmäßige Mandat des Zentralausschusses mir zur Verfügung gestellt hat. Der Genosse Barth schreibt: „Im Winter 1933 hatte ich eine längere Unterredung mit mehreren in die Emigration gegangenen Genossen des Parteivorstandes in der Wohnung des Genossen Otto Wels in Prag. Dabei hatte ich Aufträge der Genossen Fechner und Westphal zu erledigen und brachte von Prag Material mit zurück nach Berlin. Otto Wels erkundigte sich besonders nach den in Berlin verbliebenen Mitgliedern des Parteivorstandes. Es war für mich ganz selbstverständlich, daß die hier verbliebenen Mitglieder des Parteivorstandes mit den emigrierten Genossen als bestehende Korporation über die Grenzen hinweg Verbindung halten. Für uns bestand der Parteivorstand, wenn auch nur als Rumpfparlament, auch in Berlin weiter. Er hatte ja nur beschlossen, daß seine führenden Köpfe, um der Bewegung erhalten zu bleiben, in die Emigration gehen sollten. Das Rumpfparlament be-

stand hier weiter und arbeitete mit uns illegal. Das war auch insbesondere die Auffassung des Genossen Wels. Von Ende 1935 bis 1938 war ich als Verbindungsmann der Gewerkschaften zum ADGB alle Vierteljahre mit dem Genossen Schlimme in Chomatov oder Graslitz zusammen. An diesen Beratungen hat fast regelmäßig Hans Vogel teilgenommen. Kurz vor seiner Abreise aus der Tschechoslowakei traf ich mich noch einmal mit den Genossen Wels und Vogel in Karlsbad. Diese dort geführte längere Unterredung war wohl die letzte, die ein Vertreter aus Deutschland mit den beiden Genossen geführt hat. Bei dieser Unterredung wurde nicht nur sehr eingehend über das Schicksal der deutschen Genossen gesprochen, vielmehr war wiederholt von den in Berlin verbliebenen Mitgliedern des Parteivorstandes und des illegalen Zentralaussschusses die Rede, für die ich wiederum Aufträge vermittelte.“ Wenn Genosse Ollenhauer von einer eigentlichen Dachorganisation, einer illegalen Parteileitung in Deutschland spricht, der weder der Genosse Fechner noch der Genosse Weimann angehört hatte, so kann das nur jemand behaupten, der die zwölf Jahre unter Gestaposchergen in Deutschland nicht miterlebt hat. Wir waren schon froh, wenn wir uns in kleineren Gruppen bewegen konnten und Verbindung von der einen zur anderen Gruppe unterhielten. Sollten wir aber mit der Aufbauarbeit und besonders mit der Konstituierung der Partei so lange warten, bis Genosse Ollenhauer das rechtmäßige Mandat für einen Parteivorstand oder Zentralaussschuß ausgestellt hatte?

Ich bedauere außerordentlich, daß Hans Vogel durch den Tod abberufen wurde, ehe wir ihm in Deutschland wieder die Hand reichen und mit ihm sprechen konnten. Dann wäre dieses unsinnige Geplänkel bestimmt nicht entstanden. Es ist müßig, über diese Dinge weiter zu streiten. Ich bin aber der Meinung, daß in erster Linie die Genossen berufen sind, die Partei zu leiten und zu führen, die die zwölf Jahre unter deutschen Sozialisten im Lande gelebt und mit ihnen gelitten haben. (Sehr richtig! Starker Beifall.)

Die bisher geleistete Arbeit des Zentralaussschusses ist inzwischen ja auch von allen Landesparteitagen nicht nur unterstützt, sondern durch einstimmige Beschlüsse anerkannt worden. Und, Genossinnen und Genossen, hier im Saale sitzt der Genosse Alfred Markwitz aus Eisenach in Thüringen. Er, der mit uns gemeinsam eingesperrt war, er hat immer wieder zunächst für die Berliner Organisation, später in besonderer Zusammenarbeit mit dem zentralen illegalen Ausschuß, die Verbindung aufgenommen, soweit das möglich war. Ich sehe ihn im Augenblick nicht, aber ich glaube, er wird mir das bestätigen, wenn ich sage, daß diese Genossen immer und immer wieder ihre Pflicht erfüllt haben. — Er nickt mir zu, und er, glaube ich, ist dann auch glaubhaft. Wir stimmen mit der Auffassung überein, die der ebenfalls emigrierte Dr. Viktor Schiff im Auftrage des letzten Parteivorsitzenden Hans Vogel in einem Brief an den Zentralaussschuß ausgedrückt hat. Jedenfalls anerkennen die in London anwesenden Parteivorstandsmitglieder, die ihrerseits Vollmachten von den dort lebenden erhalten haben, daß die politischen Entscheidungen der Sozialdemokratie nicht

mehr im Auslande, sondern nur noch von den Genossen im Lande getroffen werden können und müssen. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, daß es nicht nötig ist, mehr über diese Frage zu sagen. Der von den Genossen im Westen in einem unsachlichen Ton heraufbeschworene Streit um das Mandatsrecht des Zentralaussschusses ist für uns ohne Bedeutung und hat nur historischen Wert. (Sehr richtig!) Wir haben andere Sorgen angesichts der Not unseres Volkes, als uns um des Kaisers Bart zu streiten. Wir wollen nicht annehmen, daß es dem Kreis um den Genossen Ollenhauer nur darum ging, seinen eigenen Führungsanspruch in der Partei etwa dadurch zu stärken, indem sie die Arbeit des illegalen Ausschusses und des aus ihm hervorgegangenen Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands schmälern und herabsetzen. Ebensowenig aber können wir annehmen, daß der Genosse Ollenhauer die mit dem Leben bezahlte illegale Arbeit eines Franz Künstler, eines Franz Kluß und aller anderen Genossen diffamieren will, die unter ständiger Lebensgefahr in Deutschland der Sache der sozialistischen Arbeiterbewegung dienen. Wir glauben vielmehr, daß wir auch den Genossen Ollenhauer zu denen rechnen dürfen, die all den illegalen Kämpfern in Deutschland Hochachtung und Ehrerbietung zollen, die ihr Leben aufs Spiel setzten, während es ihm vergönnt war, vom sicheren Exil in England dem Kampf in Deutschland von außen ungefährdet zuzuschauen. (Sehr richtig! Beifall.) Wir haben volles Verständnis dafür, daß Genossen in die Emigration gingen. Wir begrüßen es im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung, daß dadurch viele wertvolle und unersetzliche Genossen erhalten geblieben sind, die heute wieder an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen, während sie sonst vielleicht ein Opfer der Gestapo geworden wären. Wir erbitten uns aber mit demselben Recht Verständnis und Würdigung der von uns geleisteten illegalen Arbeit in Deutschland. Es kann uns niemand verargen, wenn wir bei allem Bemühen um sachliche Kampfesweise da eine harte Sprache führen, wo es in dieser Frage von seiten eines der Genossen an Takt fehlt, der das Glück hatte, Deutschland 13 Jahre von außen zu sehen. Von einem solchen Genossen verbitten wir uns jede Belehrung, wie man es hätte tun müssen. Und so spreche ich in stolzem Gefühl über die in der Illegalität geleistete Arbeit auch dem Genossen Ollenhauer das Recht ab, über unseren illegalen Zentralaussschuß zu Gericht zu sitzen. Der Zentralaussschuß hatte schon neun Monate positive Wiederaufbauarbeit geleistet, und alle Bezirks- und Landesverbände hatten schon wiederholt dem Zentralaussschuß als der politisch führenden Körperschaft der Partei das Vertrauen ausgesprochen, als es der aus England kommende Genosse Ollenhauer für nötig erachtete, mit seinem aus der Emigration mitgebrachten Führungsanspruch den müßigen Streit um das rechtmäßige Mandat des Zentralaussschusses vom Zaun zu brechen. Wenn selbst die aus der Illegalität und durch die erste Funktionärversammlung vollzogene rechtliche Fundierung des Zentralaussschusses überhaupt nicht bestanden hätte, dann würde allein schon die Tatsache für den Zentralaussschuß sprechen, daß er über viele Monate die

Politik der Partei im Sinne der Mitgliederschaft geleitet hat. Der Genosse Ollenhauer hat nun die Gelegenheit, das ohne sein Verschulden Versäumte nachholen zu können. Wir schließen diese Betrachtung mit dem Hinweis, daß die Legalisierung der politischen Führung unserer Partei im neuen Deutschland nicht mit Hinweis auf alte Rechte vor 1933 erworben werden kann, sondern allein durch die seit 1945 geleistete politische Aufbauarbeit verdient worden ist. (Sehr richtig! Beifall.)

Gestatten Sie mir, Genossinnen und Genossen, eine kurze Übersicht über die organisatorische Aufbauarbeit, die der Zentralausschuß geleistet hat. Neben dem Zentralsekretariat wurden folgende Referate geschaffen: Frauensekretariat, Jugendsekretariat, Werbeabteilung, Sozialistische Kulturzentrale, Wirtschaftspolitisches Sekretariat, Kommunalpolitisches, Agrarpolitisches und Gewerkschaftspolitisches Sekretariat, Genossenschafts-, Sozialpolitisches und Rechtspolitisches Sekretariat. Daneben gehören zur Organisation des Zentralausschusses Archiv- und Bibliotheksverwaltung, Grundstücksverwaltung und die Konzentration als Dachorganisation für alle wirtschaftlichen Unternehmungen der Partei. Es würde über den eigentlichen Rahmen dieser Berichterstattung weit hinausgehen, wenn ich die Arbeiten aufzähle, die in den einzelnen Sekretariaten in den hinter uns liegenden zehn Monaten vollbracht worden sind.

Geleitet von dem Bestreben, alle aufbauwilligen Kräfte zu sammeln, war der Zentralausschuß an der Bildung des antifaschistisch-demokratischen Blocks stärkstens beteiligt. In gemeinsamer Zusammenarbeit der führenden Körperschaften der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde die Bodenreform durchgeführt und die Grundlage für die Schulreform und die Industriereform geschaffen. Aus der gemeinsamen Arbeit des Zentralausschusses und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei entwickelte sich eine erfolgreiche Aktionseinheit. Die gemeinsame Arbeit dieser Aktionseinheit fand ihren Niederschlag in der Entschliebung vom 20. und 21. Dezember 1945, mit der die erste Phase der erstrebten Vereinigung begann. Ich möchte nicht die vom Zentralausschuß einberufene allgemeine Funktionärversammlung vom 14. September 1945 in der „Neuen Welt“ in Berlin unerwähnt lassen, auf der die vom Genossen Grotewohl in seinem Referat „Wo stehen wir? — Wohin gehen wir?“ aufgezeigte Politik des Zentralausschusses die einmütige Zustimmung aller Funktionäre fand. In der Aktionseinheit mit unseren kommunistischen Genossen wurde eine gemeinsame wissenschaftlich-theoretische Zeitschrift „Die Einheit“ geschaffen. Es wurde ferner eine Studienkommission von vier Mann mit der Aufgabe betraut, die ideologische Vorbereitung der Vereinigung zu schaffen und den Entwurf für die „Grundsätze und Ziele“ der zukünftigen Einheitspartei wie das Statut auszuarbeiten. Dieser Studienkommission gehörten die Genossen Grotewohl, Fechner, Lehmann und Dahrendorf an. Mit der Veröffentlichung der den Mitgliedern zur Diskussion unterbreiteten Grundsätze und Ziele und des zukünftigen Parteistatuts wurde die zweite Phase der Vereinigung erreicht. Es erscheint mir wichtig,

darauf hinzuweisen, daß die in den Grundsätzen vorgesehene Vereinigung der beiden Arbeiterparteien der ersten programmatischen Erklärung unserer Partei vom 17. Juni 1945 vollkommen entspricht. Diese Tatsache beweist, daß der Zentralausschuß entgegen allen böswilligen Unterstellungen in seiner politischen Linie dieser Erklärung treu geblieben ist. Es ist erklärlich, daß ein so entscheidender Schritt für die deutsche Arbeiterklasse, wie ihn die organisatorische Vereinigung der beiden Arbeiterparteien darstellt, nicht sofort von allen Genossinnen und Genossen voll verstanden und in seiner geschichtlichen Notwendigkeit übersehen werden konnte. So führte die Frage der sofortigen Vereinigung zu Meinungsverschiedenheiten im Berliner Bezirksverband, deren Austragsformen bisweilen weder der Würde unserer sozialistischen Arbeiterbewegung entsprachen, noch sich mit der Wahrung der Parteidisziplin in Einklang bringen ließen. Der Zentralausschuß sah sich deshalb genötigt, die Genossen aus der Partei auszuschalten, die sich eines parteischädlichen Verhaltens schuldig gemacht hatten. Der Zentralausschuß hat diese Maßnahmen in dem Bewußtsein durchgeführt, daß er als der Beauftragte der Gesamtpartei es nicht dulden könne, daß eine Minderheit in einem Bezirksverband den politischen Willen der Mehrheit der Mitgliedschaft terrorisiert und bewußt Spaltung in die Partei tragen will.

Wir stimmen mit August Bebel überein, der sagte, daß die persönliche Freiheit des einzelnen nicht so weit gehen könne, daß jeder in der Partei glaubt, machen zu können, was er will. (Sehr richtig!) Eine solche Auffassung ist der Tod jeder Parteiorganisation. Durch das Ausschneiden der Spalter ist auch der Berliner Bezirksverband wieder organisatorisch geschlossen, und das einmütige Bekenntnis der Delegierten Berlins auf dem Parteitag am vorigen Sonntag hat diesen Zwischenfall bereinigt.

Abschließend möchte ich noch die Beziehungen des Zentralausschusses zum Westen und Süden des Reiches streifen. Ich kann mich kurz fassen, da ich in meinem Offenen Brief an Dr. Schumacher die Frage unseres Verhältnisses zu den Organisationsverbänden unserer Partei im Westen eingehend darzustellen versucht habe. Vom Anfang unserer Arbeit an hat der Zentralausschuß einen über die Zonengrenzen hinweggehenden Organisationsaufbau unserer Partei angestrebt. Der Zentralausschuß hat nie die Zonengrenzen anerkannt. Er ist in all seinen Handlungen von der Einheit Deutschlands ausgegangen und von dem Bewußtsein, daß es nur eine Sozialdemokratische Partei Deutschlands geben könne. Der Zentralausschuß hat alles getan, um die Partei im Reichsmaß aufzubauen. Wir waren im Oktober 1945 in Hannover, um mit Dr. Schumacher den gleichmäßigen organisatorischen Aufbau abzusprechen. Im Dezember 1945 wurde der Genosse Guifke abermals nach Hannover delegiert. Am 8. Februar 1946 fand abermals auf Veranlassung des Zentralausschusses eine Besprechung mit Dr. Schumacher über den von uns gewünschten Reichsparteitag und die reichseinheitliche Organisation der Partei statt.

Genossinnen und Genossen! Es war alles umsonst. Als Dr. Schumacher endlich Mitte Februar den Weg nach Berlin fand, da kam er nicht, um die Einheit zu schaffen, sondern um die Partei zu spalten. (Pfui!) Am engherzigen Zonenpartikularismus Dr. Schumachers ist der gleichmäßige organisatorische Aufbau der Partei im Reich gescheitert und die Entscheidung über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in ganz Deutschland vorerst unmöglich gemacht worden. Wir wissen aber, daß es den Spaltern der Partei nicht gelingen wird, den Einheitswillen der Arbeiterklasse an der Elbe zum Stillstand zu bringen. (Sehr richtig!) Einheit ist stärker als Parteigoismus! (Bravo! Händeklatschen.)

Es liegt mir hier, Genossen, ein Schreiben des französischen Genossen Daniel Mayer vor, den er an meinen Freund Otto Buchwitz gerichtet hat und in dem er folgendes zum Ausdruck bringt: „Ich erwidere alle Grüße und Wünsche auch im Namen der französischen Sozialisten aufs herzlichste. Die französischen Sozialisten sind ganz besonders in dieser Zeit mit ihren Gedanken und Wünschen im Bundesland Sachsen und geben in meinem Namen zum Ausdruck, es möchte recht bald ein entscheidendes Resultat nicht allein für die Arbeiterbewegung Deutschlands, sondern darüber hinaus für die Arbeiterbewegung der gesamten Welt entstehen.“ Weiter sagte er dann: „Ihnen, lieber Genosse Buchwitz, wünsche ich für die kommende Arbeit besonderen Erfolg. Die französischen Sozialisten sprechen Ihnen sowie dem Genossen Grotewohl durch den Vertreter des Bundeslandes Sachsen höchstes Vertrauen aus.“ (Bravo! Händeklatschen.) Wir sehen also und wissen es, Genossen, aus den Besprechungen mit den französischen Genossen, daß die Frage der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien Wellen schlagen wird auch nach Frankreich, und ich sehe den Zeitpunkt kommen, da der Westen nicht mehr anders kann, als unserem Rufe zu folgen. Ich sage, die Einheit ist stärker als Parteigoismus. Einheit ist der Sieg der Arbeiterklasse, Spaltung ist der Triumph der Reaktion. In den Landesbezirksparteitagen wurde die dritte Phase der Vereinigung begonnen. Und wir haben uns heute, Genossinnen und Genossen, in der Reichshauptstadt versammelt, um das Werk zu vollenden. Der Zentralauschuß nimmt aus den ihm ausgesprochenen Vertrauenskundgebungen die Gewißheit, daß er die Politik nach dem Willen der Mitglieder gestaltet hat. Der Zentralauschuß dankt durch mich den Mitgliedern und Funktionären für das Vertrauen und die Unterstützung, die ihm in den schweren Monaten zuteil geworden ist. Der Zentralauschuß unterbreitet seine Arbeit der Kritik der Delegierten in dem Bewußtsein, daß er alle Kraft und den besten Willen eingesetzt hat, um die Voraussetzung für eine demokratische Erneuerung Deutschlands im Geiste der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu schaffen. (Bravo! Beifall.)

Genosse Gniffke: Genossinnen und Genossen! Ich möchte den Vorschlag machen, daß wir mit der Aussprache erst beginnen, wenn wir den Punkt 4 und den Punkt 5 der Tagesordnung zu Ende gebracht haben.

Soeben erfahre ich, Genossinnen und Genossen, daß unser alter Freund, der Mann, der in Mitteldeutschland einen Namen von hohem Klang hat, der Mann, der der Älteste Sekretär der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratischen Partei, ist, der Genosse Reinhold Drescher aus Halle, anwesend ist. Ich möchte auch diesen Genossen recht herzlich willkommen heißen. (Beifall.)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich den Genossen Dahlem von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, der soeben hier eingetroffen ist, recht herzlich begrüßen. Der Genosse Fechner hat bereits heute früh darauf hingewiesen, in welcher Brüderlichkeit Zentralkomitee und Zentralauschuß in den verflossenen Monaten zusammengearbeitet haben und zusammengewachsen sind. Der Genosse Dahlem kommt deshalb zu uns, um namens der kommunistischen Bruderpartei uns einige Begrüßungsworte zu sagen.

Ich erteile dem Genossen Dahlem jetzt das Wort.

Genosse Dahlem (mit Händeklatschen begrüßt): Liebe Genossinnen und Genossen! Ich überbringe Euch die herzlichsten Grüße im Namen des Parteitages der KPD, der ebenso wie Euer Parteitag heute und morgen noch tagt, um die Schlußbilanz zu ziehen über die Vergangenheit unserer Partei, um dann, vereint mit Euch, in den Ostertagen die sozialistische Einheit in Deutschland wiedererstehen zu lassen. (Bravo!)

Ein tiefes Gefühl der Befriedigung geht durch die Reihen der Arbeiter und der Werktätigen, weil das schlummernde Sehnen, endlich mit dem Bruderkampf ein Ende zu machen, in Erfüllung geht. Uns hat am meisten gerührt und berührt, als auf dem Vereinigungsparteitag der beiden Berliner Organisationen der Genosse Eugen Ernst sagte: „Endlich sind wir wieder zusammen!“ Diese Worte waren nicht nur den Anhängern unserer beiden Parteien aus dem Herzen gesprochen, sie sind auch das, was die deutsche Arbeiterklasse in ihren Millionenmassen innerlich fühlt und denkt, und der beste Ausdruck dafür, der beste Beweis für diese Behauptung ist die Tatsache, daß, seitdem das Problem der Einheit aktuell auf der Tagesordnung steht seit den letzten Monaten, Monat für Monat Hunderttausende neuer Mitglieder in unsere beiden Parteien hincinkommen. (Sehr richtig! und Bravo!) und daß die Sozialistische Einheitspartei auf den Plan treten wird in ihren alten Beständen als eine Partei von 1,3 Millionen, und wenn die hinzuströmen, die sich jetzt allein in unserer sowjetischen Besatzungszone bereits zum Anschluß an die Sozialistische Einheitspartei melden, mit einer Partei von 1½ Millionen. (Händeklatschen.)

So reagiert in unserem Gebiet die Arbeiterschaft, und ich bin überzeugt, über kurz oder lang wird diese Woge der Einheit auch hinüberschlagen in den Westen, und wir werden dort genau dieselbe Entwicklung bekommen. Warum ist diese tiefe Befriedigung in den werktätigen Volksmassen? Weil sie wissen, daß durch die Schaffung dieser mächtigen Sozialistischen Einheitspartei neue Tatsachen geschaffen werden, weil sie wissen, daß es jetzt nicht mehr so kommen wird wie nach 1918, weil sie wissen und fühlen: Wo die Einheit der Arbeiter-

klasse hergestellt wird, da gibt es keine Konjunktur für den Wiederaufstieg der Reaktion bei uns. Ich möchte mich besonders an die Genossen aus dem Westen wenden. Bei uns braucht keiner aufzustehen und zu jammern, daß, wenn jetzt die Besatzungsmächte weggehen würden, die Anhänger der Demokratie und des Friedens vernichtet würden, wie es gerade Dr. Hoegner in München erklärt hat. (Sehr richtig!) Zustände wie in Bayern sind dort, wo die Einheit der Arbeiterklasse geschmiedet wird, nicht mehr möglich. (Sehr richtig! und Händeklatschen.) Und warum sind sie nicht mehr möglich? Weil wir unsere demokratischen Selbstverwaltungen haben, weil wir sie von Faschisten gesäubert haben. Sie sind nicht möglich, weil bei uns die preußischen Junker enteignet, enteignet und damit die Grundlage für den preußischen Militarismus vernichtet wurde. (Bravo!) Solche Zustände sind nicht möglich, weil bei uns die Monopolkapitalisten und Trustherren nichts mehr zu sagen haben, weil sie in der sowjetischen Besatzungszone enteignet sind und sich zum großen Teil zurückgezogen haben in ihre Westgebiete, weil bei uns die Betriebe entweder schon heute oder morgen, wenn die 3800 von der sowjetischen Verwaltung beschlagnahmten Betriebe nach der Erklärung des Marschalls Shukow in die Hände der Selbstverwaltung gegeben werden, die deutschen Arbeiter, die Betriebsräte, Ingenieure, die Techniker, die Provinzial- und Landesverwaltungen selbst diese Wirtschaft führen. (Bravo! und Beifall.) Jetzt wollen wir dazu übergehen, durch die Schaffung der Arbeitereinheit mit Hilfe unserer Organisation, der Sozialistischen Einheitspartei, diese ersten Errungenschaften in einem Teil Deutschlands, das ein Drittel Deutschlands ist, zu sichern und zu festigen. Wir haben diese Erfolge errungen, als wir noch getrennt marschierten. Jetzt haben wir die Hände frei. Kein Bruderstreit wird mehr unsere Kraft absorbieren. Und wir werden beweisen, daß die deutsche Arbeiterklasse ohne Großkapitalisten, ohne große Bürokratie aus ihren eigenen Kräften die Wirtschaft und den Staat führen kann. Wir wollen mehr. Wir wollen durch unsere Einheit, durch unsere Arbeit, durch unser Beispiel für die Einheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland, für die Einheit unseres Landes selbst kämpfen. Wir sind überzeugt, daß die Wahrheit über unser großes Werk der Einheit trotz aller Lügen und trotz aller Legenden wie eine Welle jetzt über Deutschland hinweggehen wird. Die Zusicherung haben uns auch unsere Genossen aus dem Westen, die aus allen Bezirken herbeigeilt sind, heute wieder gegeben, und wir wissen, daß die künstlichen Dämme, die dort noch aufgerichtet sind von der Reaktion und ihren Helfershelfern, nicht bestehen werden. Und, Genossen, wir sind überzeugt, und da stimme ich den Ausführungen des Genossen Fechner bei, daß die Arbeiterschaft in allen Ländern rings um Deutschland aufhorchen wird, wenn sie erfährt, daß die deutschen Arbeiter als die ersten in Europa wieder die Spaltung überwunden und die sozialistische Einheit hergestellt haben. (Händeklatschen unterbricht den Redner.)

Damit machen wir auch zum Teil gut, was wir am 4. August 1914 taten, als wir durch die Bewilligung der Kredite zur Spaltung der Arbeiterklasse in Deutsch-

land kamen, als die übrigen Länder das zum Alibi nahmen, genau dasselbe zu tun. Heute sind wir die ersten, die zeigen, wie die Arbeiterklasse ihre Kräfte zusammenfassen kann, um ihre historische Mission erfüllen zu können. Genossen, mehr wollte ich nicht zur Begrüßung sagen als diese einfachen Worte. Gehen wir kühn vorwärts. Wir sind überzeugt, daß wir auf dem guten und richtigen Wege sind. Dann wird das Volk mit uns gehen, dann wird der Sieg unser sein. (Beifall.)

Genosse Gniffke: Ich danke dem Genossen Dahlem für seine Begrüßungsworte, und wir bitten, auch die Genossen drüben nochmals herzlichst zu grüßen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

(Genossinnen und Genossen, ich habe eine ganz ausgezeichnete Nase. Ich bemerke, es wird hier geraucht. Ich muß darauf hinweisen, daß das Rauchen hier im Theater verboten ist. Es tut mir sehr leid, aber Ihr müßt Euch das Rauchen noch etwas verkneifen. Ich tue das auch sehr ungern.)

Als Nächster hat das Wort jetzt zur Berichterstattung der Genosse Weimann.

Genosse Weimann über sozialistische Kulturarbeit.

Verehrte Parteigenossinnen und Genossen! Im August 1945 nahmen wir unsere Kulturarbeit wieder auf. Vom Zentralausschuß wurde ich mit der Leitung dieser Tätigkeit beauftragt. Wir mußten uns zunächst völlig neu orientieren, denn wir befanden uns in einer gegen früher völlig veränderten Welt. Wir erlebten eine Katastrophe von ungeheuerlichem Ausmaß, wie sie in der Weltgeschichte noch nie dagewesen ist.

Der Nazismus ging an seiner eigenen Hohlheit und Brüchigkeit zugrunde. Denn im Grunde war alles Fassade und Propaganda, was man in eitler Überheblichkeit und Vermessenheit als „tausendjährig“ bezeichnete.

Der Nazismus kann nicht als eine bloße Zufallerscheinung angesehen werden. Er ist ein deutsches Gewächs und wurzelte in der deutschen Vergangenheit. Mit dem Nazismus brach infolgedessen auch diese Vergangenheit zusammen. Mit ihr der alte Militär- und Obrigkeitsstaat, vor allem das feudal-junkerliche Preußen, das vorherrschende Kernstück Deutschlands. Mit ihr zugleich auch die Weimarer Republik. Denn gerade sie ließ die Kräfte wieder aufkommen, die uns in das furchtbare Verderben stürzen sollten.

So bitter auch diese Erkenntnis für uns war, so zogen wir aus ihr doch die Lehre: Diese Welt kann und darf nie wiederkehren! Wir können daher auch an das, was vor 1933 gewesen war, nicht wieder anknüpfen. Wir müssen das immer wieder betonen, auch gegenüber manchen unserer eigenen Genossen. Wir können nicht einfach dort, wo wir damals aufgehört haben, wieder anfangen.

In dem Wirbel dieser Zeit, in dem großen Zusammenbrechen alles dessen, was unerschütterlich erschien, haben sich zwei Mächte stark und lebenskräftig erwiesen: Demokratie und Sozialismus. Die Demokratie erwies sich als eine Kraft, die Menschen und Völker zu großen Leistungen anspornt, weil sie Werte und Möglichkeiten in sich birgt und entfaltet, die der Gestaltung positiver Staats- und Lebensformen dienen.

Der Sozialismus wuchs empor zu einer Bewegung, die die ganze Welt durchbraust. Er hat seine Feuerprobe glänzend bestanden und wurde zu jener gewaltigen Kraft, die die Massen bewegt und die Menschen begeistert.

Vom Sozialismus erwarten sie die Befreiung aus Qual und Not, vor allem aber die endgültige Lösung jener großen Schicksalsfrage der Menschheit, wie man solche furchtbaren Katastrophen wie die der letzten Jahrzehnte für immer unmöglich macht.

Demokratie und Sozialismus gehören zusammen. Der Sozialismus schließt die Demokratie ein, ohne sie wäre der Sozialismus unvollkommen. Erst aus der inneren Verflechtung beider, aus den Wechselbeziehungen zwischen ihnen ergibt sich die Möglichkeit zur Entwicklung der Persönlichkeit, zur Entfaltung wahren und freien Menschentums.

Wir bejahen daher auch die Persönlichkeit. Der Sozialismus bedeutet keine Vermassung oder gar Nivellierung des Menschen, wie man uns geflissentlich vorwirft. Allerdings lehnen wir die egoistische Ich-Betonung, das hemmungslose Profitstreben der liberal-kapitalistischen Welt ab. Demgegenüber wollen wir die Entfaltung der lebendigen Persönlichkeit im Rahmen der Gemeinschaft, die Persönlichkeit, die im Volke wurzelt und im Dienst am Ganzen, an der Organisation, am Volke und darüber hinaus an der Menschheit ihre schönste und höchste Aufgabe sieht.

Unsere geistige Haltung ergab sich aus unserer sozialistischen Überzeugung, die durch die Schrecken der Nazizeit neu erhärtet war, von selbst.

Wir waren immer Marxisten und sind es auch in dieser Zeit geblieben. Der so oft totgesagte Marxismus ist noch nicht überholt. Im Gegenteil: Gerade die Gegenwart hat mit besonderer Eindringlichkeit die Berechtigung der marxistischen Lehre bewiesen.

Wir brauchen auch keinen neuen Sozialismus! Uns genügt der alte Sozialismus, der Sozialismus marxistischer Prägung. Er bedeutet für uns noch immer die Grundorientierung, den Ausgangspunkt, den wir brauchen. Er bildet den Kompaß, mit dem wir steuern.

Wir bejahen also den Marxismus, nicht als Dogma und Doktrin, sondern als lebendige Wissenschaft, die selbstverständlich immer wieder mit der Entwicklung, mit den veränderten Tatsachen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Einklang gebracht werden muß.

Wir bejahen den historischen Materialismus als Forschungsprinzip und Untersuchungsmethode, die eine gesetzmäßige Ordnung in das scheinbare Durcheinander des Geschehens bringt. Damit gewinnen wir einheitliche Gesichtspunkte für die Vielfalt der Erscheinungen, damit ordnen wir die geistige und materielle Welt in einen großen, einheitlichen Zusammenhang ein. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind gewiß nicht das einzige, aber das in letzter Instanz bestimmende Element der sozialgeschichtlichen Entwicklung.

Diesen marxistischen Sozialismus vertreten wir seit Jahrzehnten. In seinem Zeichen sind wir groß geworden. In seinem Zeichen überwinden wir die Spaltung und schaffen uns die gewaltige Macht der sozialistischen Einheitspartei.

Wir wollen eine Partei des schaffenden Volkes werden. Das bedeutet, daß wir nicht mehr wie früher nur eine Partei der Hand- und Industriearbeiter sein können. Wir brauchen die Kopfarbeiter, die Mittelschichten, die Landbevölkerung und nicht zuletzt auch die geistig Schaffenden.

Wir wollen die Jugend und vor allem auch die Frauen, die heute die große Mehrzahl der Bevölkerung bilden, gewinnen.

Ohne diese neuen Massen können wir niemals die Partei des schaffenden Volkes werden. Um sie zu gewinnen, müssen wir die Tore weit auf tun und uns auf ihre besondere Mentalität und Ideologie einstellen. Wir müssen in ihrer Sprache zu ihnen sprechen und dürfen uns nicht an veraltete Werbemethoden klammern.

Wir haben weiter erkannt, daß Sozialismus und Vaterland durchaus keine Gegensätze sind. Wir wissen, wie stark die nationale Frage die Massen bewegt, daß ihr Schicksal mit dem Schicksal ihres Landes untrennbar verbunden ist. (Sehr gut!) Darum sehen wir die nationale Frage heute anders und viel betonter als früher.

Als Partei des schaffenden Volkes haben wir ein erhebliches Interesse daran, daß das Vaterland wirklich zu einem Vaterland für die breiten Massen gestaltet wird. Wir wissen aus den schmerzlichen Erfahrungen der 12 Jahre Nazizeit, daß nur in einem freien Vaterland das Proletariat seine Kräfte frei entfalten kann.

Das Wort von Jean Jaurès hat mehr als je seine Bedeutung: „Die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stünde dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Natur zu zertrümmern.“

Wir bejahen auch mit Entschiedenheit die nationale Einheit des deutschen Volkes und in Verbindung damit auch seine kulturelle Einheit. Die Sozialistische Einheitspartei verkörpert diese nationale und kulturelle Einheit unseres Volkes, die zu erhalten für unsere Zukunft als lebenswichtig anzusehen ist.

Zum Sozialismus führen viele Wege. Es wäre falsch, anzunehmen, daß die Menschen nur aus wirtschaftlicher und marxistischer Erkenntnis zu uns kommen. Die meisten von ihnen, besonders aus den neuen differenzierten Massen, kommen häufig aus ethischen Gründen, aus einem allgemeinen Gefühl für Recht und Gerechtigkeit, aus der Zustimmung zu unseren Forderungen oder aus Solidarität mit ihren Berufskollegen, jedenfalls aus gefühlsbetonten Motiven zu uns.

Auch Sozialismus und Religion sind einander nähergerückt, sie schließen sich jedenfalls gegenseitig nicht aus. In diesem Zusammenhang erwähne ich einen Satz aus einer Rede, die der Leiter der CDU, Jakob Kaiser, kürzlich gehalten hat: „Ich habe keine Zweifel darüber gelassen, daß auch wir, die Männer einer Partei, die ihre Politik durch das christliche Gesetz bestimmt sieht, die zu

schaffende wirtschaftliche und soziale Grundlage als eine sozialistische gestaltet sehen wollen.“

Ich will nicht die Frage aufwerfen, ob diese Auffassung in den führenden Kreisen der CDU allgemein verbreitet ist. Aber ich führe diese Stimme hier an, weil sie mir charakteristisch erscheint als Beweis für die starke Kraft, die heute der sozialistische Gedanke ausströmt und wie er in Kreise eindringt, die ihm früher ablehnend gegenüberstanden.

Es ist uns klar geworden, daß eine Idee, die die Massen und Menschen in diesem weiten und vielseitigen Sinne bewegt, nicht nur eine rein wirtschaftliche Aufgabe, nicht nur ein politisches Programm sein kann. Es erscheint uns unmöglich, daß dieses größte und schönste Ideal der Menschheit sich im Wirtschaftlichen und Materiellen erschöpfen kann. Es muß, das ist unsere innere Überzeugung, etwas Größeres und Höheres sein.

Während die Wirtschaft immer nur ein Teilgebiet des Lebens betrifft, ist der Sozialismus etwas Universelles. Er bedeutet eine Gesamtorientierung. Er soll über die wirtschaftliche Umgestaltung hinaus unser Leben in allen seinen Teilen, Beziehungen und Äußerungen erfassen und durchdringen.

Erstes Ziel ist selbstverständlich, die Menschen aus sozialer und wirtschaftlicher Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, die Wirtschaft in der Richtung des Gemeinwohls zu lenken. Darüber hinaus aber kommt es darauf an, das Bewußtsein zu revolutionieren, dem Menschen ist die völlige Entwicklung seiner Fähigkeiten und Persönlichkeit zu sichern, neue und höhere Lebenswerte zu schaffen. Es gilt, die innere Leere und Gedrücktheit, die die Menschen heute erfaßt hat, zu beseitigen und dem Dasein neuen Sinn und Inhalt zu geben.

Die alten Gewalten und Führungsschichten sind zusammengebrochen und haben versagt. Der neue Staat kann daher nur ein Staat des schaffenden Volkes sein. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die weitere, daß die Erneuerung des Staates nur von unten her, aus den breiten Massen des Volkes kommen kann. Wir brauchen die Menschen und Kräfte, die den neuen Staat bejahen, die instande und fähig sind, das Neue positiv zu gestalten und aufzubauen.

Nur wenn wir den Staat geistig durchdringen und ihn mit überlegenen fähigen Kräften durchsetzen, können wir uns die Plattform für einen grundlegenden Neuaufbau schaffen.

Für die Sozialistische Kulturzentrale stand daher im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit die demokratisch-sozialistische Schul- und Erziehungsreform. Wir haben ein Programm dieser Reform aufgestellt und auch gemeinsame Aktionen mit der KPD im Sinne dieses Programms durchgeführt.

Nach wie vor verlangen wir gründliche Säuberung aller öffentlichen Einrichtungen der Schule und Erziehung von nazistischen, und ich füge hinzu, auch von reaktionären Einflüssen. (Sehr richtig!) Soviel auch hier schon getan ist, es muß noch weiter durchgegriffen werden. Der nazistische Lehrer und Hochschullehrer,

der Nazikünstler können unmöglich Repräsentanten des neuen Staates und Geistes sein.

An der Ausbildung neuer Lehrkräfte haben wir mitgearbeitet und einen großen Teil geeigneter Bewerber dafür ausgewählt; das gleiche ist in den verschiedenen Bezirken geschehen. Die vorgesehene Ausbildung neuer Lehrer im Rahmen von Kursen, die 8 Monate dauern, kann natürlich nur eine Notmaßnahme sein, um den Lehrermangel zu beheben, der durch die Entfernung der Nazielemente entstanden ist.

Von jeher schon fordern wir die Universitätsausbildung der Lehrer. In eingehenden Beratungen stellten wir einen Plan auf, der die Einrichtung von pädagogischen Fakultäten an den Universitäten vorsieht. In einer dreijährigen Ausbildungszeit sollen die jungen Lehrer für ihre verantwortliche Arbeit vorbereitet werden.

An dieser Stellungnahme zeigt sich die hohe Achtung und Wertschätzung, die wir dem Beruf des Volksschullehrers entgegenbringen. Wir sehen in ihm eine Erzieher- und Kulturpersönlichkeit, die namentlich auf dem Lande von großer Bedeutung für den Aufbau und die Festigung des demokratischen Staates ist.

Ausgehend von der Einheit des deutschen Volkes fordern wir die Einheitsschule, die allen Kindern ein höchstmögliches Maß von Wissen vermittelt. Durch einen zweckmäßig gegliederten organischen Aufbau des gesamten Schulwesens vom Kindergarten bis zur Hochschule soll die Möglichkeit geschaffen werden, die natürlichen Anlagen und Fähigkeiten aller Kinder zu entwickeln.

Die Einheitsschule kann nur eine weltliche Schule sein. Klare Trennung von Kirche und Staat und damit von Kirche und Schule ist die zwingende Folgerung, die sich daraus ergibt. (Sehr richtig!)

Die Schule darf nicht nach Konfessionen aufgespalten werden. Nur die Eltern entscheiden darüber, ob die Kinder am Religionsunterricht der Kirche teilnehmen oder nicht. Dieser Standpunkt schafft Klarheit und bedeutet keinerlei Stellungnahme gegen die Religion oder Kirche, wie das geflissentlich behauptet wird.

Nach meiner Meinung ist der Sozialismus mit jeder wahren Religion in Einklang zu bringen. Aber es ist ausschließlich Sache jedes einzelnen Menschen selbst, in die wir uns als Partei nicht hineinmischen, wie er sich zu Religion und Kirche stellt.

Eine Frage, die uns in der Kulturzentrale ebenfalls fortlaufend beschäftigt, ist die Hochschulreform. Die neue Zeit kann vor den Toren der Hochschulen und Universitäten nicht haltmachen. Ein frischer Luftzug tut not, der die Reste der Vergangenheit, die sich hier sehr stark eingenistet haben, hinwegfegt.

Es gilt, den Lehrkörper zu erneuern und junge befähigte Kräfte heranzuziehen, die im Volke wurzeln und den Erfordernissen der Zeit Rechnung tragen. Unsere erste Forderung aber heißt: Fort mit jeglichem Bildungsprivileg, Beseitigung aller Hemmungen, die dem Aufstieg der jungen Generation des schaffenden Volkes im Wege stehen.

Es ist untragbar, daß immer noch 80—90 Prozent aller Studenten den bisher bevorrechteten Kreisen angehören. Die Bahn muß frei sein auch für den befähigten Arbeiterstudenten.

Die hohen Summen, die der Staat für die Unterhaltung der Hochschulen ausgibt, und die von der werktätigen Bevölkerung in harter Arbeit aufgebracht werden, dürfen nicht dazu dienen, eine neue Nazigeneration großzuziehen.

Die geistige Elite der Nation muß sich in Zukunft aus der jungen Generation der Arbeiterschaft rekrutieren. Das bedeutet keine Bevorzugung des Arbeiterstudenten, vielmehr gilt es, das große Unrecht der Vergangenheit, das an der jungen Arbeiterschaft begangen wurde, wieder gutzumachen. Dieses Unrecht wurde immer als besonders hart und bitter empfunden.

Darum heißt die Parole: Bahn frei dem Arbeiterstudenten!

Schon gibt es auch Organisationen, Betriebe, Gemeinden, die Patenschaften für Arbeiterstudenten übernehmen, um diesen das Studium auch finanziell zu gewährleisten.

Die Lösung der finanziellen Frage, d. h. die finanzielle Sicherstellung des Studenten für die Zeit seines Studiums, ist von entscheidender Bedeutung. Soweit die öffentlichen Mittel und Stipendien nicht ausreichen, dürfte es notwendig sein, durch die großen Organisationen der Arbeiterschaft, Partei und Gewerkschaften, einen Studienfonds zu schaffen, der besonders befähigten Arbeiterstudenten zugute kommt.

Zu den vielen Fragen, die uns beschäftigen, gehört nicht zuletzt die Stellungnahme zur Volkshochschule. Diese Bildungseinrichtung der Gemeinden darf nicht allein der allgemeinen Wissensvermittlung und Erweiterung elementarer Kenntnisse dienen. Sie hat im demokratischen Staat vor allem die Aufgabe, eine Bildungsarbeit zu pflegen, die dem Aufbau dieses Staates dient und die Arbeiterschaft befähigt, an diesem Aufbau aktiv und verantwortlich mitzuwirken.

Wir müssen an den Volkshochschulen entscheidend mitarbeiten, ihr befähigte Lehrkräfte aus unseren Kreisen stellen und dafür sorgen, daß auch der wissenschaftliche Sozialismus und die mit ihm zusammenhängenden Gebiete in den Lehrplan aufgenommen werden.

Ebenso brachten wir Richtlinien zur Theaterfrage heraus, die unter Ablehnung des Geschäfts- und Vergnügungsbetriebes dem lebendigen Volkstheater sowie der Wiedererrichtung der Besucherorganisationen, natürlich unter Anpassung an die veränderten Verhältnisse, das Wort reden.

In letzter Zeit nahmen wir ferner Stellung zur Frage des Volkssports und haben auch hierfür entsprechende Richtlinien vorbereitet.

Die Gestaltung unserer Feste und Feiern, besonders an Gedenktagen und wichtigen Anlässen, haben uns ebenfalls beschäftigt. Wir führten in Berlin unter dem Motto „Sozialistische Feierstunden“ künstlerische Veranstaltungen von großem Format durch, die aus dem Geist und Wollen der sozialistischen Bewegung heraus geschaffen wurden.

Im Vordergrund aller Bemühungen stand die sozialistische Bildungs- und Schulungsarbeit, die ich überhaupt als die wichtigste und dringendste Aufgabe unseres Bildungswesens bezeichnen möchte.

In Berlin veranstalteten wir eine Anzahl Wochenendkurse für Funktionäre, in denen alle wichtigen Probleme der Gegenwart behandelt wurden.

Daneben fanden in allen Parteigruppen Kurse über die Geschichte der Arbeiterbewegung und darauf aufbauend Fortsetzungskurse mit der Einführung in die sozialistische Gedankenwelt statt.

Gleichzeitig wurden eine Anzahl von zentralen Spitzenkursen als wissenschaftliche Seminare veranstaltet, und zwar über alle aktuellen Probleme. Eine sozialistische Tribüne brachte ein Programm aktueller Vorträge über interessante und wichtige Probleme der Gegenwart, die jede Woche stattfanden.

Eine teilweise recht intensive Funktionärschulung wurde in verschiedenen Bezirken durchgeführt, so im Lande Sachsen in Form von Internatskursen für Bauernfunktionäre, Parteisekretäre, Referenten und Verwaltungsanwärter. In Magdeburg und anderen Bezirken fanden ebenfalls Internatskurse statt.

In anderen Bezirken setzten in letzter Zeit gemeinsame Schulungskurse mit der KPD ein, so in Dessau, Halle, Magdeburg, Thüringen. Auch Sonderkurse und Bildungsveranstaltungen, ebenso Arbeitskreise für junge Sozialdemokraten werden aus fast allen Bezirken berichtet.

Die Frage sozialistischer Festkultur, die Durchführung politisch-kultureller Veranstaltungen, die Ausgestaltung der Parteiversammlungen im Sinne einer künstlerischen Durchdringung und Umrahmung wurde in einigen Bezirken mit besonderer Sorgfalt gepflegt.

Ein Teil der Bezirke setzte schon in der Anfangszeit unseres Bestehens, als ein Zusammenhang mit der Zentrale noch kaum bestand, aus eigener Initiative mit einer durchaus beachtlichen Schulungs- und Bildungsarbeit ein, die für die Aktivität unserer Genossen im Lande bemerkenswert ist.

Eine sehr wichtige Aufgabe sehen wir in der Herausgabe sozialistischer Literatur, besonders unserer klassischen Standardschriften von Marx, Engels und Lassalle. Auch für den Sozialisten unserer Zeit ist es immer wieder notwendig, sich zu den Quellen sozialistischer Erkenntnis zurückzufinden.

Wir hatten nach einem sorgfältig vorbereiteten Plan die Herausgabe dieser Schriften vorbereitet. Äußere Hindernisse haben diese Herausgabe leider immer wieder verzögert.

Ich hoffe, daß der neuen Einheitspartei die Lösung dieser wichtigen Frage in einem schnelleren Tempo als bisher gelingen wird.

Der Sozialistischen Kulturzentrale stand der zentrale Kulturausschuß zur Seite, ebenso eine Anzahl Fachkommissionen, so für sozialistische Schulung und Literatur, Kunst und Theater, Schule und Erziehung, für Hochschulreform und für Volkssport und Körperpflege.

Die Arbeit dieser Körperschaften, die teilweise sehr häufig zusammentreten, verdient unsere volle Anerkennung.

Wir gaben ferner Richtlinien heraus für die Bildung und Tätigkeit örtlicher und bezirklicher Kulturobleute und Kulturausschüsse, ebenso für das kommunale Bildungswesen, das im demokratischen Staat sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen hat.

Dem Aufbau unserer Bildungsarbeit dienten zwei sozialistische Kulturkonferenzen, am 23. September und 9. Dezember 1945. Ferner fand am 11. Januar 1946 in Berlin die erste Landeskulturtagung für die gesamte Zone statt, an der alle Bezirke teilnahmen. Behandelt wurden dabei die Aufgaben unserer Kulturarbeit, die sozialistischen Schulungsaufgaben, ferner nahmen wir Stellung zur Schul- und Erziehungsreform.

Auf unsere Anregung hin erfolgte im Januar dieses Jahres die Gründung eines gemeinsamen Kulturausschusses der Arbeiterorganisationen, in dem die beiden Arbeiterparteien und die Gewerkschaften vertreten sind. Diese gemeinsame Arbeit hat sich sehr gut eingeführt. Wir können auf eine erfolgreiche und harmonische Tätigkeit zurückblicken. Dieser Kulturausschuß verkörpert die Kulturinheit der gesamten Arbeiterbewegung. Er ist legitimiert, die kulturellen Interessen der gesamten Arbeiterschaft zu vertreten und zur Geltung zu bringen.

Wir veranstalteten mit Hilfe dieses Ausschusses eine Reihe gemeinsamer Aktionen, vor allem auf dem Gebiet der Erziehungs- und Schulreform, daneben Gedenkfeiern für Engels, Bebel, Liebknecht.

Eine Kulturwoche vom 24. bis 31. März 1946 in der gesamten Zone mit Ausnahme von Berlin diente dem Zweck, die Einheit der deutschen Kultur und die Bedeutung der Arbeiterschaft für die deutsche Kultur zum Ausdruck zu bringen. Insbesondere kam es darauf an, die Verbindung zwischen den kulturschöpferischen Kreisen der Kunst und Wissenschaft und den breiten Massen des schaffenden Volkes sinnfällig zu manifestieren.

Es zeigte sich, daß auf dem Boden des demokratischen Staates trotz der Not unserer Zeit sich ein Kulturleben entwickelt hat, das auf einer bemerkenswerten Höhe steht und zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt.

Mit der Sozialistischen Einheitspartei werden die Kulturaufgaben eine weitere Steigerung erfahren. Sie wird darauf hinwirken, alle positiven Kräfte und Fähigkeiten im Volke zu mobilisieren und für den Neuaufbau unseres Staats- und Volkslebens einzusetzen.

Die erste Voraussetzung hierfür ist eine intensive Schulungsarbeit in unseren eigenen Reihen. Sie wird sich in zwei Richtungen bewegen,

1. In der Heranbildung sozialistisch geschulter kämpferischer Menschen vor allem aus der jungen Generation.

2. In der planmäßigen Schulung unserer Funktionäre und Funktionärinnen sowohl für die Aufgaben der Partei wie für die Aufgaben in Staat und Gemeinde.

Es stehen uns dafür eine Reihe Internatsschulen in allen Bezirken zur Verfügung, die die Durchführung einer intensiven, länger dauernden Ausbildung ermöglichen. Der Leitgedanke ist, daß unsere aktiven Mitglieder, vor allem die jüngeren, ebenso wie alle Funktionäre, mindestens einmal im Jahre an einem solchen Lehrgang teilnehmen. (Sehr richtig!)

Von der Heranziehung sozialistisch durchgebildeter Menschen und sachlich befähigter Kräfte hängt es ab, ob wir die gewaltigen Aufgaben meistern werden, die uns als der größten und führenden Partei des schaffenden Volkes gestellt sind. Ein Versagen auf diesem Gebiet würde verhängnisvoll für die Zukunft des deutschen Volkes und unserer Partei sein.

Wir müssen auch die Beziehungen zum Ausland wiedergewinnen. Kenntnis über die wichtigsten Länder und Völker zu verbreiten, gehört mit zu unseren Aufgaben, ebenso den Anschluß an die Kultur des Auslandes wiederzufinden.

Die geistige Verheerung der Nazizeit, die Verhärtung der Seelen, müssen wir überwinden. Demgegenüber betonen wir die Wiederherstellung der geschändeten Menschlichkeit. Es ist Sache des Sozialismus, diese hohe Aufgabe zu erfüllen.

Sozialismus ist für uns keine kalte Wissenschaft, kein starres System, kein nüchternes Rechenexempel, sondern eine blutvolle, von warmer Menschlichkeit durchpulste Bewegung.

Klarheit des Denkens und Erkennens, verstandesmäßige Erfassung des Sozialismus zum zielbewußten Handeln, aber dabei muß die Seele mitschwingen, dahinter muß ein warmes Herz schlagen.

Sozialismus hat nur dann Berechtigung, wenn er das Leben schöner und reicher gestaltet. Wir wollen eine Volkskultur entwickeln, an der alle Menschen teilnehmen. Alles Große und Edle, was die führenden Geister der Menschheit bisher gedacht und geschaffen haben, nehmen wir für uns in Anspruch.

Das tätige Volk darf nicht länger ausgeschlossen sein von den Schätzen der Kunst und Kultur. Kultur und Volk müssen in eine lebendige Verbindung miteinander gebracht werden.

Zum Sozialismus gehören ebenso Kants kategorischer Imperativ wie die warme Menschlichkeit Goethes, die Gemälde eines Rembrandt nicht weniger wie die neunte Sinfonie Beethovens.

Sozialismus ist uns nicht nur Lippenbekenntnis, sondern innerster Besitz, heiligste Überzeugung.

Ein Sozialist wird immer die Worte Goethes im Herzen tragen:

Edel sei der Mensch,

Hilfreich und gut! (Bravo-Rufe, Beifall.)

Genosse Fechner: Als nächster Berichterstatter hat Genossin Käthe Kern das Wort.

Genossin Käthe Kern: Verehrte Gäste, Genossen und Genossinnen! Bei unserer Arbeit zur Erfassung der Frau haben wir auszugehen von den wirtschaftlichen und sozialen Wandlungen unserer Zeit. Im 19. Jahrhundert hatte die Industrialisie-

rung der Wirtschaft große wirtschaftliche und soziale Umwälzungen und eine weitgehende Einsetzung der Frau in das Erwerbsleben gebracht. Die Frauenarbeit hatte einen ausgesprochen proletarischen Charakter, und Lilly Braun stellte fest, daß etwa Dreiviertel aller erwerbstätigen Frauen Arbeiterinnen waren. Die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1925 zeigten deutlich eine Umschichtung in der Struktur der Frauenarbeit. Während um die Jahrhundertwende die Hausarbeit der Frauen durch Fabrikarbeit abgelöst wurde, hatten sich inzwischen die Frauen von der gewerblichen Arbeit abgewendet und waren in die Angestelltenberufe geströmt. Wir hatten 1925 gegenüber 1907 eine Verdoppelung der Zahl der männlichen Angestellten, aber eine Verdreifachung der weiblichen Angestellten zu verzeichnen.

Unter dem Naziregime setzte sich im Zusammenhang mit der Aufrüstung und der zunächst erfolgten Ausweitung der Grenzen sowie der enormen Ausdehnung des Verwaltungsapparates diese Entwicklung fort. Einem Heer von weiblichen Angestellten in den Ministerien, Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen, Konzernen und Bankpalästen standen auf der anderen Seite die Rüstungsarbeiterinnen und die ausländischen Arbeiterinnen als moderne Sklavinnen gegenüber. Die Auswirkungen des Hitler-Krieges, der enorme Frauenüberschuß und der soziale Absturz weiterer Bevölkerungsschichten in Besitzlosigkeit hat vor allem das Frauendasein in noch nicht dagewesenem Ausmaß revolutioniert. Mehr denn je sind die deutschen Frauen in das Erwerbsleben mit einbezogen, das von ihnen nicht mehr als Durchgangsstadium angesehen werden kann, sondern als Dauerzustand zu werten ist.

Die politische Entwicklung muß daher die Mehrheit der deutschen Frauen zum Sozialismus führen. Wir wissen, daß die Erschwerung der Haushaltsführung infolge der Kriegsauswirkungen, die doppelte Belastung der erwerbstätigen Frau und Ernährungsorgen viele Frauen noch nicht zur politischen Besinnung kommen lassen. Wir müssen aber den Frauen klarmachen, daß sie nur durch politische Mitarbeit ihr Schicksal meistern und ihre Lage auf die Dauer bessern können. So haben die gewerkschaftlich organisierten Frauen bereits die Einführung des bezahlten Hausarbeitstages erreicht. Durch die Frauenausschüsse haben unsere aktiven Genossinnen Eingaben an die alliierten Militärbehörden gemacht und die Notlage unserer Frauen, Mütter und Kinder geschildert. Wir erkennen dankbar an, daß die Besatzungsbehörden sich dem deutschen Volke gegenüber nicht von Rache Gesichtspunkten leiten lassen, sondern bemüht sind, unsere Ernährung trotz der Welternährungskrise zu sichern. (Bravo!) So ist es uns in Berlin gelungen, eine Verbesserung der Lebensmittelzuteilung für Frauen mit mehreren Kindern und für Schwangere zu erzielen.

Wir bitten auch um Gehör für einen Herzenswunsch unserer Frauen, deren Männer, und unserer Mütter, deren Söhne sich noch in Kriegsgefangenschaft befinden. (Sehr richtig! Beifall.) Wir wären dankbar für beschleunigte Entlassung aller antifaschistischen kriegsgefangenen Männer und Jugendlichen. (Sehr

richtig! Beifall.) Wir bitten dabei zu beachten, daß gerade sie in erster Linie eingezogen wurden, während die aktiven Nazis vorzugsweise für unabkömmlich erklärt und in der Heimat eingesetzt wurden, um die Bevölkerung unter Druck zu halten. (Sehr richtig!)

Wir legen dem Parteitag folgende EntschlieÙung zur Annahme vor:

Der Parteitag beschließt, daß die Partei in geeigneter Weise erneut bei den alliierten Besatzungsbehörden vorstellig wird, um zu erwirken, daß alle Kriegsgefangenen, welche nicht Mitglieder oder Anhänger der nationalistischen Bewegung waren, beschleunigt entlassen werden. (Beifall.)

Die Angaben unserer Bezirksverbände ergeben, daß der Anteil der weiblichen Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft zwischen 14 und 33¼ Prozent schwankt. In Berlin beträgt der prozentuale Anteil der weiblichen Mitglieder zwischen 16 und 30 Prozent, wobei die westlichen Kreise — und zwar beziehen sich die Angaben auf die Zeit vor der Spaltung — am schwächsten sind, während in den ausgesprochenen Arbeiterbezirken die weibliche Bevölkerung politisch aktiver und dementsprechend auch organisatorisch stärker erfaßt ist. (Bravo!) Den geringsten Prozentsatz weiblicher Mitglieder hat Halle mit 18 Prozent aufzuweisen. Es folgt Brandenburg mit 18,13 Prozent. Hier ist zu beachten, daß in größeren Orten die Frauen stärker und in kleineren Orten schwächer erfaßt sind. Weimar beziffert den Anteil der Frauen auf 20 Prozent, ebenso Schwerin, während für Mecklenburg aus Rostock 24 Prozent und aus Stralsund 33 1/3 Prozent gemeldet werden. (Bravo!) In den fünf Unterbezirken Leipzigs schwanken die Ziffern zwischen 14,6 und 23,5 Prozent. Auf Leipzig selbst entfallen 22,9 Prozent. Im Durchschnitt beträgt die weibliche Mitgliedschaft im ganzen Bezirk Leipzig 20,7 Prozent. Der Bezirk Dessau meldet 22,13 Prozent und Dresden 33 1/3 Prozent. (Bravo!) Von den Bezirken Magdeburg und Chemnitz fehlen Zahlenangaben.

Wir müssen feststellen, daß in dem durchschnittlichen prozentualen Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft unserer Partei der große Frauenüberschuß und die soziale Wandlung der Frau noch nicht genügend zum Ausdruck kommt. Wir haben aus diesen Tatsachen die Schlußfolgerung zu ziehen, daß wir unsere politische Aufklärungsarbeit für die Frauen noch intensiver gestalten müssen.

Bemerkenswert an den Berichten aus den Bezirken ist, daß unsere Genossinnen fast durchweg im Rahmen der von Marschall Shukow im November vorigen Jahres genehmigten Frauenausschüsse aktiv mitgearbeitet haben. Diese Frauenausschüsse setzen sich paritätisch zusammen aus den Vertreterinnen der vier antifaschistischen Parteien, der Gewerkschaften und der Jugend unter Hinzuziehung parteiloser Frauen. In fast allen Frauenausschüssen sind unsere Genossinnen mit Genossinnen aus der KPD führend beteiligt an der kommunalen und sozialen Arbeit. Bei den Stadtmagistraten sind Beratungsstellen der Frauenausschüsse eingerichtet, zu deren Leitung unsere Genossinnen noch mehr als seither herangezogen werden müssen.

Auf den vielen öffentlichen Kundgebungen der Frauenausschüsse, die der politischen Umerziehung und der Aufklärung der Frauen dienten, hatten unsere Genossinnen Gelegenheit, zu Frauen aller Bevölkerungsschichten zu sprechen und auch für unsere grundsätzliche Auffassung zu werben. Diese Veranstaltungen fanden über unsere Erwartungen hinaus das stärkste Interesse der Frauen und gestalteten sich oft zu großen Massenkundgebungen. So mußten bei der ersten großen Kundgebung des zentralen Frauenausschusses beim Magistrat der Stadt Berlin mehrere hundert Frauen umkehren, weil sie keinen Einlaß mehr finden konnten. Diese Kundgebung hat über den Rahmen von Berlin hinaus begeistert und befruchtend auf die Mitarbeit unserer Genossinnen in den Frauenausschüssen der Provinzen und Länder gewirkt und auch bisher politisch indifferente Frauen für den Aufbau eines neuen Deutschlands gewonnen. Auch die von unserer Partei gemeinsam mit den Frauen der KPD durchgeführten Kundgebungen hatten durchweg einen guten Erfolg, in Berlin, zum Beispiel im Bezirk Prenzlauer Berg, schon im September vorigen Jahres, später in Johannisthal und in Lichtenberg; vor allem aber waren in Berlin die gemeinsamen Frauenversammlungen von den Betriebsfraktionen der KPD und SPD bei der BVG, bei der Berliner Sozialversicherungsanstalt und schließlich kürzlich bei der Gasag ein wichtiger Auftakt zur Stärkung des Einheitsgedankens auch bei den Frauen. Und trotz aller Gegenpropaganda der Vereinigungsgegner in Berlin wurde die Frauenkundgebung der SPD und KPD am 25. März im Admiralspalast in Berlin zu einem einmütigen Bekenntnis der über 2000 anwesenden Frauen zur sofortigen Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien. (Beifall.)

Im Zusammenhang damit möchte ich auch hier noch einmal darauf hinweisen, daß die Frage der Vereinigung von unseren Genossinnen in Berlin viel leidenschaftsloser und sachlicher debattiert worden ist als von den Männern. Unsere Frauen haben damit den Beweis erbracht, daß sie sich bei dieser Entscheidung von politischen Gesichtspunkten und nicht von gefühlsmäßigen Erwägungen leiten ließen. (Bravo! Beifall.) Die Frauen mit einem gesunden Sinn für praktische Arbeit haben erkannt, daß es höchste Zeit ist, die Debatten über die Vereinigung zu beenden, um mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbauarbeit schneller voranzukommen. Angesichts des furchtbaren Erbes, das uns Hitler in finanzieller, wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht hinterlassen hat, kann es nicht darauf ankommen, getrennt bei kommenden Wahlen erst einmal die Kräfte zu messen. Die Zusammenfassung der gesamten Kräfte der Arbeiterklasse in einer großen Millionepartei ist das Gebot der Stunde. Nur die zusammengehaltene Kraft der breiten Masse der Erwerbstätigen wird uns in die Lage versetzen, die furchtbare Not der Gegenwart zu meistern, die durch Hitlers wahnsinnige Kriegführung bis zur totalen Niederlage entstanden ist, die zerschlagene deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen und einer sozialistischen Gesellschaftsordnung den Weg zu bahnen.

In welchem hohem Maße unsere Genossinnen zur Überwindung der furchtbaren Nöte unserer Zeit beitragen, dafür möchte ich auch einige Beispiele aus den Berichten unserer Bezirksverbände anführen. Das Flüchtlingsproblem und neuerdings die Umsiedlung von Millionen Menschen stellte vor allem unsere Bezirke Görlitz, Mecklenburg und Brandenburg vor schwere Aufgaben. Die Menschen kamen verlaust, krank und mit zerrissenen Kleidern. Die Frauen der beiden Arbeiterparteien fanden sich in den Nähstuben zusammen, um helfend einzugreifen. Aus Kasernen und Lägern wurden Uniformen geholt und umgearbeitet. Oft war das Material blutig und verschmutzt und mußte von den Frauen erst gewaschen werden. Aber es wurde keine Mühe gescheut. Gelegentlich konnte auch bei der Beschlagnahme von Wohnungen aktiver Nazis Wäsche und Garderobe für die Nähstuben erfaßt werden. So wurden zum Beispiel in der Wohnung eines SS-Brigadeführers in Potsdam 973 Servietten, 48 große Tafeltücher für 24 Personen, 50 Tischtücher, Dutzende von Handtüchern und elf Zentner Lumpen aufgefunden. Dabei soll dieser Bestand nur einen Rest dargestellt haben, da ein großer Teil schon auf die Seite gebracht worden war.

Bei der Betreuung der rückkehrenden Kriegsgefangenen, in der Aktion „Rettet das Kind“ und bei der Durchführung der Schulspeisung haben viele unserer Genossinnen vorbildliche ehrenamtliche Hilfsarbeit geleistet. So wurden zum Beispiel in Berlin von den Frauen in den Nähstuben der Frauenausschüsse zu Weihnachten für die Kinder allein 90 000 Stück Kleidungsstücke hergestellt.

Aus Magdeburg können unsere Genossinnen berichten, daß in gemeinsamer Arbeit von antifaschistischen Frauen für das Hilfswerk der Provinz Sachsen an Geldspenden 500 000 Mark gesammelt wurden.

Unermüdlich setzen sich unsere Genossinnen in den Frauenausschüssen für die Errichtung von Kindergärten zur Entlastung der berufstätigen Mütter ein. So wird auf allen Gebieten von unseren Genossinnen praktische Sozialarbeit zur Linderung der Not geleistet.

Aus der steigenden Kriminalität der Jugend und ihrer moralischen und sexuellen Gefährdung erwächst uns Frauen auch die Aufgabe, die gefährdete Jugend in unsere schützende Obhut zu nehmen, sie durch unser Beispiel menschlich und seelisch zu beeinflussen und sie wieder zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu machen.

Über allen unseren Maßnahmen für die Kinder, die heranwachsende Jugend, wollen wir aber nicht versäumen, für die Kranken und arbeitsunfähigen Alten auch zu sorgen. Sie hatten geglaubt, in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit sich für den Krankheitsfall und ihr Alter gesichert zu haben, und mußten nun erleben, wie Hitler sie um die Früchte ihrer Arbeit und um die finanzielle Sicherung ihres Lebensabends brachte.

Grundsätzlich wollen wir als Sozialistinnen bei unserer Sozialarbeit nicht außer acht lassen, daß letzten Endes die kapitalistische Wirtschaftsordnung die Ursache allen Übels ist. Unsere politische Aufklärungsarbeit muß diese Erkennt-

nis in immer weitere Kreise des deutschen Volkes hineinragen. Vor allem gilt es, die Frauen davon zu überzeugen, daß nur die Sozialistische Einheitspartei ihre Interessen wahrnimmt, ihnen erträgliche Lebens- und Daseinsbedingungen schafft und ihren Kindern eine bessere Zukunft sichern kann. Die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei, die uns im Entwurf vorliegen, zeigen uns den Weg aus der Katastrophe der Gegenwart und stellen die Forderungen auf für das große geschichtliche Ziel der Arbeiterklasse, für den Sozialismus. Die zur demokratischen Erneuerung Deutschlands erhobenen Gesamtforderungen werden von uns Frauen voll und ganz bejaht. Unseren Frauen ist durch den Hitler-Krieg schwerstes Leid zugefügt worden. Wir wünschen deshalb strenge Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Wenn wir einen Vergleich ziehen zwischen der Behandlung, die unseren Genossen zuteil wurde, die für die Befreiung Deutschlands vom Naziregime kämpften und ihr Leben lassen mußten, und der Behandlung, die den Kriegsverbrechern in Nürnberg zuteil wird, dann will es uns oft scheinen, als ob diese eine solche menschliche Behandlung gar nicht verdient hätten. (Sehr richtig! Beifall.)

Wir Frauen begrüßen auch den Volksentscheid zur Überführung der Betriebe der Kriegsinteressenten in die Hände der demokratischen Selbstverwaltung. Nur diese wird uns vor der Entfesselung neuer Kriege durch eine imperialistische Rüstungsindustrie bewahren. In der planvollen Gestaltung der Wirtschaft erblicken auch wir Frauen die beste Voraussetzung, für alle Werktätigen Arbeit zu beschaffen und den lebensnotwendigen Bedarf der breiten Volksmassen an Nahrung, Kleidung und Wohnung zu sichern. Im Hinblick auf die starke Einbeziehung der Frauen und Mädchen in das Erwerbsleben ist ihre verantwortliche Beteiligung bei dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft nicht nur selbstverständlich, sondern auch notwendig. (Sehr richtig!) Wir fordern volle Gleichberechtigung der Frauen und gleichen Lohn für gleiche Leistung. Die gewerkschaftliche und politische Mitarbeit der Frau wird dazu beitragen, diese Forderungen in die Tat umzusetzen. Vielfach sind in den noch geltenden Tarifverträgen für Frauen nur 50 bis 60 Prozent der Männerlöhne vorgesehen. (Hört, hört!) Mit diesem Überbleibsel aus der Hitler-Zeit muß aufgeräumt werden. (Sehr richtig!) Die Frau hat sich bei der Wiederaufbauarbeit bestens bewährt und hat deshalb auch Anspruch auf volle Anerkennung ihrer gleichwertigen Arbeitskraft. Die Berichte unserer Genossinnen aus den Bezirken lassen erkennen, daß Frauen wohl zahlreich als Angestellte bei Behörden vertreten sind, aber leider noch nicht genügend in gehobenen und verantwortlichen Posten. Wir wünschen, befähigte Frauen mit leitenden Stellen in Wirtschaft und Verwaltung zu betrauen. (Bravo! Beifall.)

Die unter dem Naziregime eingeführten Beschränkungen für das Universitäts- und Hochschulstudium der Frauen müssen beseitigt und ihnen die Tore zu allen für sie geeigneten Berufen geöffnet werden. Auch wir Frauen wünschen eine demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens. Ein jeder,

auch die Frau, soll Ausbildung und Einsatz finden nach Leistungen und Fähigkeiten. Die Erziehung der Jugend muß im Geist einer fortschrittlichen Demokratie erfolgen und damit der Freundschaft unter den Völkern und der wahren Menschlichkeit dienen. Unsere Genossen und Genossinnen rufen wir auf, sich selbst oder ihre Söhne und Töchter zur Ausbildung für die erforderlichen neuen demokratischen Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Auch der Sozialberufsausbildung werden wir unsere volle Aufmerksamkeit widmen. Für uns ist die Not unserer Zeit nicht Schuld des einzelnen, sondern eine Verpflichtung für die Allgemeinheit. Wir begrüßen daher die Neuordnung der Sozialfürsorge, des Mutter- und Kinderschutzes, die besondere Fürsorge für die Opfer des Faschismus sowie die Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer.

Auf allen diesen Gebieten ist die verantwortliche Mitarbeit der Frau ein dringendes Bedürfnis unserer Zeit.

Ein Blick in das Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei zeigt uns, daß bei dem Gesamtaufbau der Partei, angefangen von der Ortsgruppe über den Kreis, den Bezirk bis zum Parteivorstand und zur obersten Instanz, dem Zentralsekretariat, die besondere Berücksichtigung der Frau vorgesehen ist. Die sozialistische Arbeiterbewegung hatte sich von Anbeginn an für die volle Gleichberechtigung der Frau eingesetzt. Die Sozialistische Einheitspartei gibt uns auch heute die Gewähr, unseren weiblichen Einfluß auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens wahrnehmen zu können. Die Millionenpartei des schaffenden Volkes wird für beide Geschlechter die gleichen sozialen Entwicklungsbedingungen gewährleisten, und so wird, wie August Bebel einmal sagte, auch die Frau sich auf eine Höhe der Vollkommenheit ihres Wesens erheben, von der wir noch keine rechte Vorstellung besitzen, weil bisher ein solcher Zustand in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit fehlte.

Unsere vornehmste Aufgabe aber erblicken wir Frauen darin, beizutragen zur Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Völkern. Wir wollen durch unsere politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Mitarbeit nicht nur unserem eigenen Leben wieder einen Inhalt und einen Sinn geben, wir wollen beitragen zur Schaffung eines wirklichen Friedens, zum Aufbau einer wahren Kultur, zur Erhaltung eines sinnvollen Lebens für die gesamte Menschheit. (Beifall.)

Genosse Gniffke: Als letzter Punkt kommt Punkt 4: Genosse Schreiber über die Jugendarbeit.

Genosse Schreiber (mit Händeklatschen begrüßt): Verehrte Gäste, Genossinnen und Genossen! Der Bericht über die Jugendarbeit war, auf den Parteitagen der Sozialdemokratie von jeher einer der erfreulichsten. Der jeweilige Berichterstatter konnte in stolzen Worten auf die zurückliegende Aufbauarbeit verweisen. In nüchternen Zahlen vermochte er dann Umfang und Art der geleisteten Arbeit darzulegen. Diese Berichtsvoraussetzungen bestehen heute noch nicht. Die Organisation der Sozialistischen Arbeiterjugend wurde durch den Terror der

Nazis zerschlagen. In vielen Orten war die illegal arbeitende Arbeiterjugendgruppe die Keimzelle des Widerstandes gegen den Hitlerismus. Die hohe Zahl der in politischen Prozessen abgeurteilten Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend beweist diese Tatsache sinnfällig. Als im April 1945 das sogenannte tausendjährige Reich zusammenbrach, hoffte mancher unter uns, daß die Jugendarbeit der Partei dort wieder beginnen könnte und würde, wo sie 1933 gewaltsam unterbrochen wurde. Doch zwischen den Jahren 1933 und 1945 lag die Zeit der entsetzlichsten Blutherrschaft, die Zeit der brutalsten Völkervernichtung, lag der von Adolf Hitler entfesselte Krieg, lag der Krieg, der dem deutschen Volke schließlich die Befreiung vom Hitler-Joch und die Besetzung Deutschlands durch die vier siegreichen Besatzungsmächte brachte. Mit der Besetzung kam wieder Ordnung in das unermessliche Chaos, das in Deutschland als Folge des Zusammenbruchs herrschte. Es spricht für die politische Weitsicht der Besatzungsmächte und insbesondere für die positive Haltung der sowjetischen Administration, daß sie zu den dringlichsten Aufgaben des Wiederaufbaus und der Festigung der Demokratie die Erfassung und Betreuung der Jugend rechnete. Marschall Shukow war es, der durch den Erlaß vom 31. Juni 1945 die ersten Maßnahmen auf diesem Gebiet hervorrief und die Bildung kommunaler Jugendausschüsse für die gesamte sowjetische Besatzungszone anordnete. Rückschauend kann man heute sagen, daß dieser Erlaß nicht nur eine gute Maßnahme war, nicht nur ein Akt des Entgegenkommens der sowjetischen Besatzungsbehörde an die aufbauwilligen Kräfte. Nein, er war mehr. Wir wissen es heute, er war seinerzeit die einzige mögliche Lösung der Jugendfrage. Und warum? Zum Zeitpunkt des Erlasses waren die politischen Parteien im ersten Stadium ihrer Entwicklung. Sie suchten selbst erst nach den organisatorischen Formen, die für ihre Wiederaufbauarbeit unerlässlich waren. Ihnen in diesem Stadium die Erfassung der Jugend zu überlassen, wäre gleichbedeutend damit gewesen, die Jugend parteipolitisch zu erfassen und auszurichten. Dieser Auftrag konnte und durfte unter den damaligen Umständen auf keinen Fall erteilt werden. Es war deshalb durchaus richtig, die Jugendarbeit den kommunalen Einrichtungen zu überlassen. An die Parteien und die antifaschistischen Kräfte erging deshalb der Ruf, sich in diese Arbeit einzuschalten und Mitarbeiter für die Arbeit der Jugendausschüsse zur Verfügung zu stellen.

Das Jugendsekretariat des Zentralausschusses rief daraufhin alle ehemaligen Mitarbeiter der Arbeiterjugend, der Arbeiter-Turn- und -Sportverbände und aller sonstigen Arbeiter-Kulturorganisationen, die auf dem Gebiet der Jugendpflege schon tätig gewesen waren, auf, ihre Mitarbeiter zur positiven Mitwirkung in die kommunalen Jugendausschüsse zu entsenden. Viele Tausende unserer besten Mitarbeiter sind damals diesem Rufe gefolgt. Sie stehen noch heute teils hauptamtlich, teils ehrenamtlich im Dienste der kommunalen Jugendarbeit.

Doch mit den mehr anregenden und betreuenden Maßnahmen der kommunalen Jugendausschüsse und deren Förderung erschöpfte sich die Arbeit unseres Jugend-

sekretariats keineswegs. Mit der Entwicklung der Partei, dem Zustrom jugendlicher Menschen zur Partei entstand die Notwendigkeit zur Durchführung von Sondermaßnahmen für die Gruppe der jüngeren Parteimitglieder. Es sei hier an den Beschluß des Parteiausschusses erinnert, der das Eintrittsalter in die Partei auf 16 Jahre herabsetzte.

Damit entstand das Problem der Arbeit an und für die jüngeren Parteimitglieder in der Partei. Es war notwendig, für diese Arbeit eine besondere Form der innerparteilichen Jugendarbeit zu schaffen. Auf Initiative des Jugendsekretariats entstanden in allen Bezirken Bezirks-Jugendsekretariate. Diesen wurde die Aufgabe gestellt, in den Ortsvereinen Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften oder Aktivgruppen jüngerer Sozialdemokraten zu schaffen. Nach anfänglich tastenden Versuchen und Fehlschlägen entwickelten sich diese immer mehr zu einem bewußt gepflegten Zweig der inneren Parteiarbeit.

Das Jugendsekretariat des Zentralausschusses hat für diese Arbeit Richtlinien herausgegeben und damit versucht, den allorts allmählich erwachsenden Maßnahmen eine gewisse Einheitlichkeit der Durchführung zu sichern. In Anlehnung an die in vielen Mitarbeitern noch lebendige Form der Tätigkeit der Sozialistischen Arbeiterjugend wurde der Bogen der Arbeit für die jüngeren Parteimitglieder von der Pflege der Geselligkeit in jugendtümlicher Form bis zur intensivsten Schulungsarbeit gespannt. Die uns vorliegenden Berichte lassen eindeutig erkennen, daß auf dem Gebiete der Partei-Jugendarbeit sehr verheißungsvolle Ansätze entstanden sind, deren Ausbau unbedingt angestrebt werden sollte.

Mit der Eröffnung der Universitäten innerhalb der sowjetischen Besatzungszone entstand ein weiteres Arbeitsgebiet des Jugendsekretariats. Es wurden in allen Orten, in denen Universitäten und Hochschulen entstanden, Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Studenten innerhalb der Parteiorganisation angestrebt und gebildet. Diese Studenten-Arbeitsgemeinschaften haben sich überall gut entwickelt. Zu ihren Hauptaufgaben gehört die Entsendung von Sachbearbeitern in die Prüfungsausschüsse, die mit der Prüfung der Voraussetzung der Aufnahme in die Universitäten und Hochschulen sich beschäftigen. Wir ließen uns in der Arbeit für die jungen Studierenden davon leiten, daß es von höchster Wichtigkeit ist, wer künftig unsere Hochschulen besucht. Die Förderung begabter Arbeiterkinder und die Finanzierung ihres Studiums ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben, die dem sozialdemokratischen Studentenausschuß obliegt. Der gegenwärtige Stand der Entwicklung auf diesem Gebiet ist der, daß für jeden Hochschulort entweder Arbeitsgemeinschaften der sozialdemokratischen Studenten geschaffen oder diese in Bildung begriffen sind. Parallel zu den kommunalen Jugendausschüssen wurde im Rahmen der Zentralverwaltung für Volksbildung auf Initiative des Präsidenten, des Genossen Wandel, ein Zentraljugendausschuß geschaffen, dem die Förderung und Führung aller Jugendmaßnahmen innerhalb der sowjetischen Besatzungszone als Aufgabe gestellt wurde. Diesem Ausschuß gehören Vertreter aller antifaschistischen Parteien, der Gewerkschaften und der

Konfessionen an. Dieser Ausschuß stellt eine Plattform dar zur gemeinsamen Jugendarbeit auf breitester Grundlage. Das Jugendsekretariat des Zentralausschusses ist an den Arbeiten dieses Zentraljugendausschusses stärkstens beteiligt. In diesem Ausschuß fließen alle Erfahrungen zusammen, die mit den kommunalen Jugendausschüssen gemacht werden. Aus dem gesamten Reichsgebiet gehen dem Jugendausschuß laufend Berichte zu über die auch in den Westzonen durchgeführten Maßnahmen auf dem Gebiet der Erfassung und Betreuung der Jugend. Überall ist nun festgestellt worden, daß der Drang der Jugend nach eigenen Organisationsformen erwacht ist und ständig erstarkt. Auch das Jugendsekretariat des Zentralausschusses hat sich vom Standpunkt der Partei öfter mit der Frage nach Schaffung einer eigenen sozialistischen Jugendorganisation beschäftigt. Es lag nahe, in Erinnerung an die Jahre, die wir in der Arbeiterjugend standen, in Erinnerung an die stolze Tradition der Sozialistischen Arbeiterjugend, an die Jugendtage von Weimar über Hamburg bis Wien, auch eine entsprechende Organisation nach dem Mai 1945 erstehen zu lassen. Nach eingehender Prüfung haben wir es jedoch für richtiger gehalten, zusammen mit unseren Freunden aus der kommunistischen Jugend und aus allen anderen antifaschistischen Parteien einen anderen Weg für die Erfassung der Jugend zu gehen. Folgende Gründe sprechen für die Entscheidung: Der Nazismus hat dem deutschen Volke ein Erbe hinterlassen, das in jeder Hinsicht in seiner Grauenhaftigkeit und Fürchterlichkeit unvorstellbar ist. Dieses Erbe zu sichten und die noch nutzbar zu machenden Bestandteile aus dem Chaos und der Verwüstung herauszulösen und für den Neuaufbau nutzbar zu machen, ist eine Titanenarbeit. Unter diesen Umständen war es nicht möglich, an 1933 anzuknüpfen und das, was seinerzeit gut war, einfach jetzt wiederaufzunehmen.

Wenn dieser Vorsatz schon keine Berechtigung hatte für die Arbeit der politischen Parteien, sondern für diese die Notwendigkeit sich dringend ergab, die Plattform des antifaschistischen Blocks zu finden, konnte er noch viel weniger Geltung besitzen für die Erfassung und Betreuung der Jugend. Alle Erkenntnisse, alle Erfahrungen zwangen vielmehr dazu, etwas gänzlich anderes zu machen. Es mußte eine neue Organisationsform auch für die Jugendarbeit gefunden werden, um mit dieser und in dieser eine bessere Arbeit leisten zu können. Und aus dieser Erkenntnis heraus beteiligte sich auch das Jugendsekretariat an der Vorbereitung und Gründung der Freien deutschen Jugend, der Organisation der Jugend, die jetzt für die sowjetische Besatzungszone ihre Legitimation erhalten hat.

Ich darf wohl sagen, wir waren und sind an diesen Arbeiten in besonderer Weise beteiligt. Es kommt uns nicht darauf an, eine Jugendorganisation zu machen. Jugendorganisationen kann man nicht machen, es sei denn, man hat die Absicht, ein Zerrbild einer solchen etwa in Gestalt einer Hitler-Jugend erneut ins Leben zu rufen. Wir glauben vielmehr und sind gewiß, daß wir recht daran taten, die lebendigen Ströme echten jugendtümlichen Lebens aufzufangen und in eine neue Organisation zu leiten, die in rechter Weise Tradition und zukunftsweisende Ele-

mente verbindet. Die freie deutsche Jugend übernimmt die jugendlichen Lebensformen, die sich einst die freideutsche und sozialistische Jugendbewegung selbst geschaffen hatte. Die neue deutsche Jugend ist im Gegensatz zu den früheren parteipolitisch aufgebauten Jugendorganisationen eine überparteiliche Zusammenfassung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte in der Jugend. Gejoint sind in der Freien deutschen Jugend die parteilosen und parteigebundenen Jugendlichen im gemeinsamen Bekenntnis zum Sozialismus.

Auf einer überparteilichen Grundlage wird die neue deutsche Jugend unter Wahrung der ihr gemäßen Lebensart der gemeinsamen Aufgabe der Erziehung der Jugend zum Sozialismus dienen. Wenn wir auch bewußt auf die Schaffung einer eigenen Jugendorganisation innerhalb der Partei verzichteten, so doch nur deshalb, weil wir eine höhere Zielsetzung schon. Das heißt aber nicht, daß wir innerhalb der Freien deutschen Jugend darauf verzichten werden, die Tradition der sozialistischen Jugendbewegung zu pflegen und zu neuem Leben zu erwecken. Wir beabsichtigen vielmehr, innerhalb dieser großen deutschen Jugendorganisation sozialistische Aktivgruppen zu bilden, von denen die Werbung und allgemeine politische Unterweisung der großen Zahl der politisch völlig ungeschulten Jugendlichen erfolgen soll. Wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands innerhalb der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront als Antriebskraft für den demokratischen Neubau und den Sozialismus wirken soll, in demselben Sinne werden die sozialistischen Aktivgruppen in der Freien deutschen Jugend wirken. Wir wissen, daß wir der Jugend in der Freien deutschen Jugend erst einen Organisationsrahmen zu geben versucht haben. Wichtiger aber als die Organisation ist der Geist, der in ihr lebendig ist. Die Jugend für die kämpferische Demokratie zu gewinnen und für die Idee des Sozialismus zu begeistern, das ist die Aufgabe der Freien deutschen Jugend, wie wir sie sehen. Wir verkennen aber nicht die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind. Wir kennen die falschen Idole und sehen die moralischen Verfallserscheinungen in der Jugend als Auswirkung des Krieges durchaus. Eine große Hilfe für unsere Arbeit aber ist der gesunde Lebensinstinkt der Jugend und die ihr angeborene Begeisterung und Hingabe für ein großes Ideal. Diese in der Jugend aller Völker wirkenden Kräfte sind auch in unserer deutschen Jugend lebendig. Diese Kräfte für den Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus zu wecken, das ist die große Aufgabe, die unser hart. Wir müssen die deutsche Jugend gewinnen, wenn wir die Zukunft besitzen wollen, denn die Jugend ist das Bauvolk der kommenden Zeit. (Bravo und anhaltendes Händeklatschen.)

Genosse Gniffke: Genossinnen und Genossen! Mit diesem letzten Bericht haben wir sämtliche Berichte zu Punkt 4 der Tagesordnung entgegengenommen. Mit Rücksicht darauf, daß die Zeit jetzt schon vorgeschritten ist, würde ich empfehlen, daß wir den Punkt 5 und 6 heute von der Tagesordnung absetzen und ihn auf die morgige Tagesordnung setzen. — Ist jemand dagegen? — Ich höre nur Zustimmung. — Also, es wird so verfahren!

Zu dem Punkt 4 der Tagesordnung ist eine EntschlieÙung eingebracht worden, und zwar von den Genossen Buchwitz, Rausch, Haufe, Mendel, Engelmann, Friedel und Hentsch. Diese EntschlieÙung ist dem ParteiausschuÙ zugeleitet worden. Der ParteiausschuÙ hat diese EntschlieÙung durchgesprochen und sie einstimmig gebilligt und empfiehlt auch dem Parteitag die Annahme dieser EntschlieÙung. Ich bringe diese EntschlieÙung jetzt zur Verlesung.

„Der Parteitag stellt entgegen den Behauptungen, daÙ seine Zusammensetzung unter Ausschaltung des demokratischen Gesetzes der freien Wahl der Delegierten erfolgt sei, fest, daÙ alle Delegierten nach den Bestimmungen des Parteistatuts unter Wahrung der innerparteilichen Demokratie von den Mitgliedern gewáhlt worden sind.

Der Parteitag stellt fest, daÙ der ZentralausschuÙ auf der ersten Funktionársammlung am 17. Juni 1945 gewáhlt wurde und durch die Bezirksparteitage als die beauftragte Fúhrung der Partei anerkannt und von dem Vertrauen der Mitgliedschaften aller Parteiorganisationen getragen ist.

Der Parteitag billigt die politische und organisatorische Arbeit des Zentralausschusses.

Der Parteitag bekennt, daÙ der ZentralausschuÙ im Rahmen der ihm nach den beschlossenen Satzungen zugestandenen Rechte die Interessen der Gesamtpartei wahrgenommen hat und dankt ihm für die geleistete Arbeit.

Der Parteitag spricht dem ZentralausschuÙ sein Vertrauen aus.

Otto Buchwitz-Dresden  
Rausch-Górlitz  
Arno Haufe-Dresden  
Horst Mendel-Chemnitz  
Richard Engelmann-Chemnitz  
Eugen Friedel-Chemnitz  
Richard Hentsch-Chemnitz.“

Genossinnen und Genossen! Es liegen bereits einige Wortmeldungen vor. Es liegt auch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor von dem Genossen Schwert-Brandenburg.

Ich erteile dem Genossen Schwert zur Geschäftsordnung das Wort.

Genosse Schwert: Genossinnen und Genossen! Wir sind aus allen Provinzen und Bezirken der SMA zusammengekommen, um uns die Waffe zu schmieden, die Waffe der Einheit, die wir brauchen, um den Kampf mit der Reaktion, Militarismus und Hitlerismus und nicht zuletzt den Kampf gegen die Feinde der Demokratie kraftvoll zu gestalten. Aus diesem Grunde bitte ich auch, von einer Diskussion der hier vorgetragenen Berichte abzusehen und beantrage, die Debatte weiterzuführen unter Absetzung einer Diskussion. Reden wir nicht so viel, handeln wir, damit wir endlich zum Ziele kommen und uns die Waffe schaffen, von der ich eben sprach. (Lebhafte Beifall.)

Genosse Gniffke: Ich glaube, ich gehe mit dem Genossen Schwert konform, wenn ich feststelle, daÙ er damit gesagt hat, daÙ wir auf eine Aussprache über die gehörten Berichte verzichten wollen.

Ich lasse das abstimmen!

Zunächst einmal die Frage, ob jemand dagegen sprechen will?

Das ist nicht der Fall. Ich bitte deshalb um das Handzeichen.

Ich danke schön. — Die Gegenprobe!

Gegen eine oder zwei — oder drei Stimmen. Also mit überragender Mehrheit ist beschlossen, auf eine Aussprache über die gehörten Berichte zu verzichten.

Ich komme dann zu der Abstimmung über den Antrag, den ich Ihnen vorgelegt habe in der Form der EntschlieÙung.

Wünscht einer der Unterzeichner hier noch etwas zu sagen als Begründung?

Ich bin auch der Auffassung, daÙ diese EntschlieÙung, die Sie jetzt alle gehört haben, für sich spricht, und ich bitte deshalb, die Delegiertenkarte zur Hand zu nehmen und bitte die Genossinnen und Genossen, die sich für die EntschlieÙung aussprechen wollen, die Delegiertenkarte zu erheben.

Ich danke sehr.

Die Gegenprobe!

Ich stelle fest: Die EntschlieÙung ist einstimmig angenommen worden. (Lebhafte Beifall.)

Es liegt hier noch ein Antrag der Genossin Käthe Kern vor, den sie bereits in ihrem Referat begründet hat. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„EntschlieÙung zum Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Parteitag beschließt, daÙ die Partei in geeigneter Weise erneut bei den alliierten Besatzungsbehörden vorstellig wird, um zu erwirken, daÙ alle Kriegsgefangenen, welche nicht Mitglieder oder Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung waren, beschleunigt entlassen werden.“ (Bravo! Starker Beifall.)

Ich stelle fest, daÙ alle Anwesenden durch Beifall schon bezeugt haben, daÙ sie dafür sind.

(Zwischenruf: Zur Geschäftsordnung! — Ich möchte bitten, daÙ der Antrag angenommen und dem Einigungsparteitag unterbreitet wird.)

Genosse Gniffke (fortfahrend): Liebe Genossen, ich glaube, das ist ein zusätzlicher Antrag, eine Erweiterung, die wir zufügen müssen: Annahme dieses Antrages und gleichzeitig Überweisung an den Vereinigungsparteitag. (Zustimmung.) Ich bitte also um das Handzeichen bzw. Erheben der Delegiertenkarte.

Dankeschön.

Die Gegenprobe!

Auch diese EntschlieÙung mit dem Zusatzantrag ist einstimmig angenommen worden.

Genossinnen und Genossen! Damit wären wir an das Ende des ersten Berichtstages gelangt. Es entwickelt sich nunmehr das Programm zu dem Höhepunkt. Morgen werden wir noch einige Referate entgegennehmen. Wir werden auch dann

noch die Kommissionen zu wählen haben und werden dann letzten Endes auch den Parteivorstand wählen. Übermorgen wird dann die erste Tagung des Vereinigten Parteitages sein.

Leider ist es uns im Hinblick darauf, daß heute Karfreitag ist, nicht möglich gewesen, für die Delegierten am heutigen Abend zu sorgen insofern, als sie sich noch vergnüglich irgendwo zusammenfinden könnten. Aber ich bin überzeugt, daß, wenn wir jetzt, nachdem es bereits 15½ Uhr ist, zum Essen gehen, daß wir dann sicher noch einige Stunden hier und dort gemütlich zusammensitzen können.

Wir wollen morgen nicht erst um 11 Uhr anfangen, sondern um 10 Uhr, wie es auch gedruckt vor Ihnen liegt. Wir haben die Bitte an Sie zu richten, nicht erst 10.15 Uhr zu kommen, damit wir pünktlich anfangen und alles auch glatt erledigen können.

So, Genossinnen und Genossen, ich wünsche Euch noch gute Unterhaltung heute und bitte, morgen pünktlich zur Stelle zu sein.

Damit schlicke ich die heutige Tagung.

## Z W E I T E R V E R H A N D L U N G S T A G

*Sonnabend, 20. April 1946*

*Eröffnung: 10 Uhr*

Genosse Fechner: Genossinnen und Genossen! Ich eröffne die zweite Sitzung des 40. Parteitages. Ich möchte zunächst einige kleine geschäftliche Mitteilungen geben. Es haben, wie ich höre, einige Delegierte keinen Stimmzettel bekommen zur Vorstandswahl. Ich bitte die Mitglieder der Wahlkommission, Stimmzettel hier im Büro entgegenzunehmen und sie dann während des Verlaufs des Parteitages an die Genossen, die keinen Stimmzettel bekommen haben, auszugeben. Ich bitte das sofort zu veranlassen, damit wir dann noch rechtzeitig die Wahl vornehmen können und die Delegierten das Ergebnis mit nach Hause nehmen können.

Dann sind noch Begrüßungsschreiben eingegangen an den Parteitag von der Betriebsgruppe des Städtischen Vieh- und Schlachthofes in Leipzig, vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund von Nachterstedt und vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund Thale (Harz).

Genossen! Wir würden dann jetzt in die Tagesordnung eintreten, wenn seitens des Parteitages kein besonderer Wunsch mehr vorliegt; ich höre keinen Widerspruch, dann beginnen wir mit der Fortsetzung der Tagesordnung. Das Wort zu seinem Bericht über das Pressewesen hat der Genosse Gniffke.

Genosse Gniffke: Genossinnen und Genossen! Die Geschichte unseres Pressewesens in den verflossenen 10 Monaten ist zugleich die Geschichte des Wiederaufstehens und der Entfaltung unserer Sozialdemokratischen Partei nach dem Zusammenbruch. Alle Arbeit und alle Kämpfe haben sich in unserer Presse widerspiegelt.

Sie zeigt, wie es durch eine planvolle und zielbewußte Arbeit von Tausenden von Genossen gelungen ist, aus dem Nichts ein großes Unternehmen im Dienste der Sozialdemokratischen Partei zu schaffen, aus den Trümmern ein einflußreiches Instrument im Kampf für den Neuaufbau Deutschlands zu formen.

Als auf Grund des Befehls Nr. 2 des Herrn Marschall Shukow in dem durch die sowjetische Militärmacht besetzten Berlin und der besetzten östlichen Zone

die Bildung der antifaschistisch-demokratischen Parteien zugelassen wurde, trat auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wieder aus ihrer Illegalität heraus in die öffentliche Wirksamkeit.

Nachdem der Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei als leitendes Organ der im Wiederaufbau begriffenen Partei bestätigt war, mußte er nicht nur die politische Führung übernehmen, sondern auch sogleich herangehen, alle verlorengegangenen Werte wieder zusammenzutragen, die materiellen Ansprüche der Gesamtpartei gegenüber dem nationalsozialistischen Erbe anzumelden und die Forderungen der Gesamtpartei auf Wiederherstellung ihres alten Vermögens zu verfolgen.

Der Zentralausschuß mußte dabei von folgenden Tatsachen ausgehen:

1. Der Sitz der Parteizentrale war vor 1933 die Reichshauptstadt. Hier war auch das Vermögen der Partei in den dafür gegründeten Gesellschaften zusammengefaßt.

2. Berlin ist heute noch die Hauptstadt Deutschlands und wird es auch bleiben! (Beifall.) Nach seiner Konstituierung hat darum der Zentralausschuß aus seiner Mitte den geschäftsführenden Vorstand gewählt, der nicht nur mit den Aufgaben der politischen Führung, sondern auch der Geschäftsführung betraut wurde.

Die Geschäftsführung ließ es sich sogleich angelegen sein, zunächst einmal alle Werte zusammenzufassen, die der Partei vor 1933 zur Verfügung standen und die der Nazismus im Zuge seiner sogenannten Machtergreifung der Arbeiterschaft gestohlen hatte. Diese Werte waren vor 1933 in vielen Einzelgesellschaften und Dachgesellschaften zusammengefaßt.

Eine der ersten Aufgaben war es, diese Gesellschaften wieder zu neuem Leben erstehen zu lassen. In verhältnismäßig kurzer Zeit war es der wiedererstandenen „Konzentration“ möglich, herauszufinden, welche Werte noch vorhanden waren und welche durch den Hitlerschen Raubkrieg zerstört wurden.

Dabei erstreckte sich die geleistete Vorarbeit nicht allein auf die Vermögenswerte in Berlin und die sowjetische Zone, sondern auf das Gesamtgebiet Deutschlands, so daß wir heute in der Lage sind, die zuverlässigste Auskunft über alle vorhandenen vergangenen Betriebe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu geben.

Das Vermögen, das Hitler allein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an Druckereien und Verlagen geraubt hat, betrug im Jahre 1933 zusammengerechnet rund 61 Millionen Reichsmark. Im sowjetisch besetzten Gebiet haben wir dann auch nach Zulassung der Partei sehr bald Gelegenheit bekommen, mit der sowjetischen Militäradministration die Frage der Wiederherstellung des Parteivermögens zu behandeln, wobei uns eine beschleunigte Prüfung aller unserer Ansprüche von vornherein zugesagt wurde.

Im Maßstab dieses Gebietes konnten wir auf Grund des Befehls Nr. 124 des Herrn Marschall Shukow unsere Anmeldungen vornehmen, die sich bisher auf folgende Vermögenswerte erstreckten: Die Sozialdemokratische Partei Deutsch-

lands hatte im Jahre 1933 44 Zeitungsbetriebe. Sie verteilen sich auf die einzelnen Länder und Provinzen wie folgt:

Berlin	9
Thüringen	14
Freistaat Sachsen	8
Provinz Sachsen	4
Brandenburg	6
Mecklenburg	3
<hr/>	
zusammen	44

Es befanden sich darunter große Verlagsunternehmungen, an die sich noch jeder Parteigenosse erinnern wird.

Um nur einige zu nennen:

1. „Vorwärts“-Verlag. Der „Vorwärts“-Verlag brachte neben Zeitschriften, Büchern und Broschüren den „Vorwärts“ und den „Abend“ heraus.
2. Der Dietz-Verlag, dem wir für die Verbreitung der sozialistischen Literatur viel zu verdanken hatten.
3. „Der Bücherkreis“, der Tausende von Genossen mit schönen und wertvollen Buchgaben versorgte.
4. Der Arbeiterjugend-Verlag, der viele Hunderte von Schriften herausgab, die die sozialistische Jugend begeisterten.
5. Der Verlag der „Dresdner Volkszeitung“.
6. Der Verlag der „Tribüne“ in Erfurt.
7. Der Verlag der „Görlitzer Volkszeitung“.
8. Die Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei „Das Volk“.
9. Verlag der „Volksstimme“ in Magdeburg und andere.

Nun sind selbstverständlich diese Vermögenswerte nicht mehr vollzählig vorhanden, viele sind schon im Verlauf der Jahre vor Kriegsbeginn von den Nazis an private Eigentümer verschleudert worden. Diese haben die Maschinen und anderes Inventar weiterverkauft. Der jahrelange Verschleiß hat auch viele Werte vollkommen zerstört. Sehr viel ist durch den Hitlerschen Raubkrieg vernichtet worden.

Die Parteileitung hält selbstverständlich an dem Prinzip der Wiederherstellung des Parteivermögens fest. Aber unabhängig hiervon haben wir die erfreuliche Feststellung zu treffen, daß die sowjetische Militär-Administration der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin und in ihrer Zone schon viele der verfügbaren Werte zur Verfügung gestellt hat. Im Hinblick darauf, daß die Gebäude in der Lindenstraße 3 durch die Kriegshandlungen vollkommen zerstört sind, wurde uns in Berlin für die Parteiverwaltung gleich zu Beginn unserer Tätigkeit ein großes Verwaltungsgebäude zur Verfügung gestellt.

Aber auch in allen Provinzen und Ländern der Sowjetzone erhielten wir geeignete Gebäude und Räume für die Parteiverwaltungen, insbesondere auch für Druckereien und Verlagsbetriebe. Damit waren wichtige Voraussetzungen für

den Aufbau der Organisation und der sozialdemokratischen Presse geschaffen. In allen Provinzen und Ländern konnten nun die sozialdemokratischen Zeitungsverlage neu erstehen und mit dem Druck von Flugblättern, Broschüren, Referentenmaterial, Prospekten und Büchern beginnen — und vor allem Zeitungen herausgeben.

In Berlin und in der Sowjetzone brachten wir in den verflossenen Monaten 7 sozialdemokratische Zeitungen mit 19 Kopfblättern, zusammen also 26 Zeitungen heraus.

Ein Blick auf die sozialdemokratische Presse in den einzelnen Ländern und Provinzen ergibt folgendes Bild:

1. Thüringen. In Thüringen hat sich eine Dachgesellschaft gebildet, die Landesverlagsanstalt und Druckereigesellschaft „Tribüne“, in der vier Verlagsunternehmungen zusammengefaßt sind. Die ehemaligen Vermögenswerte der Druckerei und Zeitungsbetriebe in Thüringen sind uns im Werte von RM 400 000.— zurücküberignet. Daneben stehen der Partei noch drei weitere Druckereien zur Verfügung.

Die Zeitung „Tribüne“ wurde bis zum Parteitag in Gotha mit 14 Lokalausgaben herausgegeben. Besondere Lokalausgaben erschienen u. a. in Erfurt, mehrere in den Kreisen Westthüringens, in drei verschiedenen Kreisen Südthüringens, in Gera, Altenburg, Jena, Weimar, Eisenach, Pößneck, Rudolstadt und Saalfeld.

2. Provinz Sachsen. In der Provinz Sachsen betrug die der Partei geraubten Werte ungefähr 5 Millionen Reichsmark. In Halle wurde uns der Verlag der Mitteldeutschen Nationalzeitung übereignet.

Weiter sind uns Druckereien übereignet worden in Halle, Zeitz, Sangerhausen, Wittenberg, Bad Liebenwerda, Torgau und Bitterfeld.

Außerdem besitzen wir wieder Verlage und Druckereien in Magdeburg, Schönebeck a. E., Gardelegen, Salzwedel, Stendal, Haldensleben, Dessau, Oschersleben, Halberstadt. In der Provinz Sachsen erscheint das „Volksblatt“ mit verschiedenen Kopfblättern.

3. Freistaat Sachsen. In Dresden erscheint die „Volksstimme“ mit zahlreichen Kopfblättern. Filialbetriebe befinden sich in Freiberg, Zwickau, Chemnitz. Ende des vergangenen Jahres erwarb die Volksstimme in Niederschütz eine größere Anlage.

In Freiberg wurde eine große Druckerei gepachtet.

In Leipzig steht der Vobach-Verlag unter unserer treuhänderischen Verwaltung.

In Chemnitz verfügt die Partei wieder über die früheren Gebäude und Druckereien.

4. Brandenburg. In Brandenburg erscheint der „Märker“ in einer beträchtlichen Auflage.

5. Mecklenburg. In Schwerin gehen wir in der Norddeutschen Druckerei- und Verlagsanstalt die „Volksstimme“ heraus. Außerdem wurde die frühere Bären-

sprungache Druckerei erworben. In Rostock wurden uns die Gebäude, die früher unserer „Volkszeitung“ gehörten, wieder zur Benutzung überlassen.

Am anschaulichsten zeigt aber ein Blick auf die Berliner Presse, wie durch den Fleiß von Tausenden von Händen und Hirnen aus dem Nichts zahlreiche Zeitungen entstanden sind und sich eine einflußreiche Presse entwickelt hat. In Berlin erscheinen 14 Tageszeitungen, darunter 3 sozialistische Zeitungen.

Darüber hinaus werden folgende Tageszeitungen herausgegeben:

Die „Tägliche Rundschau“, eine Zeitung der sowjetischen Militär-Regierung, die nicht nur für Berlin, sondern für die gesamte sowjetisch besetzte Zone erscheint. Es handelt sich hierbei um eine Zeitung ähnlich der „Neuen Zeitung“, die von der amerikanischen Militär-Regierung in München für das gesamte amerikanisch besetzte Gebiet herausgegeben wird.

In Berlin erscheinen dann weiter: „Der Berliner“, als Zeitung der britischen Militär-Regierung.

Ferner mehrere von den Militärbehörden lizenzierte Zeitungen:

„Der Tagesspiegel“, durch die amerikanische Militär-Regierung;

„Der Telegraph“, durch die britische Militär-Regierung;

„Spandauer Volksblatt“, durch die britische Militär-Regierung;

„Der Kurier“, durch die französische Militär-Regierung;

als weitere Parteizeitungen die

„Neue Zeit“, als Organ der Christlich-Demokratischen Union;

„Der Morgen“, als Organ der Liberal-Demokratischen Partei;

„Die freie Gewerkschaft“, wie bereits der Name sagt, als Organ des FDGB;

und dann noch die beiden parteilosen Zeitungen

„Berliner Zeitung“ und als Abendzeitung der „Nachtexpress“.

In Berlin haben alle Tageszeitungen eine Gesamtauflage von etwa 4½ bis 5 Millionen Exemplaren. In dieser Gesamtauflage haben die sozialistischen Tageszeitungen eine Auflagenziffer von etwa 600 000 Exemplaren.

Sicher ist in diesem Zusammenhang auch interessant, kurz festzustellen, wie es bei unseren kommunistischen Freunden aussieht. Die kommunistische Partei hat in der östlichen Zone einschließlich Berlin nicht wie wir sieben, sondern nur sechs Hauptblätter mit 9 Kopfblättern, zusammen also 16 Zeitungen. Läßt man also die Kopfblätter unberücksichtigt, so haben wir in der sowjetisch besetzten Zone 7 sozialdemokratische und 6 kommunistische Tageszeitungen.

Ich habe nur von den Zeitungen gesprochen, dabei sind in Berlin und in den Ländern und Provinzen außerdem zahlreiche Broschüren erschienen.

Es wurden veröffentlicht: die Reden der führenden Genossen, Aufklärungsschriften aller Art, Referentenmaterial, Sozialistische Liederbücher und anderes mehr. Insgesamt hat sich in den wenigen Monaten eine umfangreiche und vielgestaltige Presse entwickelt, die die Massen stark beeinflußt hat und die nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gewirkt hat.

In diesem Zusammenhang ist folgende Feststellung zu machen erforderlich:

Der Zentralauschuß hat eogleich, nachdem bekannt wurde, daß in Hannover sich ein Verbindungsbüro der Sozialdemokratischen Partei etabliert hatte, versucht, auch mit diesem die Verbindung herzustellen. Er hat mich im Dezember v. J. beauftragt, dort meinen Besuch zu machen, um den Genossen nicht allein das Material zur Verfügung zu stellen, das wir auch für die Westzonen zusammengestellt hatten, sondern uns auch über einen Weg zu verständigen, der bei dem Aufbau der Sozialdemokratischen Partei in den Westzonen den Genossen die Möglichkeit bietet, allerschnellstens eine sozialdemokratische Presse wieder aufzubauen. Leider wurde auch auf diesem Gebiet jede Zusammenarbeit mit uns abgelehnt und dazu noch mit einer Begründung, die kein Sozialdemokrat, gleichgültig, wo er sich befindet, anerkennen kann. Genosse Dr. Schumacher erklärte, daß er nicht der Auffassung sei, daß Berlin wieder die Hauptstadt Deutschlands werden müsse, weil nach seiner Auffassung Berlin viel zu weit östlich liege. (Hört, hört!)

So konnte es denn leider nicht zu einer Verständigung kommen, und wir mußten von uns aus handeln, weil man drüben glaubte, es sei noch zu früh. Und Ihr wißt, wir sind dann auch dagegangen, haben sehr schnell die Lizenz bekommen und den „Vorwärts“-Verlag in Berlin gegründet. (Bravo!) Aber nicht nur das. Wir haben auch noch die Lizenz bekommen für den Dietz-Verlag, und wir werden von Berlin aus zeigen, daß wir diesen Verlag zu neuem Leben erwecken werden, zum Segen der sozialistischen Arbeiterbewegung. (Bravo! Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Das wichtigste Organ der öffentlichen Meinung und der Meinungsbildung ist nun einmal die Presse. Die Presse übt eine Massenwirkung aus wie kein anderes Organ. Diese Tatsache ist jedem Politiker, jedem Sozialisten, aber auch jedem Reaktionär bekannt. Es ist darum selbstverständlich, daß sich jeder, der zu einer Machtausübung im persönlichen oder im Interesse einer Gruppe oder seiner Klasse gelangen will, sich der Presse bedienen wird. Eine freie und unabhängige Presse gibt es nicht, sie wird immer im Dienste einer Klasse oder einer Machtgruppe stehen. Das ist in der ganzen Welt so, natürlich auch in den Demokratien der Welt.

Wir hier in Deutschland haben es in der Zeit von 1918 bis 1933 erlebt, wie die Klasse der Großkapitalisten durch eine Inflation die Masse der Bevölkerung verarmte, selbst aber einen Korruptionsfonds von 500 Millionen Goldmark zusammenrug, um damit die Presse ihren Interessen dienstwillig zu machen.

Hugenberg wurde der Vertrauensmann seiner Klasse, und er verstand es, eine sogenannte unpolitische Generalanzeigerpresse zu schaffen, die dann im Interesse der Klasse der Großkapitalisten gelenkt wurde. Sie bereitete Hitler den Weg. Und dann kam Goebbels, lenkte, und allzu willig folgte dann der größte Teil der Redakteure den Wünschen und Lösungen und stellte sich dann im Dritten Reich auf den Boden der Tatsachen. Bald übernahmen sie ihren Anteil an der geistigen Verwilderung des deutschen Volkes und propagierten in dem Hitlerschen

Raubkrieg das Durchhalten bis zum letzten Hemd, bis zur letzten Maschine, bis zum letzten Haus. Heute stehen wir in der größten Katastrophe der deutschen Geschichte.

Wir haben angefangen, uns wieder politisch zu betätigen. Wir haben angefangen, auch wieder eine sozialistische Presse aufzubauen. Bei dieser Presse ist alles klar. Sie vertritt die Interessen der Arbeiterklasse, sie ist darum die Presse des schaffenden Volkes, der werktätigen Bevölkerung.

Die sozialistische Presse bekennt sich zur Wahrnehmung der Klasseninteressen. Die nichtsozialistische Presse hat zu jeder Zeit, auch in der Weimarer Zeit, behauptet, daß sie keine Klasseninteressen wahrnimmt. Sie hat sich immer überparteilich getarnt. Ja, es war zu allen Zeiten so, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen kapitalistischen Welt, die kapitalistische Klassenpolitik unter der Tarnung der Überparteilichkeit auszuüben. Auch heute wird sich die nichtsozialistische Presse in Deutschland nicht in den Dienst der Arbeiterklasse stellen.

Sie mag sich bestenfalls in den Dienst des Aufbaus einer neuen Demokratie stellen, aber sie wird unter Demokratie nur ein System von formalen Rechten verstehen. Sie wird sich daher auch in mehr oder minder verschleierte Form dagegen wehren, daß wir dieser Demokratie einen neuen sozialen Inhalt geben.

Um diesen sozialen Inhalt geht es uns gerade.

Dieser Inhalt der Demokratie ist der Gegenstand unseres Kampfes. Die Arbeiterschaft, die Angestellten, die werktätige Bevölkerung fordern, daß die neue Demokratie mit einem sozialistischen Inhalt erfüllt werde, daß die Demokratie nicht ein zweites Mal bei der formalen politischen Gleichberechtigung stehenbleibe, daß sie vielmehr in eine wirtschaftliche, geistige und kulturelle Gleichheit aller umgewandelt wird.

Dem Kampf um eine neue sozialistische Demokratie hat unsere Presse in den vergangenen Monaten gedient.

Wir haben aus dem Nichts ein großes Werk geschaffen, das konnte nur geschehen, weil Tausende von Männern und Frauen in allen Ländern und Provinzen daran mitgearbeitet haben.

Ihnen allen danken wir für ihre Mitarbeit.

Wir danken es auch allen Arbeitern und Angestellten aller Verwaltungen, Verlagsunternehmen und Druckereien. Besonders herzlich danken wir allen jenen Tausenden ungenannter Funktionäre für ihren Fleiß und ihre unermüdliche Arbeit, danken wir allen jenen Männern und Frauen, die in allen Dörfern und Städten für unsere Zeitungen geworben, sie ausgetragen, die Bezugsgebühren kassiert und sie abgerechnet haben. Wir wissen die vielfältige Kleinarbeit wohl zu würdigen. Wir wissen, wieviel Kraft und Zeit jene Genossen dafür aufgewandt haben. Wir wissen, unter welch schwierigen Umständen das geschah, bei schlechter Ernährung und unzulänglicher Bekleidung. Bei Wind und Wetter, bei Sturm und Kälte sind diese Genossen von Haus zu Haus, von Dorf zu Dorf gelaufen

und haben mit unermüdlichem Fleiß für unsere Partei und unsere Presse gearbeitet. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, daß es gelungen ist, in wenigen Monaten aus den Trümmern ein so großes und einflußreiches Parteiunternehmen zu schaffen. Sie alle schließen wir heute in unseren Dank ein.

Aber, Genossen, alle jene Kräfte, jener Fleiß und jene Treue, alle jene Liebe und Begeisterung für unsere sozialdemokratische Partei und ihre Presse nehmen wir hinüber in die neue Sozialistische Einheitspartei.

Auch in dieser neuen Partei wird die Presse das einflußreichste und wirkungsvollste Instrument sein. Wir stehen ja noch mitten im Kampf, die Presse muß auch weiterhin die Massen wecken und unterrichten, aufklären und schulen, ermutigen und begeistern. Sie muß dazu beitragen, daß die neue Partei noch größer und stärker wird, als es je eine andere Arbeiterpartei gewesen ist. Die Presse muß dafür sorgen, daß die neue Partei noch klarer in ihrem Bewußtsein und noch entschlossener in ihrem Handeln die Interessen des werktätigen Volkes vertritt und für die Ideen unserer großen sozialistischen Lehre kämpft. Sie muß dazu beitragen, daß aus der neuen Partei eine machtvolle Gemeinschaft wird, eine große Willens- und Kampfgemeinschaft für ein neues freies und einiges Deutschland, für eine wahrhafte Demokratie und für den Sozialismus. (Bravo! Beifall.)

Genosse Fechner: Ich schlage vor, daß wir nun auch den Kassenbericht des Genossen Karsten entgegennehmen, dann den Bericht der Revisoren und anschließend eine Aussprache über die gehörten Referate vornehmen.

Ich bitte, daß die Mandatsprüfungskommission auf dieser Seite der Bühne sofort zusammentritt.

Das Wort hat der Genosse Karsten. Ich bitte, ihm zu gestatten, daß er von hier aus spricht.

Genosse Karsten: Genossinnen und Genossen! Die Kassenfrage in unserer Partei brauche ich nur kurz zu behandeln, da wir ja auch nur eine verhältnismäßig kurze Berichtszeit haben und andererseits die finanziellen Fragen in der Öffentlichkeit nicht im einzelnen so dargestellt zu werden brauchen, wie wir das im Parteiausschuß wiederholt getan haben. Die Berichtszeit umfaßt ja zur Zeit erst sechs Monate, und für diese sechs Monate konnten wir auch noch nicht bis ins einzelne eine präzise Beitragseinnahme durchführen, da mit außerordentlich technischen Schwierigkeiten gerechnet werden mußte, wie Beitragsmarkenerstellung und dergleichen mehr. Wir haben uns daher im ersten Halbjahr damit begnügen müssen, Pauschalsummen von den Bezirken anzufordern, und diese Pauschalsummen sind ja dann auch von den meisten Bezirken in ausreichender Weise an uns abgeführt worden. In den ersten Monaten allerdings konnten wir ja von außen her kein Geld erwarten, und wir haben uns auf Berlin und Brandenburg, so weit reichten damals unsere Arme, weil keine Verbindungen vorhanden waren, mit freiwilligen Spenden stützen müssen. Diese sind auch in erheblichem Umfange eingegangen, und ich möchte sagen, Tausende von Freunden

und Anhängern unserer Partei haben uns die Mittel zur Verfügung gestellt, um den ersten Aufbau vornehmen zu können. Dabei möchte ich insbesondere noch danken den Arbeitervierteln in Berlin, die sich in ganz besonderer Weise ausgezeichnet haben. (Bravo!) Später haben wir dann mit der Beitragsregelung beschlossen, daß diejenigen Mitglieder, die ein erhöhtes Einkommen haben, auch in entsprechender Weise der Partei erhöhte Beiträge zur Verfügung zu stellen haben. Das ist auch geschehen.

Einen anderen Fall möchte ich in diesem Zusammenhang berichten. Wir haben unsere alten verdienten Genossinnen und Genossen aus der Vornazizeit, die uns die Treue gehalten haben, durch eine besondere Marke geehrt, die auf die Mitgliedskarte geklebt wird, um nach außen hin zu zeigen, daß wir ihre Arbeit und ihre Treue zur Partei auch entsprechend werten. Diese Ehrung hat in unseren Kreisen guten Anklang gefunden.

Die Anforderungen, die an die Parteikasse gestellt wurden, waren nicht unerheblich. Aber dank der Opferwilligkeit unserer Mitgliedschaft haben wir keine besonderen finanziellen Schwierigkeiten gehabt. Es brauchte an keiner Stelle infolge Mangels an Mitteln der Aufbau der Partei zu scheitern. Wenn ich Ihnen ein paar Zahlen sage, so können Sie auch daraus ersehen, wie sich die Finanzen in der Partei geregelt haben. Wir haben insgesamt 780 000 Mark an Parteigeldern bekommen. Dazu kommt noch ein nicht unerheblicher Teil, den wir aus Eigenbetrieben erhalten haben. Allein auf Sammellisten aus Pommern und Brandenburg haben wir ca. 250 000 Mark an Einnahmen zu verzeichnen gehabt. (Bravo!) Die wichtigsten Ausgaben für Personalaufwand, Sozialversicherung usw. betragen 127 000 Mark, für Organisation rd. 70 000 Mark, für Bürounterhaltung 22 000 Mark und für sonstige Aufwendungen 25 000 Mark. Wir können also bei den heutigen Finanzen der Partei noch eine nicht unerhebliche Mitgift in die neue Einheitspartei mit hinübernehmen.

Schwierigkeiten bestanden zu Anfang aus räumlichen Gründen. Unser Büro war erst in der Bülowstraße und dann mußten wir zur Zietzenstraße umziehen, da die bis dahin innegehaltenen Räume unzulänglich waren. Auch diese Räume genügten nicht, und schließlich erhielten wir das Haus Behrenstraße 35/39. Diese Räumlichkeiten haben für unsere Parteiarbeit im großen und ganzen genügt, wenn es auch manchmal etwas knapp war.

Wir haben aber, das muß bei dieser Gelegenheit betont werden, gewisse Schwierigkeiten bei der Auswahl der anzustellenden Mitarbeiter gehabt. Die Funktionäre aus früherer Zeit waren zu einem erheblichen Teil überaltert und nicht mehr arbeitsfähig. Dabei will ich betonen, daß sich viele trotzdem in den Dienst der Sache gestellt haben. Die zwölf Jahre haben aber keinerlei Funktionäre heranbilden können, die für organisatorische Arbeiten zu gebrauchen waren, und es mußte daher mit vielen Neulingen der Aufbau begonnen werden. Bei dem Mangel an geschulten Kräften konnte es daher auch nicht ausbleiben, daß hier und dort nicht immer und in allen Fällen der rechte Mann am rechten Platze

stand und nicht in allen Fällen politisch absolut Gefestigte vorhanden waren. Dieses Manko hat sich ja dann auch gezeigt, als wir diese Frage in Berlin diskutierten, ob wir uns zu einer Einheitspartei verschmelzen sollen. Aber von diesen Einzelercheinungen abgesehen, möchte ich doch auch an dieser Stelle allen Mitarbeitern des Zentralausschusses, die sich in hingebungsvoller Arbeit in den Dienst der Sache gestellt haben, den Dank des Zentralausschusses aussprechen und daran die Bitte knüpfen, daß sie auch in der neuen Partei ihre Arbeit mit aller Energie weiterführen.

Noch ein paar Worte zur Mitgliederbewegung. Wir haben Ihnen ein kleines Blättchen in die Mappe hingelegt, es wird sicher von allen studiert worden sein. Diese Zahlen zeigen den unerhörten Aufstieg, den unsere Partei in den zehn Monaten genommen hat. 681 500 Mitglieder bis zum 31. März ist eine stolze Zahl, und diese Zahl ist um so mehr beachtenswert, weil ja doch der Hitlerkrieg ungeheure Opfer von uns gefordert hat und noch viele Millionen fern von der Heimat und in Kriegsgefangenschaft sind. Dabei wollen wir einen Vergleich ziehen: Wir haben im russischen Sektor im Jahre 1932, also vor der Nazizeit, 581 000 Mitglieder gehabt. Wir haben jetzt 681 500 Mitglieder. (Bravo!) Demgegenüber möchte ich einen Vergleich mit der westlichen Zone ziehen, die ja auf Grund ihrer außerordentlich großen „demokratischen“ Rechte eigentlich ein viel stärkeres politisches Leben haben müßte. Was finden wir dort? Die Westzone hat eine etwa doppelt so hohe Bevölkerungszahl als die Ostzone. Die Mitgliederzahl betrug 1932 530 000. Nach den Angaben, die jetzt Ollenhauer hier irgendeinem Reporter in Berlin gemacht hat, sollen ungefähr 450 000 Leute dort im Westen sozialistisch organisiert sein. Das macht also wieder umgerechnet 85 Prozent von den Mitgliedern, die sie vor 1933 hatten. 85 Prozent vor 1933, und wir haben 180 Prozent gegenüber 1932. Darüber hinaus noch ein Vergleich: Im Westen sollen es 450 000 und bei uns 680 000 Mitglieder sein, d. h. sie haben zwar doppelt soviel Einwohner, aber nur etwa die gute Hälfte an Mitgliederzahl uns gegenüber. Dieser Vergleich sagt zur Genüge, wo das regere politische und organisatorische Interesse zu finden ist. Und ich glaube, es ist nicht nur ein regeres organisatorisches Leben im Osten Deutschlands vorhanden, sondern auch der sozialistische Auftrieb, den wir im Osten haben, bringt uns in stärkerem Maße Zuzug von mit uns Sympathisierenden.

Dann zum Schluß noch einen Ausblick. Die Mitgliederzunahme wächst weiter in unerhörtem Ausmaße, wie wir es früher nicht gekannt haben. Wir müssen damit rechnen, daß, wenn der 1. Mai da ist, wir nicht 681 000, sondern vielleicht 750 000 oder noch mehr Mitglieder haben. Und da die Kommunisten mit ähnlichen Zahlen aufwarten können, und da bereits Hunderttausende sich schon vorgemerkt haben in den verschiedensten Bezirken für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, können wir damit rechnen, daß am 1. Mai die zweite Million knapp erreicht sein wird. (Bravo! Beifall.) Diese stolze Zahl darf uns nicht ruhen lassen, sondern wir müssen weiter arbeiten, und wenn wir im Westen erst

die erforderliche Bresche geschlagen haben, wird auch von dort her ein neuer Zustrom von Mitgliedern kommen, und wir werden eine noch stärkere und größere Partei werden, von der das Volk mit Recht annimmt, einiges erwarten zu können, und die dem Volke bestimmt dient und nutzt. Wir wollen weiter unsere Kräfte sammeln und stärken für die Partei und für den Sozialismus. (Bravo! Beifall.)

Genosse Fechner: Einige kleine Mitteilungen: Hans Witt aus Dessau wird gebeten, sich in den Vorraum zu begeben, der Vater wartet dort.

Es ist in der neunten Reihe eine schweinslederne braune Aktentasche mit Schloß mitgenommen worden, aber nicht von dem Besitzer, sondern von jemand anders. Aus dem Inhalt dieser Tasche ist sofort zu erkennen, daß es eine Tasche aus Kotthaus ist. Es wird gebeten, weil darin wichtiges Material enthalten ist, diese Tasche hier im Büro abzugeben.

Genosse Buch von der Mandatsprüfungskommission wird gesucht.

Ich bitte nunmehr den Genossen Karl Litke, den Bericht der Revisoren zu geben.

Genosse Litke: Genossinnen und Genossen! Mit der Wahl des Genossen Karsten zum Parteikassierer hatte die Partei im vergangenen Jahre einen außerordentlich glücklichen Griff getan. Karsten hat zwei Seiten, ein einnehmendes Wesen und auf der anderen Seite besitzt er die Stärke, alles abzuweisen, was unberechtigt ist. Sein Amt ist ein stündlicher und täglicher Kampf mit großen Schwierigkeiten. Ich brauche sie nicht zu schildern, Ihr wißt selbst, wie das im vergangenen Jahr gewesen ist. Er hat aber eine Organisation in seiner Abteilung aufgebaut, die mustergültig ist. Er hat sich Mitarbeiter herangezogen, die tüchtig und wertvoll sind, und da haben wir wieder gesehen, daß August Karsten ein Organisator ist. Wir haben die Kasse geprüft; sie ist in Ordnung. Ich bitte, August Karsten Entlastung zu erteilen. (Bravo! Beifall.)

Genosse Fechner: Wir kommen nunmehr zur Aussprache über die gehörten Berichte. Wird das Wort dazu gewünscht? (Nein.) Ich stelle fest, es soll über diese Frage nicht gesprochen werden. (Zuruf: Wollen nicht.) Dann müssen wir dem Wunsche des Genossen Litke entsprechen, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Ich bitte die Delegierten, die der Auffassung sind, daß das geschehen soll, die Delegiertenkarte zu erheben. — Danke. Ich bitte die Gegenprobe. Ich stelle fest, daß alle Delegierten für die Entlastung des Kassierers gestimmt haben.

Genossinnen und Genossen! Ich würde folgendes empfehlen: Damit Ihr das Wahlergebnis zur Wahl des Vorstandes noch mit nach Hause nehmen könnt, schlage ich vor, jetzt die Abstimmung vorzunehmen. Das kann sehr einfach vor sich gehen. Ich nehme an, daß alle Delegierten jetzt im Besitz eines Stimmzettels sind. (Zuruf: Nein.) Ist die Wahlkommission in der Nähe? Wo sind die Mitglieder der Wahlkommission? Dann müssen wir noch damit warten. Ich werde sofort veranlassen, daß inzwischen alle Vorbereitungen getroffen werden. Wir werden dann nach dem Referat des Genossen Grotewohl die Wahl vornehmen.

Dann kommen wir zu dem Punkt „Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse“. Dazu erteile ich unserem Genossen Otto Grotewohl das Wort.

Genosse Grotewohl (von stürmischem Händeklatschen begrüßt): Genossinnen und Genossen! Die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind mit folgenden Worten eingeleitet: „Zwölf Jahre faschistischer Diktatur, sechs Jahre Hitlerkrieg schleuderten das deutsche Volk in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte. Deutschland wurde in ein Trümmerfeld verwandelt. Der Hitlersche Faschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten Reaktionäre und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes. Durch die Spaltung der Arbeiterklasse gelangte der Faschismus zur Macht. Mit grausamstem Terror vernichtete er alle demokratischen Rechte und Freiheiten und verwandelte Deutschland in ein Militärzuchtthaus. Damit war der Weg für eine ungehemmte imperialistische Kriegspolitik frei. Der deutsche Imperialismus opferte seinen Weltansprüchen bedenkenlos das Leben und die Existenz von Millionen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Geistesarbeitern und vor allem der Jugend. Er setzte Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel. Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?“ Mit diesen Worten haben wir die Behandlung der Frage der Einheit der deutschen Arbeiterklasse eingeleitet. Mit diesen Worten sind die Voraussetzungen zur Bildung der Einheitspartei gegeben.

Die Verhältnisse in Deutschland müssen jeden denkenden Menschen davon überzeugen, daß die Größe der Aufgaben, vor denen wir stehen, eine andere politische Entwicklung niemals zulassen kann. Ein Blick in die wirtschaftlichen Verhältnisse zeigt das jedem sofort. Wir stehen vor der Tatsache, daß die glorreiche Politik Hitlers und die schandbare Kriegspolitik der Nazisten uns einen Schuldenberg von dreiviertel Billionen Mark hinterlassen hat. Dieser Schuldenlast von dreiviertel Billionen Reichsmark stehen an Gesamtwerten in Deutschland höchstens eine Drittelbillion Mark gegenüber, d. h. wir stehen vor dem größten aller Konkurse, der jemals in der Geschichte der Staaten vorgekommen ist. Wir stehen vor einem Ausmaß unerhörtester Armut. Wir haben durch die Kriegseinwirkungen ca. zwei Drittel unserer Produktionsmittel verloren und müssen mit diesen Produktionsmitteln und mit einem verkleinerten Land ca. 70 Millionen Menschen ernähren. Bei dieser Sachlage muß sich jeder darüber klar sein, daß die Größe der Aufgabe den Zusammenschluß aller aufbauwilligen Kräfte in Deutschland verlangt.

Wir wissen, daß die Auswirkungen der Beschlüsse von Potsdam uns vor Tatsachen stellen, die gewiß nicht die angenehmsten für uns sind. Wir wissen aber auch, daß diese Beschlüsse von Potsdam uns die Möglichkeit bieten, wiederaufzubauen und Hoffnungen für die Zukunft des deutschen Volkes zu entwickeln. Wer all diese Auswirkungen, wer die Lasten und die Inanspruchnahme des deutschen Volkes, die sich aus der Wiedergutmachung ergeben, sieht, weiß, daß diese

Regelung die einfache Antwort der Alliierten auf die Scheusäligkeiten, Brutalitäten und Niederträchtigkeiten des Hitler-Regimes sind, ja, wir müssen sogar so weit gehen, uns darüber klar zu sein, daß bei der nackten Anwendung eines Vergeltungssystems seitens der Alliierten wir vermutlich alle nicht in diesem Saal sitzen könnten. (Sehr richtig!)

Diese Dinge, Genossinnen und Genossen, haben wir ins Auge zu fassen, wenn wir uns die Frage vorlegen, welchen Weg wir zu gehen haben. Eine Frage drängt sich mit besonderem Nachdruck auf, es ist die Frage der Einschaltung der deutschen Arbeiterschaft in den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Nach dem totalen Zusammenbruch aller wirtschaftlichen Einrichtungen in Deutschland ist es nicht möglich, den Aufbau Deutschlands etwa dem Privatkapitalismus oder der Privatinitiative zu überlassen. (Sehr richtig! und Händeklatschen.)

Der Aufbau Deutschlands kann sich einzig und allein nur auf der Arbeitskraft der deutschen Arbeiterklasse vollziehen. (Beifall.) Weil das so ist, ist es uns und jedem denkenden Menschen selbstverständlich, daß wir unter gar keinen Umständen zulassen können, daß sich in Deutschland wieder Privatgewinnler und Privatwirtschaft als bestimmendes Element entwickeln können. (Sehr richtig! und Händeklatschen.)

Deutschlands Neuaufbau kann nur auf den Schultern der Arbeiter und unter grundsätzlicher Anerkennung unserer sozialistischen Prinzipien erfolgen. (Bravo! Beifall.) Wir stehen dabei vor großen Schwierigkeiten. Wir wissen, was es bedeutet, eine Initiative für den Aufbau dieses furchtbaren chaotischen Zustandes zu sichern. Wir wissen, in welcher Hoffnungslosigkeit sich weiteste Schichten des deutschen Volkes immer noch befinden. Wir wissen auch, in welcher geistigen Verwirrung sich immer noch große Schichten des deutschen Volkes befinden. Wir wissen, daß eine Reihe von Dingen mitspielen, die uns überaus ernst sind und deren Erledigung uns wie keine Frage am Herzen liegt. Ich meine zunächst die elementarste aller wirtschaftlichen Fragen, die Ernährung der deutschen Menschen.

In der sowjetischen Besatzungszone ist infolge der planmäßigen Bewirtschaftung unserer Ernährungsbasis der Anschluß an die neue Ernte ohne Kürzung unserer Rationen gesichert. (Bravo! Beifall.) Wir wissen auch, daß wir wahrscheinlich in der Lage sein werden, ab 1. Mai die niedrigsten Rationen, die auf der Lebensmittelkarte V zustehen, noch zu erhöhen.

Genossinnen und Genossen! So sehr uns diese Dinge mit Beruhigung erfüllen, so sehr sehen wir mit tiefem Mitleid und mit großem Schmerz, wie wir in weiten anderen Gebieten Deutschlands vor sehr ernsten Ernährungsschwierigkeiten stehen. Wir können und werden uns nicht dazu aufschwingen und von unserer Zone aus etwa sagen: Was rührt es uns? Nein, wir wissen, daß die Gestaltung der Zukunft Deutschlands von der Gesamtlösung dieser Frage abhängig ist. (Sehr richtig! und Händeklatschen.) Wir wissen genau, daß es richtig ist, wenn

Heinrich Heine einmal das Wort gesprochen hat: „In hungrigen Magen Eingang finden nur Suppenlogik mit Knödelgründen.“

Wir wissen genau, daß das geistige Denken, daß die politische Aufgeschlossenheit des Menschen letzten Endes abhängt von seiner wirtschaftlichen und von seiner Lebens- und Ernährungsbasis. Das alles schicke ich voran, damit niemand auf den Gedanken kommen möge, daß die Vorgänge in der amerikanischen und englischen Zone etwa von uns unsachlich betrachtet oder angesehen werden.

Vor mir liegt der Bericht, der am 13. April von dem Zentralamt der amerikanischen Militär-Regierung in Berlin als amtliche Erklärung bekanntgegeben wurde. In diesem Bericht, Genossinnen und Genossen, ist folgendes zu lesen:

Innerhalb der Grenzen der amerikanischen Zone befinden sich nicht einmal genug Lebensmittel, um ein Leben selbst mit einem Hungerstandard zu ermöglichen; und es heißt dann weiter:

Es wurde bekanntgegeben, daß die Ration des Normalverbrauchers in der amerikanischen Zone am 1. April von 1550 auf 1275 Kalorien täglich reduziert wurde. Wenn wir die Lebensmittel aus den Vereinigten Staaten erhalten, die man uns zugesagt hat, kann diese Ration bis zum 30. Juni beibehalten werden. Obwohl die Rationierung in ihrer jetzigen Höhe keine außergewöhnliche äußerliche Wirkung mit sich gebracht hat, können wir schwere anhaltende Arbeit der Stadtbevölkerung bei diesem Standard auf lange Sicht nicht erwarten.

Und an einer anderen Stelle heißt es: Die einheimischen Vorräte, die am 1. April in der amerikanischen Zone vorhanden waren, würden zusammen mit den importierten Lebensmitteln, die entweder tatsächlich vorhanden oder unterwegs waren, eine tägliche Ration für den Normalverbraucher von etwa 915 Kalorien vom 1. April bis zum 30. September ermöglichen. Wenn Vorräte aus der nächsten Ernte zur Verfügung stehen, ist, um vom 1. April bis 30. September eine Ration von 1550 Kalorien für den Normalverbraucher aufrechtzuerhalten, die Einführung von etwa 495 000 Tonnen Lebensmitteln zusätzlich erforderlich.

Deutschland hat sich, das wissen wir, nie zu mehr als 85 Prozent selbst ernährt, und es mußten von 1943 bis 1944 jährlich über 7 Millionen Tonnen an Lebensmitteln importiert werden. Deutschland verfügt jetzt nur noch über 76 Prozent seiner landwirtschaftlichen Fläche. Die verlorene Fläche hätte die Produktion überschüssiger Lebensmittel für etwa vier Millionen ermöglicht. Diese Tatsachen läßt der amerikanische Bericht wie folgt zusammen:

Die Pumpe kann nur mit Lebensmitteln in Gang gesetzt werden. Ohne Lebensmittel kann Deutschland keine Kohle produzieren. Ohne Kohle kann es nicht ein Mindestmaß des Transportwesens und der Industrie aufbauen. Ohne Kohle kann Deutschland keine Düngemittel produzieren, und wenn es keine Düngemittel produziert, ist es auch nicht in stande, selbst Lebensmittel zu erzeugen.

Das, Genossinnen und Genossen, ist, da die Verhältnisse in der englischen Zone ähnlich liegen, der Zustand für zwei Drittel des deutschen Landes und des deutschen Volkes. Wir wissen es genau, daß die Ernährung des deutschen Volkes,

daß die Ausnutzung unseres Grund und Bodens, daß die Instandsetzung unserer landwirtschaftlichen Maschinen, daß die Herstellung von Düngemitteln, daß die Hilfe bei Landarbeiten, bei Einsaat und Ernte, bei dem Zustand unserer landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nur erreicht werden kann durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land und zwischen allen schaffenden Menschen in Deutschland. (Bravo! und Händeklatschen.)

Wer leben will in Deutschland, muß begreifen, daß unsere Kräfte zusammengehören und daß wir keine Zeit haben, uns gegenseitig mit Parteidoktrinen zu bearbeiten. (Sehr richtig! Beifall.) Das begreift man auch in vielen Teilen der westlichen Zone. Die „Rhein-Neckar-Zeitung“ schreibt folgende Worte:

Wo soll die Erneuerung herkommen? Aus der bürgerlichen Welt, die mit Ausnahme von einzelnen oder kleinen Zirkeln dem Hitlergeist verfallen war? Aus der bürgerlichen Welt, die ihre ohnedies niedergehende gesellschaftliche Macht noch einmal mit dem starken Mann hochreißen wollte? Muß die Erneuerung nicht von der Arbeiterbewegung kommen, der einzigen politischen Formation, die grundsätzlich gegen Hitler stand und mehr Blutopfer brachte, als man ahnte? Ist es nicht Zeit, daß jeder Bürgerliche sich ihr nähert, wo unser Leben doch nur auf der Arbeiterexistenz beruhen kann?

Wir hoffen, daß solche Einsicht in Deutschland Allgemeingut werden möge, um endlich die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Aufbauarbeit zu schaffen.

Wir wissen, welche Schicksalsfragen Deutschlands mit diesen Problemen verbunden sind. Die Fragen der Ernährung des deutschen Volkes sind so eng mit den übrigen politischen Fragen verknüpft, daß es mir an dieser Stelle gestattet sei, einige Ausführungen zu jenem Thema zu machen, das heute die Weltöffentlichkeit erfüllt, ich meine die Rhein-Ruhr-Frage. Bei den Bestrebungen zur Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung, deren baldige Errichtung für den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands unentbehrlich ist, haben sich immer wieder und immer wieder neue Schwierigkeiten und Komplikationen ergeben. Frankreich macht seine Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung von der vorherigen politischen Lösung der Frage des Ruhrgebietes und des Rheinlandes abhängig. Es ist nun aber eine unbestrittene Tatsache, daß Deutschland ohne die Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Einheit und vor allen Dingen ohne die Produktion des Ruhrgebietes nicht leben kann. (Beifall.)

Die Produktion des Ruhrgebietes ist nicht nur notwendig zur Leistung der Reparationen und zum Wiederaufbau Deutschlands, sondern auch zur Sicherung der in den Potsdamer Beschlüssen für das deutsche Volk vorgesehenen mittleren Lebenshaltung. Eine volle Entfaltung der Ruhrproduktion ist nicht nur ein dringendes Gebot zur Sicherung des Lebens des deutschen Volkes, sie ist darüber hinaus ein unentbehrlicher Bestandteil des europäischen Wirtschaftspotentials, auf das weder Deutschland noch Europa und insbesondere Frankreich verzichten kann.

Diese Tatsachen sind von den Vertretern der alliierten Mächte in Potsdam auch anerkannt worden; dort wurden im August 1945 die Bedingungen festgelegt, unter denen Deutschland die durch die Hitler-Tyrannie der Welt zugefügten Schäden wiedergutmachen und sein eigenes Leben auf demokratischer Grundlage neu aufbauen sollte. In Punkt 14 der Potsdamer Beschlüsse wird unmißverständlich gesagt, eine alliierte Kontrolle ist über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind. Das neue demokratische Deutschland und seine vom Geist des Antifaschismus durchdrungenen führenden Kräfte sind in allen Teilen des Reiches bestrebt, die doppelte Aufgabe der Wiedergutmachung der Hitler-Verbrechen und des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Neubaus Deutschlands durchzuführen. Sie sind bereit, die volle Verantwortung für diese schwierige und undankbare Aufgabe zu übernehmen. Hier wird in den Beschlüssen gesagt, den deutschen Behörden ist vorzuschlagen, in möglichst vollem Umfange die Verwaltung des deutschen Verwaltungsapparats zu fordern und zu übernehmen. Auf diese Weise ist dem deutschen Volke klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm selbst ruhen. Wir würden die Verantwortung lieber heute als morgen für das deutsche Volk übernehmen. (Sehr richtig! und anhaltender Beifall.)

Wir wissen, Genossinnen und Genossen, daß eine vorherige, dem Geist der Potsdamer Beschlüsse zuwiderlaufende Abtrennung von Rhein und Ruhr oder ihre wirtschaftliche Loslösung von Deutschland die dauernde Verelendung des deutschen Volkes zur Folge hätte. (Sehr richtig! Händeklatschen.) Damit würde Deutschland zu einem Herd sozialer Unrast, zu einem Herd wirtschaftlicher Lebensunfähigkeit und damit erst recht zu einem Herd ständiger Unruhe in Europa werden.

Wir kennen die schwierige Lage Frankreichs genau. Wir haben volles Verständnis für das Bedürfnis des französischen Volkes nach Sicherheit. Wir verstehen die Sorge des französischen Volkes, das dreimal im Laufe von siebenzig Jahren von Deutschland kriegerisch überfallen worden ist. Wir wissen, daß das deutsche Volk gerade auch in Frankreich alle jene Schandtaten wiedergutmachen muß, die Adolf Hitler und seine Schergen in diesem gesegneten Land begangen haben. Wir wissen, in welchem Maße Industrie und Landwirtschaft in Frankreich ausgeraubt, geschwächt und vernichtet wurden. Wir wissen, daß Frankreich unter den Folgen des Hitler-Krieges nicht weniger leidet als alle anderen Länder und Deutschland. Wir wissen, daß auch seine Frauen und Kinder hungern und frieren. Wir halten es deshalb für eine selbstverständliche Ehrenpflicht, alles zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung der Schäden des Hitler-Faschismus zu tun. Wir glauben aber nicht, daß eine Herauslösung von Rhein und Ruhr aus der deutschen Gesamtwirtschaft oder die angekündigte Schleifung wichtiger Erzeugungskapazitäten den wirklichen Zielen einer umfassenden Wiedergutmachung und eines gesunden Aufbaus der deutschen und der

europäischen Wirtschaft dienen. (Sehr richtig!) Ein Friede, der auf solchen Voraussetzungen aufgebaut würde, bedürfte für immer der militärischen Sicherung. (Sehr richtig!) Ein Friede aber, der auf die Dauer einer militärischen Sicherung bedarf, ist kein wirklicher Friede. (Sehr richtig! Stürmischer Beifall.) Ein wirklich dauerhafter Friede kann nur aufgebaut werden auf den Grundsätzen der politischen und wirtschaftlichen Vernunft. Die beste Gewähr für die nur dem Frieden dienende Ausnutzung der Ruhrindustrie bietet die von der Sozialdemokratischen Partei geforderte Überführung der Produktionsmittel in die Hand der Gesamtheit. (Beifall.)

Eine solche Lösung sichert nicht nur die soziale Gerechtigkeit, sondern sie bedeutet einen wirklichen und dauerhaften Frieden. Eine Verstaatlichung der Großbetriebe an der Ruhr und darüber hinaus in ganz Deutschland beseitigt mit einem Schlage die Gefahren des Monopolkapitalismus und seine immer wieder zum Kriege drängenden Machtgelüste. Hier liegen die wirklichen und dauerhaften Möglichkeiten, einem wirklichen Frieden zu dienen. Die einzige Gewähr, einen solchen Frieden unumstößlich zu sichern, bietet nur eine geschlossene starke Arbeiterpartei und die in den Gewerkschaften zusammengeschlossene deutsche Arbeiterbewegung. (Bravo! Beifall.)

Vor uns liegt der Reparationsplan, ein Plan, der in seiner großen Bedeutung das Schicksalsbuch des deutschen Volkes sein wird. Wir werden uns mit ihm eingehend befassen müssen, und ich habe die Absicht, das auf unserem Vereinigungsparteitag zu tun. Hier möchte ich in diesem Zusammenhang nur sagen, der Reparationsplan, der vor wenigen Wochen veröffentlicht wurde, sieht für die deutsche Industrie vor eine Leistungskapazität von etwa 50 bis 55 Prozent, und es ist der Grundsatz aufgestellt, daß wir in die Lage versetzt werden sollen, 1949 etwa den Stand unserer Lebensverhältnisse von 1932 wiederzuerreichen. (Bravo!)

Genossinnen und Genossen! Wir dürfen aber nicht vergessen, daß das Jahr 1932 das Jahr der tiefsten wirtschaftlichen Depression in Deutschland mit seiner höchsten Arbeitslosigkeit gewesen ist. (Sehr gut!) Es ist klar und einleuchtend, daß die Regelung dieser Fragen niemals mehr belastet werden darf mit parteipolitischen Bruderkämpfen. (Sehr richtig! Beifall.) Der Export soll uns ermöglichen werden, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen. Wir sind durchaus der Auffassung, daß jene Hitlerschen Gedanken von der Raumbestimmung Deutschlands zur Ernährung seines Volkes, volkswirtschaftlich gesehen, längst der Vergangenheit angehören. Man kann selbstverständlich auch ein Volk ernähren, wenn man ihm, wie dem Industrievolk Deutschlands, die Möglichkeit gibt, seine Industriefabrikate in andere Länder auszuführen, um sie in Lebensmittel zu vertauschen. Aber das, Genossinnen und Genossen, setzt gewisse Dinge voraus, es setzt voraus die Gutwilligkeit der Welt, mit uns zu handeln, und es setzt die Entschlossenheit voraus, auch unsere Waren abzunehmen. (Sehr richtig!) Das aber

werden und können wir nur erreichen, wenn es uns gelingt, das Vertrauen der Welt zurückzuerobern. (Sehr richtig!)

Der Plan, der vorsieht, daß Deutschland aus den Erträgen dieser Exportwirtschaft eineinhalb Milliarden zur Einführung von Lebensmitteln verwenden darf, ist für Deutschland, das müssen wir scharf ins Auge fassen, keine Garantie, sondern er ist nur eine Möglichkeit. Und er ist das, Genossinnen und Genossen, was wir selbst aus ihm machen. Es kommt für uns darauf an, Tatkraft, Arbeitsethik und Wiederaufbauwillen in einem Maße zu entwickeln, das die meisten sich heute noch nicht vorstellen können, das aber alle entwickeln müssen, wenn wir nicht etwa daran denken, dauernd zum Kostgänger der Welt werden zu wollen. (Sehr richtig!) — Was im übrigen nicht mit der Würde der deutschen Arbeiterklasse im Einklang stehen dürfte — oder wenn wir nicht entschlossen sind, durch eigene Kraft die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen. (Beifall.) — Und, Genossen, wenn ich die Frage wieder so stelle und zu diesem Ergebnis komme, dann lautet die Antwort darauf immer nur: Also Einheit! (Sehr richtig! Beifall.)

Nun möchte ich einige Dinge, die mit unserer neuen Partei in Verbindung stehen, hier behandeln. Genossen, wir kommen aus einer Bewegung und aus einer Partei, die über jahrzehntelange Tradition verfügt, über eine Tradition, in der politische, gesellschaftliche und kulturelle Erfahrungen vereinigt sind, die etwas bedeuten. Wir haben dieses Gut rein und unbefleckt in die neue Einheitspartei hinüberzunehmen, wir haben die Verpflichtung, in dem kommunistischen Genossen in dieser neuen Einheitspartei niemals mehr den Rivalen, sondern immer nur den Kameraden zu sehen. (Bravo! Anhaltender Beifall.)

Vielleicht gibt es hier oder da noch Reibungen, vielleicht gibt es hier oder da noch irgendwelche kleinliche Gesichtspunkte. Aber wir, Genossinnen und Genossen, haben alle die Aufgabe, jeder einzelne von uns, das Beste von uns hinüberzunehmen in die Einheitspartei, um sie zu einem lebensfähigen Gebilde zu gestalten. (Bravo! Beifall.) Warum müssen wir das tun? Wir müssen das tun, weil von dem Gelingen dieses großen Werkes das Schicksal Deutschlands abhängt. (Beifall.)

Wenn es nicht gelingt, diese Einheitspartei zu dem großen demokratischen konstruktiven Träger in Deutschland zu machen, wenn alle jene Unkenrufe der Gegner der Vereinigung und jener Leute, die diese Parteibildung nur als die Vorstufe einer Diktatur hinstellen, recht behalten sollen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß das Werk der Vereinigung der deutschen Arbeiterklasse an der Elbe haltmachen wird. Wir haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Elbe in der Einigungsfrage der Arbeiterklasse keine Grenze wird, sondern daß die Einigung der Arbeiterklasse sich über ganz Deutschland erstrecken muß. (Bravo! Stürmischer Beifall.) Darum gilt es, einiges für unsere politische Arbeit, die wir in dieser Zeit und die wir in Zukunft dem deutschen Volke gegenüber durchzuführen haben, zu beachten. Eines gilt es vor allem zu beachten, wir leben nicht mehr in jenem turbulenten politischen Deutschland, das vor 1933 bestand.

Wir leben mit einem deutschen Volk, in dem es immer noch geistige Kräfte gibt, die tastend und hoffnungslos herumlaufen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß unsere ganze propagandistische Tätigkeit auf gar keinen Fall ausarten darf in leere und haltlose Versprechungen. (Sehr richtig! Beifall.)

Wer die Verhältnisse in Deutschland richtig beurteilt, wird mit mir darin übereinstimmen, daß in Deutschland heute leere Versprechungen ein Verbrechen sind! (Sehr richtig!) Wir können nur eines versprechen, wir können dem deutschen Volke nur zusichern, daß wir unsere ganze Kraft, über die wir verfügen, einsetzen wollen, um die Verhältnisse zu ändern, und daß der Grad unserer Erfolge abhängt von dem Ausmaß der Unterstützung, die wir durch die Masse des deutschen Volkes erfahren. (Sehr gut!)

Und, Genossinnen und Genossen, dann muß auch ein Wort gesprochen werden über die Art unserer Propaganda. Die neue Partei muß sich darüber klar sein, daß ihre gesamte propagandistische Tätigkeit an der Tatsache nicht vorübergeht, daß noch weite deutsche Schichten politisch krank sind und daß wir sie darum nicht ansprechen dürfen, daß wir sie nicht überreden, sondern nur überzeugen müssen. (Sehr richtig! Beifall.) Das Ohr des deutschen Volkes hat in Zukunft nicht derjenige, der am lautesten schreit, sondern derjenige, der am richtigsten spricht.

Und nun, Genossinnen und Genossen, ein Wort zu der Frage der deutschen Jugend. Es ist Euch sicher gestern genau so zu Herzen gegangen wie mir, als hier der junge Genosse Heilmann sprach und hier so schlicht hinsagte: „Helft uns und steht uns zur Seite!“ Ja, Genossen, da stehen wir vor einem der entscheidenden Probleme. Vor mir liegt der Brief eines alten Parteigenossen, der mir in Bayern gegeben wurde. Gestattet, daß ich Euch diesen Brief einmal in einigen Stellen vorlese. Der Brief ist geschrieben von einem jungen Kriegsgefangenen an seinen Vater, der ein alter Sozialist ist. Und dieser junge Kriegsgefangene schreibt eigentlich nicht einmal für sich, sondern das, was er schreibt, ist im Grunde genommen die ganze Tragödie der deutschen Jugend. Dieser Junge schreibt seinem Vater: „Lieber Vater! Über Deinen Brief habe ich mich sehr gefreut. Als ich aber Dein Bild betrachtete, bekam ich einen Schrecken. Mein Gott, hast Du Dich verändert! Tiefe Gramesfalten haben sich Dir um Deinen Mund gelegt und Dein Haar ist schlohweiß geworden. Etwas müde scheinst Du zu sein. Ich sage: scheinst Du zu sein, denn ich weiß ja, daß es bei Dir nicht so ist. Eine Aufgabe wartet auf Dich als Sozialist und auch auf mich. Sie erfordert Deine ganze Tatkraft. Du darfst nicht müde sein. Das gilt ebenso gut für mich wie für uns junge Menschen alle. Nach diesem Riesenbetrug, dieser jahrelangen Nervenbelastung, will uns eine tiefe Müdigkeit und Lustlosigkeit befallen. Wir müssen uns dagegen mit allen Mitteln wehren, denn Müdigkeit wäre unser Untergang. Wir müssen zurückfinden zur Welt und zu den Menschen herabsteigen vom hohen Raß der Illusion. Herausreißen müssen wir den Klob Nationalismus aus unserer Kehle, denn fast wären wir an ihm erstickt.

Ich bin überzeugt, daß man auch gut und freundschaftlich mit anderen Völkern leben kann, wenn man nicht dauernd, von einem übertriebenen Nationalismus und einer dummen Überheblichkeit gepeitscht, auf seine ordenklirrende Hemdenbrust klopft. Man erzeugt dadurch nur Haß, mindestens aber Befremdung bei anderen Völkern. Wäre es nicht viel klüger, sich als Weltbürger zu fühlen, als Mensch überhaupt? Ist Menschlichkeit wohl ein Wort, das die Welt nicht mehr zu kennen scheint? Ich will meine ganze Kraft daransetzen, mitzuarbeiten nach meiner Rückkehr, um uns wieder ein menschenwürdiges Dasein, ein neues, schaffendes Leben zu ermöglichen.“ Und dann, Genossinnen und Genossen, schreibt dieser junge Mensch noch einen Satz: „Aber bevor ich mich Männern anschließe, will ich wissen, wer sie sind und was sie wollen.“ (Bravo!) — Darin, Genossinnen und Genossen, liegt die ganze Tragik der deutschen Jugend. Darin liegt aber auch zugleich die ganze Verpflichtung, die wir Älteren dieser Jugend gegenüber haben. (Sehr richtig! Händeklatschen.) Wir dürfen keine Stunde zögern, dieser Jugend uns immer mehr und immer mehr zu widmen und kameradschaftlich an ihrer Seite zu stehen. Vergeßt nicht die Zusammensetzung der deutschen Bevölkerungsklassen. Wir stehen vor der Tatsache, daß in dem Aufbau der Alterspyramide der deutschen Bevölkerung eine große Lücke klafft. Die Jahrgänge von 1925, die Jahrgänge von dem Alter von 25 Jahren bis etwa 45 Jahre, sind zum größten Teil ausgestrichen. Sie sind entweder in Kriegsgefangenschaft, oder sie sind ein Opfer dieses Krieges geworden, oder sie haben sonst ihr Leben eingebüßt. Diese große Lücke gilt es zu überbrücken. Bedenkt einmal, was dieser Zustand für die kommenden Jahre des Wiederaufbaus in Deutschland bedeutet. Heute sind wir noch da, belastet oder nicht belastet mit den Erfahrungen und Kenntnissen, die wir aus der Weimarer Zeit gesammelt haben. Wo aber ist der Nachwuchs? Wo sind die elastischen Jahrgänge und wo ist die Jugend, die mit dem Elan und mit dem Glauben an ihre Sache in die Schranken springen könnte, wie es in den Jahren der Zukunft erforderlich ist? Darum muß eine unserer größten und gewaltigsten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, sein, ein Schulungswerk von unerhörtem Ausmaß für unsere junge Anhängerschaft in politischer, weltanschaulicher, fachlicher und verwaltungsmäßiger Art aufzubauen und durchzuführen. (Händeklatschen.) Dafür aber darf uns keine Mühe zu groß sein, dafür müssen wir alles einsetzen. Vor allen Dingen müssen wir die weltanschauliche Schulung einsetzen. Unsere deutsche Jugend und die deutsche Arbeiterjugend muß doch erst lernen, was Sozialismus ist. Sie muß ja erst lernen, daß dieser Begriff Sozialismus nicht nur eine Weltanschauung ist, sondern daß er für einen Menschen, der für diese Bewegung kämpft, innerstes und heiligstes Lebenseigentum werden muß und Herz und Seele auszufüllen hat. Diese Innerlichkeit zu unserer Bewegung wiederherzustellen, wie sie einmal die alte Veteranengeneration als selbstverständlich kannte und sie hineinrug bis in die letzten Winkel ihrer Familie und ihrer Arbeitsplätze, sie müssen wir wieder aufsuchen und den großen gewaltigen Stern Solidarität über der Arbeiterwelt zum Leuchten

bringen. (Bravo! Beifall.) Und da, Genossinnen und Genossen, wissen wir, mit welcher Verwirrung wir selbst noch in den eigenen Reihen kämpfen. Ihr braucht nur nach dem Westen zu schauen, oder Ihr braucht Euch nur in Berlin umzuschauen, um jene Kreise unserer sozialistischen Bewegung zu sehen, die glauben, einen anderen Weg gehen zu müssen. In Berlin war es so, daß sich ein Teil der Partei abgespalten hat, der glaubte, die Vereinigung nicht mitmachen zu können, weil sie die heiligen Güter der Demokratie vertreten müssen. Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir von diesen Grundsätzen der Demokratie nicht abzuweichen gedenken. Ich werde dazu auch noch in einigen Ausführungen Stellung nehmen. Aber welche sozialistische geistige Verwirrung in diesen Köpfen herrscht, das haben wir bei dieser Splittergruppe unter der Führung der Genossen Germer, Neumann und wie sie heißen in Zehlendorf auf ihrem Splitterparteitag gesehen. Wie sehr sich die Reste dieser SPD in Berlin dem Gebot der sachlichen Umstände nicht beugen, wird durch nichts deutlicher erhärtet als durch die Verlegenheiten, in welche diese Splittergruppe gerät und geraten ist, als sie ihre grundsätzliche Stellungnahme umreißen wollte.

Ich behandle diese Dinge, Genossinnen und Genossen, jetzt nicht darum, weil es etwa Berliner Angelegenheiten sind, sondern ich fühle mich verpflichtet, darüber etwas zu sagen, weil ich genau weiß, daß die schiefe Plattform auch die Plattform vieler Sozialisten in West- und Süddeutschland ist. Ein Bekenntnis zum Sozialismus war auf diesem sogenannten Parteitag unumgänglich nötig. Aber der Sozialismus dieser abgesplitterten Gruppe und der Sozialismus vieler Genossen im Westen ist heute so schielend, so zweideutig und verwaschen, wie es der utopische, der kleinbürgerliche, der deutsche Sozialismus waren, die Marx in seinem Kommunistischen Manifest in ihrer ganzen Dürftigkeit und Komik bereits vor hundert Jahren bloßgestellt hat. (Zustimmung.) Dieser Zehlendorfer Sozialismus (Heiterkeit) ist so verächtlich, wie es der nationale Sozialismus Hitlers war. Jeder Arbeiter, der nur einen Hauch der Lehre von Karl Marx empfangen hat, muß begreifen, daß ihn das Zehlendorfer Programm auf ein pseudo-sozialistisches Gleis schiebt, auf dem er geradenwegs, ob er will oder nicht, in die Hinterhalte der sozialen Reaktion geraten wird. Er braucht sich nur auf die Bedürfnisse seiner sozialen Lage zu besinnen, um zu begreifen, daß er sich in einer sehr ungemäßen Gesellschaft befindet. Über kurz oder lang wird er dahinterkommen, daß er sich auf einen falschen Platz rücken ließ. Sobald sich wieder das klare Klassenbewußtsein regt, wird dieser Arbeiter nicht mehr zögern, sich den Reihen der Sozialistischen Einheitspartei wieder einzugliedern.

Der Pseudosozialismus der Zinnowaldschule in Zehlendorf ist eine Utopie. Eine Utopie sind auch die Gesichtspunkte, die aus dem Westen herüberklingen. Die Arbeiter werden, besonders in Berlin, die richtige Wahl treffen, wenn sie entscheiden sollen über die Frage: Marx oder Germer, Engels oder Neumann. (Sehr richtiger Beifall.) Sein oder Nichtsein — das ist die Frage für diesen Sozialismus. Die Entwicklung ist vollkommen klar. Die Gegner der Einheits-

bewegung sind, ob sie wollen oder nicht, Handlanger der Reaktion. Ich bedauere es sehr, daß auf dem sogenannten Parteitag dieser Zehlendorfer Kleinbürger keine endgültigen programmatischen Erklärungen darüber abgegeben worden sind, wie diese Splittergrüppchen sich denn nun den wirtschaftlichen und politischen Aufbau Deutschlands vorstellen. Man hat klugerweise die grundsätzlichen politischen Erklärungen vertagt, da man wohl selbst den Eindruck hatte, daß man mit diesem kleinbürgerlichen Reformprogramm keinen klassenbewußten Arbeiter gewinnen kann. Aber einige Kostproben sind doch verlautet, und es verlohnt sich, kurz auf dieses Wunderrezept einzugehen. Da konnte man lesen, daß es in Deutschland keinen Klassenkampf mehr gibt. (Heiterkeit.) Wir erlauben uns, bescheiden zu fragen, ob die Verkünder der neuen Heilslehre die Zeit von 1918 bis 1946 verschlafen haben.

Wir sind der Auffassung, daß der Kampf der Arbeiterklasse so lange geführt werden muß, solange es in Deutschland noch Kräfte gibt, die den Klassenkampf von oben wieder zu organisieren beginnen. An diesem Grundsatz unserer marxistischen Weltanschauung, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, werden wir uns auch nicht durch die neue Heilslehre von Zehlendorf abbringen lassen. Und es ist fast komisch: Am 6. April 1946 hat dieser sogenannte Parteitag in der Zinnowaldschule stattgefunden, und er beschloß — das ist ein wörtliches Zitat —: „Der Klassenkampf ist in Deutschland beseitigt.“ Darüber fanden dann schwere Auseinandersetzungen statt, so daß Klingelhöfer, der scheinbar jetzt das geistige Oberhaupt dieser Gruppe werden wird, in einem Flugblattentwurf den Klassenkampf in einer Sitzung der Splittergruppe von vorgestern Abend wieder einführte. (Heiterkeit.) Dagegen erhoben sich aber in der Aussprache prompt wieder schwere Bedenken, man dürfe den Klassenkampf nicht so scharf heraustreten lassen, ja, man solle ihn streichen. Schließlich entschloß man sich aber doch für die Beibehaltung des Klassenkampfes, wenn nun nicht inzwischen — denn heute morgen hat wieder eine Tagung, in der Schumacher gesprochen hat, stattgefunden — etwa wiederum ein anderer Beschluß gefaßt sein sollte, dann wird es bei den Pseudosozialisten so gehen, wie es dem Märchenprinzen geht, von dem wir aus dem deutschen Märchen wissen: Und wenn er nicht gestorben wäre, so lebte er noch heute. (Heiterkeit.)

Auf demselben geistigen Niveau liegt das Argument, daß der konsequente Marxismus als die geistige Welt der deutschen Arbeiterbewegung seit nunmehr achtzig Jahren heute überholt und für unsere Arbeit wertlos sei. Wir erlauben uns, dagegen festzustellen, daß die Weltanschauung des historischen Materialismus durch die politische und gesellschaftliche Entwicklung von 1918 bis 1933 auf das großartigste bestätigt worden ist. Wir sind der festen Überzeugung, daß heute noch die Gesetze gelten, die Marx und Engels in ihrem Kommunistischen Manifest niedergelegt haben. Wir sind sogar so ketzerisch, festzustellen, daß die deutsche Arbeiterklasse besser abschneiden wird, wenn sie den Lehren ihrer

Altmeister folgt, als wenn sie den Schalmeyenklängen der Zehlendorfer ihr Ohr leiht. Wir haben es alle am eigenen Leibe verspürt, in welche Gefahr sich die deutsche Arbeiterklasse begeben hatte, als sie sich von den Grundsätzen des konsequenten Marxismus entfernte. (Hört, hört!) Sie mögen schreien und reden, soviel sie wollen, die deutsche Arbeiterklasse wird sich nicht für kleinbürgerliche Utopien entscheiden. (Sehr richtig! Beifall.)

Und die dritte Frage ist, wie der Parteitag der Rückschrittlern der Öffentlichkeit offenbarte, folgende: Es gibt in Deutschland eine neue „Lumpenbourgeoisie“, die die Sozialdemokratische Partei unbedingt für sich gewinnen muß. Genossinnen und Genossen, wir haben einmal gesagt, daß die Sozialistische Einheitspartei die Partei aller schaffenden Deutschen sein solle, aber wir opfern nicht die Einheit der Arbeiterklasse für diese von Schumacher als „Lumpenbourgeoisie“ bezeichneten Kreise. (Sehr richtig! Beifall.) In der Einheit der deutschen Arbeiterklasse ist es uns lebenswichtiger, die Arbeiter als entscheidendes Element zu haben, als jene Kreise, die wir erst neu gewinnen und mit dem Geist des Sozialismus erfüllen müssen. (Bravo! Händeklatschen.)

Ich nehme zu diesen Dingen Stellung, weil ich weiß, daß die Auseinandersetzungen über die grundsätzlichen Fragen des Sozialismus, die bei uns hier in Berlin und in unserer Zone überhaupt keine Rolle mehr spielen, noch eine Rolle spielen werden in den westlichen Gebieten, und ich möchte, daß unsere Genossen aus den westlichen Gebieten diese unsere Auffassung gründlichst kennenlernen.

Es ist nun müßig, sich noch weiter mit dem Argument der Einheitsgegner zu befassen. Wir brauchen gegen sie nicht weiter Stellung zu nehmen, denn jeder klassenbewußte und politische Arbeiter wird eines sofort spüren, da drüben redet kein Arbeiterfunktionär, da herrscht nicht der Geist einer klassenkämpferischen marxistischen Ideologie, sondern da treiben Kleinbürger eine reformistische Politik, die alles mögliche sein mag — aber sozialistisch ist sie auf keinen Fall. (Bravo! Beifall.) Wir haben schon einmal in der deutschen Arbeiterbewegung eine Strömung erlebt, die glaubte, sich von den Grundsätzen des klassenkämpferischen Marxismus entfernen zu können, und die glaubte, diese Entwicklung mit wissenschaftlichen Gründen erläutern und darlegen zu müssen. Ich meine den Revisionismus. Die deutsche Arbeiterbewegung und besonders die Sozialdemokratische Partei hat diesen revisionistischen Kurs der Sozialdemokratie in den hinter uns liegenden Jahren bitterböse bezahlt. (Sehr richtig! Beifall.) Wir brauchen heute keine neuen sozialistischen Theorien, wir brauchen nur die Theorie des Marxismus, unter der zwei Generationen deutscher Arbeiter siegreich und mit Erfolg gekämpft haben, wieder zur Anwendung zu bringen. Dieser Geist soll und wird auch die Sozialistische Einheitspartei beselen. Wir müssen die Situation erkennen, in der wir stehen. Die deutsche Arbeiterklasse kämpft heute nicht mehr, wie vor fünfzig Jahren, um kleine politische, sozialpolitische und wirtschaftliche Teilziele, heute geht es nicht mehr nur um Streikrecht oder Wahlrecht, um Koalitionsrecht oder um Mitbestimmung, heute steht die deutsche Arbeiterklasse

vor einer großen geschichtlichen Aufgabe, sie steht an dem Entscheidungspunkt, an dem die gesellschaftliche Entwicklung und der Kampf der Generationen vor uns die deutsche Arbeiterklasse herangeführt hat. Wir stehen vor der endgültigen praktischen Durchführung des Sozialismus in Deutschland.

Diese wichtige Aufgabe kann aber keine der beiden Arbeiterparteien für sich allein lösen. Nur vereinigt werden wir das große Ziel erreichen, und damit, Genossinnen und Genossen, darf ich noch eingehen auf einige Fragen, die eine entscheidende Rolle für die Gestaltung unserer Politik haben. Da ist zunächst die Frage der Demokratie, jene Frage, die in ihrer Auswirkung dazu geführt hat, daß es weite Schichten in Deutschland gibt, die glauben, aus dem Zusammenschluß der Sozialdemokratischen mit der Kommunistischen Partei müsse unter allen Umständen die Demokratie Schaden leiden und die Form der Diktatur für Deutschland kommen.

Wie liegen die Dinge? Es ist durchaus verständlich, wenn es viele Menschen in Deutschland gibt, die heute, nachdem das Pendel der geschichtlichen Uhr in Deutschland unter Hitler so weit nach rechts ausgeschlagen ist und alle Vorstellungen von Demokratie durch eine so unerhörte Art der Diktatur abgelöst hat, erfüllt sind von Mißtrauen und von einer psychologisch erklärlichen, geistig aber nicht fundamentierten Vorstellung, daß nunmehr eine Form der Demokratie kommen müsse, die ganz, ganz anders aussehe, und sie verstehen unter dem Begriff Demokratie die persönliche Freiheit. Unter den Nachwirkungen des Hitlerreiches verstehen sie die persönliche Freiheit in einer solchen Form, daß diese persönliche Freiheit sogar zur Auflösung gemeinsamen Gedankenguts führen kann.

Das, Genossinnen und Genossen, ist keine Demokratie. Die Sozialistische Einheitspartei kämpft um diesen Staat auf dem Boden der Demokratie. So steht es in unseren Grundsätzen. Es gibt reaktionäre Zeitungen, die bei dieser Formulierung es für richtig hielten, zu schreiben: Aha, diese Partei will die politische Macht erobern. (Beifall. Heiterkeit.) (Zuruf: Die merken auch alles!) Ja, Genossinnen und Genossen, in diesem Punkt wollen wir wirklich restlos geständig sein. Es ist wahr, sie merken auch alles, denn das wollen wir wirklich in Deutschland. (Bravo! Sehr richtig! Beifall.) Das, Genossinnen und Genossen, ist sogar der Ausgangspunkt aller Überlegungen. (Sehr richtig!) Bei dieser Gelegenheit möchte ich hier über diese Bedenken, die bestehen, wiederum aus dieser süddeutschen Zeitung, einer amerikanischen Lizenzzeitung, einiges über die Leidschmerzen mancher Menschen in diesem Punkt sagen. „Und doch kommt unser Gewissen damit nicht zur Ruhe: Wenn die neugewonnene Freiheit der Kritik im Westen nichts anderes bringt als politische Minderheiten und ihren Parteihader, wie es einer hilflos dahinstotternden freien Wirtschaft ohne Reserven entspricht, die dem und jenem, wie es der Zufall will, Erfolge zuschiebt, das Ganze aber veröden läßt, eine Freiheit des Denkens, bei der die verantwortlichen Massen nur

hoffnungslos werden, dann würde sich die Freiheitstragödie von 1933 nur wiederholen.“ (Sehr richtig!) Wir wünschen nur, daß diese Stimme aus den westlichen Gebieten bald die Erkenntnis überall werden wird.

Genossinnen und Genossen! Wie steht es mit der Demokratie? Die bürgerliche Demokratie geht zurück auf die Erklärung der Menschenrechte im 17. Jahrhundert. Hier darf ich auf das Buch unseres Altmeisters Friedrich Engels „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ zurückgreifen und seine Betrachtung dieser Dinge vortragen: „Wir wissen jetzt, daß dieses Reich der Menschenrechte und der Vernunft weiter nichts war als das idealisierte Reich der Bourgeoisie, daß die ewige Gerechtigkeit ihre Verwirklichung fand in der Bourgeoisiejustiz, das auf die Gleichheit hinauslief, auf die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz, daß als eines der wesentlichsten Menschenrechte proklamiert wurde das bürgerliche Eigentum und daß der Vernunftsstaat, der Rousseausche Gesellschaftsvertrag, ins Leben trat und nur ins Leben treten konnte als bürgerlich-demokratische Republik.“ Und diese bürgerlich-demokratische Auffassung über die Anwendung einer formalen Demokratie haben wir ja von 1918 bis 1933 in Deutschland mitzerleben Gelegenheit gehabt. Eine Demokratie, die uns nur die Freiheit gibt zu stimmen und im übrigen die Gefahr in sich birgt, unser Werk sterben zu lassen, ist uns keine Demokratie. Sie reicht für uns in Deutschland nicht aus. (Sehr richtig! Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir wissen, daß die Übertragung irgendwelcher Regierungssysteme und irgendwelcher Auffassungen, wie sie brauchbar sind für andere Länder, wie sie sich in anderen Ländern hervorragend bewährt haben, wie z. B. die Demokratie in England, für Deutschland nicht automatisch übernommen werden können. (Sehr richtig!)

Wir haben keine jahrhundertelangen demokratischen Erfahrungen wie das englische Volk. Wir haben keine Traditionen, wie sie das französische Volk hat, und wir haben auch nicht jene revolutionären Voraussetzungen, die das russische Volk 1917 bei seiner glorreichen Revolution gehabt hat. Darum kann weder das russische Regierungssystem noch das französische, noch das amerikanische oder das englische auf Deutschland aufgepfropft werden. (Bravo! Stürmischer Beifall.) Wir haben unseren Staat nach unseren Verhältnissen aufzubauen. (Sehr richtig! Beifall.) Und da gibt es schon einige Dinge, die sehr unterschiedlich in Erscheinung treten. Es gibt in Deutschland und gab in Deutschland gesellschaftliche und wirtschaftliche Kräfte, deren Vernichtung die Voraussetzung für den Aufbau jeder Demokratie ist. (Beifall.) Diese Kräfte sind der Faschismus, die Großindustrie, der Großgrundbesitz und der Militarismus. (Zwischenruf: Und alle Bürokratie!) Und wir, Genossinnen und Genossen, haben den Anfang damit gemacht. Wenn man uns in der russischen Zone eine schnellere und größere Freiheit geschenkt hat als Euch in den westlichen Zonen, dann ist der Erfolg

dieses Geschenks in Deutschland und in unserer Zone bereits zu erkennen. (Beifall.) Mit tiefer Beschämung habe ich die Ausführungen Högners, des Ministerpräsidenten von Bayern, gehört, der sich hinstellte und in einem Interview sagte, nachdem die amerikanische Besatzungsarmee von sich aus erklärt hatte, daß sie glaube, länger als zehn Jahre eine Besatzung nicht durchführen zu brauchen, in Deutschland müsse man eine Besatzungszeit von fünfzehn Jahren haben (Pfui!), da sonst der Bürgerkrieg ausbrechen werde.

Genossinnen und Genossen! Wir haben uns sächlich mit solchen Dingen zu beschäftigen. Die Person Högners interessiert uns gar nicht; nur weil er Träger dieser Worte ist, nenne ich ihn. Um was dreht es sich? Wenn es so ist, daß wir fünfzehn Jahre lang auf den Bajonetten der Besatzungsmächte in Deutschland leben müssen, nur um die Reaktion niederzuhalten, dann wäre das eine Schmach und Schande für das deutsche Volk. (Lauter Bravorufe und stürmischer Beifall.) Dann, Genossinnen und Genossen, hätten wir damit auch der Welt und den Besatzungsmächten den Beweis erbracht, daß das deutsche Volk keinen Pfifferling wert ist. (Sehr richtig! Händeklatschen.) Wir begrüßen jede Hilfe der Besatzungsmächte in der Niederhaltung und Ausrottung der Reaktion, aber wir wollen uns nicht allein auf sie verlassen, sondern halten es für unsere moralische Pflicht, unsere eigene Kraft einzusetzen. (Stürmischer Beifall.) Und darum, Genossinnen und Genossen, haben wir die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien herbeigeführt. (Bravo! Beifall.)

Wir wissen genau, wenn wir morgen eine Partei von eineinhalb Millionen Sozialisten in der sowjetischen Zone sind, dann ist die Sicherheit dieser Zone nicht mehr gewährleistet durch die russische Besatzungsarmee, sondern durch unsere eigene Kraft. (Stürmischer Beifall.) Und das, Genossinnen und Genossen, möchten wir über ganz Deutschland sagen. Wir möchten mit der Vereinigung den Besatzungsmächten und der ganzen Welt den Beweis erbringen, daß in Deutschland nie wieder Friedensstörer und Reaktionäre aufkommen können. (Sehr richtig! Stürmischer Beifall.)

Darum ist unsere Auffassung über die Demokratie auch ein wenig unterschiedlich von den Auffassungen jener Genossen, die glauben, an alten sozialdemokratischen Idealen festhängen zu müssen. Das ist das Neue der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, daß wir den Satz niedergeschrieben haben: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus. Sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.“ (Sehr richtig! Bravo! Händeklatschen.)

Genossinnen und Genossen! Wer kann im Auslande gegen eine solche Auffassung sein, wer kann in Rußland, in Frankreich, in England diesen sozialistischen Kampfeswillen nicht wünschen? Wir wollen die friedliche Entwicklung in Deutschland. Wenn wir von diesem Weg abweichen müssen, dann ist es die unverbrüch-

liche Schuld der deutschen Reaktion. Dann mag sie sich auch darüber klar sein, daß wir dieses Mal wissen, wie wir uns zu verhalten haben. (Sehr richtig! Beifall.) Wenn davon gesprochen wird, daß die Sozialistische Einheitspartei eine Partei sei, die unter ausländischem Einfluß steht, so will ich dazu nur das sagen, was wir selbst in unseren Grundsätzen gesagt haben. Zunächst ist es überhaupt eine geradezu lächerliche Formulierung, einen solchen Satz zu prägen. Selbstverständlich stehen wir nicht nur in der russischen, sondern in allen Zonen in Deutschland unter dem Einfluß und der Kontrolle der Besatzungsmächte. (Sehr richtig! Beifall.) Aber für uns und für unseren Willen und unser Wollen ist maßgeblich jene Formulierung in dem Satz: „Die Sozialistische Einheitspartei kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande für die wahren Interessen ihres Volkes.“ Das allein ist uns Richtschnur, nach der wir handeln, nach der wir politisieren wollen. Und, Genossinnen und Genossen, wir sind glücklich, zu sagen, daß sich die Erkenntnis für diese unsere Auffassung auch langsam und sicher in anderen Ländern durchsetzt und in Erscheinung zu treten vermag.

Unter uns weit der Genosse Walter Hones aus England, der uns die Botschaft einer ganzen Reihe von Abgeordneten der Labour-Party und der Gewerkschaftsführer heute morgen zu unserem Kongreß überbracht hat. (Bravo! Stürmischer Beifall.) Die Botschaft dieser prominenten Mitglieder der britischen Arbeiterbewegung, von Gewerkschaftsführern und Parlamentsabgeordneten der Arbeiterparteien an den Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten Gewerkschaftsführer und Parlamentsabgeordneten der Arbeiterpartei senden Euch brüderliche Grüße nach Berlin. Wir wünschen Euch Erfolg in Eurem Unternehmen, die politische Einheit auf fairen und gerechten Grundlagen herzustellen. Wir glauben, daß die Einheit der Arbeiterklasse in Deutschland und Europa notwendig ist. Die Ereignisse beweisen die Wahrheit der Erklärung Harold Laskis vom Jahre 1943. Und wenn der Bruderstreit zwischen Sozialisten und Kommunisten, der soviel dazu beitrug, die Arbeiterbewegung in Deutschland und Italien zu zerstören, nach dem Ende des Krieges fortgeführt wird, das Resultat dieses Krieges für die Freiheit sehr wohl eine noch schlimmere Sklaverei sein könnte. Wir stimmen überein mit der im Memorandum der Arbeiterpartei über die internationale Nachkriegsordnung enthaltenen Erklärung, daß der Sozialismus eine grundlegende Notwendigkeit in Europa ist, um dem Faschismus in allen Formen politischer Sklaverei ein Ende zu bereiten und einen hohen, stetig steigenden Standard der wirtschaftlichen Besserung zu erreichen, Massenarbeitslosigkeit, Armut und Unterernährung zu beheben und die Verbreitung von Demokratie und politischer Freiheit zu fördern. Wir glauben, daß ein sozialistischer Wiederaufbau im Nachkriegseuropa nur durchgeführt werden kann durch die enge Zusammenarbeit und die Einheit von

Sozialisten und Kommunisten, und wir hoffen sehnlichst, daß Euer Parteitag die Einheitsbewegung einen großen Schritt weiterführen wird.“ (Bravo! Stürmischer Beifall.)

Eure Begeisterung und Euer Beifall ist die Antwort, die auf diese Botschaft zu erteilen sein wird. Die Botschaft ist von folgenden Arbeiterabgeordneten des britischen Parlaments unterzeichnet:

*K. Zilliacus, H. Lester Hutchinson, Charles Smith, S. Tiffany, DN. Pritt Parkin, W. Cove, D. Kirkwood, RW. Mackay, M. Orbach, Doctor Jeger, Mrs. Manning, Major Wilkes, Captain Chetwynd, John Platts Mills, HL. Austin, Major Bruce, FT. Willey, E. Griffith, Tom Cook, S. Swingler, Mrs. Braddock, J. Silverman, H. Dayies, T. Scollen, Ly Solley, N. N. Dodds, B. Strauss.*

Auch von den folgenden führenden Persönlichkeiten:

*Gewerkschaftsbewegung: Lord Passfield Dash Sidney Webb und Dash; Jack Tanner, Präsident des vereinigten Metallarbeiter Dash-Verbandes Groß-Britanniens; Harry Adams, Vorsitzender des Vereinigten Bauarbeiter Dash-Verbandes; Jack Stanley, General-Sekretär des Verbandes der Bauschlosser; John Horner, General Dash-Sekretär des Verbandes für Feuerwehrleute; Jay Gardner, General-Sekretär der Gewerkschaft der Gießerei Dash-Arbeiter Groß-Britanniens; Jim Hammond, Mitglied der Executive des Britischen Bergarbeiter Dash-Verbandes; Arthur Horner, Mitglied der Executive des Britischen Bergarbeiter Dash-Verbandes, Britischer Gewerkschaftsleiter der Kohlen Dash-Produktion; W. M. Morgan, Mitglied der Executive der Gewerkschaftsvereinigung der Wissenschaftler; Joe Scott, Mitglied der Executive des Vereinigten Metallarbeiter Dash-Verbandes; WJR. Syuance, früherer General Dash-Sekretär der Gewerkschaft der Lokomotivführer und Heizer; Ronald Frankau, Präsident der Vereinigung der Variete-Künstler; van Phillips, Mitglied der Executive der Britischen Gewerkschaft der Musiker; Ivor Montagu, Mitglied Executive des Verbandes der Kinotechniker; L. C. White, General Dash-Sekretär des Verbandes der Staatlichen Büroarbeiter; Clara Bamber, Präsidentin der Britischen Genossenschaft Dash; Frau Engilde; Franc Foulkes, Präsident der Gewerkschaft der Elektro-Dash; Monteure D. Gardener, General Dash-Sekretär des vereinigten Dash-Verbandes und noch fünfundsiebzig Mitglieder von National und Orts-Executiven dieser und anderer Gewerkschaften.*

Die folgenden schloßen sich auch dieser Botschaft an:

*Dean Von Canterbury, Mrs. King, Präsident des internationalen Frauentages. Dorothy Hynd, University Labour Federation; Bracket, Vereinigung der Studenten, der Britischen Arbeiterbewegung angeschlossen.*

Genossinnen und Genossen! Wir sind auf dem richtigen Wege. Wir grüßen jede Stimme, die von draußen wieder zu uns tönt und uns etwas wie Kameradschaft und Hoffnungen auf neue internationale Zusammenarbeit bringt. (Bravo! Beifall.)

Ich schlage vor, daß der Zentralausschuß im Auftrag des Parteitagcs folgendes Erwidertelegramm nach London gibt:

„Der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin hat am 20. April Eure Botschaft mit Dank und Begeisterung aufgenommen und erwidert Eure brüderlichen Grüße. Der Parteitag wird heute die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei beschließen und dankt Euch für Euer großes Verständnis zu unserem Werk. Wir sind tief davon überzeugt, daß unser Schritt den Interessen der Arbeiterklasse und der Sache des Sozialismus dient. Eine starke und einigc Arbeiterklasse ist in Deutschland die stärkste Friedenssicherung. Das schwierige Aufbauwerk soll uns nicht müde schein. Wir werden kämpfen für Demokratie, Wiedergutmachung, Freiheit und Sozialismus.“

(Bravo und lebhafter Beifall. Spontaner Gesang der Internationale; die Versammlung hat sich von ihren Plätzen erhoben.)

Und nun, Genossinnen und Genossen, komme ich zum Schluß. Noch einige Worte an unsere Freunde aus dem Westen, die unter größter Mühsal hierhergekommen sind, um an unseren Verhandlungen teilzunehmen. Genossinnen und Genossen, wenn Ihr zurückkommt, werden Unfreundlichkeiten auf Euch warten. Wenn Ihr aber zurückgeht mit der unerschütterlichen Erkenntnis und dem inneren festen Willen, einer großen Sache für Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse dienen zu wollen, dann laßt Euch nicht beirren und werdet im Westen Deutschlands Einheitsfanatiker. Hier in der östlichen Zone stehen eineinhalb Millionen Sozialdemokraten, die in Gedanken jeden Tag und jede Stunde bei Euch sein werden, die Euch nicht verlassen und die Eure Arbeit mit allen Kräften unterstützen werden. Man wird Euch dort drüben dieselben Vorwürfe machen, wie man sie uns hier gemacht hat. Man hat uns gesagt, wir hätten die SPD verschachert. Genossinnen und Genossen, wir haben die Sozialdemokratische Partei nicht verschachert. Die ruhmreiche Vergangenheit dieser Partei wird niemals verschachert werden können, sondern sie ist eingebettet in das große Buch der Geschichte. Und, Genossinnen und Genossen, seht Euch die Initialen dieser SPD an. Wir haben sie verändert. Gewiß. Wir haben das P aus der Mitte herausgenommen und wir haben das E dafür hineingesetzt. Einheit für die Partei. Das ist das Ziel der Entwicklung. Und wenn man Euch weiter jene spitzfindigen und schraubend gestellten Formulierungen vorhält, in Deutschland sei Karfreitag die Sozialdemokratische Partei ans Kreuz geschlagen, dann vergeßt nicht, diesen Leuten dort drüben zu sagen, daß diese selbe Sozialdemokratische Partei aber Ostern zu größerer und gewaltigerer Zukunft sich erhoben hat. (Stürmischer und langanhaltender Beifall.)

Genosse Fechner, Genossinnen und Genossen! Ihr habt durch Euren ungeheuren Beifall soeben erneut bekundet, daß Ihr hinter der Politik, die der Genosse Grotewohl und mit ihm der gesamte Zentralausschuß vertreten hat, steht und diese richtig ist. Ihr gestattet mir, daß ich darüber meine Freude zum Ausdruck bringe. (Lebhafte Zustimmung!)

Nun, Genossinnen und Genossen, kommen wir zur Wahl des Parteivorstandes. Ich bitte inzwischen die Mitglieder des Wahlausschusses, sich auf dieser Seite des Theaters in Zimmer Nr. 17 zu versammeln. Ich habe folgenden Vorschlag zu machen: Ich sehe keine andere Möglichkeit und habe mit dem Wahlausschuß vereinbart, daß die Abstimmung so vorgenommen werden soll: Wir werden aus den fünf Türen des Saales hinausgehen. In den Garderoben sind Wahlurnen aufgestellt, zu beiden Seiten und an der Tür. Für den Rang, auf dem auch Delegierte sind, wird ebenfalls im Vorraum eine Wahlurne aufgestellt. Und so glaube ich, wenn die Delegierten dann den Raum verlassen, um ihre Stimme abzugeben unter gleichzeitiger Kontrolle der Delegiertenkarten, wird es möglich sein, in ganz kurzer Zeit diesen Akt zu vollziehen.

Der Parteiausschuß unterbreitet dem Parteitag folgende Vorschläge und empfiehlt ihre Annahme. Ich verlese der Einfachheit halber den Stimmzettel, der sich in der Delegiertenmappe befindet:

Edith Baumann-Berlin, Bruno Böttge-Halle, Erich Braun-Hildesheim, Hans Breck-Kiel, Willi Buch-Braunschweig, Otto Buchwitz-Dresden, Friedrich Ebert-Potsdam, Max Fank-Stralsund, Max Fechner-Berlin, August Friedel-Chemnitz, E. W. Gniffke-Berlin, Bernhard Göring-Berlin, Otto Grotewohl-Berlin, Karl Hauser-Frankfurt/M., Ernst Heilmann-Kiel, Gertrud Hentsch-Zwickau, Ernst Hoffmann-Berlin, Heinrich Hoffmann-Weimar, Willy Jesse-Schwerin, Fritz Jungmann-Dessau, August Karsten-Berlin, Käthe Kern-Berlin, Helmut Lehmann-Berlin, Karl Litke-Berlin, Erich Lübke-Berlin, Albert Meier-Dresden, Otto Meier-Berlin, Karl Moltmann-Schwerin, Gustav Müller-Rheinland, Hermann Prübenau-Magdeburg, Erna Sachse-Altenburg, Yella Schaar-Heidelberg, Hermann Schlimme-Berlin, Paul Szillat-Rathenow, Gottlieb Teichert-Essen, Stanislaw Trabalski-Leipzig, Fritz Wagner-Meiningen, Oskar Wegener-Frankfurt/O., Richard Weimann-Berlin, Toni Wohlgemuth-Berlin.

Dazu, Genossen, sind von den Genossen Hoffmann, Ebert, Buchwitz, Seidel, Hohn, Böttge und Paul zwei weitere Vorschläge unterbreitet worden. Diese Genossen schlagen ergänzend vor: Grete Beese-Rostock und Orlopp-Berlin. Ich bitte, diese zwei Namen auf die dafür vorgesehenen Linien des Stimmzettels noch einzutragen. (Die Sitzung wird von 12.55 Uhr bis 13.10 Uhr zur Durchführung des Wahlaktes unterbrochen.)

Genossinnen und Genossen! Ich erkläre den Wahlakt für geschlossen.

Wir nehmen jetzt den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegen. Das Wort hat Genosse Kamerahl-Dessau.

Genosse Kamerahl: Genossen! Die Mandatsprüfungskommission hat die Mandate geprüft und festgestellt, daß

Groß-Berlin	mit	44
Brandenburg	„	39
Dresden	„	44
Leipzig	„	37
Chemnitz	„	23
Zwickau	„	18
Görlitz	„	7
Halle	„	39
Dessau	„	24
Magdeburg	„	37
Thüringen	„	53
Mecklenburg	„	46
Zentralausschuß	„	14
Parteiausschuß	„	20
Westzone	„	103

insgesamt 548 Delegierte

auf dem Parteitag vertreten sind. Es wird vorgeschlagen, alle Mandate vom Parteitag für gültig zu erklären.

Genosse Fechner: Genossinnen und Genossen! Ihr habt den Bericht gehört, und ich bitte, darüber abzustimmen durch Erheben der Delegiertenkarten, daß wir die Delegierten alle, wie von der Mandatsprüfungskommission vorgeschlagen, anerkennen. Wer dafür ist, den bitte ich die Hand zu erheben. Erhebt sich eine Stimme dagegen? Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß nach der Prüfung durch die Mandatsprüfungskommission sämtliche Mandate ordnungsgemäß zustande gekommen sind und Gültigkeit haben.

Wir kommen nunmehr zum Bericht der Statutenberatungskommission und der Redaktionskommission. Beide Berichte gibt zusammen der Genosse Hehnert Lehmann.

Genosse Lehmann: Genossinnen und Genossen! Nach den erhebenden Vorgängen, deren Zeugen wir soeben waren, ist es für einen simplen Berichterstatter über Satzungen außerordentlich schwer, nun noch etwas zu sagen, was das Interesse des Parteitages hervorrufen kann. Ich werde mich infolgedessen bemühen, mir den Dank des Parteitages dadurch zu erwerben, daß ich mich recht kurz fasse. (Bravo!)

Genossen, zunächst einmal den Bericht der Redaktionskommission. Sie haben in Ihrer Mappe eine Druckschrift, betitelt „Einheitspartei 1946 der Sozialdemo-

kratischen Partei“. Darin finden Sie eine Reihe Entschlüsse, die von einigen Landesverbänden eingebracht worden sind. Auf den Seiten 3 und 4 befindet sich eine Entschluß, die sich mit der Gewerkschaftsfrage befaßt. Diese Entschlüsse haben wir an einigen Stellen redaktionell geändert, aber dem Sinne nach unverändert gelassen. Es war nicht mehr möglich, diese Änderungen zu vielfältigen. Ich will sie daher verlesen.

„Die Sozialistische Einheitspartei sieht in dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund eine der Säulen der deutschen Wirtschaft. Sie erkennt die Selbständigkeit des FDGB an und erwartet von ihren Mitgliedern, daß sie dem FDGB beitreten. Aus den gleichartigen Bestrebungen der SED und des FDGB auf Demokratisierung der deutschen Wirtschaft ergibt sich die Notwendigkeit zu engster Zusammenarbeit mit diesem Zweige der Arbeiterbewegung.“

Die Redaktionskommission empfiehlt die Annahme dieser Entschlüsse.

Dann sind da einige Entschlüsse auf der Seite 3 gegen die erwachende Reaktion und eine, die dasselbe Thema behandelt. Die Redaktionskommission empfiehlt, diese beiden Entschlüsse dem Zentralausschuß oder dem neuen Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Dann ist eine Entschlüsse auf Seite 4 abgedruckt, die sich mit dem Thema der Parteipresse beschäftigt. Auch diese Entschlüsse bitten wir dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ich komme dann zu den „Grundsätzen und Zielen“. Diese „Grundsätze und Ziele“ sind zwar überall sehr eingehend diskutiert worden, erfreulicherweise sind in unseren Reihen wesentliche Meinungsverschiedenheiten dabei nicht zutage getreten. Auf allen Bezirksparteitagen sind diese „Grundsätze und Ziele“ einstimmig als die geeignete Grundlage für die Sozialistische Einheitspartei anerkannt worden. Trotzdem sah sich die Redaktionskommission genötigt, zu einem Punkt dieser Grundsätze und Ziele Stellung zu nehmen. Es handelt sich um den Abschnitt 2, der Kampf um den Sozialismus. Sie haben in der Mappe die Vielfältigung eines Vorschlages der Redaktionskommission und des Parteiausschusses. Es handelt sich dabei um den Absatz 3, Satz 1, der in der Formulierung verändert werden soll:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Umwandlung des aus der kapitalistischen Ausbeutung entstandenen Eigentums an den großen Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der Warenproduktion für eine sozialistische, durch die Gesellschaft betriebene Produktion.“

Es soll also geändert werden die Bezugnahme auf den Grund und Boden, und außerdem wird gesagt, daß die Umwandlung des Eigentums an den großen Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum gefordert wird. Diese beiden Punkte zu ändern erscheint notwendig, weil bei einigen ängstlichen Gemütern der Eindruck entstanden war, als ob jedem kleinen Bäuerlein sein Grund und

Boden weggenommen werden soll, oder als ob jedem Handwerksmeister sein Handwerkszeug weggenommen werden soll. Es soll also klargestellt werden, daß es sich nur um die Sozialisierung der großen Produktionsmittel, der aus der Akkumulation des Kapitals entstandenen Produktionsmittel handelt. Ich glaube, wir können diesen Änderungen auch deswegen unbesorgt zustimmen, weil die „Grundsätze und Ziele“ nicht etwas Dauerndes sein sollen, sondern nur der Vorbereitung eines Parteiprogramms dienen. Sie werden sich noch zu entschließen haben über die Einsetzung einer Programmkommission, die den Auftrag erhalten soll, möglichst bald für die Einheitspartei ein Programm zu entwerfen. Dafür sollen die „Grundsätze und Ziele“ das Material abgeben. Es ist also nicht notwendig, sich auf Einzelheiten dieser „Grundsätze und Ziele“ im Augenblick einzulassen. Darüber zu diskutieren, wird im Laufe des nächsten Jahres und wird auf dem nächsten Parteitag Gelegenheit sein.

Ich komme dann zu dem schwierigsten Teil meines Berichts: die Statuten und die Änderungen zu diesen Statuten. Auch hier kann ich zunächst verweisen auf die Drucksache, die Ihnen vorliegt. Es handelt sich um zwei Abschnitte. Da sind einmal die Abänderungsanträge, die von den einzelnen Bezirken auf Grund der Beschlüsse der Bezirksparteitage gestellt worden sind. Diese Änderungen finden Sie von der Seite 5 ab. Dann liegt außerdem ein ganzer Block von Änderungsvorschlägen vor, auf der Seite 16 beginnend. Diese Änderungsvorschläge sind das Produkt eingehender Verhandlungen im zentralen Organisationsausschuß. Sie beruhen also auf Vereinbarungen zwischen dem Zentralausschuß der SPD und dem Zentralkomitee der KPD. Angesichts des Umstandes, daß ja beide Parteitage nun noch zusammentreten müssen, um über diese Satzungen zu entscheiden, empfiehlt die Statutenberatungskommission, diese Änderungen unverändert anzunehmen mit Ausnahme von zwei Änderungen, die ich Ihnen noch vorschlagen möchte.

Ich will nun auf einige der wesentlichsten Änderungsvorschläge eingehen, sie begründen, um damit zu erklären, warum diese Vorschläge jetzt gemacht werden. Ich kann mich dabei naturgemäß nur auf einige grundsätzliche Fragen beschränken und muß davon absehen, in alle die diffizilen Einzelheiten der Satzungen einzusteigen.

Es ist zu § 2 ein Zusatz gemacht worden, wonach die Mitglieder sich durch den Beitritt verpflichten sollen, auch aktiv in der Partei zu arbeiten: ein Grundsatz, der eigentlich für jeden Sozialisten selbstverständlich sein sollte (Sehr richtig!), den aber auszusprechen doch wohl nötig ist. Deswegen bestand der Wunsch, das ausdrücklich auch in dem Statut zu formulieren. Es lag auch ein dahinzielender Antrag des Landesverbandes Thüringen vor. Dieser Antrag wäre dann durch diese Formulierung als erledigt zu betrachten.

In dem § 3 wird gesagt, daß die Mitgliedschaft bei den Vorgängern der Sozialistischen Einheitspartei angerechnet wird auf die Mitgliedszeit in der Einheits-

partei. Es besteht der Wunsch, auch die verschiedenen Abzweigungen der Sozialdemokratischen Partei, die wir im Laufe der dreißig Jahre erlebt haben, hier aufzuführen, und zwar die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, den Sozialistischen Jugendverband, die Kommunistische Jugend und die Sozialistische Arbeiterjugend. Es liegen auch dahingehende Anträge vor der Landesverbände Sachsen, Halle, Bezirksverband Berlin, Bezirksverband Brandenburg. Durch die Aufnahme des Zusatzes zu § 3 wären alle diese Anträge als erledigt anzusehen. Es liegt außerdem jetzt noch ein Antrag des Genossen Herbst-Braunschweig vor, der erst auf der Tagung beim Büro abgegeben worden ist. Dieser Antrag sagt, es solle ein weiterer Zusatz zu § 3 gemacht werden: „oder einer anderen Partei des Auslandes, soweit diese der Internationale angeschlossen ist“.

Der Wortlaut dieses Antrages ist nicht so, daß man ihn ohne weiteres annehmen könnte, ganz abgesehen von der prinzipiellen Frage. Ich glaube, es ist zweckmäßig, diesen Antrag, ohne in eine Debatte darüber einzutreten, dem Parteivorstand als Material zu überweisen für die nötige Überprüfung des Statuts, denn es ist klar, daß das Statut auch weiterhin überprüft werden muß und daß der nächste Parteitag vermutlich wiederum eine Reihe von Änderungen des Parteistatuts für nötig halten wird. Für diese Beratungen könnte der Antrag als Material benutzt werden.

Ich komme nun zu der Frage, die in allen Bezirken in der Debatte über das Parteistatut eine große Rolle gespielt hat und Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen gewesen ist. Das ist die Frage, ob die Wohnbezirksgruppen oder die Betriebsgruppen den Vorrang zu genießen haben, oder anders ausgedrückt, welche Bedeutung die Betriebsgruppen in der Partei haben sollen.

Die Sozialdemokratische Partei ist in den früheren Jahren im wesentlichen eine Organisation zur Vorbereitung von Wahlen gewesen (Widerspruch), ausgehend von dem Gesichtspunkt, daß die Eroberung der politischen Macht mit Hilfe des Stimmzettels durchgeführt werden soll. (Widerspruch.) Wir wissen aber, daß diese Auffassung falsch ist und daß die politische Organisation (Widerspruch) viel weitergehende Aufgaben hat und daß infolgedessen auch wir uns nicht abstellen können allein auf die Vorbereitung von Wahlen, sondern daß die Hauptaufgabe der Partei darin bestehen muß, Aufklärung in die Massen zu tragen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterklasse von dem Kampfsgeist erfüllt ist, der in der heutigen Zeit notwendig ist, um dem Ziel der Partei näherzukommen. Als ein wesentlicher Träger dieser Arbeit aber haben sich in der Vergangenheit schon die Betriebsgruppen erwiesen. (Zuruf: Nein! — Widerspruch. — Lachen.) Deswegen scheint es doch notwendig zu sein, daß die Betriebsgruppen die notwendige Beachtung auch bei unseren Genossen finden. (Unruhe.) Die Betriebsgruppen sollten wesentlich mehr beachtet werden als bisher. (Widerspruch.) Über diesen Grundeinheiten der Partei stehen selbstverständlich die Ortsgruppen. Aber die Werbearbeit kann doch in den Betrieben zweifellos mit größerem Erfolg

geleistet werden als etwa auf kleineren Zusammenkünften (Widerspruch), wo die Genossen erst zusammengeholt werden müßten. In den Betrieben haben wir die Genossen zusammen; in den Betrieben haben wir vor allen Dingen die Arbeiter, die noch nicht von dem sozialistischen Gedanken erfüllt sind. (Zuruf: Bei 50 Prozent der Friedenskapazität?) Trotzdem können wir die Arbeiter in erster Linie an der Betriebsstelle erfassen. Wir wollen uns auch nicht dadurch beeinflussen lassen, daß noch nicht alle im Produktionsprozeß stehen. Es ist doch unser Bestreben, sie einzugliedern in den Produktionsprozeß, soweit das noch nicht geschehen ist. Ich glaube also, daß wir diese Gelegenheit zur Werbearbeit für den sozialistischen Gedanken nicht hintanstellen sollen.

Aber das ist ja nicht der einzige Gesichtspunkt, aus dem die Betriebsgruppe gleichberechtigt neben der Wohnbezirksgruppe als die Grundeinheit der Partei bezeichnet wird. (Lebhafter Widerspruch.) Genossen, ich erinnere Sie an das, was unter Ihrem Beifall der Genosse Grotewohl ausgeführt hat. Er hat Ihnen die Perspektiven unserer Arbeit gezeigt und hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Aufbau der Wirtschaft eine wesentliche Aufgabe der Partei ist. Weil dem aber so ist, haben wir alle Veranlassung, uns darum zu kümmern, wie es in den Betrieben aussieht (Unruhe), haben wir alle Veranlassung, die politische Aufklärungsarbeit in die Betriebe zu tragen (Unruhe), haben wir alle Veranlassung, die Genossen in den Betrieben zusammenzuhalten, auch unter politischen Gesichtspunkten (Unruhe) haben wir dafür zu sorgen, daß die Betriebe von Reaktionen befreit werden. Genossen, das können wir nicht über die Wohnbezirke. (Widerspruch.) Das müssen wir dadurch bewerkstelligen, daß wir in die Betriebe hineingehen. (Lebhafte Unruhe.)

(Genosse Fechner: Wir wollen doch erst den Bericht entgegennehmen.)

Das waren die Gesichtspunkte dafür, in die Statuten den Grundsatz aufzunehmen, daß Wohnbezirksgruppen, und Betriebsgruppen nebeneinanderstehen und daß sie das Fundament der Partei bilden, zusammengefaßt in den Ortsgruppen und in den Kreisen. Es ist ganz klar, daß politische Entscheidungen allgemeiner Art nicht von den Betriebsgruppen gefaßt werden können (Widerspruch), oder daß sie gefaßt werden können von den Wohnbezirksgruppen. Diese Entscheidungen können nur von der Zusammenfassung aller Genossen getroffen werden, das sind, als die unterste Einheit, die Ortsgruppen und darüber die Kreise als die Zusammenfassung der Ortsgruppen. Deswegen sind auch hier einige Vorschläge gemacht worden, um das noch klarer herauszustellen.

Es wird in dem neuen Absatz 5 des Paragraphen 10 gesagt: Die Grundeinheit führt die Politik der Partei in ihrem Bereich durch. Hierüber hat es noch eine Auseinandersetzung gegeben, die dazu geführt hat, diesen Wortlaut noch etwas präziser zu fassen. Ich schlage Ihnen daher jetzt folgende Fassung dieses Absatzes 5 vor: „Die Grundeinheit kann politische Entscheidungen nur für ihren Bereich treffen.“

Im Zusammenhang damit steht ein Vorschlag zu § 10, dem Absatz 1 noch hinzuzufügen: „Die Ortsgruppe ist die unterste Einheit, die kommunalpolitische Entscheidungen trifft.“

Es war ja im wesentlichen dieser Gesichtspunkt, der immer angeführt worden ist, daß, wenn wir zu Kommunalwahlen kommen oder überhaupt zu kommunalpolitischen Dingen, dann würden die Ortsgruppen geschwächt sein, wenn etwa die Betriebsgruppen einen überragenden Einfluß hätten. Deshalb soll das noch einmal ausdrücklich zur Klarstellung gesagt werden, obwohl es eigentlich selbstverständlich ist, daß solche Dinge nur von den Ortsgruppen entschieden werden können. Eine einzelne Betriebsgruppe oder einzelne Wohnbezirksgruppe kann niemals Entscheidungen treffen, die für die Gesamtheit der Mitglieder des betreffenden Ortes maßgebend sind. Diese Entscheidungen, die für alle verbindlich sind, können selbstverständlich nur in der Ortsgruppe gefaßt werden. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Ortsgruppe. (Unruhe.) Es ist klar, wohin jedes Mitglied ortsruppenmäßig gehört. Das ergibt sich aus seinem Wohnort. Es gehört in die Ortsgruppe des Wohnortes, soweit es sich um Entscheidungen der Ortsgruppe handelt. (Unruhe.)

Genossen, innerhalb der Betriebsgruppen können stimmberechtigt natürlich nur die sein, die dem Betrieb angehören. Es ist selbstverständlich, daß sich das nur auf Entscheidungen beziehen kann, die für den Betrieb maßgebend sind. (Unruhe.) Es ist selbstverständlich, daß niemand gehindert werden kann, zu allgemein politischen Dingen auch im Betrieb Stellung zu nehmen. So wenig wie zwei Parteigenossen gehindert werden können, sich über politische Fragen allgemeiner Art zu unterhalten oder sich darüber einig zu werden, irgendwelche Resolutionen einzubringen, so wenig kann man eine Betriebsgruppe daran hindern, sich darüber klar zu werden, welche politische Haltung die einzelnen Genossen einnehmen sollen in der Mitgliederversammlung ihrer Ortsgruppe. Genau so wie auch innerhalb der Wohnbezirksgruppen derartige Diskussionen immer üblich gewesen sind, ohne daß es eine Bindung für eine Ortsgruppe bedeuten kann, wenn durch Beschlüsse Resolutionen angenommen worden sind. Durch die stärkere Betonung der Betriebsgruppen wird also eine stärkere Aktivität auf allen politischen Gebieten erreicht. Das, glaube ich, Genossen, haben wir dringend nötig in der heutigen Zeit, und das ist ein großes Plus, das uns die Betriebsgruppen bringen.

Ich glaube, Genossen, daß die Erfahrungen, die mit den Betriebsgruppen gemacht worden sind, durchaus diese Auffassung rechtfertigen, so daß man insoweit den Betriebsgruppen die Arbeit erleichtern soll. Ich darf im Zusammenhang damit noch ausführen, was in dem neuen § 25 gesagt worden ist. Dort wird ausgeführt, daß Sonderstatuten für die Kreise und für die Landes- und Provinzialverbände geschaffen werden sollen. In diesen Kreisstatuten sollen Bestimmungen enthalten sein über den Aufbau und über die Aufgaben auch der Grundeinheiten, also der Wohnbezirks- und der Betriebsgruppen. Es ist also dort die Möglichkeit gegeben, die Dinge auch örtlich verschieden zu gestalten. (Unruhe.)

Es ist wahrscheinlich nicht möglich, eine generelle Lösung dieser Frage zu finden. Das wird von der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Kreise abhängen. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß in ländlichen Kreisen die Betriebsgruppen nicht die überragende Bedeutung haben wie in stark industriellen Kreisen. (Zuruf: Also doch überragend!) Um das aber zu ermöglichen, wird man diese Vorschriften dem Kreisstatut überlassen müssen. Ich glaube, daß damit auch den Bedenken Rechnung getragen worden ist, die erhoben wurden und die sagen, man will mit Hilfe der Betriebsgruppen die Ortsgruppen überrennen. Genossen, davon kann selbstverständlich keine Rede sein (Widerspruch), sondern es wird davon abhängen, wie weit die aktiven Funktionäre, die ja im wesentlichen auch aus den Betriebsgruppen kommen werden, ihre Tätigkeit innerhalb der Ortsgruppen entfalten. Es wäre völlig falsch, wenn etwa die Betriebsgruppen sich abkapseln. Diese Funktionäre müssen, wenn sie überhaupt eine politische Wirksamkeit entfalten wollen, in der Ortsgruppe tätig werden. Wir können nur den dringenden Wunsch haben, daß die Funktionäre aus den Betrieben in den Ortsgruppen tätig werden und dort das politische Leben befruchten. So wird sich eine wirksame Zusammenarbeit beider Organisationsformen ergeben.

Genossen, wir dürfen eins nicht vergessen: Wir wollen eine engere und brüderliche Zusammenarbeit mit den Genossen von der Kommunistischen Partei herbeiführen. (Widerspruch.) Das ist Sinn und Zweck unserer Vereinigung. Die Kommunistische Partei aber hat seit vielen Jahren mit großem Erfolg die Betriebsgruppen organisiert. (Unruhe.) Sie hat die Betriebsgruppen aufgebaut, und es ist ganz klar, daß sie von diesem ihrem Organisationsprinzip nicht ohne weiteres abgehen wird. (Lebhafter Widerspruch.)

Genossen, eine Vereinigung von zwei Parteien ist doch wohl nur möglich auf Grund von Vereinbarungen. Wenn wir aber eine Vereinbarung treffen wollen (Zuruf: Wir wollen Abstimmung!), müssen beide Parteien bereit sein, nachzugeben. (Widerspruch.) Deswegen haben ja die Genossen von der Kommunistischen Partei diese Konzessionen gemacht, die ich eben verlesen habe, daß die Betriebsgruppen keine politischen Entscheidungen treffen können, sondern nur die, die ihren Betrieb betreffen. Wenn Sie das richtig auffassen, dann werden Sie verstehen, eine wie weitreichende Konzession das vom Standpunkt der Kommunistischen Partei aus gesehen ist. (Widerspruch.)

Nun, Genossen, das sind die Vorschläge, die die Statutenberatungskommission zu diesem Punkt zu machen hat. Es sind wohl die entscheidenden. (Unruhe.)

Ich habe nur noch wenig zu sagen über den Gesamtaufbau der Organisation. Der Aufbau vollzieht sich von den Ortsgruppen über die Kreise zu den Landesverbänden. In einige Landesverbände sind noch Bezirke eingeschaltet, die auch weiterhin erhalten bleiben sollen. Diese Gliederung wirkt sich auch auf die finanzielle Regelung aus. In dieser Beziehung ist vorgesehen die Einziehung der Beiträge durch die Ortsgruppen und Abführung an die Kreise, Abrechnung der Kreise mit den Landesverbänden, Finanzierung der Bezirke durch die Landesver-

bände. Die Bemessung der Anteile, die aus den Beiträgen den Ortsgruppen und den Kreisen verbleiben und der Anteile, die an die Landesverbände abzuführen sind, ist dem Landesstatut vorbehalten geblieben. Aus dem, was den Landesverbänden verbleibt, wären die Bezirke zu finanzieren. Es wird also einer völligen Neuregelung bedürfen, um die Tätigkeit der Organisation in allen ihren Gliederungen festzulegen und die finanzielle Tragfähigkeit der einzelnen Gliederungen zu sichern. Es erschien nicht zweckmäßig, eine generelle Regelung zu treffen, da die Abgrenzung der finanziellen Zuständigkeiten zunächst einmal den Kreisen zu überlassen ist. Den Kreisen ist auch zu überlassen, ob die Kassierung in den Betrieben oder nur in den Wohnbezirken erfolgen soll. Auf diese Weise kann sich die Organisation der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse anpassen. Es gilt dabei eine Reihe von finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden, wenn die Kassierung der Beiträge lediglich auf Betriebsgruppen erfolgt. Es entsteht eine Lücke dadurch, daß ein erheblicher Teil der Belegschaft eines Betriebes in einem anderen Kreis oder in einer anderen Ortsgruppe wohnt. (Lebh. Widerspruch.) Eben weil diese Schwierigkeit besteht, deswegen soll es dem Kreisstatut überlassen bleiben, wie diese Dinge zu regeln sind. Es soll außerdem der finanzielle Ausgleich unter Umständen über mehrere Kreise durch die Bezirks- oder Landesverbände möglich sein. So wird die Kassierung in den einzelnen Betriebsgruppen möglich sein. Aber ob das geschehen soll, das zu entscheiden wird die Aufgabe der Ortsgruppen und Kreise sein. Deswegen will man das dem Kreisstatut überlassen.

Für die Finanzfrage ist noch ein Gesichtspunkt zu beachten. Es steht bisher in dem Statut, daß die höheren Einkommen einen Sonderbeitrag bezahlen sollen. Aber es ist nicht gesagt, was unter höherem Einkommen zu verstehen ist. Infolgedessen soll in das Statut eine Vorschrift aufgenommen werden, daß von einem Monatslohn von 300 Mark ab ein solcher Sonderbeitrag zu zahlen ist. Es ist ausdrücklich davon abgesehen worden, eine Beitragsstaffelung einzuführen. Einmal, weil die Verhältnisse verschieden sind, und dann, weil man nicht wollte, daß eine Nachprüfung des Einkommens in den einzelnen Orten oder Betrieben stattfindet. Wir sind der Meinung — und die bisherigen Erfahrungen haben das bestätigt —, daß, wenn diese Sonderbeiträge auf dem Prinzip der Freiwilligkeit aufgebaut sind, der finanzielle Ertrag höher ist, als wenn man die Kassierung mit den Methoden durchführt, wie sie bei den Steuerbehörden üblich ist. Ich glaube, daß man auch diese Frage am zweckmäßigsten dem Kreisstatut überläßt, um den örtlichen Verschiedenheiten Rechnung tragen zu können.

Es steht nichts im Wege, wenn man in einzelnen Bezirken der Meinung ist, daß eine Staffelung, wie sie etwa in Leipzig eingeführt wurde, beibehalten werden soll, diese in das Nebenstatut aufzunehmen und die Kassierung nach einer ausführlichen Staffelung durchzuführen.

Außerdem ist der Wunsch geäußert worden, daß die Beiträge höher festgesetzt werden sollen, als sie in dem Statutenentwurf niedergelegt sind, bekanntlich mit

einer Mark monatlich. Es liegen Anträge vor, die diesen Grundbeitrag auf zwei Mark monatlich erhöhen wollen. Aber es bestehen doch erhebliche Bedenken, das generell für die Gesamtpartei durchzuführen. Deswegen soll das Kreisstatut die Möglichkeit haben, höhere Beiträge als Zusatzbeiträge festzusetzen. Diejenigen Kreise oder Orte, die der Meinung sind, daß sie höhere Beiträge erheben können oder müssen, haben also damit die Möglichkeit, diese höheren Beiträge festzusetzen. Aber es ist nicht angängig, allgemein einen Beitrag festzusetzen, der über den Beitrag von einer Mark hinausgeht.

Ich verweise noch darauf, daß dieses Nebenstatut aufgebaut sein soll auf den Mustern, die der Parteivorstand beschließen wird. Diese Muster werden ausgearbeitet, sobald das Statut angenommen worden ist. Sie werden dann den Landesverbänden und den Kreisen zugeleitet.

Es ist außerdem noch ein Genehmigungsverfahren vorgesehen, um zu erreichen, daß möglichste Einheitlichkeit in diesen Statuten gewahrt wird, um nicht ein unnötig buntscheckiges Bild zu erlangen. Ich glaube, daß man mit dieser Begrenzung der Bewegungsfreiheit erreicht, daß wir doch einheitliche und geschlossene Organisationsbestimmungen behalten.

Ich darf dann noch auf den § 23 verweisen, der neugestaltet worden ist, bei dem abgeteilt worden ist der bisherige Absatz 5. Er behandelt, mit einer neuen Überschrift versehen, die Prüfung der Parteieinrichtungen. Ich darf weiter darauf verweisen, daß auch eine Änderung des Namens des Zentralorgans vorgenommen worden ist. Auch eine Änderung der Zahl der Mitglieder des Zentralsekretariats ist vorgenommen worden. Die Zahl ist von 12 auf 14 erhöht worden. Bei den Beratungen des Organisationsausschusses hat sich herausgestellt, daß die einzelnen Abteilungen nicht ausreichend betreut werden können, sondern daß dazu zwei Genossen mehr benötigt werden.

Das sind die wesentlichen Änderungen, die ich Ihnen vorzuschlagen habe, und ich möchte noch ganz allgemein sagen, wir bitten um die Vollmacht für das Zentralsekretariat zu redaktionellen Änderungen. Es wird sich wahrscheinlich bei der Zusammenstellung des neuen Statuts diese oder jene redaktionelle Unebenheiten ergeben, daher wäre ein Beschluß zweckmäßig, eine solche Vollmacht, das Statut endgültig so zu redigieren.

Es wird wohl auch notwendig sein, auf dem Einigungsparteitag einen Beschluß zu fassen, dem Zentralsekretariat oder dem Parteivorstand die Vollmacht zu geben, das Statut so zu veröffentlichen, wie es sich aus den gegenseitigen Vereinbarungen auf dem Vereinigungsparteitag ergibt. Es erscheint nicht angängig, auf dem Vereinigungsparteitag den Wortlaut jeder Vorschrift im einzelnen festzulegen.

Genossen, es ist ein schwieriges Werk, das hier geschaffen werden soll, Sie werden verstehen, daß es bei den mancherlei Meinungsverschiedenheiten nicht möglich ist, alle Wünsche zu berücksichtigen. Ich kann zum Schluß nur den Wunsch aussprechen, daß wir in möglichster Einmütigkeit dieses Statut an-

nehmen und durch diese Einmütigkeit der Vereinigung der beiden Parteien den Stempel aufdrücken.

Gewiß ist der Wortlaut des Statuts nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist das, was die Partei tut (Unruhe). Die politischen Bestimmungen der Partei sind das Entscheidende. Nicht der Wortlaut des Statuts, sondern der Geist, von dem die Partei besetzt ist, das ist das Entscheidende.

Genossen, wir wollen über die kleinlichen Bedenken, über alle Zwigigkeiten, die hier und da befürchtet werden, nicht den großen Gedanken vergessen, der unserem heutigen Parteitag zugrunde liegt. Genossen, von diesem Gedanken müssen wir uns leiten lassen, auch bei der Beratung dieses Statuts. Vergessen wir es nicht, daß wir zu schaffen haben die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung. (Bravo! Händeklatschen.)

Genosse Fechner: Wir kommen nun zur Aussprache.

Die 40 gewählten Parteivorstandsmitglieder — es steht noch nicht fest, wer es ist — erhalten ihre Delegiertenkarte für den Vereinigungsparteitag um 17¼ Uhr im Admiralspalast vom Genossen Wendt. Um 17½ Uhr beginnt die Neunte Sinfonie im Admiralspalast.

Wir kommen nunmehr zur Aussprache. — Das Wort hat der Genosse Fücksel-Leipzig. Ihm folgt Arno Wend-Dresden.

Genosse Fücksel: Parteigenossinnen und -genossen! Ich glaube, wir stehen hier alle sehr unter dem Eindruck der Rede unseres Genossen Grotwohl, und wir haben auch unsere großen Ziele und die großen Gedanken, die darin zum Ausdruck gekommen sind, nicht vergessen. Wenn sich dann aber bei den Ausführungen des Genossen Lehmann eine große Unruhe gezeigt hat, so ist das ein Beweis dafür, daß wir schließlich Männer der Praxis sind und daß wir zu diesen Dingen auch etwas zu sagen haben. (Sehr richtig!) Ich möchte noch etwas vorausschicken. In unserer Mappe, die wir als Material bekommen haben, ist eine Entschließung, aus der hervorgeht, daß wir alle durch eine demokratische Wahl hier nach Berlin gekommen sind. Aber das genügt uns noch nicht, festzustellen, sondern wir haben darüber hinaus festzustellen, daß wir den Willen unserer Parteimitglieder zum Ausdruck bringen müssen. Wir wären traurige Delegierte, wenn wir nicht das sagen würden, was wir auf unseren Bezirkstagen und auf unseren Landeskonferenzen gesagt haben.

Wenn ich das an den Anfang meiner Ausführungen stelle, so hat das eine besondere Begründung. Denn ich habe zum zweiten Male an der Sitzung des Parteiausschusses teilgenommen, und es hat mich doch einigermaßen überrascht, daß dort der Wille aus den Bezirken nicht in der Weise zum Ausdruck gekommen ist, wie ich mir das vorgestellt hatte. Vielleicht bin ich zu jung, um das zu begreifen. Aber trotzdem kann ich über diese Dinge Ihnen etwas sagen, denn es ist doch nicht so, daß der Bezirk Leipzig eine besondere Meinung in dieser Frage hätte. Auf der Landeskonferenz in Dresden ist einmütig in der Frage der Betriebsgruppen eine Vereinbarung getroffen worden. In Mecklenburg ist das so gewesen,

in Thüringen, in der Provinz Sachsen, in Anhalt ist es so gewesen, in Brandenburg ist es so gewesen, und in Berlin ist es auch so gewesen. (Sehr richtig!)

Ich glaube also, daß unsere Delegierten aus allen Teilen unserer Zone fast die gleiche Auffassung hatten und daß sie auch hier in entsprechender Weise zur Geltung kommen muß. Unser Genosse Grotewohl hat es in sehr treffender Weise zum Ausdruck gebracht, daß das Beste aus unserer Partei auch in die neue Partei hinübergehen muß (Zustimmung), und das Beste in unserer Partei ist es gewesen, daß unsere Arbeit eine gewisse Stabilität hatte, daß unsere Arbeit berechenbar war, daß unsere Arbeit nicht von Zufällen abhängig war, daß sie kein Strohfeder war, sondern daß sie eine Arbeit auf lange Sicht war. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wenn wir heute über die Frage der Betriebsgruppen diskutieren, so sind es eben diese von mir angeführten Dinge, die dazu geführt haben. Es ist eine grundsätzliche Frage, die vor uns steht. Wir wollen nicht das, was in unserer Organisation wesentlich war, aufgeben. Ich weiß nicht, woher der Genosse Lehmann die Auffassung nimmt, daß die Sozialdemokratische Partei sich im vorwiegenden um Wahlen gekümmert habe. (Heiterkeit.) Ich bin doch einigermaßen erstaunt, daß ein Mitglied unseres Zentralausschusses diese Auffassung vor dem Parteitage vertritt. Ich habe sogar noch mehr zu sagen: Die Diskussion im Parteiausschuß war so, daß ich unseren Genossen vom Zentralausschuß bei aller Anerkennung ihrer Arbeit sagen muß, daß sie in der Betriebsgruppenfrage keinerlei praktische Erfahrung haben. Denn wenn Sie diese Arbeit der Betriebsgruppen in den vergangenen Jahren miterlebt hätten, ganz gleich, ob wir zurückblicken auf das Jahr 1923, 1925 oder 1928 oder auf das letzte Jahr, so wissen wir, daß die Betriebsgruppenarbeit doch anders war, als man sie heute uns hier einreden will.

Wir weisen es auch zurück, daß man sagt, unsere Partei sei nicht aktiv gewesen. Aktivität und Strohfeder sind zweierlei. (Sehr richtig!) Auf das Strohfeder, das man irgendwie entfacht, daß man irgendeine Stimmung zum Ausdruck bringt, darauf verzichten wir gern. Unsere Aktivität hat sich gezeigt, denn sonst hätten wir nicht solche Massen von Mitgliedern in unserer Organisation. (Beifall.) Wir wollen auch in Zukunft eine beständige, planende Arbeit in unserer Organisation. Und deshalb sind wir der Meinung, daß die politische Willensbildung von der Ortsgruppe ausgehen muß. Es ist auch abwegig, anzunehmen, daß die Betriebe nun diese große Bedeutung hätten. 94 Prozent aller Betriebe, zum Beispiel in Leipzig, sind Betriebe unter zehn Arbeitern. Und dieses Bild werden wir fast überall haben. Wer kann heute noch von industriellen Bezirken sprechen, von Großbetrieben? Wirtschaftskämpfe, die gibt es nicht mehr. Wir werden in Zukunft kaum noch Kleinbetriebe haben, sondern fast nur noch Kleinbetriebe. Und da will man diesen Betrieben eine politische Entscheidung in die Hand geben? Wir hatten in Leipzig, als ich wegfuhr, noch vier Großbetriebe mit über tausend Mann Belegschaft. Ob wir sie heute noch haben, weiß ich nicht, denn ich bin schon ein paar Tage von Leipzig weg.

Es ist so, daß wir eine ständige Veränderung haben, und wir werden auch eine ständige Veränderung in Zukunft haben in bezug auf den Wechsel in den Betrieben. Die Bauarbeiter sind heute dort und morgen dort. Es wird auch in anderen Betriebsgruppen so sein, daß ein ständiger Wechsel eintreten wird. Und diese Unberechenbarkeit möchten wir eben nicht bei unserer politischen Arbeit als Grundlage haben. (Sehr richtig! Beifall.)

Wir sind der Auffassung, die unterste Gliederung, die die politische Willensbildung unserer Partei vorschreibt, ist die Ortsgruppe und muß es auch bleiben. Es ist die kommunalpolitische Arbeit angeführt worden. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, wir haben in den letzten Wochen und Monaten, als wir jetzt unsere Aufbauarbeit geplant haben, gerade gesehen, was für eine Fülle von kommunalpolitischer Arbeit wir zu leisten haben, und wir können es uns nicht erlauben, daß unsere Ortsgruppen jetzt so geschwächt werden, denn wir wissen es doch, wir haben dann die Funktionäre nicht zur Verfügung, ganz abgesehen davon, daß auch wirtschaftlich gesehen die Ortsgruppen nicht in dieser Weise leistungsfähig und arbeitsfähig sind, wie wir es gerne wünschten. Es sind im Parteiausschuß eine ganze Reihe von Beispielen aus den Bezirken der Parteiorganisation gebracht worden. Hüten wir uns davor, zu glauben, daß die Lage in Berlin anders sei als in Thüringen oder überall. Das ist überall das gleiche. Die Arbeiter, die zum Beispiel in Nauen wohnen und in Berlin arbeiten, die dürften in Nauen ihrer Ortsgruppe wirtschaftlich, also finanziell gesehen, nicht zur Verfügung stehen. Sie würden aber auch in entscheidenden kommunalpolitischen Fragen nicht in die Wirksamkeit treten können, wie das notwendig wäre. Ihr müßt das aus eurer Praxis hier schon genau regeln. Man braucht diese Dinge nur einmal kurz anzudeuten oder zu sagen, daß wirklich die Frage für uns von eminenter Bedeutung ist, daß alle politischen Entscheidungen von der Ortsgruppe ausgehen.

Partei-genossinnen und -genossen! Wir können uns auch nicht damit begnügen, daß wir sagen, das müßt Ihr im Landesmaßstab regeln. Das ist ein Ausweichen, das ist keine Entscheidung! Wenn schon einmal diese Frage entschieden werden muß, dann muß sie von dieser Stelle aus entschieden werden. Also wir müssen auch den Mut haben, unsere eigene Meinung zu sagen. Wir wollen die Einheit haben! Wer ist unter uns, der die Einheit nicht wollte? Wir sind schließlich schon mehrfach zu solchen Kundgebungen zusammengetreten und haben unseren Willen zum Ausdruck gebracht. Aber wenn wir auch ja zur Einheit sagen, wollen wir auch den Mut haben zu sagen, das war in unserer Organisation gut und muß erhalten bleiben. Es ist mehrfach gesagt worden, wir haben der Treue einen Namen gegeben. Auch in unseren Grundsätzen und Zielen haben wir die Treue verankert. Es ist zu verstehen, daß eine ganze Reihe von Anträgen eingegangen ist, wie zum Beispiel der Antrag, der gleich als erster steht, daß die Ortsgruppe die organisatorische Grundeinheit der Partei und die unterste Willensträgerin ist. In dieser

Frage muß der Parteitag eine klare Entscheidung treffen, muß der Parteitag seinen Willen zum Ausdruck bringen, denn es geht hier nicht um die Zukunft der Partei allein, das wissen wir ganz genau, aber es geht um eine solide Arbeit für das deutsche Volk, und da können wir nur garantieren, wenn wir auch weiterhin einen zuverlässigen Apparat haben, der berechenbar und wägbare ist. Das ist und bleibt für uns die Ortsgruppe. (Lebhafte Zustimmung.)

Genosse Fechner: Es spricht nun Parteigenosse Wend-Dresden.

Genosse Wend: Genossinnen und Genossen! Nach all den Aussprachen in den unteren Einheiten unserer Partei, nach den Diskussionen, den Beschlußfassungen auf den Bezirks- und Landeskonferenzen, auf denen diese Fragen der Statuten-gestaltung eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben, bestand vollständige Klarheit darüber, daß es einzig und allein darauf ankommt, für die neue Partei das Beste aus beiden Parteien mit hinüberzunehmen. (Sehr richtig!) Die Entschlie-ßungen, die Beschlußfassungen haben das klar und deutlich zum Ausdruck gebracht.

Wenn ich heute hier zu den Vorschlägen des Zentralausschusses ablehnend Stellung nehme, so nicht etwa deswegen, weil ich gegen die Vereinigung beider Arbeiterparteien bin. Darüber besteht Klarheit. Wir haben heute den Schlußstrich unter unsere Entwicklung zu ziehen. Morgen sind wir zusammen. Aber eines: Wir wollen vorher wissen, in welcher Weise das Grundgesetz der Partei zusammengestellt wird. Das Statut ist nicht eine nebensächliche Sache, das Statut ist der Ehevertrag dieser neuen Partei, nichts anderes. (Sehr richtig!) Deswegen wollen wir heute offen und ehrlich Klarheit schaffen, was notwendig ist, offen und ehrlich sagen. Wir stehen zu dieser Frage positiv in dem Sinne, daß wir sagen: Die Ortsgruppe ist nach wie vor die Einheit, die für die politische Willensbildung maßgebend sein muß (sehr richtig!), einfach deswegen, weil wir aus der praktischen Arbeit der jüngsten Vergangenheit, zum anderen aber aus der Erfahrung der Vergangenheit vor 1933 wissen, daß allein in den Ortsgruppen die politische Solidität liegt, daß wir allein dort die Möglichkeit haben, klar und deutlich die Richtung unserer Arbeit zu bestimmen, daß wir allein dort die Gelegenheit haben, zu den Fragen der kommunalen Politik, zu den Fragen der bezirklichen Politik Stellung zu nehmen.

Die Betriebsgruppen, die jetzt die Grundlage für die politische Arbeit abgeben sollen, sind viel zu sehr den Wechselfällen der personellen Besetzung unterworfen. Zum ändern dürfen wir nicht und niemals vergessen, daß wir in Zukunft eine besondere Menschenökonomie vor allen Dingen unter unseren Funktionären zu betreiben haben. Das Gewicht der Arbeit in den Betrieben wird in erster Linie auf den bewährten Gewerkschaftlern liegen müssen. Es wird nicht zuletzt des ganzen politischen Einflusses der am besten ausgebildeten und fortschrittlichsten Mitglieder unserer Partei bedürfen, um diese Arbeit bedeutend zu unterstützen und zu fördern. Auch die Gewerkschaften haben zwölf Jahre lang nicht den Nachwuchs schulen können, den sie für ihre heute weitgesteckten Auf-

gaben benötigen. Es ist deshalb notwendig, daß wir uns immer und immer wieder überlegen: Wie können wir mit den wenigen Menschen den größtmöglichen Nutzen sowohl auf dem gewerkschaftlichen als auch auf dem politischen Sektor erzielen. Die Dinge, wie sie jetzt anzulaufen scheinen, führen in der Richtung, daß wir in Zukunft jede Unklarheit im organisatorischen Aufbau unserer Partei beseitigen. (Sehr richtig!) Ich kann dem Vorschlag des Genossen Lehmann, daß wir den Kreisen die Gestaltung der Einzelheiten in dieser Frage übertragen sollten, unter gar keinen Umständen zustimmen. (Beifall.)

Es ist notwendig, daß wir Fragen, über die wir im Zweifel sind, hier klären, daß wir sie so klären, daß wir die Verständigungsmöglichkeiten mit unseren Genossen der Kommunistischen Partei durchaus nicht etwa abbrechen, sondern erhalten. Der Parteitag ist verpflichtet, seine Auffassung, seinen Willen in dieser Frage klar und eindeutig zum Ausdruck zu bringen, und der Zentralausschuß hat die Aufgabe, noch heute, wenn es notwendig ist, mit den Genossen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zusammenzutreten und diese Frage so zu klären und vorzubereiten, daß wir morgen eine sinnvolle, eine zweckmäßige Entscheidung gemeinsam treffen können. (Sehr gut! Händeklatschen.)

Genossinnen und Genossen! Gerade wir Sozialdemokraten, die wir positiv zur Vereinigung stehen, haben mit Schwung und Begeisterung all die Fragen aufgegriffen, und wir wollen sie uns unter gar keinen Umständen durch Fragen, die wir zwar nicht als die wichtigsten, aber doch als bedeutsame Fragen betrachten, irgendwie schmälern oder abschwächen. Aber eines, wir müssen unseren Weg, den wir gehen, mit der Klarheit der demokratischen Selbstbewährung, der demokratischen Selbstbindung gehen, wir müssen uns wieder angewöhnen, auch über bestimmte Fragen geistig in unserer Bewegung zu ringen. Wir müssen den Mut haben, auch dann einmal zu widersprechen, wenn es organisatorisch in dem einen oder anderen Falle als unbequem oder unzweckmäßig erscheint. (Beifall.)

Ich glaube, dieser Fall, Betriebsgruppe oder Ortsgruppe, ist durchaus ein Anlaß, der uns verpflichtet, dazu Stellung zu nehmen und unsere Auffassung zu sagen. Wenn der Genosse Lehmann zum Ausdruck brachte, daß wir, wenn wir dieser Formulierung nicht zustimmen, Feinde der Einheit seien, so ist das sicherlich nur ein falscher Zungenschlag gewesen. (Sehr richtig!)

Wir sind der Meinung, daß das überhaupt mit grundsätzlichen oder prinzipiellen Fragen nichts zu tun hat. (Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! Die Frage der Betriebsgruppe muß positiv angefaßt werden. Der Landesverband Sachsen hat sich mit dieser Frage befaßt und hat auf seiner Landeskonferenz den Beschluß einmütig gefaßt, einstimmig gefaßt, daß es nur die Ortsgruppe sein kann.

Worauf kommt es an? Wir müssen unser Statut dahingehend umstellen, daß wir die Betriebsgruppe nicht beseitigen wollen, sondern wir wollen die Betriebsgruppe als eine Zwischenaufgabe oder Zwischenorganisation zur besseren

Durchdringung der Betriebe herbeiführen. (Beifall.) Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es falsch ist, den einzelnen Ortsgruppen — wir müssen davon ausgehen, daß es auch kleine, kleinere Ortsgruppen gibt — nunmehr die Verfügung über die Betriebsgruppen zu geben. Ich stehe auf dem Standpunkt, die Verfügung über die Betriebsgruppen müssen die Kreise haben oder die Arbeitsbereiche, die gebildet werden, und zwar gerade unter Hinweis auf die ebenfalls notwendigen politischen Aufgaben, die durchzuführen sind, d. h. die Betriebsgruppen müssen in der Hand der Kreisleitungen zusammengefaßt sein und von dort ihre entsprechenden Anweisungen oder Anstöße erhalten, wenn es politisch in dem einen oder anderen Falle notwendig sein sollte.

Sollten sich diese Entwicklungen anbahnen, die wir nicht wünschen und nicht hoffen, die etwa auf eine reaktionäre Entwicklung hincielen, dann, Genossen, müssen wir wie in der Vergangenheit in der Lage sein, von den politischen Leitungen aus die Betriebe unmittelbar anzusprechen und nicht erst über die Ortsgruppen oder dergleichen mehr. Wir haben in Dresden die besten Erfahrungen mit dieser Arbeit gehabt. Wir haben die Vertrauensleute aus den Betrieben regelmäßig zusammengezogen. Wir haben sie angesprochen, wir haben diskutiert, und es ist interessant, daß es die Zusammenkunft der Betriebsvertrauensleute war, die zuerst zur Frage der Betriebsgruppen als politische Grundeinheit Stellung genommen haben, daß diese Betriebsgruppenvertreter es ablehnten, diese Rolle für die Zukunft zu übernehmen, sondern sie sagten: Wir wollen nichts anderes sein als ein besonderes Instrument zur Beeinflussung der Arbeiter in den Betrieben. (Beifall, Händeklatschen.)

Im übrigen aber wollen wir unsere ganze Arbeit in die einzelnen Ortsgruppen legen und wollen dort zur besten Gestaltung der politischen Arbeit mitwirken. Es ist also notwendig, daß wir heute diese Klarheit schaffen. Wir wollen einen klaren Organisationsaufbau. Wir wollen eine klare Abgrenzung der einzelnen Aufgaben, der einzelnen Grundeinheiten. Ich glaube, daß das, was hinter uns liegt, in unserer Arbeit uns verpflichtet bei aller Anerkennung des Wandels der Aufgaben, daß wir darum die Ortsgruppen als die Grundeinheit unseres politischen Wirkens bestimmen und feststellen, daß wir im übrigen aber die Betriebsgruppen als die Instrumente zur Erfassung, Durchdringung der politischen Bearbeitung der Betriebe ansehen. (Bravo! Beifall.)

Genosse Fechner: Es spricht Genosse Gniffke.

Genosse Gniffke: Genossinnen und Genossen! Die beiden Vorredner haben beim Beginn ihrer Ausführungen darauf hingewiesen, daß sie grundsätzlich für die Einheit sind, und ich glaube, Genossinnen und Genossen, darüber gibt es gar keine abweichende Meinung. (Zwischenruf.) Nun gut, es war ein falscher Zungenschlag gewesen. Genau so wenig gibt es darüber Meinungsstreit, daß wir vom Zentralausschuß eine Vertrauensfrage daraus machen. Das kommt nicht in Frage. Wir sind uns ja im Prinzip einig, nämlich einig über folgendes: Die Partei ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Deshalb braucht sie auch Statuten,

um nun alle Mittel zum Zweck wirken zu lassen. Um was geht es bei dieser Frage, ob Wohn- oder Betriebsgruppen? Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß bei Euch die Dinge recht unterschiedlich — jedenfalls im Gesamtrahmen der sich entwickelnden Partei —, anders liegen als in anderen Bezirken. (Zuruf: Nein!) Ich werde es Euch gleich sagen. Es wird jetzt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entwickelt, Deutschlands, nicht Berlins. Und nun überlegt Euch folgende Frage, gerade der ich jetzt einige Zeit drüben im Westen gewesen bin, ich müßte mir diese Frage ernstlich überlegen: Wie können wir von drüben her die Partei entwickeln? Es ist festzustellen, daß das, was drüben als Ortsverein sich jetzt schon gebildet hat, doch zum Teil schon einen ganz bestimmten Partei-funktionärkörper eingesetzt hat, der eine ganz bestimmte Richtung zu vertreten hat und der unter allen Umständen an eine Disziplin, wie man sie dort entwickelt, gebunden ist. (Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! Wir haben auch gerade hier in Berlin feststellen können, daß unter Umständen sich in den weitesten Mitgliedskreisen die Demokratie ganz anders entwickelt und entwickeln muß. Und wir haben drüben im Westen, vor allen Dingen im Ruhrgebiet, festgestellt, daß dort bei der Betriebsarbeiterschaft der Gedanke der Einheit viel besser entwickelt ist (sehr richtig!) als in verschiedenen Funktionärkörpern, die in Ortsvereine eingebaut sind. Und nun, Genossen, wir haben nun zu fragen: Wie wollen wir nun den Genossen da drüben die Bruderhand reichen? Wie sollen sie wirksam werden? Das kann nur so kommen, daß von den Betrieben her . . . (Widerspruch) Genossen, das ist schon so. (Zwischenruf: Das neue Betriebsrätegesetz sieht vor, daß politische Gruppen in den Betrieben nicht zugelassen werden!) Den Entwurf kennen wir ja, das wissen wir, daß die Ruhr-Arbeiterschaft dagegen protestiert und demonstriert. Auch wir wollen uns nicht auf den Boden des Betriebsrätegesetzes stellen. Das sind Dinge, die zu überlegen sind. Aber, Genossen, ich komme auf das Prinzipielle, und zwar gilt immer, daß man eines tun kann und das andere nicht zu lassen braucht. Es wäre vielleicht unrecht, wenn wir in dieser Frage unsere Diskussion wer weiß wie weit spannen müssen. Ich würde deshalb den Vorschlag machen (Zuruf: Abstimmung!), nachdem wir in der Kommission nun schon so viel Wochen gearbeitet und immer wieder die Frage diskutiert haben, daß wir selbstverständlich Eure Beschlüsse auch morgen zu vertreten haben. Aber wie kommen wir am besten zum Ziel? Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir nochmals aus Eurem Kreis eine Kommission von fünf . . . (Zwischenruf: Nein!) Es war ja ein Vorschlag, den Ihr nicht anzunehmen braucht. Also, Genossen, unsere Auffassung kennt Ihr. Denkt nicht nur daran, daß Ihr eine Ortsfrage zu entscheiden habt, und dann, Genossen, man kann das eine tun, braucht das andere nicht zu lassen. Macht den entsprechenden Vorschlag, und dann werden wir das auch vertreten. (Zwischenruf: Nein! Widerspruch.)

Genosse Fechner: Genossinnen und Genossen! Das Wort hat der Genosse Harohl-Bayern.

**Genosse Harold-Bayern:** Genossinnen und Genossen! Ich komme aus einem reaktionären Lande, das Schmerzenskind deutscher Politik in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Am vorigen Sonntag hatten wir in Bayern einen Parteitag, und Gott sei es geklagt, daß der alte Genosse Josef Simon — er gehörte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an — den Antrag stellte, daß wir automatisch hinausfliegen würden, wenn wir an dem Parteitag hier teilnehmen würden. (Hört, hört!) Aber er hat das Böse gewollt und das Gute geschaffen. Der Parteitag hat sich mit überwältigender Mehrheit dahin ausgesprochen, daß wir herfahren dürfen. (Bravo! Händeklatschen.)

Genossinnen und Genossen! Wenn ich nun jetzt diese Unterhaltung, diese Diskussion zum Grundgesetz unserer Partei und der kommenden Einheitspartei angehört habe, dann möchte ich wünschen, unser Genossen in Bayern würden diesen Geist echter Demokratie gesehen haben. Dann würden wir sagen, daß wir bedauern, daß man das nicht technisch aufnehmen konnte, daß man's nicht sehen, nicht hören kann draußen in Bayern. Dann würden die Stimmen aller verstummen, die sagen, eine Demokratie gibt es nicht mehr in Berlin.

Genossinnen und Genossen! Ich sage jetzt zu den Statuten: Macht die Ortsgruppen stark! (Laute Bravorufe und Händeklatschen.) Euer Beifall beweist, daß die Demokratie in Deutschland von unten steht. (Bravorufe und Beifall.) Wir können nicht aufbauen mit einem Funktionärapparat, wie wir ihn leider Gottes in Bayern viel zu sehr haben, sondern nur aufbauen von unten auf, und wir in unserer Partei wollen die deutsche Demokratie vorleben. Darum vermissen ich auch in dem Referat des Genossen Lehmann ein Doppeltes: Ihr habt ja alle diese Abänderungsvorschläge gelesen. Ich vermissen Berücksichtigung zweier Anträge des Bezirksverbandes Leipzig einmal, daß die Mitgliederversammlungen in den Ortsgruppen mindestens einmal im Monat stattfinden müssen. Wir erleben in Bayern beispielsweise, daß wir schon in der Ortsgruppe eine Bürokratie haben, die es tunlichst vermeidet, die Mitglieder zur Ortsgruppe einzuladen, und daß es manchmal zwei bis drei Monate dauert. (Widerspruch.) Die Abänderung aber, sie ist doch nicht beschlossen, das muß doch zur Abstimmung gestellt werden. Es genügt doch nicht, daß der Bezirksverband einen Antrag stellt. Ich habe jedenfalls in den Worten des Genossen Lehmann nichts davon gehört. Dann zweitens: Parteigenossen, es ist zum § 17, Absatz 2, ebenfalls von Leipzig der Antrag gestellt, daß die Mitglieder zum Parteitag in Urwahl von den Ortsgruppen gewählt werden. Das ist auch nicht so unwichtig! Ich möchte, weil ich aus einem derart sozialreaktionären Lande komme und weiß, daß alles darauf ankommt, wie es unten aussieht, die Rechte der Mitglieder nach oben feststellen, damit wir sagen können, unsere Partei bleibt auch nach der Vereinigung gesund und ist eine demokratische bis in die Knochen. (Bravorufe und Händeklatschen.)

Genosse Fechner: Genossen, ich möchte eine Frage klären. Ich habe aus der Debatte den Eindruck bekommen, daß eine Mehrheit des Parteitages der Auffassung ist, die von der Ortsgruppe Dresden aus vertreten wurde bezüglich der

Betriebsgruppe, Ortsgruppe usw. Es ist Bezug genommen worden auf einen Ausschußantrag. — Welcher ist das?

Wir waren uns nicht klar, auf welchen Antrag die Genossen Bezug nahmen, weil sie von dem Antrag Dresden sprachen. Es ist also der Antrag des Landesverbandes Sachsen. Fahren wir in der Diskussion fort.

Ich wiederhole, ich habe den Eindruck, als sei die Meinung des Parteitages die, daß der § 9 die Formulierung erhalten soll, wie sie in dem Antrag Sachsen enthalten ist. (Zwischenruf: Jawohl!)

Ich glaube, wir können infolge der vorgerückten Zeit leichter über die Frage hinwegkommen, wenn dieser Antrag angenommen wird, und daß er dann an den Vereinigungsparteitag weitergeht. (Zuruf: Sehr richtig!) — (Zwischenruf: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte, den Antrag noch einmal deutlich vorzulesen. Ich möchte, daß die Formulierung des Antrages noch einmal vorgelesen wird, damit nicht geschehen kann, was auf anderen Parteitagen geschehen ist, daß man einfach darüber wegging und man wußte nicht, was man angenommen hatte.)

Genosse Fechner (fortfahrend): (Verliest die Formulierung):

1. Die Ortsgruppe ist die organisatorische Grundeinheit und die zuständige unterste Willensträgerin der Partei. In den Städten können mehrere Ortsgruppen bestehen, wie auch mehrere Gemeinden nur eine Ortsgruppe bilden können. Die Mitglieder müssen der Ortsgruppe angehören, die für ihren Wohnbezirk zuständig ist. Eine doppelte Mitgliedschaft ist nicht gestattet. Die Beitragsentziehung erfolgt nur über die Ortsgruppe.

2. Die Ortsgruppe wird von einem Ortsgruppenvorstand geleitet. Er besteht aus mindestens sechs Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigten Vorsitzenden. Im Vorstand muß eine Frau vertreten sein. Dem Ortsgruppenvorstand steht zur Durchführung der politischen und organisatorischen Aufgaben ein erweiterter Funktionärkörper zur Seite. Bei Bedarf können zur Erledigung der laufenden Arbeiten ein oder mehrere Sekretäre angestellt werden.

3. Durch die Generalversammlung wird der Ortsgruppenvorstand gewählt. Die Anstellung der Sekretäre erfolgt durch den Ortsgruppenvorstand mit Zustimmung des Kreisvorstandes.

4. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Generalversammlung drei Revisoren.

5. Mitgliederversammlungen finden nach Bedarf, mindestens aber monatlich einmal statt.

6. Im übrigen werden im Ortsgruppenstatut alle Einzelheiten, die die Organisationsfragen der Ortsgruppen angehen, geregelt, so auch die Frage, ob für größere Ortsgruppen die Einführung eines Delegiertensystems erforderlich ist. (Zwischenruf: Das gehört zusammen, das ist hier falsch gedruckt worden. — Ich möchte vorschlagen, es dabei zu belassen, wie vorher vorgeschlagen wurde, grundsätzlich zu entscheiden, die Ortsgruppe ist die Grundlage der Organisation, und Einzelheiten ... — Anderer Zwischenruf: Nein!)

Genosse Fechner (fortfahrend): Darum handelt es sich, das steht doch in diesem Antrag. Ich habe den Eindruck, daß es sich so verhält, daß die Meinung des Parteitag die ist, daß wir über den Antrag Sachsen abstimmen wollen. (Jawohl, Sachsen-Leipzig.)

Genossen, damit wäre dann auch der Schluß der Debatte eingetreten. (Zuruf: Ich habe auch beantragt, über § 17, Absatz 2, abzustimmen!)

Also, Genossen, ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer für den § 9 ist, wie ich ihn eben verlesen habe, also der Antrag Sachsen, den bitte ich, die Delegiertenkarte zu erheben.

Danke.

Ich bitte, die Gegenprobe.

Einstimmig angenommen! (Anhaltendes Händeklatschen.)

Genossen, es soll über den § 17 in dem Statut besonders abgestimmt werden.

Das ist also ein Antrag zu § 17. (Zuruf: Jawohl!)

Darf ich dazu etwas sagen: Besonders aus den Erfahrungen, die wir jetzt in Berlin gesammelt haben, ist die Durchführung unmöglich. Das war früher in einer Partei möglich. In einer Millionenpartei, die wir jetzt sind, ist es unmöglich.

Also ich lasse darüber abstimmen, über den § 17, Absatz 2: „Die Delegierten werden durch die Urwahl in den Ortsgruppen gewählt.“

Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, die Karte zu erheben. (Zwischenruf: Wie war der Antrag?) — Genosse Fechner wiederholt: Die Delegierten werden durch die Urwahl zum Reichsparteitag in den Ortsgruppen gewählt. — Ich bitte, die Karte zu erheben, wer dafür ist.

Bitte die Gegenprobe.

Abgelehnt! (Händeklatschen.)

Sie haben dann, Genossen, in diesem Heft, das wir Ihnen gegeben haben, die Abänderungsanträge aus der Statutenkommission. Strittig waren nur noch die §§ 9 und 10 bezüglich der Betriebsgruppen. Diese Frage haben wir geklärt. Es handelt sich darum, daß wir die weiteren Änderungen außer § 9, die von der Statutenkommission vorgeschlagen werden, annehmen oder nicht annehmen. Diese Vorschläge liegen doch zum größten Teil vor. Ich glaube, wir können uns ersparen, im einzelnen abzustimmen, weil ja die Statutenkommission von sich aus die Vorschläge macht und Widerspruch in keinem Falle erfolgt ist.

Ich habe den Eindruck, der Parteitag ist mit dem Verfahren einverstanden. Ich lasse darüber abstimmen.

Wer für die Vorschläge außer § 9, für die Vorschläge der Statutenberatungskommission in 10 (Zwischenruf: 8, 9 und 10 müssen abgeändert werden!) — Die redaktionelle Zahl verschiebt sich etwas. — Also ich bitte diejenigen, die für die Änderungen, wie von der Statutenberatungskommission vorgeschlagen, die Delegiertenkarte zu erheben.

Danke.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Das ist einstimmig angenommen!

Damit sind also alle Anträge erledigt. Dann kommen wir... (Zwischenruf: Zur Geschäftsordnung! Darf ich zur Geschäftsordnung sprechen: Es entsteht nun, Genossinnen und Genossen, morgen auf dem gemeinsamen Parteitage folgender Zustand: Wir haben unsere verschiedenen Erklärungen zum Statut abgegeben, der Parteitag unserer kommunistischen Freunde hält an seinem letzten Entwurf fest. Das ist doch kein Ausweg. Und deshalb beantrage ich, daß die Statutenkommission aus den Genossen der bisherigen beiden Parteien jetzt oder morgen wieder zusammentritt, um die Möglichkeit zu schaffen, daß wir ein einheitliches Statut bekommen.)

Genosse Fechner (fortfahrend): Ich habe ja im Parteiausschuß diese strittige Frage schon klargestellt. Es ist ganz selbstverständlich, wir sind hier der Parteitag der SPD. Wir nehmen zur Frage der Vereinigung Stellung und wir beschließen nun, daß das Statut im § 9 eine bestimmte Formulierung haben soll. Es ist im Organisationsausschuß, der die Vorbereitung getroffen hat, so beschlossen, daß beide Statutenkommissionen, unsere und die der Kommunisten, in gemeinsamer Beratung die Anträge, die hier angenommen wurden, und die Anträge, die von den Kommunisten angenommen werden, gemeinsam verarbeiten und dem Vereinigungsparteitag vorlegen. So ist das auch richtig. Das geht gar nicht anders.

Also die Mitglieder der Statutenkommission werden morgen früh um 9 Uhr im Parteihaus erscheinen, und wir werden die kommunistischen Genossen von der Statutenprüfungskommission dazu bitten.

Wir kommen nunmehr zu den Grundsätzen und Zielen. Ich bitte, die Vorlagen wieder zur Hand zu nehmen.

Da ist zunächst eine Entschliebung vom Landesverband Sachsen, auf Seite 22:

„Die Landeskonferenz der SPD im Bundesland Sachsen spricht sich einmütig und eindringlich für die möglichst starke Beibehaltung des ehrenamtlichen Elements auf allen Stufen der Organisation der Einheitspartei aus. Ein vollständig bürokratischer Apparat muß die Blutadern der Demokratie verstopfen und die Kampfkraft der Partei in den kommenden wirtschaftlichen Nöten schädigen.“

Es wird Annahme empfohlen. — Wer dafür ist, bitte ich die Karte zu erheben.

Danke.

Die Gegenprobe, bitte.

Sie ist so beschlossen.

Auf derselben Seite ist eine Entschliebung, Genossen. Die ist erledigt durch eine Formulierung, wie sie der Parteiausschuß inzwischen beschlossen hat und wie sie dem Parteitag vorgelegt ist. Da ist zu Punkt 3 c, Genossen, auf Seite 4 eine Entschliebung des Bezirksverbandes Berlin zur Gewerkschaftsfrage. Da wird folgende Entschliebung vorgeschlagen:

„Die Sozialistische Einheitspartei sieht in dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund eine der Säulen der deutschen Wirtschaft. Sie erkennt die Selbständigkeit des FDGB an und erwartet von ihren Mitgliedern, daß sie dem FDGB beitreten.

Aus den gleichartigen Bestrebungen der Sozialistischen Einheitspartei und des FDGB auf Demokratisierung der deutschen Wirtschaft ergibt sich die Notwendigkeit zu engster Zusammenarbeit für diese beiden Zweige der Arbeiterbewegung.“

Wer für diese Entschließung ist, bitte ich die Karte zu erheben.

Danke.

Die Gegenprobe.

Angenommen.

Dann, Genossen, auf Seite 3 eine Entschließung gegen die erwachende Reaktion, weiter eine Entschließung des Landesverbandes Sachsen und dann die Entschließung des Berliner Bezirksverbandes. Außer der Entschließung zur Gewerkschaftsfrage bitten wir, diese dem neuen Parteivorstand als Material zu überweisen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, also so beschlossen. — Damit, Genossen, sind diese Anträge erledigt.

Hier ist noch eine Änderung zum Absatz 3, Grundsätze und Ziele, Abschnitt 2, der Kampf um den Sozialismus.

Absatz 3, Satz 1 soll lauten: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Umwandlung des aus der kapitalistischen Ausbeutung entstandenen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.“

Wer für diese Änderung ist, den bitte ich, die Karte zu erheben.

Bitte, die Gegenprobe.

Danke. — Einstimmig angenommen! (Widerspruch.) — Gegen eine Stimme angenommen.

Nun, Genossen, haben wir noch eine Programmkommission zu wählen. Es werden dazu folgende Vorschläge gemacht: Diese Programmkommission soll aus 50 Genossen für die Einheitspartei bestehen. 25 Genossen sollen von uns vorgeschlagen werden. Der Parteiausschuß schlägt folgende Genossen vor:

Grotewohl-Berlin, Gniffke-Berlin, Fechner-Berlin, Meier-Berlin, Kern-Berlin, Göring-Berlin, Hennig-Freital, Dr. Werner-Berlin, Kreuziger-Berlin, Lepinski-Weimar, Dr. Sarow-Weimar, Pohlmeier-Cottbus, Hauser-Frankfurt/M., Schaar-Heidelberg, Karsten-Berlin, Lehmann-Berlin, Weimann-Berlin, Litke-Berlin, Dr. Stamer-Leipzig, Hoffmann-Weimar, Orlopp-Berlin, Spiegel-Potsdam, Böttge-Halle, Dr. Zeigner-Leipzig, Merges-Braunschweig.

Der Parteiausschuß hat sehr eingehend zu dieser Kommission Stellung genommen und zu den Genossen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, lasse ich es abstimmen. Wer für diesen ... (Zuruf: Mehr Frauen!) — Sind ja darin, drei Frauen. Es werden außerdem noch besondere Fachausschüsse, wie zum Beispiel für die Frauenfragen, gebildet.

Ich lasse abstimmen. Wer für die Annahme der Vorschläge der Programmkommission ist, den bitte ich, die Karte zu erheben.

Danke.

Die Gegenprobe.

Gegen eine Stimme beschlossen!

Genossen, wir müssen noch warten. Das Ergebnis der Auszählung der Wahlen wird bald eintreffen.

Der Genosse Georg Schöpflin will im Auftrage der Veteranen noch inzwischen einige Worte an Sie richten, ehe wir die Entschließung zur Vereinigungsfrage entscheiden. Ihr seid einverstanden damit?

Genosse Georg Schöpflin: Parteigenossen, Parteigenossinnen! In diesem Jahr sind es 50 Jahre, daß ich zum erstenmal Delegierter auf einem deutschen Parteitag war. Und ich habe dann die meisten der Parteitage besucht. Auf diesen Parteitagen, besonders am Anfang der Zeit, da sprachen unsere Großen aus der klassischen Periode der deutschen Sozialdemokratie. Und wir wissen, die Erinnerung drängt sich einem heute lebendig hervor, wie verantwortungsbewußt mit politischer Zielsicherheit unsere Führer aus der klassischen Periode gesprochen haben. Ich verkleinere keinen von diesen, wenn ich heute, ohne irgendwie Personenkult zu treiben, sage, daß ich auf diesen Parteitagen kaum eine Rede gehört habe, die so zielklar und verantwortungsbewußt war, politisch so durchdacht war wie die Rede, die uns heute Grotewohl gehalten hat. (Bravo! Händeklatschen.)

Es ist eine Freude, an der Seite eines solchen verantwortungsbewußten Führers an die Erfüllung der schweren Aufgaben und Pflichten der nächsten Zukunft zu schreiten. Lassen Sie mich noch etwas hinzufügen, nur eine Feststellung lassen Sie mich noch machen: Grotewohl sprach davon, aus dem Verantwortungsbewußtsein, aus eigener Kraft alles zu tun, um Deutschland wieder aus dem Elend, aus dem Niederbruch herauszubringen. Aber er ließ auch keinen Zweifel, und wir haben das in unseren politischen und anderen Veranstaltungen auch getan, daß ohne die Mithilfe der übrigen Welt, der anderen Völker das schwere Werk kaum gelingen wird.

Da sind wir dankbar für jede Äußerung, für jede Handlung, die geeignet ist, das deutsche Volk auf seinem schweren Missionswege zu unterstützen. Und so dürften wir es begrüßen, daß der Hauptanklagevertreter in Nürnberg gegen die 20 Kriegsverbrecher, Jackson, zu Beginn seiner Anklagerede, zu Beginn des Prozesses, folgende Feststellung machte, die wir glauben, auch der Öffentlichkeit und der Welt immer wieder einmal in Erinnerung rufen zu müssen: Wir —

nämlich die Richter — in Nürnberg möchten ebenfalls klarstellen, daß wir nicht beabsichtigen, das ganze deutsche Volk zu beschuldigen. Wir wissen, daß die Nazipartei bei der Wahl nicht mit Stimmenmehrheit an die Macht gekommen ist. Wenn die breiten Massen des deutschen Volkes das Nazisystem willig angenommen hätten, wäre die SA nicht nötig gewesen und man hätte auch keine Konzentrationslager und keine Gestapo gebraucht. (Sehr richtig!) Die Deutschen waren ein durch Niederlage und Zerfall ihrer übrigen Anschauungen verwirrtes Volk. Die demokratischen Teile dieses Volkes, die an der Entwicklung des neu errichteten und schwächlichen Staatengebildes der Weimarer Republik arbeiteten, wurden von den demokratischen Kräften der übrigen Welt nur ungenügend unterstützt. Und wer die Anfänge kennt, wer an der Weimarer Republik mitgearbeitet hat, politisch mit die Verantwortung getragen hat, der weiß, ein bißchen mehr Hilfe für Deutschland, dann wäre wahrscheinlich auch viel Unheil erspart geblieben. Und noch zwei Sätze aus der Rede: „Das deutsche Volk war nach 1933 in den Händen der Polizei, die Polizei in den Händen der Partei, die Partei in den Händen einer Gruppe von Übeltätern, als deren überlebende und maßgebende Führer die Angeklagten hier vor ihnen stehen.“ Wahrscheinlich die Deutschen nicht weniger als die Welt draußen haben mit diesen Angeklagten eine Rechnung zu begleichen.“ (Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! Mit beredten Worten, mit Argumenten von durchschlagender Kraft hat Grotewohl gezeigt, wie die Reichseinheit nötig ist, wenn Deutschland nicht einer neuen schweren Katastrophe entgehen will. Und da lassen Sie mich nur noch den Satz anfügen: Die Welt möge wohl bedenken und die Staatsmänner, wenn Deutschland zusammenbrechen würde, wenn Deutschland im Chaos versinken würde, wenn das Aufbauwerk nicht gelingen würde, dann sinkt nicht nur Deutschland in das Chaos, sondern Europa. (Sehr gut! Händeklatschen.)

Genossinnen und Genossen! Die Abschiedsstunde für die SPD in ihrer bisherigen organisatorischen Gestalt wird bald schlagen. Wir nehmen Abschied von der Partei und ihrem organisatorischen Gefüge und Gebilde, der wir alle ohne Ausnahme, die einen längere, die anderen kürzere Zeit unseres Lebens, unsere Tätigkeit gewidmet haben. Wir hingen und hängen mit Herz und Seele mit unseren Gedanken an der Partei. Es fällt uns schwer, Abschied zu nehmen von der Partei, die 40 Jahre, wenn ich von Gotha an rechne, auch von 1865 an rechne, der deutschen Arbeiterklasse und darüber hinaus der Arbeiterklasse der Welt große und wertvolle Dienste geleistet hat. Nur eines der Kürze wegen: Als ich vor 67 Jahren als zehnjähriger Bub in die Fabrik hinein mußte, um ein paar Pfennige zu dem ärmlichen Einkommen armer Fabrikarbeiter hinzuzuverdienen, wenn ich an die sozialen Zustände von damals denke, und wenn ich dann weiter betrachte, was dank des zähen Kampfes der Partei und ihrer Gliederungen, der Gewerkschaften usw., in der Zwischenzeit für die Arbeiterschaft geleistet worden ist, dann in dieser Stunde erst recht erfüllt es mich mit Stolz, bei der Partei

gedient, mit der Partei gelebt, mit ihr getritten, mit ihr gelitten zu haben. (Bravo und Händeklatschen.)

Was wir an sozialen Errungenschaften haben, das verdanken wir in erster Linie der deutschen Sozialdemokratie. (Bravo! Beifall.) Auch wir haben Fehler gemacht, haben die Fehler unserer Zeit, andere machen die Fehler ihrer Zeit. Aber, Genossinnen und Genossen, deshalb brauchen wir nicht reumütig an unsere Brust zu schlagen, und wenn wir uns anschicken, den Marsch anzutreten auf das große Aufmarschgelände, von dem aus dann die geeinte deutsche sozialistische Partei zur Erfüllung ihrer großen historischen Aufgabe und Mission vorwärtsschreiten will, so marschieren wir nicht hinüber mit gedämpftem Trommelklang, nicht im Büßergewande. Die Deutsche Sozialdemokratische Partei marschiert mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen! (Beifall!)

Und nun ein Appell an die Alten, an die Frauen, an die Jungen. 55 Jahre der Partiarbeit, glaube ich, autorisieren mich dazu. Ihr Alten, Ihr meine Alterskameraden, uns Alte bewegt ja zu dieser Stunde besonders hart der Abschied. So wird es auch bei der Kommunistischen Partei sein, und vielen von ihnen, die auch früher bei uns waren, wird es ähnlich mit ihrer Partei gehen. Dafür haben wir auch Verständnis. Wir Alten können ja den Speer nicht mehr werfen. Unsere Aufgabe ist nicht mehr, den Speer gegen den Feind zu werfen, unsere Aufgabe ist jetzt, durch das Vorbild noch zu wirken, solange wir noch atmen können. Wir Alten haben noch die Aufgabe und die Pflicht, Vorbild in der Treue und in der Liebe zur Arbeiterbewegung zu sein. Wir sollen nicht schmolend den Aufmarsch der nun neu zu formierenden Arbeitermassen zur sozialistischen Massenpartei betrachten.

Im Gegenteil, wir wollen, soweit wir es noch können, täglich dabei sein bis zum letzten Atemzuge. Und, Genossen, wie haben wir Alten von 1933 an, wie haben wir täglich auch den Wunsch gehabt: Werden wir es noch erleben, werden wir noch erleben, daß das Rot, daß unsere rote Fahne ohne Schandflecken in klarer Reinheit wieder über Deutschland weht? Werden wir es noch erleben, daß wir wieder mit den Klassen- und Gesinnungsgenossen zusammen sind?

Wir haben es erlebt! Und wer jetzt draußen in den letzten Monaten war, in den Versammlungen, für den war es geradezu eine Art Wiedergeburt; es war eine Art Jungbrunnen, in leuchtenden Augen diese Begeisterung zu sehen, die man überall draußen angetroffen hat. Wir haben eine große Mission in der Sozialdemokratie zu erfüllen gehabt; sie steht der geeinten Partei erst recht bevor. Und wir Alten, wir wollen noch durch Vorbild, durch Beispiel wirken, so gut wir können.

Ein Wort an die Frauen. Die Nöte der Gegenwart und das Elend, der Jammer trifft ja die Frauen noch härter als uns Männer, denn bei ihnen kommen ja die Sorgen des täglichen Lebens in hunderterlei Gestalt. Ich weiß, wie schwer es sein wird, angesichts des Übermaßes, des Überdruckes von Sorgen für die Frauen, jetzt auch noch organisatorisch tätig zu sein. Aber es muß doch sein, denn ohne

die Mitarbeit der Frauen wird es unmöglich sein, das zu erfüllen, was unsere Mission, was unsere Aufgabe ist um des Lebens und des Daseins willen. (Sehr richtig! Beifall.)

Darum wollen wir die Frauenarbeit in der Bewegung schützen und stützen und fördern, wo wir immer können.

Und nun ein Wort an die Jugend, die Jugend, die leider eine Kinderzeit, ein Kinderglück kaum gekannt hat. (Sehr richtig!) Die Jugend, die jetzt irrend und verzweifelnd das ungeheure Geschehen und die Wirkungen des ungeheuren Geschehens betrachtet, da liegt für uns eine gewaltige Aufgabe. Und Grotewohl hat ihr in so prägnanter Weise Ausdruck gegeben, daß ich mir nur noch erlaube, hinzuzufügen: Wir wollen eingedenk sein, daß der Jugend allein nur die mutige und befreiende Tat imponiert. Für sie bedeutet theoretische Haarspalterei gar nichts, die lebendige Praxis dagegen alles. Wir wollen der Jugend, die sorgfältig heute gepflegt und gehegt werden muß, helfen. Sie ist eine kostbare, in der Gegenwart besonders empfindliche Pflanze. Sie muß mit gärtnerischer Liebe gepflegt werden.

Da wollen wir mithelfen, und speziell wir Alten, die wir viel noch dabei leisten können, an der Erziehung der Jugend für unseren großen Kampf. Was können wir noch tun? Wir wollen auch die Jugend mit einem neuen Ideal, sogar mit einem neuen Heldenideal erfüllen. Nicht mehr das Heldenideal, das in Körners Schwertlied: „Du Schwert an meiner Linken . . .“ gipfelt, nein, die Jugend der nächsten Zukunft, die Jugend der Gegenwart, sie soll nicht mehr sterben für Dynastien, für Imperialisten und Militaristen. Die Jugend der Zukunft soll leben für das Volk, für das Vaterland. (Bravo! Beifall.)

Dazu wollen wir die Jugend erziehen. Genossinnen und Genossen, die Schwierigkeiten sind groß. Wir wissen, daß es eine Gigantenarbeit ist, die wir erfüllen wollen, erfüllen müssen, erfüllen werden. Der Mutigste könnte manchmal erschrecken vor der Größe der Aufgabe. Aber wir lassen uns nicht erschrecken. Wir gehen an die Arbeit nach Goethes Wort:

„Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten,  
nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen,  
rufet die Arme der Götter herbei.“

Und nun, Genossen, an die Arbeit. Wir haben eine Tagung erlebt, die von historischer und gewaltiger geschichtlicher Bedeutung ist. Wir sind Ohrenzeugen, lebendige Zeugen dieser Tagung gewesen. Wir gehen hinaus in unsere Provinzen, hinaus in unsere Dörfer und Städte und wollen das, was wir hier gehört haben, wir wollen den Eindruck, den wir mitgenommen haben, den Eindruck ungeheuer gefestigter Solidarität, den wollen wir draußen weiterverbreiten.

Genossen, vorwärts und aufwärts! Es lebe der demokratische Sozialismus. es lebe die Sozialdemokratie, es lebe die Solidarität der Arbeiterklasse nach dem

großen Wort des kommunistischen Manifestes: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! (Bravorufe und stürmisches Händeklatschen.)

Genosse Fechner: Genossinnen und Genossen! Ich lasse jetzt insgesamt über die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei abstimmen. Wer für Annahme der nunmehr erfolgten Formulierung der Grundsätze und Ziele ist, die Genossen bitte ich, die Delegiertenkarte zu erheben. — Die Gegenprobe, bitte. — Sind Stimmenthaltungen da? Keine Stimmenthaltung! Ich stelle fest, daß einstimmig die Grundsätze und Ziele angenommen sind. (Bravo und stürmisches Händeklatschen.)

Nun, Genossen, schlagen wir folgende EntschlieÙung vor:

„Der 40. Parteitag der SPD bekennt sich zur Einheit der Arbeiterklasse und stellt fest: Mit der nunmehr zur Tat werdenden Vereinigung der beiden sozialistischen Arbeiterparteien wird das Vermächtnis unserer Toten erfüllt und der Auftrag ausgeführt, den der Zentralausschuß bei der Wiedererrichtung der Partei am 17. Juni 1945 übernommen hatte. Von der tiefen Sehnsucht nach Frieden, von der schweren Not unserer Zeit getrieben, wird das Verlangen aller Sozialisten nach der Einheit der Arbeiterbewegung nunmehr erfüllt. Allen Widerständen zum Trotz sind wir am Ziel unserer Wünsche. Der unüberwindliche Bund der Arbeiter ist geschlossen. In ihm wollen wir brüderlich zusammenstehen. Die Sozialistische Einheitspartei wird das große Werk des Wiederaufbaus und der demokratischen Erneuerung Deutschlands fortsetzen. Wir arbeiten für Deutschland, wir kämpfen für den Sozialismus!“ (Lebhafter Beifall.)

Aus der Erkenntnis dieser EntschlieÙung ergibt sich für uns eine weitere Annahme, und zwar folgende EntschlieÙung: Ein Beschluß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Durchführung der Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands: „Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 19. und 20. April 1946 in Berlin beschließt: Der Parteitag tritt mit dem Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 21. und 22. April 1946 im Admiralspalast zu Berlin zu dem Konstituierungsparteitag zusammen, um die Vereinigung der beiden Parteien und damit die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu vollziehen. In den Orten und Bezirken, in denen die örtlichen oder bezirklichen Organisationen der Sozialdemokratischen Partei mit der Kommunistischen Partei die Vereinigung noch nicht beschlossen haben, sind alsbald Organisationsausschüsse aus Mitgliedern beider Parteien zu bilden, um die Einheit der sozialistischen Bewegung in ihrem Bereich mit aller Energie und mit größter Beschleunigung durchzuführen. Soweit in Orten oder Bezirken die Vereinigung beschlossen und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands konstituiert ist, hat die Sozialdemokratische Partei aufgehört zu existieren.“

Genossinnen und Genossen! Sie haben die EntschlieÙung zur Frage der Vereinigung gehört, und wir haben dazu den Beschluß zu fassen, wie ich ihn eben verlesen habe. Ich bitte die Delegierten, die für die Annahme dieser Ent-

schließung sind, die die Vereinigung der beiden Parteien herbeiführen will, die Delegiertenkarte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Sind Stimmenthaltungen? — Das ist nicht der Fall, Genossen.

Damit hat der Parteitag die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien beschlossen. (Lautes Bravo und Händeklatschen. — Die Versammlung stimmt spontan den Sozialistenmarsch an.)

Genosse Gniffke: Genossinnen und Genossen! Damit kommen wir zu einer weiteren Beschlußfassung über die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Der Antrag des Parteiausschusses lautet wie folgt:

„Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen. (Beifall.) Beide Parteien treten daher am 21. und 22. April 1946 zu ihrem Vereinigungsparteitag in Berlin zusammen und beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.“

Wer für diesen Beschluß ist, den wir morgen dem Vereinigungsparteitag vorlegen, den bitte ich, die Karte zu erheben. — Ich danke schön. — Die Gegenprobe — Stimmenthaltungen? — Keine. Ich stelle einstimmige Annahme auch dieses Beschlusses fest. (Bravol Beifall.)

Ein weiterer Antrag des Parteiausschusses: „Der Parteitag beschließt, anlässlich der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ein Manifest an das deutsche Volk herauszugeben, dessen Redigierung durch die Redaktionskommission für den Vereinigungsparteitag vorbereitet werden soll.“

Die Redaktionskommission ist bereits gewählt.

Wer für die Annahme auch dieses Antrages ist, bitte ich, das Handzeichen zu geben. — Dankeschön! — Die Gegenprobe. Auch dieser Beschluß ist einstimmig gefaßt.

Soeben, Genossen, wird das Wahlergebnis bekanntgegeben. Es wurden abgegeben 472 Stimmen. Davon mußten 21 als ungültig erklärt werden. (Hört, hört!) Gültige Stimmen: 451.

Gewählt wurden die vorgeschlagenen Genossen. Es sind dies die Genossen:

Otto Grotewohl-Berlin, Max Fechner-Berlin, E. W. Gniffke-Berlin, August Karsten-Berlin, Otto Meier-Berlin, Helmut Lehmann-Berlin, Käthe Kern-Berlin, Richard Weimann-Berlin, Bernhard Göring-Berlin, Karl Litke-Berlin, Toni Wohlgemuth-Berlin, Karl Hauser-Frankfurt/M., Willi Buch-Braunschweig, Erich Braun-Hildesheim, E. Heilmann-Kiel, Yella Schaar-Heidelberg, Hans Breck-Kiel, Gustav Müller-Rheinland, G. Teichert-Essen, Ernst Hoffmann-Berlin, Erich Lübke-Berlin, Hermann Schlimme-Berlin, Edith Baumann-Berlin, Friedrich Ebert-Potsdam, Paul Szillat-Rathenow, Oskar Wegener-Frankfurt/O., Bruno Böttge-Halle, Hermann Prübenau-Magdeburg, Fritz Jungmann-Dessau, Otto Buchwitz-Dresden, Stanislaw Trabalski-Leipzig, Albert Meier-Dresden, August Friedel-

Chemnitz, Gertrud Hentsch-Zwickau, Heinrich Hoffmann-Weimar, Erna Sachse-Altenburg, Fritz Wagner-Meiningen, Karl Moltmann-Schwerin, Willy Jesse-Schwerin, Max Fank-Stralsund.

Genossinnen und Genossen! Nach den Statuten ist nun vorgesehen, daß das Zentralsekretariat gewählt wird aus dem Vorstand, daß aber die beiden Vorsitzenden der Parteien von den Parteitagen und von dem Vereinigungsparteitag gewählt werden. Der Parteiausschuß hat einstimmig als Vorsitzenden unsererseits den Genossen Otto Grotewohl vorgeschlagen. (Bravol Beifall.)

Der Beifall hat heute mehrmals gezeigt, daß es zweifellos keine Gegenstimmen gibt. Trotzdem möchte ich den Wahlakt vornehmen. Wer für die Wahl des Genossen Otto Grotewohl als Vorsitzender ist, bitte ich, das Zeichen zu geben. — Ich danke schön! — Die Gegenprobe. Ich stelle einstimmige Annahme fest. (Lebhafter Beifall.)

Genossen! Es sind noch Vorschläge zu machen, und zwar für drei Revisoren für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Vorgeschlagen werden von dem Parteiausschuß der Genosse Wilhelm Hauth-Berlin, der Genosse Karl Brandt-Berlin-Köpenick und der Genosse Paul Bismarck-Brandenburg. — Ein Bismarck muß dabei sein! (Heiterkeit!)

Werden andere Vorschläge gemacht? Es ist nicht der Fall. Ich bitte also um das Handzeichen! — Ich danke sehr! — Die Gegenprobe! Ich stelle fest, daß die Mitglieder der Revisionskommission einstimmig gewählt wurden.

Damit, Genossen, kommen wir zum Schluß. Das Schlußwort hat der Genosse Max Fechner. Ich erteile ihm das Wort.

Genosse Fechner: Verehrte Genossinnen und Genossen! Wir stehen alle noch unter dem Eindruck des einmütigen Bekenntnisses der Delegierten zur Einheit der deutschen Arbeiterklasse. Uns ist das Herz erfüllt mit Freude und Dankbarkeit. Nun ist es endlich vollendet das große Einigungswerk. Sehnsucht von Hunderttausenden wurde gestillt, der Bruderkampf begraben, die Einheit geschaffen. Wir sind uns alle der Größe der Stunde und der Tragweite dieser historischen Entscheidung bewußt, die der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als die höchste Instanz durch seine Delegierten gefällt hat.

Genossen, Freunde! Wir bekennen uns in dieser Stunde mit Stolz zu der großen Vergangenheit der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands. Wir haben das Einigungswerk aus dem Geiste heraus geschaffen, in dem die deutsche Arbeiterklasse seit nunmehr 80 Jahren unter dem Banner des Sozialismus gestritten hat. Wir sind uns dessen zutiefst bewußt, daß wir Lebenden ein großes Erbe und eine große Idee zu hüten haben. Namen sind Schall und Rauch, Parteiformen sind vergänglich. Unvergänglich aber ist uns die uns zu treuen Händen übergebene Idee des unbesiegt Sozialismus. Ihm haben die Generationen vor uns ihr Leben geweiht. Im Glauben an seine Verwirklichung haben Millionen Werktätiger die Bürde des karglichen Lebens getragen, und Millionen unseres Volkes setzen heute ihre ganze Hoffnung auf ihn, der ihnen Frieden und Arbeit, Freiheit und

Menschenwürde bringen soll. Wir haben eine große Aufgabe zu erfüllen. Wir müssen unserem geschändeten und mißbrauchten Volk helfen. Wir dürfen nicht verzagen und uns vor der Geschichte des Auftrages unwürdig zeigen, den die deutsche Arbeiterklasse nach dem Niedergange der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nun übernommen hat. Diejenigen, die angesichts dieser Aufgaben die aufbaufähigen Kräfte der geeinten Arbeiterklasse spalten wollen, versündigen sich nicht nur an der sozialistischen Arbeiterbewegung, sondern auch am deutschen Volke. Die aber, die alle Sozialisten unter ein Banner rufen, handeln im Geiste unserer Väter und wahren ihr mahnendes Vermächtnis.

In dieser erhebenden Stunde reichten wir nicht mit denen, die die geschichtliche Notwendigkeit einer einheitlichen politischen Arbeiterorganisation in Deutschland noch nicht übersehen können. Wir wollen diesen Genossen helfen, den Weg zur geeinten deutschen Arbeiterbewegung zu finden. Wir wollen um ihre Herzen und Hirne ringen und nicht eher ruhen, bis auch der letzte Zweifelnde sich zu uns bekennt. Denen aber, die als Unbelehrbare den Bruderkampf verewigen wollen, werden wir in sachlicher Kampfweise die Fadenscheinigkeit ihres kleinbürgerlichen Neusozialismus nachweisen und ihre politische Einflußmöglichkeit dadurch bis zur Bedeutungslosigkeit herabmindern. Die geeinte deutsche Arbeiterklasse will nichts mehr mit einer Ideologie zu tun haben, die in der Vergangenheit restlos versagt hat. In der frischen Luft des Kampfes um die sozialistische Erneuerung Deutschlands wird die deutsche Arbeiterklasse diesen lebensgefährlichen Bazillus abtöten. Wir sind ein für allemal gegen die Injektion mit dem lähmenden Gift des kleinbürgerlichen Reformismus unempfindlich geworden. Die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei ist eine politische Tat der deutschen Arbeiterklasse für das ganze deutsche Volk. Wir sehen in der großen Partei der Werktätigen keinen Selbstzweck. Die Kraft und der Wille zur Tat, die diese neue Partei vor allen anderen Parteien in Deutschland auszeichnen wird, werden wir einzig und allein im Dienste an unserem Volk einsetzen. Die Sozialistische Einheitspartei wird der Motor im Aufbau Deutschlands werden. Sie wird durch ihre Leistungen ihren Führungsanspruch rechtfertigen. Die Sozialistische Einheitspartei schließt nicht die anderen Parteien aus. In der bewährten antifaschistisch-demokratischen Aktionsseinheit wird die Sozialistische Einheitspartei mit den Parteien wie bisher zusammenarbeiten, die am Aufbau Deutschlands mithelfen wollen. Die in der Sozialistischen Einheitspartei organisierte Arbeiterklasse weiß, daß sie unserem Volk, aber auch der Welt am besten dadurch dient, wenn sie sich überparteilich aus jedem Kräftespiel der großen Politik heraushält und allein ihre Aufgabe in der Lösung der innerdeutschen Probleme sieht. Wir werden deshalb auf dem Boden einer lebenskräftigen und wahrhaft volksdienenden Demokratie nach den Bedingungen unseren politischen Weg gehen, die durch die heutige Lage in Deutschland gegeben sind. Unter solchen Bedingungen hat noch kein Volk der abendländischen Geschichte den schweren und langen Kampf um seine seelische, geistige und wirtschaftliche Wiedergesundung zu führen brauchen,

wie wir es werden tun müssen. Wir stehen vor einer erstmaligen und bisher einmaligen Situation. In dieser Tatsache liegt aber zugleich die Begründung dafür, daß wir uns nicht mit der schematischen Übernahme irgendeines politischen Systems helfen können, das unter anderen Voraussetzungen gewachsen ist. Wir müssen neue und eigene Wege gehen, die uns zu dem ungetrübten Glück eines geordneten und friedlichen Staats- und Gesellschaftslebens führen.

Wir stehen vor den Trümmern eines zusammengebrochenen Gewaltsystems. Wir erstreben die sozialistische Gesellschaftsordnung der Freiheit und ökonomischen Sicherung und der Menschenwürde: Wie wir aus dieser Gegenwart die Zukunft erobern werden. Das wird der von allen Vorbildern freie und selbständige Weg unseres Volkes sein. Wir aber werden vorangehen und den Weg einschlagen, der unserem Volk die Leidensspanne abkürzen soll. Wir glauben, daß wir damit den Frieden in der Welt mit sichern helfen und das Vertrauen aller Siegermächte zurückgewinnen, das wir so dringend gebrauchen.

Genossinnen und Genossen! Mit dem Bekenntnis zur Sozialistischen Einheitspartei haben wir das politische Instrument geschaffen, mit dem wir die Zukunft meistern werden. Eine bedeutsame Entscheidung für die sozialistische Arbeiterbewegung haben wir heute getroffen. Wir waren Zeugen und Miterlebende eines Parteitages, der als der gewichtigste in die Geschichte der 40 Parteitage seit den Tagen von Erfurt eingehen wird. Mit dem heute vollzogenen Beschluß der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien haben wir den großen Bogen von der stolzen Vergangenheit der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands über die Not der Gegenwart in eine bessere Zukunft gespannt.

Wir beenden unseren Parteitag. Wir erheben uns von den Plätzen und stimmen ein in den Ruf: Die geeinte sozialistische Arbeiterbewegung, die Partei aller schaffenden Deutschen, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, sie lebe (Stürmisch fällt die Versammlung ein) hoch, hoch, hoch! (Spontan wurde „Die Internationale“ gesungen.)

### Verzeichnis der Redner des SPD-Parteitages

Berner . . . . .	31	Karsten . . . . .	80
Braun . . . . .	31	Kern . . . . .	56
Dahlem . . . . .	46	Lehmann . . . . .	103
Fechner . . . . .	23, 38, 131	Litke . . . . .	83
Füchsel . . . . .	112	Orlopp . . . . .	24
Gniffke . . . . .	73, 117	Schaar . . . . .	30
Göring . . . . .	26	Schöpflin . . . . .	124
Grotewohl . . . . .	19, 84	Schreiber . . . . .	62
Harold . . . . .	119	Schwert . . . . .	67
Hauser . . . . .	28	Sorhage . . . . .	32
Heilmann . . . . .	35	Spiegelmacher . . . . .	32
Kamerahl . . . . .	103	Weimann . . . . .	48
Wend . . . . .	115		

### DOKUMENTE DER EINHEIT

### **Beschluß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Durchführung der Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands**

Der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 19. und 20. April 1946 in Berlin beschließt:

Der Parteitag tritt mit dem Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 21. und 22. April 1946 im Admiralspalast zu Berlin zu dem Konstituierungs-Parteitag zusammen, um die Vereinigung der beiden Parteien und damit die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu vollziehen. In den Orten und Bezirken, in denen die örtliche oder bezirkliche Organisation der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei die Vereinigung noch nicht beschlossen haben, sind alsbald Organisationsausschüsse aus Mitgliedern beider Parteien zu bilden, um die Einheit der sozialistischen Bewegung in ihrem Bereich mit aller Energie und mit größter Beschleunigung durchzuführen. Sobald in Orten und Bezirken die Vereinigung beschlossen und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands konstituiert ist, hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aufgehört zu existieren.

### **Beschluß der Kommunistischen Partei Deutschlands über die Durchführung der Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 19. und 20. April 1946 in Berlin beschließt:

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands tritt mit dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 21. und 22. April 1946 im Admiralspalast in Berlin zu einem gemeinsamen Parteitag zusammen, um die Vereinigung der beiden Parteien und damit die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu vollziehen. In den Orten und Bezirken, in denen die örtlichen oder bezirklichen Organisationen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei die Vereinigung noch nicht beschlossen haben, sind alsbald Organisationsausschüsse, bestehend aus den Mitgliedern beider Parteien, zu bilden, um die Einheit der sozialistischen Bewegung in ihrem Bereich mit aller Energie und größter Beschleunigung durchzuführen. Sobald in den Orten oder Bezirken die Vereinigung beschlossen und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands konstituiert ist, hat die Kommunistische Partei Deutschlands aufgehört zu existieren.

### **Beschluß über die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**

Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen.

Beide Parteien treten daher am 21. und 22. April 1946 zu ihrem Vereinigungs-Parteitag in Berlin zusammen und beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

### **Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**

Zwölf Jahre faschistischer Diktatur, sechs Jahre Hitlerkrieg schleuderten das deutsche Volk in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte.

#### **Deutschland wurde in ein Trümmerfeld verwandelt**

Der Hitlerfaschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes.

Durch die Spaltung der Arbeiterklasse gelangte der Faschismus zur Macht. Mit grausamstem Terror vernichtete er alle demokratischen Rechte und Freiheiten und verwandelte Deutschland in ein Militärzuchthaus.

Damit war der Weg für eine ungehemmte imperialistische Kriegspolitik frei. Der deutsche Imperialismus opferte seinen Weltmachtsansprüchen bedenkenlos das Leben und die Existenz von Millionen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Geistesarbeitern und vor allem der Jugend, er setzte Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel.

#### **Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?**

Militarismus und imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik haben Deutschland zweimal in das größte nationale Unglück gestürzt.

Die Sicherung des Friedens, der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Erhaltung der Einheit Deutschlands erfordern die Vernichtung der Überreste des Hitlerfaschismus und die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus.

### **Niemals wieder darf die Reaktion zur Herrschaft gelangen!**

Dazu ist die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung.

Von allen Schichten des deutschen Volkes haben die Werktätigen das größte Leid, die größten Lasten getragen. Sie sind die große Mehrheit des Volkes. Auf ihren Schultern ruht in erster Linie die Last des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung.

Das schaffende Volk muß daher auch die Geschicke des neuen demokratischen Deutschlands bestimmen.

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entscheidendste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird.

### **Die Arbeiterklasse allein hat ein großes geschichtliches Ziel: Den Sozialismus**

Ihr gehört daher im Bunde mit den Werktätigen die Zukunft.

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Von diesen Erwägungen ausgehend, wird die

### **Sozialistische Einheitspartei Deutschlands**

auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

#### **I. Gegenwartsforderungen**

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.
2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.
3. Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.

4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.
5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmungen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamt-deutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.
6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. Planmäßige Förderung der Bedarfsgütererzeugung in Industrie und Handwerk unter Einschaltung der Privatinitiative. Stärkste Intensivierung und Förderung der Landwirtschaft. Wiederaufbau der zerstörten Städte und beschleunigte Wiederherstellung des Transports und der Sicherheit des Verkehrs. Schaffung der Grundlagen zur Wiedereingliederung Deutschlands in den internationalen Warenaustausch durch Ausfuhr von Bedarfsgütern und Einfuhr fehlender Rohstoffe und Lebensmittel, auch mit Hilfe internationaler Warenkredite. Neuaufbau des Kreditwesens durch öffentliche Kreditinstitute. Arbeitsbeschaffung für alle Werktätigen. Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung.
7. Demokratische Steuerreform. Vereinfachung des Steuerwesens durch straffe Zusammenfassung aller Steuerarten. Stärkere Berücksichtigung der sozialen Lage bei der Steuerbemessung. Die Reicheren sollen die größeren Kriegslasten tragen.
8. Sicherung der demokratischen Volksrechte. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Sicherheit des demokratischen Staates gegenüber reaktionären Anschlägen. Gesinnungs- und Religionsfreiheit. Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied von Rasse und Geschlecht. Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und im Beruf. Staatlicher Schutz der Person. Demokratische Rechts- und Justizform.
9. Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechtes. Anerkennung der Betriebsräte als gesetzmäßige Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte in allen Betriebs- und Produktionsfragen.
10. Achtstundentag als gesetzlicher Normalarbeitstag. Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes, besonders für Frauen und Jugendliche. Ausbau einer einheitlichen Sozialversicherung unter Einbeziehung aller Werktätigen. Neuordnung

der Sozialfürsorge, des Mutter-, Kinder- und Jugendschutzes. Besondere Fürsorge für die Opfer des Faschismus, Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer.

11. Demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens. Aufbau der Einheitsschule. Erziehung der Jugend im Geiste einer fortschrittlichen Demokratie, der Freundschaft unter den Völkern und einer wahren Humanität. Jeder Deutsche hat das Anrecht auf Bildung nach seinen Anlagen und Fähigkeiten. Trennung der Kirche von Staat und Schule. Kulturelle Erneuerung Deutschlands; Förderung von Literatur, Kunst und Wissenschaft.
12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.
13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.
14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Nationen.

## II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben; der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.

## III. Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die geschichtliche Aufgabe der geeinten Arbeiterbewegung ist es, den Kampf der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes bewußt und einheitlich zu gestalten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat die Gegenwartsbestrebungen der Arbeiterklasse in die Richtung des Kampfes um den Sozialismus zu lenken, die Arbeiterklasse und das gesamte schaffende Volk bei der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission zu führen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann ihren Kampf nur erfolgreich führen, wenn sie die besten und fortgeschrittensten Kräfte der Werktätigen vereint und durch die Vertretung ihrer Interessen zur

### Partei des schaffenden Volkes

wird.

Diese Kampforganisation beruht auf dem demokratischen Beschlußrecht ihrer Mitglieder, der demokratischen Wahl aller Parteileitungen und der Bindung aller Mitglieder, Abgeordneten, Beauftragten und Leitungen der Partei an die demokratisch gefaßten Beschlüsse.

Die Interessen der Werktätigen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise gleich. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt sich daher eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Sie fühlt sich solidarisch mit den friedliebenden und demokratischen Völkern der ganzen Welt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande für die wahren nationalen Interessen ihres Volkes. Als deutsche sozialistische Partei ist sie die fortschrittlichste und beste nationale Kraft, die mit aller Kraft, die mit aller Energie gegen alle partikularistischen Tendenzen für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands eintritt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird sich nach diesen Grundsätzen und Forderungen ein Programm geben, das vom Parteivorstand der Mitgliedschaft vorzulegen und vom nächsten ordentlichen Parteitag zu beschließen ist.

Die Einheit der sozialistischen Bewegung ist die beste Gewähr für die Einheit Deutschlands! Sie wird den Sieg des Sozialismus sichern! Der Sozialismus ist das Banner der Zukunft!

In diesem Zeichen werden wir siegen!

## Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

### § 1

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Die Partei erfüllt ihre Aufgaben nach den auf dem Vereinigungsparteitag zu Berlin am 21. und 22. April 1946 beschlossenen Grundsätzen und Zielen, nach den Beschlüssen der Parteitage und auf Grund dieses Statuts.

### Mitgliedschaft

#### § 2

1. Mitglied kann werden, wer die Parteitagsbeschlüsse und dieses Statut anerkennt und sich verpflichtet, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken und aktiv in der Partei zu arbeiten.

2. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Aufnahme durch den Ortsgruppenvorstand.

3. Wird die Aufnahme abgelehnt, so ist die Beschwerde an den Kreisvorstand zulässig. Sie muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des ablehnenden Bescheides eingelegt werden.

4. Erhebt eine andere Parteikörperschaft gegen die Aufnahme Einspruch, so entscheidet der Kreisvorstand darüber. Gegen dessen Entscheidung kann die beteiligte Parteikörperschaft Beschwerde an den Landes-(Provinzial-)Vorstand einlegen. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingelegt werden.

#### § 3

Auf die Mitgliedschaft wird die ununterbrochen bis zum Verbot der Parteien von 1933 zurückgelegte Mitgliedszeit bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bei der Kommunistischen Partei Deutschlands, bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und bei der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands angerechnet. Die Zugehörigkeit zum Sozialistischen Jugendverband, zum Kommunistischen Jugendverband und zur Sozialistischen Arbeiterjugend wird im Mitgliedsbuch eingetragen.

### § 4

1. Die Mitgliedschaft endet:

- a) durch Austritt,
- b) durch Ausschuß,
- c) durch Tod.

2. Wer aus der Partei ausscheidet, verliert für sich und seine Rechtsnachfolger jeden Anspruch an das Parteivermögen.

### § 5

1. Der Ausschuß aus der Partei erfolgt, wenn das Mitglied gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei gröblich verstößt oder wenn es ehelos handelt, oder wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Partei die Partei schädigt.

2. Der Ausschuß kann nur von einem Parteimitglied oder von einer Parteikörperschaft beantragt werden. Der Antrag muß schriftlich, unter Angabe der Beweismittel, begründet werden und ist an den Vorstand der für den Beschuldigten zuständigen Ortsgruppe (§ 10) zu richten. Der Ortsgruppenvorstand gibt den Antrag mit dem Ergebnis seiner Prüfung an den Kreisvorstand (§ 11) weiter.

3. Über den Ausschuß entscheidet der Kreisvorstand. Gegen die Entscheidung des Kreisvorstandes kann der Ausgeschlossene oder der zuständige Ortsgruppenvorstand Beschwerde bei dem Landes-(Provinzial-)Vorstand einlegen. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingelegt werden.

4. Über die Beschwerde entscheidet das Parteischiedsgericht des Landes-(Provinzial-)Verbandes.

5. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts kann der Ausgeschlossene oder der beteiligte Ortsgruppen- oder Kreisvorstand die Entscheidung des Parteitages anrufen. Dies muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung des Schiedsgerichts bei dem Zentralsekretariat des Parteivorstandes geschehen.

### § 6

Die zur Entscheidung berufenen Instanzen sind berechtigt, statt auf Ausschuß aus der Partei auf zeitweise Ausschließung von Ämtern oder auf die Erteilung eines Verweises oder einer Rüge zu erkennen.

### § 7

Die Mitgliedschaft wird gestrichen, wenn das Mitglied trotz Mahnung länger als drei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande bleibt. Stundung der Beiträge ist zulässig.

## Gliederung der Partei

### § 8

Die Partei gliedert sich in:

- a) Wohnbezirksgruppen und Betriebsgruppen,
- b) Ortsgruppen,
- c) Kreise,
- d) Bezirke,
- e) Landes-(Provinzial-)Verbände.

### Wohnbezirks- und Betriebsgruppen

#### § 9

1. Die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen sind die Grundeinheiten der Partei.
2. In den Betrieben sind Betriebsgruppen zu errichten. Parteimitglieder, die in einem Betrieb tätig sind, gehören dieser Betriebsgruppe an und sind verpflichtet, darin aktiv zu arbeiten. Sie sind außerdem verpflichtet, an der Arbeit der Gruppe ihres Wohnbezirks oder ihrer Ortsgruppe, in der sie erfaßt sind, teilzunehmen.
3. Die nicht in Betriebsgruppen organisierten Parteimitglieder werden in Wohnbezirksgruppen organisiert.
4. Die Grundeinheiten wählen eine Leitung zur Führung ihrer Parteiarbeit.
5. Die Grundeinheit führt die Politik der Partei in ihrem Bereich durch. Die Grundeinheit kann politische Entscheidungen nur für ihren Bereich treffen.
6. Aufbau und Aufgaben der Grundeinheiten regelt das Kreisstatut (§ 25).

### Ortsgruppen

#### § 10

1. Die Grundeinheiten einer Gemeinde werden zu einer Ortsgruppe oder zu einer Untergliederung einer Ortsgruppe zusammengeschlossen. Die Ortsgruppe entscheidet in allen politischen Fragen ihres Bereichs, wobei ihre Grundeinheiten, die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen, diesen Entscheidungen unterliegen.
2. Die Mitglieder mehrerer benachbarter Gemeinden können zu einer Ortsgruppe vereinigt werden.
3. Mitglieder in Gemeinden, für die eine Ortsgruppe nicht besteht, gelten als Einzelmitglieder. Sie können der Ortsgruppe einer Nachbargemeinde zugewiesen werden. Ist das nicht möglich, so werden sie bei dem Sekretariat der höheren Gliederung geführt, die gebietsmäßig zuständig ist.
4. Reicht die Zahl der Mitglieder in einem Orte zur Bildung einer Ortsgruppe nicht aus und sind die Absätze 2 und 3 nicht anwendbar, so bilden sie einen Stützpunkt. Sie wählen sich einen Stützpunktleiter. Dieser übernimmt die Aufgaben des Ortsgruppenvorstandes.

5. Die Ortsgruppen können nach den örtlichen Verhältnissen aufgegliedert werden.

6. Die Ortsgruppe wird von einem Ortsgruppenvorstand geleitet. Der Ortsgruppenvorstand besteht aus mindestens sechs Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Dem Ortsgruppenvorstand muß mindestens eine Frau angehören.

7. Sekretäre werden nach Bedarf, im Einvernehmen mit dem Kreisvorstand (§ 11), angestellt.

8. Der Ortsgruppenvorstand und die Sekretäre werden von der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe gewählt.

9. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Mitgliederversammlung drei Revisoren.

10. Mitgliederversammlungen finden nach Bedarf, in der Regel monatlich, statt.

### Kreise

#### § 11

1. Die Ortsgruppen und Stützpunkte in einem Landkreise werden zu einem Kreis zusammengeschlossen. Kreisfreie Städte gehören zu dem angrenzenden Kreis. In Stadtkreisen tritt der Kreis in der Regel an die Stelle der Ortsgruppe. Das Landes-(Provinzial-)Statut (§ 25) kann Abweichendes bestimmen.

2. In räumlich ausgedehnten Kreisen können mehrere Ortsgruppen durch Arbeitsgebietsleitungen als Hilfsorgane der Kreisleitung zusammengefaßt werden.

3. Der Kreis wird von einem Kreisvorstand geleitet. Der Kreisvorstand besteht aus zwanzig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Dem Kreisvorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

4. Die Geschäfte des Kreises werden nach den Beschlüssen des Kreisvorstandes von einem Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus sechs bis acht Mitgliedern, einschließlich der beiden Vorsitzenden. Dem Sekretariat muß mindestens eine Frau angehören.

5. Die Kreisdelegiertenkonferenz wählt die Mitglieder des Kreisvorstandes.

6. Die Mitglieder des Sekretariats, mit Ausnahme der Vorsitzenden, werden vom Kreisvorstand aus seiner Mitte gewählt.

7. Die Anstellung von Sekretären erfolgt durch den Kreisvorstand im Einvernehmen mit dem Bezirksvorstand (§ 13), oder in Landes-(Provinzial-)Verbänden, die nicht in Bezirke aufgegliedert sind, im Einvernehmen mit dem Vorstand des Landes-(Provinzial-)Verbandes (§ 15).

8. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Kreisdelegiertenkonferenz drei Revisoren.

9. Aufbau und Aufgaben der Ortsgruppen und der Kreise regelt das Kreisstatut (§ 25).

## § 12

1. Kreisdelegiertenkonferenzen finden nach Bedarf, in der Regel halbjährlich, statt. Die Zahl der Delegierten bestimmt das Kreisstatut (§ 25).

2. Jede Ortsgruppe (oder deren Untergliederungen) entsendet die ihrer Mitgliederzahl entsprechende Zahl von Delegierten (§ 22 Abs. 9). Die danach der Ortsgruppe zustehende Zahl von Delegierten wird ihr mit der Einberufung mitgeteilt.

3. Die Delegierten werden von der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe (oder deren Untergliederungen) gewählt.

4. Die Kreisdelegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von einem Monat durch den Kreisvorstand einberufen werden.

5. Die Kreisdelegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Kreisvorstandes, die Anträge der Ortsgruppen und der Delegierten.

6. Auf Verlangen des Bezirksvorstandes (Landes-[Provinzial-]Vorstandes) sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.

7. Der Kreisvorstand erstattet der Kreisdelegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Kreisdelegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

## Bezirke

### § 13

1. Mehrere Kreise in einem Lande oder einer Provinz werden zu einem Bezirk zusammengeschlossen, sofern sie nicht unmittelbar dem Landes-(Provinzial-)Verband angeschlossen sind.

2. Der Bezirk wird von einem Bezirksvorstand geleitet. Er besteht aus dreißig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Jeder Kreis muß vertreten sein. Dem Bezirksvorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

3. Die Geschäfte des Bezirks werden von einem Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus acht Mitgliedern, darunter mindestens zwei Frauen.

4. Der Bezirksvorstand wird von der Bezirksdelegiertenkonferenz, die Mitglieder des Sekretariats, mit Ausnahme der Vorsitzenden, werden vom Bezirksvorstand aus seiner Mitte gewählt.

5. Die Anstellung der Bezirkssekretäre erfolgt durch den Bezirksvorstand im Einvernehmen mit dem Landes-(Provinzial-)Vorstand.

6. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Bezirksdelegiertenkonferenz drei Revisoren.

## § 14

1. Bezirksdelegiertenkonferenzen finden mindestens einmal jährlich statt. Zu dieser Delegiertenkonferenz entsendet jeder Kreis Delegierte. Die Zahl der Delegierten bestimmt das Landes-(Provinzial-)Statut (§ 25).

2. Die Delegierten werden von den Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt.

3. Die Bezirksdelegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von einem Monat durch den Bezirksvorstand einberufen werden.

4. Die Bezirksdelegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Bezirksvorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise und der Delegierten.

5. Auf Verlangen des Landes-(Provinzial-)Sekretariats sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.

6. Der Bezirksvorstand erstattet der Bezirksdelegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Bezirksdelegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

## Landes-(Provinzial-)Verbände

### § 15

1. Die Bezirke in einem Lande (einer Provinz) oder die Kreise in einem Lande (einer Provinz) ohne Bezirksaufgliederung und die Kreise in der Stadt Berlin werden zu einem Landes-(Provinzial-)Verband zusammengeschlossen.

2. Der Landes-(Provinzial-)Verband wird von einem Landes-(Provinzial-)Vorstand geleitet. Er besteht aus mindestens vierzig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Jeder Kreis muß vertreten sein. Dem Landes-(Provinzial-)Vorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

3. Die Geschäfte des Landes-(Provinzial-)Vorstandes werden vom Landes-(Provinzial-)Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus zehn bis zwölf Mitgliedern, darunter mindestens drei Frauen. Der Landes-(Provinzial-)Vorstand wird von der Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz gewählt. Die Mitglieder des Sekretariats (mit Ausnahme der Vorsitzenden) werden von dem Landes-(Provinzial-)Vorstand aus seiner Mitte gewählt. Die Anstellung von Landessekretären erfolgt durch den Landes-(Provinzial-)Vorstand im Einvernehmen mit dem Parteivorstand.

4. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz eine Revisionskommission.

5. Sie wählt ferner das Schiedsgericht. Es besteht aus fünf Mitgliedern, darunter ein Vorsitzender.

## § 16

1. Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenzen finden nach Bedarf, mindestens einmal jährlich, statt. Zu der Delegiertenkonferenz entsendet jeder Kreis Delegierte. Die Zahl der Delegierten bestimmt das Landes-(Provinzial-)Statut (§ 25).

2. Die Delegierten werden von den Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt.

3. Außerdem nehmen die Mitglieder der Bezirkssekretariate an der Delegiertenkonferenz mit beratender Stimme teil.

4. Die Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von einem Monat durch den Landes-(Provinzial-)Vorstand einberufen werden.

5. Die Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Landes-(Provinzial-)Vorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise, der Bezirke und der Delegierten.

6. Auf Verlangen des Zentralsekretariats sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.

7. Der Landes-(Provinzial-)Vorstand erstattet der Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

## Parteitag

### § 17

1. Parteitage finden nach Bedarf, in der Regel jährlich, statt. Die Zahl der Delegierten bestimmt der Parteivorstand bei der Einberufung.

2. Jeder Landes-(Provinzial-)Verband entsendet die seiner Mitgliederzahl entsprechende Zahl von Delegierten (§ 22 Abs. 9). Die danach dem Landes-(Provinzial-)Verband zustehende Zahl von Delegierten wird ihm mit der Einberufung mitgeteilt.

3. Die Delegierten werden von den Landes-(Provinzial-)Konferenzen gewählt.

4. Der Parteitag muß unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Monaten durch den Parteivorstand einberufen werden.

5. Der Parteitag bestimmt die Richtlinien der Politik der Partei. Er beschließt über die Vorlagen des Parteivorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise, der Bezirke, der Landes-(Provinzial-)Verbände, der Delegierten.

6. Der Parteitag wählt die zwei Parteivorsitzenden mit gleichen Rechten und die anderen Mitglieder des Parteivorstandes sowie die Revisionskommission.

7. Der Parteivorstand erstattet dem Parteitag einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichtet die Revisionskommission über ihre Tätigkeit. Der Parteitag beschließt über die Abnahme dieser Berichte. Er beschließt ferner über Berufungen gegen Entscheidungen der Schiedsgerichte.

## Partei Vorstand

### § 18

Die Partei wird von dem Parteivorstand geleitet. Er besteht aus achtzig Mitgliedern. Dem Parteivorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

## Zentralsekretariat

### § 19

1. Zur Durchführung der Politik der Partei wählt der Parteivorstand aus seiner Mitte die Mitglieder des Zentralsekretariats.

2. Das Zentralsekretariat besteht aus vierzehn Mitgliedern, einschließlich der beiden Parteivorsitzenden. Dem Zentralsekretariat müssen mindestens zwei Frauen angehören.

3. Die Partei wird durch die Parteivorsitzenden gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

## Tagungen, Abstimmungen, Ämter

### § 20

1. Außerordentliche Ortsgruppenversammlungen, Delegiertenkonferenzen oder Parteitage finden auf Beschluß der zur Einberufung berechtigten Körperschaft, der übergeordneten Gliederung, des Parteivorstandes oder auf Antrag eines Drittels der zur Entsendung von Delegierten berechtigten Gliederungen (bei Ortsgruppen ohne Delegiertensystem auf Antrag eines Drittels der Mitglieder) statt. Die Einberufungsfrist wird dabei auf die Hälfte gekürzt.

2. Auf Tagungen, die durch Delegierte gebildet werden, sind nur die Delegierten stimmberechtigt. Die Mitglieder der einberufenden Körperschaft, die Revisoren, die Mitglieder des Schiedsgerichts und der Vorsitzende der Pressekommission nehmen mit beratender Stimme teil.

3. Die Vertreter der übergeordneten Gliederungen sind berechtigt, an allen Verhandlungen der ihnen nachfolgenden Parteigliederungen und deren Körperschaften teilzunehmen und jederzeit, auch außer der Reihe, das Wort zu nehmen.

4. Die Verhandlungen werden durch eine Geschäftsordnung geregelt, die der Parteivorstand erläßt. Er erläßt auch eine Geschäftsordnung für das Verfahren der Schiedsgerichte.

5. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Anträge zum Parteiprogramm und Anträge auf Auflösung der Partei bedürfen zu ihrer Annahme einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmungsberechtigten.

6. Wahlen sind geheim. Sie können mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Abstimmungsberechtigten durch Handerheben erfolgen. Wenn kein

Widerspruch erhoben wird, kann die Wahl auch durch Zuruf erfolgen. Gewählt ist, wer die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt.

7. Zu einem Ehrenamt oder zum Sekretär kann nur gewählt werden, wer seit mindestens einem Jahr Mitglied der Partei ist. Zu einem Ehrenamt oder zum Sekretär im Landes-(Provinzial-)Vorstand oder im Parteivorstand oder als Kandidat zu einem Landes- oder Reichsparlament kann nur gewählt werden, wer seit mindestens drei Jahren Mitglied der Partei ist. Von diesem Grundsatz kann nur in Ausnahmefällen abgewichen werden, wenn es das Parteiinteresse erfordert.

8. Die Aufstellung von Kandidaturen zu einem Stadt-, Kreis-, Provinzial- oder Reichsparlament erfolgt im Einvernehmen mit dem Vorstand der übergeordneten Gliederung.

9. Die Wahlzeit für Parteiämter beträgt in der Regel ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig. Die vorzeitige Abberufung bedarf der Zustimmung des Vorstandes der übergeordneten Gliederung. Gegen den Beschluß dieser Körperschaft steht dem Abberufenen und der beteiligten Körperschaft die Beschwerde an die übergeordnete Gliederung zu. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingelegt werden.

10. Die Tätigkeit der Vertreter der Partei in den Parlamenten, den Selbstverwaltungsorganen, den Regierungen und allen sonstigen öffentlichen Ämtern unterliegt den Beschlüssen und der Kontrolle der zuständigen Parteikörperschaften.

#### Beiträge

##### § 21

1. Das Eintrittsgeld beträgt 1 RM.
2. Der Beitrag beträgt monatlich 1 RM. Er ermäßigt sich für Berufslose, Arbeitslose und Jugendliche auf die Hälfte.
3. Mitglieder mit einem Einkommen von mehr als dreihundert Reichsmark monatlich sind verpflichtet, außerdem monatlich die vom Parteivorstand festgesetzten Sonderbeiträge zu zahlen.
4. Das Kreisstatut kann mit Zustimmung des Landes-(Provinzial-)Vorstandes Zusatzbeiträge vorsehen.

##### § 22

1. Die Eintrittsgelder und Beiträge werden durch die Ortsgruppen erhoben. Die Beitragszahlung wird durch Marken bescheinigt, die in das Mitgliedsbuch (Mitgliedskarte) eingeklebt werden.
2. Der Kreisvorstand entscheidet bei ungleichmäßigen Beitragseinnahmen über die Verteilung an dabei benachteiligte Ortsgruppen unter Zugrundelegung der in den betreffenden Orten ansässigen Betriebsgruppenmitglieder. Bei dadurch entstehenden Überschneidungen haben die beteiligten Kreisvorstände eine Regelung zu treffen.

3. Von den Einnahmen an Eintrittsgeldern steht der Parteikasse die Hälfte, von den Einnahmen an Beiträgen steht ihr ein Viertel zu.

4. Das Landes-(Provinzial-)Statut bestimmt, welchen Anteil der Beitragseinnahme die Ortsgruppen an den Kreis abzuführen haben. Es bestimmt ferner, welchen Anteil an den Einnahmen die Kreise an den Landes-(Provinzial-)Verband abzuführen haben und welchen Anteil an der Beitragseinnahme der Landes-(Provinzial-)Verband den Bezirken zur Verfügung stellt.

5. Die Ortsgruppen führen ihre Zahlungen in monatlichen Teilbeträgen aus. Die Zahlungen erfolgen an die Kasse des Kreises. Diese gibt die Beträge in monatlichen Teilzahlungen an die Kasse des Landes-(Provinzial-)Verbandes und diese an die Kasse des Bezirks und an die Parteihauptkasse weiter.

6. Die Gliederungen rechnen über ihre Zahlungen vierteljährlich ab.

7. Für die Kassenführung erläßt das Zentralsekretariat eine Kassenordnung.

8. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

9. Für die Berechnung der Mitgliederzahlen, die für die Delegiertenzahlen zugrunde zu legen sind, wird von dem Vierteljahrsabschluß ausgegangen, der dem Vierteljahr vorausgeht, in dem die Einberufung der Tagung erfolgt.

#### Parteiorgane

##### § 23

1. Zentralorgan der Partei ist die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Neues Deutschland“. Alle Bekanntmachungen des Parteivorstandes erfolgen im Zentralorgan.

2. Die Landes-(Provinzial-)Verbände geben für ihren Bereich im Einvernehmen mit dem Zentralsekretariat Tageszeitungen heraus. Die Geschäftsführung des Verlages und die Haltung des Parteiorgans wird von einer Pressekommission überwacht. Die Pressekommission wird von dem Landes-(Provinzial-)Vorstand gewählt.

3. Erscheint eine Tageszeitung mit einer selbständigen Schriftleitung an einem anderen Ort als dem Sitz des Landes-(Provinzial-)Verbandes, so wird die Pressekommission von dem Vorstand der für den Erscheinungsort zuständigen, dem Landes-(Provinzial-)Verband nächst nachgeordneten Gliederung gewählt.

4. Die Anstellung der leitenden Redakteure des Parteiorgans bedarf der Bestätigung des Zentralsekretariats.

5. Das wissenschaftliche Organ der Partei ist die Monatsschrift „Einheit“.

6. Das Zentralorgan der Partei und die Monatsschrift „Einheit“ unterstehen unmittelbar dem Zentralsekretariat.

7. Die Herausgabe von Literatur durch Parteiverlage erfolgt im Einvernehmen mit dem Zentralsekretariat.

## Prüfung der Parteieinrichtungen

### § 24

Das Zentralsekretariat ist berechtigt, die Parteiorgane, die Geschäftsführung der Parteigliederungen und deren wirtschaftliche Unternehmungen zu überwachen und zu diesem Zwecke Berichte und Abrechnungen einzufordern und Einsicht in die Bücher und den Geschäftsverkehr zu nehmen.

## Sonderstatuten

### § 25

1. Aufbau, Aufgaben, Tätigkeit und Finanzen der Gliederungen werden durch besondere Statuten der Kreise und der Landes-(Provinzial-)Verbände geregelt.
2. Das Sonderstatut und seine Änderungen beschließt die Delegiertenkonferenz der Gliederung. Diese Beschlüsse der Kreise bedürfen der Zustimmung des Landes-(Provinzial-)Vorstandes. Diese Beschlüsse des Landes-(Provinzial-)Verbandes bedürfen der Zustimmung des Parteivorstandes.
3. Der Parteivorstand stellt Muster für die Sonderstatuten auf.

## Manifest an das deutsche Volk!

Deutsche Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Ein Werk von größter Bedeutung für Deutschlands Zukunft ist getan. In der Hauptstadt Berlin, in den Ländern Sachsen, Thüringen und Mecklenburg und in den Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands vereinigt. Die unheilvolle Zeit der Spaltung der Arbeiterbewegung, des Bruderkampfes zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ist beendet. Die beiden Arbeiterparteien haben sich auf der Basis gemeinsamer Grundsätze und Ziele und eines einheitlichen Statuts vereinigt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist geschaffen!

Die Uneinigkeit ist den Deutschen schon oft zum Verhängnis geworden. Im August 1914 bei Ausbruch des ersten Weltkrieges brach die Einheit der sozialistischen Bewegung auseinander. Durch diese Spaltung wurden die Kräfte des Friedens und der Freiheit gelähmt. Die Revolution vom November 1918 hat die Machtpositionen des Militarismus und Imperialismus nicht beseitigt. Die Reaktion gewann wieder die Oberhand und konnte die demokratischen Freiheiten aushöhlen, bis schließlich der Hitlerfaschismus triumphieren und den zweiten Weltkrieg entfesseln konnte.

So wurde das schaffende deutsche Volk seiner politischen Freiheiten beraubt. Es verlor seine Würde und alle seine sozialen Errungenschaften, wurde zu dem schändlichsten aller Eroberungskriege mißbraucht und in ein Meer von Blut und Tränen, Opfer und Leiden gestürzt.

Niemals wollen wir vergessen:

Millionen Tote und Krüppel, zertrümmerte Städte, eine ruinierte Landwirtschaft, ein zerstörtes Transportwesen, eine niederdrückende Last von Verantwortung und Schuld vor der Welt, Armut und Not, Elend und Verzweiflung — das ist das Erbe der Hitler, Göring, Goebbels und Himmler.

Und niemals dürfen wir vergessen:

Dieses große Unglück konnte über unser Volk nicht zuletzt deswegen hereinbrechen, weil die Widerstandskräfte gegen Faschismus und Krieg sich gegenseitig im Partehader zerfleischt hatten.

Deutsche in Stadt und Land!

Wir stehen an einer Wende. Was heute getan und was heute unterlassen wird, ist für Generationen entscheidend. Einen ganz neuen Weg gilt es zu beschreiten, wenn Deutschland eine Zukunft gewinnen will.

Nur die Vernichtung der Kräfte des Militarismus und Imperialismus, der Aufbau einer lebendigen und kämpferischen Demokratie und der durch Taten bekundete aufrichtige Friedenswille kann das deutsche Volk in die Gemeinschaft der friedliebenden Nationen zurückführen.

Die antifaschistisch-demokratische Republik und die Politik der Völkerverständigung sind deshalb unerläßliche Voraussetzungen für die Existenz und Zukunft Deutschlands.

Die Fortsetzung der Spaltung im Lager der Arbeiterbewegung, im Lager der Demokratie und des Sozialismus würde Freiheit und Frieden von neuem gefährden und damit unser ganzes Leben als Volk und Nation aufs höchste bedrohen.

Die Einheit der Arbeiterbewegung, die Zusammenarbeit aller aufbauwilligen und demokratischen Volkskräfte ist darum höchstes nationales Gebot. Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist eine große nationale und soziale Tat für unser Volk und Vaterland. Nach dem furchtbaren Erlebnis des Hitlerkrieges ist Deutschland, das Geburtsland von Marx und Engels, das erste Land, in dem die Vereinigung der sozialistischen Bewegung vollbracht wird.

Diese Vereinigung vervielfacht die Kräfte des Neuaufbaus der Wirtschaft. Sie gibt uns die Möglichkeit, Elend und Not rascher zu bannen und ein neues Leben in Ruhe und Freiheit zu gewinnen. Sie sichert den Kräften des Friedens und einer wahren Humanität die Führung der Nation.

Die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung wird die stärkste Garantie der Einheit Deutschlands sein!

Aus Schutt und Asche, Schmach und Schande steigt ein neues Leben, eine bessere und schönere Zukunft hervor!

Wer die Konzentrationslager und die Folterhöhlen der Gestapo nicht vergessen hat, kann nicht wollen, daß der rasende Terror des Faschismus und der Reaktion noch einmal und noch fürchterlichere Blutorgien feiern kann.

Wem die nächtlichen Schrecken in den Luftschutzkellern noch in den Adern zittern, der kann nicht wollen, daß wir und unsere Kinder eines Tages wieder vor der Gefahr eines neuen Krieges mit allen seinen Grausamkeiten stehen.

**Darum fordert das schaffende deutsche Volk die Einheit der Arbeiterbewegung!**

Wer aber aus der Vergangenheit nichts gelernt hat und weiter Haß und Zwietracht sät, den klagen wir an!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die gemeinsame Partei aller Werktätigen, die nicht nur Demokraten und Antifaschisten, sondern auch Gegner des Kapitalismus und Sozialisten sind. Für einen Sozialisten ist die Vereinigung mit einer bürgerlichen Partei widersinnig. Die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien bedeutet daher nicht den Übergang zum Einparteiensystem. Neben

der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben die demokratisch-antifaschistischen Parteien, die auf dem Boden eines anderen Programms und einer anderen Weltanschauung stehen, ihre Daseinsberechtigung. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands setzt sich zur Aufgabe, auch in Zukunft enge und aufrichtige Zusammenarbeit mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien zu pflegen.

Unsere Parole heißt:

**Kein Einparteiensystem, aber Schluß mit der Spaltung der Arbeiterbewegung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront!**

Die Zukunft gehört der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Neben dieser Millionenpartei des Sozialismus ist auf die Dauer nirgend in Deutschland Platz für Splittergruppen. Die volle organisatorische Einheit der marxistischen Bewegung wird sich überall und gegen alle Widersacher siegreich Bahn brechen!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen parlamentarischen Republik, die dem Volk alle Rechte der Meinungsfreiheit und Mitbestimmung sichert, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährt, aber Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln vernichtet. Der Staat, den wir aufbauen, ist ein wahrhaft demokratischer Staat, der auch den Religionsgemeinschaften gegenüber weitgehende Toleranz übt. Das neue Deutschland muß eine unteilbare freie deutsche Republik sein. Allen separatistischen Bestrebungen sagen wir den schärfsten Kampf an. Die öffentlichen Verwaltungsorgane müssen nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Sauberkeit arbeiten; sie müssen sich als dienende Organe des Volkes betrachten, das Volk hat ihre Tätigkeit zu kontrollieren.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei des Neuaufbaus der deutschen Wirtschaft. Ihre Aufgabe ist die Beschleunigung des Wiederaufbaus der zerstörten Städte, die allseitige Förderung der Landwirtschaft und der Industrie für die Erzeugung ziviler Güter. Damit die Wirtschaft nicht mehr der Bereicherung der Großkapitalisten und dem Eroberungskriege dienstbar gemacht werden kann, sind die Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten zu enteignen und ihre Betriebe wie ihr gesamtes Vermögen in die öffentliche Hand zu überführen. Wir erstreben die Durchführung der demokratischen Bodenreform in ganz Deutschland, um die Vorherrschaft der Großgrundbesitzer auf dem Lande zu brechen, den Kleinbauern, Umsiedlern und Landarbeitern eine selbständige Existenz zu schaffen und die Volksernährung durch intensivsten Landbau zu sichern.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei der Erneuerung der deutschen Kultur. Sie fördert die wahre Größe der Nation, indem sie alle schädlichen und reaktionären Überlieferungen bekämpft und alles Hohe und Schöne des deutschen Geisteslebens zur Entfaltung bringt. Damit wird sich unser

Volk in die Kulturgemeinschaft der freiheitlichen und fortschrittlichen Völker der Welt einreihen. Wir erstreben die Durchführung der demokratischen Schulreform in ganz Deutschland, die den Ungeist des Nazismus, Militarismus und der Untertanengesinnung aus der deutschen Schule verbannt, alle wertvollen Bildungseinrichtungen erhält, ein einheitliches Schulsystem schafft, der Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus dient und alle Bildungsprivilegien aufhebt, um den Begabten aus allen Volksschichten die höchsten Bildungsstätten zu öffnen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei der entschiedensten Interessenvertretung der Werktätigen. Sie kämpft für das volle Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsvertretungen in der Wirtschaft. Ihre Forderung ist der Achtstundentag, eine ausreichende Sonntagsruhe, voll bezahlter Urlaub, Ausbau des Arbeitsschutzes und der Sozialversicherung. Tarifliche Mindestlöhne haben den Werktätigen eine ausreichende Existenz zu sichern. Sie kämpft für die Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen und für den Schutz aller Schaffenden vor Übervorteilung und Ausbeutung. Für Schieber und Parasiten darf im neuen Deutschland kein Platz sein!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die wahrhaft nationale Partei des deutschen Volkes; denn ihr Programm dient der Gegenwart und der Zukunft Deutschlands. Sie ist eine unabhängige Partei, die ihre Wurzeln tief im schaffenden deutschen Volk geschlagen hat, sich von allen fremden Einflüssen frei hält und das Wohlergehen des eigenen Volkes zum höchsten Gesetz gemacht hat. Unser Weg und unser Programm entsprechen den Interessen des deutschen Volkes, den Besonderheiten der deutschen Wirtschaft, Politik und Kultur. Als demokratische und sozialistische Partei tritt sie entschieden für die Erhaltung der Einheit Deutschlands ein und erstrebt durch die Sicherung der demokratischen Entwicklung und des Friedens die baldmöglichste Wiederherstellung der inneren und äußeren staatlichen Unabhängigkeit Deutschlands. Nur auf diesem Wege kann die deutsche Arbeiterschaft die Pflichten der internationalen Solidarität erfüllen und das deutsche Volk in die Familie der friedliebenden Völker Aufnahme finden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands will aber bei dem Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Republik nicht stehenbleiben. Ihr Ziel ist die sozialistische Gesellschaftsordnung, die alle Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt, den Klassengegensatz zwischen Armut und Reichtum beseitigt, den Frieden endgültig sichert und eine voll entfaltete Demokratie herbeiführt. Der Sozialismus beseitigt das durch die Ausbeutung geschaffene Kapitaleigentum, die Klein- und Mittelbesitzer aber befreit er von der Gefahr, durch die Kapitalhyänen verschluckt zu werden; er sichert den werktätigen Bauern und den Gewerbetreibenden auf neuer Grundlage eine bessere Existenz. Nur der Sozialismus, dessen Lehre von Marx und Engels begründet wurde, kann alle Lebensfragen unseres Volkes endgültig lösen, alle Quellen des gesellschaftlichen Reichtums erschließen und ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit schaffen. Die Grundprobleme unserer Zeit drängen zur Lösung durch den Sozialismus. Die Sozialistische

Einheitspartei Deutschlands betrachtet sich als die Vollstreckerin dieses höchsten geschichtlichen Erfordernisses. Sie ist die Partei des Sozialismus!

**Arbeiter und Arbeiterinnen! Angestellte!**

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als konsequente Vertreterin der Interessen aller vom Kapital Geknechteten und Ausgebeuteten, als Partei der konsequenten Demokratie und des Sozialismus eure Partei!

**Bauer und Bäuerinnen!**

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als die Partei der friedlichen Arbeit, der Entfaltung der Landwirtschaft und der Freiheit nicht minder eure Partei!

**Handwerker und Gewerbetreibende!**

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als die Partei der prinzipiellen Feindschaft zum Monopol- und Großkapital, als die Partei der Entwicklung des Gewerbes, der Pflege des friedlichen Handels und Wandels ebenso auch eure Partei!

**Lehrer, Ingenieure, Ärzte, Künstler, Studenten und Wissenschaftler!**

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als die Partei des Fortschritts und als entscheidende nationale Kraft, als Partei, die für die Hebung der Volksbildung, für Freiheit der Wissenschaft und Künste entschieden eintritt, vor allem auch eure Partei!

**Frauen und Mütter!**

Es gibt keine andere Partei, die ein so klares und entschiedenes Friedensprogramm vertritt wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Nur im Frieden kann das Glück der Familie gedeihen. Nur die neue demokratische Republik kann euch gleichen Lohn für gleiche Leistung, eine volle Gleichberechtigung als Frau auf allen Gebieten und den Ausbau des Kinder- und Mutterschutzes sichern. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, bringt den Frauen gleiches Recht und volle Entfaltungsmöglichkeiten.

Frauen und Mütter! Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist daher auch eure Partei!

**Deutsche Jugend!**

Der Nazismus hat euren Glauben schmähslich mißbraucht und eure edelsten Tugenden entwürdigt. Doch die deutsche Jugend ist unsere Hoffnung. In euren Händen wird die Zukunft des Vaterlandes liegen. Unsere Weltanschauung muß

der Glaube der jungen Generation werden. Hier findet ihr die höchsten Ideale. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wahrt eure Gegenwartsinteressen in Schule, Beruf und öffentlichem Leben. Sie will euch bei friedlicher Aufbauarbeit, beim Lernen, in der Freizeit aber beim Wandern, Tanzen und Spielen sehen. Sie vertritt die neue Zeit.

Die Sozialistische Einheitspartei, diese junge, vom Leben durchpulste Kampfpartei, ist deshalb eure Partei, die Partei der deutschen Jugend.

**Männer und Frauen in Stadt und Land!**

**Burschen und Mädels in Werkstatt und Schule!**

Wir sind die Bannerträger des neuen Deutschlands!

Unser Sieg ist der Triumph der Freiheit, des Friedens, der Völkerverständigung und des Fortschritts!

Schließt euch der Millionenpartei des schaffenden Volkes an!

Kämpft mit uns für Deutschland!

**Es lebe die antifaschistisch-demokratische Republik!**

**Es lebe der Sieg des Sozialismus!**

**Es lebe die stolze und mächtige Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!**

Berlin, Ostern 1946

**Der Vereinigungsparteitag der  
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**



## VORSITZENDE

WILHELM PIECK                    OTTO GROTEWOHL  
WALTER ULBRICHT                MAX FECHNER

## PRÄSIDIUM

Wilhelm Pieck	Werner Eggerath (Thür.)
Otto Grotewohl	Max Fank (Mecklenburg)
Max Fechner	Walter Fisch (Frankfurt/M.)
Walter Ulbricht	Augustin Friedel (Sachsen)
Erich W. Gniffke	Bernhard Göring (Berlin)
Franz Dahlem	Gustav Gundelach (Ham- burg)
Otto Meier	Karl Hauser (Frankfurt/M.)
Anton Ackermann	Ernst Heilmann (Flensburg)
Helmut Lehmann	Gertrud Hentsch (Sachsen)
Hermann Matern	Ernst Hoffmann (Jugend)
August Karsten	Heinrich Hoffmann (Thür.)
Paul Merker	Erich Honecker (Jugend)
Käthe Kern	Hans Jendretzky (Berlin)
Elli Schmidt	Willy Jesse (Mecklenburg)
Martha Arendsee (Berlin)	Fritz Jungmann (Provinz Sachsen)
Edith Baumann (Jugend)	Heinz Kefler (Jugend)
Johannes R. Becher (Berlin)	Bernard Koenen (Provinz Sachsen)
Walter Biering (Provinz Sachsen)	Wilhelm Koenen (Sachsen)
Willi Böpple (Mannheim)	Olga Körner (Sachsen)
Bruno Böttge (Provinz Sachsen)	Karl Litke (Berlin)
Erich Braun (Hildesheim)	Ernst Lohagen (Sachsen)
Hans Brede (Kiel)	Georg Lotz (Thüringen)
Willi Buch (Braunschweig)	Erich Lübke (Berlin)
Albert Buchmann (Stuttgart)	Hans Mahle (Berlin)
Otto Buchwitz (Sachsen)	Albert Meier (Sachsen)
Kurt Bürger (Mecklenburg)	Hanna Meltzer (Ruhrgebiet)
Friedrich Ebert (Branden- burg)	Karl Moltmann (Mecklenbg.)

Gustav Müller (Rheinland)	Waldemar Schmidt (Berlin)
Kurt Müller (Hannover)	Heinrich Schramm (Bremen)
Fritz Nickolay (Saarbrücken)	Fritz Spörling (München)
Hugo Paul (Düsseldorf)	Paul Szillat (Brandenburg)
Hermann Prübenau (Prov. Sachsen)	Gottlieb Teichert (Essen)
Max Reimann (Ruhrgebiet)	Stanislav Trubalski (Sachsen)
Maria Rentmeister (Berlin)	Fritz Wagner (Thüringen)
Paul Rodt (Brandenburg)	Paul Wandel (Berlin)
Robert Rompe (Berlin)	Hans Warnké (Mecklenbg.)
Emma Sachse (Thüringen)	Oskar Wegener (Branden- burg)
Willi Sägebrecht (Branden- burg)	Richard Weimann (Berlin)
Yella Schaar (Heidelberg)	Toni Wohlgemuth (Berlin)
Hermann Schlimme (Berlin)	Hermann Zilles (Köln)

## MANDATPRÜFUNGSKOMMISSION

Helmut Lehmann	Grete Keilson
August Karsten	Walter Hähnel
Werner Rüdiger	Lotte Ulbricht
Elsa Bauer	Fritz Reuter
Karl Stoeffen	Weißer Schwarze
Heinz Kammerahl	Alois Pißnick
Alfred Blassert	Aenne Kundermann
Willi Sachert	Erich Kops
Richard Horn	Franz Brüning
Hermann Wetteborn	Anton Joost
Willi Buch	Alois Pfaller
Karl Hauser	Julius Jürgensen
Fritz Grosse	Machwirt

## STATUTEN - KOMMISSION

Helmut Lehmann	Franz Dahlem
August Karsten	Hans Seigewässer
Georg Wendt	Waldemar Schmidt

Paul Szillat  
Walter Riehl  
Hermann Prübennau  
Fritz Wagner  
Xaver Karl  
Hans Brede  
Erich Braun

Fritz Grosse  
Otto Walter  
Gerda Sucker  
Erich Glückauf  
Kurt Lichtenstein  
Walter Vesper  
Paul Krüger  
Stefan Heymann  
Robert Leibbrand

#### REDAKTIONS-KOMMISSION

Bernhard Göring  
Helmut Lehmann  
Karl Brandt  
Hermann Kade  
Arno Wend  
Ernst Thape  
Emma Sachse  
Erich Schulz  
Karl Fiebig  
Yella Schnar

Anton Ackermann  
Hermann Matern  
Fred Oelssner  
Maria Rentmeister  
Walter Möllen  
Rudi Wascher  
Willi Bohn  
Georg Fischer  
Ernst Behrens

#### WAHL-KOMMISSION

Karl Brand  
Willi Sielaff  
Hermann Grünewald  
Alice Beyer  
Hanna Pohle  
Max Fank  
Hans Stang  
Paul Krakau  
Willi Hauth  
Willi Birr  
Richard Eyeremann  
Gertrud Keller  
Frieda Koenen  
Herta Geffke

Hermann Matern  
Richard Gyptner  
Artur Wyschka  
Fritz Winzer  
Kurt Baumgarte  
Käte Lübeck  
Erich Hoffmann  
Fritz Frenken  
Paul Schwerdt  
Rudi Singer  
Albert Stoll  
Willi Mohr  
Karl Mewis  
Bruno Brockhoff

#### VORWORT

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands übergibt hiermit der Öffentlichkeit und der Parteimitgliedschaft das Protokoll des Vereinigungs-Parteitages in Berlin vom 21.-22. 4. 1946

30 Jahre Bruderkampf zwischen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei Deutschlands fanden ihr Ende. Die Vereinigung beider Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist nicht nur für die deutsche Arbeiterbewegung von geschichtlicher Bedeutung, sondern auch für die politische Zukunft Deutschlands. Wenn sich die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zunächst auch nur auf die sowjetische Besatzungszone erstreckt, so zeigte die Anwesenheit von vielen Delegierten und Gästen aus den übrigen Besatzungszonen die rege Anteilnahme der Arbeiterschaft in allen Gebieten Deutschlands an dem Einigungsgedanken. Die Arbeiterschaft in den Betrieben und Werkstätten in allen Teilen Deutschlands strebt zur Einigung in der richtigen Erkenntnis, daß die Einheit der Arbeiterklasse die Voraussetzung für die Einheit Deutschlands darstellt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gewann allein in den ersten drei Monaten über 300 000 Mitglieder. Es ist das ein sichtbares Zeichen für das wachsende Vertrauen aller Schichten der Bevölkerung zu den Grundsätzen und Zielen der Partei.

Die Niederschrift der Verhandlungen ist mehr als ein Zeitdokument. Die Parteiorganisationen sollen den aus den Verhandlungen erkennbaren Geist echter Kameradschaft und politischer Verantwortung in sich aufnehmen. Nur so kann die große Organisation zu einem scharfen und schlagfertigen Kampfmittel der deutschen Arbeiterklasse gegen Reaktion und Faschismus, für den Frieden, Aufbau und Sozialismus werden.

Berlin, im August 1946

Wilhelm Pieck Otto Grotewohl

## ERSTER VERHANDLUNGSTAG

Sonntag, 21. April 1946, vormittags 10 Uhr

Der imposante, repräsentative Saal des „Admiralspalastes“ (Staatsoper) war ebenso festlich wie würdig geschmückt. Vor dem „Admiralspalast“, auf der Friedrichstraße, wogte eine nach Tausenden zählende Menschenmenge. Mehr als tausend Delegierte und Ehren Gäste, dazu eine noch größere Zahl von Gästen und Zuhörern, füllten den mächtigen Raum bis auf den letzten Platz. Lebhaft und herzlich war durchweg die persönliche Begrüßung alter Kampfgenossen aus den bisher getrennten Parteilagern nach jahrzehntelanger Spaltung. Nachdem die Fidelio-Ouvertüre von Ludwig van Beethoven, gespielt vom Orchester der Staatsoper, verklungen war, betraten die beiden Parteivorsitzenden, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, von verschiedenen Seiten kommend, die Bühne, trafen in der Mitte zusammen und reichten sich unter minutenlangem stürmischem Beifall der Delegierten und Gäste, die sich von ihren Plätzen erhoben hatten, die Hände. Einem Schwur gleich brauste ein dreifaches Hoch auf die deutsche Arbeiterklasse durch den Saal.

### BEGRÜSSUNG UND GELÖBNIS

OTTO GROTEWOHL:

30 Jahre Bruderkampf finden in diesem Augenblick ihr Ende. An deinem 70. Geburtstag, Wilhelm Pieck, reichten wir uns die Hände für Hunderttausende von Sozialdemokraten und Kommunisten. Ich wünschte damals schon den Tag herbei, an dem sich unsere Hände

nicht mehr zu trennen brauchen. Dieser Tag ist heute da. (Beifall.)

Wer einen geschichtlichen Blick hat, der sieht heute Millionen von Sozialisten hinter uns stehen. Ein Aufatmen geht durch ihre Reihen, ein Alpdruck fällt von ihnen und ein Leuchten steht in ihren Augen. Ein alter Traum ist Wirklichkeit geworden: die Einheit der deutschen Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)

WILHELM PIECK:

Ja, lieber Otto Grotewohl, so soll es sein. Wir tragen beide, die wir zu Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei ausersehen sind, die besondere Verantwortung dafür, daß das Vertrauen der werktätigen Massen, das sie in die Sozialistische Einheitspartei setzen, gerechtfertigt wird.

Es ist eine große Aufgabe, die vor uns steht, die wir nun in Gemeinschaft mit den übrigen Mitgliedern des Parteivorstandes und den Bezirks- und Ortsorganisationen unserer Partei erfüllen werden. Es ist eine große Aufgabe, ein neues antifaschistisches demokratisches Deutschland zu schaffen, unserem Volk aus seiner Not herauszuhelfen und Friede und Demokratie in diesem Deutschland zu sichern. (Stürmischer Beifall.) Gehen wir mutig an dieses Werk! Wir werden es schaffen. Wir werden unsere Sozialistische Einheitspartei zu der Millionenpartei des deutschen werktätigen Volkes machen, um damit alle inneren Feinde zu schlagen, um das große Werk zu vollenden, das wir uns als Ziel gesetzt haben: den Sozialismus. (Erneuter Beifall.)

Otto Grotewohl! Das sei der Sinn unseres Händedrucks, das sei unser heutiges Gelöbnis, das sei unsere Tat! (Stürmischer Beifall.)

## BEGRÜSSUNGSANSPRACHEN

OTTO GROTEWOHL:

Als wir beide eben auf diese Bühne kamen, wurde mir die symbolische Bedeutung dieses Aktes klar: Wilhelm Pieck kam von links und ich kam von rechts. (Beifall.) Wir kamen aber beide, um uns in dieser Mitte zu treffen. (Erneuter Beifall.) Und als wir uns unsere Hände reichten, wußte ich, daß dieser symbolische Akt an Bedeutung noch gewann, weil ich das Gefühl hatte, wir reichten uns die Hände über Gräber hinweg. Wir erfüllen das Vermächtnis unserer Toten. (Die Delegierten erheben sich von den Plätzen.)

Leiden und Schrecken der Gestapohöllen, Zuchthäuser, Gefängnisse und Konzentrationslager, Prügelböcke, Gaskammern, Krematorien, Galgen und Schafotte stehen unter unserem Händedruck. Wir alle, die wir in den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern den Tag der Freiheit ersuchten, wußten, daß dieser Tag kommen mußte. Ungebrochen haben wir 3, 5, 8, 10 und 12 Jahre ausgehalten, weil der Glaube an den Sieg unserer Sache unerschütterlich war. Leider haben viele unserer Besten diesen herrlichen Tag, für den sie gelebt und gestritten haben, für den sie gestorben sind, nicht mehr miterleben können. Wir gedenken ihrer heute. Wir gedenken der Hunderttausende namenloser Opfer, der vielen einfachen Kämpfer, deren Namen in kein Buch der Geschichte eingetragen wird, deren großes Opfer für ihre Sache, für ihr Ideal, für die Freiheit, für das Volk aber den gleichen Klang und die gleiche Bedeutung hat wie die Namen derer, die sich aus diesem Kreis der Hunderttausende von Opfern herausheben, weil sie uns allen ganz nahe standen:

EDGAR ANDRÉ	WILHELM LEUSCHNER
ARTHUR BECKER	HERMANN LIEBMANN
HANS BEIMLER	RICHARD LIZIERKE
OLGA BENARIO	JOHANN LOHMAUS
CLARE BOHM-SCHUCH	HERMANN MAASS
MINNA BOLLMANN	MAX MADDALENA
RUDOLF BREITSCHIED	DR. KARL MIERENDORF
WILHELM FIRL	DR. JULIUS MOSES
WILHELM FLORIN	KATE NIEDERKIRCHNER
HEINRICH FLEISSNER	THEO NEUBAUER
JULIUS GEHL	TONI PFOLF
ERICH GENTSCH	SIEGFRIED RADEL
ERNST GRUBE	PROF. REICHWEIN
ERNST V. HARNACK	ANTON SAEFKOW
DR. THEODOR HAUBACH	JONNY SCHEER
FRITZ HECKERT	GEORG SCHMIDT (Köpenick)
ERNST HEILMANN	GEORG SCHMIDT
ALFRED HENKE	ERNST SCHNEGLER
LISELOTTE HERMANN	JOHANNES STELLING
RUDOLF HILFERDING	FRANZ STENZER
FRITZ HUSEMANN	WALTER STÖCKER
PAUL JACKEL	ERNST THÄLMANN
DR. HEINRICH JASPER	HANS VOGEL
PAUL JUNKE	OTTO WELS
WIENAND KAASCH	MAX WESTPHAL
FRANZ KÜNSTLER	EDUARD ZACHERT
ALBERT KUNZ	CLARA ZETKIN
DR. JULIUS LEBER	

Alles Namen, die bei uns Klang haben, Namen, an die sich tiefe und lange Kampfgemeinschaften und Freundschaften anknüpfen.

Hier ist heute eine große Anzahl Opfer versammelt, die lebend der Hölle der nazistischen „Volksgemeinschaft“ entrinnen konnten. Aber an die 20 Millionen haben in den zahlreichen Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern, in den verschwiegenen Wäldern, in den Kellern der Gestapo, auf Transporten, bei den Monate dauernden Verhören, bei den unsäglichen Mißhandlungen unter den Händen der SS-Henkernknechte und Gestapo ihr Leben lassen müssen. Und doch konnten alle diese Verfolgungen, Opfer und Qualen die antifaschistischen Kämpfer in den Lagern und Zuchthäusern nicht entmutigen. Sie schlossen sich enger zusammen und nahmen ihre Kenntnis der Konzentrationslager mit in das politische Leben, in die fließende Gegenwart und in die zukunftsreichen und arbeitsreichen Tage, die vor uns liegen, hinüber. Wir gedenken in Ehrfurcht unserer Toten, und wir versichern, daß wir ihr Vermächtnis, die Einheit, verwirklichen werden, auch über den Rahmen rauschender Feste hinaus, wenn es um stille, ehrsige und ernste Arbeit geht. Da erst gewinnt der Gedanke der Einheit seinen Sinn und seine tiefe Bedeutung. Ich danke Ihnen allen, die Sie sich zu Ehren unserer toten Helden erhoben haben.

WILHELM PIECK:

Verehrte Anwesende! Genossinnen und Genossen! Nachdem gestern die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands auf ihren Parteitag die Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, den vorgelegten Entwürfen der „Grundsätze und Ziele“ und des Statuts dieser Partei zugestimmt und in geheimer Wahl die Mitglieder des Parteivorstandes gewählt haben, erlaube ich mir, in deren Namen die Delegierten und

Gäste des Vereinigungsparteitages herzlichst zu begrüßen. Ich bin gewiß, jeder von Ihnen steht unter dem erhebenden Eindruck der großen historischen Tat der Beseitigung der jahrzehntelangen, verhängnisvollen Spaltung der Arbeiterklasse und der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei.

Es ist ein großer, historischer Wendepunkt nicht nur in der deutschen Arbeiterbewegung und im Leben unseres werktätigen Volkes, sondern auch in seinem Zusammenleben mit den anderen Völkern. Es ist keine Überschätzung dieser Tat, wenn ich auf sie die Worte Goethes anwende, die dieser nach der Kanonade von Valmy über die Wendung in der Lage der großen französischen Revolution schrieb: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“ (Lebhafter Beifall.)

Die Vereinigung der beiden Parteien ist ein Ereignis von größter geschichtlicher Bedeutung, und die Auswirkungen dieser Vereinigung werden bestätigen, daß mit der geschaffenen Einheit der deutschen Arbeiterbewegung auf Grund der ihr zugrundegelegten Aufgaben und Ziele eine neue Epoche der deutschen Geschichte beginnt.

In diesem Bewußtsein und mit der festen Zuversicht an den Sieg unserer großen Sache begrüße ich im Namen des Parteivorstandes alle Delegierten unseres Vereinigungsparteitages, vor denen die hohe Aufgabe der Bestätigung der auf den beiden Parteitag gefaßten Beschlüsse steht. Ich begrüße besonders die in so großer Zahl erschienenen Delegierten aus den drei westlichen Besatzungszonen (stürmischer Beifall), in denen die Organisationen der beiden Parteien erst am Anfang ihrer Entwicklung stehen und die bei ihrem Aufbau noch große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Aber ich bin überzeugt, daß die Beschlüsse unserer beiden Parteitage und dieses Vereinigungsparteitages sehr dazu beitragen werden, ihnen ihre Arbeit zu

erleichtern. Sie werden die werktätigen Massen in den beiden Parteien anspornen, ihre Organisationen zu kräftigen und durch die gemeinsame Arbeit sehr bald die Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei zu vollziehen. (Lebhafter Beifall.)

Es ist ein unumstößliches, ehernes Gesetz, daß das werktätige Volk nur durch seine Einheit seine Lebensinteressen wahrzunehmen und in der jetzigen Zeit den Neuaufbau der Wirtschaft und die demokratische Neugestaltung seines wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens zu vollziehen vermag. Die Schaffung der Einheit ist das dringendste Lebensgebot unseres werktätigen Volkes.

Eine besonders herzliche Begrüßung richte ich an die Veteranen der Arbeiterbewegung, an alle Alten, die an ihrem Lebensabend noch die Freude erleben, die Arbeiterklasse wieder in einer einzigen Sozialistischen Einheitspartei vereint zu sehen.

Unter den zu unserem Vereinigungsparteitage erschienenen Gästen begrüße ich im Namen des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei die alliierten Besatzungsmächte und ihre anwesenden Vertreter. Ich nehme diese Begrüßung zum Anlaß, mit aller Eindeutigkeit zu erklären, daß die Sozialistische Einheitspartei und ihre Organe entschlossen sind, im engsten Einvernehmen mit den alliierten Besatzungsbehörden zusammenzuarbeiten und bei der Durchführung ihrer großen Aufgaben die von ihnen erlassenen Anordnungen streng zu befolgen. Wir sind uns der großen Verantwortung, die wir als Vertreter des werktätigen deutschen Volkes gegenüber den Besatzungsmächten tragen, durchaus bewußt. Wir bitten aber die Besatzungsmächte, auch zu berücksichtigen, daß die Durchführung der vor unserem Volke stehenden Aufgaben, sowohl seine Verpflichtung zur Wiedergutmachung als auch in der Sicherung des Friedens und der Schaffung von Garantien gegen jedwede Aggression von deutscher Seite,

die weitestgehende Einmütigkeit im deutschen Volke erfordert. Mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei handeln wir also durchaus im Sinne der Potsdamer Beschlüsse der alliierten Mächte und damit auch im gemeinsamen Interesse der Völker der Besatzungsländer und des deutschen Volkes. Darauf beruht auch unsere Zuversicht, daß die aus der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien hervorgehende Sozialistische Einheitspartei, die durch den nahezu einmütigen Willen der Mitgliedermassen der beiden Parteien und durch ihre demokratische Entscheidung zustande gekommen ist, nicht nur die Anerkennung, sondern auch die Unterstützung der alliierten Besatzungsmächte finden wird. (Lebhafter Beifall.)

Im Namen unseres Parteivorstandes begrüße ich unter unseren Gästen den Herrn Oberbürgermeister unserer Reichshauptstadt und die übrigen Mitglieder des Magistrats und der Behörden der Stadt Berlin. (Beifall.) Wir hatten die Freude, Ihnen, Herr Dr. Arthur Werner, vor einigen Tagen, am 15. April, zu Ihrem 69. Geburtstage unsere herzlichsten Glückwünsche darzubringen. Ich wünsche Ihnen auch von dieser Stelle aus im Namen des Vereinigungsparteitages noch recht viele Jahre bester Gesundheit und geistiger Schaffenskraft. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen die Größe der Aufgaben und die Schwierigkeiten ihrer Durchführung wohl zu würdigen, die vor Ihnen und dem gesamten Magistrat der Stadt Berlin stehen. Wir sind aber überzeugt, daß Berlin aus seinen Trümmern neu erstehen und unter der rastlosen Arbeit aller aufbauwilligen Kräfte die materielle Existenz und der kulturelle Aufstieg seiner Bevölkerung gesichert wird. Wir wünschen Ihnen, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, den besten Erfolg in Ihrer Arbeit. Die Sozialistische Einheitspartei wird durch ihre Berliner Organisation und auch in ihrer Gesamtheit den Magistrat und der Berliner Bevölkerung bei der Aufbauarbeit und der Behebung der

Not unterstützen und mithelfen, ein wahrhaft demokratisches Kommunalwesen aufzubauen. (Lebhaftes Bravo.)

Ich begrüße auch die anwesenden Vertreter der Zentralverwaltungen und der Landes- und Provinzialvorstände und ihre Präsidenten. Wir wünschen, daß sie von den Beratungen und Beschlüssen unseres Vereinigungsparteitages nicht nur befriedigt sind, sondern daß sie auch unserem Werke von sich aus die größte Unterstützung zuteil werden lassen, wie auch von unserer Seite alles getan werden wird, sie bei ihrer schweren Arbeit zu unterstützen.

Mein Gruß sei dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen anwesenden Vertretern gewidmet, der mit der Herbeiführung der Einheit der Gewerkschaften ein großes Werk vollbrachte und Garantien dafür schuf, daß der wirtschaftliche Aufbau auf demokratischer Basis unter der entscheidenden Mitwirkung der Gewerkschaften und der Betriebsräte vor sich gehen wird. Die Gewerkschaften können versichert sein, daß ihnen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die größte Unterstützung bei ihrer Arbeit leisten wird. Gerade die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wird mehr noch als bisher auch die Einheit in den Gewerkschaften festigen und damit ihren Kampf zum Nutzen der Arbeiterklasse erfolgreich gestalten. (Lebhafter Beifall.)

Ich richte unseren Gruß an die beiden anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien, an die Christlich-Demokratische Union Deutschlands und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands und an ihre anwesenden Vertreter, mit denen wir in den verflossenen zehn Monaten in dem gemeinsamen Ausschluß der antifaschistischen Einheitsfront gut zusammengearbeitet und durch unsere Entschlüssen und die gemeinsame Arbeit unserem Volke schon eine große Hilfe geleistet haben. So soll es auch weiter bleiben. Ja, mehr noch: Wir wollen unsere Gemeinschaft noch enger und fester gestalten. Das soll aber nicht hei-

ßen, wie die Feinde der Einheit und der Zusammenarbeit behaupten, daß wir die Absicht haben, die beiden Parteien aufzufressen und die Diktatur eines Einparteiensystems aufzurichten. Ich hoffe, daß sich unsere beiden Partner in der Einheitsfront durch dieses unsinnige Geschwätz nicht beunruhigt fühlen.

Schließlich begrüße ich im Namen des Parteivorstandes und unseres Vereinigungsparteitages die Groß-Berliner Arbeiterschaft, der wir den besten Erfolg in der Aufbauarbeit ihrer zertrümmerten Stadt und des Neuaufbaus der Wirtschaft und der Entfaltung eines wahrhaft demokratischen Kommunalwesens wünschen, wobei sie unserer tatkräftigen Mithilfe gewiß sein kann.

Die Schwierigkeiten, die sich in Berlin bei der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ergeben haben, werden durch die wachsende Einsicht der Arbeiter in die Notwendigkeit der Vereinigung sehr bald überwunden werden. Alle jene Spekulationen werden zu nichte gemacht werden, die mit der Aufrechterhaltung der Spaltung und der Verhinderung der Vereinigung verbunden werden. Es ist nur zu natürlich, daß alle reaktionären Kräfte ein Interesse daran haben, die Vereinigung zu verhindern, und daß sie deshalb durch Verleumdungen und Verdächtigungen des einen oder anderen Vereinigungspartners die Vereinigung aufzuhalten suchen. Aber über diese reaktionären Machinationen wird die Arbeiterschaft Groß-Berlins trotz aller Schwierigkeiten, die mit der Aufteilung Berlins in die vier Besatzungssektoren verbunden sind, hinweggehen, weil die elementaren Lebensinteressen der Arbeiterschaft die Vereinigung dringend erfordern. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir stehen vor großen Aufgaben, die in den „Grundsätzen und Zielen“ der Sozialistischen Einheitspartei näher aufgezeigt sind. Die Durchführung dieser Aufgaben erfordert, daß wir mit der größten Begeisterung und mit der

festen Zuversicht an unsere Arbeit gehen: Die Sozialistische Einheitspartei wird die Waffe sein, mit der wir dieses große Werk zum Siege führen! (Stürm. Beifall.)

OTTO GROTEWOHL:

Ich schlage nunmehr vor, für die Leitung des Parteitages, der hiermit als eröffnet erklärt ist, vier Vorsitzende zu wählen und bitte aus dem Kreise der Delegierten um Vorschläge. (Zurufe: Grotewohl, Pieck, Ulbricht, Fechner!) Die Vorschläge lauten also: Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Fechner. Ich bitte die stimmberechtigten Delegierten, die diese Wahl vollziehen sollen, ihre Delegiertenkarte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Wahl ist einstimmig vollzogen.

Ich darf nunmehr den Genossen Fechner bitten, die Leitung zu übernehmen. (Genosse Fechner übernimmt, mit lebhaftem Beifall begrüßt, den Vorsitz.)



Vorsitzender Fechner: Genossen und Genossinnen! Ich darf zunächst auch namens meiner Kollegen von der Leitung den Dank für das Vertrauen aussprechen, das ihr uns soeben durch die Wahl bekundet habt. Es war ein weiter Weg zu der heutigen Tagung hier im Admiralspalast. 1875, ein denkwürdiges Jahr in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, das Jahr, in dem schon einmal eine Einigung in der Arbeiterbewegung vollzogen wurde. Ein großes historisches Jahr: Erfurt, das „Erfurter Programm“, das auch mit Gegenstand unserer letzten Beratungen über „Grundsätze und Ziele“ gewesen ist. Dann 1914: die große sozialistische Partei aufgespalten um eine Frage, die Deutschland bewegte; 1918: wieder die große Frage des Wiederaufbaus Deutschlands, Zersplitterung: Spartakus-Bund, Kommunistische Partei, Unabhängige Partei und Sozialdemokratische Partei. 1933: die so gesplattene Arbeiterbewegung, die getrennt marschierte, wurde getrennt geschlagen! Das gab uns die Erkenntnis, daß es notwendig ist, jetzt wiederum um Deutschlands willen die gemeinsame politische Arbeit zu leisten. Das kommt in dem Namen zum Ausdruck, den wir unserer Partei gegeben haben: Sozialismus, Einheit, Deutschland! (Lebhafter Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Wir schlagen nunmehr vor, daß im Präsidium des Parteitages die auf beiden Parteitagen gewählten Mitglieder des neuen Parteivorstandes Platz nehmen, und zwar:

Wilhelm Pieck (Berlin)  
Walter Ulbricht (Berlin)  
Franz Dählem (Berlin)  
Anton Ackermann (Berlin)  
Hermann Matern (Berlin)  
Paul Merker (Berlin)  
Hans Jendretzky (Berlin)  
Johannes R. Becher (Berlin)  
Hans Mahle (Berlin)  
Elli Schmidt (Berlin)  
Martha Arendsee (Berlin)  
Maria Rentmeister (Berlin)  
Hanna Melzer (Ruhrgebiet)  
Olga Körner (Sachsen)  
Waldemar Schmidt (Berlin)  
Willi Sägebrecht (Brandenburg)  
Paul Roch (Brandenburg)  
Kurt Bürger (Mecklenburg)  
Hans Warnke (Mecklenburg)  
Werner Eggerath (Thüringen)  
Georg Lotz (Thüringen)  
Bernard Koenen (Provinz Sachsen)  
Walter Biering (Provinz Sachsen)  
Wilhelm Koenen (Sachsen)  
Ernst Lohagen (Sachsen)  
Gustav Gundelach (Hamburg)  
Heinrich Schramm (Bremen)  
Max Reimann (Ruhrgebiet)  
Hugo Paul (Düsseldorf)  
Hermann Zilles (Köln)  
Kurt Müller (Hannover)  
Walter Fisch (Frankfurt a. M.)  
Willi Böpple (Mannheim)  
Albert Buchmann (Stuttgart)  
Fritz Sperling (München)  
Fritz Nikolay (Saargebiet)  
Paul Wandel (Berlin)  
Robert Rompe (Berlin)  
Erich Honecker (Jugend)  
Heinz Kessler (Jugend)

Otto Grotewohl (Berlin)  
Max Fechner (Berlin)  
Erich W. Gniffke (Berlin)  
August Karsten (Berlin)  
Otto Meier (Berlin)  
Helmut Lehmann (Berlin)  
Käthe Kern (Berlin)  
Richard Weimann (Berlin)  
Bernhard Göring (Berlin)  
Karl Litke (Berlin)  
Toni Wohlgenuth (Berlin)  
Karl Hauser (Frankfurt a. M.)  
Willi Buch (Braunschweig)  
Erich Braun (Hildesheim)  
Ernst Heilmann (Flensburg)  
Yella Schaar (Heidelberg)  
Hans Brede (Kiel)  
Gottfried Teichert (Essen)  
Gustav Müller (Rheinland)  
Ernst Hoffmann (Jugend)  
Erich Lübke (Berlin)  
Hermann Schlimme (Berlin)  
Edith Baumann (Jugend)  
Friedrich Ebert (Brandenburg)  
Paul Szillat (Brandenburg)  
Oskar Wegener (Brandenburg)  
Bruno Böttge (Provinz Sachsen)  
Hermann Prübenau (Provinz Sachsen)  
Fritz Jungmann (Provinz Sachsen)  
Otto Buchwitz (Sachsen)  
Stanislav Trabalski (Sachsen)  
Albert Meier (Sachsen)  
Augustin Friedel (Sachsen)  
Gertrud Hentsch (Sachsen)  
Heinrich Hoffmann (Thüringen)  
Emma Sachse (Thüringen)  
Fritz Wagner (Thüringen)  
Karl Moltmann (Mecklenburg)  
Willy Jesse (Mecklenburg)  
Max Fank (Mecklenburg)

Ich bitte die Delegierten, die dem zustimmen wollen, daß diese Genossen ins Präsidium berufen werden, die Karte zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen! (Lebhafter Beifall.)

Die Tagesordnung unseres heutigen Vereinigungsparteitages ist bekanntgemacht und liegt vor; ich brauche sie nicht zu wiederholen. Erhebt sich dagegen Widerspruch, daß auf Grund dieser Tagesordnung verhandelt wird? — Ich höre keinen Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Ich schlage vor, nunmehr zunächst die Kommissionen zu wählen, die ja zum Teil ihre Arbeiten sofort aufnehmen müssen.

Als Mitglieder der Mandatprüfungskommission werden folgende Genossinnen und Genossen vorgeschlagen:

Helmut Lehmann  
 August Karsten  
 Werner Rüdiger  
 Elsa Bauer  
 Karl Stoeffen  
 Heinz Kammerahl  
 Alfred Blassert  
 Willi Sachert  
 Richard Horn  
 Hermann Wetteborn  
 Willi Buch  
 Karl Hauser  
 Fritz Grosse  
 Grete Keilson  
 Walter Hähnel  
 Lotte Ulbricht  
 Fritz Reuter  
 Werner Schwarze  
 Alois Pißnick  
 Anne Kundermann  
 Erich Kops  
 Franz Brüning  
 Anton Joost  
 Alois Pfaller  
 Julius Jürgensen  
 Machwirt

Erhebt sich gegen die Wahl dieser Genossen Widerspruch? — Ich höre keinen und nehme an, daß der Parteitag damit einverstanden ist. — Wir kommen zur Wahl der Statuten-Kommission. Dafür werden vorgeschlagen:

Helmut Lehmann	Franz Dablem
August Karsten	Herr Seigewasser
Georg Wendt	Walter Schmidt
Paul Szillat	Fritz Grosse
Walter Riehl	Otto Walter
Hermann Prübenau	Gerda Sucker
Fritz Wagner	Erich Glückauf
Xaver Karl	Kurt Lichtenstein
Hans Brede	Walter Vesper
Erich Braun	Paul Krüger
Robert Leibbrand	Stefan Heymann

Erhebt sich gegen diesen Vorschlag Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die Statuten-Kommission in dieser Zusammensetzung ebenfalls gewählt.

Wir kommen zur Redaktions-Kommission. Dafür werden vorgeschlagen:

Bernhard Göring	Anton Adckermann
Helmut Lehmann	Hermann Matern
Karl Brandt	Fred Oelbuer
Hermann Kade	Maria Rentmeister
Arno Wend	Walter Möller
Ernst Thape	Rudi Wascher
Emma Sachse	Willi Bohn
Erich Schulz	Georg Fischer
Karl Fiebig	Ernst Behrens
Yella Schaar	

Wird gegen diesen Vorschlag Widerspruch erhoben? — Das ist nicht der Fall. Somit ist auch diese Kommission gewählt.

Schließlich kommen wir zur Wahl der Wahl-Kommission. Dafür liegt folgender Vorschlag vor:

Karl Brand	Hermann Matern
Willi Sielaff	Richard Gyptner
Hermann Grünewald	Artur Wyschka
Alice Beyer	Fritz Winzer

Hanna Pohle  
Max Fank  
Hans Stang  
Paul Krakau  
Willi Hauth  
Willi Birr

Kurt Baumgarte  
Käte Lübeck  
Erich Hoffmann  
Fritz Frenken  
Paul Schwerdt  
Rudi Singer  
Albert Stoll  
Willi Mohn  
Karl Mewis  
Bruno Brockhoff  
Richard Eyermann  
Gertrud Keller  
Frieda Koenen  
Herta Geffke

Wird hiergegen Widerspruch erhoben? — Das ist nicht der Fall. Damit ist auch die Wahlkommission gewählt und sind nunmehr die Kommissionen gebildet.

Nunmehr bitte ich den Herrn Oberbürgermeister Dr. Werner, das Wort zu nehmen:

Dr. Arthur Werner, Oberbürgermeister der Stadt Berlin: Hochverehrter Herr General! Meine verehrten Herren Offiziere von den alliierten Besatzungsmächten! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute etwa ein Jahr nach dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches Rückschau halten auf die Ernte der Zeit, so müssen wir mit freudigem Erstaunen feststellen, daß der politische Sinn des deutschen Volkes unter den Schrecknissen und Verfolgungen der Tyrannei der Nazis nicht gestorben ist, sondern sich allenthalben mächtig regt. Die politische Totenruhe des Dritten Reiches schien sich wie ein schauriges Grabmal über dem politischen Leben in Deutschland zu wölben. Aber sofort nach dem Zusammenbruch der Tyrannei sprengte das deutsche Volk die Grabesgruft und feierte mit überraschender Lebensfrische seine politische Wiederauferstehung. Überall bildeten sich unter der Führung erprobter antifaschistischer Aktivisten demokratische Parteien, die zum wahren Ausdruck des zwölf Jahre unterdrückten Volkswillens wurden. In diesem Prozeß der

politischen Wiederauferstehung des deutschen Volkes hat mit vollem geschichtlichen Recht die deutsche Arbeiterschaft die Führung übernommen. (Lebhafter Beifall.)

Denn das deutsche Volk, dessen Produktivkraft schon bisher vor allem das Ergebnis seiner schaffenden Schichten war, ist nach den verheerenden Wirkungen dieses Krieges, der das Besitztum der bürgerlichen Schichten tief in der Wurzel getroffen hat, mehr denn je zu einem Arbeitervolk geworden. Die Arbeiterschaft ist damit wirtschaftlich, kulturell und politisch zum tragenden Fundament der deutschen Zukunft geworden. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Es ist erfreulich, daß die Schaffenden des deutschen Volkes diesen geschichtlichen Tatbestand voll erkannt und mit wachem Sinn in ihr politisches Bewußtsein aufgenommen haben. Überall in den Reihen der Arbeiterschaft spüren wir ein reges politisches Leben. Die schaffenden Schichten unseres Volkes empfinden mit elementarer Deutlichkeit, daß sie aufgehört haben, lediglich willenloses Objekt der Politik zu sein. Sie wissen, daß die Stunde gekommen ist, die sie endlich ihrem historischen Rechte gemäß zum aktiven Träger und Gestalter, also zum Subjekt der Politik gemacht hat. Ich freue mich daher ganz besonders, in Ihnen, meine Damen und Herren, die berufenen Vertreter dieser schaffenden Schichten unseres Volkes begrüßen zu können. Mein Gruß, den ich Ihnen hierdurch entbiete, gilt, in Ihnen verkörpert, zugleich allen Schaffenden in den Unternehmungen und Betrieben, als deren politische Repräsentanten Sie hier versammelt sind. (Beifall.) Seien Sie in dem aufgeschlossenen politischen Klima unserer bewegten Stadt Berlin herzlich willkommen! Ihren Beratungen wünsche ich im Namen der Stadt Berlin und im eigenen Namen von Herzen guten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender F e c h n e r: Ich bitte nunmehr den Genossen Carl Litke, als Vertreter der Berliner Parteiorganisation, das Wort zu nehmen.

Carl Litke (Berlin) (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Namens der Berliner Sozialisten entbieten wir euch die herzlichsten Grüße und heißen euch ebenso herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.) Die Berliner arbeitende Klasse, die Genossinnen und Genossen waren immer von der größten politischen Aktivität erfüllt. Ihr seid in den letzten Wochen und Monaten mit der Berliner Sozialdemokratischen Partei nicht ganz zufrieden gewesen, und ihr habt recht. Von dieser Stelle aus ist der Versuch unternommen worden, die Einheit nicht nur der Berliner Sozialdemokratie, sondern überhaupt die Einheit der arbeitenden Klassen zu verhindern. Aber das ist das Große: An der Stelle, wo dieser Versuch unternommen wurde, erfüllt sich die Einheit und erhält ihre Weihe. (Erneuter starker Beifall.)

Als damals die Einheit in Berlin in Gefahr war, standen Männer und Frauen, alte Sozialdemokraten in den Betrieben auf und vollzogen die Einheit. (Bravo!) Diesen Männern und Frauen der schwierigen Faust und der Arbeit gilt unser Dank. Am 1. Mai wird in Berlin die Arbeiterklasse einen Millionenaufmarsch vollziehen, und wir wissen, alle Zweifler, alle Hoffnungslosen werden an diesem Tage mit Siegeszuversicht und mit Kampfwillen erfüllt werden. (Erneuter Beifall.)

Ich möchte hier folgendes erklären: Der Genosse Matern, mein Kollege im Vorsitz, unser neugewählter Berliner Vorstand versichert euch: Die Zeit des Redens in Berlin ist vorbei, es beginnt die Zeit der Arbeit und des Handelns. (Stürmischer Beifall.)

Nun erfüllt mir noch eine Bitte: Gestattet uns, daß wir im Namen des Parteitages die 14 000 sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten, Frauen und Männer begrüßen, die sich am 31. März bei der Urabstimmung innerhalb der Berliner Parteiorganisation nicht für sofortige gemeinsame politische Arbeit mit der Kommunistischen Partei bekamen, und ihnen folgendes

zuzurufen: Ihr wolltet nicht sofort die Einheit der Arbeiterklasse, aber in eurer Brust schlägt ein klassenbewußtes Herz. Zögert nicht mehr! Kommt zu uns und kämpft mit uns für die Demokratie, für die Freiheit, für die Menschenrechte, für den Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender F e c h n e r: Für den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund spricht der Genosse Hans Jendretzky.

Hans Jendretzky (FDGB): Genossinnen, Genossen! Tiefbewegten Herzens nehme ich im Namen und im Auftrage von zweieinhalb Millionen gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern hier das Wort zur Begrüßung des Vereinigungsparteitages. (Beifall.) Jawohl, im Auftrage, nicht nur, weil es mir persönlich ein Bedürfnis ist; denn hier im gleichen Raume tagte jene große Delegiertenkonferenz der Freien Deutschen Gewerkschaften im Februar dieses Jahres, und bei allen Rednern und in allen Referaten klang nur das eine Grundthema durch: die Einheit. (Erneuter Beifall.) Durch jeden Satz, den die Delegierten aus den Betrieben hier sprachen, zog sich wie ein roter Faden der Gedanke, der bereits in den Freien Deutschen Gewerkschaften Gestalt gewonnen hatte, der Wunsch, daß auch die Vereinigung der Arbeiterparteien baldmöglichst geschehen möge. (Wiederholter Beifall.) Dieser Wunsch verdichtete sich in einem einstimmig von fast 1200 Delegierten gefaßten Beschluß, gerichtet an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und an den Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei, die Verschmelzung mit allen Mitteln zu beschleunigen.

Dieser Wille zur Einheit manifestiert sich auch in der Aufgabenstellung der Freien Deutschen Gewerkschaften. Es ist der Kampf um die restlose Ausrottung des Faschismus, für die Sicherung des Friedens, die Verhinderung jeder neuen Kriegsvorbereitung, die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechts der Gewerk-

schaften und der Betriebsräte. Das ist besonders wichtig, nachdem in diesen Tagen das Betriebsrätegesetz durch den Alliierten Kontrollrat beschlossen und veröffentlicht wurde (lebhafter Beifall), weil die Rolle der Freien Deutschen Gewerkschaften beim Aufbau der Wirtschaft, in der Vertretung der Lebensinteressen und bei der Sicherung des werktätigen Volkes eine ausschlaggebende sein wird. Da ist es für uns wichtig, auch hier vor den Delegierten des Vereinigungsparteitages festzustellen: Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund vereinigt in sich Männer, Frauen und Jugendliche aus allen antifaschistischen Parteien und allen Konfessionen (Beifall), Arbeiter, Angestellte, Techniker und Ingenieure, unabhängig von ihrem parteipolitischen und konfessionellen Bekenntnis. Unser Verhältnis aber zur Sozialistischen Einheitspartei wird das Verhältnis zu einem Bundesgenossen sein (erneuter Beifall), neben dem wir gleichwertig als Vollender des Aufbauwillens der werktätigen Massen stehen (wiederholter Beifall), derselben werktätigen Massen, von denen Jakob Kaiser, ehemaliger christlicher Gewerkschaftler und heute Vorstandsmitglied des FDGB, sagte, daß sie der bestimmende Faktor im Leben der deutschen Nation seien. (Beifall.)

Ist der FDGB mit seinen zweieinhalb Millionen Mitgliedern schon heute ein machtvoller und fester Faktor in der Festigung und Stärkung der Demokratie, um wieviel mehr wird sich dieser Faktor durch die Geburt der Sozialistischen Einheitspartei verstärken. (Lebhafter Beifall.) Deshalb sei an dieser Stelle erklärt: Je mehr jene reaktionären Tintenkulis und Schönredner ihre Volksfeindlichkeit hinter scheinbarer Objektivität verbergen möchten mit Methoden und mit Sätzen, die uns aus einer jüngsten Vergangenheit so vertraut sind (sehr wahr!), sie werden den Einheitswillen in ganz Deutschland nicht mehr hemmen. Um so enger werden sich alle Kräfte zusammenschließen, die für den Aufbau, für den Frieden und den Fortschritt sind. (Beifall.) Diese enge Kampf-

gemeinschaft wird die deutsche Arbeiterklasse unbesiegbarmachen.

Am 1. Mai werden wir dies allen sichtbar auch über die Grenzen Deutschlands hinaus demonstrieren. An diesem 1. Mai werden wir die Schande des 1. Mai 1933 austilgen. (Stürmischer Beifall.) An diesem 1. Mai werden wir auch die Nazi-umhüllung von dem sogenannten Festtag der nationalen Arbeit herunterreißen (lebhaft Zustimmung), damit aller Welt sichtbar wird, daß der 1. Mai für die Werktätigen der ganzen Welt vom Tage des Beschlusses an ein Kampftag war für den Gedanken der Solidarität und der Völkerversöhnung. (Lebhaft Zustimmung.) Dieser 1. Mai wird im Zeichen einheitlicher Gewerkschaften und der Sozialistischen Arbeiterpartei stehen. Deshalb begrüßen wir, die Freien Deutschen Gewerkschaften, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien; denn auch die Freien Deutschen Gewerkschaften sind für die Zerschlagung der Monopole, sind für die restlose Vernichtung der Reaktion, sind für die Einheit Deutschlands und für den Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Fechner: Es liegen eine Reihe von Wortmeldungen aus den einzelnen Bezirken Deutschlands, ganz besonders aus den westlichen Bezirken vor. Zunächst hat das Wort Genosse Reimann aus dem Ruhrgebiet.

Genosse Reimann (Ruhrgebiet): Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der Kommunistischen Partei, Bezirk Ruhrgebiet und Westfalen, überbringe ich dem Vereinigungsparteitag herzliche, brüderliche Kampfesgrüße. In diesen Gruß darf ich mit einschließen alle werktätigen Frauen und Männer aus Stadt und Land unserer so schwergeprüften Heimat. Die Sehnsucht der werktätigen Bevölkerung, besonders aber die Sehnsucht der Arbeiterklasse des Ruhrgebiets nach Einheit hat alle Herzen erfaßt. Daß die Spaltung der Arbei-

terklasse die letzte Ursache dafür war, daß Hitler zur Macht kommen, sein grausames Terrorregime aufrichten und den räuberischsten aller Kriege, entfesseln konnte, ist tiefste Erkenntnis bei den Werktätigen an Rhein und Ruhr geworden. Der Wille zur Einheit ist auch bei uns vorhanden. Das zeigen die Entschlüsse aus den Betrieben, die begeisterten Massenkundgebungen für die Einheit der Arbeiterklasse.

Die Werktätigen erkennen bei uns mit jedem Tag klarer, wie die deutschen reaktionären Kräfte versuchen, sich langsam wieder die Macht zu erschleichen. Zwar sind einige kriegsverbrecherische Elemente aus den Konzernen und Banken verhaftet, aber die Mehrheit von ihnen sitzt noch in ihren alten Positionen. (Hört, hört!) Sie bauen ihre Konzerne neu auf und tarnen sie auch mit neuen Namen. An der Spitze der Wirtschaft stehen alte Reaktionäre und Generaldirektoren wie Frowein, Poensgen und Dr. Vogel. (Hört, hört!) Auf den Schachtanlagen treiben reaktionäre Betriebsführer und Beamten ihr Unwesen. Sie verkriechen sich hinter dem breiten Rücken der Militärregierung und schießen von dort aus ihre giftigen Pfeile gegen die Werktätigen und gegen die neue Demokratie. (Entrüstete Rufe: Pfui!) Die westfälischen Großgrundbesitzer, die Adligen und Barone, wie ein Freiherr von Oer und ein Hugenberg, sitzen noch auf ihren Gütern (hört, hört!) und stellen aus der Wehrmacht entlassene Offiziere, ja sogar SS-Offiziere als Gutsinspektoren ein (Rufe: Hört, hört! und Pfui!), die dann ungehindert ihre Terrorgruppen gegen die demokratischen Kräfte organisieren können. (Erneute entrüstete Rufe: Hört, hört! und Pfui!) Der Reichsnährstand, diese faschistische Zwangsorganisation, die Kreis- und Ortsbauernführer beherrschen noch immer das Dorf, sabotieren die Ernährung und organisieren den Schwarz- und Schleichhandel. Kein Wunder, daß so etwas möglich ist, wenn an der Spitze der Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone ein solch alter Reaktionär wie Dr. Schlange-Schoe-

ningen steht, der ehemalige deutschnationale Ernährungsminister im Brüning-Kabinett. (Zustimmung.)

Der britische Außenminister Bevin sagte einmal mit vollem Recht: „Im Ruhrgebiet sitzt der Generalstab des deutschen Monopolkapitals und der Rüstungsindustrie“. Diese Feststellung kann ich nur bestätigen und will betonen, daß dieser Generalstab auch heute noch im Ruhrgebiet sitzt und aus einer anderen Zone ständigen Zuwachs erhält. (Hört, hört!) Es wundert uns gar nicht, daß diese Leute heute Demokraten sein wollen. Wir erleben im Ruhrgebiet eine ähnliche Entwicklung, wie wir sie nach 1918 hatten, und die Auffassung Dr. Schumachers, der feststellte: „Wir haben in Deutschland unseren Kapitalismus nicht deshalb erledigt, um uns jetzt den internationalen Kapitalismus ins Ruhrgebiet zu holen“, ringt jedem Arbeiter nur ein Lächeln ab.

Ist es bei einer solchen Entwicklung im Ruhrgebiet verwunderlich, wenn die Werktätigen beunruhigt sind? Die Gestaltung der Produktion, besonders im Kohlenbergbau kann und darf nicht länger Angelegenheit reaktionärer Betriebs- und Konzernstäbe sein. Die Arbeiter haben ihre Feinde erkannt. Sie wissen genau, wer das deutsche Volk und die Welt in dieses große, unsagbare Unglück gestürzt hat. Wenn die Werktätigen dennoch bereit sind, neue Entbehrungen auf sich zu nehmen, so wollen sie auf der anderen Seite die Garantie haben, daß die Volksfeinde von jeher nun endgültig entmacht werden. (Zustimmung.) Nicht nur einer dieser Kriegsverbrecher gehört vor ein Kriegsgericht, sondern die Werktätigen erheben die Forderung, daß mindestens noch 500 andere dieser Monopolkapitalisten und Kriegstreiber des Ruhrgebiets auf die Anklagebank kommen und als Kriegsverbrecher abgeurteilt werden. (Lebhaftes Zustimmung.)

Wir haben in der britischen Zone eine furchtbare Ernährungslage. Es gibt z. B. von 4 Wochen im Monat in 3 Wochen zwei Pfund, in der letzten Woche

nur ein Pfund Brot. Kartoffeln sind so gut wie nicht zu erhalten. Wir anerkennen die Bemühungen der britischen Militärregierung und wir danken besonders der schwedischen Bevölkerung für die Unterstützung, die sie unseren Kindern zuteil werden läßt. Aber die Sicherung der Produktion hängt nicht allein von der Ernährung ab. Entscheidend ist, daß die Werktätigen selbst die Produktion gestalten. Ausschlaggebend ist, daß die Kiegstreiber und Kriegsinteressenten ihrer Funktionen enthoben, daß die Konzerne und Trusts zerschlagen werden. Man soll nicht sagen, die Säuberung würde eine Stockung in der Produktion zur Folge haben. Die Stockung in der Produktion kommt daher, daß die Bergarbeiter nicht genügend zu essen erhalten, um mit voller Kraft arbeiten zu können (sehr wahr!), ferner, daß die Konzerngewaltigen, die Generaldirektoren und Nazibeamteten noch die Macht besitzen und daß die Verwaltungsorgane noch nicht von den reaktionären Kräften gesäubert wurden, die schon unter der faschistischen Diktatur diese Positionen innehatten, die schon einmal die Republik untergraben haben.

Diese Tatsachen zeigen, daß nirgendwo in Deutschland die Einheit der Arbeiterklasse, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien so not tut wie bei uns im Ruhrgebiet und in Westfalen. Noch eine andere Gefahr droht dem Ruhrgebiet und dem Rheinland und somit dem ganzen deutschen Volk: Die reaktionären Kräfte versuchen, mit Hilfe einer separatistischen und föderalistischen Bewegung das Ruhrgebiet und das Rheinland vom übrigen Reich abzutrennen. (Pfui!) Es haben sich bereits vier separatistische Parteien aufgetan (Hört, hört!), die von diesen Kriegsverbrechern unterstützt und gefördert werden. (Entriistete Rufe: Hört, hört!) So ist es eine Tatsache, daß diese Bewegung von den wenigen verhafteten Kriegsverbrechern aus dem Gefängnis heraus unterstützt wird. (Hört, hört!) Ich stelle hier vor den Delegier-

ten des Vereinigungsparteitages fest, daß die Werktätigen an Rhein und Ruhr mit dem neuen Verbrechen der Reaktion am deutschen Volke nichts zu tun haben. (Stürmische Rufe: Bravo!) Einheitlich und geschlossen stehen wir an Rhein und Ruhr treu zu unserer deutschen Heimat. (Stürmischer Beifall.) Aus der tiefen Erkenntnis, daß die Grundlage für den wirtschaftlichen und politischen Neuaufbau Deutschlands nur die einheitliche antifaschistisch-demokratische Republik sein kann, setzen wir alle Energien ein, um die Einheit Deutschlands, wie sie in den Potsdamer Beschlüssen garantiert wurde, zu verwirklichen. Dieses demokratische Deutschland, das den angegriffenen Völkern Reparationen zahlen, das wiedergutmachen will, ist die einzige Garantie dafür, daß Deutschland nie wieder zum Aufmarschgebiet räuberischer, imperialistischer Kriegsheere wird.

Die Imperialisten an Rhein und Ruhr sind mit einer solchen Entwicklung nicht zufrieden und sie machen in Westblockpolitik. Das werktätige Volk an Rhein und Ruhr will keinen Westblock, sondern verlangt, daß diese Kriegsverbrecher das bezahlen und wiedergutmachen, was sie selbst am deutschen Volke und an der Welt verbrochen haben. (Zustimmung.) Wer kann uns also verübeln, wenn wir heute an alle, die die Verantwortung für die Entwicklung tragen, die Frage richten: Wohin soll diese Entwicklung im Ruhrgebiet und im Rheinland führen? Will man, daß das Ruhrgebiet zu einem mächtigen Zentrum des friedlichen Wiederaufbaus Deutschlands und Europas wird, dann muß den demokratischen Kräften und vor allem der Arbeiterklasse breiter Spielraum zur freien Entfaltung der Demokratie gegeben werden (Beifall), das heißt, das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen bei der Gestaltung der Friedensproduktion muß auch bei uns gesetzlich vereinbart werden. Die Entmachtung der reaktionären Großgrundbesitzer muß durch die schnellste Durchführung der Bodenreform

und durch die Schaffung demokratischer Zustände im westdeutschen Dorf vollzogen werden. (Zustimmung.)

Die Durchführung dieser Maßnahmen wird es den Werktätigen im Westen ermöglichen, den Anschluß an die gewaltige demokratische Entwicklung in der sowjetischen Zone zu gewinnen. Das aber ist die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands. Wer darum, wie Dr. Schumacher, die Verwirklichung der Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern versucht, unterstützt nicht nur die Bestrebungen des reaktionären Monopolkapitalismus, sondern verhindert auch die Einheit Deutschlands. (Sehr wahr!)

Ich bin glücklich, in dieser historischen Stunde erklären zu können, daß es auch im Ruhrgebiet in der Sozialdemokratischen Partei genügend starke Kräfte gibt, wie durch die Anwesenheit der starken sozialdemokratischen Delegation aus dem Ruhrgebiet zu diesem Vereinigungsparteitag bezeugt wird (Beifall), die allen Widerständen zum Trotz ihre ganze Autorität und Energie einsetzen, um mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, auch im Westen die Einheit der Arbeiterklasse zu verwirklichen. (Lebhafter Beifall.)

In Duisburg arbeiten seit Wochen sozialdemokratische und kommunistische Organisationen brüderlich zusammen. (Erneuter lebhafter Beifall.) Neben der gemeinsamen Lösung täglicher Aufgaben in den Betrieben finden sie sich auch regelmäßig zusammen, um kameradschaftlich ideologische Fragen zu klären.

In 24 von 56 Ortsgruppen in Dortmund gibt es eine feste Arbeitsgemeinschaft beider Parteien. (Beifall.) Aus allen Betrieben und aus vielen Ortsgruppen beider Parteien liegen Beschlüsse für eine gemeinsame Kundgebung am 1. Mai vor, auf der die Vertreter beider Bezirksleitungen sprechen werden. (Lebhafter Ruf: Bravo!)

In Oberhausen und Münster, selbst in Bielefeld sprechen sich immer mehr Einheiten der

Sozialdemokratischen Partei für die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten und für die Einheit aus. Wir sind überzeugt, daß das Beispiel der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, die heute hier in so großartiger Weise vollzogen wird, dem Willen zur Einheit im Westen einen neuen starken Auftrieb geben wird.

Wir Delegierte des Ruhrgebietes nehmen von diesem historischen Vereinigungsparteitag neue Kraft mit und geloben, die Mitglieder der beiden Arbeiterparteien auf den Weg der Vereinigung zu führen. (Stürmischer Beifall.)

Es lebe die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der sowjetischen Zone, die uns Beispiel und Ansporn ist! Es lebe die Einheit der Werktätigen ganz Deutschlands! Es lebe die Einheit Deutschlands in einer ungeteilten demokratischen Republik! (Bravo!) Es lebe das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das der deutschen Arbeiterklasse den Weg zum Sozialismus weist. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender F e c h n e r: Das Wort hat Genosse Held aus Bayern.

H e l d (Bayern): Herr General! Meine Herren Offiziere der Militärregierung! Genossinnen und Genossen! Wir sind aus Bayern trotz aller Schwierigkeiten, die uns bereitet wurden, hierher geeilt, um in diesem historischen Augenblick mit dabei zu sein, und wir grüßen euch von ungezählten braven Parteigenossen der SPD, deren geheime Sehnsucht die baldige Einigung der Arbeiterklasse ist. (Beifall.) Trotz aller Widerstände der Parteibürokratie haben wir am vorigen Sonntag in Erlangen auf dem Parteitag des Landesverbandes Bayern der SPD erreicht, daß wir hierherfahren durften. (Lebhafter Beifall.) Wir haben zwar keinen Auftrag, hier zu sprechen, wir sind nicht beauftragte Delegierte; man stellte es nach bürgerlichem Muster darauf ab, ob wir in einem solchen historischen Augenblick auch einen legitimen Auftrag

haben; aber in revolutionären Zeiten — und ich kann Ihnen beweisen, wie revolutionär die Verhältnisse in Bayern sind — kommt es nicht auf einen legitimen Auftrag, sondern auf die Berufung an. (Lebhafte Zustimmung.) Wer von dem Atem der Revolution erfüllt ist, wer da will, daß aus dem Trümmerhaufen Deutschland ein neues Deutschland entstehe, der ist berufen, für dieses neue revolutionäre Deutschland zu sprechen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Das sage ich allen Schumacherlingen und Finsterlingen auf der anderen Seite.

Auf dem Parteitage in Erlangen am 13. und 14. April 1946 ist es geschehen, daß man die Einigung mit der KPD ablehnte. Aber es spielte ein sehr merkwürdiger Trick dabei eine Rolle: In einer geschlossenen Delegiertenversammlung am ersten Tage, am Sonnabend voriger Woche, hat ein Genosse bei einem Antrag des Bezirkes Franken zur Presse vorgeschlagen, die Abstimmung und die Erörterung der Einigungsfrage auf den nächsten Tag zu verschieben, und dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden. Dann wurden dieser Genosse und andere Genossen dazu bestellt, in der Nähe von Erlangen in Versammlungen zu sprechen. Während die Genossen abwesend waren, hat man in geschlossener Sitzung die Einigung abgelehnt (Hört, hört!), so daß keinerlei Opposition zu Worte kommen konnte. Am nächsten Tage standen die Genossen, die zur Einigungsfrage sprechen wollten, vor fertigen Tatsachen. Es war so, daß die offene Versammlung an diesem Tage eine Diskussion nicht wünschte, weil die Zeit zu weit vorgeschritten war. (Heiterkeit.) Trotzdem hat man es nicht gewagt, auf dem Parteitag zu sagen: Wir lehnen die Einigung ohne weiteres ab. Man hat beschließen müssen, daß endgültig die Mitglieder zu bestimmen haben.

In den Ortsgruppen wird die Entscheidung fallen, und da will ich euch eine Stichprobe darüber geben, wie die Lage ist. Auf dem Unterbezirksparteitag in Regensburg vom 1. März d. J. ist Genosse Buch vom

Partei Vorstand der SPD Zeuge einer denkwürdigen Sitzung gewesen. Er war in Frankfurt gewesen und kam mit den Beschlüssen von Frankfurt zurück, wo Dr. Schumacher es mit seinen Anhängern durchgesetzt hatte, daß erstens die Einigung abgelehnt wurde und zweitens jeder, der zum Parteitag fahren würde, ohne weiteres ausgeschlossen sei. Da hat ein Genosse in jener Unterbezirkstagung in Regensburg am 1. März 1946 den Antrag gestellt, weil er diese Resolution Schumachers nicht gutheißen konnte, sie abzulehnen, um den Weg zur weiteren Verhandlung nicht zu versperren. Einmütig wurde damals in Regensburg diese Resolution angenommen und es wurde einmütig beschlossen, daß über diese Resolution vom 1. März in den Ortsgruppen die Entscheidung getroffen werden sollte. Nur hat die Parteibürokratie diese Resolution nicht an die Ortsgruppen weitergegeben und sie ist nicht zur Abstimmung gekommen. (Hört, hört!)

Gestern habe ich einen denkwürdigen Augenblick auf dem Parteitag der SPD erlebt. Es gab da einen Streit über die Parteistatuten, ob die Ortsgruppe das Fundament der Partei sein sollte oder die Betriebsgruppe. Ich wünschte — und ich habe das auch gestern gesagt — die Parteigenossen in Bayern hätten erlebt, daß wirkliche Demokratie auf dem Parteitag der SPD herrschte. (Bravo!) Das war ein historischer Augenblick. Da konnte man sehen, daß in Berlin die Mitglieder nicht mundtot gemacht sind. (Bravo!) Statt die Resolution vom 1. März in den Ortsgruppen zur Abstimmung zu bringen, hat man sich Herrn Dr. Schumacher nach Bayern verschrieben. Herr Dr. Schumacher hat vor allen Dingen damit einen Clou in seinen Reden zu erzielen versucht, daß er Angriffe auf eine Siegermacht erhob, indem er sagte: „Die Kommunistische Partei ist abhängig von einer Siegermacht, und die SPD steht unter dem Krallengriff der KPD.“ Nun, das ist sogar dem Dr. Hoegner zuviel gewesen. Auf dem Parteitag in Erlangen hat er erklärt — ich habe seine Rede in genauer Abschrift mitgebracht —

„Ich halte es für äußerst gefährlich, bei unseren Auseinandersetzungen mit anderen deutschen Parteien die eine oder andere Siegermacht anzugreifen. Sozialdemokraten dürfen sich nicht dazu hergeben. Der innerpolitische Kampf ist vielmehr auf der innenpolitischen Ebene auszufechten.“

Aber dann hat Genosse Dr. Hoegner etwas hinzugesetzt, was auch außenpolitisch ausgerichtet war. Der Kern seiner Ausführungen hat dazu geführt, daß mir die Schuppen von den Augen gefallen sind und ich hierherilen mußte, um für die Einheit der Arbeiterklasse einzutreten um Deutschlands willen! (Lebhafter Beifall.) Dr. Hoegner hat daran erinnert, daß manche europäischen Staaten befürchten müßten, daß ein geschlossenes Deutschland wieder zur Herrschaft komme, daß die geschlossene Volkskraft Deutschlands, die in drei Kriegen über Europa hergefallen sei, im Ausland einen solchen Mißkredit genieße, daß man eine geschlossene Volkskraft Deutschlands vermeiden müsse. (Hört, hört!) Daraus hat er entwickelt, deshalb seien die englischen Gewerkschaften für die Dezentralisierung der Gewerkschaften. Wie die Engländer darüber denken, das habt ihr, Genossen der SPD, vorgestern in der denkwürdigen Erklärung der vielen Labour-Abgeordneten und der vielen Gewerkschaftsführer auf dem Parteitag der SPD erlebt. Darum fordert Dr. Hoegner ein föderalistisches Deutschland, einen deutschen Bundesstat, ja einen deutschen Staatenbund, wie es wortwörtlich hier in der „Süddeutschen Zeitung“, aber auch in einer Rede auf dem Erlanger Parteitag heißt.

Wißt ihr, was das bedeutet?

Ein Aufgeben der großen Traditionen unserer Partei, ein Zurück in der gesamten geschichtlichen Entwicklung bis 1806 und noch früher. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich habe eben gesagt: Da fielen mir die Schuppen von den Augen. Man hat auf dem Erlanger

Parteitag die Käte aus dem Sack gelassen. Man hat zwar erklärt, wir wollen ein freies, einheitliches Deutschland, aber hinzugesetzt, mit weitestgehenden Freiheiten für das Eigenleben der Länder. Das bedeutet, daß das Reich Kostgänger der Länder würde. Das bedeutet Wiederholung der Zustände in Bayern, wie wir sie beim Emporkommen eines Adolf Hitler hatten. Das bedeutet die Gefahr, daß ein Hitler-Epigone, ein kleiner Hitler, ein Demi-Hitler, ein Viertel-Hitler hernach in den Ländern geschützt wird und dem Reich Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, wie wir es erlebt haben. (Sehr richtig!) Es bedeutet also einen Rückfall in die traurigste Vergangenheit der Weimarer Republik, wo die Reichsexekutive immer wieder versuchte, einen Staatenlosen außer Landes zu bringen, aber die Münchener Polizeibürokratie immer dazwischensprang und sagte: „Den Mann rührt ihr nicht an, Adolf Hitler, Heil Hitler!“ Wir wissen ja, wieviel Heil das für das deutsche Volk gebracht hat. (Lebhafte Zustimmung.) Nur ein einziger sprach auf dem Erlanger Parteitag gegen Hoegner. Er konnte sich aber gegen die Kreise, die hinter Hoegner stehen, nicht durchsetzen. Ich selbst habe hier vor euch gesagt: Es sind mir die Schuppen von den Augen gefallen. Ich bin in der Einigungsfrage aus einem Saulus zu einem Paulus geworden. (Bravo!) Habe ich vorher noch gezweifelt, so erkläre ich hiermit: Ich bekenne als Paulus, daß es ohne die Einheit Deutschlands und die Einheit der Arbeiterklasse keine deutsche Zukunft gibt. Im Gegensatz zu den Tendenzen, ein aufgelockertes Deutschland zu schaffen, sage ich, ohne ein geschlossenes Deutschland gibt es keinen Wiederaufbau im sozialistischen Sinne! (Zustimmung.) Ohne ein geschlossenes Deutschland gibt es keine Ausrottung von Kapitalismus, Militarismus und Nazismus. Ohne ein geschlossenes Deutschland gibt es keine einheitliche Haltung in den Kulturfragen, kein einheitliches Eintreten für die Gemeinschaftsschule. Ohne ein geschlossenes Deutsch-

land gibt es am Ende wieder Hader und Zerwürfnis, vor allem in konfessionellen Fragen, gibt es wieder das ganze Elend der Kleinstaaterei. Uns alle muß der Wille zur deutschen Einheit beseelen, zur deutschen Zukunft, der Wille zum Wiederaufbau Deutschlands aus dem Trümmerhaufen, zu einem sozialistischen Deutschland, in dem alle anpacken, einer für alle da ist, alle für einen da sind, in dem gearbeitet wird am gemeinsamen Werke und jeder nach seinem Verdienst und der Bedeutung seiner Leistung für die Gesamtheit gewertet wird.

Dieses neue Deutschland muß getragen werden von den entschlossensten Kräften der deutschen Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Wo sind denn die entschlossenen Kerle? Vor vierzehn Tagen hatte ich eine Unterhaltung mit der Militärregierung in Bayern. Ich habe den Herren gesagt: Die ganze gegenwärtige deutsche Demokratie ist belämmert. Sie fragten: warum? Darauf habe ich geantwortet: Weil es keine Kerle gibt! Aber wir, in der geschlossenen einigen deutschen Arbeiterklasse, sind die Kerle! (Lebhafte Zustimmung.)

Und nun erkläre ich den vielen Genossen da draußen, die nicht wissen, wohin sie gehören, die nicht wissen, ob dieser Parteitag, ob der gestrige Parteitag der SPD zu Recht bestehen: Hier ist meine Mitgliedskarte der SPD. Auf ihr steht „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Diese Mitgliedskarte haben wir von der Partei in Berlin, vom Zentralausschuß empfangen, und wir halten den Zentralausschuß auch für berechtigt, diesen Parteitag einzuberufen und auf Grund demokratischer Beschlüsse zu entscheiden. Wir als Demokraten haben uns dem Mehrheitsbeschluß, dem einstimmigen Beschluß des Parteitages zu unterwerfen. (Stürmische Zustimmung.)

Nun werden wir hier das historische Ereignis erleben, daß die Arbeiterklasse geeint sein wird. Aber wir müssen daran denken, daß auf der anderen Seite Leute herumlaufen und immer wieder spalten, die

die Spaltung zu verewigen trachten. Wie sollen wir sie überzeugen? Da sage ich, kein Bruderkampf, nur vorbildliches Wirken! Zeigt hier, wo ihr die Einheit der Arbeiterklasse schafft, was ihr leistet, zeigt, daß ihr Sozialisten seid, daß ihr mustergültig aufbaut, daß hier die Maschinen wieder gehen und daß von hier aus die Zonengrenzen fallen, damit ein einheitliches Deutschland entstehe und es all den Finsterlingen nicht mehr möglich ist, sich hinter die Zonengrenzen zu verkriechen und Spaltungspolitik zu treiben. Von eurer vorbildlichen Haltung, von eurer Demokratie, von eurem Sozialismus wird es abhängen, daß von unten auf in den Westzonen die Vereinigung der Arbeiter zuerst in den Betrieben, dann in den Ortsgruppen und dann in dem ganzen Gebiet erfolgt.

Es lebe die eine einheitliche, freiheitliche deutsche Republik unter der Führung einer geeinten Arbeiterklasse! (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender F e c h n e r: Das Wort hat Genosse Goldhammer aus Bayern.

G o l d h a m m e r (Bayern) (lebhaft begrüßt): Genossen! Ich überbringe euch die Grüße der bayerischen Landesorganisation der Kommunistischen Partei. Die bayerische Delegation weiß sich einig mit euch in der Erkenntnis, daß die Einigung der Arbeiterbewegung die entscheidende Schlußfolgerung aus den Fehlern, Irrtümern und aus der Katastrophe der vergangenen Periode ist.

Ihr könnt euch vielleicht vorstellen, wie sehr wir darauf hoffen, daß diese Einigung, die sich jetzt erst in einem Teile unserer Heimat vollzieht, endlich über die Zonengrenzen hinausgreift. Gerade angesichts unserer Situation in Bayern ist es offensichtlich, wie verbrecherisch die Haltung derjenigen ist, die aus parteiegoistischen oder gar klassenfremden Interessen die Verschmelzung der sozialistischen Parteien zu hintertreiben bemüht sind. Wäre es nicht gerade in Bayern selbstverständlich, daß ein sozialistischer Block dem systema-

tischen reaktionären Kesseltreiben entgegentritt? Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß Reaktion in erster Linie ihren Ausdruck in der neuesten Axmann-Verschworung und der Todesliste der Edelweißpiraten findet. Nein, die Quellen sind die leider heute noch in Bayern unerschütterten Positionen der Junker, der Unternehmer und der reaktionären Bürokratie, die genau wie nach 1918 als „uncersetzlich“ betrachtet werden.

Das Bezeichnende dieser Entwicklung ist, daß vor der Legalisierung der Parteien, die erst im Spätherbst 1945 erfolgte, schon im Sommer — am 8. August 1945 — in München verantwortlich führende Funktionäre beider Parteien ein Abkommen über eine Aktionsgemeinschaft schlossen, das überall, wo es bekannt wurde, begeisterte Zustimmung auslöste. In diesem Abkommen hieß es wörtlich:

„Es gilt, aus der Vergangenheit zu lernen, um diesen neuen Weg gehen zu können, den Weg der radikalen Erneuerung Deutschlands. Die Arbeiterparteien, die Parteien des arbeitenden Volkes, sind entschlossen, diesen Weg zu gehen, sie haben erkannt, daß dieser Weg die entscheidende Voraussetzung einer gerechten sozialen Ordnung ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Arbeitslosigkeit und Lohnsklaverei auf der einen, ohne egoistische Willkür auf der anderen Seite ist. Dieses Endziel ist eine neue, brüderliche, wahrhaft sozialistische Gesellschaft. Die Arbeiterparteien sind sich, unbeschadet noch vorhandener verschiedenartiger Auffassungen über die Möglichkeit der Erreichung dieses Zieles einig in dem Willen, die gegenwärtig notwendigen Schritte gemeinsam zu gehen, die die große Aufgabe von heute umfaßt: Die Demokratisierung des politischen, sozialen und kulturellen Lebens der Nation. Die Arbeiterparteien fühlen ihre Verpflichtung gegenüber Tausenden heroischer Anhänger der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei, gegenüber den Gewerkschaftlern und den freien Kulturschaffenden, aber auch gegenüber den Antifaschisten anderer Parteien und den Parteilosen, die in unermüdlichem illegalem Kampf gegen die Hitlerdiktatur ihr Leben, ihre Freiheit, ihre Gesundheit eingesetzt und geopfert haben. Ihr Opfer hat uns das Gebot zum Zusammenstehen, zu einheitlichem Handeln aufgelegt.“

Hier haben wir eine wirklich überzeugende Schilderung des Druckes, unter dem alle handeln

müssen, die für die Einheit eintreten. Auf Grund dieses Abkommens, das zunächst an der Spitze entstand, begannen sich Sozialdemokraten und Kommunisten in den städtischen Bezirken und in den ländlichen Ortsgruppen zusammenzufinden. Dann kam die Legalisierung der Parteien. Es wurde beschlossen, das Abkommen nunmehr offiziell vor der Militärregierung zu sanktionieren. Das geschah auch am 21. Dezember durch je einen Parteisekretär beider Parteien in München.

Da erschien Dr. Schumachers Angriff in der offiziellen Zeitung der Militärregierung. Der Rundfunk verbreitete Schumachers Argumente und — es ist geradezu beschämend, das zu berichten — es erschien plötzlich eine offizielle Erklärung der Münchner Sozialdemokratischen Partei, in der behauptet wurde, das Abkommen vom 8. August 1945 sei nicht von Bevollmächtigten der Partei, sondern von „Einzelpersonlichkeiten“ abgeschlossen worden. (Hört, hört!) Ich kann euch nicht vorenthalten, wer von der Führung der SPD Münchens als sozusagen unverantwortliche Einzelperson hingestellt wurde, wer die Unterzeichner waren: Von den Kommunisten brauche ich keine Namen zu nennen, sie haben unterschrieben und sie stehen zu ihrer Unterschrift. Zwei davon sind heute LandesparteiSekretäre, einer ist Staatssekretär und einer Stadtrat. Aber die sozialdemokratischen Unterzeichner muß ich hier nennen. Es waren der jetzige ParteiSekretär und Stadtrat von München Christian Roith, der Stadtrat und stellvertretende Leiter des Arbeitsamtes, Hans Schmidt, der Stadtrat und jetzige Ministerialrat im Arbeitsministerium Karl Kröpelin, der damalige und jetzige Arbeitsminister Albert Roßhaupter und — bitte, seid nicht erstaunt — der jetzige Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner. (Hört, hört!)

Und nun frage ich euch, Genossen, denen man vorwirft, sie würden unter einem ausländischen Druck zur Vereinigung schreiten, welchem Druck eigentlich die Genossen Hoegner, Roßhaupter, Schmidt.

Kröpelin und Roith erlegen sind, als sie in München am 8. August 1945 nach mehrwöchigen Verhandlungen das Aktionsgemeinschaftsabkommen unterzeichneten? Wohl demselben Druck, dem ihr in der Ostzone erlegen seid, dem kerngesunden Willen der Arbeiterklasse und der Volksmassen zur Einigung und zur Einheit (Beifall), einem Druck, dem zu erliegen für einen Arbeiterführer keine Schande bedeutet! (Beifall.)

Nachdem aber Schumacher mit klassenfremder Assistenz sein Veto eingelegt hatte, gab man sofort einem andern Druck nach, einem Druck, der nichts mit den Interessen der Arbeiterbewegung und des demokratischen Deutschlands zu tun hat, sondern ein durch und durch klassenfremder und klassenfeindlicher Druck ist. Es bleibt dem Genossen Hoegner überlassen, zu überlegen, welchem Druck nachzugeben ehrenvoller und sauberer ist. Es ist bei Hoegner dieselbe Haltung festzustellen, wie in der Frage des Separatismus, die Hoegner in föderalistischer Form aufgerollt hat, um separatistische Stimmungen für sich zu gewinnen. Das Resultat ist heute, daß jetzt in der Augsburger Gegend schwäbische Separatisten die Absonderung von Bayern propagieren. (Heiterkeit.) Es ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären! Und das Resultat der Ablehnung der Einigung der Sozialdemokraten und Kommunisten in Bayern ist das provozierende Auftreten der Reaktion, die heute schon sich so gebärdet wie die Kahr, Poehner, Escherich und Konsorten nach 1918. (Hört, hört!)

Wie aber die Münchener Arbeiterschaft reagierte, dafür möchte ich euch einige Beweise bringen.

Der Betriebsrat und der gesamte Vertrauensmännerkörper der Firma Siemens und Halske und 585 unterschriebene Zustimmungen aus der Belegschaft bekunden eindeutig den Wunsch auf Weiterführung der Aktionsgemeinschaft mit dem Ziele der Verschmelzung der Arbeiterparteien, ebenso die Belegschaft

der Waggonfabrik Rathgeber; 55 Betriebsobleute der Reichspostdirektion München, 506 Unterschriften der Belegschaft der Firma Kraus-Maffei, die Belegschaften der Firmen F. Bruckmann und Eiso-Schrauben, die Vertrauensmänner der Eisenbahnergewerkschaft im RAW-Neuaubing, die 1600 Mitglieder vertreten, 303 unterschriebene Erklärungen von Münchner Straßenbahnern; die Belegschaften der Firmen Anorgana, Gendorf, Robel, des BLW-Freimann, des Bahnhofs München-Laim, der Vedag, der Firma Ernst Grob, Lenz & Co. und Gebrüder Rank. Alle diese Vertreter von Tausenden organisierter Arbeiter antworteten eindeutig: Wir wollen Aktionsgemeinschaft und Einheit der Arbeiterparteien! (Beifall.)

Ihr werdet nun fragen: Wie kommt es, daß dennoch die sozialdemokratischen Parteiinstanzen Bayerns heute noch ungehindert gegen die Zusammenarbeit auftreten können? Wenn ihr, die ihr euch gegen die Vorwürfe verteidigen müßt, daß bei euch zu wenig Demokratie herrsche, wüßtet, daß bis heute kein leitender SPD-Funktionär in Bayern durch Mitgliederabstimmung gewählt worden ist und daß auf der Landeskonferenz, die vor acht Tagen in Erlangen stattfand, überhaupt kein gewählter Delegierter vorhanden war, sondern nur geladene Teilnehmer aus den Kreisen der staatlichen und kommunalen Funktionäre, werdet ihr vielleicht verstehen, wieso eine solche Kluft zwischen der Meinung der Arbeiter und der Haltung gewisser Funktionärkreise in Bayern möglich ist.

Aber es gibt Lichtblicke auch auf einer derartig zusammengesetzten Konferenz. Etwas, was weder die offizielle Presse noch der Rundfunk von der Landeskonferenz in Erlangen meldete, ist die erfreuliche Tatsache, auf die mein Vordredner schon hinwies: Von einem Fanatiker war der Antrag gestellt worden, daß jedes sozialdemokratische Mitglied, das an kommunistischen Veranstaltungen teilnimmt, sofort aus der Partei ausgeschlossen werden solle. (Hört, hört!) Dieser An-

trag ist auf der Konferenz in Erlangen mit großer Mehrheit abgelehnt worden. (Bravo!)

Genossen! Ihr könnt versichert sein, daß wir den Kampf um die Einheit in Bayern niemals aufgeben werden. Mögen noch so viele Feinde der Einheit versuchen, den historisch notwendigen Schritt der Einigung der Arbeiterbewegung zu sabotieren, er soll und wird auch in Bayern vollzogen werden. So wie keine Macht der Welt die fortschrittlichen Kräfte Deutschlands daran hindern können, ein einheitliches demokratisches friedliches Deutschland zu erkämpfen, ebenso wenig wird irgendeine Macht der Welt imstande sein, die Arbeiterbewegung in ganz Deutschland daran zu hindern, rücksichtslos die Lehre aus der Katastrophe zu ziehen, in die wir nicht zuletzt durch die Spaltung der Arbeiterbewegung geraten sind.

Nur eine einheitliche deutsche sozialistische Partei wird das Kraftzentrum sein, um das sich alle wertvollen und aufbauwilligen Kräfte unseres Volkes scharen können. Erst dieses Kraftzentrum wird imstande sein, das Wiederaufkommen der Reaktion und eines neuen Faschismus im Keime zu ersticken. Erst dieses Kraftzentrum einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei wird auch imstande sein, die vom Nationalsozialismus irreführten und vom Zusammenbruch verwirrten Millionenmassen der Reaktion zu entreißen und sie in die Front des demokratischen Aufbaues einzugliedern. Für diese deutsche einheitliche sozialistische Partei werden wir unsere Kraft einsetzen, weil wir unsere Pflicht dem deutschen Volke und der Welt gegenüber erfüllen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender F e c h n e r : Das Wort hat Genosse Schmilina aus dem Rheinland.

S c h m i l i n a (Rheinland): Genossinnen und Genossen! Ich bin beauftragt, euch im Auftrage der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und der kommunistischen Arbeiterschaft aus Düsseldorf und vom Nieder-

rhein die herzlichsten Glückwünsche zu dem heutigen Vereinigungsparteitag auszusprechen. (Beifall.) Die gesamte Arbeiterschaft aus Ruhr und Rhein richtet heute ihre Augen hier auf Berlin, auf den Einigungsparteitag. Mit dem heutigen Tage hat die SPD und hat die KPD ihren Schlußstrich gezogen, und beide haben sich in der Einheitspartei vereinigt. Zweimal in unserer sozialistischen Kampfbewegung ist es bereits geschehen, daß wir uns geeinigt haben. Wir wollen uns geloben, daß uns keine Reaktion mehr zerreißen darf.

Ich kann euch mitteilen, daß auch die Arbeiterschaft an Ruhr und Rhein für die Einheitspartei ist, und wenn auch einige Reaktionäre das Gegenteil behaupten, so muß ich hier erklären, daß das eine große Lüge ist; denn der Arbeiter an Ruhr und Rhein sieht die Dinge vielleicht klarer als ihr hier. Bei uns hat sich nämlich nichts geändert. Der Hitlerfaschismus ist zwar zerschlagen, aber die Reaktion hat das Feld bezogen und ist in den Methoden genau so wie der Hitlerfaschismus. Heute versucht man es mit Separatismus. Man schämt sich nicht, ganz offen zu sagen, Rhein und Ruhr müssen ein selbständiger Staat werden, sonst können wir nicht leben. Diese Herren sollen sich geirrt haben! Wir Arbeiter werden der Reaktion das Rückgrat brechen, damit sie sich niemals mehr erheben kann.

Der Samen, den ihr hier in Berlin seit Monaten für die Einigung über das ganze Reich gestreut habt, fängt an, im Westen zu keimen, und er wird seine Frucht auch dort tragen. Einheitsbestrebungen sind auch bei uns schon im Gange. Wir haben im Kreise Grevenbroich gemeinsame Veranstaltungen der Sozialdemokraten und der Kommunisten durchgeführt. Genau so ist es in Gevelsberg und Schwelm gewesen, und ich kann euch versichern, daß wir diese Arbeit steigern werden, damit in Kürze auch am Niederrhein die Vereinigung Tatsache werden kann. Dann wird auch die Heimat von Friedrich Engels, der ein Sohn der Stadt Wuppertal gewesen ist,

mit euch in der Einheitsfront marschieren. (Beifall.) Die Arbeiterklasse an Ruhr und Rhein ist sich klar darüber, daß die Einheit der Arbeiterklasse die Einheit der Nation ist. Die Einheit der Nation aber heißt Deutschland. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **F e c h n e r**: Das Wort hat der Genosse **Keil** aus dem Rheinland.

**Keil** (Köln): Geschätzte Anwesende! Genossinnen und Genossen! Aus der Metropole des einst so schönen Rheinlandes kommend, überbringe ich Ihnen im Namen des gemeinsamen Arbeitsausschusses sozialdemokratischer und kommunistischer Betriebsfunktionäre von Groß-Köln, dem bereits 17 Betriebe angehören, darunter solche Großbetriebe wie Ford, Westwaggon, Glanzstoff, die brüderlichen Grüße der sozialdemokratischen und kommunistischen Genossinnen und Genossen. (Beifall.)

Dem möchte ich noch anflechten, daß kurz vor meiner Abreise auch die Genossinnen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei mich gebeten haben, ihre Grüße an den Kongreß mit den besten Wünschen zu übermitteln.

Wir Kommunisten und Sozialdemokraten sind nach Berlin gekommen, um hier an dieser großen historischen Tagung der deutschen Arbeiterbewegung teilzunehmen. Wir sind überwältigt von dem, was wir bisher gesehen und erlebt haben. Wir werden mit neuer Kraft in unsere Heimat zurückkehren, um dort Bericht zu erstatten und unseren Genossen zu sagen, daß im Osten Deutschlands die Einheit der Arbeiterklasse Tatsache geworden ist.

Bevor wir abfahren, hat man uns gedroht, uns aus der SPD auszuschließen. Wir sind trotz dieser Drohung gekommen, weil wir wissen, daß wir keine Zeit mehr zu verlieren haben und daß wir auch im Westen Deutschlands auf schnellstem Wege die Einheit schaffen müssen. Bei uns sitzen Faschisten noch in füh-

renden Positionen. Das ist nur möglich, weil wir in der Schaffung der Einheit Tempoverlust haben. Aber seid gewiß, Genossinnen und Genossen, daß wir im Westen unsere Pflicht tun werden. Euer Beispiel wird uns wegweisend sein. Wenn wir Anfang Mai vor den Kommunisten und Sozialdemokraten der gesamten Betriebe von Groß-Köln über den Einheitskongreß Bericht erstatten, werden wir den Genossen sagen, daß die Zeit der schönen Reden vorbei ist, und daß es nun gilt, zu handeln. Wir geloben euch, Genossinnen und Genossen der Ostzone, daß wir halten werden, was wir auf der ersten Konferenz der Kölner Betriebe geschworen haben, und wenn es sein muß, unter Beseitigung der derzeitigen Führung: Uns nicht mehr zu trennen, bis auch am Mittelrhein die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands geschaffen worden ist! (Lebhafter Beifall.)

(In diesem Augenblick erscheint ein Stafettenläufer in Sportkleidung am Vorstandstisch.)

Vorsitzender **F e c h n e r**: Genossinnen und Genossen! Es trifft soeben der letzte Läufer einer Stafette aus der Provinz Sachsen ein. (Stürmischer Beifall.) Er wird einige Worte an uns richten.

**Si e m s** (Halle): Diese Stafette, für die ich als Schlußläufer spreche, wurde im Leunawerk in Lauf gesetzt. (Beifall.) Ich verlese den Wortlaut der der Stafette übergebenen **B e g r ü ß u n g s u r k u n d e n** aus der Provinz Sachsen und dem Leunawerk an den Parteitag.

An den Vereinigungsparteitag in Berlin!

In der großen historischen Stunde der deutschen Arbeiterklasse sendet das Provinzsekretariat der SPD für die Provinz Sachsen im Auftrage von 300 000 Mitgliedern für die gesamte werktätige Bevölkerung der Provinz dem Vereinigungsparteitag die herzlichsten Grüße. Wir sind überzeugt, daß es euch gelingen wird, die immerwährende Einheit der deutschen Arbeiterklasse zum Besten des ganzen deutschen Volkes herzustellen.

Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse!

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!

Provinzsekretariat der SPD für die Provinz Sachsen. (Beifall.)

Die andere Urkunde lautet:

Geschenk der Sozialistischen Einheitspartei der Provinz Sachsen an den Vereinigungsparteitag Berlin.

Seit dem Vereinigungsparteitag der beiden Arbeiterparteien für die Provinz Sachsen am 7. April 1946 in Halle ist es gelungen, 10513 Neuaufnahmen für die SED in der Provinz Sachsen zu tätigen. Die ersten Neuaufnahmen aus allen Schichten der werktätigen Bevölkerung überreichen wir dem Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946 in Berlin und betonen, daß wir auch weiterhin bestrebt sind, die SED zu einer wahren Massenpartei des werktätigen Volkes zu machen.

(Der Stafettenläufer überreicht unter großem Beifall die Urkunden den beiden Vorsitzenden des Vereinigungsparteitages.)

Vorsitzender Fechner: Ich glaube, ich handle in eurem Auftrag, Genossinnen und Genossen, wenn ich diesem Läufer und seinen Genossen, die so fleißig gearbeitet und dieses Geschenk persönlich überbracht haben, unsern besten Dank abstatte. (Beifall.) Ihr seht, Genossinnen und Genossen, sie sind so „unter Druck gesetzt“ worden, daß sie von Sachsen bis hierher zu Fuß gekommen beziehungsweise gelaufen sind, um uns diese Grüße zu überbringen. (Heiterkeit und Beifall.) Das Wort hat nunmehr der Genosse Oskar Müller aus Groß-Hessen.

Oskar Müller (Groß-Hessen): Genossinnen und Genossen! In tiefer Ergriffenheit, zugleich aber auch in stolzer Freude über das große Geschehen, das heute geschichtliche Tat wird, darf ich euch als Vermittler der Verfechter und Bekenner der Einheit der Arbeiterschaft von Groß-Hessen deren heiße brüderliche Kampfgrüße überbringen, euch zugleich aber auch den Dank dafür aussprechen, daß ihr durch die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ein Fanal entzündet habt, das das Bekenntnis zur Einheit bei uns im Westen entflammen wird zu dem Entschluß, mit aller Kraft auch bei uns die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen. (Beifall.)

Niemand, der sich seiner Verantwortung gegenüber der Arbeiterschaft, der Verantwortung gegenüber unserer Jugend und der Verpflichtung, die Zukunft unseres Volkes sicherzustellen, bewußt ist, kann sich der Erkenntnis verschließen, daß nur die Einheit der Arbeiterschaft die Bürgschaft dafür ist, daß sich die Vergangenheit in Zukunft nie mehr wiederholen kann. Wir alle haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Wir haben diese Fehler mit schwersten Opfern bezahlen müssen. In kühner und entschlossener Initiative, geboren aus der gewaltigen Kraft der Einheit, habt ihr in der Ostzone die Seuchenherde der Reaktion auf dem Lande zerschlagen, den Junkern ihre Machtbasis entzogen und durch die Bodenreform die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt. Bei uns im Westen dagegen ist die Bodenreform noch nicht durchgeführt, die Lebensmittelrationen sind gekürzt und die aus der Ostzone vertriebenen Junker speien aus dem zur Zeit noch sicheren Versteck des Westens Gift und Galle gegen die Werktätigen des Ostens, die sich ihrer Ausbeuter und Volksfeinde entledigt haben. Ihr habt in der Ostzone die Konzerne und Trusts zerschlagen, die Betriebe von Militaristen, Nazisten und Reaktionären gesäubert. Bei uns sieht die Reaktion, zur Zeit noch getarnt, wie nach 1919, in der Wirtschaft und Verwaltung und beginnt, gestützt auf manderlei, auch internationale reaktionäre Kräfte, spekulierend aber auch darauf, daß die tödlich gehaßte Einheit der Arbeiterschaft nicht kommen möge, ihre Machtpositionen wieder auszubauen.

Mit Bewunderung sehen wir, wie in der Ostzone die Trümmer beseitigt werden, die Wirtschaft wieder aufgebaut und die Versorgung der Bevölkerung in steigendem Maße sichergestellt wird. Engstirniger Bürokratismus hemmt bei uns jedoch jegliche Initiative, Desorganisation der Wirtschaft und reaktionäres Unternehmertum sabotieren den Wiederaufbau und lassen große Teile der geringen Produktion auf dem Schwar-

zen Markt oder im Tauschhandel verschwinden. Ständig neue Preissteigerungen schränken bei uns die Kaufkraft der Massen immer mehr ein und rücken die Inflationsgefahr in bedrohliche Nähe. Ihr habt es hier verstanden, rechtzeitig zuzupacken und den Wert des Geldes zu erhalten. Ja, gestern wurde bekanntgegeben, daß hier die Preise auf den Stand vom Jahre 1944 zurückgeführt werden.

Lassen wir es bei diesen wenigen Gegenüberstellungen genügen. Nur eine Feststellung muß ich noch treffen: Ihr habt hier in der Ostzone die Feinde des Volkes ohnmächtig gemacht und die Voraussetzung geschaffen, daß Nazismus, Militarismus und Reaktion nie wieder Einfluß gewinnen können. Bei uns im Westen dagegen haben sie noch ihren Einfluß, werden bereits wieder frecher, organisieren sich und stören und sprengen demokratische Versammlungen. Ihr habt hier dem wahren Inhalt des Begriffs Demokratie Leben und Wirklichkeit verliehen. Bei uns will man wieder die alten Spielregeln einer falschen Demokratie benutzen, um die Vergangenheit zu restaurieren, die Reaktion wieder an die Macht zu bringen. Ihr habt hier im Osten eine entscheidende Schlacht gewonnen. Und der starke Arm und die Kraft, die euch zum Siege verholfen hat, das ist die Einheit der Arbeiterschaft, die heute durch die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ihre Krönung erfährt.

Ich weiß, daß diese gewaltige Tat hellen Jubel und stürmische Begeisterung auslösen wird in den breitesten Massen der Bevölkerung bei uns im Westen, bei all jenen, die es ehrlich meinen mit der Arbeiterklasse und dem deutschen Volk. Ich weiß aber ebenso, daß die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien das giftige Wutgeschrei der Reaktion und eine satanische Hetz- und Verleumdungskampagne auslösen wird. Und aus der Vergangenheit wissen wir, daß die Feinde des Volkes kein Mittel unversucht, keine Gelegenheit unaus-

genutzt lassen werden, um die für sie tödlichste Gefahr, die Einheit der Arbeiterschaft für ganz Deutschland zu verhindern. Herr Dr. Schumacher und seine Anhänger, die Saboteure der Einheit, können sich keinen Augenblick über die Rolle, die sie spielen, nämlich Stützen der Reaktion zu sein, im unklaren sein. Die deutsche Arbeiterschaft jedoch wird auch bei uns im Westen über sie hinweggehen und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zum Träger des Aufbaues eines wirklichen demokratischen Deutschlands machen. Für uns, die Bekenner und Träger des Einheitsgedankens aus dem Westen, ist unsre Aufgabe klar gekennzeichnet: Überall in den Betrieben, in den Gemeinden und Kreisen werden wir mit unseren sozialdemokratischen Genossen Organisationskomitees bilden, die die Voraussetzung für die Bildung der Einheitspartei schaffen werden. Im praktischen Kampf gegen Nazismus und Reaktion, für den Aufbau einer demokratischen Wirtschaft, für die Sicherung der Ernährung und gerechte Verteilung der Produktion und der Lebensmittel, in der Verhinderung von Preiswucher und Ausbeutung, werden die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter sich angesichts der drohenden Gefahr zusammenschließen und somit die Einheit der Arbeiterschaft für ganz Deutschland zur Wirklichkeit werden lassen. Diese Einheit wird dann auch dafür Garantie sein, daß die Absichten der reaktionären Verräter des Volkes, die im Westen Teile des Reiches losreißen wollen, zunichte gemacht wird. Die SED ist die Bürgschaft für die Erhaltung des Reiches und die Voraussetzung dafür, daß ein neues, ein sozialistisches Deutschland entsteht, ein Deutschland des Friedens, des Fortschritts, wahrer und echter Demokratie. (Beifall.)

Vorsitzender F e c h n e r: Zwischendurch einige Mitteilungen. Die Statutenberatungskommission tagt um 18 Uhr im Parteihaus in der Behrenstraße. Die Delegierten aus Sachsen von der Sozialdemokratischen und von der Kommunistischen Partei versammeln sich

eine Stunde nach Schluß dieser Konferenz im Bebelaal des Parteihauses in der Behrenstraße.

Das Wort hat nunmehr der Genosse Obst aus Frankfurt am Main.

Obst (Frankfurt am Main): Genossinnen und Genossen! Mit raschem Pulsschlag sind wir Genossen der SPD Groß-Hessens und von Frankfurt a. M. hierhergeeilt, um Zeuge zu sein des hochpolitischen Aktes der Wiedervereinigung der SPD mit der KPD zur neuen kraftvollen und zielweisenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Wir haben über unser Fühlen und Sehnen nach Einigkeit innerhalb der Arbeiterklasse hinaus damit einen zukunftsreichen Weg beschritten. Unser aller Hoffen und Wünschen ist in Erfüllung gegangen. An echter sozialistischer Luft haben wir uns endlich wieder erquicken können. Unseren Frankfurter und darüber hinaus allen großhessischen Freunden können wir nun mit größter Genugtuung und voller Verantwortung verkünden: Hier in Berlin ist ein neues Zeughaus entstanden, ein Zeughaus, in welchem nicht menschenmordende Waffen aufbewahrt, sondern in welchem das beste geistige Rüstzeug zweier stolzer Parteien eingebracht wurde zum Nutzen und Frommen des gesamten deutschen Volkes. (Beifall.)

Die hier geschaffene Einheit und — auch davon haben wir uns überzeugt — der Geist der Männer, der sie lenkt und schuf, wird im Westen stärksten Widerhall und größtes Vertrauen finden. Hierfür bürgt uns vor allem der Beschluß der Frankfurter Metallgewerkschafts-Delegierten-Konferenz, in Ergänzung der Gewerkschaftseinheit die politische Einheit der Arbeiterschaft herzustellen. Dafür bürgt ferner, daß auch in Hessen dem Rufe des heutigen Vereinigungsparteitages Folge geleistet werden wird. Möge der hier beschrittene Weg ein großer Beitrag sein zur Wiederaufrichtung unseres geplagten Vaterlandes und damit der gesamten Menschheit. Mit diesem heißen Wunsche grüßen wir den

ersten Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Fechner: Das Wort hat der Genosse Matern aus Berlin.

Hermann Matern (Berlin): Genossinnen und Genossen! Die arbeitende Bevölkerung Berlins kann und muß stolz darauf sein, daß die organisatorische Einheit der politischen Arbeiterbewegung Deutschlands in Berlin geschaffen und geschmiedet wird. Die Herstellung der Einheit der politischen Arbeiterbewegung war in Berlin schwierig und kompliziert. Denn Berlin ist Deutschland im Kleinen. Alle Probleme, alle Aufgaben und Fragen stehen hier in zugespitzter Form vor uns. Trotzdem ist die Vereinigung zustande gekommen. Sie gibt uns die Gewähr, daß die Einheit der deutschen Arbeiterklasse in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, und zwar ganz Deutschlands, Wirklichkeit werden wird, schneller als es sich mancher träumen läßt. (Beifall.)

Daß in Berlin die Fragen alle ein wenig anders stehen, kann man daran erkennen, daß Berlin eine große Anzahl von Tageszeitungen hat. Unsere Freunde im Westen wären wirklich glücklich, wenn eine Anzahl von den Zeitungen mit anderem Inhalt bei ihnen erscheinen könnte. (Sehr wahr!) Aber das zeigt, daß die politischen Fragen und die Entwicklung in ganz Deutschland sich in Berlin widerspiegeln.

Für die Berliner Parteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei wird in Zukunft der „Vorwärts“ das Organ der werktätigen Bevölkerung sein. Ich brauche nicht zu unterstreichen, daß der „Vorwärts“ in seinen Spalten nur die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und nicht fremde Interessen vertritt, und daß er deswegen die Zeitung des ganzen arbeitenden Berlins ist. (Beifall.)

Im Vordergrund unserer Aufgaben wird jetzt der Neuaufbau Berlins stehen. Berlin ist die Haupt-

stadt Deutschlands gewesen und Berlin soll die neue Hauptstadt des neuen Deutschland sein. (Lebhafter Beifall.) Die Sozialistische Einheitspartei in Berlin übernimmt die Verpflichtung, dieses Berlin wirklich zu der Hauptstadt unseres neuen Deutschland zu machen (lebhafter Beifall), es so zu gestalten, daß wir stolz darauf sein können. Die Stadt muß demokratisch sein. Die Partei wird das Bindeglied zwischen Verwaltung und Produktion und dem gesamten Leben sein. Die Partei wird alle Seiten des Lebens durchdringen. Aber die ganze arbeitende Bevölkerung Berlins muß sich verantwortlich fühlen für dieses Berlin. Das ist Demokratie. Sie muß sich verantwortlich fühlen für alles, was geschieht, für alles, was notwendig ist. Die Partei wird tagtäglich die Dinge des Lebens neu gestalten und ändern. Je stärker die Arbeiter in die Verwaltung, in die Produktion und in die Gestaltung der Geschicke eingreifen, um so leichter werden die Schwierigkeiten überwunden. Die Arbeiter schrecken vor Schwierigkeiten nicht zurück. Das haben sie bewiesen in den hinter uns liegenden zehn Monaten. Das Schwergewicht der Parteiarbeit muß auf dem Gebiet der Produktion und des Ausbaues des Verkehrs liegen, weil dies die Grundlage für das Leben bedeutet.

Ich sagte, die Partei muß alle Seiten des Lebens durchdringen, jeden Tag auf allen Gebieten Neues schaffen. Wir meinen, daß, wenn eines Tages Wahlen stattfinden, sie die Bestätigung für die Arbeit bringen werden, die wir tagtäglich geleistet haben und leisten, und daß sie der Festigung unserer Positionen dienen wird. Der Sozialist muß Vorbild sein immer und überall, ganz gleich, wo er steht. Er muß auf allen Gebieten der arbeitenden Bevölkerung vorangehen und muß wirklich ein sozialistisches Leben vorleben. Ich bin überzeugt, wir werden den beschrittenen Weg mit aller Konsequenz fortsetzen und trotz aller Schwierigkeiten zum Ziele gelangen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Fechner: Das Wort hat der Genosse Buchmann aus Württemberg.

Albert Buchmann (Württemberg): Genossinnen und Genossen! Es ist ein stolzer Führungsanspruch, der in den Berichten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei auf den beiden Parteitag zu Ausdruck kam. Das Wesentliche dabei scheint mir, daß dieser Führungsanspruch der Arbeiterklasse in der Ostzone weitgehend realisiert worden ist. Hier zeigt sich gleich der Unterschied unserer Lage und Entwicklung im Verhältnis zu der Lage und Entwicklung in der Ostzone.

In der Ostzone steht die Frage des Ausbaus und der Stärkung der Positionen der Demokratie im Vordergrund, bei uns im Südwesten steht die Frage des Kampfes um die primitivsten Formen und Fragen der Demokratie voran. Wir hatten für diese Aufgabe auch im Südwesten, in Württemberg, vor zehn Monaten in der Arbeiterschaft eine breite Grundlage geschaffen, wo wir durch die Bildung überparteilicher Arbeitsausschüsse — man darf wohl sagen — das Chaos überwunden und das Leben gesichert haben. Aber je mehr sich die reaktionären Kräfte von der ersten Schockwirkung erholt haben, um so mehr stößt die Initiative der breiten Schichten der Arbeiterschaft auf die alten Formen und den alten Geist der Reaktion, der noch in allen Beamten- und in allen Wirtschaftsstellungen sitzt.

Genosse Ulbricht sagte gestern auf dem KPD-Parteitag, wenn es der Reaktion gelänge, im Westen die Sozialdemokratie fest an die Kräfte der Reaktion zu binden — ein Weg, den Dr. Schumacher geht — dann würde das eine Periode wirtschaftlicher Krisen und dauernde Konflikte mit anderen Völkern zur Folge haben. Ich glaube, es ist zutreffend, wenn wir diese Kennzeichnung in ihrem ersten Teil heute schon auf unsern Westen zur Anwendung bringen. Das kommt einmal zum Ausdruck in der schon gekennzeichneten Stabilität der Ent-

wicklung und der Sicherung des Lebens sowie in der steigenden Demokratisierung des Lebens in der Ostzone. Im Westen dagegen gibt es kaum 9 Prozent wirtschaftlicher und industrieller Entwicklung! Dazu die Wahrscheinlichkeit, daß in wenigen Tagen oder Wochen die mühselig angekurbelte Metallindustrie in ihren bescheidenen Anfängen zum Erliegen kommt wegen Mangel an Rohstoffen, Mangel an Kohle und Eisen aus der britischen Zone, was gleichzeitig zum Ausdruck bringt, wie notwendig es ist, daß die Zonengrenzen fallen und der Weg freigemacht wird für eine einheitliche wirtschaftliche Ernährungspolitik und eine einheitliche politische Entwicklung.

Aber in diesem Chaos, um es etwas stark auszudrücken, beziehungsweise dieser Entwicklung im Westen, wo einem kurzen Aufstieg schon wieder ein Rückschlag folgt, kommt das Krisenhafte zum Ausdruck, das seinen Grund in der Tatsache hat, daß dort nicht die demokratischen Kräfte, sondern noch die Kräfte der Reaktion entscheidend sind. Dies trifft zusammen mit einer anderen Charakterisierung, die vor kurzem gemacht wurde, wo es heißt: In der Ostzone gelten die Gesetze des Kapitalismus nicht mehr in der alten Weise. Bei uns gelten sie noch in der alten Weise, und uns stehen noch die Aufgaben bevor, auch in der Westzone dafür zu sorgen, daß die Gesetze des Kapitalismus nicht mehr in der alten Weise zur Geltung kommen. Aber es ist ein erhebendes Bewußtsein und die stärkste Waffe im Kampfe um die Einheit auch im Westen, daß die Erfolge im Osten das entscheidende Ergebnis der Einheitspolitik sind.

Wir wissen auch, daß die Einheit, die in diesen Tagen in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands realisiert wird, den Genossen der Ostzone nicht als eine Gnade vom Himmel geschenkt worden ist. Wir haben es aufmerksam verfolgt, daß eine zähe, kluge und harte politische Arbeit notwendig war, um dieses

stolze Ergebnis zustande zu bringen. Die Berichte über die Aufgabenstellung der Parteitage werden uns Anlaß sein zu einem ernsthaften Studium. Wir werden die Lehren in die Arbeiterschaft hineinbringen, und zwar nicht nur im Sinne einer Propaganda, sondern in zäher, geduldiger und kameradschaftlicher Auseinandersetzung mit den Freunden und mit den Zweiflern an der Einheit, besonders in den Betrieben. Diese Beschlüsse und Erfahrungen sollen uns Leitmotiv für unser Handeln sein. Man kann wohl sagen, daß die Parteileitungen und die Parteigenossen und Freunde der Einheit in der gesamten Ostzone ausnahmslos die Theorie, daß der Marxismus eine Anleitung zum Handeln ist, in hervorragender Weise in lebendige Praxis umgesetzt haben. Es wird unsere Aufgabe sein, die Arbeiterschaft und die fortschrittlichen Elemente im Westen mit den besten politischen Werten, wie sie heute hier konzentriert zum Ausdruck gebracht werden, und mit den Aufgaben vertraut zu machen. Das wird um so notwendiger sein, als die Stärkung und Realisierung der Einheit hier im Osten bei unserer sozialdemokratischen Führung im Westen leider eine umso schärfere Reaktion gegen die Einheit ausgelöst hat.

In den letzten Tagen hat bei uns im Westen unser sozialdemokratischer Parteivorstand ein Rundschreiben an die Mitglieder erlassen, in dem unter anderem behauptet wird, in der Ostzone würde eine Politik gemacht, um die Bevölkerung industriell, wirtschaftlich und ernährungspolitisch künstlich zu fördern und um die Bevölkerung der Westzone künstlich und mit Absicht verelenden zu lassen. Diese Einstellung zeigt nicht nur die Schwierigkeiten, mit denen wir im Westen zu kämpfen haben, sie zeigt uns auch die Schwierigkeiten dieser einheitsfeindlichen sozialdemokratischen Führung, die immer mehr in eine haltlose Situation und immer stärker an die Seite reaktionärer Kräfte getrieben wird. Es bedeutet aber auch andererseits wieder eine Erleichterung unserer Arbeit bei den sozialdemokratischen

Freunden; denn man kann nicht ungestraft davon sprechen, daß im Osten eine Verelendungspolitik gemacht würde, daß dort Unterernährung usw. hervorgerufen würde, und jetzt das Gegenteil behaupten. So etwas muß sich ja in der breiten Masse der Bevölkerung und bei der fortschrittlichen Intelligenz auswirken. Und der Wille zur Einheit bei den sozialdemokratischen Arbeitern im Westen ist ja ebenfalls sehr stark. Bisher hindert die sozialdemokratischen Freunde nur noch der Druck der Disziplin, ihren Willen zur Einheit zur Geltung zu bringen. Dieser Parteitag der Einheit wird uns aber helfen und unseren sozialdemokratischen Freunden in Württemberg und im Westen die Möglichkeit geben, den Weg zu finden und auch den Mut zu stärken, um ihren Willen zur demokratischen Gestaltung Geltung zu verschaffen.

Uns aber wird dieser Parteitag eine Fülle von Erfahrungen und einen mächtigen Impuls mit auf den Weg geben. Er wird uns helfen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Es wird für uns eine Ehrenpflicht sein, alle demokratischen Kräfte zu mobilisieren, um die letzte Lücke in der Einheit der Arbeiterklasse Deutschlands zu schließen. Wir werden diese Aufgabe erfüllen, weil wir ein unbegrenztes Vertrauen in die Kräfte der Arbeiterklasse haben und weil durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands neue ungeahnte Kräfte für die Einheit und für eine bessere Zukunft geweckt werden. (Beifall.)

Vorsitzender Fechner: Die Redaktionskommission tritt heute um 16 Uhr im Parteihaus Behrenstraße zusammen. (Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Die Fülle der uns vorliegenden Tagesordnungspunkte läßt uns den Wunsch aussprechen, diese Begrüßungsansprachen in der Zeit zu begrenzen und eventuell Schluß zu beantragen.)

Genossen! Ich möchte nicht widersprechen, möchte aber mitteilen, daß noch vier Redner, und

zwar der Genosse Ebert aus Brandenburg und Genossen aus Baden und von der Wasserkante eingezeichnet sind. Wir wollen sagen, daß die Genossen sich kurz fassen sollen. (Sehr richtig!) Ich möchte aber doch bitten, das, was sie uns Wichtiges zu sagen haben, mit einigen Worten auszudrücken. (Zuruf: 5 Minuten!) Ist der Genosse, der den Antrag auf Schluß der Debatte gestellt hat, damit einverstanden? (Zuruf: Ja.) Der Parteitag auch? (Wird bejaht.) Dann werden wir so verfahren. Es spricht jetzt der Genosse Friedrich Ebert aus Brandenburg. (Beifall.)

Friedrich Ebert (Brandenburg): Genossinnen und Genossen! Ich bringe euch die Grüße der Mark Brandenburg, die Grüße der Heimatprovinz Wilhelm Pieck. Brandenburg ist die ärmste der Provinzen und Länder in der sowjetischen Zone geworden. In unseren Städten, in unseren Dörfern, auf unseren Feldern und in unseren Wäldern sind vor einem Jahre die letzten Vernichtungsschläge gegen die furchtbare Hitlersche Kriegsmaschine geführt worden. Von Rathenow und Brandenburg über Potsdam nach Frankfurt/Oder, von Baruth bis nach Prenzlau zieht sich eine fast ununterbrochene Kette zerstörter Städte und Dörfer. 12 000 Quadratkilometer Boden mit 225 000 Einwohnern hat dieses Land verloren. Aber nicht verloren hat es seinen Mut und seine Lebenskraft.

Die neue Hauptstadt der Mark Brandenburg ist Potsdam, ein Name, der wohl wie kein anderer nicht nur Europa, sondern auch die Welt mehr als einmal in Schrecken versetzt hat. Potsdam und sein Geist waren ein Begriff. Potsdam war auch die Stadt, in der der Nationalsozialismus nach der sogenannten Machtübernahme seine erste große theatralische Schaustellung dem Volke und der Welt gab. Hier unter den Glocken, die zu „Treu und Redlichkeit“ mahnten, hat Adolf Hitler das größte politische Lügensystem aller Zeiten zur Staatsreligion erhoben. Hier am Sarge Friedrichs II. hat

dieser vagabundierende Abenteurer den Mut und die Kraft geholt, die Welt ins Verderben zu stürzen, am Tage des Frühlingsbeginns 1933, um dem Volke symbolhaft zu machen, jetzt sei sein Frühling gekommen.

Nach dem Potsdamer Frühlingstag kam kein Sommer, kam kein Herbst mit reifenden Früchten. Nach diesem Potsdamer Frühlingstag kam der Tod und die Not, und dieses Potsdam selbst ist jetzt fast auf den Tag genau vor einem Jahre in Schutt und Asche gesunken.

Aber, Genossinnen und Genossen, trotz Bodenreform, trotz der Enteignung von mehr als 2000 Großgrundbesitzern und Kriegsschuldigen, trotz der Ansiedlung von 33 000 Bauern auf diesem Boden, ist der Geist von Potsdam noch nicht tot. Der Geist von Potsdam lebt noch unter den Trümmern nicht nur dieser Stadt, sondern auch der anderen Städte mit den Ratten und wartet wie die Ratten darauf, das Volk überfallen zu können. Darum, Genossinnen und Genossen, ergeht aus dem neuen Potsdam der Ruf an euch und an alle, die Besiegten zu entwaffnen, erbarmungslos, restlos nach dem alten Wort: Den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust des Feindes gesetzt! (Stürmischer Beifall.)

Das soll der neue Geist von Potsdam sein. Das neue Potsdam grüßt das neue Deutschland. Das neue Potsdam ruft die internationale Arbeiterschaft zur Einheit, das neue Potsdam grüßt durch mich euch, Genossinnen und Genossen aus allen deutschen Gauen! Wir aus Potsdam geloben euch, alle Zeit Bannerträger der Freiheit zu sein, die ihren höchsten Ausdruck findet im Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender F e c h n e r: Es spricht nunmehr der Genosse Schweikart aus Baden. (Beifall.)

Schweikart (Baden): Werte Anwesende! Genossen und Genossinnen! Ich werde Ihrem Wunsche nachkommen und mich so kurz wie möglich fassen. Wenn ich als einfacher Bauarbeiter hier das

Wort nehme, um euch zu begrüßen, so ist das für mich keine leere Formalität. Nein, es ist die herzliche und freudige Genugtuung darüber, daß es mir, der ich über ein halbes Jahrhundert im Kampfe der internationalen Arbeiterklasse stehe, geglückt ist, die Einigung der deutschen Arbeiterschaft zu erleben. (Beifall.) Als langjähriges Mitglied der belgischen Arbeiterpartei, welche durch Vereinigung der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen gebildet wurde, wobei stets die größte Einheit bestand, welche unter den schwierigsten Verhältnissen — ich erinnere nebenbei nur an den Kampf 1899 und im Jahre 1902 für das allgemeine Wahl- und Stimmrecht — eine achtunggebietende Macht in Belgien eroberte, ist es mir ein Herzensbedürfnis, hier meiner Freude über den Zusammenschluß Ausdruck zu geben. Aber wenn man, wie ich, schon in der Zeit, als Liebknecht, Bebel und Singer unsere Führer in der Sozialdemokratischen Partei waren, in den Gewerkschaften gearbeitet hat und durch den Zusammenschluß sieht, daß die zwölf Jahre Naziterror die internationalen Gedankengänge und das Klassenbewußtsein in der deutschen Arbeiterschaft nicht vernichten konnten, so ist man übervoll des Glücks, diese historische Stunde miterleben zu können. Diese Tage werden für den Geschichtsschreiber wichtiger sein als manche entscheidende Schlacht des Weltkrieges. Möge es euch nunmehr durch diese Einheit glücken, endgültig den Kapitalismus und die faschistische Reaktion niederzuringen im Verein mit der Sozialistischen Internationale zum Wohle der gesamten Menschheit! (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender F e c h n e r: Es spricht der Genosse Brede, Kiel. (Beifall.)

Brede (Kiel): Genossinnen! Genossen! Ich erfülle den Auftrag, euch im Namen der Delegierten und Gäste sowie der Einheitsfreunde von der Wasserkante, Hamburg und der Provinz Schleswig-Holstein die

herzlichsten Grüße zu überbringen. (Beifall.) Als wir Sozialdemokraten den schwierigen Weg nach hier gingen, hatten wir eingestandenmaßen im Winkel unseres Herzens doch noch einige Zweifel, ob es möglich sein würde, die Einheit der deutschen Arbeiterklasse herzustellen. Ich kann Ihnen aber versichern, daß uns auf dem Wege hierher und in den Tagen, die hinter uns liegen, der Beweis erbracht worden ist, daß das Hauptargument der Einheitsgegner, „ihr handelt hier in der Ostzone unter Druck“, bloßer Schwindel gewesen ist. (Sehr richtig!) Wir haben auf dem Wege hierher durch Rücksprache mit den Arbeitern festgestellt, daß dieser Weg zur Einheit aus tiefster Überzeugung heraus beschritten worden ist.

Genossinnen und Genossen! Seid versichert, daß auch wir unseren Weg rückwärts lenken werden, nicht nur mit einem vor Freude übervollen Herzen, sondern auch mit einem Herzen voll Begeisterung, um jetzt auch in unserem Bezirk an die Arbeit zu gehen und euch zu folgen. (Bravo!) Mögen uns heute noch gerade in unserer Provinz die Einheitsgegner den Weg mit allen möglichen Argumenten erschweren, auch sie werden eines Tages zu der Erkenntnis kommen müssen, daß dieser Weg der einzig mögliche ist, wie auch die Regierung unserer Besatzungsmacht wird erkennen müssen, daß wir als geeinte deutsche Arbeiterklasse, als geeinte deutsche Arbeiterpartei allein der beste Garant dafür sein können, daß ein dauerhafter Friede gewahrt bleibt. (Sehr wahr!)

Wir kehren heim in unseren Bezirk mit einer tiefen inneren Freude, mit einer großen Begeisterung, und seid versichert, daß unsere Delegierten von der Wasserkante auf dem nächsten Parteitag offiziell, getragen von dem Vertrauen der Mitgliedschaft, hier zu euch sprechen werden. (Bravo!) Wir werden unser Möglichstes, ja, wir werden alles tun, um der Lösung unserer Einheitspartei Eingang zu verschaffen auch in die Herzen und Hirne der Arbeiter der Westzone, un-

serer Lösung; die da sein muß: Mit der Sozialistischen Einheitspartei durch sozialistische Aktionen zur Demokratie und zum Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Fechner: Nunmehr spricht die Genossin Stegbauer aus Straubing. (Beifall.)

Stegbauer (Straubing): Genossinnen und Genossen! Ich begrüße euch als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Straubing und auch im Namen derer, die um die Einheitsfront, um die geeinte Arbeiterklasse kämpfen, die sich aber nicht offen dazu zu bekennen wagen, weil sie den Ausschluß aus der Sozialdemokratischen Partei durch einen Beschluß von Dr. Schumacher fürchten. Ich bedaure sehr, daß dieses große Werk nur in einem Teil von Deutschland vollzogen werden kann, und gerade in Bayern, wo die Einheit der Arbeiterklasse so notwendig wäre, konnte es nicht vollzogen werden, weil dort die Reaktion zu stark am Werke ist. Gerade ich fühle dies am allerbesten, da ich unter der Spaltung der Arbeiterklasse sehr leiden mußte als politisch geächtetes und verfemtes Kind eines politisch Verfolgten. Ich stelle nun in den Vordergrund die Notwendigkeit, die deutsche Jugend für den Aufbau eines neuen demokratischen Staates einzuschalten, denn die deutsche Jugend muß in diesem Staate wohnen und leben. Darum fordere ich euch auf: Helft uns in den Westzonen kämpfen für die Einheit der Arbeiterklasse! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Fechner: Genossinnen und Genossen! Wir haben heute früh auch den im Konzentrationslager ermordeten Genossen Heilmann als ein Opfer des Faschismus genannt. Es spricht jetzt zu uns der junge Ernst Heilmann. (Stürmischer Beifall.)

Ernst Heilmann: Genossinnen und Genossen! Wenn der Bezirk Hannover-Braunschweig die Hochburg von Dr. Schumacher ist, dann ist der Bezirk Schleswig-Holstein auch heute noch die Hochburg der Reaktion und der Reste des Faschismus. Wir haben in

Schleswig-Holstein noch ganze Siedlungen von SS-Leuten. Große Bezirke unserer Provinz tragen noch heute den Namen Adolf-Hitler- und Hermann-Göring-Koog. Angesichts dieser Tatsache erübrigt es sich wohl, darüber zu sprechen, mit welchen Schwierigkeiten wir da drüben zu kämpfen haben. Aber gerade wir Jungen sind stolz darauf, daß wir in Schleswig-Holstein kämpfen und arbeiten dürfen. Denn die Jugend gehört nun einmal überall da, wo kämpferische Auseinandersetzung not tut, in die vorderste Reihe.

Aber wenn die Jugend in ihrem Kampf Erfolg haben soll, dann braucht sie zwei Dinge: Einmal die Führung durch die älteren Genossen, und zwar nicht die Schulmeisterweisung, sondern die kameradschaftliche und brüderliche Führung und Anleitung durch die Älteren. Und die zweite Voraussetzung, die wir brauchen, um als Jugend und als Schleswig-Holsteiner Erfolg zu haben, ist die Einheit der Arbeiterklasse. (Starker Beifall.) Ich möchte euch insbesondere bitten, in der kommenden Zeit das Rückgrat für unsere Arbeit im Westen zu sein. Im Namen meiner jungen Kameraden bitte ich euch: Helft uns, drüben zu zeigen, wo der Kristallisationspunkt für die Jugend ist! Wir haben drüben zum Beispiel zwölf verschiedene Jugendverbände. Ich frage euch: Wie kann eine Jugend, die zwölf Jahre lang nichts von Demokratie und demokratischer Freiheit gehört hat, sich heute entscheiden, welcher dieser zwölf Jugendverbände der richtige ist? Ich bitte euch also um Unterstützung. Ich möchte an den Schluß das Wort eines jungen Revolutionärs über unsere zukünftige Arbeit stellen:

Laßt uns wie Brüder treu zusammenstehen,  
Wenn auch die Zukunft traumvoll liegt,  
Daß, wenn der Tag steigt von den Höhen,  
Ihn die Nacht nicht mehr besiegt.

Kämpft drum, ihr Brüder, daß in allen Landen  
Bald auch die letzte Festung fällt,  
Los aller Not und los aller Banden  
Lacht und freut uns dann die Welt. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Fechner: Damit ist zunächst die Liste der Redner erschöpft. Ich habe aber mitzuteilen, daß noch eine unerhört große Fülle von Telegrammen und Schreiben zur Begrüßung unseres Parteitages eingegangen ist. (Bravo!) Es ist unmöglich, hier im einzelnen den Inhalt mitzuteilen oder auch nur, von wem sie sind. Es sind Arbeiter, es sind Behörden, die uns ihre Grüße übermitteln. Ihr seid mit mir einverstanden, daß wir unseren Dank für die Glückwünsche schriftlich abstaten. (Zustimmung.)

Aber ein Schreiben kann ich euch nicht vorenthalten, das die Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens an das Zentralkomitee der Vereinigten Sozialistischen Partei Deutschlands geschickt hat. Ich will aber auch hier nur das hervorheben, was im Augenblick von besonderer Bedeutung ist. Es heißt darin:

Wir haben das Vertrauen, daß euer Einheitswille das ganze Land erfassen, daß die deutsche Arbeiterklasse verstehen helfen wird die große geschichtliche Verantwortung, die auf Deutschland lastet, indem es den Hitlerbanditen massenweise Vorschub geleistet und an den ungeheuren Verbrechen teilgenommen hat, die im Verlaufe des zweiten Weltkrieges begangen wurden. Wir sind sehr zuversichtlich, daß es der deutschen Arbeiterklasse gelingen möge, ein neues demokratisches Deutschland aufzubauen. Empfangen Sie die heißesten Grüße der katalonischen Arbeiterklasse.

Die Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens,  
die ihren Kampf gegen die Hitlerschen Henker  
und gegen Franco ohne Unterlaß fortführt.  
(Stürmischer Beifall.)

Die Betriebsgruppe des Leunawerkes schreibt:

Möge dieser historische Moment des Beginns der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterschaft der Grundstein für eine Zukunft werden, in der auf der Grundlage der Demokratie das Gebäude des Sozialismus zu einer unbezwingbaren Festung des gesamten schaffenden Volkes gegen Faschismus und Reaktion ausgebaut wird. (Starker Beifall.)

Die zwei Vasen, die Sie hier sehen, sind ein Geschenk des Landesverbandes Thüringen der Sozialistischen Einheitspartei für das Parteibaus. (Beifall.)

Das Handwerk der Provinz Sachsen sendet für das Parteihaus anlässlich des Parteitages Möbel, sowie Beleuchtungskörper. (Beifall.)

Die Antifaschistische Glasarbeitergruppe aus Stein-Schönau (Sudeten) widmet dem Vereinigungsparteitag ihre erste Arbeit aus eigener Werkstätte und schreibt:

Wir geloben im Sinne der Sozialistischen Einheitspartei, unsere ganze Kraft dem wirtschaftlichen Neuaufbau und der neuen Demokratie zur Verfügung zu stellen mit dem Endziel Sozialismus. Vorwärts an die Arbeit, für ein freies, demokratisch-sozialistisches Deutschland! (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich möchte nunmehr vorschlagen, unsere Tagung heute abzubrechen und morgen früh pünktlich um 10 Uhr wieder zu beginnen. (Zurufe: 9 Uhr!). Es müssen einige Kommissionen vorher arbeiten. Außerdem sind noch andere Angelegenheiten in Vorbereitung, die durchgeführt werden müssen. Ich bitte, es also bei 10 Uhr zu belassen, aber pünktlich 10 Uhr. Wir werden dann sofort die Vorträge von Grotewohl und Pieck entgegennehmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. (Es folgen geschäftliche Mitteilungen.)

Ich glaube, daß damit für heute alle Fragen geklärt sind. Aber, verehrte Genossen und Genossinnen, gestatten Sie mir noch einige Worte des Dankes an diejenigen, die gesprochen haben! Wir beenden den ersten Tag des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, allen zu danken, die dem Vereinigungsparteitag ihre Glückwünsche übermittelt haben. Ich glaube, daß ich im Namen aller Genossen und Genossinnen spreche, wenn ich besonders den Genossen den Dank abstatte, die aus dem Westen zu uns gekommen sind. (Beifall.) Wir wissen, welche Schwierigkeiten gerade diese Genossen zu überwinden hatten, bevor sie überhaupt nach Berlin kommen konnten. An dieser Tat-

sache zeigt sich die Schwierigkeit, die sich aus der Zoneneinteilung Deutschlands für den Aufbau und die Entwicklung unseres politischen Lebens ergibt. Wir möchten nicht versäumen, den Besatzungsmächten dafür zu danken, daß sie unseren Genossen behilflich waren. Wir verbinden mit diesem Dank aber auch die Bitte, die Zonengrenzen zu lockern oder fallen zu lassen, damit die wahrhaft antifaschistisch-demokratischen Kräfte sich parteipolitisch in der Masse organisieren und entfalten können. (Lebhafter Beifall.)

Wenn auch ein engherziger Zonenpartikularismus es vermocht hat, das Einigungswerk der deutschen Arbeiterklasse über ganz Deutschland noch zeitlich zu verzögern, so haben doch die Berichte unserer Genossen aus dem Westen und Süden und die Begeisterung dieser vorbildlichen Sozialisten unsere Auffassung nur bestätigt, daß es keine Macht in Deutschland gibt, die diesen großen Einigungswillen aufhalten kann. Die Einheit ist stärker als die Trennung, die Einigkeit stärker als die Spaltung. (Stürmischer Beifall.) Die Erkenntnis von der Lebensnotwendigkeit der Einheit der deutschen Arbeiterklasse steht in den Herzen der Arbeiter auf der Hamburger Werft, im Bayrischen Wald und bei den Kumpels an Rhein und Ruhr ebenso klar und fest wie für uns. Die Gegner der Einheit der Arbeiterbewegung mögen sich hinter der Elbe und hinter den Zonengrenzen verschanzen. Ihr Feind sitzt schon längst in ihrer Festung. Denn in den Herzen der Arbeiterschaft jenseits der Elbe brennt die Flamme der Begeisterung. Diese Begeisterung wird die Schranken niederbrennen, die jene künstlich aufrecht zu erhalten suchen, die die deutschen Arbeiter voneinander trennen wollen. Der Wille, der uns heute hier vereint, die politische Erkenntnis, aus der heraus wir uns hier zusammengefunden haben, die Verantwortung für unser Volk, aus der wir das Einigungswerk nun vollenden werden, sie sind nicht nur auf den Osten Deutschlands beschränkt, sondern sind Gemeingut der

ganzen deutschen Arbeiterklasse. Wir grüßen die aufrechten Kämpfer für die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung über alle Zonen hinweg. (Stürmischer Beifall.)

Damit, Genossen und Genossinnen, ist die Sitzung für heute geschlossen. Morgen früh beginnen wir um 10 Uhr. (Schluß der Tagung 14 Uhr.)

## ZWEITER VERHANDLUNGSTAG

Montag, 22. April 1946, vormittags 10 Uhr

Der zweite Verhandlungstag des Vereinigungsparteitages wird eingeleitet durch Gesangsvorträge des Berliner Jugendchores unter Leitung von Walter Rohde. Gesungen wurden die Lieder: „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“, „Es rosten die starken Maschinen“ und „Wir sind die Jungen, die Unruhvollen“. Für die vorzüglichen Darbietungen dankt der Parteitag dem Jugendchor und seinem Leiter durch starken Beifall.

Der Parteitag wird um 10 Uhr 20 Minuten durch den Vorsitzenden Ulbricht eröffnet.

Vorsitzender Ulbricht: Herzlichen Dank unseren jungen Freunden! Wir wünschen ihnen, daß es ihnen gelingen möge, eine große, einheitliche, freie Jugendbewegung in ganz Deutschland zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Genossen! Wir fahren in unseren Verhandlungen fort. Auf der heutigen Tagesordnung stehen die Referate der Genossen Grotewohl und Pieck über „Die Einheitspartei und der Neuaufbau Deutschlands“, die Berichte der Mandatprüfungskommission, der Redaktionskommission und der Statutenkommission, ferner die Beschlußfassung über das Manifest, das der Kongreß an das deutsche Volk richten will, und über die Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei. Weiter müssen noch die Wahlen für die Revisionskommission und für die Programmkommission und die Wahl des Parteivorstandes erfolgen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, erteile ich das Wort dem Genossen Amborn-Leipzig zu einer Begrüßungsansprache.

Amborn (Leipzig): Genossinnen und Genossen! Es gereicht mir zu einer besonderen Freude und Genugtuung, heute dem Parteitag und dem Parteivorstand ein historisches Vermächtnis unseres großen Vorkämpfers August Bebel zu überreichen, einen Stab, mit dem Genosse Bebel vor nunmehr 55 Jahren den Parteitag in Erfurt als Vorsitzender des Parteitages geleitet hat. Sie wissen, daß auf diesem denkwürdigen Parteitage das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei festgelegt wurde. Damals war eine Opposition vorhanden, die sogenannten „Jungen“. Bei den schweren Auseinandersetzungen haben dann die Delegierten des Parteitages erklärt, daß August Bebel mit diesem Stab die „Jungen“ niedergeschlagen habe. (Heiterkeit.) Nach Schluß des Parteitages hat August Bebel diesen Stab dem Genossen Paul Reißhaus in Erfurt zu treuen Händen zur Aufbewahrung übergeben.

Schon einmal, nämlich im Jahre 1922, waren Verhandlungen eingeleitet, den Stab auf dem damaligen Parteitag in Nürnberg zu überreichen. Es wurde aber davon Abstand genommen, weil damals unsere Freunde von der Kommunistischen Partei bei der Einigung nicht einbegriffen waren. Als Nachlaßverwalter des Genossen Reißhaus habe ich mich aber verpflichtet gefühlt und halte heute den Tag für den geeignetsten, diesen Stab dem Parteitage respektive dem neuen Vorstand der Einheitspartei zu übergeben. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, daß ich insbesondere im Namen der verstorbenen Genossen August Bebel und Paul Reißhaus handle, wenn ich diesen Akt vollziehe. Ich möchte daran nur noch die Bitte knüpfen, daß der neue Parteivorstand im Sinne dieses Vermächtnisses und im Sinne unseres Vorkämpfers August Bebel den Stab benutzen möge, um die Partei in allen Wirrnissen und Kämpfen, die für die Zukunft vielleicht zu erwarten sind, wie August Bebel es getan hat, geschlossen und einheitlich für alle Zukunft zu leiten. In diesem Sinne möchte ich meine kurzen Aus-

führungen schließen und den Stab dem Parteivorstande überreichen.

(Genosse Amborn überreicht unter stürmischem Beifall den künstlerisch von Bebel selbst gedrechselten Stab Wilhelm Pieck, mit dem er, ebenso wie mit Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Max Fechner einen Händedruck tauscht.)

Wilhelm Pieck: Genossinnen und Genossen! Wir übernehmen dieses Erinnerungsstück aus den großen, heroischen Kämpfen der alten Sozialdemokratie zu treuen Händen. Wir wissen, daß der Stab nur ein Symbol für die Gradlinigkeit und die Kraft sein soll, die die alte Sozialdemokratie ihrem Kampf gegen die Reaktion unter der Führung August Bebels und Wilhelm Liebknechts gezeigt hat. Wir wissen ferner, daß die Einheit, die wir heute schmieden, in jeder Hinsicht gefestigt ist und daß wir diesen Stab ruhig in den Schrein legen können, ohne ihn jemals in Anwendung zu bringen (Heiterkeit und Beifall), wie auch August Bebel diesen Stab nie etwa zur Niederknüpfung der Gegner benutzt hat, sondern nur an Stelle einer Glocke zur Leitung der Versammlung. Ist es doch eine Tatsache, daß damals in den harten Kämpfen und bei manchen Stürmen, die die Sozialdemokratische Partei nach dem Sozialistengesetz zu bestehen hatte, sich gerade der geniale Geist August Bebels in der Führung der Partei immer bewährt hat.

Wir, Otto Grotewohl und ich, werden uns Mühe geben, im Geiste August Bebels die Sozialistische Einheitspartei zu leiten und sie unter Mithilfe aller aufbauwilligen und einheitsfreundlichen Kräfte in unserm Volke im Kampfe zum Siege zu führen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Ulbricht: Wir kommen damit zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

## **DIE EINHEITSPARTEI UND DER NEUAUFBAU DEUTSCHLANDS**

Genosse Wilhelm Pieck hat das Wort.

(Der Redner wird mit lebhaftem Beifall empfangen.)

Wilhelm Pieck: Genossinnen und Genossen! Genosse Grotewohl und ich haben uns über das Referat zu dem Tagesordnungspunkt „Die Einheitspartei und der Neuaufbau Deutschlands“ dahin verständigt, daß ich den ersten Teil: „Die Einheitspartei“ und der Genosse Grotewohl den zweiten Teil: „Der Neuaufbau Deutschlands“ behandelt.

Die Fragen der Einheitspartei sind in den letzten Wochen in so eingehender Weise in den Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen, schließlich auf den Bezirksparteitagen und vorgestern auf den Gesamtparteitagen der beiden Parteien behandelt worden, daß es kaum möglich ist, noch etwas grundsätzlich Neues dazu zu sagen. Ich kann mich also bei der Behandlung dieser Frage verhältnismäßig kurz fassen. Auch das, was von den Gegnern der Einheit zur Auseinandersetzung über diese Frage beigetragen wird, ist so armselig und entbehrt nahezu völlig jedweder Vernunftgründe und bewegt sich auf so niedrigem Niveau von Verleumdungen und Verdächtigungen, daß auch dazu kaum noch etwas Neues zu sagen wäre. (Zustimmung.)

Was aber wichtiger ist: Es besteht eine so völlige Übereinstimmung innerhalb der Arbeiterschaft und der Mitglieder unserer beiden Parteien oder, besser gesagt, der jetzt schon bestehenden Sozialistischen Einheitspartei, daß ich durchaus den Wunsch verstehe, es genug sein zu lassen mit der Diskussion über diese Fragen, um vielmehr zur praktischen Durchführung der Einheit und der von ihr gestellten Aufgaben überzugehen. (Beifall.)

Dabei will ich nicht versäumen, die Notwendigkeit hervorzuheben, daß wir natürlich noch eine große Aufklärungs- und Werbearbeit über die Notwendigkeit und den Zweck der Sozialistischen Einheitspartei unter den werktätigen Massen und den Arbeitern betreiben müssen, die sich durch die Verwirrungsmanöver der Feinde der Einheit den Blick für Wesen und Zweck der Einheitspartei haben trüben lassen. Aber diese Aufklärungsarbeit wird schon jetzt nach der Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einen ganz anderen Inhalt bekommen, weil sie aufs engste mit der praktischen Durchführung der von uns gestellten Aufgaben verbunden sein wird. Wir werden mit unserer praktischen Arbeit beginnen, die Notwendigkeit und die Wirksamkeit unserer Sozialistischen Einheitspartei unter Beweis zu stellen. Wir werden immer die große Bedeutung hervorkehren, die die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei für die Gegenwart und für die Zukunft unseres Volkes hat.

Die Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist ein Ereignis von großer historischer Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung, aber auch für unser deutsches Volk. Wir bereiten dem jahrzehntelangen Bruderkrieg in der sozialistischen Arbeiterbewegung ein Ende und stellen damit ihre Einheit wieder her. (Beifall.) Wir schaffen durch sie die große Kraft, die es der Arbeiterklasse möglich macht, die Führung unseres Volkes beim Wiederaufbau Deutschlands, bei der Entfaltung einer wahrhaft kämpferischen Demokratie, bei der Schaffung von Garantien im deutschen Volke zur Sicherung des Friedens und bei der Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus zu übernehmen.

Die Frage der Vereinigung hat schon einmal in der deutschen Arbeiterbewegung eine große Rolle gespielt und ihre große Bewährungsprobe bestan-

den. Nachdem in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aus besonderen geschichtlichen Bedingungen in Deutschland zwei verschiedene Arbeiterparteien entstanden waren, die Eisenacher und die Lassalleaner, kamen im Jahre 1875 in Gotha die Vertreter der beiden Arbeiterparteien zusammen und vereinigten sich zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es gab auch damals nicht wenige Pessimisten, die wie jetzt von der Reaktion unterstützt wurden, und die der Vereinigung ein schlechtes Ende voraussagten. Aber sie wurden von der geschichtlichen Entwicklung gründlich widerlegt. Die in Gotha vor 71 Jahren vollzogene Vereinigung wurde zum Segen der deutschen Arbeiterbewegung, deren Kraft dadurch bedeutend gestärkt wurde. Das zeigte sich besonders in den schweren Jahren des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890, in denen die Sozialdemokratische Partei nicht nur dem Polizeiterror Bismarcks widerstand, sondern immer mehr Anhänger zu gewinnen vermochte. Noch in anderer Hinsicht wurde die Vereinigung zu einem großen Fortschritt für die Arbeiterbewegung. Die Einheit der sozialistischen Bewegung trug dazu bei, die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, die Lehren von Marx und Engels tief in die deutschen Arbeitermassen zu tragen. Damit erlangte die deutsche Sozialdemokratie jenes hohe theoretische Niveau, durch das sie zu einer der angesehensten Parteien der internationalen Arbeiterbewegung wurde. Erst viele Jahre später, als sich der bürgerliche Einfluß in der deutschen Arbeiterbewegung in einer umfassenden Revision der marxistischen Grundsätze ausbreitete, begann jener Spaltpilz zu wuchern, der die Arbeiterbewegung schwächte und schließlich im ersten Weltkrieg zur offenen Spaltung führte.

Wenn wir heute diese Spaltung überwinden und wiederum eine einheitliche sozialistische Partei schaffen, so geschieht das auf einer viel höheren geschichtlichen Stufe als zu damaliger Zeit. Die 70 Jahre seit jener Vereinigung in Gotha sind an der deutschen

Arbeiterbewegung nicht spurlos vorübergegangen. Sie haben unsere wissenschaftliche Einsicht und unsere praktischen Erfahrungen in der fruchtbarsten Weise bereichert. Die Männer, die 1875 die Vereinigung vollzogen, kannten noch nicht die Gefahren und verhängnisvollen Folgen des Opportunismus, die wir in der erschreckendsten Weise erlebt haben. Diese Männer hatten nicht die Erfahrung zweier Weltkriege hinter sich, kannten nicht die Erfahrung einer verlorenen Revolution in der Zeit der hochentwickelten Arbeiterbewegung, und vor allen Dingen kannten sie nicht die Hölle der faschistischen Diktatur, die für uns alle das furchtbarste, aber auch das lehrreichste Erlebnis unserer Tage war.

So schreiten wir heute zur Vereinigung mit einer viel reicheren Erfahrung und einer viel tieferen Kenntnis der Gesetze des Befreiungskampfes der Werktätigen, als sie die Arbeiterbewegung vor 70 Jahren haben konnte. Und wenn schon die damalige Vereinigung sich so segensreich auf die sozialistische Bewegung auswirkte, so wird unsere jetzige Vereinigung in unermesslich viel höherem Maße der deutschen Arbeiterbewegung und dem deutschen Volke zum Nutzen gereichen. Wir schaffen eine sozialistische Partei, die so fest in ihren Fundamenten und wohlgefügt und stark in ihrem Bau ist, daß kein Sturm der Zeit und keine reaktionäre Kraft sie mehr zu erschüttern vermag. (Beifall.) Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird die starke und scharfe Waffe des werktätigen Volkes gegen alle reaktionären Angriffe sein, mit der das schaffende deutsche Volk in Stadt und Land die demokratische Republik errichtet und schließlich ein freies sozialistisches Deutschland aufbauen wird.

Genossinnen und Genossen! Wir haben schon vor vielen Jahren die Notwendigkeit erkannt, die beiden Arbeiterparteien zu einer einheitlichen sozialistischen Partei in Deutschland zu vereinigen und haben schon während der Hitlerherrschaft die ersten Grundsteine für diese Partei gelegt. Als wir nach der Nieder-

schlagung der Naziherrschaft durch die alliierten Truppen in dem politisch so weitsichtigen Befehl des Marschalls Shukow die Möglichkeit erhielten, in der sowjetischen Besatzungszone die antifaschistisch-demokratischen Parteien und die Gewerkschaften aufzubauen und ihre Arbeit zu entfalten, haben wir sofort uns das Ziel gesetzt, die Sozialistische Einheitspartei zu schaffen. Das hat sowohl die Kommunistische Partei in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 als auch die Sozialdemokratische Partei in ihrem Gründungsaufruf verkündet.

Wir wissen, daß damals von einigen sozialdemokratischen Freunden an einige kommunistische Genossen das Angebot gemacht wurde, sofort eine einheitliche Partei zu bilden, ohne erst die beiden alten Arbeiterparteien wieder erstehen zu lassen. Wenn von den kommunistischen Genossen damals erklärt wurde, daß sie diesen Weg nicht für zweckmäßig hielten, so ließen sie sich dabei von der Überlegung leiten, daß die ideologischen Voraussetzungen für die sofortige Schaffung einer einheitlichen Partei noch nicht gegeben seien, daß dazu erst ein längeres Zusammenarbeiten und eine ernste Diskussion über die Grundlagen einer einheitlichen Partei erforderlich seien. Die Bildung einer solchen Partei wäre damals zunächst nur durch die Vereinbarung eines kleinen Kreises führender Genossen herbeigeführt worden und hätte der Klärung dieser Frage durch die Mitglieder-massen der beiden Parteien entbehrt. Ich glaube, daß die ganze Entwicklung seit dieser Zeit die Richtigkeit dieser Überlegung bestätigt hat. (Zustimmung.) Ich lasse es dahingestellt, ob bei der sofortigen Schaffung nur einer sozialistischen Partei nicht doch größere Teile der sozialdemokratischen Mitgliedschaft sich zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei entschlossen hätten. (Sehr gut!) Wichtiger ist, daß wir jetzt auf Grund der monatelangen Zusammenarbeit und nach der gründlichen Vorbereitung und Diskussion über die ideologische Grundlage der Partei und ihrer Aufgaben ein festes Fundament

und einen unzerstörbaren Zusammenhalt geschaffen haben, der die Sozialistische Einheitspartei zu der scharfen Waffe macht, die wir zur Durchführung unserer großen Aufgaben benötigen.

Die Entwicklung unserer Zusammenarbeit seit den Tagen der Gründung unserer beiden Parteien zeigt eine ständige Aufwärtsbewegung. Die entscheidende Maßnahme dafür war das Abkommen über die Arbeitsgemeinschaft und die Aktionseinheit, das am 19. Juni 1945 zwischen dem Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei und dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei abgeschlossen wurde. In diesem Abkommen wurde erklärt, daß die Vertreter der beiden Parteien entschlossen sind, auf dem Wege guter Zusammenarbeit die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen und den Organisationen beider Parteien zu empfehlen, in allen Bezirken, Kreisen und Orten gemeinsame Arbeitsausschüsse zu schaffen und in gleicher Weise zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit und die Aktionseinheit waren die unerläßliche politische Voraussetzung für die Bildung der Einheitspartei. Das ist durch die Entwicklung und das Resultat bestätigt worden. In dieser praktischen Zusammenarbeit wurden alte Antipathien und altes Mißtrauen beseitigt. Die Genossen lernten sich gegenseitig näher kennen und achten, und so ist aus dieser Aktionseinheit der beiden Parteien eine enge Kameradschaft und Freundschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten entstanden, die eine der wichtigsten Grundlagen der jetzt geschaffenen Sozialistischen Einheitspartei ist.

Die Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten erlangt aber eine große Bedeutung über den Rahmen der beiden Arbeiterparteien hinaus. Sie wurde zur Grundlage der Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien, der Zusammenarbeit der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei mit der Liberal-Demokratischen Partei

und der Christlich-Demokratischen Union, die zusammen am 14. Juli 1945 einen gemeinsamen Ausschuß zur Durchführung einer Reihe wichtiger Hauptaufgaben bildeten. Auch diese Zusammenarbeit hat sich durchaus bewährt und unserem Volke zum Nutzen gereicht. Ich verweise nur auf die Vereinbarungen der vier Parteien über die Durchführung der demokratischen Bodenreform, über die Schaffung der demokratischen Selbstverwaltungsorgane, über die demokratische Schulreform, über die Wahrung der nationalen Einheit Deutschlands und eine Reihe anderer wichtiger Maßnahmen. Innerhalb dieser Einheitsfront hatten die beiden Arbeiterparteien durch ihre Zusammenarbeit einen Einfluß, der sehr dazu beigetragen hat, Verständnis für die großen Lebensfragen des werktätigen Volkes zu erwecken und in der Zusammenarbeit der vier Parteien die Kräfte zusammenzufassen, die zur Entmachtung der Reaktion und zur Sicherung der Demokratie notwendig sind.

Genossinnen und Genossen! Ich denke, daß es heute nach diesen Resultaten unserer Zusammenarbeit kaum noch eine Meinungsverschiedenheit darüber gibt, daß die Schaffung der Aktionseinheit eine unerläßliche und entscheidende Voraussetzung für die Schaffung der organisatorischen Einheit und die Vereinigung unserer beiden Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei war. Das vermag natürlich ein Dr. Schumacher nicht einzusehen, der der Kommunistischen Partei Motive für ihre damalige Zurückhaltung in der sofortigen Schaffung der Einheitspartei unterstellt, die ganz seiner reaktionären spekulativen Politik entsprechen. Es gibt für ihn keinen noch so lächerlichen Unsinn, den er nicht verzapft, wenn es gegen die Kommunisten und gegen die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien geht.

Von größter Bedeutung für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien war die ideologische Klärung über die Grundprobleme der zu schaffenden Einheitspartei. Wir haben in den vergangenen

Monaten in Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Versammlungen und Schulungskursen unermüdlich diese Probleme diskutiert und schließlich volle Einmütigkeit in den entscheidenden Fragen erzielt. In nicht geringem Maße hat dabei die Arbeit der Studienkommission eine Rolle gespielt, die von der Konferenz von 60 Vertretern beider Parteien am 20. und 21. Dezember 1945 eingesetzt wurde.

Mit dieser Konferenz begann die zweite Phase unserer Einheitsbewegung. Nach einer gründlichen, zweitägigen Aussprache wurden auf dieser Konferenz die Schlußfolgerungen aus der vorausgegangenen Zusammenarbeit und den damit gemachten Erfahrungen gezogen und der Beschluß gefaßt, neue Schritte zur Entfaltung der antifaschistischen Aktionseinheit zu unternehmen und durch eine sachliche Aussprache alle noch existierenden Streitfragen zu klären. Diese Maßnahmen sollten den Auftakt zur Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung, zur Verschmelzung der beiden Parteien zu einer einheitlichen Partei bilden. Aus den Beschlüssen dieser Konferenz ging ganz klar hervor, daß es sich darum handelte, durch eine breite Diskussion die Voraussetzungen zur Schaffung der Einheitspartei herbeizuführen.

Es war deshalb völlig unverständlich, daß plötzlich in Teilen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft die Auffassung entstand, als ob mit den Beschlüssen der 60iger Konferenz die Entscheidung über die Schaffung der Einheitspartei vorweggenommen und über den Kopf der Mitglieder hinweg entschieden werden sollte. Es ist kein Zweifel, daß hinter dem Aufkommen dieser irrtümlichen Auffassungen bestimmte Bestrebungen standen, die sich überhaupt gegen die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien richteten, und daß hinter ihnen gewisse Spekulationen auf kommende Wahlergebnisse standen, durch die entschieden werden sollte, welche der beiden Parteien der anderen das Gesetz des Handelns auf-

zwingen solle. Ich denke, daß es heute keine Meinungsverschiedenheiten mehr darüber gibt, daß das ein völlig ungeeigneter Weg der Vereinigung der beiden Parteien gewesen wäre. (Zustimmung.) Wir haben vernünftigerweise den besseren Weg, nämlich den der kameradschaftlichen und marxistischen Verständigung gewählt. (Lebhafter Beifall.)

Der von der Studienkommission in gründlicher Arbeit in zahlreichen Diskussionen ausgearbeitete Entwurf über die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ und der Entwurf des Parteistatuts haben die gesunde Grundlage für die Diskussion geschaffen, die in den Mitgliedermassen und den Delegiertentagungen, sowie auf den Bezirksparteitag und nicht zuletzt auf den beiden Gesamtparteitag geführt worden ist. Gerade diese Diskussion hat die Frage der Vereinigung unserer beiden Parteien auf ein hohes ideologisches Niveau gestellt, und Sicherheiten dafür geschaffen, daß die so herbeigeführte Verständigung das unzerstörbare Fundament unserer Einheitspartei ist.

Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß in den „Grundsätzen und Zielen“ neben unseren Gegenwartsforderungen, für deren unmittelbare Verwirklichung wir kämpfen auch das sozialistische Endziel unserer Partei klar umrissen ist. Gegenüber den plumpen Betrugsmanövern, die von den Nazis mit dem Wort „Sozialismus“ betrieben wurden, wie auch gegenüber allen verschwommenen, unmarxistischen Auslegungen des Begriffes des Sozialismus ist in unserem Dokument eindeutig gesagt, daß die Sozialistische Einheitspartei für den Sozialismus kämpft, wie er von Marx und Engels wissenschaftlich begründet wurde. Es heißt in unseren „Grundsätzen und Zielen“, daß die Einheitspartei für die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und Imperialismus kämpft. Das kann nur erreicht werden durch

die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, durch die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die klassenlose sozialistische Gesellschaft. (Lebhafte Zustimmung.)

Mit dieser klaren Darlegung ihres sozialistischen Endzieles hat sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands eindeutig auf den Boden des konsequenten wissenschaftlichen Sozialismus gestellt. (Beifall.)

In den „Grundsätzen und Zielen“ ist aber nicht nur das sozialistische Endziel unserer Partei aufgestellt, sondern es wurde auch der Weg aufgezeigt, den die Arbeiterklasse zu diesem Ziele einzuschlagen hat. Es wird dort in nicht mißzudeutender Weise erklärt, daß die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist. (Zustimmung.) Diese grundsätzliche politische Forderung, die dem „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels und dem „Erfurter Programm“ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Jahre 1891 entnommen ist, hat die besondere Wut der Reaktion und aller Feinde der Einheit hervorgerufen. Sie erheben in diesem Zusammenhang den Vorwurf gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, daß sie die totalitäre Macht ähnlich der Hitlerpartei erstrebe. Wie immer bei allen reaktionären Aufwindungen ist es wieder Dr. Schumacher in Hannover, der sich besonders darüber aufregt, daß die Sozialistische Einheitspartei die „Macht zur Substanz der Politik“ mache. Dabei entwickelt er eine ganz eigenartige Logik. Er findet es ganz in der Ordnung, daß er ohne jede Legitimation der werktätigen Massen den Führungsanspruch in den westlichen Besatzungszonen erhebt und diese Führung in der Sozialdemokratie im Westen kraft eige-

ner Machtvollkommenheit oder richtiger mit Unterstützung der englischen Besatzungsmacht ausübt. (Sehr richtig!) Im Wahne dieser Machtausübung verbietet er allen Sozialdemokraten in Westdeutschland, bei Strafe ihres Parteiausschlusses, sich für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien auszusprechen und am heutigen Vereinigungsparteitag teilzunehmen. (Entrüstete Rufe: Pfui!) Das ist nicht nur eine unverschämte Anmaßung dieses Herrn, sondern nähert sich sehr dem faschistischen Führerprinzip (Sehr richtig!), und hat jedenfalls mit Demokratie, von der er so oft redet, nicht das geringste zu tun. (Stürmische Zustimmung.)

Es finden sich auch noch andere Leute bemüht, uns bei der Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Lehren erteilen zu wollen, die mit uns böse sind, wenn wir ihren Lehren keine Beachtung schenken. So hörten wir von einem Mitglied des englischen Parlamentes, der sich als Rundfunkreporter betätigt, einem Herrn Gordon Walker, daß er uns im Verdacht habe, wir erstrebten eine Einparteiherrschaft und seien Gegner der Demokratie. Der Herr hat sich einige Tage in Berlin aufgehalten und will dabei auch festgestellt haben, daß die übergroße Mehrheit der Berliner Sozialdemokraten gegen die Einheitspartei sei. Außerdem hat sich dieser Herr unter die Rechenkünstler begeben, die ausgerechnet haben, daß bei der sogenannten Urabstimmung die 19 000 gegen die Vereinigung abgegebenen Stimmen 82% von 66 300 Mitgliedern der Berliner Sozialdemokratischen Organisation ausmachten. (Lachen und Zurufe.) Jedes Schulkind kann diesem Herrn ausrechnen, daß die 19 000 Stimmen nicht 82%, sondern 30% der Gesamtmitgliedschaft ausmachen. Aber was kümmern schon solche Tatsachen diese Feinde der Einheit!

Ein Wort zu der geradezu schamlosen Gleichstellung der Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse mit der Nazidiktatur, wie sie von diesen Feinden der Einheit übernommen wird! Die Naziherr-

schaft war die grausame Diktatur eines kleinen Häufleins raubgieriger Finanzmagnaten zur Unterdrückung der Volksmassen und zur Durchführung des imperialistischen Krieges. Die politische Macht der Arbeiterklasse wird dagegen die Herrschaft der überwiegenden Mehrheit des Volkes sein zur Unterdrückung einer kleinen Minderheit von Ausbeutern, von Kriegsinteressenten und Kapitalschiebfern, zur Beseitigung der Klassen und zur Sicherung des Friedens. (Lebhafter Beifall.) Der grundsätzliche Unterschied ist so einfach und klar, daß er nur von denjenigen verwischt wird, die an der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Ausbeuter interessiert sind. Es heißt Arbeit für die schlimmste Reaktion leisten, wenn davon geschwätzt wird, daß Diktatur gleich Diktatur sei, daß damit also das Bestreben zur Eroberung der politischen Macht auf die gleiche Stufe mit der blutbefleckten und verbrecherischen Diktatur des Finanzkapitals gestellt wird, die durch die Hitlerbande ausgeübt wurde. (Lebhafte Zustimmung.)

In den „Grundsätzen und Zielen“ unserer Partei ist auch der Weg aufgezeigt, auf dem die Arbeiterklasse Deutschlands zur politischen Macht gelangen kann. Es gibt in der Geschichte mehrere Beispiele dafür, auf welchem Wege die Arbeiterklasse zur politischen Macht gelangte. So errichteten vor 75 Jahren die Pariser Arbeiter in der Kommune ihre Klassenherrschaft, die sich jedoch nicht zu halten vermochte. In Rußland haben die Arbeiter im Bündnis mit den Bauern 1917 die Macht erobert, die Sowjetregierung gebildet und nach Jahren eines durch die militärischen Interventionen ausländischer Mächte hervorgerufenen blutigen Bürgerkrieges und durch angestrengte Aufbauarbeit die klassenlose sozialistische Gesellschaft errichtet. (Lebhafter Beifall.) In Ungarn haben die Arbeiter nach dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie 1919 ebenfalls die Macht erobert, die sich aber auch wie die Pariser Kommune nicht halten konnte. Diese historischen Beispiele zeigen uns,

daß die Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern und unter verschiedenen Bedingungen auf unterschiedliche Weise zur politischen Macht gelangte.

Das gilt auch für uns in Deutschland. Wir haben nach der Zerschlagung der Hitlermacht, des Militarismus, der alten Staatsbürokratie und der Kräfte des Imperialismus durch die Alliierten Truppen und Besatzungsmächte eine besondere Lage, die der deutschen Arbeiterklasse eine Chance dafür eröffnet, auf dem demokratischen Wege in den Besitz der politischen Macht zu gelangen. Der demokratische Weg besteht darin, daß die Arbeiterklasse unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei es versteht, im Bunde mit den übrigen werktätigen Massen, ihren Einfluß in der Wirtschaft und im Staatsleben immer mehr zu steigern und durch die Entfaltung einer wahrhaft kämpferischen Demokratie die Entscheidung über alle wichtigen Lebensfragen des deutschen Volkes in ihre Hand zu bekommen und durch die Entfaltung ihrer Klassenkraft die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der Arbeiterklasse in ihrem Bestreben in den Weg zu treten. Wir sprechen wohlverstanden von der Möglichkeit eines solchen demokratischen Weges. Wir sprechen aber auch aus, daß wir nicht davor zurückschrecken werden, den Widerstand der kapitalistischen Klasse mit revolutionären Mitteln zu brechen, wenn diese den Boden der Demokratie verläßt. (Stürmische Zustimmung.) Wir werden nicht den Fehler früherer Regierungen wiederholen, die selbst dann auf die Anwendung ihrer legalen Gewaltmittel verzichteten, als die faschistische Reaktion ihnen mit frecher Gewaltanwendung den Garaus machte.

Ich denke, daß die von uns beschlossenen „Grundsätze und Ziele“ sehr gründlich von allen unseren Genossen und Genossinnen studiert werden sollten, weil in ihnen klar aufgezeigt ist, was in dieser Zeit wichtiger Entscheidungen über die Zukunft unseres Volkes

von uns geschehen muß. Wir werden mit der Schaffung einer Programmkommission auf diesen Parteitag an die Ausarbeitung eines theoretisch und politisch gründlich durchgearbeiteten Programms herangehen, das dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung unterbreitet werden wird.

Genossinnen und Genossen! Als durch die Konferenz vom 20. und 21. Dezember 1945 die zweite Phase der Einheit eingeleitet wurde, nahm die Bewegung für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in zweifacher Hinsicht eine Wendung. Erstens und vor allem wuchs in den breiten Arbeitermassen das Bestreben, die Vereinigung so rasch wie möglich herbeizuführen. Dieses Bestreben war in der sowjetischen Besatzungszone besonders stark, was die Einheitsfeinde zum Anlaß nahmen, von einem auf die Sozialdemokratische Partei ausgeübten „äußeren Druck“ zu schwätzen. In allen möglichen Variationen wurde dieser angebliche Druck konstruiert. Sogar von Massenverhaftungen der Einheitsgegner wurde geschwätzt. Diese Feinde der Einheit begriffen natürlich nicht, und wollten nicht begreifen, daß dieses starke Bestreben nach Einheit in der sowjetischen Besatzungszone eine ganz natürliche Erscheinung war. Denn hier hatte sich die Aktionseinheit der Sozialdemokraten und Kommunisten dank der Erlaubnis zur Gründung der beiden Arbeiterparteien und der Gewerkschaften besonders stark entfaltet, und das politische Leben und der wirtschaftliche Aufbau waren hier viel weiter vorgeschritten als in den anderen Besatzungszonen. (Sehr richtig!) Die Arbeiter sahen in diesen Erfolgen unseres Aufbaues einen eindeutigen Beweis dafür, in welchem Maße die Einheit das Wiederaufbauwerk fördert. Nichts lag näher, als daß die Arbeiter daraus die weitere Schlußfolgerung zogen: Wenn schon die bloße Zusammenarbeit so große Erfolge zeitigt, welche Erfolge können dann erst erzielt werden, wenn wir uns zu einer einheitlichen Partei vereinigen? (Lebhafte Zustimmung.)

Wozu also noch warten, sagten sich die Arbeiter, laßt uns die Einheitspartei schaffen, damit wir die Reaktion gründlich und endgültig schlagen, damit wir den Aufbau noch rascher vorantreiben können! In allen Teilen der sowjetischen Besatzungszone begannen die Mitglieder der beiden Parteien, besonders in den Betrieben, die Einheit praktisch zu verwirklichen. Ihnen folgten die Kreis-, Provinzial- und Landesleitungen der beiden Parteien, die kurzfristige Termine für die Abhaltung von Vereinigungskonferenzen und Parteitag festsetzten.

Wäre es nach den Feinden der Einheit, nach den Herren Schumacher und anderen gegangen, dann wäre diese Initiative der Mitgliedermassen für die Vereinigung unterbunden und die Einheit hinausgeschoben worden, bis der letzte Unbelehrbare in Hannover seine Einwilligung erteilt hätte. (Zustimmung und Heiterkeit.) Aber wir im Zentralaussschuß der SPD und im Zentralkomitee der KPD waren anderer Auffassung. Wir waren der Ansicht, daß gerade diese so elementar zum Durchbruch gekommene Massenbewegung für die Vereinigung das beste Zeichen für die demokratische Gesinnung der Arbeitermassen ist und daß diese Gesinnung der Arbeitermassen gepflegt und gefördert werden muß, aber nicht durch bürokratische Bevormundung erstickt werden darf. Daß wir richtig gehandelt haben, zeigt die große Begeisterung, die die Vereinigung überall ausgelöst hat, zeigt der riesige Ansporn, den sie überall der sozialistischen Arbeiterbewegung gegeben hat.

Aber nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone, sondern auch im Westen und Süden Deutschlands nahm die Bewegung für die Einheit nach den Beschlüssen vom 20. und 21. Dezember 1945 immer größeren Umfang an. Trotz größter Behinderung und intensiver Sabotage der Einigungsbestrebungen liefen täglich aus allen Teilen Deutschlands Entschließungen ein, in denen die sofortige Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien gefordert wurde. Dabei kam im Westen und

Süden noch der Ansporn hinzu, daß dort die Reaktion immer frecher wurde und sich immer mehr wieder in die staatlichen und wirtschaftlichen Positionen einnistete. Die starken separatistischen und föderalistischen Bestrebungen in verschiedenen Teilen West- und Süddeutschlands, das Wiederauftauchen reaktionärer Unternehmerverbände, die Gründung der Königspartei in Bayern, das Eindringen alter Reaktionäre und Kriegsverbrecher wie Poensgen in Machtpositionen und reaktionäre Umtriebe illegaler Terrorgruppen signalisierten den Arbeitern die Gefahren und ließen sie erkennen, daß nur durch die rasche Vereinigung der beiden Arbeiterparteien die sichere Garantie gegen ein Wiedererstarken der Reaktion geschaffen werden kann. Dieses Treiben der Reaktion hat besonders das Tempo der Vereinigung auch in der sowjetischen Besatzungszone bestimmt.

Aber auch noch in anderer Hinsicht nahm die Bewegung für die Einheit gegen Ende des vorigen Jahres eine Wendung an. So lange die organisatorische Verschmelzung noch keine bestimmte Form annahm, hielten sich die Feinde der Einheit zurück und suchten ihre einheitsfeindliche Arbeit mit Lippenbekenntnissen für die Einheit zu maskieren. Haben doch solche Einheitsfeinde wie Dahrendorf, Germer und Klingelhöfer sogar die Entschließung vom 21. Dezember 1945 noch unterzeichnet. Auch Herr Schumacher hat immer wieder erklärt, daß er für die Einheit sei. Als jedoch diese Feinde der Einheit sahen, daß es den Arbeitern mit der Schaffung der Einheit bitter ernst war, ließen sie ihre heuchlerische Einheitsmaske fallen und traten offen als die Feinde der Einheit hervor. Hierbei trat auch zugleich ihre enge Verbindung mit jenen reaktionären Kreisen hervor, die seit Monaten gegen die Arbeiterschaft hetzten. So erklärte sich die reaktionärste Zeitung von Berlin „Der Tagesspiegel“ offen zum Organ dieser Feinde der Einheit. Es ist nicht zufällig, daß in der Redaktion dieser Zeitung solche Feinde der Einheit,

wie ein Dr. Schulz, Germer, Klingelhöfer und andere Unterschlupf gefunden haben. Im „Tagesspiegel“ kann man ganz deutlich sehen, wes Geistes Kind diese Menschen sind, die nicht davor zurückschreckten, die Sozialdemokratische Partei zu spalten, wie denn auch Schumacher erklärte, daß er die Einheit der Sozialdemokratie auf Grund der Zonentrennung Deutschlands nicht anerkenne.

Genossinnen und Genossen! In dieser Auseinandersetzung mit den Feinden der Einheit trat am 26. Februar 1946 die dritte und letzte Phase der Einheitsbewegung ein. Nachdem der Zentralausschuß der SPD klargestellt hatte, daß Schumacher sich der Vereinigung widersetzt und nicht geneigt war, die Frage der Vereinigung auf einem Reichsparteitag durch die SPD-Mitglieder selbst entscheiden zu lassen, wurde auf einer erneuten Konferenz von je 30 Vertretern der beiden Parteien am 26. Februar dieses Jahres beschlossen, den Vereinigungsparteitag auf den 21. und 22. April 1946 einzuberufen und ihm die „Grundsätze und Ziele“, sowie das Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei zur Beschlußfassung vorzulegen. Alle Versuche Schumachers, durch Verfälschung der Tatsachen die Mitglieder gegen die führenden Mitglieder des Zentralausschusses der SPD mobil zu machen, sind kläglich gescheitert. Nach der Veröffentlichung der „Grundsätze“ und des Statuts, nahm die Bewegung für die Vereinigung in der sowjetischen Besatzungszone einen noch lebhafteren Verlauf und mündete in jenen erhebenden Manifestationen für die Einheit, deren Zeugen wir auf den Bezirksparteitagen der beiden Parteien am 6. April und den anschließenden bezirklichen Vereinigungsparteitagen am 7. April in Dresden, Gotha, Halle, Schwerin und Potsdam waren. Wer diese unvergeßlichen Kundgebungen miterlebt hat, wer erlebte, wie die Arbeitermassen der beiden Parteien diese Vereinigungsparteitagen begrüßten und sie mit Geschenken aus ihrer Produktion überhäuften, wer die großen Massenaufmärsche erlebte, der weiß, wie sehr

diese Beschlüsse dem tiefsten Sehnen der Arbeitermassen entsprachen. (Lebhafter Beifall.) Es waren hohe Festtage und sie werden uns immer in der Erinnerung bleiben. Wie kläglich nimmt sich demgegenüber das Geschwätz der Einheitsfeinde von dem angeblichen Druck, unter dem die Vereinigung erzwungen sein soll, aus! In diesem Geschwätz zeigt sich nur, wie weltenfern diese Kreaturen dem Leben der Arbeiterklasse stehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Entwicklung in Berlin hat allerdings einen etwas anderen Verlauf genommen, es wäre aber verkehrt, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Berliner Arbeiter weniger für die Einheit wären, als die Arbeiter in anderen Bezirken. In Berlin, wo die Lage durch das Bestehen der vier Besatzungssektoren sehr kompliziert ist, wurde die Spaltung von außen in die Sozialdemokratische Partei hineingetragen. Herr Schumacher bemühte sich unter dem Schutze englischer Polizeioffiziere selbst nach Berlin, um die Hetze gegen die Vereinigung zu schüren, zog es aber vor, seinen Aufenthalt sehr schnell abzubrechen. Dann wurde von den Gegnern der Einheit versucht, durch eine Urabstimmung die Vereinigung zu verhindern, wobei sie aber nicht offen gegen die Einheit aufzutreten wagten. Sie entwarfen für die Urabstimmung einen Stimmzettel, in welchem neben der Frage nach der sofortigen Verschmelzung noch die Frage nach einem Bündnis mit der KPD gestellt wurde. Durch die zweite Frage sollte die Entscheidung gegen die Verschmelzung herbeigeführt werden. Dabei ist interessant, daß die Einheitsgegner die Frage der Verschmelzung auf einer völlig prinzipienlosen Grundlage stellten, sie nur als eine organisatorische und nicht als eine politische Angelegenheit ansahen und verhinderten, daß die „Grundsätze und Ziele“ in den Bezirken in die Hände der Mitglieder kamen, die von den Einheitsgegnern und Spaltern der Partei beherrscht wurden. Gerade hier zeigte sich die ganze

politische Schwäche dieser Elemente, die ängstlich jeder grundsätzlichen Auseinandersetzung auswichen. Sie wußten nur zu gut, daß sie mit Vernunftgründen nicht gegen die politischen Argumente aufkamen, die für die Vereinigung sprachen. Die Folge davon war, daß in den von diesen Einheitsgegnern beherrschten Versammlungen nur mit Verleumdungen und Verdächtigungen des Zentralausschusses der SPD und der Kommunisten gearbeitet wurde. Als sie trotzdem immer mehr von den Arbeitern in die Enge getrieben wurden, griffen sie unter Mißachtung aller demokratischen Grundsätze zu provokatorischen Methoden und sogar zu Tötlichkeiten gegenüber den Vertretern der Einheit. Offen erklärten sie, daß sie sich an die Beschlüsse des Zentralausschusses nicht mehr gebunden fühlten und begannen mit der offenen Spaltung der Partei. Es ist ganz selbstverständlich, daß das die Sozialdemokratische Partei nicht zulassen konnte, zumal sie die Gesamtinteressen der Partei zu wahren und den Willen der Mehrheit der Parteimitglieder zu vertreten hat. Darüber fingen die Spalter der Partei an, über Gewaltmethoden des Zentralausschusses zu schreiben. Aber sie standen schon außerhalb der Reihen der sozialdemokratischen Parteimitglieder und der Reihen der fortschrittlichen Arbeiterschaft.

Inzwischen haben sich diese Feinde der Einheit den Scherz erlaubt, in einem Zehlendorfer Krankenhaus einen sogenannten Groß-Berliner Bezirksparteitag abzuhalten und sich als die Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiter in Berlin zu bezeichnen. Aber in dem von ihnen diesem angeblichen Bezirksparteitag vorgelegten Programm wird offen ihre Geistesgemeinschaft mit der Reaktion aufgezeigt.

Sie lehnen den Klassenkampf ab und verkünden den Zustand eines harmonischen Zusammenlebens zwischen Kapitalisten und Arbeitern. Diese Selbstentlarvung schien ihnen selbst so stark, daß sie es vuzogen, über dieses sogenannte Programm gar nicht erst

abstimmen zu lassen. Auch Herr Schumacher hielt es bei seinem erneuten Gastspiel in Berlin für angeraten, zu erklären, daß der Klassenkampf keine marxistische Erfindung, sondern eine „große und soziologische Tatsache“ sei. Aber wie alles bei Schumacher mit einer ungeheuren Konfusion verbunden ist, so auch in der von ihm gestern am 20. April in Berlin gehaltenen Rede. Leidlich richtige Sätze werden durch ein Beiwerk der verworrensten Gedankengänge vermischt, daß selbst das Richtige ins Gegenteil verkehrt wird.

Die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter Berlins hat dieses Gaukelspiel sehr rasch durchschaut und daraus ihre Schlußfolgerungen gezogen. Auf dem ordnungsgemäßen Bezirksparteitage der Berliner Sozialdemokraten am 13. und 14. April wurde die Vereinigung beschlossen, und damit hat sich die Berliner sozialdemokratische Arbeiterschaft würdig in die Reihe der übrigen Bezirke der sowjetischen Besatzungszone eingereiht. (Beifall.) Wir verkennen nicht, Genossen, daß es den Einheitsfeinden in Berlin immerhin gelungen ist, einen größeren Teil der sozialdemokratischen Arbeiter zu verwirren und sie zunächst gegen die Verschmelzung einzunehmen. Aber da das mit so unehrlichen und reaktionären Mitteln geschehen ist, werden diese Arbeiter sehr bald erkennen, daß sie der Arbeiterbewegung damit Schaden zufügen und der Reaktion bei ihrem Bestreben, die Arbeiterklasse zu spalten, behilflich sind. Wir werden durch eine ernste und sachliche Aufklärungsarbeit diese Arbeiter für die Sozialistische Einheitspartei gewinnen. (Beifall.)

Dieser Zehlendorfer Krankenhaus-Klub bezeichnet sich großspurig als Bezirksvorstand der Groß-Berliner Sozialdemokratischen Partei, hat aber dafür keinerlei Legitimation. Die Macher dieses Klubs wurden aus der Sozialdemokratischen Partei von den zuständigen Instanzen hinausgeworfen, weil sie im Dienste der Reaktion stehen und die Partei zu spalten und aus-

zurauben versuchten. Sie haben sich einen Besitztitel angeeignet, auf den sie keinerlei Anspruch haben, und der auch gar nicht mehr existiert. Der sozialdemokratische Parteitag hat ausdrücklich beschlossen, daß mit der Vereinigung der SPD und der KPD die Sozialdemokratische Partei aufgehört hat zu existieren.

Genossinnen und Genossen! Mit dem heutigen Tage, wo die beiden Parteien entsprechend den Beschlüssen ihrer Parteitage aufhören zu existieren und sich als Sozialistische Einheitspartei konstituieren, stehen wir am Anfang einer neuen Epoche der Arbeiterbewegung. Die Spaltung ist vorüber, wir sind vereinigt und alle fühlen wir, welche große Kraft uns diese Einheit gibt. Aber wir sollen uns auch bewußt sein, daß noch eine große Arbeit innerhalb unserer Reihen geleistet werden muß, um ein völliges Ineinanderaufgehen herbeizuführen, daß wir in der neuen Organisation ganz zusammenwachsen, so daß nicht mehr zu unterscheiden ist, wer Sozialdemokrat und wer Kommunist ist. (Beifall.)

Dazu wird es notwendig sein, den Geist der Kameradschaft, der Freundschaft und der Geduld noch mehr zu pflegen, der sich in den letzten Monaten so sehr bewährt hat. Gewiß wird der Unterschied, der sich im Denken und Empfinden bei unseren Genossen in den 30 Jahren verschiedener Entwicklung herausgebildet hat, von heute auf morgen nicht überwunden sein. Noch häufig genug werden Mißverständnisse und kleine Reibungen auftreten, die aber bei vollem Verantwortungsbewußtsein sehr schnell beseitigt werden können und keineswegs etwa unsere Zusammenarbeit erschweren dürfen. Ich möchte von dieser Stelle aus gerade an die Genossen aus der Kommunistischen Partei appellieren, nicht zu vergessen, welche taktischen Fehler wir begangen, und wie uns in der Vergangenheit das Sektierertum und der Dogmatismus geschadet haben. Seid nicht überheblich, wenn ihr mit jüngeren, weniger erfahrenen Genossen zusammen arbeitet. Übermittelt ihnen eure Er-

fahrung, teilt ihnen das politische Wissen mit, das ihr besitzt. Denkt immer daran, daß es in der Sozialistischen Einheitspartei nur völlig gleichberechtigte Genossen und Genossinnen gibt. (Lebhafter Beifall.) Achtet sorgfältig auf die Einhaltung der innerparteilichen Demokratie. (Beifall.) Lieber einmal mehr über strittige Fragen sprechen, bevor sie entschieden werden. (Beifall.) Immer daran denken, daß wir überzeugen müssen und nicht befehlen sollen. (Erneuter starker Beifall.)

Wir haben in der Kommunistischen Partei, die jahrzehntelang als Kampfpartei in Opposition gegen die Regierungen und ihre Organe gestanden ist und die nur durch eine feste Kampfdisziplin sich gegenüber der Reaktion durchzusetzen versuchen mußte, besondere Methoden der Arbeit und des Kampfes entwickelt, die ein schnelles Handeln ermöglichten. Darin unterschieden wir uns von unseren sozialdemokratischen Freunden. Aber es ist falsch, daraus zu schlußfolgern, daß wir keine innerparteiliche Demokratie hatten und alles nur auf dem Wege des Befehls von oben erledigten. Wer die Geschichte der Kommunistischen Partei kennt, weiß, welche heißen, inneren Kämpfe in der Partei ausgefochten wurden und wie alle Kampffragen letzten Endes durch die Entscheidung der Mitglieder gelöst wurden. Ich ersuche deshalb die Genossen aus der Sozialdemokratischen Partei auch dafür Verständnis zu haben, zumal die Größe unserer Kampfaufgaben und die Dringlichkeit ihrer Erledigung ein größeres Tempo und auch eine größere Kampfdisziplin erfordern. (Beifall.)

Trotzdem wende ich mich besonders an unsere Genossen aus der Kommunistischen Partei, Geduld zu üben, wenn in der Sozialistischen Einheitspartei nicht gleich alles in solchem Tempo geht, wie wir das gewohnt sind. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir alle die sich daraus ergebenden kleinen Schwierigkeiten sehr schnell überwinden werden und in relativ kurzer Zeit zu einer völligen inneren Einheit verschmolzen sein werden,

so daß niemand mehr erkennen wird, wer einmal Sozialdemokrat und wer Kommunist war. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Es stehen große Aufgaben vor uns, und wir werden Großes vollbringen müssen. Am bevorstehenden 1. Mai werden wir unter dem Banner der einheitlichen Arbeiterbewegung, unserer Partei und der Gewerkschaften aufmarschieren, für die großen vor uns stehenden Aufgaben demonstrieren und unseren Willen zum Ausdruck bringen, unser großes Endziel niemals aus dem Auge zu verlieren, sondern alles daran zu setzen, es so schnell wie möglich zu verwirklichen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich ein Wort über unsere Parteiabzeichen sagen. Unsere Partei heißt: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, und aus ihren drei Anfangsbuchstaben ergibt sich die im Verkehr übliche Abkürzung „SED“. Nur diese Abkürzung wollen wir in allen unseren Publikationen und Versammlungen benutzen.

Die von uns zu tragende Fahne wird eine rote Fahne sein (Beifall), die in ihrem Mittelfeld in einer runden, in Gold gehaltenen Kreislinie die verschlungenen Hände als Symbol des Einheitsgrußes enthalten wird. (Beifall.) Auch die Farbe der Hände wird in Gold gehalten sein. Darüber stehen im flachen Halbbogen in goldener Schrift die Worte: „Sozialistische Einheitspartei“ und unter dem Kreis in gerader Linie der Schluß: „Deutschlands“.

Wir werden auch ein Parteiabzeichen herstellen lassen, das in ovaler Form gehalten ist und in der Mitte auf weißem Hintergrunde eine rote Fahne zeigt, auf der sich die beiden zum Einheitsgruß verschlungenen Hände befinden. In der Umrahmung ist auf stahlblauem Grunde der Name der Partei: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands enthalten. Vorläufig steht dem Tragen des Parteiabzeichens allerdings noch ein generelles Verbot des Kontrollrats über das Tragen von

Parteiabzeichen entgegen. Wir werden uns aber bemühen, eine Ausnahme für das Tragen dieses antifaschistischen Parteiabzeichens zu erlangen.

Genossinnen und Genossen! Heute blickt das ganze werktätige Volk Deutschlands nach Berlin, auf unseren Vereinigungsparteitag. Es erwartet von uns, daß wir uns der großen geschichtlichen Aufgabe gewachsen zeigen, die uns zugefallen ist. Nach Jahrzehnten der Spaltung, des Bruderkampfes, der Ohnmacht, nach der finsternen Nacht des Dritten Reiches erwartet das werktätige deutsche Volk von uns, daß wir die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und die Voraussetzung für den neuen Weg schaffen, der allein unser Volk in eine bessere Zukunft führen kann.

Auf uns blicken heute die deutschen Arbeiter, die oft mit dem heiligen Wort „Sozialismus“ betrogen worden sind. Von uns erwarten sie die Verwirklichung des echten, marxistischen Sozialismus.

Auf uns blicken die deutschen Frauen, denen der Faschismus und der Krieg ihr Lebensglück zerstört hat. Von uns erwarten sie, daß wir ihnen den Weg in eine Zukunft weisen, in der es ein Glück und keine Sorge sein wird, Frau und Mutter zu sein.

Auf uns blickt die deutsche Jugend, die sich in ihren heiligsten Gefühlen betrogen fühlt und nach einem neuen Lebensinhalt sucht. Von uns erwartet sie, daß wir ihr diesen Lebensinhalt geben.

Auf uns blickt der deutsche Bauer, den Hitler ruiniert hat. Von uns erwartet er den Aufbau einer Wirtschaft, in der der Bauer als freier Herr auf freier Scholle für sein Volk arbeiten kann.

Auf uns blickt der Wissenschaftler, der Künstler, der unter Hitler in die geistige Zwangsjacke der Nazipropaganda gepreßt oder zumichte gemacht wurde. Von uns erwartet er, daß wir die Freiheit der Wissenschaft und der Künste sichern.

Auf uns blickt der heimkehrende Kriegsgefangene, der Umsiedler, der von Hitler ins Nichts geschleudert wurde. Von uns erwartet er Hilfe beim Aufbau einer neuen Existenz.

Auf uns blickt das ganze deutsche Volk, das sich heute wieder in seiner nationalen Einheit bedroht fühlt. Von uns erwartet es die Sicherung der nationalen Einheit, die Sicherung des Friedens.

Genossinnen und Genossen! Unser deutsches Volk soll von uns nicht enttäuscht werden. Wir haben das große Werk vollbracht. Wir haben die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands geschaffen. Es ist das Beginnen einer neuen Zeit. Wir haben das Fundament dazu gelegt. Es ist der unerschütterliche Fels, auf dem das deutsche Volk seine glückliche Zukunft erbauen wird.

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Ulbricht: Nunmehr bitte ich den Genossen Otto Grotewohl, das Wort zu nehmen.

Grotewohl (mit großer Begeisterung empfangen): Genossinnen und Genossen! Man kann der Katastrophe von 1945 nur gerecht werden, wenn man sie als Gericht betrachtet, vor dem die ganze deutsche feudal-aristokratische und bürgerlich-kapitalistische Überlieferung gewogen und zu leicht befunden wurde. Solange die deutschen Dinge gut gingen, pflegte sich der deutsche Bürger selbstgefällig auf das Schillerwort zu berufen: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.“ Er muß die Wahrheit dieses Wortes nunmehr auch gelten lassen, nachdem die Weltgeschichte gegen ihn entschieden hat. (Sehr richtig!)

Hitler hat vabanque gespielt. Er hat Deutschlands Gesamtsubstanz und Reserve auf eine Karte gesetzt. Die Karte hat nicht gestochen und das deutsche Volk steht nunmehr mit leeren Taschen da. Es besitzt keinen politischen, keinen wirtschaftlichen und kei-

nen kulturellen Groschen mehr. Das deutsche Volk ist kein völkerrechtliches Subjekt mehr. Das deutsche Volk hat keinen Staat, keine Regierung, keine Fahne, keinen Wohlstand, keine Ehre und keine Freiheit mehr. Alles, alles ist dahin. Es ist in der Welt verrufener, als es Vandalen und Hunnen waren, es ist ärmer, als es Polen, Jugoslawen und Rumänen waren. Es hat in jeder Hinsicht seine Form und Richtung verloren. Das deutsche Volk ist Gegenstand einer geschichtlichen Katastrophe, wie sie furchtbarer, namenloser, grenzenloser noch kein großes Volk in der Geschichte getroffen hat. Nur die Zerstörung Karthagos und Jerusalems und der Ausgang des 30jährigen Krieges bieten sich zum Vergleich an.

Dieser „Messias, Heiland und Erlöser“ Hitler ist dem Chaos entstiegen. Die auf ihn gehört haben, mußten unvermeidlich ins Chaos versinken. Der Ertrag der ganzen deutschen Geschichte und des Hitler-Regimes erweist sich als ein schreckliches Nichts.

Vermutlich ist die Zahl jener Deutschen heute noch gering, welche die ganze Tiefe des jähen Sturzes ermessen, den Deutschland getan hat. Seine Souveränität hat es verloren, bloß liegt es zu den Füßen seiner Sieger und hat zu gehorchen, wenn sie befehlen. Seine staatliche Einheit ist in Gefahr, denn partikularistische und separatistische Strömungen regen sich in den verschiedensten Teilen. Die staatliche Einheit war einst ein bürgerliches Interesse, nun gibt es deutsche Bürger in Bayern, Baden, Württemberg, Groß-Hessen, im Rheinland, in Hannover, in Schleswig-Holstein, die sich fragen, ob sie wirtschaftlich nicht besser fahren würden, wenn sie in das gewaltige Wirtschaftsgebiet der Vereinigten Staaten, Englands oder doch wenigstens Frankreichs einbezogen werden könnten. (Pfui-Rufe.)

Die nationalen Werte und Güter gelten vielen nichts mehr, wenn sie ihnen nichts mehr einbringen. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser Verfall der politischen Form ist nur ein Ausdruck der Degeneration

der deutschen Wirtschaftsstruktur. Der Lebensstandard des deutschen Volkes wird von den Siegermächten bestimmt. Wird es von diesen nicht durchgefüttert, muß es hungern und zum Schmarogervolk werden.

Die Bodenreform zerschlug die gewaltigen Grundlagen des Junkertums. Abgesehen aber davon war sie notwendig, weil die ganze maschinelle Ausrüstung der deutschen Landwirtschaft teils vernichtet, teils verschleppt war. Im System großer Gutsbetriebe ließen sich die Flächen nicht mehr bebauen. Sie mußten auch aus anderen Gründen den Händen zahlloser Kleinsiedler anvertraut werden. 6350 Landgüter sind in den Territorien der sowjetischen Besatzungszone liquidiert. Eine Bodenfläche von insgesamt 2 254 436 ha, die früher zu diesen Gütern gehörte und im Privatbesitz war, ist dem Bodenreformfonds als Gesamtbesitz des Volkes einverleibt. In der sowjetischen Zone ist fast das gesamte beschlagnahmte Land bis zum 1. März 1946 verteilt. 867 000 ha wurden unter landwirtschaftliche Arbeiter verteilt, 264 000 ha erhielten Kleinbauern, 564 000 ha erhielten Neusiedler und 69 000 ha Kleinpächter. Hunderttausende von Bauernhöfen entstanden in Ostdeutschland an Stelle von mehreren tausend Junkergütern. (Beifall.)

Damit aber — und ich komme damit zu der gesellschaftlichen Bedeutung dieses Vorganges — wurde die Grundlage für den neuen Menschentyp im Dorf geschaffen, dessen Blick gegen die Versuchung künftiger imperialistischer Ausschreitungen ein für allemal gefeit ist.

Wir richten von diesem Saal unsern Blick auch auf das flache Land, wo gerade jetzt unsere Alt- und Neubauern zu den größten Leistungen der deutschen wie der neuen Geschichte überhaupt angetreten sind: der Frühjahrsbestellung. Mit Stolz können wir hier in der sowjetischen Zone es erstmalig aussprechen: Noch nie zuvor wurde trotz aller Schwierigkeiten eine Frühjahrs-

bestellung so schnell durchgeführt, wie bei uns in diesem Jahr. (Großer Beifall.) Es gibt in der sowjetischen Besatzungszone keinen Acker und keinen Quadratmeter Boden, der nicht zu landwirtschaftlichen Zwecken genutzt wird. (Erneuter Beifall.) Wer ermessen will, was das bedeutet, kann das nur, wenn er an die unsäglichen Schwierigkeiten denkt, die der Hitlerkrieg unserer Bauernschaft hinterlassen hat. Das Wunder dieser großen deutschen Friedensleistung unseres Landvolkes ist auf die demokratische Bodenreform zurückzuführen, die über 350 000 Neubauern schuf, und die alle schöpferischen Kräfte unseres Volkes für den landwirtschaftlichen Bau freimachte. Dadurch wurde auch erstmalig in Deutschland ein echtes Bündnis zwischen Stadt und Land herbeigeführt und eine Planmäßigkeit in den landwirtschaftlichen Arbeiten geschaffen, wie sie ebenfalls für Deutschland ganz neuartig ist. Wer einmal durch die Gebiete unserer Besatzungszone fährt und sieht, was es bedeutet, wenn die Industriearbeiterschaft, angeregt durch die Initiative unserer Partei, dazu übergegangen ist, auf großen Lastwagen in freiwilliger Überarbeit unter Stellung aller Werkzeuge und fahrbarer Werkzeugmaschinen zu den Bauern aufs Land fährt, um ihnen sonntags die Maschinen zu reparieren, der sieht, wie sich hier ein wirklicher Geist der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe zwischen Stadt und Land herausbildet. (Lebhafter Beifall.)

Wir grüßen von dieser Stelle unsere Alt- und Neubauern. Wir drücken ihnen unsern tiefempfundenen Dank für ihre außerordentliche Leistung aus, die sie zur Sicherung der Ernährung unseres Volkes durch die Frühjahrsbestellung erbracht haben. (Lebhafter Beifall.)

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands — und das ist kein leeres Versprechen, wie es unsere Bauern in den vergangenen zwölf Jahren so oft gehört haben — wird der Bauernsache im ganzen

ihre Unterstützung angedeihen lassen. (Lebhafter Beifall.) Sie begrüßt die Verbindung der gegenseitigen Bauernhilfe als die große demokratische Massenorganisation unseres Landvolkes und verspricht ihr unsere beste Bundesgenossenschaft im gemeinsamen Kampf zur Rettung unseres Volkes.

Unseren Landsleuten und unseren Kameraden in den Westzonen aber rufen wir zu: Es gibt kein neues Deutschland ohne die Enteignung der Junker und eine Bodenreform, wie wir sie hier durchgeführt haben. (Großer Beifall.)

Die Forderung der deutschen Sozialisten seit Wilhelm Liebknecht, ein wahres Bündnis zwischen Stadt und Land zu schaffen, ist hier erfüllt und muß in ganz Deutschland Wirklichkeit werden. Stadt und Land — Hand in Hand!

Die Zerstörung der Schwerindustrie trifft noch viel gründlicher die Quellen des imperialistischen Auftriebes. Die Kartelle, Syndikate und alle hochkapitalistischen Monopolorganisationen drängten zum Weltmarkt. Werden sie aufgelöst, werden ihre Betriebe lahmgelegt oder demontiert, werden ihre Maschinenanlagen ins Ausland gebracht, dann wird der industriellen, wirtschaftlichen, imperialistischen Entwicklung in Deutschland die Wurzel abgeschnitten. Die übriggebliebene Gebrauchsgüter- und Fertigwarenindustrie hat noch nie in Deutschland einen großen politischen Ehrgeiz entwickelt. Mit der Ausmerzung der deutschen Schwerindustrie, der Verpflanzung großer industrieller Anlagen in andere Länder, verschob sich jedoch auch die Daseinsgrundlage von Millionen deutscher Arbeiter. (Sehr richtig!) Große Fragen der Umsiedlung und der Umschulung stehen in Zukunft vor uns. Sie werden Existenzfragen ebenso, wie die der Millionen Flüchtlinge, die in den beschnittenen deutschen Raum hineingestopft werden müssen. Es ist ein bevölkerungsmäßiges Überdruckgebiet geschaffen, das uns vor riesige Aufgaben stellt. Denn

diese angehäuften Massen sind in Hinsicht auf Nahrung, Wohnung, Kleidung weitaus unterversorgt. Da in weiten Teilen Deutschlands der Produktionsprozeß kaum in Gang zu kommen vermag und keine Spuren eines Außenhandels vorhanden sind, aus dessen Erträgen die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen bezahlt werden könnten, fristet ein großer Teil des deutschen Volkes seine Existenz teils aus Gnadengaben des Auslandes, teils aus Krediten, deren künftige Regelung und Abdeckung ein Geheimnis und ein Rätsel ist.

Auch wer beherzt genug ist, selbst vor den größten Schwierigkeiten nicht zu kapitulieren, muß zugeben, daß es nur der gesammelten Kraftanstrengung aller arbeitenden Menschen in Deutschland gelingen kann, freie Bahn zu schaffen. (Sehr wahr!) Im Aufstieg zu einem höchsten Gipfel der Weltherrschaft glaubten weite Teile des deutschen Volkes unter der Nazi-propaganda zu sein, in trostlose Abgründe sind sie jedoch gestürzt worden. In einen wahnwitzigen Glauben an die Größe und den Glanz seiner Zukunft, an ein wundererfülltes tausendjähriges Reich, war das deutsche Volk hineingesteigert worden. Dieser Glaube ist in Scherben zerbrochen, und in dem Augenblick, in dem das deutsche Volk aus solchem Glauben erwacht, wird es begreifen lernen, daß es in Wahrheit nur etwas zu hoffen hat, wenn es seine Kraft sammelt. Die gesamte Vergangenheit, auf die das deutsche Volk zurückblickt, muß es als geschichtlichen Irrweg erkennen, und jene Überlieferungen, die es als seine besten und ausgezeichneten angesehen hat, erweisen sich als fragwürdig. Was es hochschätzte, ist völlig entwertet. Seine heiligsten Götter sind als bössartige Fratzen enthüllt und liegen im Staube.

Wohin soll sich dieses Volk wenden? Worum soll es sich halten? Es ist geistig so arm geworden, wie materiell. Es ist ideell richtungslos, wie es wirtschaftlich und politisch ratlos ist. Sein geistiger Lebensraum gewährt den gleichen kümmerlichen Anblick eines

Ruinenfeldes, wie ihn sein äußerlich umgebender Lebensraum darbietet. Ist es erlaubt, in dieser Situation die Suchenden an die Vergangenheit, an alte Traditionen zu verweisen? Sind die alten Traditionen nicht nur die bloßen Vorstufen jenes Zusammenbruchs, jener Katastrophe und jenes Chaos, in das das deutsche Volk hineingeraten ist, oder sind diese Traditionen nicht durch ihre Früchte, deren Tatsache das Dritte Reich und der Ausgang von 1945 gewesen sind, endgültig widerlegt? — Die Wiederanknüpfung an alte Traditionen würde bedeuten, daß man in Deutschland den verfehlten Weg nochmals zu gehen gedenkt, auf dem man so schauerlich gescheitert ist. (Stürmischer Beifall.) Mit aller Deutlichkeit, Klarheit und Bestimmtheit ist auszusprechen: Eine wahrhaft erschreckende und fürchterliche Bankrottbilanz hat uns Hitler hinterlassen. Nicht diejenigen, welche die Verantwortung an den deutschen Selbstverwaltungen und Zentralverwaltungen übernommen haben, tragen an den kümmerlichen Zuständen Schuld, in denen sich gegenwärtig die deutschen Verhältnisse befinden. Hitler und seine Nationalsozialisten haben uns diese schauerliche Erbschaft hinterlassen. Uns ist es aufgeladen, die Trümmer zu beseitigen, aus denen diese Hitlersche Erbschaft besteht.

Nach der Katastrophe von 1945 lag Deutschland durch die Deklaration über die völlige militärische Niederlage wehrlos zu den Füßen der Siegermächte. Sie konnten mit ihm beginnen, was sie wollten. Sie konnten es, wenn sie wollten, in Stücke zerbrechen. Sie haben es nicht getan. Die große Bedeutung der Potsdamer Konferenzbeschlüsse liegt darin, daß in ihnen der Wille der Siegermächte zum Ausdruck kam, Deutschland nicht zu vernichten.

Wohl soll dieses Deutschland zu Wiedergutmachungen herangezogen werden. Nach den schweren Schädigungen und Verbrechen, die es seinen überfallenen Nachbarn verursacht hat, konnte es nichts anderes er-

warten. Aber die politische Existenz des deutschen Volkes wurde nicht grundsätzlich aufgehoben. Im Gegenteil, diese Potsdamer Beschlüsse öffneten uns ein Fenster in die Zukunft und ließen einen Hoffungsstrahl in Deutschlands Finsternis fallen, der uns verpflichtet, mit vereinten Kräften zu versuchen, ein neues deutsches Dasein aufzubauen. Bedeutend in den Beschlüssen ist jener Punkt, der besagt: Während der Besatzungszeit ist Deutschland als ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten.

Wir wünschen aus heißem Herzen, weil es die entscheidende Voraussetzung für unsere Aufbauarbeit ist, daß die Siegermächte zu der Zusicherung der deutschen Wirtschaftseinheit und damit der Rettung des Ruhrgebiets für Deutschland bedingungslos stehen mögen. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir hoffen, daß sie es tun werden. Die Potsdamer Beschlüsse sind gewissermaßen die Charta, von deren Boden aus der Neuaufbau des zusammengebrochenen Deutschlands zu erfolgen hat. Die Potsdamer Beschlüsse verbürgen uns die Einheit Deutschlands.

Freilich beobachten wir gegenwärtig ein höchst seltsames Verhalten mancher deutschen Menschen, besonders auch im deutschen Bürgertum. Es gibt Menschen, die einst nach dem nationalen Einheitsstaat gerufen haben und jetzt auf dem Sprunge stehen, ihn preiszugeben. Wie ist das zu erklären? — Das Bürgertum aller europäischen Staaten hatte einst dazu gedrängt, einen umfassenden geschlossenen inneren Markt zu bekommen. Unter dem Zeichen des Nationalstaates kam jener innere Markt zustande. Hinter der nationalen Idee verbarg sich die Tendenz zu den großen Geschäften auf dem monopolisierten inneren Markt. Dieser innere Markt bedeutete im Zeitalter des Industrialismus und Kapitalismus Ausbeutung der Arbeiterschaft. So wurde die Arbeiterschaft in ihrem Kampf um die nackte Existenz in eine heftige Oppositionsstellung gegen die Bestrebungen des bürger-

lichen Nationalismus getrieben. Der gefestigte Nationalstaat aber begann neue Funktionen zu übernehmen. Er stellte eine Machtstellung dar, von der aus die Eroberung auswärtiger Märkte in Gang zu bringen war.

Damit brach das Zeitalter des Imperialismus an. Die bürgerlichen Nationalstaaten traten als Konkurrenten in fremden Erdteilen auf und verwickelten sich in heftige Kämpfe um Rohstoffe und Absatzgebiete. Dieser bürgerlich-kapitalistische Imperialismus endete schließlich in den beiden Weltkriegen. Das Ergebnis jener beiden Weltkriege ist, daß Deutschland, Japan und Italien aus der Reihe der imperialistischen Wettbewerber ausgeschieden sind. Das deutsche Bürgertum kann nie mehr hoffen, eine selbständige kapitalistische und imperialistische Politik zu machen. Es hat den Szenenwechsel begriffen und beginnt bereits, sich umzustellen. Die Reste einstiger kapitalistischer Machthaber hoffen dabei nicht nur zu entsprechenden Trinkgeldern zu kommen, sondern vor allen Dingen gegenüber ihrer eigenen Arbeiterschaft in Deutschland noch Ausbeutungschancen zu besitzen oder wieder zurückzuerlangen. (Sehr wahr! und Händeklatschen.)

Der deutsche Partikularismus und Separatismus, der nach 1945 in die Halme zu schießen begann, zeigt, wie sich diese Teile des deutschen Bürgertums von der Nationalidee nichts mehr versprechen. Die Dinge haben sich so gewandelt, daß der deutsche Nationalstaat heute keine bürgerliche, sondern überwiegend eine sozialistisch-proletarische Angelegenheit geworden ist. (Beifall.) Die Lebensbedürfnisse der arbeitenden Menschen können und müssen zum größten Teil in Deutschland befriedigt werden, wo die gesamte Wirtschaft einheitlich in Erscheinung tritt und wo planmäßig sozialistisch organisiert wird. Damit dies geschehen kann, muß Deutschland als Einheit erhalten und einheitlich regiert werden. (Beifall.) Die Erhaltung der nationalen Einheit ist ein Lebensinteresse der deutschen Arbeiter-

schaft geworden. Sozialistische Wirtschaftsplanung ist nur in einem einheitlichen Deutschland möglich. Der nationale Auftrag ist damit an die Arbeiterklasse übergegangen.

Deutschland kann nicht existieren ohne das Ruhrgebiet, und die deutsche Arbeiterklasse kann ohne das Ruhrgebiet seine Aufbauarbeit nicht erfolgreich gestalten. Die stark verdichteten großen Arbeitermassen des Ruhrgebiets können aus der deutschen sozialistischen Bewegung nicht herausgerissen werden, wenn nicht die ganze Entwicklung, die Deutschland in eine vernünftige Ordnung zurückführen könnte, unterbrochen werden soll. (Beifall.) Die Ruhrarbeiterschaft selbst — wir haben das gestern hier gehört — hat ein lebendiges Gefühl für diese Zusammenhänge. (Bravo!) Ihr Herz hängt an Deutschland. Sie will sich von ihrem Vaterland nicht trennen lassen. Wer immer es sei, der sich in der Ruhrfrage vaterlandslos verhält, die Ruhrarbeiterschaft wie die deutsche Arbeiterschaft überhaupt, ist vom Gefühl heftigen Widerwillens gegen solche Vaterlandslosigkeit erfüllt. (Stürmischer Beifall.) Mit dem Ekel, den Ratten zu verursachen pflegen, blickt die Arbeiterschaft auf jene, die das deutsche Schiff, von dem sie glauben, daß es unvermeidlich sinken müsse, zu verlassen trachten.

Diese Flucht wird vorbereitet und bewerkstelligt unter dem Stichwort Föderalismus. (Sehr richtig!) Der Föderalismus ist ein Prinzip des Staatsaufbaues. Es gibt Situationen, in denen es sachlich begründet ist, in eine Erörterung über dieses Prinzip einzutreten. Große Imperien, wie es das englische Empire oder das sowjetrussische Reich sind, die Völkerschaften verschiedenster Herkunft, Geschichte, Sprache, Landschaft, vielgestaltigster Formationen und Klimata in sich einschließen, sind durch die Logik der Verhältnisse geradezu genötigt, sich föderalistisch aufzubauen. Der Zentralismus würde dort zweifellos unheilvoll wirken. Er würde Menschen und Dinge über einen Kamm scheren, welche der

Natur der Sache nach nicht die Voraussetzungen in sich tragen, über einen Kamm geschoren zu werden.

Ganz anders liegen die Voraussetzungen in Deutschland. Man kann nicht behaupten, daß Deutschland großräumig ist. Es gibt amerikanische Bundesstaaten, die gebietsmäßig umfangreicher sind als ganz Deutschland. Auch einzelne russische föderative Sowjetrepubliken zeigen einen Gebietsumfang, der die Raumgröße Deutschlands erheblich übersteigt. So wenig wie die einzelnen amerikanischen oder sowjetischen Bundesrepubliken nun etwa aus Gebietsgründen dazu gedrängt werden, sich wieder föderalistisch unterzuteilen, so wenig besteht für Deutschland ein Zwang, sich föderativ aufzuspalten. (Beifall.) Es kommt hinzu, daß die deutsche Bevölkerung im großen und ganzen doch einen einheitlichen Charakter hat. Jedenfalls sind die Verschiedenheiten in Deutschland durch gemeinsame geschichtliche Vergangenheit in Jahrhunderten hindurch so nivelliert, daß sie keinen berechtigten Grund dafür geben, sich für eine föderative Staatsgestaltung zu entscheiden. Auf keinen Fall sind die Spannungen zwischen den verschiedenen deutschen Bevölkerungsteilen etwa größer als diejenigen, die in der französischen oder italienischen Bevölkerung vorhanden sind. (Sehr gut!) So wenig für Frankreich oder Italien eine Notwendigkeit der föderativen Gliederung besteht, so wenig besteht sie für Deutschland. (Sehr gut!) So wenig aber Frankreich und Italien infolge ihrer zentralistischen Regierungsgewalt eine besondere Gefährdung des Friedens darstellen, so wenig braucht es auch Deutschland zu sein. (Beifall.)

Die Gründe für eine spezifisch kriegerische Veranlagung des deutschen Volkes in der Vergangenheit liegen weniger in seiner Staatsform als in seinem Kadavergehorsam und seinem Untertanengeist, der jeden politischen Mißbrauch förderte. (Beifall.)

Ein kleinräumiger Föderativstaat ist die Schweiz. Die Schweiz ist sicher ein fruchtbarer Nährboden

für manche deutschen föderalistischen Politiker gewesen. (Bravo!) Aber auch die Schweiz kann man nicht mit Deutschland vergleichen. Auf Schweizer Boden begegnen sich Bevölkerungssplitter von vier verschiedenen Rassen und Kulturkreisen: Deutsche, Franzosen, Italiener und Rätier. Zentralismus in der Schweiz würde zur Sprengung der Staatsgemeinschaft führen müssen. Es kommt noch hinzu, daß der Bestand des Schweizer Staates international garantiert ist und er es infolgedessen nicht nötig hat, mit Hilfe einer Außenpolitik von außen eindringende etwaige Zersetzungstendenzen abwehren zu müssen.

Als 1918 das föderative Prinzip in Deutschland zu neuem Leben erstand, war es klar, daß die Tradition der alten deutschen Kleinstaaterie wieder aufgenommen wurde, um reaktionären Zwecken zu dienen. (Sehr richtig!) Es zeigte sich bald, daß man partikularistische, ja separatistische Absichten hatte, wenn man sich auf das föderative Prinzip berief.

Vorkämpfer des als föderativ maskierten partikularistischen Prinzips war damals wie heute die Ordnungszelle Bayern. Bayern ist in sich selbst reichlich gegensätzlich. Zwischen den Bayern und Schwaben und Bayern und Franken sind mindestens ebenso starke Unterschiede wie zwischen Bayern und Preußen. (Sehr wahr!) Es wurde aber darum von Bayern weder den Schwaben, noch den Franken innerhalb des bayerischen Staates jemals erlaubt, nach nach einer föderativen Selbstbestimmung zu trachten. Bayern selbst ist im Gegenteil sogar so zentralistisch, daß es das französische Präfektursystem für seinen Aufbau übernommen hat. Die gegenwärtige föderative Bewegung ist ihrem Wesen nach nichts anderes als die nach 1918. Sie ist in Wahrheit partikularistisch und damit gefährlich. Die Reaktion, die entmachteten Nationalsozialisten und Deutschnationalen, die in ihren Besitzinstinkten sich bedroht fühlenden Bürger, wollen sich Schlupfwinkel schaffen, innerhalb deren sie ihr Unwesen weiter treiben

und sich eine Stellung gegen fortschrittliche und insbesondere sozialistische Gesamtmaßnahmen schaffen können. (Beifall.) Sie hoffen, sich in diesen Schlupfwinkeln politisch wieder so stark machen zu können, daß sie eines Tages in der Lage sein werden, daraus hervorzubrechen und sich die alten Machtpositionen wieder zu erobern. Ein Blick in die Art der Parteienbildung zeigt uns das zur Genüge. Wir müssen es klar und offen aussprechen: Jeder, der sich heute zum föderativen Prinzip bekennt, ist dringend verdächtig, Gefahr zu laufen, zum Schildknappen der Reaktion zu werden. (Beifall.) Über den Föderalismus kann man also angesichts der obwaltenden Umstände ernsthaft in Deutschland nicht diskutieren. Man kann und muß ihn nur bekämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Es ist in Deutschland bereits so weit, daß die Reaktion vielerorts versucht, vorzudringen. Wie würde es erst aussehen, wenn keine militärische Besatzung vorhanden wäre! Wir haben ein Beispiel in dieser Frage erlebt, das uns ein wenig mit Beschämung erfüllt hat. Die amerikanische Besatzungsbehörde hat von sich aus verschiedentlich erklärt, sie glaube, die Besatzungszeit könne etwa zehn Jahre betragen. Ein Deutscher kommt her, der Ministerpräsident von Bayern, Herr Hoegner, und erklärt: Wir müssen mindestens 15 Jahre diese Besatzungszeit haben, um sicher zu sein gegen das Aufkommen der deutschen Reaktion. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Genossinnen und Genossen! Wenn allerdings das deutsche Volk seine Sicherung des Eigenbestandes und seine Demokratie allein auf die Bajonette der Besatzungsmächte einstellen würde, statt auf die lebendigen demokratischen Kräfte in seinen eigenen Reihen, dann wäre es vielleicht möglich, daß wir einer solchen Entwicklung entgegengingen. Darum ist es erforderlich, daß in den südlichen und westlichen Gebieten Deutschlands ebenso wie in der sowjetischen Zone ein politisches Leben zum Erstehen gebracht wird, das leben-

dig und tatkräftig ist. (Stürmischer Beifall.) Ich glaube nicht, daß es vermessen ist, und ich glaube auch nicht, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden es mir etwa übelnehmen werden, wenn ich an dieser Stelle erkläre, daß die heute geschaffene Sozialistische Einheitspartei mindestens in der sowjetischen Besatzungszone durch ihre riesengroße politische Stärke eine so große Sicherheit für unseren Bestand in der sowjetischen Zone darstellt, daß wir auf die Bajonette der Russen nicht mehr angewiesen sind. (Tosender, nicht endenwollender Beifall und Bravorufe.) Aber unsere Aufgabe ist es, darauf hinzuwirken, daß die bei uns erreichten Zustände hinübergreifen auf das gesamte deutsche Gebiet. Wir dürfen uns nicht nur auf die Hilfe der Besatzungsmächte verlassen, sondern wir haben die erste große zwingende Verpflichtung, der Welt zu beweisen, daß wir selbst imstande sind, Deutschlands Bestand und Zukunft in einer friedlichen Entwicklung zu sichern. (Stürmischer Beifall.)

Wir wissen, daß es Gegenden in Deutschland gibt, in denen die Reaktion weit davon entfernt ist, etwa eingeschüchtern zu sein. Sie wagt es im Gegenteil bereits, die fortschrittlichen Kräfte einzuschüchtern. Der Sieg der Reaktion aber würde neuen Kriegsgeist und neue Kriegsgefahren für Deutschland heraufbeschwören. Eine der dringendsten Aufgaben des deutschen Volkes muß es darum werden, zu seinem Teil daran mitzuhelfen, den Frieden der Welt für alle Zeiten zu sichern. Das Wesen des preußisch-deutschen Militarismus hat nicht nur darin bestanden, Soldaten auszubilden und Heere zu unterhalten, es hat vielmehr darin gelegen, daß die Anwendung brutaler militärischer Gewalt als universelles Mittel zur Lösung aller politischen Fragen, zur Überwindung aller politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verlogenheiten in Deutschland betrachtet wurde. Die Hand griff schon zum Schwert, wenn sich nur ein gestaltloses politisches Prestige in Deutschland verletzt glaubte. Dieser Schwert- und Gewaltglaube hat grenzenloses Un-

glück über die Welt und über Deutschland gebracht. Was er Übles angerichtet hat, kann nur gesühnt werden durch ein erhöhtes Maß redlicher Friedensliebe und friedfertiger Dienstbereitschaft. (Beifall.) Das deutsche Volk muß die Wunden heilen helfen, die es im Taumel seiner nationalsozialistischen Raserei allerorts geschlagen hat. Große Teile haben so vielen Bestialitäten Vorschub geleistet, daß es zwingender noch als alle anderen Völker zu Taten der Menschlichkeit verpflichtet ist.

Wir müssen jene Tollhäuslerspekulationen von uns weisen, die sich in manchen reaktionären, sicher ehemals nationalsozialistischen Bevölkerungsschichten in jüngster Zeit bemerkbar machen. Es ist ein Verbrechen, auf einen neuen Krieg zu spekulieren, um dadurch die Freiheit Deutschlands zu gewinnen. (Beifall.) Wenn unbelehrbare Militaristen bei den Verhandlungen der Weltmächte die Ohren spitzen wie Kavalleriegäule, die ein Trompetensignal hören, so haben wir die Pflicht, mit Entschiedenheit dagegen aufzutreten. Der Erfolg einer solchen unheilvollen Spekulation zeigte sich bereits in manchen Gegenden, wo die kaum erwachte Wirtschaftsinitiative wieder einschief mit der Begründung, es habe doch keinen Wert, die industrielle und wirtschaftliche Produktion wieder anzukurbeln, denn bald werde sich doch wieder der Lärm der Waffen erheben. Entmachtete Nationalsozialisten und andere Reaktionäre hoffen, im Trüben fischen zu können. Sie phantasieren davon, als lachender Dritter in die Höhe und wieder zur Macht gelangen zu können. Die Sorge, ob ein neuausbrechender Krieg nicht auf dem Rücken Deutschlands ausgefochten und dabei von Deutschland kein Stein mehr auf dem anderen bleiben werde, bedrückt sie keinen Augenblick. (Sehr wahr!) Aus der Hitlerzeit waren sie es ja gewöhnt, vabanque zu spielen. Wie lächerlich solche Spekulationen in politischem Sinne sind, haben uns die Großmächte gezeigt, indem sie politische Meinungsverschiedenheiten ohne militärische Mittel auszutragen verstehen. Es wird

allerdings preußisch-deutschen Chauvinisten ewig unbegreiflich bleiben, wie leicht auch politische Prestigefragen gelöst werden können.

Gewiß, heute ist Deutschland das Gebiet, auf dem weltpolitische Machtspannungen empfindlich wahrgenommen werden, und auf deutschem Boden ist es wiederum Berlin, wo diese Auswirkungen am intensivsten zu beobachten sind. Deshalb gerade ist auch Berlin innerhalb des gesamtdeutschen Raumes der Ort höchster geistiger und politischer Lebendigkeit. Hier wie nirgends sonst in Deutschland ist der Pulsschlag der Politik zu verspüren. Aber daraus, daß Deutschland ein politisches Spannungsfeld ist, darf es niemals und unter gar keinen Umständen den Antrieb schöpfen, Kriegsschauplatz werden zu wollen. (Beifall.) Im Gegenteil, ihm erwächst daraus die Aufgabe, alle Kräfte aufzubieten, um eine loyale und entschlossene Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen vier Besatzungsmächten zu beweisen. (Sehr wahr!) Deutschland vermag gerade hier seine große, hohe Mission zu erfüllen, die ihm wieder einmal den Eintritt in die Bezirke politischen Handelns verschaffen könnte.

Wir wissen, daß es eine Vertrauensfrage ist, wann wir die politische Aktionsfähigkeit Deutschlands restlos wiedererlangen können. Noch ist das deutsche Reichsgebiet von fremden Mächten militärisch besetzt, noch ist der Friede förmlich nicht geschlossen, noch besteht keine deutsche Regierung, kein Parlament, noch sind die deutschen Grenzen nicht endgültig festgesetzt; sobald aber Deutschland ehrlich und überzeugend seine Friedensaufgabe begreift, wird es auf Grund des Vertrauens, das es sich damit erwirbt, wieder jene Bewegungsfreiheit zurückgewinnen, ohne die es politische Selbstbestimmung in Deutschland nicht gibt.

In manchen deutschen Kreisen ist es wieder üblich geworden, feindselig auf die Sowjetunion zu blicken. Manche beklagenswerten Vorkommnisse, die

sich im Zuge kriegerischen Geschehens in allen Besatzungszonen ereigneten, die aber von allen Besatzungsmächten selbst aufs nachhaltigste verurteilt und beseitigt werden, dienen oft genug Kurzsichtigen als Vorwand zur Begründung etwaiger feindseliger Gefühle. In Wahrheit haben solche Gefühle ganz andere Gründe. (Sehr wahr!) Das individualistisch-kapitalistisch-bürgerliche Interesse fühlt sich einfach durch das Dasein der Sozialistischen Sowjetunion bedroht. (Stürmische Zustimmung.) Gleich nach der Großen sozialistischen Oktoberrevolution 1917 trug das deutsche Bürgertum seine durch Furcht genährte Abneigung gegen den sozialistischen Nachbarn im Osten zur Schau. Der Antibolschewismus wurde schon lange vor 1933 die seelische und geistige Haltung vieler Kreise des deutschen Bürgertums. Auf den Wellen des Antibolschewismus wurde auch Hitler in die Höhe getragen. (Sehr richtig!) Über den großen Korruptionstopf, den Stinnes gründete, um alle antibolschewistischen Strömungen in Deutschland zu finanzieren, bis zum Siege Hitlers 1933 und zu der Kriegserklärung an die Sowjetunion 1941 geht dieser folgerichtige und verhängnisvolle Zug des Antibolschewismus. Er ist bürgerlich-reaktionär. (Lebhafter Beifall.)

Die geheimen feindseligen Stimmungen gegen die Sowjetunion, die sich mancherorts wieder regen und denen auch Schumacher erst in diesen Tagen wieder in maßloser Form Ausdruck verliehen hat, sind nichts anderes als Äußerungen jener alten antibolschewistischen Haltung, der wir den Hitlerismus zu verdanken hatten. (Stürmischer Beifall.) Obwohl sich jener Antibolschewismus so grausam am deutschen Volk gerächt hat, sind gewisse Kreise des deutschen Volkes noch nicht davon geheilt.

Wenn wir aufs schärfste vor der Wiedererneuerung des Antibolschewismus warnen, so bedeutet dies keineswegs, daß die hinterhältigen Verdächtigungen, mit denen in den vergangenen Wochen gegen uns operiert

wurde, in irgendeiner Hinsicht begründet sind. Ich meine die Verdächtigungen, als ob wir unkontrollierbarem, vom Osten ausgehenden Druck nachgegeben hätten, als wir das Vereinigungswerk der deutschen Arbeiterschaft betrieben. Wir lehnen den Antibolschewismus deshalb ab, weil er für Deutschland politischer Wahnsinn ist. (Sehr richtig! und lebhafter Beifall.) Diese Ablehnung ist weit davon entfernt, innere Bindungen an fremde Einflüsse zu verraten oder zu stiften. Wenn jedoch der sozialistische Staat im Osten dem sozialistischen Einigungswerk in Deutschland größeres Interesse und größere Anteilnahme entgegenbringt als manche anderen Mächte, so finden wir als Sozialisten das durchaus begreiflich und verständlich. (Langanhaltender, frenetischer Beifall.) Wir fühlen uns durch deutsche Interessen, durch deutsche Gesichtspunkte in unserer Politik bestimmt und gelenkt. Heiß schlagen unsere Herzen für Deutschlands Schicksal und Deutschlands Zukunft. Die Freundschaft, die wir mit den Völkern der mächtigen Sowjetunion erhalten möchten, wie übrigens mit allen Völkern dieser Erde, gründet sich auf die Erwägung, daß es Deutschland ebenso zum Heil gereichen wird, wie die Freundschaft mit allen anderen Völkern. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Deutschlands Zusammenbruch war unterschieden, als Hitler das Zeichen zum kriegerischen Überfall auf die Sowjetunion gab. (Sehr richtig!) Diese Lehre sollte dem deutschen Volke für alle Zukunft genügen. (Starker Beifall.) Wem an Deutschlands Schicksal liegt, der muß darauf bedacht sein, daß künftighin Deutschland in unzerstörbarem Frieden und unverbrüchlicher Freundschaft mit dem sowjetischen Volke leben muß. (Beifall.)

Am 29. März 1946 hat der Alliierte Kontrollrat den Plan für Reparationen und den Nachkriegsstand der deutschen Wirtschaft entsprechend den Beschlüssen der Berliner Konferenz veröffentlicht. Der Plan ist ein Dokument von allergrößter Bedeutung für uns. Mit tie-

fem Ernst müssen wir dieses Werk studieren, unser Wirtschaftsschicksal ist in ihm verbrieft.

Werke, die unmittelbar der Rüstung dienen, fallen danach der Vernichtung anheim. Fabriken, deren Kapazitäten Deutschland nicht unbedingt braucht, werden demontiert. Arbeitslosigkeit wird eine bittere, wohl kaum vermeidbare Folge sein, wenn es uns nicht gelingt, entscheidende Maßnahmen wirtschaftlicher Art in organisatorischer Weise und in der Umstellung der Arbeitskräfte selbst durchzuführen. Demontage ist das Ergebnis von Deutschlands Angriffskrieg. Wir wissen, daß die Begrenzung der industriellen Kapazitäten auf 50 bis 55 Prozent nicht nur verfügt wird, um einen Teil des Schadens wiedergutzumachen, den die Nazis in den besetzten Gebieten angerichtet haben, sondern vor allem, um die deutsche Wirtschaft unbedingt und für alle Zeiten auf Friedensproduktion zu beschränken und die Rüstungsmöglichkeiten ein für allemal zu beseitigen. (Beifall.) Man wird es verstehen, daß uns jede Maschine und jedes Rad, das der Demontage verfällt, schmerzt. Darum sind wir doppelt dankbar, daß Rußland darauf verzichtet, zirka 3800 Betriebe, die ihm außer der erfolgten Demontage nach dem Reparationsplan zustehen, für sich in Anspruch zu nehmen, und dem deutschen Volke die Möglichkeit gibt, durch Volksentscheid die Besitzrechte für das deutsche Volk und nicht für die früheren Privatbesitzer zu sichern. (Stürmischer Beifall.)

Die Stahlerzeugung und die Maschinenproduktion dürfen nur noch etwa zwei Drittel des früheren Standes erreichen; die chemische Industrie wird auf etwa 55 %, die Elektroindustrie auf rund die Hälfte des Vorkriegsstandes reduziert. Die Kohlenförderung soll, wenn der gegenwärtige Kohlenmangel gedeckt ist, begrenzt werden. Die Herstellung von synthetischem Kautschuk ist in beschränktem Umfange erlaubt, solange Deutschland keine Möglichkeit hat, sie durch Einfuhr zu ersetzen. Dieses Programm soll von 1949 an voll durch-

geführt werden. Der Kontrollrat unterstellt dabei, daß wir bis dahin wieder einen Lebensstandard erreicht haben, der etwa dem Niveau des Jahres 1932 entspricht. 1932 ist das Jahr der tiefsten wirtschaftlichen Depression und der höchsten Arbeitslosigkeit in Deutschland gewesen.

Wir sehen also, welche Aufgabe für die Arbeiterklasse ersteht, um diesen Rahmen mit solchem Inhalt zu füllen, daß er unsere Lebensverhältnisse erträglich läßt. Nach dem Plan des Kontrollrats verbleiben uns jedoch genügend Kapazitäten, um nicht nur Güter für den eigenen Verbrauch zu erzeugen, sondern um Exportwaren herzustellen. Sehr wichtige Fragen werden hier zu beantworten sein. Es ist vorgesehen, daß Deutschland eine Ausfuhr in Höhe von 3 Milliarden Mark jährlich in Gang bringen soll. Durch diese Ausfuhr sollen die Devisen für die notwendige Einfuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen beschafft werden. Indes müssen es ausfuhrfähige Güter sein, die das deutsche Volk zu diesem Zwecke hervorbringt. Es gibt sehr viele Waren, nach denen im Ausland kein Bedarf ist und die das deutsche Volk dort auch nicht unterzubringen vermag. Ist dafür gesorgt, daß die deutsche Produktion wirklich ausfuhrfähige Güter in Höhe von 3 Milliarden Reichsmark hervorbringt? Zeißsche Apparate oder IG-Farbenprodukte würden natürlich mit Leichtigkeit Abnehmer im Ausland in jeder Höhe des Betrages finden. Aber eben solche Produkte herzustellen, ist dem deutschen Volke wegen ihrer Einwirkung auf die Kriegsindustrie verboten. An welche Güterarten ist gedacht, wenn von dieser Ausfuhr in Höhe von 3 Milliarden gesprochen wird? Alles Fragen, die uns zeigen, welche Probleme wir in Zukunft zu lösen haben werden. Die Hälfte dieser Ausfuhr, also eineinhalb Milliarden, sollen dem Ankauf von Nahrungsmitteln dienen. Auch mit den im Werte von anderthalb Milliarden eingeführten Nahrungsmitteln wird es kaum möglich sein, den ganzen Ernteausschlag zu ersetzen, den die Landwirtschaft durch Gebietsverluste, Auspöckerung der

Bodenkräfte und durch Abschachtung von Vieh erlitten hat, ganz davon zu schweigen, daß wir auch Millionen von Flüchtlingen zu ernähren haben.

Die erfolgreiche Durchführung dieses Planes setzt darum vier Dinge voraus: 1. die wirtschaftliche Einheit Deutschlands, 2. die Unversehrtheit der nach den Potsdamer Beschlüssen genannten deutschen Grenzen, 3. die Stabilität der deutschen Bevölkerungszahl und 4., daß die Welt bereit ist, den Export in Höhe von 3 Milliarden RM nicht durch hohe Zollsätze oder durch Restriktionen anderer Art abzuwehren.

Ungeheuer ernst sind die Folgen, die sich für uns aus dem Plan über die Reparationen ergeben. Deutschland hat bei der Vorbereitung und Durchführung des von ihm angezettelten verbrecherischen Krieges ungeheure wirtschaftliche Leistungen für Tod und Vernichtung vollbracht. (Sehr wahr!) Wenn es dieselben Anstrengungen für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft macht, dann werden wir unser Leben auch in dem engeren Rahmen erträglich gestalten können. (Lebhafter Beifall.)

Bei dieser Gelegenheit dürfen wir auch darauf hinweisen, welchen erheblichen Einfluß die Kriegsverluste und die Frage der Kriegsgefangenen auf den Aufbau der Alterspyramide des deutschen Volkes ausübten. Wir erhoffen jedoch die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen auch aus menschlichen Überlegungen. (Zustimmung.) In Tausenden von Familien fehlt noch immer der Vater und Ernährer und der Sohn. Trotz aller Gründe, die uns für Verzögerungen in dieser Frage bekannt sind, bitten wir die Alliierten, einen Weg zu suchen, der ihnen den uneingeschränkten und herzlichen Dank von Tausenden und aber Tausenden von Vätern, Müttern, Frauen und Kindern für alle Zeiten sichern wird. (Lebhafter Beifall.)

Der Aufbau der Friedenswirtschaft kann sich aber nur auf den Schultern des schaffenden Volkes

vollziehen. (Sehr wahr!) Der Aufbauwille und die Arbeitsfreudigkeit der deutschen Arbeiterklasse sind einzig und allein die Garantie für die Lebenssicherung Deutschlands. (Sehr gut! und Beifall.) Wer darum nicht begreift, daß die brüderliche Verkettung zur Einheit der deutschen Arbeiterklasse die elementarste Voraussetzung für die Schaffung erträglicher Lebensverhältnisse ist, der ist ein Narr, wenn nicht noch Schlimmeres. (Beifall.)

Die Rückkehr Deutschlands in den Kreis der politisch selbstverantwortlichen Mächte setzt das Vorhandensein einer innerpolitischen Kraft voraus, die fähig ist, die Verantwortung für eine solche Wirtschafts- und Friedenspolitik zu übernehmen und sie mit Erfolg durchzuführen. Dieses innerpolitische Kraftelement kann nur die geeinte deutsche Arbeiterschaft sein. (Beifall.) Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung ist, seitdem sie geschehen war, eine Quelle des Unsegens für das deutsche Volk gewesen. Sie trat während des ersten Weltkrieges ein und begünstigte die Kriegspolitik der junkerlichen und schwerindustriellen Imperialisten. Daß sie nach 1918 fort dauerte, kam dem emporstrebenden Hitlerismus zugute. Die diktatorischen und kriegstreibenden Ansichten der Nationalsozialisten fanden keinen Wall in Deutschland, an dem sie sich hätten brechen sollen. Indem die Arbeiterschaft ihre Kräfte in ihren Bruderkämpfen verzehrte, schwächte sie sich so sehr, daß sie für die Verteidigung ihrer Freiheit und des Weltfriedens schlechthin nichts mehr einzusetzen hatte. (Sehr wahr!) Weil sie in sich uneins und zerrissen war, war sie vollständig ohnmächtig. So konnte Hitler triumphieren; so konnte das Dritte Reich den gräßlichsten Kriegsbrand entfachen, den jemals der Erdball gesehen hat.

Die Schuld der deutschen Arbeiterschaft ist nicht, daß sie Hitler aktiv unterstützte, sondern daß sie durch ihre Spaltung und die daraus entstandene Ohnmacht Hitler die Chance seines Aufstieges zur Macht verschafft hat. (Sehr richtig!) Wenn die Arbeiterschaft aus

dem Zusammenbruch von 1945 eine Lehre zu ziehen hatte, so war es in erster Linie die, die Spaltung rückgängig zu machen, sich wieder in einer einzigen Bewegung zusammenzufinden.

In Anbetracht dieses Sachverhalts regten sich nach dem Zusammenbruch Bestrebungen der beiden Arbeiterparteien, die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei zu verschmelzen. Die Notwendigkeit der deutschen Dinge selbst drängte gewissermaßen zu dieser Verschmelzung. Wer soll die Reaktion niederhalten, die so unermeßliches Unglück über Deutschland gebracht hatte und sich bereits keck und unverfroren wieder in Bewegung setzt? Wer soll die neugewonnene staatsbürgerliche Freiheit in Deutschland verteidigen? Wer soll sich schützend vor den Frieden stellen, wenn ihn kriegstreiberische Kräfte abermals gefährden? Wer soll wieder den politischen Vertrauensfonds ansammeln, dessen das deutsche Volk bedarf, um wieder gute und freundschaftliche Beziehungen zu anderen Völkern anknüpfen zu können? Wer soll die deutsche Demokratie gründen? Wer soll ihren Bestand verbürgen? Wer soll schließlich und endlich kapitalistischer Ausbeutungs- und Unterdrückungssucht in Deutschland das Handwerk legen?

Die Voraussetzungen, auf Grund deren die Spaltung erfolgte, sind längst dahin. Der Beistand, den die Kriegskreditbewilligungspolitik zwischen 1914 und 1918, den die Freikorps- und Schwarze-Reichswehr-Politik von 1918 dem junkerlichen und schwerindustriellen Imperialismus gewährt hat, ist in seiner wahrhaft verhängnisvollen Folgeschwere inzwischen restlos entlarvt. Auf diese Politik des Kompromisses mit militärischen Stömungen trifft in vollem Umfange zu, was Marx und Engels seinerzeit gegen die preußisch-bismarckschen Anwandlungen Lassalles bemerkt hat. Lassalle war, als er seine Hoffnungen auf Preußen und Bismarck setzte, demselben Irrtum verfallen, in den sich das deut-

sche Bürgertum verstrickt hatte. Er erwartete, daß der Glaube an Gewaltlösungen, an Blut-und-Eisen-Methoden, an die universelle Zauberkraft des Schwertes für die Arbeiterschaft gute Früchte tragen könnte. Noch in der Kritik des „Gothaer Programms“ geißelt Marx die Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern, zu der sich Lassalle bereitgefunden hatte. An einer solchen Allianzpolitik war nach 1914 die Einheit der deutschen Arbeiterschaft zerbrochen, sie darf unter keinen Umständen fortgesetzt oder wiederholt werden. (Lebhafter Beifall.)

Nach alledem ist der Widerstand kaum zu begreifen, den gewisse Sozialdemokraten der Einigung noch entgegensetzen. Spurlos sind offensichtlich an ihnen die Erfahrungen der Zeit zwischen 1933 und 1945 vorübergegangen. Man kann auf sie nur das bekannte Wort anwenden: Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen! Die Gründe, die sie gegen die Einigung vorbringen, sind ohne Gewicht. Es sind keine Gründe, es sind nur Vorwände. Nicht einem einzigen eignet eine wirklich durchschlagende Überzeugungskraft. Es handelt sich in der Regel um Schlagworte, die den Stempel engster parteigoistischer Horizontbeschränktheit an der Stirn tragen. Was etwa soll es bedeuten, wenn pathetisch abgelehnt wird, die SPD zum Blutspender der KPD zu machen? Wenn zwei Flüsse sich zu einem mächtigen Strom vereinigen, entsteht dadurch ein neues Ganzes und Größeres, indem die beiden Teile in eine Bindung gebracht werden und mit gesteigerter Existenz fortbestehen. Die neue Daseinsform ist für beide Teile ein großer Gewinn und kein Verlust. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber hier stößt man auf einen höchst bemerkenswerten Tatbestand, der ans volle Tageslicht gezogen werden muß. Auch diese einigungsfeindlichen Sozialdemokraten sind wie die um ihr Privateigentum besorgten kapitalistischen Bürger praktisch Partikularisten geworden. Neben dem Länderpartikularismus

schießt ein erstaunlicher Parteipartikularismus ins Kraut. (Sehr richtig!) Das Gefühl der zusammenfassenden Einheit des deutschen Volkes scheint in der einen partikularistischen Spielart wie in der anderen ersterben zu wollen. Dieser Parteipartikularismus ist eine enge Verbindung eingegangen mit einer dritten partikularistischen Spielart, dem Zonenpartikularismus. Daß Deutschland in Besatzungszonen eingeteilt ist, wird nicht als ein augenblickliches, hoffentlich vorübergehendes und mehr oder weniger notwendiges Übel betrachtet, sondern als eine unumstößliche, gewissermaßen endgültige und grundlegende Tatsache, mit der man sich ein für allemal abfinden müsse, und die man zum Ausgangspunkt aller politischen Überlegungen und Planungen zu machen habe. Man ist also päpstlicher als der Papst. Während die Potsdamer Beschlüsse die deutsche Wirtschaftseinheit in Aussicht stellen, wurde sie von diesen Partei- und Zonenpartikularisten voreiligerweise, wenn nicht gar liebedienerisch bereits abgeschrieben. Man hat den Geschmack einer bedenklichen Unredlichkeit, wenn ausgerechnet diese Partei- und Zonenpartikularisten in der Verteidigung ihres engen Horizontes damit beginnen, die unitarische Karte auszuspielen. Man hört sagen, die Zeit für die Einigung der beiden sozialistischen Parteien sei erst gekommen, wenn die Zonen Grenzen gefallen seien und eine zentrale Regierungsgewalt geschaffen sei. Sie tun so, als erwarteten sie die neue deutsche Einheit als ein Geschenk des Himmels. Sie lassen außer acht, daß eine starke politische Kraft in dem deutschen politischen Zielfeld vorhanden sein muß, die der Träger des deutschen Einheitswillens zu sein hat, wenn nicht die deutsche Einheit ganz und gar zerfallen soll. (Lebhafte Zustimmung.) Wird nämlich ein solcher deutscher Einheitswille nicht stark spürbar, ist die Zersetzung Deutschlands unaufhaltsam. Kämpft ein solcher Einheitswille nicht gegen die Zersetzungstendenzen an, so findet sich das Ausland ebensowohl wie das deutsche Volk mit der Auflösung des Gesamtkörpers ab.

Hinter dem Prozeß der Einigung der sozialistischen Parteien wirkt dieser deutsche Einheitswille, er ist sogar die stärkste Triebkraft, die dabei zur Geltung gekommen ist.

So hat die Einigung der sozialistischen Parteien, selbst wenn sie sich vorerst in größerem Umfang nur in der russischen Zone vollzieht, in keiner Hinsicht partikularistischen Beigeschmack. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Dieser Einigungsvorgang mobilisiert alle Kräfte des deutschen Volkes, die nicht bereit sind, die deutsche Einheit preiszugeben und zu verraten. Hier entsteht ein politisches Kraftelement, das die auseinanderstrebenden Kräfte des deutschen Volkes wieder zusammenpacken und zusammenbinden soll. Man durfte mit der Einigung der sozialistischen Parteien nicht länger warten, wenn nicht die ganze Zukunft des deutschen Volkes verdorben werden sollte. (Sehr richtig!) Die Rolle, in der sich Dr. Schumacher befindet, ist nicht beneidenswert. Eben in seiner heftigen Abwehr der sozialistischen Einigung enthüllt er, wie er möglicherweise gegen seinen Willen und gegen seine Absicht zu einem Element der deutschen Auflösung geworden ist. Es ist zweifellos, daß dies in der Arbeiterschaft auch der anderen Zonen instinktiv empfunden wird. Die Arbeiter in den Betrieben selbst zeigen sich elementar von der Einigungstendenz ergriffen. Dieser Umstand läßt uns nicht daran zweifeln, daß sich die Einigung unaufhaltsam auch in den anderen Zonen durchsetzen wird. Da diese Einigung förmlich einem unwiderstehlichen, politisch notwendigen Willen entspricht, wirkt es kläglich, wenn ihr unterstellt wird, sie geschehe unter dem Einfluß eines fremden Druckes. Aus dem Innern der sozialistischen Arbeiterschaft bricht dieser Einigungswille unmittelbar hervor. Das Einigungswerk bedurfte niemals eines Druckes von außen. Wer das Vorhandensein eines solchen Druckes behauptet, tut dies entweder aus Unkenntnis der Sachlage oder aus böswilliger Schmähsucht. Im übrigen entsinnen wir uns nicht, daß eine ausländische Partei so

warmes Interesse an uns und unserem Schicksal genommen und verlautbart hat, wie es die SPD der westlichen Zone erfahren hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Mit einem Einwand gegen die Einigungsbestrebungen müssen wir uns hier noch beschäftigen, nämlich mit dem Einwand, daß die demokratische Zuverlässigkeit der Sozialistischen Einheitspartei fragwürdig sei. Wenn man die geschichtliche Entwicklung Deutschlands in großem Zuge überblickt, kann man beobachten, wie von der Zeit der Reformation an sich die führenden Schichten Deutschlands gegen die fortschrittlichen sozialen und politischen Strömungen zur Wehr gesetzt haben, die in Süd- und Westeuropa hochgekommen waren. Ein Schriftsteller hat jüngst Preußen als eine antiliberale Gründung bezeichnet. Es sah seine Aufgabe darin, den mittelalterlichen aristokratischen Feudalismus gegen den von England her andringenden großbürgerlichen Liberalismus zu verteidigen. Wenn die Reformation eine Protestbewegung gegen die römische Zivilisation war, so war Preußen eine Protestgründung gegen den westeuropäischen Liberalismus und Freiheitsgedanken. Diese Protest- und Abwehrstellung bezog Preußen auch gegenüber den von Frankreich ausgehenden modernen demokratischen Bestrebungen. Sie wurden in Preußen damals als Jakobinismus in Verruf gebracht, genau wie heute der Bolschewismus in Verruf gebracht wird. Noch Bismarck handelte im Sinne dieser antifortschrittlichen Mission, die Preußen ergriffen hatte. Im Verfassungskonflikt suchte er den Liberalismus auf deutschem Boden niederzuwerfen. Im Kulturkampf nahm er es noch einmal mit der römischen Zivilisation auf und in der antisozialistischen Gesetzgebung wollte er schließlich in Deutschland den sozialistischen demokratischen Bestrebungen endgültig entgegenzutreten. In der Enge der fürstlichen Territorialstaatlichkeit wurde dem deutschen Volk eine Art Abneigung gegen Liberalismus und Demokratie anerzogen. Es schadete gewissermaßen in Deutschland dem Respekt,

im Verdacht zu stehen, für Freiheit und demokratische Selbstbestimmung etwas übrig zu haben. Durch seine Obrigkeiten war das deutsche Volk daran gewöhnt worden, alles Heil von oben her zu empfangen. Es blickte gehorsam zu seinen Autoritäten empor und war bereit, ihnen jederzeit blind zu folgen. Diese antiliberalen und antidemokratischen Gewöhnungen hat Hitler dann reichlich ausgebeutet, ihr verdankte er vor allen Dingen seine großen Erfolge, die dann allerdings schließlich auch seine Niederlage wurden.

Nun ist die Diskussion über das Problem der Demokratie gewöhnlich dadurch etwas verwirrt, weil man es mit zwei Arten von Demokratie zu tun hat, der formalen Demokratie und der realen Demokratie. Die formale Demokratie begnügt sich im großen und ganzen mit der Rechtsgleichheit, der Gleichheit aller vor dem Gesetz. Der soziale Aufstiegszweck eines jeden soll die gleiche Ausgangschance haben. Keiner soll sich auf ein gesetzlich fundiertes Vorrecht berufen dürfen. Diese formale Demokratie schließt Unterdrückung und Ausbeutung der Schwachen aber nicht aus. Privateigentum schafft in dieser formalen Demokratie eine private Machtsphäre, die um so weiter reicht, je größer das Privateigentum ist. (Sehr gut!) Der große Eigentümer wird in der Formal-Demokratie nicht daran gehindert, Mitmenschen seinem Zwecke zu unterwerfen, sie zu seinen Werkzeugen zu erniedrigen und sie auszubeuten. Die reale Demokratie geht weiter. Sie beruht auf dem tiefen Gefühl für die Würde und das Lebensrecht eines jeden Menschen. Sie sieht eine Verletzung der menschlichen Würde darin, Menschen, vor allem solche, die in ihrem Elend und ihrer Not keine wahre Wahlfreiheit besitzen, den Privatinteressen eines Mitmenschen ausgeliefert zu wissen. Zu ihr gehört das Gefühl der Verantwortung für alle Mitmenschen überhaupt. So stellen wir uns die Demokratie vor. Sie ist tief von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt — von Fichte stammt diese

Formulierung — durchdrungen. Die Wohlfahrt aller, die Sache des Gemeinwohls ist ihr oberstes Anliegen. Diese reale Demokratie ist im eminentesten Sinne das, was wir wollen, nämlich eine soziale Demokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Das deutsche Volk ist heute durch soziale Umschichtungen einer tiefgreifenden Umwälzung unterworfen. Millionen haben durch Ausbombung alles verloren. Soll den Glücklichen, die sich alles Eigentum gerettet haben, die Möglichkeit gelassen werden, die gesellschaftliche Vormachtstellung, die ihnen ihr Eigentum verschafft, rücksichtslos auszuschöpfen? Sollen sie nicht gehalten werden, die Sorge auch für die mittragen zu müssen, die vom Unheil des Krieges tiefer betroffen wurden, als sie selbst es sind? (Lebhafte Zustimmung.) Jedem ist die Mitverantwortung für das Schicksal seines Mitmenschen aufgeladen. (Sehr richtig!) Dies soll auch in den Institutionen und Gesetzen des demokratischen Staates, den wir haben wollen, seinen Ausdruck finden.

So verwirklicht sich erst eine echte Demokratie. (Stürmische Zustimmung.) Auf dem Boden einer solchen echten Demokratie steht die Sozialistische Einheitspartei. Bei einer solchen echten Demokratie, die die Wahrung der Lebensrechte und Lebensnotwendigkeiten eines jeden Volksangehörigen im Auge hat, verneint sie keineswegs das Recht der freien Persönlichkeit, vergewaltigt sie in keiner Weise irgendeine persönliche Freiheit. Sie schafft vielmehr für jeden erst den notwendigen Lebensraum, auf dessen Boden sich überhaupt erst die freie Persönlichkeit zu entwickeln und zu entfalten vermag. (Sehr wahr!) Es gab Zeiten, in denen einzelne freie Persönlichkeiten gewiß den höchsten Gipfel menschlichen Daseins erklommen hatten. Millionen ihrer Nebenmenschen aber zerquälten sich in der Not des Hungers und der Erniedrigung. Ungleichheiten solcher Art kann eine echte Demokratie nicht wollen. Einem jeden steht es zu, soviel wirtschaftlichen Lebensraum zu erhalten, wie er braucht, um seine Persönlichkeit vollenden zu können.

Alle die Anwürfe, die die abgesplitterten Sozialdemokraten gegen die neue Sozialistische Einheitspartei schleudern, als werde die Demokratie verachtet und als wollten sich Diktaturgelüste durchsetzen, sind sachlich — das hat Wilhelm Pieck schon ausgeführt — völlig unbegründet und gegenstandslos. In keiner deutschen Partei lebt wohl die Achtung vor den Lebensrechten aller Menschen heißer und stärker als in der Sozialistischen Einheitspartei. (Stürmische Zustimmung.) Ihr großes Ziel ist es, die wahre Demokratie, die das Selbstbestimmungsrecht keines Menschen verkümmern lassen will, soweit es nicht darauf ausgeht, das Selbstbestimmungsrecht anderer Mitmenschen einzuschränken, zu verwirklichen. Es versteht sich von selbst, daß eine demokratische Haltung dieser Art notwendigerweise auch Achtung vor den Lebensrechten anderer benachbarter Völker besitzt. Sie pflegt ein Bild von der Menschheit, die eine Gemeinschaft ist, in der wie jeder einzelne, so auch jedes Volk gleichberechtigt neben den anderen Völkern steht und darauf achtet, daß der Daseinsanspruch aller ihrer Mitglieder gleiche Berücksichtigung findet. So sehr eine derartige echte Demokratie auf nationale Selbstbestimmung hält, so vergißt sie doch keinen Augenblick ihre internationale Verpflichtung, alles zu tun, was sie der Menschheit schuldig ist. Sie ist aller Unterdrückung, Ausbeutung, Vergewaltigung, wo immer und in welcher Form sie auch geschehen möge, abhold. Sie ist also ihrer innersten Natur nach auf die Erhaltung des Friedens, auf die Pflege freundschaftlicher, gutnachbarlicher Beziehungen mit allen anderen Völkern ausgerichtet.

In einem Punkte allerdings ist unsere Auffassung neu. In den schlimmen Erfahrungen der Hitler-Ära ist der deutschen Arbeiterklasse die Wahrheit des Wortes von Karl Marx buchstäblich eingebläut worden, wonach die Waffe der Kritik niemals die Kritik der Waffen ersetzen kann.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus. Sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt. Wir sagen in ernster Überzeugung, daß wir nichts sehnlicher wünschen als eine friedliche Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland. Nicht wir waren es, die Terror, Kerker, Konzentrationslager und Blutgerüste in Deutschland errichteten, sondern Hitler und seine Schergen unter der stillen Duldung jener Kreise, die sich heute über uns ereifern wollen, weil wir aus zwölf leidensvollen Jahren gelernt haben und die richtige Schlußfolgerung für die Zukunft ziehen.

Wenn jemals in Deutschland wieder wie 1933 die Frage stehen sollte: Ihr oder wir? so lautet unsere Antwort: Ihr! (Donnernder Beifall.) Das, Genossinnen und Genossen, sagen wir nicht nur für uns. Wir können sterben, aber Deutschland muß in Frieden leben. Darin liegt die völlige Rechtfertigung unseres Standpunktes zu dem Begriff der Demokratie.

Indem nun die Sozialistische Einheitspartei ihre Ziele ausspricht, hofft sie vor allen Dingen bei der Jugend in Deutschland ein Echo zu finden. Für die im höchsten Maße verworrene Lage unserer gegenwärtigen deutschen Jugend haben wir volles Verständnis. Furchtbare Verbrechen wurden an den Unmündigen im Dritten Reich begangen. Die Schulen waren restlos in den Dienst des Dritten Reiches gestellt. In der Hitlerjugend und im Bund deutscher Mädchen wurden Götzenbilder vor unserer Jugend aufgerichtet, deren Anbetung die jungen Menschen unvermeidlich vergiften mußte. In jenen Jahren, in denen der werdende Mensch behütet werden soll, wurden diese Knaben und Mädchen in das blendende Licht der Öffentlichkeit hineingezerrt. In einer Zeit, wo die Kinder anderer Völker auf den Bänken saßen und lernten, mußten die deutschen Kinder demonstrieren, marschieren, exerzieren und denunzieren. Als

ihre geistigen, sittlichen und körperlichen Kräfte Ruhe brauchten, um sich gesund zu entwickeln und auszureifen; wurden sie dazu verleitet, alles das, was erst im Werden begriffen war, bereits zu verausgaben. Als die Jugend in gewissenhafter Erziehung zu sich selbst, zu dem guten Kern in ihr, zu dem Eigenen, das sie in sich trug, geführt werden sollte, wurde sie fanatisiert, und in diesem Fanatismus verdorrte gerade das Beste, was sie in sich barg.

Es kam der Zusammenbruch von 1945. Die falschen hakenkreuzlerischen Götzenbilder barsten und sanken in den Staub. Die Jugend verlor in einer furchtbaren innerlichen Erschütterung den Glauben in einem Alter, in dem sich unter normalen Umständen ein rechter Lebensglaube erst zu bilden beginnt. Führt eine solche vorzeitige Glaubenszerstörung nicht notwendigerweise zur totalen Glaubenslosigkeit, wenn nicht gar zum Nihilismus? Es ist nicht zu leugnen, daß diese Gefahr über unserer Jugend schwebt. Man muß ihr daher helfen, ihr beistehen, über diese Gefahr hinwegzukommen.

Voll Verantwortung ist die Aufgabe, die die Erziehung zu leisten hat. Schule und Erziehung können nicht einfach dort anknüpfen, wo sie 1933 geendet hatten. Es läßt sich nicht leugnen, daß eben jene vergangene Schule auch vor 1933 in vielfacher Hinsicht dem Heraufkommen des Hitlerismus Vorschub geleistet hat. Aus diesem Grunde müssen Schule und Erziehung von Grund auf umgestaltet werden. Der unglückselige Verlauf der deutschen Reformation, der dazu geführt hatte, daß sich in den deutschen Städten das Bürgertum mit dem Landesfürstentum verband, statt sich mit den aufständischen Bauern zu verbinden, hat verderblichste Folgen für Deutschland gehabt. Das gesamte Erziehungssystem wurde auf die Bedürfnisse des Obrigkeitsstaates zugeschnitten. Blindes Gehorsam gegenüber der Obrigkeit wurde von Luther selbst zu einer der höchsten Tugenden überhaupt und im besonderen zur obersten

staatsbürgerlichen Tugend erhoben. Der Mensch aber, der sich in diesem Verhältnis des blinden Gehorsams gegen die Obrigkeit setzte, war niemand anders als der Untertan. Der deutsche Untertan ist das traurige Ergebnis und die fatale Hinterlassenschaft der deutschen Reformation, eine Hinterlassenschaft, deren sich Preußen bemächtigte und aus der Preußens militaristischer Despotismus ungeheures Kapital geschlagen hat.

Die humanistisch-sittliche Persönlichkeit, mit der die humanistischen Bildungsanstalten zu kokettieren pflegten, war zwar eine Verbeugung vor ihrem antiken Bildungstoff; wusch man indes dieser Persönlichkeit die griechische und römische Schminke vom Gesicht, kam der nämliche Untertan zum Vorschein, bei dem es keinen Unterschied bedeutet, ob er als Steuerzahler oder Musketier, als Korpsstudent oder als Reserveoffizier die Knochen zusammenriß. Auch der Hitlersche Herrenmensch widerlegte nicht diesen Untertan. Er war der Untertan, welcher auf Befehl berserkerhaft Anstand, Recht, Sitte und Menschlichkeit jederzeit mit Fußtritten regalierte. Wie recht hat sich Grillparzers Wort bewahrheitet, wenn er einmal sagte, daß die Entwicklung von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität führt.

Nun kann man eine Neuausrichtung nicht aus den Ärmeln schütteln. Man kann sie nicht, selbst wenn Bedarf dazu besteht, einfach erfinden. Es muß sich gewissermaßen aus der Gesamtlage eines Volkes seine Zukunftsaussicht von selbst ergeben. Diese Aussichten sind nur zu entwerfen auf Grund einer klaren Erfassung der Anschauung von der Stellung eines Volkes in der Welt und aller dem Volke innewohnenden Möglichkeiten. Wir sind heute aber in der Lage, Andeutungen zu bieten, Elemente aufzuweisen, die ein erstrebtes und erst werdendes neues Bildungsideal vorwegnehmen. Dabei sind wir in unserem tastenden Bemühen keinesfalls vor Fehlgriffen und Verzeichnungen gesichert. Deutschland

ist seit dem Zusammenbruch von 1945 mit einem Schlag auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Kurz gesagt, das deutsche Volk ist aus der Reihe der führenden Weltvölker, Deutschland ist aus der Reihe der Großmächte ausgeschieden und vermutlich endgültig. Sein Dasein verläuft fernerhin im Schatten der gewaltigen Imperien USA, Großbritannien und der Sowjetunion. Der Militarismus, dem Preußen, das Bismarckreich und das Hitlerreich ihre Entstehung verdankten, darf nie mehr die geringste Chance in Deutschland haben. Da, wo er fernerhin im deutschen Geistesleben noch sein Dasein fristet, ist er radikal auszuräumen.

Dasselbe ist im Hinblick auf den Staatsabsolutismus zu sagen. Er hat die deutsche Volks- und Leistungskraft zwar wirksam organisiert und intensiv mobilisiert, er hat sie aber völlig falsch und vergeblich eingesetzt: Gegen die französische Revolution, gegen die bürgerlich-liberale Bewegung, für den Pangermanismus, für die Raubgelüste der Großbourgeoisie. Die Übersteigerung des Obrigkeitsprinzips hat das deutsche Volk ruiniert. Dieses Prinzip hat sein Recht innerhalb des deutschen Raumes ein für allemal verwirkt. Der Soldat und die obrigkeitliche Respektsperson haben ihren Kredit in Deutschland ganz und gar verloren. Der Offizier und der Beamte alter Prägung sind mit solcher schwerer geschichtlicher Schuld beladen, daß sie für immer von der deutschen Bildfläche zu verschwinden haben. (Beifall.)

Der kommende deutsche Staat muß in der Tat von der kleinsten Zelle aus, von den Gemeinden und Provinzen unter dem Gesichtspunkt verantwortlicher Selbstbestimmung aufgebaut werden. Aus dem Untertan, der den Befehl von oben erwartete und nur im Falle des Gehorsams zu handeln vermochte, muß der Staatsbürger werden, der auch in öffentlichen Angelegenheiten Mut zu seiner persönlichen Initiative hat. Die neue deutsche Erziehung muß Züge solcher freien staatsbürgerlichen charakterlichen Haltung in sich aufnehmen. Sie

muß auf jenen Menschen hin abgestimmt sein, der innerhalb seines mehr oder weniger weit gezogenen Lebenskreises der Selbstverwaltung fähig ist. Eine gewisse, sich selbst beschränkende Bescheidenheit von der Art derjenigen, die dem Schweizer Volk selbstverständlich ist, wird nach diesem fürchterlichen Zusammenbruch für Deutschland unvermeidlich sein und zu einer unserer höchsten Tugenden werden müssen.

Die weltweiten deutschen Herrenmachtansprüche finden in Deutschland keine machtpolitische Grundlage mehr. Wenn das deutsche Volk künftighin friedlich und fleißig sein Haus bestellt hat, wird es sich damit begnügen müssen. Es wird seine Finger nicht mehr in ferne Händel stecken, seine Augen nicht mehr begehrlieh auf fremde Erdteile umherschweifen lassen können. Das Unmögliche möglich zu machen, darf keine deutsche Aufgabe mehr sein. Als Staat mittlerer Machtfülle wird es in Zukunft streng darauf zu achten haben, sich an die Möglichkeiten, die sich ihm bieten, unbedingt zu halten. Weltpolitischer Ehrgeiz liegt künftighin außer den Grenzen sachlich erlaubter deutscher Zielsetzung. In dieser Selbstbescheidung liegt Verzicht auf jene krankhafte und krampfhafte Übersteigerung des Herrengefühls, die nicht nur in der Vernichtung großer Teile anderer Völker, sondern noch schrecklicher in der Ehrfurchtlosigkeit vor fremdem Leben überhaupt gipfelt. Man muß zu den Hunnen, zu Dschingiskhan und Tamerlan zurückkehren, um wieder einem solch leidenschaftlichen Lebensvernichtungswillen zu begegnen, wie er sich im deutschen Hitlerismus Bahn gebrochen hatte. Das ist eine Stelle, an der sich die totale Umkehr am eindeutigsten und entscheidendsten vollziehen muß. Dem Deutschen, dessen Respekt vor dem Leben auf dem Kasernenhof systematisch abgebaut wurde, der schließlich jene furchtbaren Transparente über den Toren der Hitlerjugendlager ertrug „Wir leben, um zu sterben“, diesem Deutschen muß die Ehrfurcht vor dem Leben wieder von

Grund auf beigebracht werden. (Beifall.) Niemand hat die gründliche Erziehung zur Humanität nötiger als dieser deutsche Mensch. Die Verrücktheit des Übermenschenbildes ist an den Tag gekommen. Den Deutschen müssen die Augen geöffnet werden für das hohe Bild einfacher und schlichter Menschlichkeit. Unabweislich sind mit diesem Bild die Züge milder Toleranz und großherziger Menschlichkeit verbunden, Züge, von denen bisher gerade der Deutsche mit eigensinniger Verstocktheit sich abgekehrt hatte. Aus den Bezirken der Bestialität und Barbarei, in welche der Hitlerismus den Deutschen verstrickt hat, gelangt er doch nur dann völlig heraus, wenn ihm die Idee der Menschlichkeit ergreifend vorleuchtet und wenn er in der Tiefe seines Wesens begreift, daß schon die Gefühllosigkeit gegenüber fremdem Leben und Leiden der erste Schritt dazu ist, ein Mörder aus Neigung und Instinkt zu werden.

Kaum war Hitler 1933 zur Macht gelangt, setzte sogleich eine systematische Arbeit der geistigen Beeinflussung ein. Das Bewußtsein der Intelligenz sowohl wie der Massen sollte auf die Tyrannei abgestellt werden, auf welche die neuen hakenkreuzlerischen Machthaber lossteuerten. Eine ungeheure Verwüstung und Verwirrung aller Wertmaßstäbe trat ein. Es war allen das Vermögen, die Tatsachen zu sehen, völlig zerstört worden. Die Massen erlagen jeder Suggestion, jedem Täuschungsmanöver, das von den Hitleristen ins Werk gesetzt wurde. Sie fielen auf jeden faulen Zauber, auf jedes Blendwerk herein, und die kritische Kraft des Denkens schien wie ausgelöscht.

Unglückseligerweise war auch die Lehrerschaft aller Stufen diesem geistigen Verwüstungsprozeß zum Opfer gefallen. Die Folge für die junge Generation war unüberschaubar. Ein Geschlecht wuchs heran, das alle Dinge nur unter dem nationalsozialistischen Gesichtswinkel in der Beleuchtung des Hitlerismus betrachtete. Diese geistig und moralisch von Grund auf verseuchten

Menschen konnte Hitler zu jedem Verbrechen gebrauchen. Er tat es. Sie gehorchten ihm blind, und so gerieten wir in die unermeßliche Katastrophe, in der wir uns jetzt befinden. Man darf das Werk der Sinnesumkehr, der geistigen und moralischen Umschaltung und Umwandlung, das jetzt von uns zu leisten ist, nicht leicht nehmen. Es muß aber von uns verrichtet werden, und zwar nicht mit geringerer Intensität, als die Werke der hitlerischen Geistesverwirrung seinerzeit vollbracht wurden.

Es versteht sich, daß die erste und größte Sorgfalt der Erzieherchaft, dem Lehrpersonal zugewandt werden muß. (Sehr richtig!) Die Lehrerschaft hat die Pflicht, das an der heutigen Jugend wieder gutzumachen, was an der Jugend von gestern gesündigt wurde. (Beifall.) Freilich setzt das voraus, Genossinnen und Genossen, daß sie selbst an sich die geistige und moralische Umkehr vollzogen hat, zu deren Aposteln sie in Zukunft werden muß. (Stürmischer Beifall.) Es braucht nicht besonders betont zu werden, in welcher umfassende Vorgänge geistiger Umwertung die umzuschulende Lehrerschaft gezogen werden muß. Zu einer Umwertung aller Werte muß sie sich bequemen und verstehen. Sie muß es ertragen, Götter, zu welchen sie bisher emporgeblickt hat, als Verbrecher, Banditen und Kulturverderber entlarvt zu sehen. Geschichtliche Taten, die sie seither bewunderte, muß sie in ihrer ganzen Verabscheuungswürdigkeit erkennen. Das nichtpreußische, nichtidealistische Welt- und Geschichtsbild, auf welches ihr Auge gelenkt wurde, fordert eben, seit altersher gebräuchliche Maßstäbe mit Konsequenz über Bord zu werfen. Bis in alle Einzelheiten und alle Lebensgebiete hinein verlangen die neuen Wertmaßstäbe Geltung und Berechtigung. Dabei mag sich oft das Gefühl an die alten Texte und Melodien der preußischen Marschmusik und Uniformaugenweide gewöhnt haben. Aber gegen diese Erscheinungen haben wir uns genau mit derselben Schärfe zu wenden wie gegen alle anderen.

Bis in die Bezirke der Kunst hinein erstreckt sich diese Umkehr der Wertschätzung. Man erinnere sich, mit welchem tobsüchtigem Haß der Hitlerismus den Kunstbolschewismus verfolgte, wie er ganze Literaturreichtungen verdammt und öffentlich verbrannte. Der Hitlerismus hatte es im Instinkt, was ihm abträglich war. Was damals verbrannt, verdammt, verfolgt und vernichtet wurde, muß wieder auferstehen können und, soweit es sich durch neue Leistungen als lebenskräftig erweist, in sein Daseins- und Geltungsrecht von uns wieder eingesetzt werden. (Beifall.)

Die Lehrerschaft, die Männer der Wissenschaft und Kunst müssen wissen, daß sie nicht bloß blind im Zuge der Zeit diesen Umwertungsprozeß mitmachen, sondern ihn im vollen Bewußtsein dessen, was geschieht, vollziehen müssen. So allein können sie nachher zu seinen überzeugten und damit auch überzeugenden Trägern und Förderern werden.

Die Schule, das gesamte Erziehungswesen, konnte während des Dritten Reiches nur deshalb in solch unbeschreiblichen Verfall geraten, weil der Geist überhaupt der Mißachtung ausgeliefert wurde. Der Geist war zur geschändeten Dirne der Gewalt und der Bestialität erniedrigt. Geschichtsforscher deuteten die Geschichte so, daß Hitler und seine Kumpane als feinste Essenz und wertvollster Extrakt der tausendjährigen deutschen, ja europäischen Geschichte erschienen. Naturforscher beschäftigten sich mit der Erfindung einer deutschen Herrenrasse. Philosophen interpretierten das Hakenkreuz als tiefsten Sinn der Welt. Geistliche beteten für den Führer. Ärzte suchten im Auftrage nationalsozialistischer vernichtungswütiger Machthaber nach wirksamsten Mitteln und Methoden, Patienten um die Ecke zu bringen. Geographen ersannen geopolitische Argumente, um die hitlerischen Eroberungspläne zu rechtfertigen und sogar Mathematiker und Physiker schämten sich nicht, mit einer „deutschen“ Mathematik und

Physik aufzuwarten. Die Ehre der deutschen Wissenschaft wurde von einem großen Teil dieser Männer vor dem Antlitz der ganzen Welt geschändet. (Sehr wahr!)

Künstler verhielten sich nicht weniger unwürdig als Wissenschaftler. Es ist unbegreiflich, welcher Mangel an psychologischem Blick auch bei solchen zutage trat, die wirklich tiefer hätten schauen müssen. Stand den Gesichtern Hitlers, Goebbels, Görings, Himmlers, Leys, Streichers und vielen anderen nicht das Verbrechertum im Gesicht (Sehr wahr!), lange bereits, bevor sie zur Macht gelangt waren? Trotzdem fanden sich Maler und Bildner, diese Gesichter zu verklären und ihnen eine Bedeutsamkeit zu verleihen, die ihnen niemals zugekommen ist. Schriftsteller wurden zu Lobrednern, wo sie nur Ankläger hätten sein dürfen, und Musiker brauchten ihre edle Kunst, die Mißklänge des Dritten Reiches durch rauschende Harmonien ihrer öffentlichen festlichen Darbietungen zu übertönen. Schauspieler und Sänger waren feil, sooft das Dritte Reich das Bedürfnis fühlte, vor den Greueln seines Terrors glänzende Fassaden zu errichten. Die deutsche Kultur war zu einem Sumpf geworden. (Beifall.)

Eine ungeheure Aufbauarbeit ist hier zu leisten. Die deutsche Wissenschaft und Kunst müssen wieder ehrlich werden. Sie können es nur durch neue Schöpfungen, mit denen sie die Menschheit bereichern und für die Flitter entschädigen, mit denen sie 12 Jahre hindurch die Welt hinter Licht geführt und ihr Unheil angerichtet haben. Hier ist der erschütternden Beobachtung zu gedenken, wie so völlig richtungslos der geistige deutsche Mensch nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches in der Gegenwart noch heute steht. Wir müssen gerade ihm ein neues Geschichts- und Weltbild schenken, damit er wieder festen Halt gewinnt und sicheren Boden unter die Füße bekommt.

Es ist nicht zu verkennen, welch starker Kulturwille sich in der deutschen Arbeiterschaft regt.

Sie fühlt sich als der Mutterboden, aus dem eine neue Intelligenzschicht erwachsen soll, die sich im besonderen dazu berufen fühlt, den Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands zu vollbringen. Die in der Sozialistischen Einheitspartei geeinte Arbeiterklasse denkt nicht an Kulturzerstörung, sondern an Kulturerneuerung, an Kulturneuschöpfung. (Beifall.) Einen kulturellen Scherbenhaufen hat uns das Hitlerreich hinterlassen. Es ist nicht zu leugnen, daß die Kulturarbeit, die im Verlauf eines einzigen Jahres mit einem unerhörten Aufwand an Energien bei uns durchgeführt wurde, bereits wahre Wunder vollbracht hat. Schulen, Universitäten, Kliniken, Theater, deren Gebäude von verruchten SS-Männern gesprengt oder sonst zerstört wurden, sind wieder in Betrieb, und mit aller Kraft ist man am Werk, eine neue Lehrergeneration zu schaffen. Die deutsche Arbeiterschaft empfindet ihre Verantwortung für die deutsche Kultur, und sie wird dabei nicht versagen.

Ein ungeheures Aufbauwerk ist nach der nationalsozialistischen Katastrophe auf schlechthin allen Gebieten des öffentlichen Lebens von uns in Angriff zu nehmen, auf den Gebieten der Wirtschaft, des Finanz- und Steuerwesens, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz, der Sozialpolitik, der Kulturpflege. Wir haben dazu in den Grundsätzen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Stellung genommen und jene Maßnahmen im einzelnen aufgezählt, die dem Neuaufbau dienen. Das Endziel dieses Neuaufbauwerks kann nur die Errichtung eines sozialistischen Deutschlands sein. (Beifall.) Es ist unmöglich, aus dem Trümmerfeld, welches Deutschland heute in jeder Hinsicht darstellt, herauszukommen, ohne nach dem Grundsatz strenger Planmäßigkeit zu verfahren. Der Arbeitseinsatz, die Lastenverteilung müssen ebenso planmäßig geregelt sein, wie der Rohstoffeinsatz und die Ordnung der gesamten Produktion und des Verbrauchs.

Es ist unmöglich, der individualistischen Willkür in Deutschland noch freien Raum zu geben. Katastrophenpolitiker würden allerorts sofort ihr gefährliches Unwesen treiben. Das Gemeininteresse ist der oberste Gesichtspunkt, der diesem deutschen Gesamtaufbauplan Weg und Richtung zu weisen hat.

Ungeheure Anforderungen werden an die Arbeitswilligkeit des deutschen Volkes gestellt werden müssen. Diese Arbeitswilligkeit würde kaum zu Höchstleistungen gesteigert werden können, wenn dunklen Privatinteressen die Möglichkeit und Gelegenheit geschenkt würde, ihr besonderes Schäfchen ins Trockene zu bringen und sich die Taschen zu füllen. Der Aufbau Deutschlands erlaubt keine Art von Schmarotzexistenz mehr. (Lebhafte Zustimmung.) Die Arbeit wird im neuen Deutschland höchste sittliche Würde gewinnen. Man muß mit seiner Arbeitskraft für seine Lebensexistenz in Deutschland bezahlen. Wer sich weigert, diesen Preis zu entrichten, stellt sich damit außerhalb der Gemeinschaft. (Beifall.)

Dem planmäßig gelenkten Arbeitseinsatz des gesamten Volkes entspricht es, daß er ausschließlich dem Gemeinwesen, dem Wohle aller zugute kommt. Die Errichtung eines sozialistischen Deutschlands ist die besondere Endaufgabe der Sozialistischen Einheitspartei. Dieses sozialistische Deutschland als Endziel gewährleistet die Freiheit aller derer, die ihre Verpflichtung für das Gemeinwohl anerkennen und getreu und gewissenhaft erfüllen. Die Duldung jeder Eigenart, die sich verantwortungsbewußt in die Gemeinschaft einfügt, die Achtung vor allem Menschenwert, der der Gesamtheit in irgendeiner Weise zugute kommt, die planmäßige Organisation der Produktion und des Verbrauchs sollen die Grundlage dafür schaffen, daß alle berechtigten Bedürfnisse einmal befriedigt und die soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden.

Mögen die Schwierigkeiten, die sich vor uns auftürmen, noch so groß sein, wir dürfen nicht verzagen und die Hände kleinmütig und tatenlos in den Schoß legen. Unser Volk, besonders das deutsche Proletariat, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn ebenso nötig wie sein Brot. (Bravo!) Deshalb gilt es, zunächst wieder das Klassenbewußtsein, das in der zwölfjährigen Nazizeit fast völlig verlorengegangen ist, zu erwecken und zu stärken. (Lebhafte Beifall.) Erst wenn große Massen der Werktätigen aller Schichten zum vollen Bewußtsein ihrer geschichtlichen Aufgabe gelangt sind, werden die Kräfte entfaltet, die erforderlich sind, um die Entwicklung zum Sozialismus auch in Deutschland vorwärtszutreiben. Die Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist schon allein deshalb eine zwingende Notwendigkeit. Wie soll der Arbeiter, der Bauer, der Handwerker, der Beamte und Angestellte, der Ingenieur, der Arzt oder der sonstige Intellektuelle, woher soll die Frau und die Jugend das Bewußtsein von der geschichtlichen Aufgabe unseres Volkes erwerben, woher sollen alle Schichten unseres Volkes zur einheitlichen Willensbildung kommen, wenn sie durch Werbeparolen zweier Arbeiterparteien von Zweifeln über die Richtigkeit des Weges hin- und hergerissen werden? (Zustimmung.) Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird die Arbeiterklasse zum Bewußtsein ihrer Aufgabe erwecken, sie mit dem notwendigen einheitlichen Willen erfüllen und unter einheitlicher Führung Herz, Hirn und Hände aller konzentrieren auf die Verwirklichung der Gegenwartsforderungen, die in den Grundsätzen und Zielen der Partei niedergelegt sind. Ist dieses Ziel erreicht, dann ist der Sozialismus noch keineswegs verwirklicht. Im Gegenteil, jetzt erst beginnt der eigentliche Kampf um den Aufbau einer sozialistischen, d. h. klassenlosen, herrschafts- und unterdrückungsfreien Gesellschaftsordnung. Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist nur erst

der Weg freigemacht von allen den vielen Hindernissen und Hemmungen, die sich dem Sozialismus entgegen-türmen. Wir können sie nicht umgehen, wir können sie auch nicht überspringen, sie müssen in hartnäckiger, zäher Alltags- und Kleinarbeit überwunden werden. Auch das sind Schritte auf dem Wege zum Sozialismus, aber auch nicht mehr!

Niemals darf es wieder geschehen, daß falsche Illusionen in der Arbeiterklasse geweckt werden. Niemals darf etwas als ein Stück Sozialismus markt-schreierisch gepriesen werden, was nichts anderes ist als eine soziale Reform, eine kleine Erleichterung der Lage der Arbeiterschichten im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft. (Lebhafter Beifall.) Niemals darf vergessen werden, daß erst die Verwandlung des Privateigentums an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, die Verwandlung der Warenproduktion in eine für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion endgültig den Sozialismus verwirklicht. (Erneuter Beifall.) Erst dann ist die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft im Profitinteresse einzelner unmöglich und allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten sowie der Friede endgültig gesichert.

So tritt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands heute vor die deutsche Arbeiterklasse und vor das ganze deutsche Volk. Wir erwarten keinen „Glauben, der Berge versetzt“, wir appellieren nur an den gesunden Menschenverstand aller ernsten und verantwortungsvollen Menschen in Deutschland und rufen ihnen zu: Helft uns! Kommt zu uns! (Nicht endenwollender, zur Ovation sich steigender Beifall.)

(Die Delegierten erheben sich und spenden dem Redner minutenlang stürmischen Beifall. — Währenddessen wird die neue Fahne der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entfaltet und von Bernhard Göring hereingetragen, der sie Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl unter stürmischem Beifall überreicht.)

Bernhard Göring: Lieber Otto! Lieber Wilhelm! Ich habe die Freude, euch aus den Händen der Berliner Genossen die erste Fahne der Sozialistischen Einheitspartei zu überreichen. Tief beeindruckt von dem Verlauf dieses Kongresses und von euren beiden Referaten, fühlen sich die Delegierten des Kongresses im Hinblick auf die Fahne, die uns jetzt voranflattern soll, verantwortlich und verpflichtet, einzutreten für Frieden und Freiheit, für Recht und Demokratie, für ein einiges Deutschland, für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. (Stürmischer Beifall.) (Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl haben gemeinsam die Fahne entgegen-genommen.)

#### AUSSPRACHE UND BESCHLUSSFASSUNG

Vorsitzender Ulbricht: Von Delegierten der Provinz Sachsen und aus einigen anderen Bezirken ist ein Antrag folgenden Wortlauts eingegangen:

Wir beantragen, von einer Diskussion zu den Referaten der Genossen Pieck und Grotewohl abzusehen, da die gründlichen und eindrucksvollen Ausführungen durch eine Diskussion nicht wesentlich vertieft werden können. (Unterschriften.)

Erhebt sich gegen diesen Antrag Widerspruch? (Rufe: Nein!) — Das ist nicht der Fall; ich stelle Einmütigkeit fest.

Ich glaube, in Ihrem Einverständnis zu handeln, wenn ich, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, einem Genossen der alten Garde der deutschen Arbeiterbewegung zu kurzen Ausführungen der Begrüßung das Wort erteile. — Zunächst spricht Genosse Georg Schöpflin.

Georg Schöpflin: Parteigenossinnen und -genossen! Der Genosse Wilhelm Pieck, einer der ältesten Kampfgefährten in der deutschen Arbeiterbewegung, hat vorhin in seinem Referat die Notwendigkeit,

die Bedeutung und den Wert der innerparteilichen Demokratie hervorgehoben. Wir danken ihm für seine klaren, präzisen Worte, die er dazu gefunden hat. Lassen Sie mich, einen der Alten in der Bewegung, daran einen kurzen Appell knüpfen, der Demokratie innerhalb der Partei die Kameradschaft in allen Lagen hinzuzufügen.

Wir haben mit dem heutigen Tage das organisatorische Fundament für die neue Einheitspartei geschaffen; wir haben die soziale und die politische Parole ausgegeben. Wir alle sind von dem Willen beseelt und getragen, diesmal nicht auf halbem Wege stehenzubleiben, sondern den Weg ganz zurückzulegen. (Lebhafte Zustimmung.) Dazu gehört außer der programmatischen Klarheit, außer der Erkenntnis des Erreichbaren, außer der Einheit der Kampfesfront, außer Opfermut und Disziplin, unerschütterlichem Glauben, Begeisterung und Hingabe auch die verstehende, immer wieder bei jeder Gelegenheit betätigte Kameradschaft. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Die Hoffnungen unserer Gegner gründen sich nicht zuletzt auf den Glauben: Dreißig Jahre der Trennung, dreißig Jahre des Bruderkampfes werden verhindern, daß wir auch innerlich, nicht bloß äußerlich eine Einheit werden. Unsere Gegner hoffen, daß eine wirkliche, für alle Erfordernisse des Kampfes nötige Kameradschaft nicht aufkommen wird. Die Gegner sollen, müssen und werden sich täuschen. Wir kennen die Gefahr, die entstehen würde, wenn die jetzt geschmiedete deutsche Arbeiterpartei innerlich zerfallen würde. Das wäre die Katastrophe der Werkschaffenden nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Es wäre der Triumph der kapitalistischen und sozialen Reaktion. Ja, es wäre noch mehr, es wäre der endgültige Zusammenbruch Deutschlands. Darum erwarten die Massen von uns, daß wir uns nicht mit Reden und Resolutionen begnügen, sondern daß wir die kraftvolle Tat, das persönliche Bei-

spiel und Vorbild dazu liefern. Auf dem Trümmerfeld des moralischen deutschen Zusammenbruchs muß sich das Gebäude des politischen Vertrauens, des begründeten Glaubens neu aufbauen.

Deshalb wollen wir uns in dieser für uns alle unvergeßlichen, für das deutsche Proletariat so ungeheuer schicksalsvollen Stunde geloben, in Offenheit, in Wahrheit, Liebe und Anständigkeit, in sauberer Kameradschaft miteinander und füreinander zu kämpfen. Macht die Hoffnungen der Feinde zuschanden! Wenn wir die gewaltige Front der deutschen sozialistischen Einheit durch unser persönliches Vorbild und Beispiel wieder aufrichten, wenn wir in Deutschland wieder Glauben und Vertrauen erwecken, die in den letzten zwölf Jahren erschüttert worden sind, dann legen wir auch das Fundament dafür, daß das Vertrauen der anderen Völker zu uns wächst.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Darum Treue um Treue innerhalb der Partei, Treue zum deutschen Volk, Treue zum internationalen Proletariat. (Bravo!) Wir haben keine Zeit mehr für Gruppen-, Fraktions- und persönliche Interessen. Die Stunde ist zu kostbar. Die Aufgaben, die vor uns stehen, sind zu groß. Lassen Sie uns im Anblick der neuen Fahne das Gelöbnis ablegen, in diesem Sinne zu arbeiten! In Anlehnung an Audorffs Arbeiterlied rufe ich Ihnen zum Schluß zu:

Auf denn, Gesinnungskameraden,  
befestigt heute nun den Bund,  
daß nicht die grünen Hoffnungssaaten  
gehn vor dem Erntefest zugrund!  
Die Pflicht soll uns zusammenketten,  
wir strecken aus die Bruderhand,  
aus geist'ger Schmach das Vaterland,  
das Volk aus tiefem Elend zu erretten.

Es lebe die Kameradschaft in der deutschen sozialistischen Einheitsfront! Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!

(Georg Schöpflin und Wilhelm Pieck reichen sich unter dem jubelnden Beifall der Delegierten die Hände.)

Vorsitzender Ulbricht: Wir kommen jetzt zum Bericht der Kommissionen. Das Wort hat Genosse Kammerahl zum

#### *Bericht der Mandatprüfungskommission*

Kammerahl: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Unter Zugrundelegung der Mandatprüfungen der beiden Parteitage sind als Delegierte vom Parteitag der Kommunistischen Partei anwesend 380 Delegierte aus der Ostzone und 127 Delegierte aus der Westzone, insgesamt 507 Delegierte, von der SPD 445 Delegierte aus der Ostzone und 103 Delegierte aus der Westzone, insgesamt 548 Delegierte. Es befinden sich demnach auf diesem Einigungsparteitage 825 Delegierte aus der Ostzone und 233 aus der Westzone, insgesamt 1055 Delegierte. Die Mandate bestehen alle zu Recht, und wir schlagen daher dem Parteitag vor, diese Delegationen anzuerkennen. (Beifall.)

Vorsitzender Ulbricht: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die mit dem Bericht der Mandatprüfungskommission einverstanden sind, durch Erheben der Delegiertenkarte ihre Zustimmung zu bekunden. — Wer ist dagegen? — Gibt es Stimmenthaltungen? — Ich stelle Einstimmigkeit fest.

#### a) GRUNDSÄTZE UND ZIELE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

#### *Bericht der Redaktionskommission*

Für die Redaktionskommission wird Genosse Göring berichten. Das Präsidium hat dem Parteitag einen Entwurf zu einem Manifest an das

deutsche Volk vorzulegen. Genosse Göring ist so freundlich, auch darüber zu berichten.

Bernhard Göring: Genossinnen und Genossen! Der Redaktionskommission lag nur ein Abänderungsvorschlag zu den „Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ vor. Das ist wohl ein Beweis für die Güte der geleisteten Arbeit und wir können den Verfassern des Entwurfs dankbar sein für diese gute Arbeit. In den Aussprachen, die in Tausenden von Versammlungen in den unteren und mittleren Gliederungen beider Parteien stattgefunden haben, kam bereits ein einheitlicher Wille in der Beurteilung dieser Grundsätze zum Ausdruck. Lediglich dieser eine Abänderungsvorschlag zu dem 2. Abschnitt, der den Titel trägt „Kampf um den Sozialismus“ ist eingereicht worden. Im 3. Absatz lautete die alte Formulierung:

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des Privateigentums an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Hier ist folgende Änderung vorgeschlagen worden:

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Die Redaktionskommission empfiehlt die Annahme dieses Vorschlages und damit gleichzeitig die Annahme der gesamten „Grundsätze und Ziele“ durch den Parteitag.

Genosse Ulbricht wies bereits darauf hin, daß die beiden Parteivorstände der Redaktionskommission den Entwurf eines Manifests an das deutsche Volk vorgelegt haben. Ich unterstreiche, was ich bei der Einweihung unserer Fabne sagte. Es entspricht der Bedeutung und dem Inhalt dieses Kongresses, daß der 1. Kon-

greß der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auch an das gesamte deutsche Volk eine Botschaft richtet. Wir bringen damit das zum Ausdruck, was jeden Teilnehmer des Kongresses beseelt. Ich darf Ihnen deshalb den Wortlaut dieses Manifests vortragen:

(Redner verliest den Wortlaut des Manifests.  
Siehe Seiten 196—205.)

Die Redaktionskommission empfiehlt, diesen Entwurf anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Ulbricht: Genossen! Wir kommen zur Abstimmung über den euch vorliegenden Entwurf der „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei“ einschließlich des einen Änderungsvorschlages, den die Redaktionskommission unterbreitet. Ich darf wohl Zustimmung dazu voraussetzen, daß wir darüber gleich zusammen abstimmen. (Wird bejaht.) Wer ist für diesen Text der „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei“? — Ich danke. Die Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Ich stelle Einstimmigkeit fest. (Beifall.)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über das „Manifest an das deutsche Volk“. Wer für das Manifest ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle Einmütigkeit fest. — Wir kommen dann zum

#### b) STATUT DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

##### *Bericht der Statutenkommission*

Hierzu hat das Wort der Genosse Szillat (Brandenburg).

Szillat (Brandenburg): Parteigenossen und Parteigenossen! Das Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist der Gegenstand der Beratungen in unseren Mitgliederversammlungen, in unseren Kreiskonferenzen und auf den Be-

zirksparteitagen der beiden Parteien gewesen. Es hat selbstverständlich die Unterlage für eine demokratisch-sachliche Diskussion gebildet und hat infolgedessen auch dazu geführt, daß eine größere Anzahl Anträge zur Abänderung des Entwurfs überall beschlossen worden sind. Diese Abänderungen sind naturgemäß Gegenstand der Beratungen in der Statutenkommission gewesen. Das Ergebnis der Beratungen der Statutenkommission ist beiden Parteitagen in einer Drucksache mit dem Titel „Änderungen zu dem Entwurf eines Parteistatuts“ zugegangen. Es ist dort beraten worden und ist auf beiden Parteitagen mit Ausnahme weniger Programmpunkte, auf die ich noch zu sprechen komme, angenommen worden.

Die Abänderungen, die auf dem Parteitag der SPD zum Teil gewünscht wurden, sind zum Gegenstand einer sachlichen Aussprache der gesamten Statutenkommission, auch unter Hinzuziehung der Parteivorstände, gewesen und haben dazu geführt, daß auch mit den Gruppen und Bezirken der Organisation eine weitestgehende Aussprache über die Meinungsverschiedenheiten erfolgt ist. Das Ergebnis dieser Beratungen ist wiederum in Ihre Hände gelangt in diesem hektographierten Abzug, in dem es heißt „Nachtrag zu den Änderungen zum Entwurf eines Parteistatuts“. Ich werde mich zuerst mit der weniger wichtigen, aber natürlich auch bedeutungsvollen Abänderung befassen, um dann das Wesentliche zum Gegenstand meiner Ausführung zu machen.

#### § 3

Es soll in Abänderung der gedruckten Änderungen zum Entwurf eines Parteistatuts der Zusatz zum § 3 folgende Fassung erhalten: „und beider sozialistischen Arbeiterparteien Deutschlands.“ Es handelt sich um die Anrechnung der Mitgliedschaft. Weiter soll der nächste Satz lauten: „Die Zugehörigkeit zum Sozia-

listischen Jugendverband, zur Kommunistischen Jugend und zur Sozialistischen Arbeiterjugend wird im Mitgliedsbuch eingetragen.“ (Bravo!)

## § 9

Die wesentlichste Änderung aber, die entgegen der gedruckten Vorlage eingetreten ist, ist die bezüglich der §§ 9 und 10. Die §§ 8, 9 und 10 sind in den verschiedenen Konferenzen Gegenstand einer außerordentlich lebhaften Diskussion gewesen, weil sich durch ihre Formulierung zwei Dinge vereinigen sollen, die aus den verschiedenen Organisationsformen der beiden vergangenen Parteien herrühren. Während die Sozialdemokratische Partei in der Vergangenheit in der Hauptsache mit dem System und der Formulierung der Ortsvereine gearbeitet hat, hat die Kommunistische Partei in der Hauptsache in dem System der Betriebsgruppen ihre Grundlagen gefunden. Es war in folgedessen zu prüfen: Hat sich das Prinzip der Organisationsform so klar herausgestellt, daß entweder das Prinzip des Ortsvereins oder das Prinzip der Betriebsgruppe allein das beste ist? Bei einer sachlichen und nüchternen Prüfung mußte festgestellt werden, daß nur eine Kombination beider Organisationsformen die Grundlage für eine gedeihliche Arbeit der neuen Einheitspartei sein kann, und in folgedessen hat die Statutenberatungskommission an Hand der geäußerten Wünsche nun eine Formulierung gefunden, die einmütige Zustimmung gefunden hat, und von der wir annehmen, daß der Parteitag in Würdigung der großen Aufgaben, die uns der Genosse Grotewohl hier vor Augen gestellt hat, in der Lage sein wird, diesem Beschluß einstimmig zuzustimmen. Der § 9 soll jetzt folgende Fassung erhalten:

1. Die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen sind die Grundeinheiten der Partei.

2. In den Betrieben sind Betriebsgruppen zu errichten. Parteimitglieder, die in einem Betrieb tätig sind, gehören

dieser Betriebsgruppe an und sind verpflichtet, an der Arbeit der Gruppe ihres Wohnbezirks oder ihrer Ortsgruppe, in der sie erfaßt sind, teilzunehmen.

3. Die nicht in Betriebsgruppen organisierten Parteimitglieder werden in Wohnbezirksgruppen organisiert.

4. Die Grundeinheiten wählen eine Leitung zur Führung ihrer Parteiarbeit. Die Grundeinheit führt die Politik der Partei in ihrem Bereich durch.

5. Die Grundeinheit kann politische Entscheidungen nur für ihren Bereich treffen.

6. Aufbau und Aufgaben der Grundeinheiten regelt das Reichsstatut § 25.

## § 10

Und nun bitte ich Sie, Genossinnen und Genossen, aufmerksam zuzuhören bei der Abänderung des § 10, weil er die Wünsche aller derjenigen erfüllt, die geglaubt haben, daß nur in der Kombination beider Dinge die wirksame Tätigkeit für die Zukunft erfaßt werden kann. Der § 10, Absatz 1, erhält folgende Fassung:

Die Grundeinheiten einer Gemeinde werden zu einer Ortsgruppe oder zu einer Untergliederung einer Ortsgruppe zusammengeschlossen. Die Ortsgruppe entscheidet in allen politischen Fragen ihres Bereiches, wobei ihre Grundeinheiten, die Wohnbezirke und Betriebsgruppen diesen Entscheidungen unterliegen.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Damit ist die Streitfrage eindeutig geklärt. Obwohl wir die Grundeinheiten der Betriebsgruppen und der Wohnbezirke beibehalten, um die Schlagkräftigkeit unserer Organisation nach unten in die Betriebe unverändert zu erhalten, ist die Einheitlichkeit der Politik und der Arbeit in den einzelnen Städten und Gemeinden nicht unterbunden, indem die politische Entscheidung bei der Ortsgruppe liegt und ihr alles unterzuordnen ist.

## § 22

Wir haben aber auch eine weitere Frage, die Gegenstand einer Auseinandersetzung war, geregelt, und zwar die Frage der Kassierung. Hier soll der § 22 folgenden neuen Absatz 2 erhalten:

Der Kreisvorstand entscheidet bei ungleichmäßigen Beitragseinnahmen über die Verteilung in dabei benachteiligten Ortsgruppen unter Zugrundelegung der in den betroffenen Orten ansässigen Betriebsgruppenmitglieder. Bei dadurch entstehenden Überschneidungen haben die beteiligten Kreisvorstände eine Regelung zu treffen.

Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und so fort.

Werte Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß diese Formulierung, die in einer sachlichen demokratischen Aussprache mit den beteiligten Mitgliedern der Statutenberatungskommission und auch mit den verschiedenen Bezirken gefunden worden ist, denjenigen entgegenkommt, die unter uns der Meinung sind, daß wir das Gute von beiden Gruppen zu einer Schlagkraft vereinigen sollen, um die Gewißheit zu haben, daß dieser Erfolg eintritt. Darum bitte ich die Genossen, entsprechend dem Vorschlag der Statutenkommission zu beschließen und den Vorschlag des Einheitsstatuts mit den Abänderungen, wie sie sich aus der gedruckten Vorlage zuzüglich der hektographierten Vorlage ergeben, anzunehmen und uns damit die organisatorische Waffe zu geben, die wir brauchen, um die Aufgaben zu erfüllen, die heute hier skizziert worden sind. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Ulbricht: Wir kommen zur Abstimmung über den Statutenentwurf, und zwar den Text, wie er von dem Vertreter der Statutenberatungskommission begründet wurde. Ich bitte die Genossen, die mit den Vorschlägen der Statutenberatungskommission einverstanden sind, um das Kartenzeichen. — Ich danke. Gibt es Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Gegen 21 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen beschlossen.

Ich möchte dann mitteilen, daß einige Bezirke dem Parteitag Geschenke überreicht haben. Aus dem Lande Sachsen wurde von der Stadtverwaltung Chemnitz dem Parteivorstand eine Reihe alter Dokumente aus der Zeit des Sozialistengesetzes übermittelt. Außer-

dem wurden dem Parteivorstand Rechenmaschinen, Schreibmaschinen und verschiedene andere sehr wichtige Gegenstände geschenkt. Ebenso wurden Geschenke von der Provinz Sachsen, von Thüringen und von Mecklenburg übermittelt. Ich darf im Namen des Parteitages den Genossen aus den Ländern und Provinzen den herzlichsten Dank aussprechen für diese Spenden, die sie der Partei zur Verfügung gestellt haben. (Lebhafter Beifall.)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich die weitere Zeiteinteilung für einige Delegationen mitteilen. (Es folgen Mitteilungen über Zeit und Ort von Besprechungen der Delegationen.)

#### c) KONSTITUIERUNG DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS (SED)

Wir fahren jetzt in unserer Verhandlung fort und kommen zu dem grundlegenden Beschluß über die Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei: Ich lese den Vorschlag, der von den beiden Parteitagen angenommen wurde, vor:

Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich nunmehr als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Vereinigungsbeschluß. Wer für den Beschluß auf Vereinigung der beiden Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle Ein-stimmigkeit fest.

(Die Versammelten erheben sich und stimmen, nachdem der langanhaltende Beifall verklungen ist, die „Internationale“ an. Auf die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird ein Hoch ausgebracht.)

## WAHL DES PARTEIVORSTANDES UND DER PARTEIVORSITZENDEN

Vorsitzender Ulbricht: Genossinnen und Genossen! Wir kommen nunmehr zur Wahl des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Auf den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei wurden in geheimer Abstimmung die Mitglieder des Parteivorstandes gewählt. Ich bitte um ihre Zustimmung, daß nunmehr, nachdem die Wahl der einzelnen Vorstandsmitglieder bereits in geheimer Abstimmung erfolgt ist, wir heute den einheitlichen Parteivorstand in offener Abstimmung wählen. (Lebhafte Zustimmung.)

### Partei Vorstand

Ich lese die Namen der Mitglieder, die für den einheitlichen Parteivorstand vorgeschlagen worden sind, nochmals vor:

Wilhelm Pieck  
Otto Grotewohl  
Max Fechner  
Walter Ulbricht  
Erich W. Gniffke  
Franz Dählem  
Otto Meier  
Anton Ackermann  
Helmut Lehmann  
Hermann Matern  
August Karsten  
Paul Merker  
Käthe Kern  
Elli Schmidt  
Martha Arendssee (Berlin)  
Edith Baumann (Jugend)  
Johannes R. Becher (Berlin)  
Walter Biering (Provinz Sachsen)  
Willi Böppe (Mannheim)  
Bruno Böttge (Provinz Sachsen)  
Erich Braun (Hildesheim)

Hans Brede (Kiel)  
Willi Buch (Braunschweig)  
Albert Buchmann (Stuttgart)  
Otto Buchwitz (Sachsen)  
Kurt Bürger (Mecklenburg)  
Friedrich Ebert (Brandenburg)  
Werner Eggerath (Thür.)  
Max Fank (Mecklenburg)  
Walter Fisch (Frankfurt/M.)  
Augustin Friedel (Sachsen)  
Bernhard Göring (Berlin)  
Gustav Gundelach (Hamburg)  
Karl Hauser (Frankfurt/M.)  
Ernst Heilmann (Fleasburg)  
Gertrud Hentsch (Sachsen)  
Ernst Hoffmann (Jugend)  
Heinrich Hoffmann (Thür.)  
Erich Honecker (Jugend)  
Hans Jendretzky (Berlin)  
Willy Jesse (Mecklenburg)

Fritz Jungmann (Provinz Sachsen)  
Heinz Kelller (Jugend)  
Bernard Koënen (Provinz Sachsen)  
Wilhelm Koenen (Sachsen)  
Olga Körner (Sachsen)  
Karl Litke (Berlin)  
Ernst Lohagen (Sachsen)  
Georg Lotz (Thüringen)  
Erich Lübke (Berlin)  
Hans Mahle (Berlin)  
Albert Meier (Sachsen)  
Hanna Meltzer (Ruhrgebiet)  
Karl Moltmann (Mecklenbg.)  
Gustav Müller (Rheinland)  
Kurt Müller (Hannover)  
Fritz Nickolay (Saarbrücken)  
Hugo Paul (Düsseldorf)  
Hermann Prübenau (Prov. Sachsen)  
Max Reimann (Ruhrgebiet)

Maria Rentmeister (Berlin)  
Paul Roch (Brandenburg)  
Robert Roupe (Berlin)  
Emma Sachse (Thüringen)  
Willi Sägebrecht (Brandenburg)  
Yella Schaar (Heidelberg)  
Hermann Schlimme (Berlin)  
Waldemar Schmidt (Berlin)  
Heinrich Schramm (Bremen)  
Fritz Sperling (München)  
Paul Szillat (Brandenburg)  
Gottlieb Teichert (Essen)  
Stanislav Trabalski (Sachsen)  
Fritz Wagner (Thüringen)  
Paul Wandel (Berlin)  
Hans Warnke (Mecklenbg.)  
Oskar Wegener (Brandenburg)  
Richard Weimann (Berlin)  
Toni Wohlgemuth (Berlin)  
Hermann Zilles (Köln)

Ich möchte besonders hervorheben, daß auf Grund der Vorschläge der Genossen alle Bezirke im Parteivorstand vertreten sind. Sowohl aus der sowjetisch besetzten Zone wie aus den anderen Gebieten Deutschlands sind Genossinnen und Genossen in diesem einheitlichen Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vertreten. (Lebhafter Beifall.)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wer für die genannten Mitglieder des Parteivorstandes ist, den bitte ich um das Kartenzichen. — Ich danke. Gibt es Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einstimmig vom Parteitage gewählt worden ist. (Stürmischer Beifall.)

Wir kommen nun zur Wahl der

### Revisionskommission

Vorgeschlagen sind die Genossen: Artur Wyschka, Grete

Keilson, Josef Miller, Wilhelm Hauth, Karl Brandt, Paul Bismarck. Ich bitte diejenigen, die mit dieser Zusammensetzung der Revisionskommission einverstanden sind, um das Kartenzeichen. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Ich stelle auch hier Einstimmigkeit fest.

Wir kommen zur Wahl der  
*Programmkommission*

Das Präsidium schlägt vor, daß eine Programmkommission gewählt wird, die in gründlicher Arbeit ein Programm entwirft, das dem nächsten Parteitag vorgelegt wird. Als Mitglieder dieser Programmkommission werden in Vorschlag gebracht:

Wilhelm Pieck (Berlin)  
Otto Grotewohl (Berlin)  
Walter Ulbricht (Berlin)  
Max Fechner (Berlin)  
Franz Dablem (Berlin)  
Erich W. Gniffke (Berlin)  
Anton Adkermann (Berlin)  
August Karsten (Berlin)  
Hermann Matern (Berlin)  
Otto Meier (Berlin)  
Elli Schmidt (Berlin)  
Helmut Lehmann (Berlin)  
Paul Merker (Berlin)  
Käthe Kern (Berlin)  
Paul Wandel (Berlin)  
Richard Weimann (Berlin)  
Fred Oelssner (Berlin)  
Bernhard Göring (Berlin)  
Otto Winzer (Berlin)  
Karl Litke (Berlin)  
Dr. Josef Naas (Berlin)  
Arno Hennig (Freital)  
Maria Rentmeister (Berlin)  
Dr. Johannes Stanner (Leipzig)  
Artur Schlieps (Sachsen)  
Dr. Alfred Werner (Berlin)  
Ludwig Einicke (Provinz Sachsen)  
Heinrich Hoffmann (Weimar)  
Werner Eggerath (Thüringen)

Max Kreutziger (Berlin)  
Willi Bredel (Mecklenburg)  
Josef Orlopp (Berlin)  
Bruno Brodchhoff (Brandenburg)  
Franz Sezinski (Weimar)  
Josef Ledwon (Ruhrgebiet)  
Georg Spiegel (Potsdam)  
Karl Schubrod (Düsseldorf)  
Dr. Friedrich Sarow (Weimar)  
Robert Lehmann (Hannover)  
Bruno Böttge (Halle)  
Erich Hoffmann (Hamburg)  
Heinz Puhlmeyer  
Frig Sperling (Bayern)  
Dr. Erich Zeigner (Leipzig)  
Dr. Rudolf Agricola (Baden)  
Karl Hauser (Frankfurt)  
Willi Bohn (Württemberg)  
Walter Berges (Braunschweig)  
Paul Verner (Jugend)  
Yella Schnar (Heidelberg)

Wir kommen zur Abstimmung über die Zusammensetzung der Programmkommission. Wer für die Vorschläge des Präsidiums ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Gibt es Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung angenommen!

*Parteivorsitzende*

Wir kommen nunmehr zur Wahl der Vorsitzenden des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Vom Präsidium wird vorgeschlagen, daß die Genossen Pieck und Grotewohl auf diesem Kongreß zu Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gewählt werden. (Stürmischer Beifall.)

Ich bitte die Genossen, die für diesen Vorschlag sind, um das Kartenzeichen. — Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, daß die Genossen Grotewohl und Pieck einstimmig zu Vorsit-

zenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gewählt sind.

(Die Delegierten erheben sich und bereiten den beiden gewählten Parteivorsitzenden eine jubelnde Ovation.)

Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung angelangt.

#### SCHLUSSANSPRACHE VON WALTER ULBRICHT

Die Arbeiterschaft in allen Teilen unserer Heimat hat mit Spannung die Beschlüsse des großen Einigungskongresses erwartet. Für alle diejenigen, die die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg erleben mußten, ist dieser Tag ein besonderer Freudentag. (Sehr richtig!) Am Ende des zweiten Weltkrieges ist es endlich gelungen, die beiden großen Ströme der deutschen Arbeiterbewegung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu vereinigen. In dem Lande, wo die Spaltung der Arbeiterbewegung begann, begann jetzt nach dem Sturz der Hitlerherrschaft die Einigung der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

In Deutschland, dem Geburtslande der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, wird jetzt die große Lehre unserer Altmeister zum Inhalt des Kampfes und der Arbeit der großen Sozialistischen Einheitspartei werden. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Ihr Delegierten aus allen Teilen unserer deutschen Heimat könnt mit Stolz vor das arbeitende Volk treten und berichten, wie das große Werk der Vereinigung durchgeführt wurde. Genossen aus dem Ruhrgebiet, aus Hamburg, aus Bayern, Württemberg, Baden, vom Niederrhein, aus Bremen, Hannover, Hessen und Kassel, macht es zu eurer Ehrenaufgabe, die große Idee der Sozialistischen Einheitspartei am 1. Mai dieses Jahres in Stadt und Land, im Westen und Süden

Deutschlands zu verbreiten. (Stürmischer Beifall.) Auch im Westen und Süden Deutschlands muß der 1. Mai zum Tage des Gelöbnisses für die Einigung der Arbeiterschaft werden. So wie in der sowjetischen Besatzungszone die Novemberkundgebungen des vorigen Jahres den Auftakt zur Einigung bildeten, so möge in Hamburg, im Ruhrgebiet und in Bayern der 1. Mai dieses Jahres der Auftakt zur großen Einigung der Arbeiterklasse auch in diesen Gebieten werden. (Wiederholter stürmischer Beifall.)

Mit der Beschlußfassung über die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde ein großer geschichtlicher Erfolg erreicht. Mit dem heutigen Tage gibt es keine Sozialdemokraten und keine Kommunisten mehr; mit dem heutigen Tage gibt es nur noch Sozialisten! (Brausender Beifall.) Von der Hauptstadt unseres deutschen Vaterlandes, von Berlin aus, leuchtet für das ganze deutsche Volk weithin sichtbar das Banner der Sozialistischen Einheitspartei, das Banner der Einheit der deutschen Arbeiterklasse, das Banner des Kampfes um die Einheit aller demokratischen Kräfte, das Banner der Einheit Deutschlands. (Stürmischer Beifall.) Von nun ab trägt das Banner der deutschen Arbeiterbewegung das Symbol der Einheit, das Zeichen der verschlungenen Hände.

Genossinnen und Genossen! Tragt die großen Ideen unseres Manifestes in das Land. Möge unser Volk die Größe der faschistischen und reaktionären Gefahren erkennen und sich überall fest zusammenschließen, damit ein für allemal mit der Reaktion in Deutschland Schluß gemacht wird. Nur wenn durch die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte die Reaktion geschlagen wird, ist der Friede gesichert. Nur wenn mit vereinter Kraft die Reaktion geschlagen wird, kann das Brot für das Volk gesichert werden. Nur wenn

mit vereinter Kraft die Reaktion geschlagen wird, kann das große Werk des demokratischen Neuaufbaues Deutschlands gelingen. Wir haben in den demokratisch fortgeschrittenen Gebieten Deutschlands der gesamten Arbeiterschaft durch die Tat bewiesen, daß die Einheit nicht nur notwendig, sondern daß sie möglich ist.

Es hat sich erwiesen, daß nur eine sozialistische Einheitspartei notwendig ist; denn es gibt nur einen wissenschaftlichen Sozialismus, es gibt nur eine Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels. (Stürmische Zustimmung.)

Es hat sich erwiesen, daß nur eine sozialistische Einheitspartei notwendig ist; denn es gibt nur einen Weg, der zu dem gemeinsamen großen Ziele des Sozialismus führt.

Wir Kommunisten wollten 1918 mit einem Sprung zum Sozialismus. Dafür war die deutsche Arbeiterklasse nicht vorbereitet. Die Sozialdemokraten versuchten einen anderen Weg. Auch er führte nicht zum Ziele. Jetzt haben wir gemeinsam den Weg gefunden, der zum gemeinsamen Ziele führen wird. Es hat sich erwiesen, daß es möglich war, in wenigen Monaten das alte Mißtrauen, das durch die jahrzehntelange Spaltung hervorgerufen war, zu überwinden und zu einer vertrauensvollen, gemeinsamen Arbeit zu kommen. (Bravo!) Wenn es im Westen Deutschlands noch manche Genossen gibt, die nach rückwärts blicken und nur ihre alte Parteiorganisation sehen, so rufen wir ihnen von hier aus zu: Genossen, nach vorwärts den Blick gerichtet, seht, welche große geschichtliche Aufgabe des demokratischen Neuaufbaues, der gesellschaftlichen Umgestaltung in Deutschland vor uns steht! Nur der ist ein konsequenter Demokrat, der für die Einigung der Arbeiterklasse ist. Nur der kann den Ehrennamen eines Sozialisten tragen, der seine ganze Kraft einsetzt für die Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Es geht heute nicht nur um eine einfache Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten, es geht heute um die Neugeburt der deutschen Arbeiterbewegung. (Stürmische Zustimmung.) Die Sozialistische Einheitspartei wird unserem Volke vorangehen im Kampfe um die demokratische Neugestaltung Deutschlands. Die Sozialistische Einheitspartei wird unserem Volke den Weg zu einer neuen demokratischen Wirtschaftsordnung zeigen. Die Sozialistische Einheitspartei wird die Trägerin der fortschrittlichen Ideen unserer großen Dichter und Denker sein. Die Sozialistische Einheitspartei ist der Motor des Neuaufbaus Deutschlands. Die Sozialistische Einheitspartei wird der Garant der Einheit unseres deutschen Vaterlandes sein. (Brausender Beifall.)

Unsere Stärke liegt in unserer Einheit, unsere Stärke liegt in unserem Programm, das allein dem Wohl des Volkes dient. Unsere Stärke liegt in der mächtigen Organisation, die fähig ist, unser Volk auf den Weg in eine bessere Zukunft zu führen. Unsere Stärke liegt in dem festen Willen, die Einheit Deutschlands zu sichern.

Genossen! Arbeiten wir im Sinne des Programms, das wir in diesen zwei Tagen beschlossen haben, setzen wir unsere ganze Kraft dafür ein, dann wird sich auch das alte Wort bewahrheiten:

„MIT UNS DAS VOLK, MIT UNS DER SIEG!“

(Unter brausendem Beifall erheben sich die Delegierten und singen begeistert das alte Arbeitertruglied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“)

Der Einigungsparteitag, der Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist damit geschlossen.

Schluß der Verhandlungen 15.05 Uhr.

## FROHER AUSKLANG

Den festlichen Abschluß des Vereinigungsparteitages bildete im „Palast“ die Veranstaltung „Froher Ausklang“, auf der Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck, die beiden neugewählten Vorsitzenden, noch einmal zu den Gästen und Delegierten sprachen. Musikalische Werke von Offenbach, Strauß, Lortzing und Grieg, sowie Rezitationen von Erich Weinert und Chorlieder umrahmten die würdige Feier. Erich Weinert verstand mit seinen gehaltvollen Gedichten die 3000 Menschen derart zu begeistern, daß er mitten in den Versen von zustimmenden Zurufen und stürmischem, sich steigendem Beifall unterbrochen wurde und minutenlang nicht weitersprechen konnte. Die Tänzerin Bianca Rogge erfreute mit kleinkünstlerischen Darbietungen. Nach dem Huldigungsmarsch von Grieg schloß die Feier mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale, der wie ein Jubelruf, wie ein Gesang der Befreiung die weite Kuppel des „Palast“ brausend erfüllte.

Otto Grotewohl: Genossinnen und Genossen! Ich überbringe euch die Grüße des ersten Parteitages der heute neu gebildeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. (Beifall.) Wir haben gestern und heute hier in Berlin einen für die deutsche Arbeiterbewegung wirklich historischen Akt erlebt. Wir haben gewissermaßen ein Begräbnis erster Klasse veranstaltet (Heiterkeit), indem wir endlich dreißig Jahre Bruderkrieg beerdigt haben. (Erneuter Beifall.) Die Entwicklung der politischen Verhältnisse hatte dem Sehenden und Hörenden schon längst klargemacht, daß für zwei getrennt marschierende Arbeiterparteien überhaupt nicht mehr der mindeste Grund vorhanden war. (Sehr richtig!) So haben wir eigentlich nur einen histo-

rischen Akt vollzogen, der in der Atmosphäre des politischen Lebens bereits reif geworden war.

Was an diesem Akt aber wichtig und bedeutungsvoll war, war die Tatsache, daß 233 Genossen aus den westlichen und südlichen Gebieten Deutschlands an diesem Vereinigungsparteitage teilnahmen. (Lebhafter Beifall.) Diese 233 Genossen werden in diesen Tagen wieder in ihre Heimat zurückkehren und dort zu den beredtesten Einheitsaposteln werden, die wir uns denken können. Sie werden drüben dafür sorgen, daß der hier in unserer Zone gereifte Zustand des einheitlichen Arbeitens und der Vereinigung drüben dieselbe Form annimmt, wie es bei uns der Fall ist. Der Wille der Arbeiterklasse zum Zusammenarbeiten, der Wille zur Zusammengehörigkeit ist so unwiderstehlich stark und groß, daß er an der Elbe niemals haltmachen, sondern ganz Deutschland umfassen wird. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Die Genossen aus den westlichen Gebieten werden sich insbesondere davon überzeugt haben, wie lächerlich die Erzählungen von der unter Druck und Zwang vollzogenen Vereinigung in unserer Zone sind. Sie werden mit heller Begeisterung und mit leuchtenden Augen erlebt haben, mit welcher Anteilnahme die Berliner Arbeiterschaft und die Vertreter der Arbeiterklasse in der ganzen russischen Zone hier in Berlin die Vereinigung vollzogen haben. Wer hier gesehen hat, mit welcher Begeisterung uns die Anteilnahme und Zustimmung aus weitesten Arbeiterkreisen durch Hunderte und aber Hunderte von Begrüßungstelegrammen entgegengebracht wurde, welche Geschenke der neuen Partei aus Arbeitergroßen und Arbeiterherzen dargebracht wurden, wer gesehen hat, wie aus dem Leuna-Werk in Mitteldeutschland eine Stafette hierher eilte, um uns eine Glückwunschkarte zu überreichen, der weiß genau, daß hier nicht von Zwang gesprochen werden kann, sondern daß das Zeichen der ver-

geschlungenen Hände, das einmal unser Parteizeichen werden wird, die wirkliche und tatsächliche Widerspiegelung der Verhältnisse in Deutschland ist. Diese Hände können nicht mehr getrennt werden, denn sie gehören zusammen! (Lebhafter Beifall.) Wenn wir in den vergangenen Wochen diese Hände ineinanderlegten, so waren das immer vorübergehende Vorgänge, indem wir uns die gegenseitige Kameradschaft und Kampfgemeinschaft gelobten. Heute sind die Hände ineinandergelegt, um sich nie mehr zu trennen; heute sind die Hände ineinandergelegt, nicht um nur ein gegenseitiges Gelöbnis abzulegen, sondern um am gemeinsamen Werk zusammenzuarbeiten und für die Zukunft zu schaffen. (Erneuter Beifall.)

Darin liegt der eigentliche große Augenblick dieser Vereinigung, daß die Kräfte, die von Natur aus zur Erfüllung der riesengroßen Aufgabe unseres Wiederaufbaues zusammengehören, sich nunmehr endgültig vereinigt haben, ein Vorgang, der im Grunde genommen wirklich nicht jener Kämpfe bedurfte, die wir manchmal mit Beschämung in den letzten Wochen in Berlin erlebt haben. Die einfachsten Erkenntnisse, die jeder Arbeiter als selbstverständlich annehmen muß, sollten in diesen Dingen eine klarere und reifere politische Entscheidung gefällt haben, als wir das leider in den letzten Wochen in Berlin sahen. (Sehr gut!)

Ist es nicht für den indifferentesten und einfachsten Arbeiter eine klare Erkenntnis, daß Zusammengehörigkeit stärkt und das Einzelvorgehen die Kräfte schwächt? Ich erinnere da an ein indisches Märchen, das uns aus einer ganz anderen Welt diese einfachen, selbstverständlichen Vorgänge erzählt, an das Märchen von den Stäben, das ihr sicher auch kennt, wo der Vater, auf dem Sterbebette liegend, als ihn seine Sprache bereits verließ, seine sieben Söhne um sein Lager versammelte und sich einen Stab geben ließ, den

er mit seinen zitternden Händen noch zerbrach. Dann ließ er sich sieben Stäbe geben, legte eine Schnur herum und gab das Bündel jedem seiner Söhne in die Hand mit dem Zeichen, sie möchten es zerbrechen. Keiner von ihnen konnte es zerbrechen. Der einzelne Stab ist schwach, aber zusammengelegt bilden sie eine gewaltige Kraft und sind unzerbrechlich. (Lebhafter Beifall.) So ist letzten Endes auch der Vorgang der Vereinigung, den wir jetzt erlebt haben, ein politischer Vorgang, der die höchste und gewaltigste Kraftsteigerung der deutschen Arbeiterklasse darstellt.

Ich wiederhole hier einige Worte, die uns aus dem Westen immer entgegengetragen wurden und die ich schon auf dem Parteitage der früheren Sozialdemokratischen Partei vorgestern gesprochen habe, als man nämlich uns aus dem Westen zurief, nunmehr sei die Sozialdemokratische Partei am Karfreitag in Berlin ans Kreuz geschlagen. (Heiterkeit.) Nein, Genossen und Genossen, selbst wenn man mit solchen biblischen Einsichten Politik machen will, kann man auch immer noch sagen, daß diese Kreuzigung des Menschensohnes nur den Zweck verfolgte, die Menschheit zu befreien und sie für das himmlische Dasein zu gewinnen. Nun schön, wenn die SPD ans Kreuz geschlagen ist, wir wollen aber nicht die Menschen und das deutsche Volk für die himmlische Sicherheit gewinnen, sondern unsere Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, daß jeder Mensch, der arbeitet, zunächst einmal auf dieser Erde sein Brot und sein Heim findet. (Beifall.) Das möge die Erkenntnis aus diesem Vorgange sein, den wir in Berlin erlebt haben. Das möge die Erkenntnis sein, die ihr in eure Herzen tief eingraben möget, daß, wenn dieses Ans-Kreuz-schlagen erfolgt ist, heute, am Ostertage, die herrliche Auferstehung der deutschen geeinten Arbeiterklasse erfolgt ist. (Lebhafter Beifall.)

Wilhelm Pieck: Liebe Freunde! Das Zeichen unserer Kundgebung heißt: „Froher Ausklang“. Wir haben allen Grund, nach der ernsten Arbeit, die wir in den letzten Monaten geleistet haben, unser Werk, das gestern und heute auf dem Vereinigungsparteitag geschaffen wurde, mit großer Freude zu begleiten und froh zu beenden.

Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten heiß darum gerungen, den Tag herbeizuführen, an dem sich die beiden Arbeiterparteien vereinigen, um aus ihrer Einheit eine neue Kraft erstehen zu lassen. Wann wäre diese Einigkeit nötiger gewesen als nach dem fürchtbaren Zusammenbruch, in den das deutsche Volk durch die Hitler-Bande hineingetrieben worden ist, ein Zusammenbruch, bei dem nicht nur Mauern, Häuser, Betriebsstätten in Trümmer gingen, sondern Millionen von Menschen vernichtet oder innerlich gebrochen wurden. Die Kraft, die wir mit der Einigkeit der Arbeiterklasse geschaffen haben, soll Herzen und Hirne unseres Volkes mit neuer Zuversicht erfüllen, und wir wollen durch unserer Hände und unseres Geistes Arbeit ein neues Deutschland schaffen.

Wir wissen, daß das unter den Bedingungen, unter denen wir an diese Arbeit herangehen, eine außerordentlich schwere Aufgabe ist. Wir leben in Deutschland unter der Besatzung fremder Mächte, unter Maßnahmen und Umständen, die aus den bitteren Erfahrungen zu erklären sind, die die anderen Völker mit dem deutschen Volke gemacht haben, Maßnahmen, die dazu dienen sollen, die Kräfte im deutschen Volke zu vernichten, die nicht nur über unser Volk dieses Unglück gebracht haben, sondern auch über andere Völker. So gilt es, den Faschismus, die finsterste Reaktion, den Militarismus und Imperialismus mit Stumpf und Stiel auszurotten und Sicherheiten und Garantien für den Frieden, gegen jedwede Aggression von deutscher

Seite zu schaffen. Das ist Sinn und Ziel der militärischen Besetzung unseres Landes.

Es wäre die Aufgabe unseres Volkes gewesen, zu verhindern, daß dieser Krieg überhaupt begonnen werden konnte, oder aber dieses Verbrechen aus eigener Kraft zu beenden. Das ist nicht geschehen; Truppen anderer Völker mußten dem unerhörten Verbrechen ein Ende machen. Jetzt muß das deutsche Volk sich wieder die Achtung und das Vertrauen der anderen Völker erwerben. Es muß aus eigener Kraft die Garantien dafür schaffen, daß niemals wieder die Reaktion in Deutschland die Oberhand bekommt und erneut das deutsche Volk zum Kriege gegen andere Völker gebrauchen kann. Das ist eine große Aufgabe.

Wenn wir so erfreut sind über das Zustandekommen der Einheit und dieses Werk mit einem „Frohen Ausklang“ beenden, so sollen wir bei alledem daran denken, welche Arbeit wir noch zu bewältigen haben, um aus Elend, Not und Trümmern herauszukommen, unser politisches Leben demokratisch neu zu gestalten und unser Volk in eine bessere Zukunft zu führen. (Bravo!)

Die Sozialistische Einheitspartei hat in ihren „Grundsätzen und Zielen“ klar aufgezeigt, welchen Weg sie das deutsche Volk führen wird: es ist der Weg in eine schönere, lichtere Zukunft. Dazu gilt es, dem hohen Ziele zuzustreben, das die wissenschaftlichen Altmeister des Sozialismus, Marx und Engels, und nach ihnen Lenin und Stalin aufgezeigt haben, die Vernichtung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung und die Verwirklichung des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Für uns ist die Parole des Sozialismus kein Schlagwort, sondern es ist uns ernst mit dem Ziele, weil wir wissen: Nur wenn wir es erreichen, wird unser Deutschland wieder auferstehen, wird unser Volk sich

vor der Welt wieder ehrlich machen und damit auch den Weg finden, allen Menschen in Deutschland auf Grund ihrer Hände und ihres Geistes Arbeit eine auskömmliche Existenz zu sichern und die Wissenschaften und Künste bis zu den höchsten Höhen zu entwickeln.

Die Voraussetzung, zu diesem Ziele zu gelangen, liegt in einer wirklich demokratischen Umerziehung unseres Volkes. Wir tragen ein schweres Erbe aus der ganzen Vergangenheit unseres Volkes mit uns herum. Der Untertanengeist, der den freien Menschen nie zur Geltung kommen ließ, der Geist des Befehlens und Gehorchens hat uns nicht nur unerhörte Niederlagen eingebracht, sondern er hat uns auch in den schwärzesten Teil unserer Geschichte, in den Hitlerfaschismus geführt. Darum müssen wir uns von diesem verdammten Untertanengeist freimachen und ein wirklich demokratisches Bewußtsein in die Herzen und Hirne der Deutschen tragen. Auf diesem Wege wird sich die Arbeiterklasse den Einfluß in der Wirtschaft und im Staatsleben verschaffen, der für die ganze weitere Entwicklung bestimmend ist und auch dafür, daß das Interesse des werktätigen Volkes und nicht das Interesse einer kleinen Minderheit von Kapitalschleibern und Generalen maßgebend sein wird. (Lebhaftes Bravo.)

Die demokratische Umerziehung unseres Volkes kann aber nur durch unser Volk selber erfolgen. Alle Phantastereien, das deutsche Volk mit Methoden von aussen umerziehen zu wollen, bieten keinerlei Garantien; das kann nur aus dem deutschen Volke selbst heraus geschehen. (Beifall.) Die Sozialistische Einheitspartei fühlt sich berufen, die Kräfte zu wecken und zu gestalten, die das große Umerziehungswerk in unserem Volke selbst vollbringen werden. Auf dem Wege der Demokratie wird das werktätige Volk seinen Einfluß immer mehr steigern bis zur Eroberung der politischen Macht, zur

Führung unseres staatlichen und kommunalen Gemeinwesens. (Erneuter Beifall.)

Kraft des Einflusses und der Macht der Arbeiterklasse wird unser Wirtschaftsleben und unser politisches Gemeinschaftsleben eine neue Gestalt gewinnen und wird auch die kulturelle Erneuerung unseres Volkes vollzogen werden. So soll der Weg bereitet werden, um zum Sozialismus zu kommen, der die Menschen frei macht und niemals mehr die Knechtung des Menschen durch den Menschen zulassen wird. In diesem Sinne wurde auch die Arbeit geleistet, die zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien geführt hat. In den Beschlüssen des Vereinigungsparteitages klingt immer wieder der große Gedanke an, das deutsche Volk fähig zu machen, wieder seinen Platz in der Gemeinschaft der anderen Nationen einzunehmen.

Wir wissen, daß die Arbeiterklasse nur dann die Kraft sein wird, alle Aufgaben zu lösen, wenn sie eine einheitliche, entschlossene und konsequent marxistische Führung hat. (Lebhafter Beifall.) Diese Führung ist in der Sozialistischen Einheitspartei gesichert. Otto Grotewohl hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die Hände, die sich auf dem Vereinigungsparteitage ineinandergeschlossen haben, niemals wieder getrennt werden. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir haben nicht ohne Grund so schwer miteinander gerungen, um in jeder Hinsicht die Voraussetzungen für den Bestand unseres Bündnisses zu schaffen. In voller Kameradschaftlichkeit und Freundschaft ist der Bund der deutschen Arbeiterklasse durch die Sozialistische Einheitspartei zustande gekommen. Wenn wir jetzt nach den Ostertagen in die Betriebe und Wohnbezirke zurückkehren, so soll unser ganzes Denken und Handeln darauf gerichtet sein, die große Millionenpartei des deutschen Volkes zu schaffen und in ihr die Kraft zu ent-

wickeln, die den großen Aufgaben gerecht werden kann, die wir in unserem Manifest dargelegt haben. Nur unter tatkräftiger Mithilfe der schaffenden Männer und Frauen, der Alten und Jungen, kann dieses Werk vollendet werden. So, wie die Sozialistische Einheitspartei berufen ist, die Führung der deutschen Arbeiterklasse zu übernehmen, so wird sie doch ihre führende Rolle im deutschen Volke nur dann erfolgreich durchführen können, wenn sich das werktätige Volk in seiner Gesamtheit an der Erfüllung der großen Aufgaben beteiligt. Darum müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten für unsere Sozialistische Einheitspartei werben und nochmals werben, um auch alle die zu gewinnen, die heute noch zweifelnd und mißtrauisch beiseitestehen. Wir werden durch die Tat beweisen, daß wir die Kraft sind, die unser Volk aus Not und Elend, aus Jammer und Knechtschaft herausführen wird. (Beifall.)

Wir appellieren besonders an die Jugend. Die Jugend soll von Vertrauen und Zuversicht erfüllt werden, daß sie in unserer Partei die große Führerin sieht, der sie folgen muß, um selbst einmal das Geschick unseres Vaterlandes in die Hand zu nehmen. (Beifall.)

Wir haben Jahrzehnte bitterster Zwietracht hinter uns, und wenn wir immer wieder nachgegrübelt haben, woher es kommt, daß die deutsche Arbeiterklasse, die doch die große Mehrheit des Volkes bildet, nicht imstande war, die finsternen Kräfte der Reaktion niederzuringen, so sind wir immer wieder auf die Tatsache gestoßen, daß die Spaltung der Arbeiterklasse, der Bruderkampf nur dazu gedient hat, die Kräfte der Reaktion in den Stand zu setzen, über die Arbeiterklasse zu herrschen, ihre Reihen zu teilen und so die Macht der Reaktion zu festigen. Wir haben aus den bitteren Erfahrungen gelernt und die Lehren aus den zwölf Jahren Hitlerdiktatur gezogen. Darum wol-

len wir mit dem Vereinigungswerk, das heute durch den entscheidenden Beschluß des Vereinigungsparteitages gekrönt wurde, die einheitliche Kraft schaffen und damit gleichzeitig die verbende Kraft entfalten, unser Volk zu einen, so wie wir alles daransetzen werden, durch diese Einigung auch die Einheit Deutschlands zu sichern. (Starker Beifall.)

Wir wissen, daß viele reaktionäre Kräfte in unserem Volke tätig sind, die Einheit Deutschlands zu zerstören. Wir werden aber diese Kräfte nicht nur auf allen Gebieten ihrer feindlichen Tätigkeit gegen die Arbeiterklasse schlagen, sondern auch alle ihre Versuche zunichte machen, Deutschland auseinanderzureißen. Wir werden mit der Einheit der Arbeiterklasse die Einheit Deutschlands sichern und damit unserem Volke den Weg zum Sozialismus eröffnen. (Lebhafter Beifall.)

Wir schließen heute unsere Tagung mit einem „Frohen Ausklang“, um morgen wieder mit allem Ernst an die Arbeit zu gehen, die uns der Vereinigungsparteitag auferlegt hat. Es gilt, unsere Wirtschaft aufzubauen, die Demokratie zu der sieghaften Kraft der deutschen Arbeiterklasse und überhaupt des deutschen Volkes zu machen und den Frieden in der Welt dadurch zu sichern, daß wir gründlich mit den Kräften des Krieges, des Militarismus und Imperialismus aufräumen. So wollen wir das Gelöbnis, das wir uns auf dem Vereinigungsparteitage gegeben haben, auf das gesamte werktätige Volk übertragen und ausdehnen. Wir wollen dieses Werk durch die Einheit des werktätigen deutschen Volkes zum Siege führen. (Lebhafter Beifall.)

## BESCHLÜSSE DES VEREINIGUNGSPARTEITAGES

### **Beschluß über die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**

Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen.

Beide Parteien treten daher am 21./22. April 1946 zu ihrem Vereinigungsparteitag in Berlin zusammen und beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

(Einstimmig angenommen.)

### **Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**

Zwölf Jahre faschistischer Diktatur, sechs Jahre Hitlerkrieg schleuderten das deutsche Volk in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte.

Deutschland wurde in ein Trümmerfeld verwandelt.

Der Hitlerfaschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes.

Durch die Spaltung der Arbeiterklasse gelangte der Faschismus zur Macht. Mit grausamstem Terror vernichtete er alle demokratischen Rechte und Freiheiten und verwandelte Deutschland in ein Militärlager.

Damit war der Weg für eine ungehemmte imperialistische Kriegspolitik frei. Der deutsche Imperialismus opferte seinen Weltmachtsansprüchen bedenkenlos das Leben und die Existenz von Millionen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Geistesarbeitern und vor allem der Jugend, er setzte Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel.

Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?

Militarismus und imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik haben Deutschland zweimal in das größte nationale Unglück gestürzt.

Die Sicherung des Friedens, der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Erhaltung der Einheit Deutschlands erfordern die Vernichtung der Überreste des Hitlerfaschismus und die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus.

Niemals wieder darf die Reaktion zur Herrschaft gelangen!

Dazu ist die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung.

Von allen Schichten des deutschen Volkes haben die Werktätigen das größte Leid, die größten Lasten getragen. Sie sind die große Mehrheit des Volkes. Auf ihren Schultern ruht in erster Linie die Last des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung.

Das schaffende Volk muß daher auch die Geschicke des neuen demokratischen Deutschlands bestimmen.

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird.

Die Arbeiterklasse allein hat ein großes geschichtliches Ziel: den Sozialismus.

Ihr gehört daher im Bunde mit den Werktätigen die Zukunft.

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Von diesen Erwägungen ausgehend, wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

#### I. GEGENWARTSFORDERUNGEN

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.

2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.

3. Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.

4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.

5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamt-deutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.

6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. Planmäßige Förderung der Bedarfsgütererzeugung in Industrie und Handwerk unter Einschaltung der Privatinitiative. Stärkste Intensivierung und Förderung der Landwirtschaft. Wiederaufbau der zerstörten Städte und beschleunigte Wiederherstellung des Transports und der Sicherheit des Verkehrs. Schaffung der Grundlagen zur Wiedereingliederung Deutschlands in den internationalen Warenaustausch durch Ausfuhr von

Bedarfgütern und Einfuhr fehlender Rohstoffe und Lebensmittel, auch mit Hilfe internationaler Warenkredite. Neuaufbau des Kreditwesens durch öffentliche Kreditinstitute.

Arbeitsbeschaffung für alle Werktätigen. Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung.

7. Demokratische Steuer-Reform. Vereinfachung des Steuerwesens durch straffe Zusammenfassung aller Steuerarten. Stärkere Berücksichtigung der sozialen Lage bei der Steuerbemessung. Die Reicherer sollen die größeren Kriegslasten tragen.

8. Sicherung der demokratischen Volksrechte. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Sicherheit des demokratischen Staates gegenüber reaktionären Anschlägen. Gesinnungs- und Religionsfreiheit. Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied von Rasse und Geschlecht. Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und im Beruf. Staatlicher Schutz der Person. Demokratische Rechts- und Justizreform.

9. Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechtes. Anerkennung der Betriebsräte als gesetzmäßige Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte in allen Betriebs- und Produktionsfragen.

10. Achtstundentag als gesetzlicher Normalarbeitstag. Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes, besonders für Frauen und Jugendliche. Ausbau einer einheitlichen Sozialversicherung unter Einbeziehung aller Werktätigen. Neuordnung der Sozialfürsorge, des Mutter-, Kinder- und Jugendschutzes. Besondere Fürsorge für die Opfer des Faschismus, Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer.

11. Demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens. Aufbau der Einheitsschule. Erziehung der Jugend im Geiste einer fortschrittlichen Demokratie, der Freundschaft unter den Völkern und einer wahren Humanität. Jeder Deutsche hat das Anrecht auf Bildung nach seinen Anlagen und Fähigkeiten. Trennung der Kirche von Staat und Schule. Kulturelle Erneuerung Deutschlands; Förderung von Literatur, Kunst und Wissenschaft.

12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.

13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.

14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Nationen.

## II. DER KAMPF UM DEN SOZIALISMUS

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut,

Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung

der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.

### III. DAS WESEN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Die geschichtliche Aufgabe der geeinten Arbeiterbewegung ist es, den Kampf der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes bewußt und einheitlich zu gestalten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat die Gegenwartsbestrebungen der Arbeiterklasse in die Richtung des Kampfes um den Sozialismus zu lenken, die Arbeiterklasse und das gesamte schaffende Volk bei der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission zu führen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann ihren Kampf nur erfolgreich führen, wenn sie die besten und fortgeschrittensten Kräfte der Werktätigen vereint und durch die Vertretung ihrer Interessen zur Partei des schaffenden Volkes wird.

Diese Kampforganisation beruht auf dem demokratischen Beschlußrecht ihrer Mitglieder, der demokratischen Wahl aller Parteileitungen und der Bindung aller Mitglieder, Abgeordneten, Beauftragten und Leitungen der Partei an die demokratisch gefaßten Beschlüsse.

Die Interessen der Werktätigen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise gleich. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt sich daher eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Sie fühlt sich solidarisch mit den friedliebenden und demokratischen Völkern der ganzen Welt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande

für die wahren nationalen Interessen des Volkes. Als deutsche sozialistische Partei ist sie die ehrlichste und beste nationale Kraft, die mit aller Kraft, die mit aller Energie gegen alle partikularistischen Tendenzen für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands eintritt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird sich nach diesen Grundsätzen und Forderungen ein Programm geben, das vom Parteivorstand der Mitgliedschaft vorzulegen und vom nächsten ordentlichen Parteitag zu beschließen ist.

Die Einheit der sozialistischen Bewegung ist die beste Gewähr für die Einheit Deutschlands! Sie wird den Sieg des Sozialismus sichern! Der Sozialismus ist das Banner der Zukunft! In diesem Zeichen werden wir siegen!

## **Partei-Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**

### **§ 1**

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Die Partei erfüllt ihre Aufgaben nach den auf dem Vereinigungsparteitag zu Berlin am 21./22. April 1946 beschlossenen Grundsätzen und Zielen, nach den Beschlüssen der Parteitage und auf Grund dieses Statuts.

## **MITGLIEDSCHAFT**

### **§ 2**

1. Mitglied kann werden, wer die Parteitagsbeschlüsse und dieses Statut anerkennt und sich verpflichtet, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken und aktiv in der Partei zu arbeiten.

2. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Aufnahme durch den Ortsgruppenvorstand.

3. Wird die Aufnahme abgelehnt, so ist die Beschwerde an den Kreisvorstand zulässig. Sie muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des ablehnenden Bescheides eingelegt werden.

4. Erhebt eine andere Parteikörperschaft gegen die Aufnahme Einspruch, so entscheidet der Kreisvorstand darüber. Gegen dessen Entscheidung kann die beteiligte Parteikörperschaft Beschwerde an den Landes-(Provinzial-)Vorstand einlegen. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingelegt werden.

### **§ 3**

Auf die Mitgliedschaft wird die ununterbrochen bis zum Verbot der Parteien von 1933 zurückgelegte Mitgliedszeit bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bei der Kommunistischen Partei Deutschlands, bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und bei der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands angerechnet. Die Zugehörigkeit zum Sozialistischen Jugendverband, zum Kommunistischen Jugendverband und zur Sozialistischen Arbeiterjugend wird im Mitgliedsbuch eingetragen.

### **§ 4**

1. Die Mitgliedschaft endet:

- a) durch Austritt,
- b) durch Ausschluß,
- c) durch Tod.

2. Wer aus der Partei ausscheidet, verliert für sich und seine Rechtsnachfolger jeden Anspruch an das Parteivermögen.

### **§ 5**

1. Der Ausschluß aus der Partei erfolgt, wenn das Mitglied gegen die Grundsätze und Beschlüsse

der Partei gröblich verstößt oder wenn es ehrlos handelt oder wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Partei die Partei schädigt.

2. Der Ausschluß kann nur von einem Parteimitglied oder von einer Parteikörperschaft beantragt werden. Der Antrag muß schriftlich, unter Angabe der Beweismittel begründet werden und ist an den Vorstand der für den Beschuldigten zuständigen Ortsgruppe (§ 10) zu richten. Der Ortsgruppenvorstand gibt den Antrag mit dem Ergebnis seiner Prüfung an den Kreisvorstand (§ 11) weiter.

3. Über den Ausschluß entscheidet der Kreisvorstand. Gegen die Entscheidung des Kreisvorstandes kann der Ausgeschlossene oder der zuständige Ortsgruppenvorstand Beschwerde bei dem Landes-(Provinzial-)Vorstand einlegen. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingelegt werden.

4. Über die Beschwerde entscheidet das Parteischiedsgericht des Landes-(Provinzial-)Verbandes.

5. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts kann der Ausgeschlossene oder der beteiligte Ortsgruppen- oder Kreisvorstand die Entscheidung des Parteitages anrufen. Dies muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung des Schiedsgerichts bei dem Zentralsekretariat des Parteivorstandes geschehen.

#### § 6

Die zur Entscheidung berufenen Instanzen sind berechtigt, statt auf Ausschluß aus der Partei auf zeitweise Ausschließung von Ämtern oder auf die Erteilung eines Verweises oder einer Rüge zu erkennen.

#### § 7

Die Mitgliedschaft wird gestrichen, wenn das Mitglied trotz Mahnung länger als drei Monate mit

seinen Beiträgen im Rückstande bleibt. Stundung der Beiträge ist zulässig.

### GLIEDERUNG DER PARTEI

#### § 8

Die Partei gliedert sich in:

- a) Wohnbezirksgruppen und Betriebsgruppen,
- b) Ortsgruppen,
- c) Kreise,
- d) Bezirke,
- e) Landes-(Provinzial-)Verbände.

### WOHNBEZIRKS- UND BETRIEBSGRUPPEN

#### § 9

1. Die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen sind die Grundeinheiten der Partei.

2. In den Betrieben sind Betriebsgruppen zu errichten. Parteimitglieder, die in einem Betrieb tätig sind, gehören dieser Betriebsgruppe an und sind verpflichtet, darin aktiv zu arbeiten. Sie sind außerdem verpflichtet, an der Arbeit der Gruppe ihres Wohnbezirks oder ihrer Ortsgruppe, in der sie erfaßt sind, teilzunehmen.

3. Die nicht in Betriebsgruppen organisierten Parteimitglieder werden in Wohnbezirksgruppen organisiert.

4. Die Grundeinheiten wählen eine Leitung zur Führung ihrer Parteiarbeit.

5. Die Grundeinheit führt die Politik der Partei in ihrem Bereich durch. Die Grundeinheit kann politische Entscheidungen nur für ihren Bereich treffen.

6. Aufbau und Aufgaben der Grundeinheiten regelt das Kreisstatut (§ 25).

## ORTSGRUPPEN

### § 10

1. Die Grundeinheiten einer Gemeinde werden zu einer Ortsgruppe oder zu einer Untergliederung einer Ortsgruppe zusammengeschlossen. Die Ortsgruppe entscheidet in allen politischen Fragen ihres Bereichs, wobei ihre Grundeinheiten, die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen, diesen Entscheidungen unterliegen.

2. Die Mitglieder mehrerer benachbarter Gemeinden können zu einer Ortsgruppe vereinigt werden.

3. Mitglieder in Gemeinden, für die eine Ortsgruppe nicht besteht, gelten als Einzelmitglieder. Sie können der Ortsgruppe einer Nachbargemeinde zugewiesen werden. Ist das nicht angängig, so werden sie bei dem Sekretariat der höheren Gliederung geführt, die gebietsmäßig zuständig ist.

4. Reicht die Zahl der Mitglieder in einem Orte zur Bildung einer Ortsgruppe nicht aus und sind die Absätze 2 und 3 nicht anwendbar, so bilden sie einen Stützpunkt. Sie wählen sich einen Stützpunktleiter. Dieser übernimmt die Aufgaben des Ortsgruppenvorstandes.

5. Die Ortsgruppen können nach den örtlichen Verhältnissen aufgegliedert werden.

6. Die Ortsgruppe wird von einem Ortsgruppenvorstand geleitet. Der Ortsgruppenvorstand besteht aus mindestens sechs Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Dem Ortsgruppenvorstand muß mindestens eine Frau angehören.

7. Sekretäre werden nach Bedarf, im Einvernehmen mit dem Kreisvorstand (§ 11) angestellt.

8. Der Ortsgruppenvorstand und die Sekretäre werden von der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe gewählt.

9. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Mitgliederversammlung drei Revisoren.

10. Mitgliederversammlungen finden nach Bedarf, in der Regel monatlich, statt.

## KREISE

### § 11

1. Die Ortsgruppen und Stützpunkte in einem Landkreise werden zu einem Kreis zusammengeschlossen. Kreisfreie Städte gehören zu dem angrenzenden Kreis. In Stadtkreisen tritt der Kreis in der Regel an die Stelle der Ortsgruppe. Das Landes-(Provinzial-)Statut (§ 25) kann Abweichendes bestimmen.

2. In räumlich ausgedehnten Kreisen können mehrere Ortsgruppen durch Arbeitsgebietsleitungen als Hilfsorgane der Kreisleitung zusammengefaßt werden.

3. Der Kreis wird von einem Kreisvorstand geleitet. Der Kreisvorstand besteht aus zwanzig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Dem Kreisvorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

4. Die Geschäfte des Kreises werden nach den Beschlüssen des Kreisvorstandes von einem Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus sechs bis acht Mitgliedern, einschließlich der beiden Vorsitzenden. Dem Sekretariat muß mindestens eine Frau angehören.

5. Die Kreisdelegiertenkonferenz wählt die Mitglieder des Kreisvorstandes.

6. Die Mitglieder des Sekretariats, mit Ausnahme der Vorsitzenden, werden vom Kreisvorstand aus seiner Mitte gewählt.

7. Die Anstellung von Sekretären erfolgt durch den Kreisvorstand im Einvernehmen mit dem Bezirksvorstand (§ 13), oder in Landes-(Provinzial-)Ver-

bänden, die nicht in Bezirke aufgliedert sind, im Einvernehmen mit dem Vorstand des Landes-(Provinzial-)Verbandes (§ 15).

8. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Kreisdelegiertenkonferenz drei Revisoren.

9. Aufbau und Aufgaben der Ortsgruppen und der Kreise regelt das Kreisstatut (§ 25).

## § 12

1. Kreisdelegiertenkonferenzen finden nach Bedarf, in der Regel halbjährlich, statt. Die Zahl der Delegierten bestimmt das Kreisstatut (§ 25).

2. Jede Ortsgruppe (oder deren Untergliederungen) entsendet die ihrer Mitgliederzahl entsprechende Zahl von Delegierten (§ 22 Abs. 9). Die danach der Ortsgruppe zustehende Zahl von Delegierten wird ihr mit der Einberufung mitgeteilt.

3. Die Delegierten werden von der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe (oder deren Untergliederungen) gewählt.

4. Die Kreisdelegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von einem Monat durch den Kreisvorstand einberufen werden.

5. Die Kreisdelegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Kreisvorstandes, die Anträge der Ortsgruppen und der Delegierten.

6. Auf Verlangen des Bezirksvorstandes (Landes-[Provinzial-]Vorstandes) sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.

7. Der Kreisvorstand erstattet der Kreisdelegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Kreisdelegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

## BEZIRKE

### § 13

1. Mehrere Kreise in einem Lande oder einer Provinz werden zu einem Bezirk zusammengeschlossen, sofern sie nicht unmittelbar dem Landes-(Provinzial-)Verbande angeschlossen sind.

2. Der Bezirk wird von einem Bezirksvorstand geleitet. Er besteht aus dreißig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Jeder Kreis muß vertreten sein. Dem Bezirksvorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

3. Die Geschäfte des Bezirks werden von einem Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus acht Mitgliedern, darunter mindestens zwei Frauen.

4. Der Bezirksvorstand wird von der Bezirksdelegiertenkonferenz, die Mitglieder des Sekretariats, mit Ausnahme der Vorsitzenden, werden vom Bezirksvorstand aus seiner Mitte gewählt.

5. Die Anstellung der Bezirkssekretäre erfolgt durch den Bezirksvorstand im Einvernehmen mit dem Landes-(Provinzial-)Vorstand.

6. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Bezirksdelegiertenkonferenz drei Revisoren.

### § 14

1. Bezirksdelegiertenkonferenzen finden mindestens einmal jährlich statt. Zu dieser Delegiertenkonferenz entsendet jeder Kreis Delegierte. Die Zahl der Delegierten bestimmt das Landes-(Provinzial-)Statut (§ 25).

2. Die Delegierten werden von den Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt.

3. Die Bezirksdelegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer

Frist von einem Monat durch den Bezirksvorstand einberufen werden.

4. Die Bezirksdelegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Bezirksvorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise und der Delegierten.

5. Auf Verlangen des Landes-(Provinzial-)Sekretariats sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.

6. Der Bezirksvorstand erstattet der Bezirksdelegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Bezirksdelegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

#### LANDES-(PROVINZIAL-)VERBÄNDE

##### § 15

1. Die Bezirke in einem Lande (einer Provinz) oder die Kreise in einem Lande (einer Provinz) ohne Bezirksaufgliederung und die Kreise in der Stadt Berlin werden zu einem Landes-(Provinzial-)Verband zusammengeschlossen.

2. Der Landes-(Provinzial-)Verband wird von einem Landes-(Provinzial-)Vorstand geleitet. Er besteht aus mindestens vierzig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigte Vorsitzende. Jeder Kreis muß vertreten sein. Dem Landes-(Provinzial-)Vorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

3. Die Geschäfte des Landes-(Provinzial-)Vorstandes werden vom Landes-(Provinzial-)Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus zehn bis zwölf Mitgliedern, darunter mindestens drei Frauen. Der Landes-(Provinzial-)Vorstand wird von der Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz gewählt. Die Mitglieder des Sekretariats (mit Ausnahme der Vorsitzenden) werden von dem Landes-(Provinzial-)Vorstand aus

seiner Mitte gewählt. Die Anstellung von Landessekretären erfolgt durch den Landes-(Provinzial-)Vorstand im Einvernehmen mit dem Parteivorstand.

4. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz eine Revisionskommission.

5. Sie wählt ferner das Schiedsgericht. Es besteht aus fünf Mitgliedern, darunter ein Vorsitzender.

##### § 16

1. Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenzen finden nach Bedarf, mindestens einmal jährlich, statt. Zu der Delegiertenkonferenz entsendet jeder Kreis Delegierte. Die Zahl der Delegierten bestimmt das Landes-(Provinzial-)Statut (§ 25).

2. Die Delegierten werden von den Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt.

3. Außerdem nehmen die Mitglieder der Bezirkssekretariate an der Delegiertenkonferenz mit beratender Stimme teil.

4. Die Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von einem Monat durch den Landes-(Provinzial-)Vorstand einberufen werden.

5. Die Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Landes-(Provinzial-)Vorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise, der Bezirke und der Delegierten.

6. Auf Verlangen des Zentralsekretariats sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.

7. Der Landes-(Provinzial-)Vorstand erstattet der Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Landes-(Provinzial-)Delegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

## PARTEITAG

### § 17

1. Parteitage finden nach Bedarf, in der Regel jährlich, statt. Die Zahl der Delegierten bestimmt der Parteivorstand bei der Einberufung.

2. Jeder Landes-(Provinzial-)Verband entsendet die seiner Mitgliederzahl entsprechende Zahl von Delegierten (§ 22 Abs. 9). Die danach dem Landes-(Provinzial-)Verband zustehende Zahl von Delegierten wird ihm mit der Einberufung mitgeteilt.

3. Die Delegierten werden von den Landes-(Provinzial-)Konferenzen gewählt.

4. Der Parteitag muß unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Monaten durch den Parteivorstand einberufen werden.

5. Der Parteitag bestimmt die Richtlinien der Politik der Partei. Er beschließt über die Vorlagen des Parteivorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise, der Bezirke, der Landes-(Provinzial-)Verbände, der Delegierten.

6. Der Parteitag wählt die zwei Parteivorsitzenden mit gleichen Rechten und die anderen Mitglieder des Parteivorstandes sowie die Revisionskommission.

7. Der Parteivorstand erstattet dem Parteitag einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichtet die Revisionskommission über ihre Tätigkeit. Der Parteitag beschließt über die Abnahme dieser Berichte. Er beschließt ferner über Berufungen gegen Entscheidungen der Schiedsgerichte.

## PARTEIVORSTAND

### § 18

Die Partei wird von dem Parteivorstand geleitet. Er besteht aus achtzig Mitgliedern. Dem Parteivorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

## ZENTRALSEKRETARIAT

### § 19

1. Zur Durchführung der Politik der Partei wählt der Parteivorstand aus seiner Mitte die Mitglieder des Zentralsekretariats.

2. Das Zentralsekretariat besteht aus vierzehn Mitgliedern einschließlich der beiden Parteivorsitzenden. Dem Zentralsekretariat müssen mindestens zwei Frauen angehören.

3. Die Partei wird durch die Parteivorsitzenden gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

## TAGUNGEN, ABSTIMMUNGEN, ÄMTER

### § 20

1. Außerordentliche Ortsgruppen-Versammlungen, Delegiertenkonferenzen oder Parteitage finden auf Beschluß der zur Einberufung berechtigten Körperschaft, der übergeordneten Gliederung, des Parteivorstandes oder auf Antrag eines Drittels der zur Entsendung von Delegierten berechtigten Gliederungen (bei Ortsgruppen ohne Delegiertensystem auf Antrag eines Drittels der Mitglieder) statt. Die Einberufungsfrist wird dabei auf die Hälfte gekürzt.

2. Auf Tagungen, die durch Delegierte gebildet werden, sind nur die Delegierten stimmberechtigt. Die Mitglieder der einberufenden Körperschaft, die Revisoren, die Mitglieder des Schiedsgerichts und der Vorsitzende der Pressekommission nehmen mit beratender Stimme teil.

3. Die Vertreter der übergeordneten Gliederungen sind berechtigt, an allen Verhandlungen der ihnen nachfolgenden Parteigliederungen und deren Körperschaften teilzunehmen und jederzeit, auch außer der Reihe, das Wort zu nehmen.

4. Die Verhandlungen werden durch eine Geschäftsordnung geregelt, die der Parteivorstand

erläßt. Er erläßt auch eine Geschäftsordnung für das Verfahren der Schiedsgerichte.

5. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Anträge zum Parteiprogramm und Anträge auf Auflösung der Partei bedürfen zu ihrer Annahme einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmungsberechtigten.

6. Wahlen sind geheim. Sie können mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Abstimmungsberechtigten durch Handerheben erfolgen. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, kann die Wahl auch durch Zuruf erfolgen. Gewählt ist, wer die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt.

7. Zu einem Ehrenamt oder zum Sekretär kann nur gewählt werden, wer seit mindestens einem Jahr Mitglied der Partei ist. Zu einem Ehrenamt oder zum Sekretär im Landes-(Provinzial-)Vorstand oder im Parteivorstand oder als Kandidat zu einem Landes- oder Reichsparlament kann nur gewählt werden, wer seit mindestens drei Jahren Mitglied der Partei ist. Von diesem Grundsatz kann nur in Ausnahmefällen abgewichen werden, wenn es das Parteiinteresse erfordert.

8. Die Aufstellung von Kandidaturen zu einem Stadt-, Kreis-, Provinzial- oder Reichsparlament erfolgt im Einvernehmen mit dem Vorstand der übergeordneten Gliederung.

9. Die Wahlzeit für Parteiämter beträgt in der Regel ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig. Die vorzeitige Abberufung bedarf der Zustimmung des Vorstandes der übergeordneten Gliederung. Gegen den Beschluß dieser Körperschaft steht dem Abberufenen und der beteiligten Körperschaft die Beschwerde an die übergeordnete Gliederung zu. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingelegt werden.

10. Die Tätigkeit der Vertreter der Partei in den Parlamenten, den Selbstverwaltungsorganen,

den Regierungen und allen sonstigen öffentlichen Ämtern unterliegt den Beschlüssen und der Kontrolle der zuständigen Parteikörperschaften.

#### BEITRÄGE

##### § 21

1. Das Eintrittsgeld beträgt 1 RM.

2. Der Beitrag beträgt monatlich 1 RM. Er ermäßigt sich für Berufslose, Arbeitslose und Jugendliche auf die Hälfte.

3. Mitglieder mit einem Einkommen von mehr als 300 RM monatlich sind verpflichtet, außerdem monatlich die vom Parteivorstand festgesetzten Sonderbeiträge zu zahlen.

4. Das Kreisstatut kann mit Zustimmung des Landes-(Provinzial-)Vorstandes Zusatzbeiträge vorsehen.

##### § 22

1. Die Eintrittsgelder und Beiträge werden durch die Ortsgruppen erhoben. Die Beitragszahlung wird durch Marken bescheinigt, die in das Mitgliedsbuch (Mitgliedskarte) eingeklebt werden.

2. Der Kreisvorstand entscheidet bei ungleichmäßigen Beitragseinnahmen über die Verteilung an dabei benachteiligte Ortsgruppen unter Zugrundelegung der in den betreffenden Orten ansässigen Betriebsgruppenmitglieder. Bei dadurch entstehenden Überschneidungen haben die beteiligten Kreisvorstände eine Regelung zu treffen.

3. Von den Einnahmen an Eintrittsgeldern steht der Parteikasse die Hälfte, von den Einnahmen an Beiträgen steht ihr ein Viertel zu.

4. Das Landes-(Provinzial-)Statut bestimmt, welchen Anteil der Beitragseinnahme die Ortsgruppen an den Kreis abzuführen haben. Es bestimmt ferner, welchen Anteil an den Einnahmen die Kreise an

den Landes-(Provinzial-)Verband abzuführen haben und welchen Anteil an der Beitragseinnahme der Landes-(Provinzial-)Verband den Bezirken zur Verfügung stellt.

5. Die Ortsgruppen führen ihre Zahlungen in monatlichen Teilbeträgen aus. Die Zahlungen erfolgen an die Kasse des Kreises. Diese gibt die Beträge in monatlichen Teilzahlungen an die Kasse des Landes-(Provinzial-)Verbandes und diese an die Kasse des Bezirks und an die Parteihauptkasse weiter.

6. Die Gliederungen rechnen über ihre Zahlungen vierteljährlich ab.

7. Für die Kassenführung erläßt das Zentralsekretariat eine Kassenordnung.

8. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

9. Für die Berechnung der Mitgliederzahlen, die für die Delegiertenzahlen zugrunde zu legen sind, wird von dem Vierteljahresabschluß ausgegangen, der dem Vierteljahr vorausgeht; in dem die Einberufung der Tagung erfolgt.

#### PARTEIORGANE

##### § 23

1. Zentralorgan der Partei ist die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Neues Deutschland“. Alle Bekanntmachungen des Parteivorstandes erfolgen im Zentralorgan.

2. Die Landes-(Provinzial-)Verbände geben für ihren Bereich im Einvernehmen mit dem Zentralsekretariat Tageszeitungen heraus. Die Geschäftsführung des Verlages und die Haltung des Parteiorgans wird von einer Pressekommission überwacht. Die Pressekommission wird von dem Landes-(Provinzial-)Vorstand gewählt.

3. Erscheint eine Tageszeitung mit einer selbständigen Schriftleitung an einem anderen Ort als dem Sitz des Landes-(Provinzial-)Verbandes, so wird die Pressekommission von dem Vorstand der für den Er-

scheinungsort zuständigen, dem Landes-(Provinzial-)Verband nächst nachgeordneten Gliederung gewählt.

4. Die Anstellung der leitenden Redakteure des Parteiorgans bedarf der Bestätigung des Zentralsekretariats.

5. Das wissenschaftliche Organ der Partei ist die Monatsschrift „Einheit“.

6. Das Zentralorgan der Partei und die Monatsschrift „Einheit“ unterstehen unmittelbar dem Zentralsekretariat.

7. Die Herausgabe von Literatur durch Parteiverlage erfolgt im Einvernehmen mit dem Zentralsekretariat.

#### PRÜFUNG DER PARTEIEINRICHTUNGEN

##### § 24

Das Zentralsekretariat ist berechtigt, die Parteiorgane, die Geschäftsführung der Parteigliederungen und deren wirtschaftliche Unternehmungen zu überwachen und zu diesem Zwecke Berichte und Abrechnungen einzufordern und Einsicht in die Bücher und den Geschäftsverkehr zu nehmen.

#### SONDERSTATUTEN

##### § 25

1. Aufbau, Aufgaben, Tätigkeit und Finanzen der Gliederungen werden durch besondere Statuten der Kreise und der Landes-(Provinzial-)Verbände geregelt.

2. Das Sonderstatut und seine Änderungen beschließt die Delegiertenkonferenz der Gliederung. Diese Beschlüsse der Kreise bedürfen der Zustimmung des Landes-(Provinzial-)Vorstandes. Diese Beschlüsse des Landes-(Provinzial-)Verbandes bedürfen der Zustimmung des Parteivorstandes.

3. Der Parteivorstand stellt Muster für die Sonderstatuten auf.

## Manifest an das Deutsche Volk!

Deutsche Männer und Frauen!

Deutsche Jugend!

Ein Werk von größter Bedeutung für Deutschlands Zukunft ist getan. In der Hauptstadt Berlin, in den Ländern Sachsen, Thüringen und Mecklenburg und in den Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands vereinigt. Die unheilvolle Zeit der Spaltung der Arbeiterbewegung, des Bruderkampfes zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ist beendet. Die beiden Arbeiterparteien haben sich auf der Basis gemeinsamer Grundsätze und Ziele und eines einheitlichen Statuts vereinigt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist geschaffen!

Die Uneinigkeit ist den Deutschen schon oft zum Verhängnis geworden. Im August 1914 bei Ausbruch des ersten Weltkrieges brach die Einheit der sozialistischen Bewegung auseinander. Durch diese Spaltung wurden die Kräfte des Friedens und der Freiheit gelähmt. Die Revolution vom November 1918 hat die Machtpositionen des Militarismus und Imperialismus nicht beseitigt. Die Reaktion gewann wieder die Oberhand und konnte die demokratischen Freiheiten aushöhlen, bis schließlich der Hitlerfaschismus triumphieren und den zweiten Weltkrieg entfesseln konnte.

So wurde das schaffende deutsche Volk seiner politischen Freiheiten beraubt. Es verlor seine

Würde und alle seine sozialen Errungenschaften, wurde zu dem schändlichsten aller Eroberungskriege mißbraucht und in ein Meer von Blut und Tränen, Opfer und Leiden gestürzt.

Niemals wollen wir vergessen:

Millionen Tote und Krüppel, zertrümmerte Städte, eine ruinierte Landwirtschaft, ein zerstörtes Transportwesen, eine niederdrückende Last von Verantwortung und Schuld vor der Welt, Armut und Not, Elend und Verzweiflung — das ist das Erbe der Hitler, Göring, Goebbels und Himmler.

Und niemals dürfen wir vergessen:

Dieses große Unglück konnte über unser Volk nicht zuletzt deswegen hereinbrechen, weil die Widerstandskräfte gegen Faschismus und Krieg sich gegenseitig im Parteihader zerfleischt hatten.

Deutsche in Stadt und Land!

Wir stehen an einer Wende. Was heute getan und was heute unterlassen wird, ist für Generationen entscheidend. Einen ganz neuen Weg gilt es zu beschreiten, wenn Deutschland eine Zukunft gewinnen will.

Nur die Vernichtung der Kräfte des Militarismus und Imperialismus, der Aufbau einer lebendigen und kämpferischen Demokratie und der durch Taten bekundete aufrichtige Friedenswille kann das deutsche Volk in die Gemeinschaft der friedliebenden Nationen zurückführen.

Die antifaschistisch-demokratische Republik und die Politik der Völkerverständigung sind deshalb unerläßliche Voraussetzungen für die Existenz und Zukunft Deutschlands.

Die Fortsetzung der Spaltung im Lager der Arbeiterbewegung, im Lager der Demokratie und des

Sozialismus, würde Freiheit und Frieden von neuem gefährden und damit unser ganzes Leben als Volk und Nation aufs höchste bedrohen.

Die Einheit der Arbeiterbewegung, die Zusammenarbeit aller aufbauwilligen und demokratischen Volkskräfte ist darum höchstes nationales Gebot. Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist eine große nationale und soziale Tat für unser Volk und Vaterland. Nach dem furchtbaren Erlebnis des Hitlerkrieges ist Deutschland, das Geburtsland von Marx und Engels, das erste Land, in dem die Vereinigung der sozialistischen Bewegung vollbracht wird.

Diese Vereinigung vervielfacht die Kräfte des Neuaufbaues der Wirtschaft. Sie gibt uns die Möglichkeit, Elend und Not rascher zu bannen und ein neues Leben in Ruhe und Freiheit zu gewinnen. Sie sichert den Kräften des Friedens und einer wahren Humanität die Führung der Nation.

Die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung wird die stärkste Garantie der Einheit Deutschlands sein!

Aus Schutt und Asche, Schmach und Schande, steigt ein neues Leben, eine bessere und schönere Zukunft hervor!

Wer die Konzentrationslager und die Folterhöllen der Gestapo nicht vergessen hat, kann nicht wollen, daß der rasende Terror des Faschismus und der Reaktion noch einmal und noch fürchterlichere Blutorgien feiern kann.

Wem die nächtlichen Schrecken in den Luftschutzkellern noch in den Adern zittern, der kann nicht wollen, daß wir und unsere Kinder eines Tages

wieder vor der Gefahr eines neuen Krieges mit allen seinen Grausamkeiten stehen.

Darum fordert das schaffende deutsche Volk die Einheit der Arbeiterbewegung!

Wer aber aus der Vergangenheit nichts gelernt hat und weiter Haß und Zwietracht sät, den klagen wir an!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die gemeinsame Partei aller Werktätigen, die nicht nur Demokraten und Antifaschisten, sondern auch Gegner des Kapitalismus und Sozialisten sind. Für einen Sozialisten ist die Vereinigung mit einer bürgerlichen Partei widersinnig. Die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien bedeutet daher nicht den Übergang zum Einparteiensystem. Neben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben die demokratisch-antifaschistischen Parteien, die auf dem Boden eines anderen Programms und einer anderen Weltanschauung stehen, ihre Daseinsberechtigung. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands setzt sich zur Aufgabe, auch in Zukunft enge und aufrichtige Zusammenarbeit mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien zu pflegen.

Unsere Parole heißt:

Kein Einparteiensystem, aber Schluß mit der Spaltung der Arbeiterbewegung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront!

Die Zukunft gehört der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Neben dieser Millionenpartei des Sozialismus ist auf die Dauer nirgends in Deutschland Platz für Splittergruppen. Die volle organisatorische Ein-

heit der marxistischen Bewegung wird sich überall und gegen alle Widersacher siegreich Bahn brechen)

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei des Aufbaues einer antifaschistisch-demokratischen parlamentarischen Republik, die dem Volk alle Rechte der Meinungsfreiheit und Mitbestimmung sichert, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährt, aber Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln vernichtet. Der Staat, den wir aufbauen, ist ein wahrhaft demokratischer Staat, der auch den Religionsgemeinschaften gegenüber weitgehende Toleranz übt. Das neue Deutschland muß eine unteilbare freie deutsche Republik sein. Allen separatistischen Bestrebungen sagen wir den schärfsten Kampf an. Die öffentlichen Verwaltungsorgane müssen nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Sauberkeit arbeiten; sie müssen sich als dienende Organe des Volkes betrachten; das Volk hat ihre Tätigkeit zu kontrollieren.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei des Neuaufbaues der deutschen Wirtschaft. Ihre Aufgabe ist die Beschleunigung des Wiederaufbaues der zerstörten Städte, die allseitige Förderung der Landwirtschaft und der Industrie für die Erzeugung ziviler Güter. Damit die Wirtschaft nicht mehr der Bereicherung der Großkapitalisten und dem Eroberungskriege dienstbar gemacht werden kann, sind die Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten zu enteignen und ihre Betriebe wie ihr gesamtes Vermögen in die öffentliche Hand zu überführen. Wir erstreben die Durchführung der demokratischen Bodenreform in ganz Deutschland, um die Vorherrschaft der Großgrundbesitzer auf dem Lande zu brechen, den Kleinbauern, Umsiedlern und Landarbeitern eine

selbständige Existenz zu schaffen und die Volksernährung durch intensivsten Landbau zu sichern.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei der Erneuerung der deutschen Kultur. Sie fördert die wahre Größe der Nation, indem sie alle schädlichen und reaktionären Überlieferungen bekämpft und alles Hohe und Schöne des deutschen Geisteslebens zur Entfaltung bringt. Damit wird sich unser Volk in die Kulturgemeinschaft der freiheitlichen und fortschrittlichen Völker der Welt einreihen. Wir erstreben die Durchführung der demokratischen Schulreform in ganz Deutschland, die den Urgeist des Nazismus, Militarismus und der Untertanengesinnung aus der deutschen Schule verbannt, alle wertvollen Bildungseinrichtungen erhält, ein einheitliches Schulsystem schafft, der Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus dient und alle Bildungsprivilegien aufhebt, um den Begabten aus allen Volksschichten die höchsten Bildungsstätten zu öffnen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei der entschiedensten Interessenvertretung der Werktätigen. Sie kämpft für das volle Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsvertretungen in der Wirtschaft. Ihre Forderung ist der Achtstundentag, eine ausreichende Sonntagsruhe, vollbezahlter Urlaub, Ausbau des Arbeitsschutzes und der Sozialversicherung. Tarifliche Mindestlöhne haben den Werktätigen eine ausreichende Existenz zu sichern. Sie kämpft für die Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen und für den Schutz aller Schaffenden vor Übervorteilung und Ausbeutung. Für Schieber und Parasiten darf im neuen Deutschland kein Platz sein!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die wahrhaft nationale Partei des deutschen Volkes; denn ihr Programm dient der Gegenwart und der Zukunft Deutschlands. Sie ist eine unabhängige Partei, die ihre Wurzeln tief im schaffenden deutschen Volk geschlagen hat, sich von allen fremden Einflüssen freihält und das Wohlergehen des eigenen Volkes zum höchsten Gesetz gemacht hat. Unser Weg und unser Programm entsprechen den Interessen des deutschen Volkes, den Besonderheiten der deutschen Wirtschaft, Politik und Kultur. Als demokratische und sozialistische Partei tritt sie entschieden für die Erhaltung der Einheit Deutschlands ein und erstrebt durch die Sicherung der demokratischen Entwicklung und des Friedens die baldmöglichste Wiederherstellung der inneren und äußeren staatlichen Unabhängigkeit Deutschlands. Nur auf diesem Wege kann die deutsche Arbeiterschaft die Pflichten der internationalen Solidarität erfüllen und das deutsche Volk in die Familie der friedliebenden Völker Aufnahme finden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands will aber bei dem Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Republik nicht stehenbleiben. Ihr Ziel ist die sozialistische Gesellschaftsordnung, die alle Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt, den Klassengegensatz zwischen Armut und Reichtum beseitigt, den Frieden endgültig sichert und eine voll entfaltete Demokratie herbeiführt. Der Sozialismus beseitigt das durch die Ausbeutung geschaffene Kapitaleigentum, die Klein- und Mittelbesitzer aber befreit er von der Gefahr, durch die Kapitalshyänen verschluckt zu werden; er sichert den werktätigen Bauern und den Gewerbetreibenden auf neuer Grundlage eine bessere Existenz. Nur der Sozialismus, dessen Lehre von

Marx und Engels begründet wurde, kann alle Lebensfragen unseres Volkes endgültig lösen, alle Quellen des gesellschaftlichen Reichtums erschließen und ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit schaffen. Die Grundprobleme unserer Zeit drängen zur Lösung durch den Sozialismus. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands betrachtet sich als die Vollstreckerin dieses höchsten geschichtlichen Erfordernisses! Sie ist die Partei des Sozialismus!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Angestellte!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als konsequente Vertreterin der Interessen aller vom Kapital Geknechteten und Ausgebeuteten, als Partei der konsequenten Demokratie und des Sozialismus eure Partei!

Bauern und Bäuerinnen!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als die Partei der friedlichen Arbeit, der Entfaltung der Landwirtschaft und der Freiheit nicht minder eure Partei!

Handwerker und Gewerbetreibende!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als die Partei der prinzipiellen Feindschaft zum Monopol- und Großkapital, als die Partei der Entwicklung des Gewerbes, der Pflege des friedlichen Handels und Wandels ebenso auch eure Partei!

Lehrer, Ingenieure, Ärzte, Künstler, Studenten und Wissenschaftler!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist als die Partei des Fortschrittes und als ent-

scheidende nationale Kraft, als Partei, die für die Hebung der Volksbildung, für Freiheit der Wissenschaft und Künste entschieden eintritt, vor allem auch eure Partei!

### Frauen und Mütter!

Es gibt keine andere Partei, die ein so klares und entschiedenes Friedensprogramm vertritt wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Nur im Frieden kann das Glück der Familie gedeihen. Nur die neue demokratische Republik kann euch gleichen Lohn für gleiche Leistung, eine volle Gleichberechtigung als Frau auf allen Gebieten und den Ausbau des Kinder- und Mutterschutzes sichern. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, bringt den Frauen gleiches Recht und volle Entfaltungsmöglichkeiten.

Frauen und Mütter! Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist daher auch eure Partei!

### Deutsche Jugend!

Der Nazismus hat euren Glauben schmäzlich mißbraucht und eure edelsten Tugenden entwürdigt. Doch die deutsche Jugend ist unsere Hoffnung. In euren Händen wird die Zukunft des Vaterlandes liegen. Unsere Weltanschauung muß der Glaube der jungen Generation werden. Hier findet ihr die höchsten Ideale. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wahrt eure Gegenwartsinteressen in Schule, Beruf und öffentlichem Leben. Sie will euch bei friedlicher Aufbauarbeit, beim Lernen, in der Freizeit aber beim Wandern, Tanzen und Spielen sehen. Sie vertritt die neue Zeit.

Die Sozialistische Einheitspartei, diese junge, vom Leben durchpulste Kampfpartei, ist deshalb eure Partei, die Partei der deutschen Jugend.

Männer und Frauen in Stadt und Land!  
Burschen und Mädels in Werkstatt und Schule!

Wir sind die Bannerträger des neuen Deutschland!

Unser Sieg ist der Triumph der Freiheit, des Friedens, der Völkerverständigung und des Fortschrittes!

Schließt euch der Millionenpartei des schaffenden Volkes an! Kämpft mit uns für Deutschland!

Es lebe die antifaschistisch-demokratische Republik!

Es lebe der Sieg des Sozialismus!

Es lebe die stolze und mächtige Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!

Berlin, Ostern 1946

DER VEREINIGUNGSPARTEITAG  
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI  
DEUTSCHLANDS

## BEGRÜSSUNGSSCHREIBEN UND BEGRÜSSUNGSTELEGRAMME

<i>Annaberg/Sa.</i> . . . . .	Landratsamt und Kreisverwaltung Schubert & Berthold, Belegschaft Sozialversicherungskasse, Belegschaft Stadtgemeinde Buchholz, Betriebs- gruppe
<i>Artern</i> . . . . .	Kyffhäuserhütte, Direktion, Betriebs- rat und Belegschaft Zuckerfabrik, Belegschaft
<i>Bad Duerrenberg, Kreis Merseburg</i> . . . . .	SED-Ortsgruppe und -Arbeitsgebiet
<i>Berlin</i> . . . . .	Brandenburgischer Raiffeisenverband August Wittler Brotfabrik, Belegschaft
<i>Böhlitz-Ehrenberg</i> . . . . .	Böhlitz-Ehrenberger Werkzeug- und Maschinenfabrik, Belegschaft und Betriebsleitung Deutsche Kugellagerfabrik GmbH, Belegschaft Moritz Mädler, Belegschaft, Betriebs- rat, SED-Betriebsgruppe, Betriebs- gewerkschaftsleitung Thurm & Wunder Nachf., Betriebsrat und Betriebsgruppe
<i>Bochum</i> . . . . .	Eisen- und Hüttenwerke, Vertrauens- leute
<i>Borna, Bezirk Leipzig</i> . . . . .	Braunkohlenwerke Salzdorf AG, Werk Neukirchen, Werksleitung, Betriebsvertretung und Belegschaft SED-Kreisleitung
<i>Bremen</i> . . . . .	Franke-Werke, Belegschaft

<i>Burgstädt/Sa.</i> . . . . .	Deutsche Gerätebau, GmbH, Belegschaft Eichner, Belegschaft Schmidt & Wahrig, Belegschaft Winter & Gärtner, Belegschaft Wittig, Belegschaft
<i>Calbe/Saale</i> . . . . .	Gewerkschaft Wolf, Braunkohlen- Tiefgrube, Belegschaft
<i>Chemnitz</i> . . . . .	FDGB-Ortsausschuß Ing. Walter Heugst, Betriebsausschuß Éduard Kornick, Belegschaft Oberbürgermeister Polizei-Verwaltung, Betriebsgruppe Postamt 4, Betriebsausschuß SED-Bezirksvorstand Erzgebirge SED-Kreisleitung Stadtverwaltung Textilmaschinen-Fabrik Hartmann, Be- legschaft Venus-Werke, Betriebsausschuß und Betriebsgewerkschaftsausschuß Wanderer-Werke, Belegschaft
<i>Coswig</i> . . . . .	Auffanglager, Kommunisten aus Frei- waldau (Tschechoslowakei)
<i>Delitzsch</i> . . . . .	SED-Ortsgruppe
<i>Döbeln</i> . . . . .	Stadtwerke, Belegschaft
<i>Dortmund</i> . . . . .	D.H.H.V., Aht. Hochofenwerk, Eisen- bahn- und Fahrbetrieb, Betriebsver- sammlung Hoesch AG, Zurechtereie I, Betriebs- versammlung Hoesch AG, Trägerlager, Betriebs- versammlung August Klönne, Betriebsversammlung Kokerei Hansa (Huckarde), Betriebs- ausschuß Schachtanlage Dorstfeld 1/4, Betriebs- vertretung

*Dortmund* . . . . . Schachanlage Fürst Hardenberg,  
Betriebsausschuß  
Schachanlage Minister Adenbach,  
Betriebsrat  
Zeche Kaiserstuhl 1, Betriebsversamm-  
lung

*Edderig/Anhalt* . . . . . Grube Leopold, Belegschaft

*Ellrich/Südharz* . . . . . Opfer des Faschismus Sülzhayn

*Erfurt* . . . . . FDGB Thüringen, Erweiterter Landes-  
vorstand

*Espenhain, Kreis Borna* . . . . . ASW Braunkohlengroßkraftwerke,  
SED-Betriebsgruppe

*Feldheim, Kreis Witten-  
berg* . . . . . Organisierte Arbeiter

*Frankleben b. Merseburg* . . . . . Freie Deutsche Jugend  
Kreisausschuß Merseburg der gegen-  
seitigen Bauernhilfe  
SED-Arbeitsgebiet Unteres Geiseltal

*Gebhardtshagen,  
Kreis Wolfenbüttel* . . . . . KPD-Gebietsleitung

*Geringswalde/Sa.* . . . . . Hammer & Sohn, Belegschaft  
Stuhlfabrik Ehuert, Belegschaft  
Stuhlfabrik Thomas, Belegschaft

*Gladbeck/Westf.* . . . . . Schachanlage Zweckel, Belegschafts-  
versammlung

*Glauchau/Sa.* . . . . . Ludwig Blucke AG, Belegschaft  
Pflüger, Köhler & Co., Belegschaft  
F. W. Pölling, Belegschaft  
Ernst Seifert, Belegschaft  
Spinnstoffwerk Glauchau AG, Belegschaft

*Gottesgnaden bei Calbe-  
Saale* . . . . . Neubauern und Siedler

*Grimma* . . . . . Maschinenbau AG, Belegschaft

*Halle* . . . . . FDGB der Provinz Sachsen, Jugend  
Politische Häftlinge der Stadt Halle,  
Veranstaltung

*Hamm* . . . . . KPD-Ortsgruppe

*Hannover* . . . . . Betriebsgruppe Städtische Betriebe  
Continental, Werk Limmer,  
KPD-Betriebsgruppe  
Eisenwerk Wülfel, Betriebsgruppen-  
versammlung  
Hansen Gummi- und Packungswerke,  
Betriebsgruppe  
H. W. Klages, Betriebsleitung und  
Belegschaft  
KPD Buchholz  
KPD-Funktionäre Stadtteil Linden  
KPD-Kundgebung Stadtteil Ricklingen  
KPD-Ortsgruppe Laatzen  
KPD Stadtteil Hainholz  
KPD Stadtteil Ost Roem 1  
Günther Wagner, Pelikanwerk und  
Verpackungswerk, Betriebsgruppen

*Herzberg/Elster* . . . . . FDJ-Konferenz des Kreises Schweinitz

*Holleben/Saalkreis* . . . . . SED-Arbeitsgebiet

*Jessen/Elster* . . . . . Arbeitsgebietsleitung

*Köthen/Anhalt* . . . . . Ing. Huth, Betriebsrat  
Öffentliche Betriebe und städtische  
Verwaltung, Belegschaft

*Krottendorf/Erzgebirge* . . . . . Emil Altmann, Belegschaft

*Leer/Ostfr.* . . . . . KPD-Kreisleitung

*Leipzig* . . . . . Auto-Kübler GmbH., SED-Betriebs-  
gruppe und Geschäftsführung  
Gebr. Brechmer, Belegschaft  
Bezirkswohlfahrtsamt Leipzig-Nordwest  
Flügel & Polter KG, Belegschaft und  
Geschäftsleitung

*Leipzig* . . . . . Grohmann & Frosch, Belegschaft  
Heinrich Kniep, Belegschaft  
Knopf & Mucké, Belegschaft  
Gebr. Köber, Belegschaft  
Konsumgenossenschaften, Betriebs-  
gruppen  
Arno Krebs, Belegschaft  
Leipziger Baumwollspinnerei, Beleg-  
schaft  
Leipziger Verkehrs-Betriebe, Anker-  
wickelei, SED-Betriebsgruppe  
Leipziger Werkzeug- und Gerätefabrik,  
Belegschaft  
Hugo Luckner, Belegschaft  
Meier & Weidelt, Belegschaft  
Metallguß Leipzig, Belegschaft  
Polizei, SED-Betriebsgruppe  
Riedrich, Belegschaft  
Richard & Max Rost, Belegschaft  
Sächsische Manometer-Fabrik, Beleg-  
schaft  
Albert Schmidt, Belegschaft  
Schumann & Co., Belegschaft  
600 Siedler von Meusdorf  
Triumphator-Werk, Belegschaft  
Tittel & Krüger, Betriebsrat, Betriebs-  
gruppe und Belegschaft  
Verkehrsbetriebe, Belegschaft  
Versicherungsanstalt des Bundeslandes  
Sachsen, SED-Betriebsgruppe  
„Vulkan“ Gummiwarenfabrik, Beleg-  
schaft  
M. H. Wenke, Belegschaft und Inhaber

*Lobstädt* . . . . . Brikettfabrik D. E. A. Viktoria,  
Belegschaft

*Lunzenau* . . . . . Gracy Radio, Belegschaft und Leitung  
Ernst Kern, Belegschaft und Betriebs-  
leitung

*Lunzenau* . . . . . Wilhelm Vogel, Betriebsrat und Ver-  
waltung

*Marienberg* . . . . . SED

*Meppen* . . . . . KPD-Kreisleitung

*Merseburg* . . . . . Freie Deutsche Jugend, Kreis Merse-  
burg  
SED-Kreisleitung  
SED-Ortsgruppe  
Stadtverwaltung

*München* . . . . . KPD-Landesbezirk

*Oberfrohn/Sa.* . . . . Hermann Grobe AG, SED-Betriebs-  
gruppe

*Olbernhau* . . . . . SED-Ortsgruppe

*Oranienbaum* . . . . . G. C. Buerkner, Betriebsrat und Beleg-  
schaft  
Caudich & Friedrich, Belegschaft  
SED-Ortsgruppe  
Stadtverwaltung und Magistrat  
Trimpler & Galssner, Belegschaft und  
Betriebsleitung

*Pinneberg* . . . . . KPD-Ortsgruppe

*Quedlinburg* . . . . . Mette & Co., Betriebsrat und Beleg-  
schaft  
Waggonfabrik Quedlinburg, Beleg-  
schaft und Betriebsgruppen

*Regis-Breitungen* . . . . Schwelwerke Regis, Betriebsleitung und  
Betriebsrat

*Rochlitz/Sa.* . . . . . Maschinenfabrik Penig, Belegschaft  
Peniger Patentpapierfabrik, Belegschaft  
Drei Reichsbahndienststellen, Beleg-  
schaft  
Rolf Richter, Belegschaft

*Sangerhausen* . . . . . Bahnhof, SPD- und KPD-Betriebsgruppen  
 FDGB, Kreisausschuß  
 Maschinenfabrik Sangerhausen, Belegschaft  
  
*Schkopau* . . . . . Buna-Werke, Belegschaft  
  
*Schwanebeck, Kr. Oschersleben* . . . . . Kreisvereinigung gegenseitiger Bauernhilfe Oschersleben/Bode  
  
*Siegen/Westf.* . . . . . KPD-Kreisleitung Siegerland  
  
*Siegmarschönau/Sa.* . . . . . Carl Hofmann, Belegschaft  
 Wanderer-Werke, Belegschaft  
  
*Staufurt, Kreis Calbe* . . . . . Geeinte Staßfurter Arbeiter  
 Rundfunkgesellschaft Imperial, Belegschaft  
  
*Stedten, Mansfelder Seekreis* . . . . . Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe  
  
*Stollberg/Erzgebirge* . . . . . Hammernüller, Belegschaft  
 Kamberg & Stärker, Belegschaft  
  
*Stolberg/Harz* . . . . . Freie Deutsche Jugend Kreis Sangerhausen  
  
*Unna* . . . . . KPD-Kreisleitung  
  
*Waldenburg/Schlesien* . . . . . SPD und KPD  
  
*Weißenfels* . . . . . FDGB, Kreisausschuß  
 Freie Deutsche Jugend, Konferenz des Kreises Weißenfels  
 Konsumgenossenschaft Solidarität,  
 Vertreterversammlung  
 SED-Kreisleitung  
  
*Wiesbaden, Kreis Annaberg* . . . . . Flachsspinnerei Wiesbaden, Belegschaft  
  
*Wittenberg* . . . . . Bayrische Stickstoffwerke Piostericz,  
 Belegschaft

*Wittenberg* . . . . . FDGB und SED-Betriebsgruppe (Eisenbahn, Post, Fernmeldewesen)  
 Kant, Betriebsversammlung  
 SED-Organisationskomitee Kreis Wittenberg  
  
*Wolmirstedt, Bez. Magdeburg* . . . . . SED-Mitgliederversammlung  
  
*Wurzen* . . . . . Landbank und Wirtschaftsverein  
 Wurzen, Belegschaft

## REDNER-VERZEICHNIS

	Seite
Grotewohl . . . . .	10, 11, 12, 20, 100, 162
Pieck . . . . .	11, 14, 75, 76, 166
Fechner . . . . .	21, 69
Ulbricht . . . . .	73, 154, 158
Oberbürgermeister Dr. Werner . . . . .	26
Litke . . . . .	28
Jendreyky . . . . .	29
Reimann (Ruhrgebiet) . . . . .	31
Held (Bayern) . . . . .	37
Goldhammer (Bayern) . . . . .	43
Schmilina (Rheinland) . . . . .	48
Keil (Köln) . . . . .	50
Siems . . . . .	51
Müller (Groß-Hessen) . . . . .	52
Obat (Frankfurt a. M.) . . . . .	56
Matern . . . . .	57
Buchmann (Württemberg) . . . . .	59
Ebert (Brandenburg) . . . . .	63
Schweikardt (Baden) . . . . .	64
Brede (Kiel) . . . . .	65
Stegbauer (Straubing) . . . . .	67
Heilmann (Schleswig-Holstein) . . . . .	67
Amborn . . . . .	74
Schöpfli . . . . .	143
Kammerahl . . . . .	146
Göring . . . . .	143, 147
Szillat . . . . .	118

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Tagesordnung . . . . .	5
Vorsitzende, Präsidium . . . . .	6
Mandatprüfungskommission . . . . .	7
Statutenkommission . . . . .	7
Redaktionskommission . . . . .	8
Wahlkommission . . . . .	8
Vorwort . . . . .	9
<b>Erster Verhandlungstag</b>	
Begrüßung und Gelöbnis . . . . .	10
Begrüßungsansprachen . . . . .	12
Ehrentafel der Opfer des Faschismus . . . . .	13
<b>Zweiter Verhandlungstag</b>	
<b>Die Einheitspartei und der Neuaufbau Deutschlands</b>	
Referat Pieck . . . . .	76
Referat Grotewohl . . . . .	100
Aussprache und Beschlußfassung . . . . .	143
Bericht der Mandatprüfungskommission . . . . .	146
Bericht der Redaktionskommission . . . . .	146
Bericht der Statutenkommission . . . . .	148
<b>Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) . . . . .</b>	
Wahl des Parteivorstandes und der Parteivorsitzenden . . . . .	154
Wahl der Revisionskommission . . . . .	155
Wahl der Programmkommission . . . . .	156
Wahl der Parteivorsitzenden . . . . .	157
Schlußansprache von Walter Ulbricht . . . . .	158
Froher Ausklang . . . . .	162
<b>Beschlüsse des Vereinigungsparteitages</b>	
Beschluß über die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands . . . . .	172
Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands . . . . .	172
Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands . . . . .	180
Manifest an das deutsche Volk . . . . .	196
Begrüßungsschreiben und Begrüßungstelegramme . . . . .	206
Redner-Verzeichnis . . . . .	214



# Anhang:

## Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 1945<sup>1</sup>

### **Schaffendes Volk in Stadt und Land!**

### **Männer und Frauen! Deutsche Jugend!**

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und Abermillionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten.

Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.

Eindeutig ist diese Schuld. Sie wurde von den Naziführern selbst offen bekannt, als sie auf der Höhe ihrer trügerischen Triumphe standen, als ihnen Sieg und Beute gesichert erschienen.

Euch allen, Ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes, Euch Soldaten und Offizieren klingen noch die Worte in den Ohren:

„Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt. Gesundstoßen wollen wir uns!“

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Der totale Krieg Hitlers – das war der ungerechteste, wildeste und verbrecherischste Raubkrieg aller Zeiten!

Das Hitlerregime hat sich als Verderben für Deutschland erwiesen; denn durch seine Politik der Aggression und der

---

<sup>1</sup> Abdruck nach: „Deutsche Volkszeitung“, Nr. 1, 13. Juni 1945. Alle Hervorhebungen im Original.

Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen.

Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands. Ein Verbrechen, das sich so furchtbar an uns selbst rächte, war die Coventrierung und Ausradierung englischer Städte.

Das größte und verhängnisvollste Kriegsverbrechen Hitlers aber war der heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat.

Deutsche Arbeiter! Konnte es ein größeres Verbrechen als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben?!

Und ungeheuerlich sind die Greuelthaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt, – so haben die Nazibanditen gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauenerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde.

Wäre Gleiches mit Gleichem vergolten worden, deutsches Volk, was wäre mit Dir geschehen?

Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts. Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten haben durch ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbarbarei gerettet. Sie haben die Hitlerarmee zerschlagen, den Hitlerstaat zertrümmert und damit auch Dir, schaffendes deutsches Volk, Frieden und Befreiung aus den Ketten der Hitlersklaverei gebracht.

Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutschen, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: „Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!“

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug und die besten Deutschen einsperrte, martern und köpfen ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die „Größe Deutschlands“ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das allein seligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des „Kampfes um Lebensraum“, den Organismus des Volkes verseuchen konnte.

Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gut gedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Deutsche Arbeiterjugend! Schaffendes deutsches Volk!

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Ära deutscher Geschichte, heute, am Ende des „Dritten Reiches“, wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.

Daher fordern wir:

Keine Wiederholung der Fehler von 1918!

Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes!

Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion.

Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion:

denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!

Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen. Sie hat die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Schehrs stets reingehalten. Mit Stolz blicken wir Kommunisten auf diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und treuesten Genossen fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt, der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus führt Deutschland unvermeidlich in die Katastrophe.

Im Januar 1933 forderte die Kommunistische Partei zum einmütigen Generalstreik auf, um den Machtantritt Hitlers zu verhindern.

Im Juni 1933 haben wir gewarnt:

„Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe!“

Im Januar 1939 hat die Berner Konferenz der KPD dem deutschen Volk zugerufen:

„Im Osten wie im Westen schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann – eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegsachse bedrohten und angegriffenen Völker.“

Im Oktober 1941, als Hitler prahlerisch verkündete, Sowjetrußland sei endgültig zu Boden geworfen und werde sich niemals mehr erheben, da erklärte das Zentralkomitee der

Kommunistischen Partei Deutschlands in seinem Aufruf an das deutsche Volk und an das deutsche Heer:

„Dieser Krieg ist ein für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitlers Niederlage ist unvermeidlich. Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Und wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!“

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden!

Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte!

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird.

Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen

Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Wege sind gegenwärtig vor allem:

**1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der versteckten Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung von Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.**

**2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung, Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege**

breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände; energischer Kampf gegen die Spekulation.

**3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes.** Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen, demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschiede der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der „Lehre vom Lebensraum“, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.

**4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzialbeziehungsweise Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.**

**5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung.** Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.

**6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die**

**Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.**

**7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.** Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.

**8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.**

**9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern.** Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

**10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen.**

Werktätige in Stadt und Land!

Das sind die ersten und dringendsten Aufgaben zum Wiederaufbau Deutschlands, zur Neugeburt unseres Volkes. Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden.

Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und den verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des

Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion, bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit Bahn. In Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und den Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden. Notwendig ist

**die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands!**

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines

#### **Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien**

(der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer) dienen kann.

Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.

Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volke neue Erkenntnisse den Weg.

Wir erklären:

Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache!

Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues, würdiges Leben erstehen.

**Zentralkomitee der  
Kommunistischen Partei Deutschlands**

Im Auftrage:

Wilhelm Pieck	Gustav Sobottka	Hans Jendretzky	Bernhard Koenen
Walter Ulbricht	Ottomar Geschke	Michel Niederkirchner	Martha Arendsee
Franz Dahlem	Johannes R. Becher	Hermann Matern	Otto Winzer
Anton Ackermann	Edwin Hörnle	Irene Gärtner	Hans Mahle

Berlin, den 11. Juni 1945.

## Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlages Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**



**Olga Benario**, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie

keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

**Herbert Baum**, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die anti-kommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisation einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

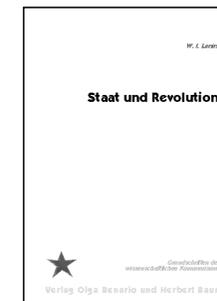
## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



**Band 1:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest der Kommunistischen Partei** (1848)  
Anhang:  
Statuten des Bundes der Kommunisten  
92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €  
ISBN 978-3-932636-00-4

**Band 2:**  
Karl Marx  
**Kritik des Gothaer Programms** (1875)  
96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €  
ISBN 978-3-932636-01-1

**Band 3:**  
W. I. Lenin  
**Staat und Revolution** (1917)  
159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-02-8



**Band 4:**  
J. W. Stalin  
**Über die Grundlagen des Leninismus** (1924)  
137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-03-5

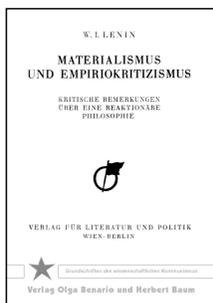
**Band 5:**  
W. I. Lenin  
**Was tun?** (1902)  
276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €  
ISBN 978-3-932636-04-2



**Band 6:**  
J. W. Stalin  
**Über dialektischen und historischen Materialismus** (1938)  
45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €  
ISBN 978-3-932636-05-9

**Band 7:**  
W. I. Lenin  
**Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus** (1916)  
W. I. Lenin  
**Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus** (1916)  
185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €  
ISBN 978-3-932636-36-3

## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



**Band 8:**  
W. I. Lenin  
**Ein Schritt vorwärts,  
zwei Schritte zurück** (1904)  
242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €  
ISBN 978-3-86589-042-9

**Band 9:**  
W. I. Lenin  
**Zwei Taktiken der Sozialdemokratie  
in der demokratischen Revolution**  
(1905)  
192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €  
ISBN 978-3-86589-043-6

**Band 10:**  
W. I. Lenin  
**Materialismus und  
Empirio-kritizismus** (1908)  
410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €  
ISBN 978-3-86589-050-4



Karl Marx/Friedrich Engels  
**Ausgewählte Werke in zwei Bänden**  
  
Diese Ausgabe entspricht in ihrer  
Zusammenstellung der 1950  
erschiedenen Ausgabe des Moskauer  
Verlags für fremdsprachige Literatur.

**Band I: 1848–1874**  
650 Seiten, Offenbach 2004, 25 €  
ISBN 978-3-86589-001-6

**Band II: 1875–1894**  
504 Seiten, Offenbach 2004, 25 €  
ISBN 978-3-86589-002-3

W. I. Lenin  
**Ausgewählte Werke in zwei Bänden**

Diese Ausgabe entspricht in ihrer  
Zusammenstellung der 1946/47  
erschiedenen Ausgabe des Moskauer  
Verlags für fremdsprachige Literatur.

**Band I: 1884–1917**  
916 Seiten, Offenbach 2004, 30 €  
ISBN 978-3-932636-93-6

**Band II: 1917–1923**  
1037 Seiten, Offenbach 2004, 30 €  
ISBN 978-3-932636-94-3



## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest der Kommunistischen Partei** (1848)

**Türkisch:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Komünist Partisi Manifestosu**  
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-06-6

**Englisch:**  
Karl Marx/Frederick Engels  
**Manifesto of the Communist Party**  
83 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-07-3

**Französisch:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifeste du Parti Communiste**  
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-08-0

**Spanisch:**  
Carlos Marx/Federico Engels  
**Manifesto del Partido Comunista**  
87 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-09-7

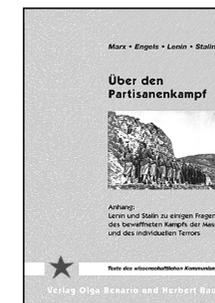
**Farsi:**  
کارل مارکس فریدریش انگلس  
مانیفست حزب کمونیست  
97 Seiten, Offenbach 1999, 4 €, ISBN 978-3-932636-10-3

**Russisch:**  
**К. Маркс и Ф. Энгельс  
Манифест Коммунистической Партии**  
80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 978-3-932636-91-2

**Russisch / Deutsch:**  
150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-95-0

**Serbokroatisch:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest Komunističke Partije**  
168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-86589-000-9

## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Marx, Engels, Lenin, Stalin  
**Über den Partisanenkampf**  
Anhang: Lenin und Stalin zu einigen  
Fragen des bewaffneten Kampfs der  
Massen und des individuellen Terrors

Die Textauszüge sind 1944 in der Sowjet-  
union zusammengestellt worden und  
behandeln die Grundlagen und Grund-  
fragen des Partisanenkampfs, sie sind  
Ausgangspunkt für eine umfassende  
Analyse der Partisanenkämpfe gegen  
den Nazifaschismus sowie eine Waffe  
im Kampf gegen den revisionistischen  
„friedlichen Weg zum Sozialismus“.  
188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-11-0

**Programm der  
Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919  
Programm der Kommunistischen Internationale – 1928**  
Anhang: Statut der KI, Lenin über das Programm der KPR(B) und  
Stalin über das Programm der KI

Das Programm der KPR(B) von 1919 war das Programm der ersten  
siegreichen proletarischen Revolution; das 1928 verabschiedete Pro-  
gramm der Kommunistischen Internationale (KI) bildete die program-  
matische Grundlage der international in allen Erdteilen anwachsenden  
kommunistischen Weltbewegung – die programmatische Arbeit der  
kommunistischen Kräfte international und in Deutschland wird immer  
wieder auf die gründliche Diskussion dieser beiden Dokumente zurück-  
kommen müssen.

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 978-3-932636-19-6

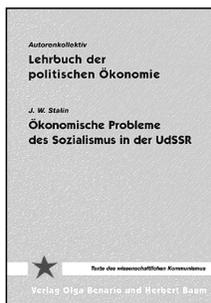


Dokumente von  
Marx, Engels, Lenin, Stalin,  
der Kommunistischen Internationale  
und Clara Zetkin  
**Die kommunistische Revolution und  
die Befreiung der Frauen**

Im Mittelpunkt dieser Zusammenstellung  
steht die Frauenfrage als Frage der pro-  
letarischen Revolution, als Frage des  
Kampfes für den Sozialismus und Kom-  
munismus. Es finden sich u.a. Texte über  
die Ursprünge der Unterdrückung der  
Frau, die Perspektive ihrer Befreiung so-  
wie über Probleme und Fragen der kom-  
munistischen Arbeit unter den werktätig-  
en Frauen.

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-18-9

## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv  
**Lehrbuch der politischen Ökonomie** (1954)  
 J. W. Stalin  
**Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR** (1952)

Im Kampf gegen die bürgerliche politische Ökonomie wird eine kurze Einführung in die kommunistische politische Ökonomie gegeben, der Wissenschaft, die die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt.

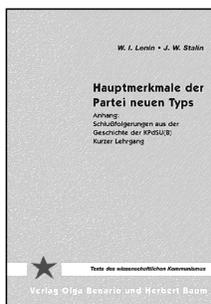
515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €  
 ISBN 978-3-932636-21-9

Autorenkollektiv  
**W. I. Lenin**

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens (1947)

Diese Lenin-Biographie überzeugt, weil sie auf der Verbindung einer Reihe von Merkmalen beruht, die in spannender und hoch informativer Form dargelegt werden: Sie macht vertraut mit den wichtigsten biographischen Daten über das Leben Lenins. Sie gibt einen ausgezeichneten Überblick über die wichtigsten Schriften Lenins und einen Einblick in seinen Arbeitsstil. Sie stellt die entscheidenden Entwicklungen der Kommunistischen Partei Rußlands sowie auch der internationalen kommunistischen Bewegung (II. und III. Internationale) dar und informiert über die revolutionäre Bewegung in Rußland und international zu Lebzeiten Lenins.

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 978-3-932636-35-6

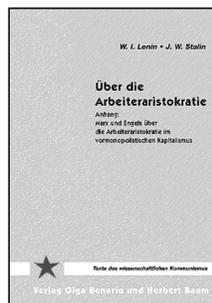


W. I. Lenin/J. W. Stalin  
**Hauptmerkmale der Partei neuen Typs**

In dieser Textzusammenstellung werden grundlegende Merkmale der Kommunistischen Partei gedrängt und sehr allgemein dargelegt. Es geht auch sehr detailliert vor allem um die so wichtige Frage, wie innerparteiliche Demokratie unter den Bedingungen der Illegalität, des strengsten Zentralismus in der Kommunistischen Partei maximal entwickelt und ausgedehnt werden kann.

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €  
 ISBN 978-3-932636-22-6

## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



W. I. Lenin/J. W. Stalin  
**Über die Arbeiteraristokratie**  
 Anhang: Marx und Engels über die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Eine besondere Schicht der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wird mittels der Extraprofiten, die die Imperialisten aus den Werktätigen anderer Länder herauspressen, bestochen. Die Texte behandeln u.a. die ökonomischen Wurzeln und die Rolle der Arbeiteraristokratie als soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, als Schrittmacher von Reformismus, Rassismus und Chauvinismus.

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €  
 ISBN 978-3-932636-23-3



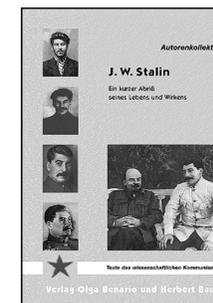
Marx, Engels, Lenin, Stalins  
**Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft**

Im ersten Teil des Buches werden anti-kommunistische Verleumdungen zurückgewiesen, die das Ziel des Kommunismus als bloße Utopie verleugnen, die nie zu erreichen ist. Es wird erklärt, daß Kommunismus für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig ist, daß Zielklarheit über die kommunistische Gesellschaft heute unerlässlicher denn je ist, weil sie die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Denn der Feind ist noch stark und muss erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Der zweite Teil besteht aus kommentierten Auszügen aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin über grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft. Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen – das ist ein Ziel dieses Buches.

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €  
 ISBN 978-3-932636-67-7

## Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv  
**J. W. Stalin**  
 Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

Unbestreitbar trug die sozialistische Sowjetunion unter der Anleitung Stalins den Hauptteil dazu bei, dass das nazifaschistische Deutschland besiegt wurde. Stalin hat, bildlich gesprochen, Hitler das Genick gebrochen! Allein aus diesem Grund mußten alle demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus hassen, sich ernsthaft mit dem Leben und Werk Stalins beschäftigen.

Vor allem ist unbestreitbar, dass Stalin fast 30 Jahre an der Spitze der sozialistischen Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung gestanden und gewirkt hat. Gleichzeitig hat Stalin als Theoretiker eine Reihe grundlegender Werke und Schriften verfasst, die gerade angesichts enormer Rückschläge der kommunistischen Weltbewegung eine starke Waffe im Kampf für die Revolution sind und sein können.

Das Buch soll ein Beitrag sein, um mit den bürgerlichen und antikommunistischen Vorurteilen und Verleumdungen aufzuräumen und inhaltvolle Kenntnisse zu vermitteln, um ein vertiefendes Studium der Originalschriften Stalins zu erleichtern.

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €  
 ISBN 978-3-932636-65-3



**Stalin Werke Band 1 bis 13**  
 sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“

**CD-ROM**, Offenbach 2003, 10 €  
 ISBN 978-3-932636-72-1

**Buch inklusive CD:** 22 €  
 ISBN 978-3-932636-73-8

## Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



M. Glasser / A. Primakowski / B. Jakowlew  
**Studieren – Propagieren – Organisieren**  
Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin aus den Jahren 1948 und 1951

Kernpunkte der kommunistischen Arbeitsmethoden werden vor allem anhand ihrer Umsetzung in der Praxis des revolutionären Kampfes der Bolschewiki erläutert. Es wird eine sehr genaue Anleitung der kommunistischen Studienmethode gegeben, mit dem Ziel, daß die theoretische Arbeit wirklich der Praxis dient.

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €  
ISBN 978-3-932636-20-2



Béla Fogarasi  
**Dialektische Logik**  
mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

Béla Fogarasi arbeitet die wesentlichen objektiven Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen, richtigen Denkens heraus, entlarvt gleichzeitig die Betrügereien der Reaktion auf logischem Gebiet, die damit die Ausbeutung verschleiern und rechtfertigen, und schafft somit ein Instrument für die Unterdrückten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung.

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
ISBN 978-3-932636-12-7

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow  
**Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland**

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisation und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen bewaffneten Oktoberaufstand 1917 – all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger, detaillierter Art und Weise geschildert.

**Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution (1937)**  
Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917  
540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 978-3-932636-15-8

**Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution (1949)**  
Oktober 1917 bis November 1917  
750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 978-3-932636-16-5



Autorenkollektiv  
**Mao Tse-tung seine Verdienste – seine Fehler**

Bei diesem zweibändigen Werk handelt es sich um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs anhand seiner Werke.

Im ersten Band wird die Zeitspanne von 1926 bis zum Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 behandelt. Es geht um Mao Tse-tungs Positionen zur antiimperialistisch-demokratischen Revolution, zum Volkskrieg in China und um seine Ansichten zur sozialistischen Revolution.

Im zweiten Band stehen die Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs in der Zeitspanne vom Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 bis zu seinem Tod 1976 im Mittelpunkt, vor allem seine Ansichten zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats. Dabei wird auch auf Fragen der proletarische Kulturrevolution eingegangen.

In beiden Bänden werden die Ansichten Mao Tse-tungs sowohl gegen die revisionistischen Fälscher als auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet.

**Band 1: 1926 – 1949**  
400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 978-3-932636-14-1  
**Band 2: 1950 – 1976**  
240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 978-3-86589-036-8

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Autorenkollektiv  
**Zur „Polemik“**  
Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Der „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, den die KP Chinas 1963 im Kampf gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) veröffentlichte, hat die wesentlichen, grundlegenden Fragen der programmatischen, strategischen und auch taktischen Arbeit der kommunistischen Bewegung in vielen Fällen treffend und glänzend behandelt. Aber diese Dokumente haben auch gravierende Mängel und Fehler. Die aufgeworfenen Fragen der inhaltlichen Bestimmung des Kommunismus, der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, Fragen der Zurückweisung der Verleumdungen Stalins, Fragen der Ablehnung der Theorie eines „friedlichen Weges“, Fragen des Kampfes gegen den europäischen Chauvinismus sind heute ebenso aktuell wie damals. Es geht darum, all den revisionistischen Verfälschungen klare programmatische Grundlagen, wirklich kommunistische Fundamente entgegenzustellen.

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €  
ISBN 978-3-932636-70-7



Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen:

**Dokumente zum des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966**

**Teil I: Dokumente aus den Jahren 1956 – 1963**  
346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

**Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)**  
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

**Teil III: Dokumente aus den Jahren 1963 – 1966**  
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

**Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten**  
Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der PKI von 1966/67

Die KP Indonesiens erlitt 1965 eine katastrophale Niederlage. Das im Oktober 1965 an die Macht gelangte faschistische Suharto-Regime schlichtete im Auftrag des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen Hunderttausende Kommunistinnen und Kommunisten und andere fortschrittliche, antiimperialistische Menschen hin. Inmitten der blutigen Konterrevolution 1965/66 unterzog die PKI daraufhin ihre Linie einer tiefgehenden selbstkritischen Analyse. Die Linie der Vorbereitung auf angeblich mögliche „zwei Wege der Revolution“, auf den angeblich „friedlichen Weg“ und den nichtfriedlichen Weg, wurde dabei als Keim der Fehler der KP Indonesiens in den revolutionären Kämpfen von 1945 bis 1965 erkannt.

Die 1966 vom Politbüro des ZK der PKI vorgelegte Selbstkritik ist ein bis heute herausragendes Dokument des Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Denn es ist das historische Verdienst dieser Selbstkritik, den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten und das Konzept der „zwei Wege“ von Grund auf verworfen und die gewaltsame Revolution als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit verteidigt zu haben. Zugleich war die Selbstkritik der PKI eine nötige Kritik, wenn auch nicht namentlich, an grundlegenden Fehlern der berechtigten „Polemik“ der KP Chinas (1963) gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitag der KPdSU (1956). Im Zentrum der Selbstkritik der PKI steht die prinzipielle Haltung zur gewaltsamen Revolution und zum Staatsapparat der herrschenden Klassen. Darüber hinaus geht es um grundlegende Fragen der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in Indonesien wie die Frage des Volkskriegs, die Notwendigkeit einer tiefgehenden Agrarrevolution und die besondere Haltung zur „nationalen Bourgeoisie“.

148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 978-3-86589-037-5

Autorenkollektiv  
**Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“**

Enver Hoxhas 1979 veröffentlichtes Buch „Imperialismus und Revolution“ ist das zentrale Werk, das die Abkehr der Partei der Arbeit Albanien vom wissenschaftlichen Kommunismus zeigt. Das Kernstück der vorliegenden Kritik ist der genaue Beweis, daß Hoxha bei seinen Angriffen auf Mao Tse-tungs Linie in der chinesischen volksdemokratischen Revolution die Linie Lenins und Stalins angreift und gleichzeitig oft wörtlich nur wiederholt, was korrupte revisionistische Professoren in der Sowjetunion Breschnevs gegen Mao an Lügen und Verfälschungen fabriziert haben. Vor allem aber ist diese Arbeit ein Teil der unbedingt nötigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung in der Zeitspanne vor 1989, vor Gorbatschow. Anhand von vier Themenkomplexen zeigt die Analyse von Hoxhas Buch, daß im Grunde der moderne Revisionismus, der nach wie vor die Hauptgefahr für eine sich neu formierende wirklich kommunistische Weltbewegung ist, der eigentliche Adressat der Kritik ist: Ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution • Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus • Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus • Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution.

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 978-3-86589-012-2

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv  
**Der XX. Parteitag der KPdSU 1956**  
Ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)

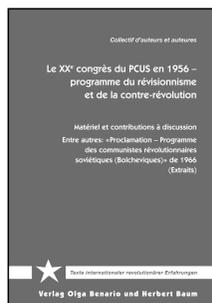


in russischer Sprache:

**20-й съезд КПСС – программа ревизионизма и контрреволюции**

материал и дискуссионные статьи в том числе с выдержками „Программное заявление Революционных коммунистов Советского Союза (большевиков)“ 1966 года

106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 978-3-932636-47-9



in französischer Sprache:

**Le XX<sup>e</sup> congrès du PCUS en 1956**  
Programme du révisionnisme et de la contre-révolution (matériel et contributions à discussion) et “Proclamation – Programme des Communistes Révolutionnaires Soviétiques (Bolcheviques)“ de 1966 (extraits)

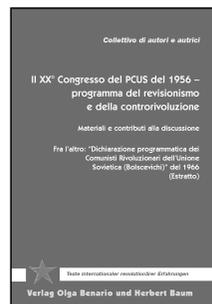
176 Seiten, Offenbach 2005, 8 €  
ISBN 978-3-86589-005-4

in türkischer Sprache:

**SBKP 1956'daki 20. Parti Kongresi**  
Sovyetler Birliği Devrimci Komünistlerinin (Bolshevik) 1966 Tarihi Programatik açıklaması

Sovyetler Birliğinde kapitalizmin restorasyonu yönünde ve onun emperyalist karşı devrimine dönüsmesine tayin edici bir ideolojik dönüm noktasını teşkil etmektedir!

120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-2



in italienischer Sprache:

**Il XX<sup>o</sup> Congresso del PCUS del 1956**  
Programma del revisionismo e della controrivoluzione (materiali e contributi alla discussione) e “Dichiarazione programmatica dei Comunisti Rivoluzionari dell'Unione Sovietica (Bolscevichi)“ del 1966 (estratto)

108 Seiten, Offenbach 2006, 8 €  
ISBN 978-3-86589-004-7

## Dokumente und Analysen



**Zur Geschichte Afghanistans**  
**Ein Land im Würgegriff des Imperialismus**

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

Dieser Sammelband enthält Texte, die die Rolle Afghanistans im Expansionsstreben des Kolonialismus und Imperialismus beleuchten. Da sich der deutsche Imperialismus seit dem Oktober 2001 am imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan beteiligt, ist dieses Land für alle, die sich in Deutschland dieser imperialistischen Kriegspolitik entgegenstellen wollen, besonders wichtig geworden.

Autorenkollektiv: „Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Afghanistan“ (2001) • Friedrich Engels: „Afghanistan“ (1857) • Großen Sowjet-Enzyklopädie „Afghanistan“ (1950) • KP Afghanistans/ML (Aufbauorganisation): „Der Sozialfaschismus ist der Feind unseres Volkes“ (1978) • Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAFS): „Afghanistan – die Unterwerfung der Nation“ (1981)

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 978-3-932636-48-6



**Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)**

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

Eine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten ist ohne geschichtlichen Hintergrund unmöglich. Hierbei ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten. Der Plan wurde auf-

gestellt, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Enthält u.a. die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29.11.1947 über den UN-Teilungsplan für Palästina, die Rede des Delegierten der UdSSR vor der UNO am 14.5. und 26.11.1947 und die Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952).

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 978-3-932636-52-3

Zu diesem Titel ist ein ergänzender Materialien-Band erschienen:

**Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)**

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 978-3-932636-32-5  
Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 978-3-932636-59-2

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)



**Die Rote Fahne**  
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933  
Hardcover-Bände im Format DIN A3

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD in der Zeit von 1929 bis 1933 ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit

der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlichen Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme muß man die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genau analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

**1/1929**, 1.080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-018-4  
**2/1929**, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-019-1  
**3/1929**, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-020-7  
**4/1929**, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-021-4

**1/1930**, 1206 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-022-1  
**2/1930**, 1140 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-023-8  
**3/1930**, 1144 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-024-5  
**4/1930**, 990 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-025-2

**1/1931**, 1064 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-026-9  
**2/1931**, 886 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-027-6  
**3/1931**, 604 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-028-3  
**4/1931**, 888 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-029-0

**1/1932**, 970 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-030-6  
**2/1932**, 1128 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-031-3  
**3/1932**, 580 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-032-0  
**4/1932**, 598 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-033-7

**1/1933**, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-034-4

**Gesamtausgabe (17 Bände)**, zusammen ca. 15.300 Seiten, Offenbach 2005, 1.480 €, ISBN 978-3-86589-048-1

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

### Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

In diesem Buch werden die Verbrechen des deutschen Imperialismus im imperialistischen Weltkrieg 1914 – 1918 zusammengestellt. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte – einschließlich der antimilitaristischen Bewegung in Deutschland – wird im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Situation aller imperialistischen Großmächte dargestellt. Ausführlich werden auch Parallelen mit der heutigen sich zuspitzenden internationalen Lage thematisiert.

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-92-9



Autorenkollektiv

### Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)

Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sonder die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-932636-74-5

Georgi Dimitroff

### Gegen den Nazifaschismus

Die Herausarbeitung des Klassencharakters des Faschismus wird in den Reden von Dimitroff vor dem VII. Weltkongress der KI verknüpft mit einer Analyse von Besonderheiten des Nazifaschismus; es geht um die Aufgaben der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die Dimitroff im Zusammenhang mit einer Kritik an taktischen Fehlern der KPD im Kampf gegen die Nazis erläutert.

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 978-3-932636-25-7

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

### 1418 Tage

Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

220 Seiten, Offenbach 2006, 13 €, ISBN 978-3-86589-035-1

Autorenkollektiv

### Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum (1943)

Alfred Klahr

### Gegen den deutschen Chauvinismus (1944)

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, dessen Verpflichtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 978-3-932636-13-4

Autorenkollektiv

### Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die vorliegende Untersuchung gibt einen Überblick über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus und tritt dabei antikommunistischen Verleumdungen entgegen. Klargestellt wird, daß trotz aller wichtiger Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeder revolutionäre Kampf vom Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes lernen kann und muß.

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 978-3-932636-34-9

Gudrun Fischer

### „Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

Jüdische Frauen in Brasilien erzählen über ihre Flucht aus Nazi-deutschland. Ihre Erinnerungen sind bedrückend und schmerzlich, ermutigend und informativ. Jede verarbeitet die Flucht anders, und das zeigt sich in ihren Berichten: sie sind ironisch oder trocken, mal kurz, mal ausführlich. Daß Brasilien ihr „Wunschfluchtland“ gewesen ist, behauptet keine der in diesem Buch interviewten Frauen. Aber es war ihre einzige Chance.

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-2

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Freies Deutschland**  
Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration

erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

Der Reprint umfaßt sämtliche erschienenen Ausgaben der Zeitschrift. Die Neuherausgabe soll bei der gründlichen Diskussion der dort aufgeworfenen Fragen helfen. Auf über 1700 Seiten werden unter anderem von führenden Schriftstellerinnen und Schriftstellern der deutschsprachigen Emigration eigene politische und literarische Artikel, Vorabdrucke und Buchbesprechungen sowie Beiträge anderer Antifaschisten, die ins Deutsche übersetzt wurden, veröffentlicht.

Für die an der deutschen Exil-Literatur interessierten Leserinnen und Leser ist die faksimilierte Neuherausgabe eine große Fundgrube an hochinteressanten Texten. Von noch größerem Gewicht ist jedoch, dass diese Zeitschrift von führenden Kadern der KPD, vor allem ab 1942 von Paul Merker, aber auch von Alexander Abusch geleitet wurde. Beide waren Teilnehmer der „Berliner Konferenz“ 1939, des 14. Parteitags der KPD. Diese Zeitung bildet ein Zentrum der Westemigranten der KPD, die aus Europa weiter vor der Nazi-Expansion in Europa nach Nord- und Südamerika geflohen waren. Die Führung der KPD war in Moskau. Eine Reihe von mehr oder minder starken Gruppen der KPD operierte innerhalb Nazi-Deutschlands, viele davon in den KZs.

Herausragend für die Zeitschrift „Freies Deutschland“ sind die Fülle von Artikeln über die Nazi-Massaker in den besetzten Ländern und die große und eigentlich sehr klare Betonung der großen Schuld der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und auch der Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse an den Verbrechen der Nazi-Massenmörder, an den Verbrechen des deutschen Imperialismus.

Dabei spielt die Anklage gegen den nazifaschistischen Völkermord an den europäischen Juden eine hervorragende Rolle. Der Kampf gegen die Ideologie des Antisemitismus, für Entschädigungen an die Verfolgten des Nazi-Regimes, gerade auch an die jüdischen Verfolgten, führte auch zu Diskussionen, in denen insbesondere das Mitglied des ZK der KPD Paul Merker sehr offensiv und im Kern richtig für materielle Entschädigungen eintrat. Auch in dieser Hinsicht bieten die Seiten des „Freies Deutschland“ (Mexiko) viel an Diskussionsstoff. Manche bösen Entwicklungen in der SED wirken vor der entfalteten Argumentationskette Paul Merkers noch übler, die fehlende Gegenwehr kommunistischer Kader gegen nationalistische und antisemitische Töne in der Führung der SED der fünfziger Jahre schmerzt um so mehr.

**Band 1: 1941 / 1942**, 440 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-96-7  
**Band 2: 1942 / 1943**, 460 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-97-4  
**Band 3: 1943 / 1944**, 480 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-98-1  
**Band 4: 1944 – 1946**, 660 Seiten, 35 €, ISBN 978-3-932636-99-8

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Internationale Hefte der Widerstandsbewegung**  
Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Diese vollständige Sammlung der von der FIR (Fédération Internationale des Résistants) herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“ (Nr. 1 – 10, November 1959 bis März 1963) mit knapp über 1000 Seiten hat hohen dokumentarischen Wert. Zudem enthält die am Schluss einiger Hefte veröffentlichte Bibliographie wertvolle Studienhinweise.

**Heft 1 und 2** eröffnen die Hefreihe mit Artikeln zur Fragestellung, ersten Überblicken und (in Heft 2) den Dokumenten einer Konferenz über die Rolle des antinazistischen Widerstandskampfes für die Erziehung der jungen Generation. Als Ziele der „Hefte“ wird angegeben, zu informieren und eine Diskussion zu eröffnen.

**Heft 3 und 4** haben den Widerstandskampf in den KZs und Vernichtungszentren sowie die internationalistische Beteiligung von Ausländern am nationalen Befreiungskampf in den einzelnen Ländern zum Schwerpunkt.

**Heft 5** analysiert die großen bewaffneten Aufstände in den Großstädten Europas, insbesondere in Prag, Paris, Neapel und auch in Warschau.

**Heft 6 und 7** beschäftigen sich mit den programmatischen Dokumenten der verschiedenen Organisationen in verschiedenen Ländern – mit dem Schwerpunkt auf Positionen der KPs und der von den KPs geführten Frontorganisationen.

**Heft 8 – 10** gibt als Dreifachnummer einen konzentrierten Überblick über die Widerstandskämpfe in den verschiedenen Ländern, wobei auch die besondere Problematik des jüdischen Widerstandskampfes durch Beiträge von Vertretern und Vertreterinnen des Widerstandes, die nun in Israel leben, verdeutlicht wird.

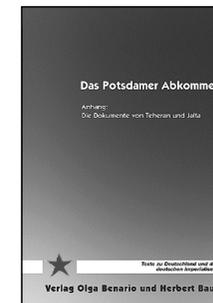
Die faktenreichen Artikel zum bewaffneten Kampf als Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und der vom deutschen Imperialismus national unterdrückten breiten Massen der Bevölkerung der besetzten Länder, die Hervorhebung auch der völkermörderischen Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung Europas, die Benennung der Positionen der KPs vieler Länder – all dies enthält wertvolle Materialien. Zu Recht wird mehrfach darauf hingewiesen, daß innerhalb des zweiten Weltkrieges, nicht einfach Staaten gegeneinander kämpften, sondern es sich um die allergrößte Teilnahme der Bevölkerung der verschiedensten Länder am Krieg handelt.

**Band 1:** Heft 1 – 4 (1959 – 1960), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-49-3

**Band 2:** Heft 5 – 10 (1961 – 1963), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-50-9

**Band 1 und 2 in einem Band (Hardcover):**  
Heft 1 – 10 (1959 – 1963), 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 € ISBN 978-3-932636-51-6

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Das Potsdamer Abkommen** (1945)  
Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist nach wie vor eine wesentliche Waffe im Kampf um die geschichtliche Wahrheit und unterstreicht die Aufgaben, die sich heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ergeben (z. B. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedelungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahme).

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 € ISBN 978-3-932636-24-0

**Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald** (1949)

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge, in diesem Dokument von 1949 genaustens geschildert; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-4



**Autorenkollektiv**  
**Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)**

Die Analyse der Vorgeschichte und Gründung der SED nimmt als Ausgangspunkt die Verbrechen des Nazifaschismus und ihrer Bedeutung für die Linie der SED. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wird kritisch eingeschätzt und die Aufgabe der Entnazifizierung als Hauptkettenglied der Politik der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland nach 1945 herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird nachgewiesen, daß bei der Gründung der SED auf wesentliche Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verzichtet wurde.

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 € ISBN 978-3-932636-38-7

Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen (Materialien zur Gründung der SED, Band 1 – 5), ausführliche Angaben zu den Bänden befinden sich im hinteren Teil des vorliegenden Programms.

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



10 Jahre „Deutsche Einheit“:  
**Nazi-Terror  
von Hoyerswerda bis Düsseldorf**  
Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation“ wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische

setzte Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch“ bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands“ seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „linksfortschrittliche“ Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeterror, Nazi-Terror, Inschutznahme der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

Aus dem Inhalt:

I. Tatsachen – Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde: Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), Mannheim-Schönau: gegen Asylsuchende (Mai / Juni 1992), Rostock: gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), Mölln und Solingen: gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), Magdeburg: gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), Lübeck: gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996), Lübeck und Düsseldorf: gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).

II. Nazis, Staat und Medien – von subtiler Hetze bis offenem Terror: Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Antisemitismus.

III. Aktionen gegen die Nazis – Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 978-3-932636-37-0

## Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe



A. Schapowalow  
**Auf dem Weg zum Marxismus**  
Erinnerungen eines  
Arbeiterrevolutionärs

A. S. Schapowalow (1871 – 1942) war einer der ersten Arbeiterrevolutionäre, die den Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus fanden. Schapowalow schildert in diesem autobiographischen Roman seine Erfahrungen des revolutionären Kampfs im zaristischen Rußland, wie er über den Bruch mit der Religion und seiner vorübergehenden Sympathie für die „Volkstümler“, die die Taktik des individuellen Terrors eingeschlagen hatten, sich schließlich im Kampf gegen den aufkommenden Opportunismus der „Ökonomen“ 1901 den Bolschewiki unter Lenins Führung anschloß.

337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
ISBN 978-3-932636-29-5



S. Mstislawski  
**Die Krähe ist ein Frühlingsvogel**

Nikolai Baumann mit Decknamen Krähe, ein enger Mitkämpfer Lenins, reist 1902 illegal nach Rußland. Anhand der Schilderung seiner Parteilarbeit bekommt man ein Bild der damals anstehenden Aufgaben der kommunistischen Kräfte Rußlands sowie des ideologischen Kampfs der Bolschewiki gegen die Menschewiki bis zum Beginn der Revolution von 1905.

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
ISBN 978-3-932636-17-2



I. Popow  
**Als die Nacht verging**

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 herrscht in Rußland tiefste Reaktion. Der Roman handelt vom Kampf der Bolschewiki für die Reorganisierung der Kommunistischen Partei und um die Erneuerung der Verbindungen zur Arbeiterklasse, vom Kampf gegen Resignation und Defätismus, gegen die Menschewiki und Liquidatoren der Kommunistischen Partei.

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €  
ISBN 978-3-932636-30-1

## Materialien (Spiralbindung, DIN A4)

**Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht**  
Zusammengestellt aus den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale (1935)

Was ist Leninismus? • Die Theorie der proletarischen Revolution • Die Diktatur des Proletariats • Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus • Die Agrar- und Bauernfrage • Die nationale und koloniale Frage • Strategie und Taktik der proletarischen Revolution  
500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 978-3-932636-90-5

**Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen**

Die Resolutionen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale lassen ein beeindruckendes Bild vom ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen entstehen.

**Band 1: 1919 – 1924**

416 Seiten, Offenbach 1998  
30 €, ISBN 978-3-932636-27-1  
Hardcover: Offenbach 1998  
55 €, ISBN 978-3-932636-60-8



**Band 2: 1925 – 1943**

452 Seiten, Offenbach 1998  
35 €, ISBN 978-3-932636-28-8  
Hardcover: Offenbach 1998  
60 €, ISBN 978-3-932636-61-5

**Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK**

**Teil 1: 1898 – 1917**

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-76-9  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-77-6

**Teil 2: 1917 – 1924**

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-82-0  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-83-7

**Teil 3: 1924 – 1927**

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-84-4  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-85-1

**Teil 4: 1927 – 1932**

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-86-8  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-87-5

**Teil 5: 1932 – 1953**

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-88-2  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-89-9

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Zur internationalen Lage 1919 – 1952

Dokumente der kommunistischen Weltbewegung  
Lenin - Stalin - Komintern - Kominform - KPdSU(B)

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 978-3-932636-71-4  
Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 978-3-932636-78-3

### Dokumente der Internationalen Roten Hilfe (IRH) und der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)

„5 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1928) • „10 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1932) • „15 Jahre weißer Terror“ (1935) • „1. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1925) • „2. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1927)

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 978-3-932636-66-0  
Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 978-3-932636-81-3



### Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

Erklärungen und Artikel der kommunistischen Bewegung Palästinas • Dokumente und Artikel der Kommunistischen Internationale

Anhang:  
Programm der KP Israels (1952) • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €  
ISBN 978-3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €  
ISBN 978-3-932636-59-2

### Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens • Artikel von José Diaz, Vorsitzender der KP Spaniens • Dokumente der Kommunistischen Internationale • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Geschichte Spaniens“, Berlin 1955 • ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg“, Madrid 1937 • MINKLOS (Internationales Agrarinstitut Moskau): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit“, Moskau 1937

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 978-3-932636-31-8  
Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 978-3-932636-58-5

### Indien und die Revolution in Indien

Materialien und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung vom Beginn der Kolonialisierung bis 1935:

Marx - Engels - Lenin - Stalin - Komintern

288 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 978-3-86589-039-9  
Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 978-3-86589-040-5

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

#### Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

#### Teil II:

#### Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-45-5  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-63-9

#### Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

### Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

#### Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-68-4  
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-79-0

#### Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-69-1  
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-80-6



### Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 978-3-932636-41-7  
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-57-8

### Materialien zur Gründung der SED (1945/46):

#### Band 1: Berichte und Protokolle

Der 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946  
Der 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946  
Der Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946  
Anhang: Der Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 978-3-932636-40-0  
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-53-0

#### Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage,  
herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 978-3-932636-39-4  
Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 978-3-932636-54-7

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei (Februar – April 1946) • Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus (April – Dezember 1946) • Anhang: Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik (1946)

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-42-4  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-55-4

### Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)  
Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)  
Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)  
Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 978-3-932636-43-1  
Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 978-3-932636-56-1

### Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz: „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“ • Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf • Referat: „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“ • Anhang: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten „kleinen“ Nazis – Auszug aus: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)“

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-86589-003-0  
Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 978-3-86589-008-5

### Band 6: Wichtige Artikel aus der „Täglichen Rundschau“ und der „Deutschen Volkszeitung“ (1945/46)

ca. 40 Seiten, Offenbach 2006, ca. 5 €, ISBN 978-3-86589-054-2



**Rote Hefte** – zu historischen und aktuellen Fragen der kommunistischen Weltbewegung

20 – 52 Seiten pro Heft, ISBN 978-3-86589-038-2,  
Mindestbestellmenge: 10 Hefte – 10 €

